JAHRBUCH

DER

GESELLSCHAFT FÜR GESCHICHTE DER JUDEN IN DER ČECHOSLOV. REPUBLIK

I. JAHRGANG.

Herausgegeben von Prof. Dr. Samuel Steinherz.

PRAG 1929.

Kommissions-Verlag Dr. Josef Flesch.

Druck Heinrich Mercy Sohn.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Redactions-Comite.

Bergl Josef Dr., Staats-Archivar (Prag).
Engel Alfred Dr., Professor (Brünn).
Kisch Guido Dr., Professor (Halle a./d. Saale).
Lieben Salomon Hugo Dr., Professor (Prag).
Mendl Bedřich Dr., Privatdozent (Prag).
Steinherz Samuel Dr., Professor (Prag).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

VORWORT.

Dieses Buch verdankt seine Entstehung der Loge „Praga" des Ordens B'nai B'rith. Anläßlich der Feier ihres 25jährigen Bestandes hatte die Loge ihren Mitgliedern eine Festschrift über die Geschichte der Juden von Prag[1]) gewidmet, und bei den vorbereitenden Arbeiten hatte sich gezeigt, daß nicht nur die Geschichte der Juden in Prag, sondern auch die der Juden in der ganzen čechoslovakischen Republik zum großen Teile erst aus den Quellen erforscht werden müsse, daß in den öffentlichen und privaten Archiven des Staates Material zur Geschichte der Juden in reichem Maße vorhanden, aber bisher noch nicht benützt worden sei. Deshalb wollte die Loge es bei ihrer Festschrift nicht bewenden lassen, sondern den Anstoß zu weiteren planmäßigen Arbeiten auf diesem Gebiete geben; und in ihrer Festversammlung (9. April 1927) faßte sie auf Antrag von Dr. Gottlieb Stein den Beschluß, die Gründung einer historischen Gesellschaft anzuregen, welche sich mit der Erforschung der Geschichte der Juden im Gebiete der čechoslovakischen Republik befassen sollte. Diese Anregung fand bei der Großloge des čechoslovakischen Ordensdistriktes volle Zustimmung und Unterstützung. Sie nahm die Durchführung des Planes in ihre Hand, sie gab dem neuen Vereine eine feste Grundlage, und so konnte am 22. April 1928 die formelle Gründung der „Gesellschaft für Geschichte der Juden in der čechoslovakischen Republik" erfolgen.

Die Aufgabe, die der „Gesellschaft" gestellt ist, wird in den Statuten mit aller Deutlichkeit bezeichnet: es ist wissenschaftliche Arbeit, wissenschaftliche Erforschung der Geschichte der Juden in der Čechoslovakei, und als ein besonders wichtiger Teil der Arbeit wird die Sammlung und Veröffentlichung der Geschichtsquellen hervorgehoben. Man kann von dieser Aufgabe nicht sprechen, ohne des Mannes zu gedenken, der vor etwa zwei Jahrzehnten den gleichen Plan durchführen wollte: Gottlieb Bondy, Kaufmann und Industrieller, ein Mann von hohem Idealismus, erfüllt vom stärksten Interesse für die Geschichte der Juden und ein wirklicher Mäcen der Wissenschaft. Er hat selbst Dokumente zur Geschichte der Juden in Böhmen gesammelt,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

dann wandte er sich an eine anscheinend berufene Persönlichkeit, Fr. Dworský (Direktor des Landesarchivs in Prag), und stellte ihm für die Fortsetzung der Sammlung und Veröffentlichung der Dokumente beträchtliche Geldmittel zur Verfügung, so daß Dworský im Jahre 1906 zwei stattliche Bände herausgeben konnte.[2]) Leider ist das Werk als mißlungen zu bezeichnen. Dvorský war der Aufgabe nicht gewachsen[3]) und so fällt sie unserer „Gesellschaft" zu. Eine ganze Reihe von Quellenpublikationen ist von ihr geplant: Urkunden und Akten hauptsächlich aus den öffentlichen Archiven über die Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse der Juden dieses Staates im Mittelalter und der Neuzeit, Quellen zur inneren Geschichte (Leben der Juden innerhalb der Gemeinden), die hebräischen geschichtlichen Aufzeichnungen usw. — Es liegt auf der Hand, daß solche Veröffentlichungen von Quellen, die für lange Zeit die Grundlage wissenschaftlicher Forschung sein werden, sorgfältiger Vorbereitung bedürfen.

Daneben ist der „Gesellschaft" eine zweite Aufgabe zugewiesen: Verbreitung der Kenntnis der Geschichte der čechoslovakischen Juden und Förderung von Forschern auf diesem Gebiete. Diesem Zwecke dient das vorliegende „Jahrbuch", die erste Publikation der Gesellschaft. Es will die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung nicht dem engen Kreise der Fachgelehrten vorbehalten, sondern diese Ergebnisse allen, die sich für Geschichte der Juden interessieren, vermitteln; deshalb sollen die Beiträge, die hier veröffentlicht werden, in Darstellung und Sprache allgemein verständlich sein. Andererseits soll das Jahrbuch den Forschern Gelegenheit geben, ihre wissenschaftlichen Arbeiten zu veröffentlichen. Man sieht aus dem vorliegenden Buche, aus der Zahl seiner Mitarbeiter, das es einem wissenschaftlichen Bedürfnis entgegengekommen ist. Und schon dieser erste Band des „Jahrbuches" zeigt an den Schriften von Prokeš und Bergl, daß die Geschichte der Juden in der Čechoslovakei mehr ist als ein bloßer Abschnitt in der Geschichte der Juden. daß sie auch für die Geschichte des čechoslovakischen Staatsgebietes wertvolle Aufschlüsse bringt. Nicht auf dem Gebiete der sogenannten politischen oder äußeren Geschichte — an ihr haben die Juden, die immer eine kleine Minderheit gewesen sind, keinen Anteil — aber auf dem Gebiete der Wirtschaftsgeschichte, und seit der Emancipation auch auf allen Gebieten der geistigen Kultur von Böhmen und Mähren. Daß der vorliegende Band zum größten Teil der Geschichte der Juden in Böhmen gewidmet ist, ist daraus zu erklären, daß die archivalischen Vorarbeiten in Böhmen weiter fortgeschritten sind als in den anderen Ländern, und daß in Prag mehr Mitarbeiter sich zur Verfügung gestellt haben. Es ist zu hoffen. daß die folgenden Bände des Jahrbuches entspre-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

chende Beiträge zur Geschichte der Juden in Mähren und Schlesien und schließlich auch der Slovakei werden bringen können.

Gemäß einem Beschlusse des Redactions-Comites erscheint das Jahrbuch in zwei Ausgaben: einer deutschen und einer čechischen.

Prag, 13. März 1929.

S. Steinherz.

[1] Die Juden von Prag. Bilder aus ihrer tausendjährigen Geschichte. Prag 1927 (mit Beiträgen von J. Bergl, A. Blaschka, S. H. Lieben, K. Spiegel, S. Steinherz), 247 S. und acht Beilagen.

[2]) „Zur Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien 906—1620." Das Werk ist auch in einer čechischen Ausgabe erschienen („K historii židů v Čechách, na Moravě a ve Slezsku").

[3]) Vgl. meine Anzeige in den Mitteilungen des Vereines für Geschichte der Deutschen in Böhmen 49 (1910), Liter. Beilage 17—23, und die Anzeige von Traub in Časopis Matice Moravské 31, 341 ff.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Kreuzfahrer und Juden in Prag (1096).

Von Samuel Steinherz.

Das Jahr 1096, in dem zum ersten Male christliche Herrscharen nach Palästina zogen, um das Land von der Herrschaft der Ungläubigen zu befreien, ist den Juden in Deutschland noch durch Jahrhunderte im Gedächtnis geblieben: als ein Jahr des Schreckens und der Trauer, das ihnen furchtbare Leiden gebracht hatte. In Speier und Worms, in Mainz und Köln, in Metz und Trier waren die Kreuzfahrer über die Juden hergefallen, um sie zur Taufe zu zwingen. Die sich weigerten, wurden erschlagen oder gingen selbst in den Tod — tausende Juden haben damals (Mai und Juni 1096) ihr Leben geopfert, um dem Glauben der Väter treu zu bleiben.[1]) Es war nicht das eigentliche Heer der Kreuzfahrer, geführt von Herzog Gottfried von Bouillon, das solche Greueltaten an den Juden verübt hatte. Es waren zusammen gelaufene Scharen, die diesem Heere vorauszogen, Franzosen und Deutsche, Bauern und Städter, manche von ihren Frauen begleitet, die in religiöser Schwärmerei Haus und Hof verließen, aber auch Abenteurer und Gesindel, Leute die nichts zu verlieren hatten und auf Beute hofften. Eine solche Schar unter dem Befehl eines Grafen Emicho hatte die Juden in Mainz überfallen; andere hatten auf dem Marsch durch Bayern die Juden in Regensburg angegriffen, und diese in Todesangst — vielleicht hatten sie schon durch Flüchtlinge, die von Rhein kamen, gehört was dort vorgegangen war — hatten sich der Zwangstaufe gefügt.[2]) Eine dritte Schar, die ein gewisser Folcher (Volkmar) führte, kam vom Rhein über Sachsen nach Böhmen, um von hier den Marsch über Mähren und Ungarn fortzusetzen. Nach der Angabe eines gleichzeitigen Geschichtschreibers[3]) wären es 12.000 Mann gewesen. In den letzten Tagen des Mai 1096[4]) erschienen sie in Prag, und was sich hier abspielte, erfahren wir von dem böhmischen Geschichtschreiber Cosmas:

„In diesem Jahre (1096)" erzählt er in seiner Chronik,[5]) „war eine solche Bewegung, ja geradezu ein göttlicher Antrieb in dem Volke, nach Jerusalem zu ziehen, daß in Deutschland und besonders im östlichen Franken nur wenige untertänige Leute in den Städten und Dör-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

fern zurückblieben. Weil sie wegen der großen Zahl des Heeres nicht alle zugleich auf derselben Straße marschieren konnten, zogen welche auch durch unser Land (Böhmen). Und mit Erlaubnis Gottes gingen sie auf die Juden los, tauften sie gegen ihren Willen, und die Widerstand leisteten, erschlugen sie. Da der Bischof Cosmas (von Prag) sah, daß dies gegen die kanonischen Vorschriften geschehe, suchte er getrieben vom Eifer der Gerechtigkeit zu verhindern, daß sie gegen ihren Willen getauft wurden. Aber es war vergeblich, weil er niemanden hatte, der ihn unterstützte. Denn Herzog Bracizlaus (Břetislav II.) stand mit seinem ganzen Heere in Polen am Ufer der Neiße. — Daß aber die Juden schon nach kurzer Zeit das Joch Christi abwarfen, die Gnade der Taufe und das Heil des katholischen Glaubens verachteten, und ihren Nacken wiederum unter das Joch des mosaischen Gesetzes beugten, das konnte der Nachlässigkeit des Bischofs und der Prälaten zugeschrieben werden."

Wie so viele Geistliche, war auch Cosmas (der Geschichtschreiber) ein Feind der Juden[6]) aber das ist kein ausreichender Grund, seine Erzählung für unwahr zu halten. Er hat damals in Prag gelebt, er mag einzelne Szenen, wie Juden unter Schlägen und Mißhandlungen in die Kirchen getrieben und getauft wurden, selbst gesehen haben — und was am schwersten ins Gewicht fällt: sein Bericht paßt ganz zu den Schilderungen ähnlicher Vorgänge in den Landschaften am Rhein. Von dort waren die Scharen Folchers nach Böhmen gekommen, und nichts ist begreiflicher, als daß sie in Prag gegen die Juden so vorgingen, wie ihre Genossen in Speier und Worms. Auch die Juden in Prag wurden vor die Wahl gestellt: Taufe oder Tod. Ein Teil widersetzte sich hartnäckig und opferte das Leben, die anderen beugten sich und ließen die Taufe über sich ergehen. Das war ein Triumph der Kirche,[7]) um so größer war die Enttäuschung, als die eben bekehrten wieder abfielen und zum Judentum zurückkehrten.

Ganz andere Dinge erzählt uns eine zweite böhmische Chronik, die Reimchronik des sogenannten Dalimil:[8]) Deutsche Kreuzfahrer seien nach Böhmen gekommen, um die Juden zu plündern. Der böhmische König hätte die Juden zum Widerstand aufgemuntert, diese hätten sich bewaffnet, Kriegsvolk in Sold genommen, dann sei es zum Kampfe gekommen und die Juden hätten gesiegt. Wann haben sich diese merkwürdigen Ereignisse zugetragen? „Damals (tehdy)" sagt die Reimchronik. Die Untersuchung, was der Autor damit gemeint haben kann, scheint die leichteste der Welt zu sein. Denn das Kapitel der Reimchronik, das unserer Erzählung vorausgeht, nennt das Jahr 1248 und schildert den Krieg zwischen König Wenzel I. von Böhmen und den aufständischen Baronen unter Führung seines Sohnes Přemysl Otto-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

kar (II.), und das Kapitel, das auf unsere Erzählung folgt, befaßt sich zuerst mit der heiligen Zdislava, die 1252 gestorben sei.[9]) Zwischen den beiden Kapiteln steht die Erzählung von den Kreuzfahrern und Juden, man möchte glauben, damit sei auch für sie die Zeit bestimmt, der Autor habe mit dem Worte „damals" nichts anderes als den Zeitraum zwischen 1248 und 52 gemeint.

Allein hier zeigt sich das stärkste Hindernis. Keine einzige deutsche oder böhmische Geschichtsquelle enthält eine Nachricht, daß zur Zeit des Königs Wenzel I. deutsche[10]) Kreuzfahrer durch Böhmen gezogen seien, weder ein größeres noch ein kleineres Heer, und auch nicht „irreguläre Kreuzfahrerbanden".[11]) Aber nicht nur das. Auch unter dem Vorgänger Wenzels, unter König Přemysl Ottokar I., gab es keine deutschen Kreuzfahrer in Böhmen, ebenso wenig unter den Vorgängern von Přemysl Ottokar I., für das ganze 12. Jahrhundert fehlen derartige Nachrichten.[12]) Wir müssen immer weiter zurückgehen, endlich kommen wir auf festen Boden: beim ersten Kreuzzug sind wirklich Kreuzfahrer aus Deutschland nach Böhmen gekommen, die Schar Folchers, die 1096 die Juden in Prag zur Taufe gezwungen hat, wie oben erzählt worden ist. Das Kapitel 86 der Reimchronik, die Erzählung vom Kampf zwischen Kreuzfahrern und Juden könnte sich also nur auf das Jahr 1096 beziehen,[13]) sie müßte anderthalb Jahrhunderte früher angesetzt werden, als man nach der Reimchronik annehmen sollte.

Man darf jedoch nicht glauben, daß mit dieser Feststellung die Sache erledigt sei, denn die Reimchronik ist eine Geschichtsquelle eigener Art. Wer ihr Verfasser gewesen ist, ist bis heute unbekannt,[14]) nur soviel ist sicher, daß er die wechselvollen Ereignisse in Böhmen seit dem Tode des Königs Přemysl Ottokar II. (1278) bis zum Beginn der Regierung des Luxemburgers Johann (1310) miterlebt hat. Besser sind wir über sein Werk unterrichtet, es ist eine gereimte Chronik Böhmens, von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, d. h. bis zu König Johann, in čechischer Sprache, und wahrscheinlich um 1310 abgeschlossen. Ein Buch, erfüllt von Liebe zum čechischen Volke, und von Abneigung gegen die Fremden, nämlich gegen die Deutschen, der Verfasser ist begeistert von der kriegerischen Tüchtigkeit des čechischen Volkes und besonders seines Adels, sie mögen Čechen bleiben und nicht dem Deutschtum verfallen. Diese national-politische Tendenz hat den Sieg über das eigentliche Geschichtswerk davon getragen: der Reimchronist will auch aus der Vergangenheit die Richtigkeit seiner Sätze erweisen, deshalb hat er manchmal an Stelle geschichtlicher Ereignisse Sagen gesetzt, oder an Quellen, die er benützte, Änderungen vorgenommen, einzelnes weggelassen, anderes hinzugefügt, bis sich die Vergangenheit so darstellte, wie sie der Autor wollte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Das alles haben wir auch bei dem Kapitel 86, bei der Erzählung vom siegreichen Kampf der Juden gegen die deutschen Kreuzfahrer zu beachten. Weshalb hat es der Reimchronist in sein Werk aufgenommen? Wollte er eine Heldentat der Juden verewigen? Gewiß nicht. Er war nicht nur Čeche mit Leib und Seele, er war auch ein frommer Christ und traute den Juden das ärgste zu. Das sieht man aus einem früheren Kapitel, in welchem er erzählt, daß die Juden in Prag unter Herzog Soběslav I. erschlagen worden seien, zur Strafe, weil sie christliche Kinder ermordet hätten.[15]) Also nicht den Juden zuliebe hat der Reimchronist ihren Sieg erzählt. Es ist ein anderer Grund: d e u t s c h e Kreuzfahrer waren es, die von den Juden besiegt wurden. Siege der Čechen über die Deutschen hatte der Autor schon früher erzählt, aber das erschien ihm nicht genug, er wollte den Deutschen nicht ersparen, daß sie auch von den Juden besiegt worden seien.

In der Chronik von Cosmas hatte unser Autor eine Schilderung der letzten Stunden des Bischofs Hermann von Prag (gestorben 1122) gefunden: daß der Bischof auf dem Sterbebette sich die bittersten Vorwürfe gemacht hatte, weil er gegen die getauften und bald wieder abgefallenen Juden nicht eingeschritten sei.[16]) Von der Taufe und dem Abfall der Juden hatte Cosmas in einem früheren Kapitel erzählt, nämlich zum Jahre 1096: daß die deutschen Kreuzfahrer die Juden zur Taufe gezwungen hätten. Beide Erzählungen stehen im engsten Zusammenhange, die spätere (von 1122) ist nur durch die frühere (von 1096) verständlich und was macht der Reimchronist daraus? Die eine, von 1122, hat er übernommen, die andere jedoch weggelassen. Nach seiner Darstellung hätte eine Stimme aus dem Jenseits dem sterbenden Bischof die schwerste Strafe angedroht, weil er den christlichen Glauben beleidigte, indem er zuließ, daß die getauften Juden wieder jüdisch wurden.[17]) Aber von den Vorgängen im Jahre 1096, die Cosmas erzählt, findet sich bei dem Reimchronisten nichts, wohl deshalb, weil er einen Widerspruch sah zwischen der einen (bei Cosmas stehenden) Erzählung, daß die Juden von den deutschen Kreuzfahrern überwältigt, und der anderen (von ihm, aber nicht von Cosmas, gebrachten), daß die deutschen Kreuzfahrer von den Juden besiegt worden seien.

Und nun kommen wir zur Hauptfrage: ist Kapitel 86 der Reimchronik über den Sieg der Juden eine Erfindung des Autors, oder hat es einen geschichtlichen Kern? Daß der Autor seine Erzählung zwischen anderen, die zum 13. Jahrhundert gehören, eingeordnet hat, ist von geringem Belange. Er konnte ganz gut wissen, daß im 13. Jahrhundert deutsche Kreuzfahrer nicht nach Böhmen gekommen seien, daß also seine Erzählung in eine frühere Zeit gehöre, und trotzdem brachte er sie aus irgend welchen Gründen später in der Chronik —

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

auf solche Abweichungen vom wirklichen Verlauf der Ereignisse kam es ihm gar nicht an. Wichtiger ist, daß er in seinem zügellosen Haße gegen die Deutschen auch offenbare Erfindungen als geschichtliche Tatsachen ausgegeben hat, und da wäre es ihm auch zuzutrauen, daß er das ganze Kapitel 86, die ganze Erzählung von der Niederlage der deutschen Kreuzfahrer durch die Juden ersonnen hat, um die Deutschen noch mehr herabzusetzen.

Aber es ist auch eine andere Lösung möglich. Es könnte eine Tradition oder Sage von einem solchen Siege der böhmischen Juden im Volke sich erhalten haben,[18]) oder die Erzählung könnte aus einer Chronik, die wir nicht mehr haben, stammen. Es ist festgestellt, daß der Reimchronist Geschichtsbücher, die uns heute fehlen, benützt hat: Bunzlauer Chroniken oder solche des Klosters Opatowitz. Es wäre möglich, daß die Nachricht vom Siege der Juden in einer dieser Chroniken enthalten war,[19]) daß sie der Reimchronist von dort übernommen und mit Ausschmückungen, wie sie seiner Natur entsprachen, versehen hat. Dann wäre an dem geschichtlichen Kern dieser Nachricht nicht zu zweifeln — außer man würde annehmen, die Geistlichen in Bunzlau oder Opatowitz (nur Geistliche kommen in jener Zeit als Chronikenschreiber in Betracht) hätten Siege von Juden über deutsche Kreuzfahrer erfunden, weil sie eben solche gehäßige Deutschen-Feinde und nationale Fanatiker gewesen, wie der Reimchronist. Leider wissen wir über diese Chronikenschreiber von Bunzlau und Opatowitz nichts, und was noch mehr zu beklagen ist, die von ihnen verfaßten Geschichtsbücher sind verschollen. Es bleibt nichts anderes als die bloße Möglichkeit, daß im Volke eine Tradition von einem Siege der Juden fortgelebt, oder daß in einer seither verlorenen Chronik eine solche Erzählung gestanden habe. Dann wäre die Frage, was vom Kapitel 86 der Reimchronik zu halten sei, nicht zu beantworten; da ergibt sich eine überraschende Lösung, wenn wir eine Geschichtsquelle, die erst vor einigen Jahrzehnten bekannt geworden ist, heranziehen.

Im Jahre 1892 sind von der historischen Kommission für die Geschichte der Juden in Deutschland hebräische Berichte über die Judenverfolgungen während der Kreuzzüge veröffentlicht worden. Drei Berichte beziehen sich auf das Jahr 1096,[20]) auf die Verfolgungen beim ersten Kreuzzuge, und von den dreien ist einer, hier zum erstenmale herausgegeben, eine höchst wertvolle Quelle: der Bericht des Salomo bar Simeon. Von dem Verfasser wissen wir nichts mehr als den Namen und daß er im Jahre 1140 in Mainz gelebt hat.[21]) Die Ereignisse von 1096 hat er nicht selbst gesehen, aber er beruft sich auf Augenzeugen und auf Aussagen von Alten, die er über einzelne Umstände gefragt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

habe. Außer diesen mündlichen Informationen hatte er auch schriftliche sich verschafft. Er beginnt seinen Bericht mit einer Erzählung der Verfolgung in Speier und Worms,[22]) dann kommt als Hauptstück eine sehr ausführliche Schilderung aller Vorgänge in Mainz, Köln und einzelnen Orten am Nieder-Rhein, daran schließen sich kurze Mitteilungen über die Verfolgung in Trier und Metz, über die Zwangstaufe der Juden in Regensburg — eine Schrift voll Leidenschaft, in Worten des stärksten Abscheus vor den Mördern und ihrem Christentum, eine Verherrlichung der Glaubenstreue der Gefallenen und zugleich ein verzweifelter Schrei zu Gott, sein auserwähltes Volk nicht solche Qualen erdulden zu lassen.[23]) Von den Bildern des Grauens und Entsetzens in dieser Schilderung hebt sich ein einziges ab, ein einziges war für die jüdischen Leser tröstlich und erhebend: die kleine Erzählung die am Schlusse der Reihe steht, von Juden die über die Kreuzfahrer gesiegt hatten.

Die Erzählung, die für unsere weitere Untersuchung die Grundlage bildet, lautet:[24]) „Als die Irrenden (Kreuzfahrer) über die würdigen und heiligen Männer in der Stadt „Schel" kamen, sprachen sie: ‚jetzt merket auf unsere Rede und erkennet, was ihr tun sollt. Entweder bekehret euch zu unserem Glauben, oder ihr habt das Todesurteil zu ertragen, wie auch eure Brüder thaten, die im christlichen Lande wohnen.' Da erbaten sie sich von den Irrenden und ihren Stadtleuten drei Tage Bedenkzeit, und ließen durch einen Abgesandten ihren Fürsten von dieser Sache benachrichtigen. Jene drei Tage weihten sie zum Fasten, und flehten vor dem Angesichte des lebendigen Gottes unter Fasten, Weinen und Klagen, und ihr Gebet ward angenommen, der barmherzige Gott rettete sie. Der Fürst unterstützte sie während der dreitägigen Zeit, er schickte ihnen einen Anführer mit 1000 schwertumgürteten Reitern zu Hilfe, dabei waren auch von den in der Stadt „Schel" wohnenden Juden 500 bewaffnete und kriegsgeübte junge Männer, die sich vor keinem Feinde rückwärts kehrten. Diese überfielen unverhofft die Stadt, und schlugen mit empfindlichen Schlägen die Irrenden wie die Stadtleute. Von den Juden kamen nur sechs um. Die übrige Gemeinde rettete der Freund Israel's, und brachte sie allesammt in ein Dorf gegenüber der Stadt „Schel" jenseits des Flusses. Dort blieben sie in Frieden und Ruhe, bis die Feinde des Ewigen fortgezogen waren."

Also Juden einer Stadt, die mit Hilfe von Christen die Kreuzfahrer überfallen und besiegt hatten! Was war das für eine Stadt, wo lag sie? Oben ist als Namen dieser Stadt die Form „Schel" gebraucht, aber sie ist nicht die einzige, die zulässig oder möglich ist. Im hebräischen Text steht שלא, das kann Schel, Sel, Schela, Sela usw. heißen.[25]) Welche von diesen Formen der Schreiber der uns vorliegenden Hand-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schrift gemeint hat, läßt sich nicht sagen. Noch ärger steht es mit der Deutung des Wortes שלא, es soll der Name einer Stadt sein, aber einen solchen Namen hatte niemand bisher gehört. Dem Herausgeber des hebräischen Textes (Stern) erschien das Wort auffallend, und er machte in üblicher Weise durch eine Note aufmerksam, daß das Wort wirklich in der Handschrift stehe;[26]) der Übersetzer (Baer) bemerkte, welcher Ort gemeint sei, lasse sich nicht sicher bestimmen;[27]) und auch Breßlau, ein hervorragender Kenner der mittelalterlichen Geschichte, konnte den Namen nicht erklären und sprach von einer „rätselhaften Stadt."[28]) Die Schwierigkeit ist noch dadurch vergrößert worden, daß im Berichte Salomos an einer anderen Stelle anscheinend derselbe Name in veränderter Gestalt erscheint. „Und wie die Feinde ihres Herzens Tücken" lautet die Stelle „an diesen Gemeinden, wie wir erzählt haben, ausgeführt haben, so haben sie auch in anderen Gemeinden gehandelt: in der Stadt Trier, in Metz, in Regensburg, in Prag und in וישל und in Böhmen."[29]) וישל kann Weschel, Wesel, Weschal, Wesal usw. sein. Baer setzte beide Worte שלא und וישל einander gleich,[30]) d. h. es wäre derselbe Ort, der einmal mit dem einen, die anderen Male mit dem andern Namen bezeichnet sei. Das eine Wort, nämlich וישל, glaubte Salfeld erklären zu können: es sei Wessel zu lesen, und das sei das das böhmische Wesseli.[31]) Diese Erklärung muß jedoch abgelehnt werden. Ein böhmischer Ort Wesseli ist weder für das XI. noch das für das XII. Jahrhundert nachzuweisen,[32]) Veseli an der Lužnica, das allein in Betracht kommen könnte, wird zum erstenmal 1259 genannt.[33]) Ob damals auch nur Ein Jude dort ansässig gewesen ist, ist unbekannt, umso weniger dürfen wir annehmen, daß es im Jahre 1096 dort eine ganze Gemeinde gegeben hat.[34])

Zu einem ganz anderen Ergebnis als Salfeld ist Tykocinski[35]) gelangt. Er nahm als Ausgangspunkt seiner Untersuchung das Wort שלא es sei „Sala" zu lesen. Die zweite Form וישל sei in של zu verbessern, und darunter sei ebenfalls „Sala" zu verstehen. Es sei ein Ort in Deutschland, da der Autor, Salomo, nur von deutschen Gemeinden spreche. Weiters werde in einer hebräischen Quelle des 12. Jahrhunderts, in dem Berichte des Ephraim bar Jacob (über die Judenverfolgungen während des zweiten Kreuzzuges) ein Ort „Sole" (סולי) erwähnt, es sei ebenfalls ein Ort in Deutschland. Und ohne Zweifel dasselbe „Sole" sei in einer hebräischen Quelle des 13. Jahrhunderts (Isak Or Sarua) gemeint. Die Frage, in welcher Gegend Deutschlands „Sole" zu suchen sei, werde durch eine zweite hebräische Quelle des 13. Jahrhunderts (Schreiben des Chiskija ben Jacob an Abigedor ben Elia hakohen) beantwortet. Hier werde eine Stadt „Hal" am Flusse „Hala" genannt, die noch einen zweiten Namen „Sole am

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Flusse Solawa" führe. Das sei die Stadt Halle an der Saale, und damit sei „Sole" in den genannten hebräischen Quellen des 12. und 13. Jahrhundertes erklärt. Und da die Schreibweise „Sole" im hebräischen sich durch die süddeutsche Aussprache, da das gedehnte „a" in der Richtung nach „o" ausgesprochen werde, erkläre, müsse „Sole" in älterer Zeit „Sala" gelautet haben, und dann sei es wahrscheinlich, daß auch die Stadt „Sala" im Berichte Salomos keine andere als Halle sei.

Dann sucht Tykocinski auf Grund dieses Ergebnisses (שלא = Sala = Halle) die einzelnen Angaben im Berichte Salomos zu erklären. Er findet, daß die Erzählung recht farblos sei, denn es sei weder ein genaueres Datum angegeben, noch irgend ein Name der Kreuzzugsführer und der Mitglieder der Gemeinde genannt, auch der Landesfürst, dem die Juden ihre Rettung verdankten, werde nur „ihr Herr" genannt, ohne nähere Bezeichnung. Es sei sicher, daß Salomo für diesen Teil seines Berichtes keine schriftlichen Unterlagen gehabt habe, und daß die Ereignisse in der Stadt „Sala", die wir uns ganz weit vom Rheine, dem Wohnsitz Salomos zu denken hätten, auf dem weiten Wege bis zum Berichterstatter eine phantastische Ausschmückung erfahren hätten. Die Beteiligung von fünfhundert jüdischen Kriegern am Kampfe sei, wenn nicht ein Abschreibefehler, eine arge Übertreibung. Aber an dem Kern der Erzählung, dem Bestehen einer größeren[36]) jüdischen Gemeinde in „Sala" und ihrer Rettung sei nicht zu zweifeln. Der Fürst, der den Juden Hilfe sandte, sei wahrscheinlich der Erzbischof von Magdeburg gewesen, dessen Hoheit Halle unterstand, und der wahrscheinlich schon damals die Gerichtsbarkeit über die Juden besessen habe. Die Stadt, wohin die geretteten Juden geleitet wurden, dürfte Merseburg gewesen sein, das unweit Halle am anderen Ufer der Saale liegt.

Das sind die Argumente Tykocinskis. Man kann ihm[37]) darin beistimmen, daß unter סולי (-Sole) in dem Schreiben des Chiskija aller Wahrscheinlichkeit nach Halle an der Saale gemeint ist. Aber es ist ganz unsicher, ob das gleiche Wort in dem Bericht des Ephraim ebenfalls „Sole" zu lesen ist und ebenfalls Halle bedeutet.[38]) Und es ist mehr als unsicher, d. h. höchst unwahrscheinlich, daß שלא („Schel") im Bericht Salomos auf Halle bezogen werden kann. Schon die Voraussetzung, von der Tykocinski ausgeht, daß die Ereignisse in dieser Stadt (nämlich die Ereignisse von 1096) auf dem weiten Wege bis zum Berichterstatter phantastisch ausgeschmückt worden seien, wird schwerlich zutreffen. Wir werden vielmehr annehmen können, daß Salomo ebenso wie über Metz und Trier, auch über Regensburg und „Schel" Informationen sich verschafft hat, schriftliche oder mündliche

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

durch Anfragen in diesen Städten. Dann werden wir auch seine Angaben über „Schel" anders aufzufassen haben, nämlich als eine Wiedergabe dessen, was man in „Schel" im Jahre 1140 über die Ereignisse, die sich ein halbes Jahrhundert vorher abgespielt hatten, noch wußte.

Gewiß ist nicht alles glaubwürdig, was in dem Berichte Salomos, wie er uns heute vorliegt, steht.[39]) Aber wer die Erzählung vom Kampf der Juden mit den Kreuzfahrern unbefangen liest, wird doch den Eindruck gewinnen, hier wird von einer Stadt gesprochen, die eine starke jüdische Bevölkerung hat, und von einem Fürsten, der zu den mächtigsten in Deutschland gehört.[40]) Trifft das für Halle und den Erzbischof von Magdeburg zu? Haben wir (außer der sprachlichen Hypothese Tykocinskis) irgend ein Zeugnis, ein direktes oder indirektes, daß in Halle zur Zeit des ersten Kreuzzuges eine große jüdische Gemeinde bestanden hat? Nein. Wir haben nicht einmal eine Nachricht, daß Juden in Halle im 11. Jahrhundert ansässig waren.[41]) Wir haben solche Nachrichten über Juden in den Nachbarstädten Magdeburg und Merseburg, Zeugnisse für ihre Ansässigkeit im 10. und 11. Jahrhundert, aber nicht für Juden in Halle. Denn das älteste Zeugnis von ihrer Niederlassung ist aus dem Jahre 1184. Und doch soll schon ein Jahrhundert vorher eine große jüdische Gemeinde dort gewesen sein! Wäre das wirklich der Fall gewesen, so hätte doch eine solche große Gemeinde wenigstens in den hebräischen Quellen des Mittelalters eine Spur zurückgelassen, es wären doch die Gelehrten von Halle in den Briefen, Gutachten oder anderen Schriften der Rabbiner vom 11. bis ins 13. Jahrhundert genannt worden. Aber nur von einem einzigen ist dies mit Sicherheit nachzuweisen[42], während doch aus den großen Gemeinden des östlichen Deutschlands, Regensburg und Prag, eine ganze Reihe in diesen Schriften erscheint.[43])

Die gleichen Schwierigkeiten zeigen sich, wenn wir — wie dies Tykocinski tut — annehmen, daß der im Berichte Salomos erwähnte Landesfürst der Erzbischof von Magdeburg gewesen ist. Wer wird glauben, daß er ein sehr mächtiger Fürst gewesen ist? Daß er (1096) den bedrängten Juden ohne weiters eine stattliche[44]) Reiterschar zu Hilfe schicken konnte? Und wie wäre es zu erklären, daß der Autor (Salomo) gerade diesem Erzbischof den Titel הַשַּׂר (hasar = Fürst) gibt? Eine solche Bezeichnung gebraucht er regelmäßig nur für weltliche Fürsten, nicht für Erzbischöfe oder Bischöfe.[45])

Man sieht, die Annahme Tykocinskis, „Schel" (שכא) sei Halle, ist mit den Grundregeln wissenschaftlicher Kritik nicht im Einklange. Sie schafft neue Schwierigkeiten, sie braucht neue Hypothesen zur Stütze,[46] das ist ein Gebäude das beim ersten Lufthauch zusammenstürzt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Wenn wir das Problem „Schel" lösen wollen, dürfen wir nicht von einer Worterklärung, von einer Deutung des Namens שלא ausgehen. Wir müssen einen anderen Weg einschlagen, nämlich den Bericht Salomos als Ganzes betrachten, die Art seiner Überlieferung, sein Verhältnis zu anderen gleichzeitigen Berichten, aus welchen Quellen er geschöpft hat, usw. Es ist die gleiche Methode, es sind die gleichen Fragen, wie sie heute von der Forschung an andere Geschichtsquellen gestellt werden, und wir werden diese Methode umso leichter auf den vorliegenden Fall anwenden können, als ja die wichtigste Vorarbeit bereits geleistet worden ist: durch H. Breßlau, der der Ausgabe der „Hebräischen Berichte" eine Einleitung[47]) beigegeben hat. Eine Quellen-Untersuchung, kurz, präzis, und mit der Sicherheit des großen Forschers durchgeführt. Hier ist dargelegt, in welchem Verhältnis die drei hebräischen Berichte, welche die Verfolgungen während des ersten Kreuzzuges schildern, zu einander stehen. Für unsere Zwecke kommen nur die beiden ersten Berichte in Betracht, der Bericht Salomos und der des Elieser bar Nathan. Salomo hat nach seiner eigenen Aussage seine Schrift im Jahre 1140 in Mainz verfaßt, etwa zur selben Zeit hat auch Elieser, sei es in Mainz oder Köln, seinen Bericht geschrieben. Von den Quellen, die sie benützt haben, lassen sich zwei noch feststellen: eine Aufzeichnung über die Verfolgung in Mainz, die wahrscheinlich von einem Augenzeugen, von einem dem Gemetzel glücklich entgangenen Juden, herrührt; und eine Aufzeichnung über die Vorgänge in Köln und anderen Orten am Nieder-Rhein, die etwa in den Jahren 1120—1140 entstanden ist. Wie die letztere von den beiden Autoren, Salomo und Elieser, verwertet worden ist, kann man deutlich sehen, wenn man ihre Berichte nebeneinander stellt. Und da ist für uns hauptsächlich die folgende Stelle von Bedeutung:

Bericht Eliesers.[48])

„Und wie die Feinde an diesen Gemeinden gehandelt haben, so verfuhren sie auch in anderen Gemeinden: in der Stadt Trier, in Metz, auch in Regensburg und in Prag. Aber alle verherrlichten den heiligen Namen in Liebe und Anhänglichkeit, und vollzogen ihren Dienst bis zum Lebensende. Und all dies geschah in Einer Jahreszeit, vom Monate Ijar bis Monat Tamus, in welcher

Bericht Salomo's.[49])

„Und wie die Feinde ihres Herzens Tücken an diesen Gemeinden, wie wir erzählten, ausgeführt haben, so haben sie auch an anderen Orten gehandelt: in der Stadt Trier, in Metz, in Regensburg, in Prag (und in Weschel und in Böhmen[50]) Aber alle diese heiligten ebenfalls den großen und furchtbaren Namen in Liebe und Anhänglichkeit. Und alles dies geschah in jenem Jahre

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sie als heilig und rein befunden wurden, sich zu Gott zu erheben." Dann folgt eine allegorische Schilderung des Lebens dieser Frommen im Jenseits, die mit dem Satze schließt „ihr Verdienst stehe uns bei auf immerdar, damit die Zeit der Erlösung nahe, bald und in nächster Zeit. Amen. So sei Gottes Wille."

und in Einer Jahreszeit, denn jenes ganze reine Geschlecht hatte Gott sich zum Anteil auserkoren, um mittels desselben die ihm nachfolgenden Geschlechter zu beglükken. So möge es denn vor dem hocherhabenen Gotte wolgefällig sein, den nachfolgenden Kindern den Thatenlohn der früheren zu vergelten, daß ihre Unschuld, Gerechtigkeit und fromme Ergebung uns auf ewig beistehe, daß er die Erlösung uns bringe, und uns über den Tod hinaus ins Land des Lebens geleite."

Die Worte „und in Weschel und in Böhmen", die in Klammern stehen sind nach Ansicht Breßlau's[51]) ein späterer Zusatz, d. h. in der Vorlage, die Salomo benützt hatte, standen sie nicht. Wir können uns dieser Ansicht anschließen,[52]) und nun zeigt sich folgendes: die gemeinsame Quelle, aus der die Berichte Elieser's und Salomo's geschöpft haben, die Kölnische Aufzeichnung enthielt einen kurzen Hinweis auf die Verfolgungen in Trier, Metz, Regensburg und Prag. Damit schloß diese Aufzeichnung und damit schließt auch der Bericht Eliesers.

Aber das genügte Salomo nicht. Er erzählt noch, mit begreiflicher Befriedigung, wie übel es den Kreuzfahrerscharen, die soviel Unheil den Juden gebracht hatten, in Ungarn erging[53]) — und was für uns noch wichtiger ist: Salomo hat dasjenige, was seine Vorlage nur andeutete, auf Grund weiterer Informationen, schriftlicher oder mündlicher, ausgeführt. Unmittelbar an die oben mitgeteilte Stelle schließt er mit den Worten „es wurde mir erzählt, was sich in Trier ereignete" eine Schilderung der Judenverfolgung in dieser Stadt an; dann folgt mit den Übergangsworten „nun will ich von jenen in Metz erzälen", eine kurze Mitteilung über die dortigen Ereignisse; ihr folgt, ohne jeden Übergang, eine Stelle über die Verfolgung in Regensburg, d. h. über die Zwangstaufe der Juden, und ebenso ohne jeden Übergang die Erzählung der Vorgänge in der Stadt „Schel." Die Kölnische Aufzeichnung und der Bericht Eliesers wissen von den Judenverfolgungen in Trier, Metz, Regensburg und Prag nur, daß sie stattgefunden haben, nichts mehr. Diese Lücke ergänzt der Bericht Salomo's, er erzählt genau in der Reihenfolge, wie die Städte in der erwähnten Aufzeichnung genannt sind, die Vorgänge in Trier, Metz, Regensburg — nur daß statt Prag die mysteriöse Stadt „Schel" erscheint.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Das ist sehr auffallend. Umso mehr, als ja Regensburg und Prag in den Berichten der beiden rheinischen Autoren (Elieser und Salomo) nicht deshalb genannt worden sind, weil nur in ihnen und in keinem anderen Orte östlich des Rheins Judenverfolgungen stattgefunden hätten,[54]) sondern sie sind genannt worden, weil sie als die größten und ältesten jüdischen Gemeinden im östlichen Deutschland galten,[55]) und weil die jüdischen Gelehrten in beiden Städten ihren Genossen am Rhein und in Frankreich bekannt waren, dadurch daß sie von ihnen in strittigen Fragen des Ritus, des Eherechtes usw. Gutachten einholten oder solche erteilten, daß sie regen Anteil an der gelehrten Arbeit der Juden im Westen nahmen.[56]) So ist es leicht zu erklären, daß wir in Berichten über die Judenverfolgung von 1096, die in Mainz oder Köln geschrieben worden sind, auch die jüdischen Gemeinden von Regensburg und Prag finden. Aber wie wäre es zu erklären, daß jemand in einem solchen Bericht anstatt einer Erzählung von den Juden in Prag eine solche über „Schel" gesetzt hätte? „Schel", das die Juden am Rhein damals ebenso wenig gekannt haben, als wir es heute kennen.

Unter solchen Umständen drängt sich die Frage auf, ob nicht hinter „Schel" Prag verborgen sei. Und wenn wir die Art der Überlieferung unseres Berichtes in Betracht ziehen, ist sogar die Frage zulässig, ob denn der Autor (Salomo) wirklich „Schel" und nicht Prag geschrieben hat. Denn der Originalbericht, die Handschrift Salomo's, ist uns nicht erhalten, und auch alle älteren Abschriften sind verloren. Wie viele mag es im Rheinlande und in allen größeren jüdischen Gemeinden gegeben haben! Eine einzige späte Kopie ist uns erhalten geblieben, in einer Sammelhandschrift, die 1453 in Treviso in Oberitalien geschrieben worden ist.[57]) Hier findet sich unser Bericht, aber in welchem Zustande! Der Text ist unvollständig — es fehlt der Anfang — zahlreiche Stellen sind, wie die Herausgeber (Neubauer und Stern) angeben, von der Zensur durchstrichen oder radiert worden, „ferner hat der Kopist dort wo seine Vorlage schadhaft war, oder wenn er aus anderen Gründen sie nicht lesen konnte, Lücken im Text gelassen." Aus dem Abdruck erfährt man noch mehr: der Text weist viele Fehler auf, ein Teil konnte von den Herausgebern verbessert werden, bei anderen ist durch eine Note aufmerksam gemacht, daß das betreffende Wort in der Handschrift stehe. Wieviel von diesen Fehlern der Schreiber in Treviso verschuldet hat, wieviel auf Rechnung seiner Vorlage kommen, darüber läßt sich nicht einmal eine Vermutung äußern, da ja seine Abschrift die einzige ist. Aber auf einen Umstand muß hier hingewiesen werden. Salomo hat seinen Bericht im Jahre 1140 geschrieben, und unsere Abschrift ist aus dem Jahre 1453, volle dreihundert Jahre liegen zwischen beiden. Es ist möglich, daß es hier eine ganze Reihe von Zwischengliedern ge-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

geben hat, d. h. es kann eine ganze Reihe von Abschriften gewesen sein, die derart zusammenhängen, daß jeweils die eine Abschrift die Vorlage für die nächste gewesen ist. Je länger diese Reihe war, je mehr Abschriften von dem Originalbericht von 1140 zu unserer Handschrift von 1453 führten, desto größer war die Gefahr, daß Fehler in den ursprünglichen Text sich einschlichen. Einfache Schreibfehler, die ein Kopist aus Unachtsamkeit sich zu Schulden kommen ließ, Lesefehler, wenn er seine Vorlage falsch gelesen hatte, und wenn der nächste einen solchen Fehler entdeckte und ihn zu verbessern suchte, konnte es geschehen, daß er noch weiter von dem ursprünglichen Text sich entfernte.

Wir haben nur die einzige fehlerhafte Abschrift von 1453, da ist die Vermutung, daß auch die angeblichen Ortsnamen „Weschel" und „Schel" auf Kopistenfehler zurückgehen. d. h. daß sie im ursprünglichen Text gar nicht standen, nicht auszuschließen. Diese Vermutung wird durch eine hebräische Schrift des 13. Jahrhunderts bestätigt. Es ist das Martyrologium des Nürnberger Memorbuches, das Salfeld im 3. Band der „Quellen zur Geschichte der Juden in Deutschland" herausgegeben hat. Der erste Teil dieses Martyrologiums, ein Verzeichnis der Blutzeugen, die in den Verfolgungen seit den Kreuzzügen bis zum Ende des 13. Jahrhunderts für ihren jüdischen Glauben das Leben verloren haben, ist von Isak ben Samuel in Nürnberg in den Jahren 1296—98 geschrieben worden.[58]) Er hat dafür verschiedene Quellen benützt, darunter auch den Bericht Salomos über die Verfolgung von 1096.[59]) Und da zeigt sich, daß das Verzeichnis Isaks die Märtyrer von Trier und Metz erwähnt, die von Regensburg und Prag[60]) — aber die von „Weschel" und „Schel" fehlen. Es wäre unsinnig anzunehmen, daß Isak willkürlich gerade diese beiden Namen ausgelassen hätte. Es gibt einen einfachen, einleuchtenden Grund, weshalb er „Weschel" und „Schel" in sein Martyrologium nicht aufgenommen hat: weil er von ihnen gar nichts wußte, weil sie in seiner Vorlage nicht standen. Das heißt soviel: das Exemplar des Berichtes Salomo's, das Isak benützte, hat diese Namen nicht enthalten.

Wir sehen also, daß es im 13. Jahrhunderte, als Isak ben Samuel sein Martyrologium zusammenstellte, Abschriften des Berichtes Salomos gegeben hat, ohne „Weschel" und ohne „Schel."[a] Aber die Abschrift von 1453, die in Treviso geschrieben worden ist, die einzige die uns noch erhalten ist, hat beide Worte. Das läßt sich am einfachsten damit erklären, daß der Wortlaut unseres Berichtes auf dem Wege von den älteren Abschriften (eine von ihnen hatte Isak ben Samuel benützt) bis zu den jüngeren (zu diesen gehört das Exemplar von 1453) Veränderungen erlitten hat. „Weschel" und „Schel" der jüngeren

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Handschrift sind an die Stelle von anderen Worten, die in den älteren Handschriften standen, getreten. Und nun verschwindet das Dunkel, das über diesen fatalen Namen lag.

Die Form „Weschel" findet sich in dem Berichte ein einziges Mal, in dem Satze, der schon oben (S. 7) mitgeteilt worden ist „und wie die Feinde ihres Herzens Tücken an diesen Gemeinden (nämlich Worms, Speier, Mainz usw.) ausgeführt haben, so haben sie auch in anderen Gemeinden gehandelt: in der Stadt Trier, in Metz, in Regensburg, und in Prag und in Weschel und in Böhmen." ובפרנא ובושל ובבהיים ubepraga ubeweschel ubebeheim" steht in der Handschrift von 1453. Was heißt das? Das Rätsel ist von Prof. S. H. Lieben gelöst worden, er hat durch eine glänzende Konjektur den verderbten Text gereinigt.

Statt ובושל ובבהיים

ist zu lesen ובכל בהיים ubekol beheim.

Dann lautet die Stelle „und wie die Feinde etc., so haben sie auch gehandelt in der Stadt Trier, in Metz, in Regensburg und in Prag und in ganz Böhmen." Damit sind alle Schwierigkeiten beseitigt,[61]) wir gewinnen einen klaren Text, allerdings läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, ob die Worte „und in ganz Böhmen" Zusatz eines späteren Kopisten sind, oder ob sie schon im Originalbericht Salomo's gestanden haben.[62]) Wie konnte aus „ubekol beheim" das in der Handschrift von 1453 stehende „ubeweschel ubebeheim" werden? Hier müssen wir eine allmähliche Verschlechterung durch Schreib- oder Lesefehler oder Versuche von Schreibern, solche Fehler zu verbessern, annehmen.

Damit ist auch für die Erklärung von „Schel" der Weg vorgezeichnet. Denn die Korrektur „. . . so haben sie auch gehandelt in Trier, Metz, Regensburg und in Prag (und in ganz Böhmen)" zeigt auf das deutlichste, daß der Text in der Handschrift von 1453 verunstaltet ist, indem nach einander die Verfolgungen in Trier, Metz, Regensburg und „Schel" erzählt werden, aber nicht die Verfolgungen in Prag. „ubeweschel ubebeheim" konnte als Ergebnis von Kopistenfehlern erklärt werden. In ähnlicher Weise wird auch „Schel" zu erklären sein. Es findet sich in dem Abschnitte vom Sieg der Juden über die Kreuzfahrer (der oben S. 6 mitgeteilt worden ist) durchwegs gebraucht, d. h. dreimal, dagegen wird Prag in diesem Abschnitte nicht ein einziges Mal genannt, und doch muß überall, wo in unserer Handschrift „Schel" steht, „Prag" gesetzt werden. Können wir für eine so starke Korrektur einen Übergang, eine Zwischenstufe finden? Wenn wir die beiden Worte in der Form, wie sie in unserem Berichte erscheinen, vergleichen

פרנא
שכא

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

so zeigt sich, daß nur der Endbuchstabe (alef) beiden Worten gemeinsam ist. Was vorausgeht, ist da und dort verschieden. Hier war die Fehlerquelle. Aus פרג (prg) der einen Handschrift ist של (schl) der anderen geworden, auf einem Wege, den nur andere Handschriften unseres Berichtes, die heute fehlenden Zwischenglieder in der Überlieferung uns zeigen könnten. Vielleicht wird manchen eine solche Lösung gewaltsam erscheinen, aber gibt es eine andere, die in gleicher Weise allen sachlichen Anforderungen entspricht?

Zu dem gleichen Ergebnis, Identität von „Schel" und Prag, kommt man auch auf einem anderen Wege: durch eine Untersuchung der einzelnen Angaben in der Erzählung Salomo's. Es ist schon früher (S. 9) darauf hingewiesen worden, daß „Schel" eine Stadt mit einer starken jüdischen Bevölkerung ist, und daß der Fürst von „Schel" zu den mächtigsten in Deutschland gehört. Das paßt auf Prag und den böhmischen Herzog mindestens ebenso gut als auf eine andere Stadt und einen anderen Fürsten.[83]) Seit zweihundert Jahren, wenn nicht noch länger, waren Juden in Prag ansässig, als die Kreuzfahrer nach Böhmen kamen. Juden aus dem Osten (dem byzantinischen Reiche) und dem Westen (Deutschland) hatten sich in Prag vereinigt, die Gemeinde war in den zweihundert Jahren angewachsen, und in dem reichen Lande waren die Juden selbst zu Wohlstand und Reichtum gelangt. Und was Böhmen bedeutete, hatte in den letzten Jahrzehnten der Přemyslide Wratislav als Helfer und treuester Vasall des deutschen Kaisers Heinrich IV. aller Welt gezeigt. Sein Nachfolger, Herzog Břetislav II. hatte bald nach Beginn seiner Regierung im Jahre 1093 einen Krieg gegen den polnischen Herzog Wladislav geführt, um ihn zur Zahlung des rückständigen Tributs zu zwingen; das Unternehmen war gelungen, der polnische Herzog hatte sich gefügt, nachdem sein Land schwer geschädigt worden war. Im Jahre 1096, in dem Jahr des ersten Kreuzzuges hatte Břetislav neuerlich einen Zug gegen Polen unternommen, er stand, wie uns Cosmas erzählt, mit seinem Heere in Schlesien (an der Neisse), als die Kreuzfahrer in Prag eindrangen.

Da paßt es ganz gut, daß die Juden von „Schel" von den Kreuzfahrern, die sie bedrängten, eine Frist von einigen Tagen verlangten, um ihrem Fürsten Nachricht zu geben.[84]) Und es paßte auch weiter sehr gut, daß dieser Fürst ihnen gleich eine größere Schar Reiter zu Hilfe schickte, Břetislav hatte ja sein Heer versammelt. Man könnte höchstens die Frage aufwerfen, weshalb er sich der Juden so angenommen hat. Er war ebenso fromm,[85]) ebenso der katholischen Kirche ergeben, wie seine Vorfahren, aber mit den Bedenken, die der Prager Bischof Cosmas gegen die Zwangstaufe der Juden hatte, befaßte er sich nicht;

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

diese Frage zu entscheiden, überließ er dem Bischof.[66]) Sein Interesse an den Juden war anderer Art. Sie waren eine Quelle von Einkünften für ihn, und diese Quelle drohte jetzt zu versiegen, da die Kreuzfahrer und der Pöbel von Prag sich zusammengetan hatten, um die Juden zu plündern.[67]) Das erklärt die rasche Sendung von Reitern nach Prag, der Herzog wollte seine Juden nicht von anderen ausplündern lassen. Das behielt er sich selbst vor,[68]) und er wollte auch nicht, daß in seiner Stadt und in seinem Lande fremde, zusammengelaufene Scharen Ausschreitungen begingen.

Als die böhmischen Reiter vor Prag eingetroffen waren, kamen zu ihnen „von den in der Stadt „Schel" wohnenden Juden fünfhundert bewaffnete und kriegsgeübte junge Männer, die sich vor keinem Feinde rückwärts kehrten." Das steht in unserem Berichte, aber wir werden hier eine Korrektur vorehmen, und statt „junge Männer" „Männer" setzen müssen. Denn nicht allein die „jungen Männer", sondern die ganze männliche Bevölkerung vom Knaben bis zum Greis, alles was Waffen tragen konnte, wird an dem Kampfe teilgenommen haben — ganz so wie in Mainz.[69]) Dann erweckt auch die Zahl 500 kein Bedenken.[70]) Eine noch stärkere Korrektur verlangt der Satz, daß die Juden von „Schel" kriegsgeübt gewesen seien „und vor keinem Feinde sich rückwärts kehrten." Es ist ohne weiters zuzugeben, daß sie Waffen besassen,[71]) und es ist ganz gut möglich, daß sie ab und zu von den Waffen Gebrauch gemacht haben, um Angriffe abzuwehren. Aber daß sie „kriegsgeübt" gewesen wären, im eigentlichen Sinne des Wortes, werden wir nicht glauben. Wie wären sie denn zu solcher Übung gekommen? Man darf doch nicht vergessen, daß die Juden in Deutschland damals fast durchwegs Kaufleute und Händler[72]) gewesen sind, keine Ritter und keine Landsknechte. Erwerb und Frömmigkeit waren ihre Beschäftigung und ihr Lebensinhalt. Das Studium von Thora und Talmud, die genaue Beobachtung der vielen religiösen Gebote und Verbote, die Feier des Sabbats und der Feste, das war ihre Stärke, nicht kriegerischer Sinn. Man sehe nur, wie die Juden von „Schel" die Frist von einigen Tagen, die ihnen die Kreuzfahrer zugestanden hatten, benützt haben: zu Fasten und Gebet. Wir werden also den ganzen Satz von den kriegsgeübten jungen Männern in „Schel" streichen müssen. Hat der Autor unseres Berichtes, Salomo, im Überschwang der Freude über den Sieg der Juden sich zu solchen Übertreibungen verleiten lassen? Oder waren es die Juden von „Schel", als sie in späterer Zeit, im Jahre 1140,[73]) in Dankbarkeit ihrer Retter gedachten? Die Frage ist nicht zu beantworten.

Diese Juden von „Schel", die nicht kriegsgeübt waren, die durch Fasten und Gebet den Zorn Gottes abzuwenden suchten, sollen einen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Angriff auf die Kreuzfahrer gemacht haben! Sie sollen sich den Reitern, die der Fürst von „Schel" geschickt hatte, angeschlossen haben, und vereint mit ihnen „überfielen sie unverhofft die Stadt, und schlugen mit empfindlichen Schlägen die Irrenden (= Kreuzfahrer) wie die Stadtleute; von den Juden kamen nur sechs um." So erzählt Salomo. Ist das glaublich? Die Antwort ist schon im Berichte selbst gegeben: die Juden von „Schel" waren nicht die einzigen, die den Kampf mit den Kreuzfahrern aufgenommen hatten. Auch die Juden von Mainz hatten mit ihnen (den Scharen Emicho's) gekämpft. „Sie legten Panzer an und umgürteten sich mit Kriegswaffen, von Groß bis Klein, Rabbi Kalonymos bar Meschullam, der Vorsteher, stand an ihrer Spitze, aber in Folge der vielen Leiden und Kasteiungen hatten sie nicht die Kraft, den Feinden zu widerstehen."[74]) Dann schildert Salomo, wie die Juden von Mainz, Alt und Jung, Männer und Frauen, lieber das Leben opferten als ihre Religion. Es ist wahr, nicht alle haben so gehandelt. In Regensburg fügten sich die Juden der Zwangstaufe, um das Leben zu retten. Auch in Prag hatte ein Teil das Christentum angenommen. Aber doch nur ein Teil, die anderen wollten lieber den Tod erleiden, als ihrer Religion untreu werden.[75]) Man sieht, an Beispielen von Todesverachtung hat es bei den Juden jener Zeit nicht gefehlt, es ist daher ganz gut möglich, daß die Männer von „Schel" solchen Beispielen gefolgt sind, und die Erzählung vom Angriff der Juden auf die Kreuzfahrer braucht durchaus nicht ein „Märchen"[76]) zu sein. Allerdings, das alles ist noch kein Beweis, daß sie zutreffend ist. Es könnte eingewendet werden: wenn die Juden von Mainz gegen die Kreuzfahrer gekämpft haben, so müssen es deshalb noch nicht die Juden von „Schel" getan haben. Ja, noch mehr: wenn die Juden von Mainz durch Kasteiungen geschwächt im Kampfe mit den Kreuzfahrern unterlegen sind, sollen wir glauben, daß die Juden von „Schel" nach einem mehrtägigen Fasten über die Kreuzfahrer gesiegt haben? Solche Einwendungen werden völlig widerlegt, und der Bericht Salomos erfährt eine glänzende Bestätigung durch eine Geschichtquelle, die früher schon erwähnt worden ist: es ist die čechische Reimchronik des sogenannten Dalimil, die im 86. Kapitel von einem Sieg der Juden in Böhmen über deutsche Kreuzfahrer berichtet.

Es ist bereits (S. 3) gezeigt worden, daß diese Erzählung der Reimchronik sich nur auf den ersten Kreuzzug, nur auf das Jahr 1096 beziehen könnte, da nur in diesem Jahre deutsche Kreuzfahrer nach Böhmen gekommen sind. Aber die Hauptfrage, ob die Erzählung einen geschichtlichen Kern hat, oder ob sie gänzlich eine Erfindung des Reimchronisten ist, ist nicht beantwortet worden. Wir können sie jetzt be-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

antworten. Es ist notwendig, den Wortlaut der betreffenden Stelle der Reimchronik kennen zu lernen.

„Damals waren Kreuzfahrer nach Böhmen gekommen, sie hatten die Gewalt des Papstes über die Juden (erlangt), diese Gewalt hatten sie durch viel Silber erworben. Sie führten zahlreiches Kriegsvolk mit sich, in der Absicht von den Juden viel Geld zu nehmen, oder sie alle gefangen zu setzen. Der König begann diesen Krieg nicht zu beachten, indem er beiden sagte ‚ich will mich nicht in diese Angelegenheit einmengen, ein jeder möge sich an sein Recht halten, und wer als Sieger hervorgeht, dessen Kopf möge heil bleiben.' Er gab den Juden ein Zeichen zum Widerstande, indem er sagte ‚wenn ihr sie niederschlagen werdet, will ich euch das nicht als Schuld anrechnen.' Die Juden verschafften sich heimlich Rüstungen und Kriegsvolk, und als die Kreuzfahrer gegen sie losschlugen, besiegten die Juden die Kreuzfahrer, zweihundert Deutsche schlugen sie damals nieder."[77])

Versuchen wir festzustellen, was von dieser Erzählung auf geschichtliche Tatsachen zurückgehen könnte, so werden wir zuerst den Satz, daß die Kreuzfahrer vom Papst die „Gewalt" über die Juden erkauft hätten, von Anfang bis zu Ende streichen müssen: einen solchen Papst hat es nicht gegeben. Wir werden ebenso die angeblichen Reden des böhmischen Königs bei Seite lassen, sie haben nicht mehr Glaubwürdigkeit als andere Reden in der Reimchronik, z. B. die von Libuša und Přemysl usw. Vergleichen wir jetzt die Erzählung der Reimchronik mit dem Berichte Salomo's, so ergibt sich folgendes:

Reimchronik cap. 86.	Bericht Salomos.
1. Deutsche Kreuzfahrer kamen nach Böhmen und wollten die Juden plündern.	1. Kreuzfahrer kamen in die Stadt „Schel" und wollten die Juden zur Taufe zwingen.
2. Der König erklärt, in den Streit zwischen Juden und Kreuzfahrern sich nicht einzumischen.	2. Die Juden verlangten eine Bedenkzeit von drei Tagen, um ihren Fürsten zu benachrichtigen
3. Der König ermuntert im Geheimen die Juden zum Widerstande, diese bewaffnen sich und nehmen Kriegsvolk auf.	3. Der Fürst von „Schel" schickte den Juden tausend Reiter zu Hilfe.
4. Kampf zwischen Juden und Kreuzfahrern, die Juden siegen, zweihundert Deutsche werden erschlagen.	4. Überfall der Kreuzfahrer und Stadtleute von „Schel" durch die Juden und die Reiter des Fürsten, Niederlage der Kreuzfahrer, Verlust der Juden: sechs Mann.

Wird jemand noch zweifeln, daß beide Erzählungen auf ein und dasselbe Ereignis sich beziehen? Auf einen Kampf von Juden gegen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Kreuzfahrer, der Fürst unterstützt die Juden, auf ihrer Seite kämpfen auch Christen, und die Kreuzfahrer werden geschlagen. Und nun beachte man, um welche Quellen es sich handelt. Die eine ist der Bericht Salomo's, geschrieben in Mainz, im Jahre 1140, in hebräischer Sprache; die andere ist die Reimchronik, geschrieben in Böhmen, um 1310, in čechischer Sprache, Salomo ist Jude, der Verfasser der Reimchronik Christ. Braucht man mehr, um zu zeigen, daß beide Quellen völlig selbständig, völlig von einander unabhängig sind? Wenn nun beide Autoren dasselbe Ereignis berichten, so stützt ein Bericht den anderen, an dem Ereignis selbst ist kein Zweifel mehr möglich. Und dann ergibt sich auch, daß die Erzählung der Reimchronik (cap. 86) nicht eine Erfindung sein kann. Sie ist nichts anderes, als die Wiedergabe einer Tradition, die sich in Böhmen, sei es mündlich sei es schriftlich,[78]) erhalten hatte: von einem Sieg, den die Juden mit Hilfe von Christen über Kreuzfahrer erfochten hatten. Diese Tradition sagt uns auch mit aller Deutlichkeit, wo der Kampf stattgefunden hat: in Böhmen; und wo die Stadt „Schel" zu suchen ist: es ist Prag.

Nun läßt sich auch der Schluß unseres Berichtes erklären. „Die übrige Gemeinde" wird hier gesagt „rettete der Freund Israels (Gott) und brachte sie allesamt in ein Dorf gegenüber der Stadt „Schel" jenseits des Flusses. Dort blieben sie in Frieden und Ruhe, bis die Feinde des Ewigen fortgezogen waren." Ein Dorf gegenüber der Stadt jenseits des Flusses — da „Schel" Prag bedeutet, ist der Fluß die Moldau, und ein Dorf gegenüber der Stadt kann nichts anderes sein, als ein Dorf am Fuße des Hradschin, denn Prag bedeutet im 11. Jahrhundert nur die Altstadt. Am Fuße des Hradschin ist durch König Přemysl Ottokar II. eine neue Stadt, die Kleinseite gegründet worden, aber das war erst im 13. Jahrhundert. Vorher gab es hier einzelne Dörfer oder Weiler, Travnik, Aujezd usw. In eines dieser Dörfer hatten also die Juden, die bisher im Višehrader Dorf[79]) gewohnt hatten, sich geflüchtet.

Läßt sich ein solcher Aufenthalt der Juden in dem Gelände am Fuße des Hradschin nachweisen? Allerdings. In der böhmischen Chronik des Wenzel Hajek von Libočan wird erzählt, daß es im Jahre 995 (!) bei Prag zu einem Kampfe zwischen Christen und Heiden (!) gekommen sei. „Da versammelten die Christen alle ihre Macht, nahmen auch die Juden zu Hilfe, und überfielen die Heiden. — Und dieweil die Juden den Christen wider die Heiden einen so ritterlichen Beistand getan, wurde ihnen erlaubt, unter den Christen an dem Ufer des Wassers Mulda eine Schule zu bauen. Und derselbe Ort, wo die Schule gestanden, ist auch bis auf den heutigen Tag in der Kleineren Stadt Prag über der Brucken unter dem Kloster zu Unserer Lieben Frauen zu sehen."[80]) Die Chronik Hajeks ist erst im 16. Jahrhundera verfaßt worden, sie

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

steht als Geschichtswerk im übelsten Ruf, der Verfasser gilt als Erzlügner, der seine eigenen Erfindungen als geschichtliche Tatsachen ausgegeben hat, und zu alledem ist er von einem geradezu blutrünstigen Hasse gegen die Juden erfüllt. Was weiß er nicht alles von den Juden in Prag zu erzählen! Sie hätten die Brunnen vergiftet, Kirchen in Brand gesteckt, Christenkinder gestohlen, Priester ermordet usw., und Hajek schwelgt förmlich in der Schilderung der Strafen, die sie dafür erlitten, sie wurden verbrannt, ertränkt, gerädert usw. Darf man einem solchen Manne trauen, wenn er etwas über Juden erzählt? Im vorliegenden Falle, soweit seine Erzählung die Synagoge (Schule) betrifft, gewiß. Noch heute weiß man genau, wo sie gestanden hat, sagt Hajek — das hat mit Liebe oder Haß gegen die Juden nichts zu tun, hier hat Hajek eine Jahrhunderte alte Tradition wiedergegeben, die an der Örtlichkeit[81]) haftete. Und vielleicht sind auch die Umstände, die angeblich zur Erbauung der Synagoge geführt haben, eine uralte Tradition, die noch im 16. Jahrhundert unter dem Volke lebendig war: daß einmal, in grauer Vorzeit, die Juden von Prag vereint mit den Christen gegen einen gemeinsamen Feind gefochten hätten. Ob die Phantasie des Volkes in späteren Jahrhunderten aus den Kreuzfahrern Heiden gemacht hat, oder ob diese Veränderung von Hajek vorgenommen wurde,[82]) läßt sich nicht sagen. Sicher ist nur: die Angabe des Jahres 995, in dem der angebliche Kampf der vereinigten Christen und Juden gegen die Heiden stattgefunden haben soll, zeigt die geübte Hand des Geschichtsfälschers Hajek.

Die Erzählung Hajeks steht jedoch anscheinend im Widerspruch mit dem Bericht Salomo's. Denn dieser sagt, die Juden wären in dem Dorfe jenseits des Flusses nur solange verblieben, bis die Kreuzfahrer (das sind „die Feinde des Ewigen") abgezogen seien. Das wäre also nur kurze Zeit, höchstens zwei Wochen gewesen.[83]) Nach Hajek muß jedoch der Aufenthalt der Juden auf dem Boden der späteren Kleinseite viel länger gedauert haben, sonst hätten sie nicht dort eine Synagoge sich erbaut. Aber der Widerspruch ist nur ein scheinbarer, beide Nachrichten können ganz gut nebeneinander bestehen. Es ist höchst wahrscheinlich, daß die Juden nach Abzug der Kreuzfahrer wieder in ihre alten Wohnstätten im Višehrader Dorf zurückgekehrt sind. Sie sind dort nicht geblieben, weil man ihnen die Synagoge weggenommen hatte[84]) oder weil sie im Višehrader Dorf sich nicht mehr sicher fühlten. Dann mag ihre Übersiedlung auf das andere Ufer der Moldau erfolgt sein. Wie lange sie in dem neuen Quartiere gewohnt hatten, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen, es steht nur fest, daß sie spätestens im 13. Jahrhunderte auf dem Boden des Ghettos, in dem Judenviertel von

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Prag ansässig waren,[85]) und ansässig geblieben sind durch ein halbes Jahrtausend.

Es hat sich also gezeigt, daß der Bericht Salomo's in der Hauptsache zuverlässig ist: Juden haben gegen Kreuzfahrer gekämpft und gesiegt, mit Hilfe von Christen und mit Unterstützung des Landesfürsten. Es waren die Juden von Prag, mit anderen Worten: „Schel" ist Prag.

Das Ergebnis, daß in der Erzählung von den Juden in „Schel" die Juden von Prag gemeint sind, ist auch für die Beurteilung der Chronik von Cosmas, der Hauptquelle der älteren Geschichte Böhmens, von Wert. Cosmas berichtet, wie oben (S. 2) mitgeteilt ist, daß die Juden von Prag von den Kreuzfahrern zur Taufe gezwungen oder erschlagen worden sind, aber er erwähnt kein Wort von einem Kampfe zwischen Juden und Kreuzfahrern, kein Wort, daß Herzog Břetislav den Juden eine Schar Reiter zu Hilfe geschickt, und daß die Kreuzfahrer eine Niederlage erlitten hätten. Hat Cosmas von alledem nichts gewußt? Das ist ausgeschlossen, der Kampf hat in Prag stattgefunden, man könnte sagen, vor seinen Augen. Und nun wird man einwenden: wenn das alles sich so verhalten hätte, wenn wirklich Juden und Kreuzfahrer mit einander gekämpft, und gar wenn der böhmische Herzog die Juden unterstützt hätte, müßte doch in der Chronik von Cosmas etwas darüber zu finden sein. Aber hier steht kein Wort, das ist das stärkste Argument gegen die Lösung „Schel" = Prag. Der Schluß wäre zutreffend, wenn dieser Geschichtschreiber uns immer die ganze Wahrheit sagen würde. Aber das ist nicht der Fall. Er erzählt uns so treuherzig seine Geschichten, und dabei war er ein Meister in der Kunst des Verschweigens. Was ihm nicht paßte, was ihm bedenklich erschien, wird nicht eines Wortes gewürdigt. Die Juden waren ihm höchlich zuwider, als ein verstocktes Volk, das ungeheure Schätze anhäuft, das christliche Sklaven sich hält. Solche Dinge erzählt uns Cosmas von den Juden. Aber daß sie mit den gottbegeisterten Kreuzfahrern gekämpft, und von Herzog Břetislav unterstützt gesiegt hätten, das zu schreiben brachte er nicht über sich. Über Menschen und Ereignisse der Gegenwart zu schweigen, ist nützlicher, als durch Reden sich Haß zuzuziehen, war sein Grundsatz.[86]) Was sollte er auch über Herzog Břetislav, der für die Juden und gegen die Kreuzfahrer aufgetreten war, schreiben? Ihn loben? Das konnte er nicht. Ihn tadeln? Das wagte er nicht. Und in diesem Widerstreit hielt er es für das beste zu schweigen.

Aber auch im Berichte Salomo's wird nicht alles erzählt, was sich 1096 in Prag ereignet hatte. Es fehlen wichtige Tatsachen, gerade die-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

jenigen, die wir aus Cosmas erfahren: daß die Kreuzfahrer die Juden zur Taufe gezwungen oder sie erschlagen hätten. Haben wir bei Salomo dasselbe anzunehmen, wie bei Cosmas? Hat er von der Zwangstaufe gewußt und sie doch verschwiegen? Salomo hielt die Taufe für ein Unglück, das die Juden wegen ihrer Sünden getroffen.[87]) Aber er verurteilte die Getauften nicht, er hebt hervor, daß sie unter Lebensgefahr im geheimen die Vorschriften des Judentums befolgten, und daß daher niemand ihnen übles nachreden dürfe.[88]) Er hat in seinem Berichte nicht verschwiegen, daß einzelne Juden in Mainz, in Altenahr, in Metz, und daß die ganze Gemeinde in Regensburg[89]) sich der Zwangstaufe unterworfen haben, da können wir doch annehmen, er hätte auch die Taufe der Juden in Prag erwähnt, wenn er davon gewußt hätte. Es ist bereits bemerkt worden (S. 8, 10), daß Salomo seinen Bericht im Jahre 1140 in Mainz geschrieben, und aus Regensburg und Prag sich Informationen über die Vorfälle beim ersten Kreuzzug (1096) verschafft hat. In beiden Städten hatte es damals Zwangstaufen gegeben, aber der Bericht Salomos weiß nur von der Taufe in Regensburg. Das wird damit zu erklären sein, daß die Informationen aus den beiden Städten verschieden gelautet haben. Die Juden von Regensburg wußten noch im Jahre 1140, daß ihre Gemeinde beim ersten Kreuzzug sich der Taufe hatte unterziehen müssen. Die Juden von Prag wußten es nicht mehr. Vielleicht deshalb, weil ihre Vorfahren damals (1096) sehr rasch zu ihrer Religion zurückkehren konnten, weder die weltliche noch die geistliche Autorität in Böhmen, weder Herzog Břetislav noch Bischof Cosmas von Prag haben sie daran gehindert.

Die dritte Quelle, die Volkstradition die in der čechischen Reimchronik wiedergegeben ist, zeigt uns den Übergang von Geschichte zur Sage. Daß einst deutsche Kreuzfahrer nach Böhmen gekommen waren und die Juden angegriffen hatten, daß diese mit Unterstützung des Landesfürsten sich gewehrt und die Kreuzfahrer geschlagen hatten, war dem Volke im Gedächtnis geblieben. Aber in den zweihundert Jahren vom ersten Kreuzzuge bis zur Zeit als der Reimchronist sein Kapitel von den Kreuzfahrern und Juden schrieb,[90]) hatte man vergessen, was die Kreuzfahrer von den Juden eigentlich gewollt hatten. Nach Ansicht des Volkes nichts anderes als: Geld, viel Geld. Die Reichtümer der Juden haben immer die Phantasie des Volkes beschäftigt. Und weil Fremde — Deutsche — sich dieser Reichtümer bemächtigen wollten, habe der König den Juden gestattet, sich zu waffnen und Kriegsvolk aufzunehmen. Er habe ihnen im geheimen Straflosigkeit zugesichert, wenn sie die Kreuzfahrer (Christen!) totschlagen. Im geheimen, weil die Kreuzfahrer für schweres Geld vom Papste ein Privileg sich verschafft hätten, daß sie den Juden ihre Reichtümer wegnehmen dürfen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Und gegen den Papst und gegen Kreuzfahrer kann doch ein christlicher König nicht offen auftreten. So erklärte sich das Volk das merkwürdige Ereignis, daß die Juden von Prag mit Hilfe von Christen und mit Unterstützung des böhmischen Fürsten gegen die Kreuzfahrer gekämpft und gesiegt hatten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Für die freundliche Unterstützung meiner Arbeit spreche ich den Herren: Oberrabbiner Dr. H. Brody, Hofrat Dr. S. Frankfurter, Bibliothekar Dr. T. Jakobovits, Prof. Dr. S. H. Lieben, Lector Dr. E. Rippl meinen wärmsten Dank aus.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Anmerkungen.

[1]) Hauptquellen für die Geschichte der Judenverfolgungen während des ersten Kreuzzuges sind die Berichte des Salomo bar Simeon, Elieser bar Nathan und des Mainzer Anonymus, im hebräischen Texte und in deutscher Übersetzung herausgegeben von Neubauer und Stern in den „Quellen zur Geschichte der Juden in Deutschland" (2. Band, 1892). Die gesamten Quellen und die Literatur sind fortlaufend verzeichnet bei Hagenmeyer, Chronologie de la première croisade (1902). Von darstellenden Werken sind zwei zu nennen: Sybel, Geschichte des ersten Kreuzzuges (2. Auflage 1881) und Röhricht, Geschichte des ersten Kreuzzuges (1901).

[2]) Bericht des Salomo bar Simeon a. a. O. p. 28 = 137, wonach alle Mitglieder der Regensburger Gemeinde sich der Taufe unterwarfen „da sie den Feinden nicht widerstehen konnten, und auch diese zu ihrer Tödtung nicht einwilligten." Sie hätten also nicht ein einziges Opfer zu beklagen gehabt. Aber die Angabe Salomo's wird man nicht buchstäblich nehmen dürfen. Auch in Regensburg werden einzelne Juden (wie überall) den Tod gefunden haben, auf sie könnte die Eintragung im Martyrologium des Nürnberger Memorbuches (herausgegeben von Salfeld in den „Quellen etc." 3. Band p. 22 = 151) bezogen werden. Das Datum „25. Jjar paßt zum Jahre 1096.

[3]) Ekkehard. chron. universale (in Monum. Germ. script. 6, 208) „aliique ad 12000 per Saxoniam atque Boemiam a quodam presbytero Folcmaro, itemque nonnulli a Gotescalco presbytero per orientalem Franciam ducti sunt." Ob die beiden Abteilungen sich in Böhmen vereinigten, wie Novotný (České dejiny 1 b 376) annimmt, ist ganz unsicher.

[4]) Martyrologium des Nürnberger Memorbuches (a. a. O. p. 22 = 151) "Die Märtyrer von Prag am Schebuoth-Feste", das entspricht im Jahre 1096 dem 30. und 31. Mai.

[5]) Lib. III., cap. 4. Die verschiedenen Ausgaben der Chronik sind in der letzten von Bretholz aufgezählt (Monum. Germ. script. nova series II, p. LXXXV—VI).

[6]) Vgl. meine Schrift „Die Einwanderung der Juden in Böhmen" (in „Die Juden von Prag" Festgabe der Loge „Praga", Prag 1927) p. 7. Cosmas sagt zwar, daß der Bischof in gerechtem Eifer („zelo iusticie ductus") die Zwangstaufe der Juden verurteilt habe, aber man wird diesen Worten kein Gewicht beilegen dürfen. In Wirklichkeit war Cosmas mit dem Verhalten der Kreuzfahrer einverstanden, das zeigt seine Bemerkung, daß sie mit Erlaubnis Gottes (permittente deo) auf die Juden losgingen.

[7]) Es ist bemerkenswert, daß die (geistlichen) Verfasser der Hradisch-Opatowitzer und Prager Annalen von Cosmas nur die eine Nachricht über die Taufe der Juden, aber nicht die andere vom Abfall der Getauften übernahmen (Fontes rer. Bohem. 2,378.391 ad 1096). Wie der Judenhaß manchem Geistlichen den Kopf verdrehte, zeigt eine Notiz in den Annalen des Heinrich von Heimburg (geschrieben in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts) „(1096). Judei coacti sunt a duce, ut baptisentur, qui vero apostataverunt, omnes spoliati sunt" (Ebd. 3, 310). Das ist ein plumper Versuch, die geschichtliche Wahrheit zu korrigieren. Cosmas, den Heimburg ausschreibt, sagt (lib. 3 cap. 5) mit aller Deutlichkeit, daß die Juden von Prag auf Befehl des Herzogs Břetislav ausgeplündert wurden, (nicht weil sie vom Christen-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

tum abgefallen waren, sondern) weil sie mit ihren Schätzen heimlich das Land verlassen wollten.

[8]) Fontes rer. Bohem. 3, 182 (ed. Jireček). Im gleichen Bande steht auch eine alte deutsche Übersetzung, ebenfalls in Reimen, und eine deutsche Übersetzung in gewöhnlicher Sprache („Pehemische Chronica").

[9]) Wostry „Die selige Zdislawa von Gabel" („Deutsch-Gabel in tausendjähriger Vergangenheit" 1926, p. 21) bemerkt zu dieser Stelle der Reimchronik „es liegt kein Grund vor, diese Nachricht anzuzweifeln."

[10]) Die Reimchronik spricht nur von deutschen Kreuzfahrern, wie aus dem Schlusse des Kapitels 86 hervorgeht.

[11]) Dubnow (Weltgeschichte des jüdischen Volkes, ins Deutsche übersetzt von Steinberg, 1927) 5, 179: „als irreguläre Kreuzfahrer-Banden den Versuch machten, die jüdischen Gemeinden (in Böhmen) zu überfallen, trat ihnen König Wenzel (1235—53) mit aller Entschiedenheit entgegen. Während eines dieser Überfälle ließ er unter die Juden Waffen verteilen, worauf sie den Mordbuben einen gehörigen Denkzettel gaben." Von solchen Schritten Wenzels findet sich in keiner Quelle etwas, und Dubnow hätte besser getan, seine Vorlage (Stein, Geschichte der Juden in Böhmen, 1904, p. 10) die wenigstens den Inhalt von Kapitel 86 der Reimchronik getreu wiedergibt, nicht zu überbieten.

[12]) Vgl. Röhricht, Beiträge zur Geschichte der Kreuzzüge, 2. Band (1878), ein gründliches Werk, das alle Quellen-Nachweise über „Deutsche Pilger- und Kreuzfahrten nach dem heiligen Lande von 700 bis 1300" enthält. Ein Punkt sei hier noch erwähnt: in den „Regesten zur Geschichte der Juden im deutschen Reiche" von Aronius wird auf Seite 114 zu nr. 249 angegeben „1147. In Böhmen wurden beim Durchzug der Kreuzfahrer hundert und fünfzig Juden getötet." Aronius beruft sich auf Stellen bei Graetz (Geschichte der Juden, 6^2, 168 und 401, N. 1), bemerkt jedoch, daß sonst darüber nichts bekannt sei. Das ist vollkommen zutreffend, in den Quellen ist von einem Durchzug fremder Kreuzfahrer durch Böhmen im Jahre 1147 nichts zu finden. Wie Graetz zu seiner Behauptung gekommen ist, und wie es sich mit der Judenverfolgung verhält, werde ich anderer Stelle zeigen.

[13]) Das hat schon Dworský (in dem von ihm und Gottlieb Bondy herausgegebenen Werke „Zur Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien von 906 bis 1620" 1906) angedeutet. Er hat (1, pag. 6) die Erzählung der Reimchronik unmittelbar an die Cosmas-Stelle von 1096 angeschlossen, und zwar mit den Worten „in derselben Zeit wollten die nach Böhmen gekommenen Kreuzfahrer von den Juden Geld erpressen usw.", so daß man glauben könnte, daß auch die Reimchronik das Jahr 1096 nennt. Dvorský hat seine Ansicht nicht mit einem Worte begründet, und sie hat keine Beachtung gefunden.

[14]) Alle die Reimchronik und ihren Verfasser betreffenden Fragen sind in ausführlicher Darstellung behandelt von Jakubec (Dějiny literatury české, 1^2, 106—119), hier ist auch die gesamte Literatur verzeichnet. Eine kurze Übersicht in deutscher Sprache bietet Jakubec-Novák („Die čechische Literatur der Gegenwart" p. 14—16 in „Die Literaturen des Ostens in Einzeldarstellungen").

[15]) A. a. O. p. 136—137 (cap. LXV).

[16]) Lib. III. cap. 49.

[17]) A. a. O. p. 133 (cap. LXIV).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[18]) Das nimmt Teige an („Die Quellen des sogenannten Dalimil" Mitteilungen des Instituts für österr. Geschichtsforschung 9,319 § X).

[19]) Bachmann („ Die Reimchronik des sogenannten Dalimil" Archiv für österr. Geschichte 9, 106) „Die Erzählungen über die Kreuzer (!), Juden, Vsesslaw und die h. Zdislawa stammen aus uns unbekannter Quelle, vielleicht aus der im Folgenden ausgiebig benützten größeren Opatowitzer Chronik."

[20]) S. Anmerkung nr. 1.

[21]) Vgl. die Einleitung von Bresslau („Zur Kritik der Kreuzzugs-Berichte" p. XVII ff).

[22]) Der Anfang des Berichtes fehlt, s. p. 81 N. 1.

[23]) Vgl. auch die Bemerkungen von Dubnow a. a. O. 4, 343—44, 471, wo jedoch die Angabe, daß das Manuskript in der Oxforder Bibliothek erliegt, zu berichtigen ist.

[24]) p. 137—138 der deutschen Übersetzung (= p. 28—29 des hebräischen Textes).

[25]) Zwischen sch (שׁ) und l (ל) sind alle fünf Vokale möglich, statt sch könnte auch s (scharfes oder Doppel s) eintreten; der Schlußbuchstabe alef (א) bedeutet entweder „a" oder ist ein „non valeur", da es sich um ein nichthebräisches Wort handelt (freundliche Mitteilung des Herrn Ober-Rabbiners Dr. H. Brody in Prag).

[26]) Hebräischer Text p. 28 N. c.

[27]) Deutsche Übersetzung p. 137 N. 277 „welcher Ort gemeint ist, läßt sich nicht sicher bestimmen. Wie der Bericht zeigt, ist es eine stark bevölkerte Stadt, deshalb kann an keinen der Orte namens Zell, Zella, Celle usw. gedacht werden."

[28]) Einleitung p. XXIV. Es seien noch einige ähnliche Äußerungen angeführt: Aronius (Regesten etc.) p. 93 nr. 200 „der Namen der Stadt ist verstümmelt. Der Fürst ist einer der mächtigsten und die Stadt hat eine starke jüdische Bevölkerung." Caro (Social- und Wirtschaftsgeschichte der Juden im Mittelalter und der Neuzeit) 1,178 „den Juden einer Stadt, deren Namen allerdings zur Unkenntlichkeit entstellt überliefert ist —." Dubnow a. a. O. 4,284 „nur in einer einzigen Stadt, die von dem Chronisten nicht mit Namen genannt wird (!) leisteten die Juden — Widerstand".

[29]) Hebr. Text p. 25, in der deutschen Übersetzung (p. 131) steht „und in Pappenheim", was Salfeld (Martyrologium etc. in „Quellen" 3,151 ad „Prag Böhmen") mit Recht in „Böhmen" verbessert hat.

[30]) p. 131 No. 263 „welche Stadt gemeint ist, bleibt ungewiß, vgl. Note 277." Diese Note ist oben in Anmerkung nr. 27 mitgeteilt.

[31]) Martyrologium a. a. O. p. 151.

[32]) Ein Hof Vezeli bei Mozerov im Bezirke D.-Brod wird in einer Urkunde von 1226 erwähnt, ein Weiler Wessele, dessen Lage unbekannt ist, in einer Urkunde von 1229, s. den Index zu Friedrich, cod. diplom. Bohem. 2,537.

[33]) Als eine den Herrn von Rosenberg gehörige Ortschaft mit Pfarrkirche (s. den Index zu Emler, Reg. Bohem. 2, 1440). Nach der Zählung von 1921 hatte die Stadt Veseli 1651 Einwohner und darunter 101 Juden.

[34]) Auch Novotný (a. a. O. 1 b, 377 N. 1) hat die Hypothese Salfelds abgelehnt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[35]) „Die ältesten Nachrichten über die Juden in Halle" (Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums Band 57 (= 1913) p. 32—43, und daraus wiederholt in „Germania Judaica" p. 125—126.

[36]) A. a. O. p. 38.41.

[37]) Oder vielmehr Groß (Gallia Judaica p. 435) der zuerst den im Schreiben Chiskijas genannten Ort mit Halle indentifiziert hat.

[38]) Graetz (a. a. O. 6², 401 N. 1) hielt סולי für den Ort Sully in Frankreich (Dep. Eure), ebenso der Herausgeber des Berichtes Ephraims (Quellen 2, 194 N. 36). Dagegen hat Groß (Gallia Jud. p. 434) eingewendet, daß von einer jüdischen Ansiedlung in Sully nichts bekannt sei, und hat sich für Halle ausgesprochen. Seiner Ansicht folgt Tykocinski. Die Frage hängt mit einer anderen, die ebenfalls noch ungelöst ist, zusammen: wie die im Berichte Ephraims vorkommenden Namen הם und הרנטן (Örtlichkeiten, in denen ebenfalls Judenverfolgungen stattgefunden hatten) zu deuten sind. Graetz sieht in ihnen ebenfalls Ortschaften in Frankreich (Ham und Carentan), dagegen Groß die Namen von zwei Ländern, nämlich Böhmen und Kärnten. Nach seiner Erklärung würde also der Bericht Ephraims (in drei unmittelbar aufeinanderfolgenden Absätzen) von Judenverfolgungen in Böhmen, Halle und Kärnten handeln. Auch dieser Ansicht hat sich Tykocinski angeschlossen (Germania Judaica p. 30.140 s. v. „Böhmen", „Kärnten").

[39]) Vgl. die unten folgenden Bemerkungen über die 500 kriegsgeübten Juden von „Schel."

[40]) Worte von Aronius (vgl. Anmerkung nr. 28), denen ich ganz zustimme.

[41]) Neufeld (Die Halle'schen Juden im Mittelalter, Straßburger Dissertation 1915) p. 17—18 glaubt, aus einem Berichte des Johann Busch (2. Hälfte des 15. Jahrhunderts) über jüdische Grabsteine in Halle schließen zu können, daß schon im 10. Jahrhundert Juden in Halle ansässig waren. Ich kann mich seinen Ausführungen nicht anschließen.

[42]) R. Abigedor ben Elia ha Kohen des 13. Jahrhunderts (Germ. Jud. p. 128), von einem zweiten, R. Elieser ben Jakob, kann Tykocinski nur sagen, es lasse sich vermuten, daß er vielleicht dort (in Halle) gelebt habe.

[43]) Vgl. Tykocinski in „Germania Judaica" p. 37—39 und in der „Monatsschrift" 53 (= 1909) p. 350—52, 593—603.

[44]) Die Zahlenangaben im Berichte Salomos sind (ebenso wie bei anderen mittelalterlichen Quellen) mit Vorsicht aufzunehmen.

[45]) Bischöfe und Erzbischöfe werden von Salomo durchwegs הגמונים (hegemonim) genannt und von weltlichen Fürsten שרים (sarim) genau unterschieden, vgl. p. 3, Z. 2 und 20 von oben, p. 2, Z. 9 und 11 von oben, p. 3, Z. 3, 7, 10 von oben, p. 5, Z. 8 und 5 von unten, usw.

[46]) Nämlich, daß gerade für Halle alle Zeugnisse, jüdische und nicht jüdische, die den Bestand einer großen jüdischen Gemeinde erweisen könnten, verloren gegangen sind, und daß nur der Erzbischof von Magdeburg, aber kein anderer Erzbischof oder Bischof, in dem Bericht Salomos den Titel „sar" erhalten hat.

[47]) p. XVII—XXIV.

[48]) p. 167—168.

[49]) p. 131.

[50]) Vgl. Anmerkung nr. 29.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[51]) p. XXIII. N. 23 „Hier (nämlich im Berichte Salomos) noch um zwei andere Namen (בכהיים und ישל) vermehrt, deren Deutung keineswegs sicher ist, und die in der Quelle (nämlich in der Kölner Aufzeichnung) schwerlich standen."

[52]) Vgl. die unten folgende Erklärung dieser Worte.

[53]) p. 138—141.

[54]) Sicherlich haben solche Verfolgungen in verschiedenen Orten am Main stattgefunden (s. Aronius, Regesten nr. 198.204), und es ist sehr wahrscheinlich, daß die Scharen Folcher's in Sachsen, überall wo sie Juden fanden, sie angegriffen haben; aber es fehlen für einzelne Orte, etwa Magdeburg oder Merseburg, zuverlässige Nachrichten (vgl. Aronius nr. 201). Das gleiche gilt für die an der Donau gelegenen Orte östlich von Regensburg, (Passau, Krems, Wien) wo wir einzelne Juden als ansässig annehmen dürfen (s. auch Tykocinski, Germania Judaica p. 87 s. v. „Donau").

[55]) Über die Sagen betreffend das Alter der jüdischen Gemeinden in Prag und Regensburg vgl. meine Schrift „Einwanderung der Juden in Böhmen" p. 18 f.

[56]) S. die in Anmerkung 38 und 43 angeführten Schriften Tykocinski's über Prag und Regensburg.

[57]) Vgl. die (sehr knappen) Mitteilungen von Stern in der Einleitung p. VII, während bei Neubauer (Catalogue of the hebrew manuscripts in the Jews College London) über den Bericht Salomo's nichts anderes bemerkt ist, als daß eine Ausgabe vorbereitet werde.

[58]) Einleitung p. XIII—XIV.

[59]) Ebd. p. XIX. Die Benützung des Berichtes Salomo's geht ganz klar aus den Abschnitten „Metz" und „Trier" hervor (Martyrologium deutsche Übersetzung = „Quellen" 3, 140—141, Bericht Salomos, deutsche Übersetzung = „Quellen" 2, 135—137); die entscheidende Stelle ist Martyr. p. 141 (Märtyrer in Trier) „ — ein kleines Mädchen — zwei junge Mädchen aus Köln gingen auf die Brücke, stürzten sich ins Wasser und ertranken"; Bericht Salomos p. 135 „auch ein kleines Mädchen aus guter Familie heiligte dort den göttlichen Namen in Heiligkeit" p. 136, sie (eine jüdische Frau mit ihrer Nichte) gingen auf die Brücke und stürzten sich ins Wasser aus Ehrfurcht vor dem Weltenkönig. So thaten auch zwei Jungfrauen aus Köln."

[60]) Deutsche Übersetzung p. 151, hebräischer Text, p. 22, wo auch הרוגי ארץ כנען = die „Erschlagenen des Landes Kanaan" angeführt sind. Ob unter „Kanaan" Böhmen gemeint ist, wie der Herausgeber Salfeld (p. 151 N 1) glaubt, halte ich für zweifelhaft, trotz der viel zitierten Stelle im Reiseberichte des Benjamin von Tudela (s. Aronius nr. 307) und den Ausführungen Tykocinski's über den Gebrauch des Wortes Kanaan bei Isak Or Sarua („Monatsschrift" 55, 490 ff). Es fällt doch sehr ins Gewicht, daß Tykocinski im Artikel „Böhmen" der Germania Judaica (p. 27) aus einer langen Reihe hebräischer Quellen nur verschiedene Formen von „Beheim" als Bezeichnung des Landes Böhmen anführen konnte.

[61]) Man sehe nur, wie nach der Hypothese Tykocinski's, „Weschel" sei in „Schel" zu verbessern und bedeute ebenfalls Halle (s. oben S. 7), die fragliche Stelle im Berichte Salomos lauten würde „Und wie die Feinde etc., so haben sie auch gehandelt in der Stadt Trier, in Metz, in Regensburg, und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

in Prag und in Halle und in Böhmen." Die Reihe „Prag, Halle, Böhmen" wäre sonderbar genug.

[62]) Für die Annahme eines späteren Zusatzes spricht die Erwägung, daß Salomo nur von Verfolgungen in einzelnen Orten, nicht in Ländern, spricht, und daß von jüdischen Niederlassungen in Böhmen außer Prag nur eine Spur einer solchen in Leitmeritz (zur Zeit des ersten Kreuzzuges) zu finden ist.

[63]) Das ist schon von Aronius (Regesten p. 93 nr. 200) bemerkt worden „man könnte an Prag denken, wenn nicht L (= Handschrift von 1453, jetzt in London) Prag neben dieser Stadt aufführte." Dieses Bedenken ist jetzt durch die Erklärung der Stelle „ubepraga ubeweschel ubebeheim" beseitigt.

[64]) Es liegt auf der Hand, daß auch Bischof Cosmas von Prag, der die Kreuzfahrer von Gewalttätigkeiten gegen die Juden vergeblich abzuhalten suchte, an den Herzog eine Meldung erstattet hat. Das steht auch bei Dubravius, hist. Boiemiae (ed. Basileae 1575, p. 79), wo außerdem noch angegeben ist, daß der Herzog für die Zeit seiner Abwesenheit dem Bischof die Verwaltung Böhmens übertragen hatte.

[65]) S. die Erzählung von Cosmas (lib. III, cap. 1) über die von Břetislav angeordnete Austreibung der Zauberer und Wahrsager, und sein Verbot heidnischer Volksbräuche.

[66]) Cosmas lib. III, cap. 5 (ad 1098).

[67]) Für die Plünderung in Prag spricht der Schluß per analogiam. Es sind dieselben Kreuzfahrer, von denen ein wohlwollender Zeitgenosse sagte, daß sie in Ungarn „facultatum suarum abundantia" die Habsucht dieser „Halb-Barbaren" gereizt hätten (Ekkehard, in Monum. Germ. script. 6, 208). In Wirklichkeit haben die Scharen Folchers und Gottschalks in Ungarn geplündert und geraubt, und sie sind deshalb von der erbitterten Bevölkerung, die einen in Neutra die anderen in Wieselburg, angegriffen und vernichtet worden.

[68]) Cosmas a. a. O.

[69]) s. S. 17.

[70]) Tykocinski (s. S. 8) hat mit Recht gegen „fünfhundert junge Männer" eingewendet, daß hier ein Fehler eines Kopisten oder eine Übertreibung vorliegt. Durch die von mir vorgeschlagene Korrektur wird dieser Einwand beseitigt. Ob einer der Kopisten die Änderung („junge Männer" statt „Männer") vorgenommen oder ob Salomo im Jahre 1140 eine solche Information aus „Schel" erhalten hat, läßt sich nicht sagen.

[71]) Vgl. die Ausführungen von Caro (Soc. und Wirtschaftsgesch. d. Juden) 1, 177—178. Zu den von ihm angeführten Quellen kommt noch hinzu eine Stelle in dem Werke des Isak Or Sarua (13. Jahrh.), daß die Juden in Böhmen am Vorabend des Sabbats Schwert und Schild tragen, um die Stadt zu bewachen. (Vgl. Wellesz in der „Monatsschrift" 48, 454 und Tykocinski in Germania Judaica p. 42 N. 56).

[72]) Vgl. meine Schrift „Einwanderung der Juden in Böhmen" p. 41—42.

[73]) Vgl. S. 8, 22.

[74]) „Quellen" 2, 94.

[75]) Vgl. S. 2.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[76]) Keller in der Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 10 (1912), 188 „Was kann uns das Märchen — denn was anderes ist es sicher nicht — von den tausend schwertumgürteten Reitern, unter denen fünfhundert bewaffnete und kriegsgeübte Männer von den in der Stadt wohnenden Juden — sagen?"

[77]) Fontes rer. Bohemic. 3, 182—183.

[78]) Nämlich in einer (uns heute fehlenden) Chronik, s. S. 5.

[79]) S. meinen Vortrag „Die ältesten Wohnsitze der Juden in Prag" abgedruckt in „B'nai B'rith", Monatsblätter der Großloge für den čechoslovakischen Staat X. I. O. B. B. 6, 433—438, und daraus wiederholt in der Prager Wochenschrift „Selbstwehr" 1928 Jänner 20.

[81]) Podiebrad (Altertümer der Prager Josefstadt, 3. Auflage, herausgegeben von Foges, p. 8) gibt an, daß die Juden auf der Kleinseite auch einen Friedhof gehabt hätten, auf dem Abhange, über welchem sich heute das Stift Strahov erhebt. Grabsteine dieses Friedhofes seien zum Teil als Grundsteine beim Bau dieses Stiftes, zum anderen Teil beim Bau der Prager Brücke verwendet worden. Überreste von jüdischen Grabsteinen seien noch im 18. Jahrhunderte beim Umbau der Strahover Garten-Rotunde gefunden worden. Podiebrad beruft sich auf Mitteilungen, die P. Adolf Fischer, Bibliothekar in Strahov, „aus Klosterakten" ihm gemacht habe. Welche Bewandnis es damit hat, wäre zu untersuchen.

[82]) Hajek, der die Reimchronik benützt hat (von ihm stammt der Name „Dalimil" als Name des angeblichen Verfassers) hat gerade das Kapital 86 (Kampf der Juden mit den Kreuzfahrern) vollständig übergangen.

[83]) Hagenmeyer, Chronologie etc. (p. 29 nr. 49) nimmt an, daß die Schar Folchers, die Ende Mai 1096 in Prag war, etwa Ende Juni in Neutra (Slovakei) vernichtet worden sei. Da müßte sie ziemlich rasch durch Böhmen und Mähren gezogen sein. Das ist auch wahrscheinlich, denn Herzog Břetislav wird sie nach dem Zusammenstoß in Prag nicht lange in seinen Ländern geduldet haben.

[84]) Aller Wahrscheinlichkeit nach ist die Synagoge, von der Cosmas in seiner Erzählung über den Juden Jacob spricht (lib. III, cap. 57), im Jahre 1096 von den Kreuzfahrern den Juden weggenommen und in eine Kirche umgewandelt worden.

[85]) Die vielzitierte Stelle in den Annalen des monachus Sazaviensis (Fontes rer. Bohem. 2, 261) „1142, synagoga Judeorum et multa edificia combusta sunt in suburbio Pragensi" ist nicht eindeutig, da „suburbium" das Vorland der Burg (des Hradschin) auf beiden Seiten des Flusses bedeutet (vgl. die Nachweise bei Zycha „Prag" in den Mitteilungen des Vereins für Gesch. d. Deutschen in Böhmen 49, 447—449). Erst die Prager Annalen von 1273 (Fontes 2, 301) bringen eine ganz klare Nachricht über die Niederlassung der Juden auf dem Boden des späteren Ghetto.

[86]) Cosmas, apologia in tercium librum.

[87]) Vgl. „Quellen" 2, 137 (über die Verfolgung in Metz).

[88]) Ebd. 138. Die Stelle verdient hier mitgeteilt zu werden „Hier gebührt es uns, das Lob der gezwungen Getauften zu erwähnen. Bei allem was sie aßen und tranken brachten sie ihr Leben in Gefahr. Zu ihren Speisen nahmen sie nur rituell geschlachtetes Fleisch, entfernten die Fettadern da-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

raus, und untersuchten es nach Anordnung der Weisen. Sie tranken keinen unerlaubten Wein. Auch die Kirche besuchten sie nur wenige Male, und wenn sie hineingingen, taten sie es nur aus Zwang und großer Angst, und gingen mit betrübter Seele. — Vor den Augen der Völker hielten sie deren Ruhetag nach Gebrauch, im geheimen dagegen beobachteten sie des Ewigen Lehre. Wer ihnen daher Übles nachredet, sündigt, als rede er gegen die Gottheit."

[89]) Ebd. p. 104, 116, 123, 137.

[90]) S. S. 3.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Alte und neue jüdische Musiker.

Von Priv.-Doz. Dr. Paul Nettl.

Es ist gewiß eine außerordentlich merkwürdige Erscheinung, daß eine Reihe von Namen und Werken jüdischer Musiker der italienischen Renaissance überliefert ist, während weder in Italien, noch in einem anderen europäischen Lande vor oder nach dieser Zeit (vor dem 19. Jahrhundert) Juden wirklich tätigen Einfluß auf die Entwicklung der Musik genommen haben; bis dann mit der jüdischen Emanzipation der große Strom jüdischer Musikkultur bestimmenden Einfluß auf die Entwicklung der gesamten neuen Musikgeschichte nahm. Der Grund dieser Erscheinung liegt im Volkscharakter des Italieners selbst, der lange nicht im gleichen Maße wie der Nordländer das Judentum als einen Fremdkörper ansieht, vielmehr den Juden, der ihm im Charakter und Aussehen ähnelt, als einen selbstverständlichen Teil seines Volkstums anerkennt. In erhöhtem Maße tritt dies in der Renaissance-Zeit in Erscheinung, jener Epoche, in der die Juden auf vielen andern Gebieten, in Wissenschaft, Kunst und öffentlichem Leben zur Entfaltung gelangen durften, in jener Zeit, da dem Vorurteil grundsätzlich Parole geboten wurde, da Persönlichkeit Alles, Trägheit des Geistes Nichts galt und Menschlichkeit Gesetz aller Handlungen sein sollte.

Daß der Antisemitismus im Renaissance-Italien nicht jene schroffen Formen annimmt, wie etwa in Deutschland, läßt sich aus dem Vergleiche der deutschen und italienischen Judensatyre der damaligen Zeit leicht feststellen. Die scharfen Formen des deutschen Judenpamphlets, von denen Georg Liebe, Eduard Fuchs u. A. Proben bieten, scheinen in Italien im Allgemeinen zu fehlen. In der Literatur der italienischen Vokalmusik, wie im mehrstimmigen Madrigal, in der Villotta, vor allem in der Mascherata ist der Jude häufig Zielscheibe eines mehr oder weniger harmlosen Witzes. In der berühmten Madrigaloper Orazio Vecchis, dem „Amfiparnasso“ wird der jüdische Synagogengesang verspottet, nicht weniger in einer „Ebraica“ (bezeichnend, daß sie in der Sammlung neben einer „Todesca“ und „Bergamasca“ steht — be-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

kanntlich waren Bergamasker und Deutsche häufig Gegenstand der Verspottung —) aus den 1569 erschienenen Vilotten Azzaiolos. In Adriano Banchieris „Barca di Venetia" (1605) werden zwei komische „Entrelocutori di barca" Bethel und Samuel Hebrei eingeführt, in den dreistimmigen Canzonetten desselben Komponisten findet sich eine „Mascherata di Hebrei" und wieder Banchieri, der scheinbar für das Jüdische besondere Vorliebe hat, bringt in einer 1621 erschienenen „Pazzia senile" einen Spottgesang: „Sinagoga di Hebrei: Tic tac tic", mit welchem, ähnlich wie in dem Kauderwelsch des Amfiparnasso der jüdische Tempelgesang nachgeäfft werden soll. Solcher musikalischer Judenkarikaturen gibt es in der Vokalliteratur der Renaissance eine große Anzahl. Sie sind immer maßvoll und betonen mehr das Komische; sind jedoch nie so gehässig, wie die deutschen Judensatyren.

Wichtiger als dies erscheint es jedoch, wie bereits erwähnt, auf die Tatsache aufmerksam zu machen, daß sich die Juden auch am Musikleben dieser Zeit aktiv beteiligten. Es ist diese Frage aber noch nicht genügend geklärt und es ist mehr als wahrscheinlich, daß es den jüdischen Geschichtsschreibern gelingen wird, in dieses Dunkel Licht zu bringen .

Während sich von einigen jüdischen Musikern nicht mehr als die Namen erhalten haben, wie etwa von Jacopo Sansecondo und Giovanni Maria, welche Beide am Hofe des Papstes Leo X. wirkten und von welchen der erstere nach einem Bericht Modell zum Rafaelschen Apollo vom Parnaß, der zweite zum Violinspieler des Sebastiano del Piombo stand, kennen wir von den Anderen neben Namen auch Werke, ohne daß jedoch diese in entsprechender Weise von der Forschung beachtet worden wären. — Allegro Porto widmete 1625 einen Band Madrigale dem Kaiser Ferdinand II. und hatte schon vorher, 1619, eine dem berühmten Werke von Caccini nachbenannte Madrigalsammlung: „Nuove musiche" einem Grafen Porzia, Kammerherrn des Kurfürsten von Bayern, verehrt. Während nun jüdische Musiker in ganz Italien verstreut gewesen zu sein scheinen, war es vor allem der Hof der Gonzaga in Mantua, der eine bemerkenswerte Vorliebe für jüdische Musiker hatte. Dort waren der Harfenspieler Abramo dall' Arpa Ebreo und sein Neffe Abramino dall' Arpa Schauspieler und Musiker. Jacchino Massarano war Lautenspieler, Sopranist und Ballettmeister, der zu Mantua und Ferrara Hoffeste arrangierte. In Mantuanischen Diensten stand auch der jüdische Musiker David da Civita, von dem die Berliner Staatsbibliothek die Stimmen eines dreistimmigen Madrigalwerkes verwahrt.

Von allen Mantuaner Musikern ist jedoch der bedeutendste Salomone Rossi, der von 1587—1630 sich am Hofe der Gonzaga nach-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

weisen läßt. Seine Schwester, Madama Europa, war eine gefeierte Sängerin und wirkte bei der Uraufführung der berühmten Monteverdischen Oper „Ariana" mit und war gleichzeitig in Mantua mit der weltberühmten „Bella Adriana", der Schwester des neapolitanischen Dichters Basile, welcher übrigens jene große Zeit am Mantuaner Hof, da Männer wie Monteverdi und Rossi wirkten, mitmachte, nachdem er sich vorher auf Kreta in eine schöne Jüdin unsterblich verliebt hatte. Der Sohn der Europa, Anselmo Rossi, war gleichfalls Musiker und ist mit einer Motette in einem 1618 erschienenen Sammelwerke von Mantuaner Motettenkompositionen vertreten. In Mantua gab es 1575 eine Schauspielertruppe, die der Jude Leone de Sommi begründet hatte. Ähnlich wie Salomone Rossi war auch ihm gestattet, sich ohne das diffamierende Judenabzeichen bei Hofe und in der Stadt zu bewegen. Desgleichen wird in einem Mantuanischen Akte der Hebräer Simone Basilea erwähnt, der mit seiner Stimme allein Komödien von vielen Personen darzustellen verstand.

Salomone Rossi blieb im Gegensatz zu anderen jüdischen Musikern seinem Glauben treu und verfaßte eine Reihe Kompositionen für die jüdische Synagoge, die 1620 gesammelt und herausgegeben wurden. Hiermit wurde der Grundstein zu einem geregelten Synagogalgesang in Italien überhaupt gelegt. Dieses Standwerk des jüdischen Tempelgesanges, das 1620 bei Bragadini in Venedig gedruckt wurde und heute zu den allergrößten Seltenheiten gehört, wurde von dem Pariser Oberkantor Naumbourg gemeinsam mit Vincent d' Indy neu herausgegeben. Das Werk ist von dem berühmten jüdischen Gelehrten und Dichter Jehuda de Modena eingeleitet, dessen Sohn, wie es in der Vorrede heißt, ein Jüngling von 21 Jahren, mit einem großen Musiktalent begabt, von den eigenen Glaubensgenossen ermordet wurde." Übrigens hatte auch Arjeh da Modena in seiner Jugend Gesang und Instrumentalspiel gelernt, wie er in seiner Selbstbiographie berichtet.

Die Synagogenkompositionen Rossis, im Palestrinastil komponiert, sind von erlesenem klanglichen Wohllaut, ebenso wie Rossis zahlreiche Madrigale auf italienische Texte. Rossi gehört wie Sulzer, Lewandowski und Andere in die Reihe Jener, welche die zeitgenössische Musik ihrer Umgebung künstlich dem jüdischen Ritus aufpfropfen wollten. Freilich hat dies Rossi in seiner Art genial getan und seinem großen Werke ist bleibender Ruhm gesichert. Jedenfalls ist es bemerkenswert, daß Rossi, im Gegensatz zu anderen jüdischen Komponisten späterer Zeit keineswegs musikalischer Neuerer oder gar Revolutionär war. An den Bestrebungen der florentinischen Novatoren, wie Peri, Caccini, Gagliano, hat er keinen Anteil, trotzdem er gleichzeitig mit dem Feuerkopf der Renaissance, Monteverdi, am Mantuaner Hofe wirkte. Nur

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

in der Instrumentalmusik ist er einer der Fortschrittlichsten seiner Zeit, da er einer der Ersten ist, die den neuen monodischen Stil auf die Instrumentalmusik übertragen. Man wird daher das Jüdische in seiner Kunst nicht so leicht auf eine Formel bringen können. Auch an der dramatischen Gattung hat Rossi scheinbar wenig Gefallen gefunden und sich nur an der Komposition eines geistlichen Dramas, der „Maddalena" beteiligt, welche, wie der Titel sagt, von den ausgezeichnetesten Musikern ihrer Zeit, unter denen sich auch Monteverdi befand, verfaßt wurde. Mochte Rossi aus religiösen Gründen oder wegen seiner Abneigung gegen den dramatischen Stil nur ungern an dem Werke mitgearbeitet haben, er beteiligte sich nur mit einer kleinen Komposition, einem dreistimmigen Ballett, das gesungen und von drei Violen gespielt wird, einem fast primitiven Stückchen im Mascheratenstil.

Es ist nun hochinteressant zu sehen, wie die Juden auch sonst im 16. und 17. Jahrhundert in der Musik der christlichen Umwelt eine gewisse Rolle zu spielen begannen. So fand ich vor kurzem in den Wiener Obersthofmeisteramtsakten das Gesuch eines jüdischen Musikers aus Frankfurt, Samuel Creton, aus der Zeit um 1660, der beim Kaiser Leopold I. unter Hinweis auf die Unbillen, die ihm von seinen jüdischen Verwandten wegen seiner Taufe zugefügt worden wären, um eine spezielle Recompense ersucht und Kapellmeister B e r t a l i befürwortet das Gesuch äußerst warm. Doch verschwindet sein Name bald aus den Akten.

In Prag hat ja die Judenkapelle im 16. und 17. Jahrhundert eine besondere Rolle gespielt und ich darf diesbezüglich auf die Aktenveröffentlichungen in meinen Schriften „Alte jüdische Spielleute und Musiker" und „Musikbarock in Böhmen und Mähren" hinweisen. Zwischen den Juden- und Christenmusikern entbrennt bald ein heftiger Konkurrenzkampf. Immerhin weisen die christlichen Musiker darauf hin, daß die Juden ihnen ihr Brot wegnehmen, da sie von den Christen mit Vorliebe zu allen Festen und Tänzen berufen werden. Aber auch sachliche Argumente werden gegen die künstlerische Betätigung der Juden ins Treffen geführt. Es wird ihnen vorgeworfen, daß sie nicht „Tempo noch Takt halten, die Musik confuse verstupfen und der edlen Musica mit Spott ihre Ästimation nehmen." Wie ist es nun zu deuten, daß diese Prager Musiker, die angeblich so elend spielten, sich doch einer solchen Beliebtheit erfreuten? Noch im 18. Jahrhundert erfreuen sich jüdische Musiker in Böhmen besonderer Beliebtheit. So wird von Loebel, einem blinden Juden, berichtet, der um das Jahr 1725 mit einer Musikantenbande in Böhmen zum Tanz spielte. Durch Georg Benda erfährt man, Loebel habe einen guten Ton aus seiner Violine herausgezogen, sich selbst seine Stücke, welche zwar wild, doch aber sehr gut

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ausgeführt wurden, aufgesetzt. Einige hievon gingen bis aufs hohe A hinauf und dennoch hätte er sie äußert nett und rein herausgebracht. Daß die jüdische Musik grundverschieden von jener der Christen war, ist sehr wahrscheinlich, wenn man sich etwa die deutschen Karikaturen auf jüdische Musikanten, die sich hie und da erhalten haben, ansieht. Ich denke da an einen Judentanz aus Hans Neusiedlers Lautenbuch aus dem Jahre 1544. „Er muß gar sehr behend geschlagen werden sonst laut er nit wohl" lautet die Vorschrift zu dieser Beckmesseriade, die von Ganztonschritten, übermäßigen Intervallen und unerlaubten Tonschritten nur wimmelt. Ist dieses Stück doch nur als Karikatur aufzufassen, kann es uns immerhin sehr viel über das Wesen der Musik der alten jüdischen Spielleute sagen.

Berl hat in seinem Buch: „Das Judentum in der Musik" den Unterschied zwischen östlicher und westlicher Musik in der Gegenüberstellung von linearer und harmonischer, — noch weiter gefaßt — von zeitlicher und räumlicher Kunst formuliert. Der Jude als eminent zeitlich eingestellter Mensch ist Melodiker und nur Melodiker, wie das Beispiel der jüdischen Musiker Meyerbeer, Mendelssohn, Bizet (?), Offenbach, Goldmark, Mahler, oder wenigstens des Antiharmonikers Schönberg zeigt.

Wenn nun auch Berls These nicht völlig zutrifft (es ist zweifellos, daß, Schönbergs Atonalität von der Harmonik und nicht von der Melodik herkommt) so ist doch mit dieser Hervorhebung des Linearen in der jüdischen Musik vielleicht ein wertvoller Hinweis gegeben. Gewiß ist es, daß die Musik als jenes Geistesgebiet, das am tiefsten im „Unbewußten" lagert, am raschesten sozusagen den Kontakt mit der Welt der Urahnen herstellt. So wie der völlig assimilierte Jude noch nach Generationen irgendwie in Sprache, Gebärde, Blick oder Denkart seine Herkunft nicht verleugnen kann, so erkennt der feine Beobachter blitzartig das Jüdische auch in der Musik des „deutschesten" Komponisten Mendelssohn, oder des „französischesten" Komponisten Offenbach, oder irgend eines „Wienerischesten" Operettenkomponisten. Was ist es nun? Es mag sein, daß es das Melodische ist, das uns, die wir noch immer in der Harmonik des 18. und 19. Jahrhunderts leben, irgendwie trivial kitschig erscheint. Und so wie heute von einer Gruppe — Mendelssohn, Meyerbeer, Offenbach und Mahler heftig abgelehnt, von einer andern in den Himmel gehoben werden, so wird es wohl auch mit den alten jüdischen Musikanten im 17. Jahrhundert gewesen sein. Nur mag das Jüdische, das „Lineare" noch viel stärker zum Ausdruck gekommen sein, weil die Assimilation immerhin um drei schwerwiegende Jahrhunderte jünger war. Und nun zur weiteren Klärung des „Linearen" eine Erwägung, zu der ich durch den Aufsatz: „Über vergleichende

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

akustische und musikpsychologische Untersuchungen" von E. M, von Hornbostel (Beiträge zur Akustik und Musikwissenschaft, herausgegeben von C. Stumpf) angeregt werde.

„Man hat bei verschiedenen primitiven Völkern die Beobachtung gemacht, daß es beim Singen einer reinen Melodie gar nicht auf eine genaue, sondern nur auf eine annähernde Intervallgröße ankommt. Man findet in der einstimmigen Musik eine ungeheuere Menge von Intervallen, die der Größe nach zwischen zwei Intervallen unseres Tonsystems fallen u. zw. kommen solche nicht nur als Zufallsprodukte bei ungeübten Sängern vor, sondern auch bei in sich ganz konstanter Intonation." In anderen Gesängen ändere sich die Intonation im Verlauf einer Melodie aber in ganz gesetzmäßiger Weise: Die Tonhöhe rücke beständig hinauf, die Melodiekurve ändere sozusagen kontinuierlich ihr Niveau oder es werde die Tonhöhe eines melodischen Haupttons durch das ganze Stück festgehalten aber die von diesem Hauptton ausgehenden oder zu ihm zurückkehrenden Tonschritte werden größer (oder kleiner) an bestimmten Stellen der Melodie . . . Oder es träten bei den verschiedenen Wiederholungen „derselben" Melodiestelle Intervalle auf, die von einander stark abweichen, daß für unser Ohr der Sinn gänzlich geändert werde.

Wir wissen daß auch im ältesten christlichen Kirchengesang und im jüdischen Synagogengesang das Veränderungsprinzip wahrzunehmen ist und in jener aus dem Orient stammenden Notenschrift den „Neumen" finden wir das Gleiche vor, nämlich nur die Fixierung des allgemeinen Duktus der Melodierichtung. (Erst die Mensuralmusik hat mit der Einführung der Mehrstimmigkeit die Tonhöhen fixieren müssen). Auch die Ausbildung der nicht streng fixierten Melodieformeln der Juden der „Neginoth" bedeutete das Gleiche. Erhebung und Senkung der Sprache, merkwürdige im Orient allgemein gebräuchliche Gurgeltöne, die nicht fixierbar sind, reiches Verzierungswesen findet man bei allen monophon musizierenden Völkern.

Also bei jenen Völkern, deren Musik von der Sprache mit ihren gleitenden Tonstufen abhängig ist, dürfte sich das rein lineare in der Musik am längsten erhalten haben. Hierher gehört die „Distanzmusik" gewisser Völker wie die der Javaner und Siamesen, die das aus den Obertönen herzuleitende harmonische Prinzip bis heute nicht kennen. Und mit den Juden wird es wohl ähnlich gewesen sein, wie mit jenen von Hornbostel erwähnten Völkerschaften.

So dürfen wir uns wohl erklären, warum im orientalischen Spanien zumeist die Variationsformen ausgebildet wurden, daß orientalische oder dem Orient nahe Völker wie Spanier ,Juden, Slaven und Südländer verhältnismäßig mehr reproduzierende als produzierende Künstler her-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

vorgebracht haben. (Produktion im abendländischen Sinne bedingt Einmaligkeit und Stabilität des Kunstwerkes). Ebenso daß Juden, Spanier, Slaven (mit Ausnahme der von den Deutschen beeinflußten Tschechen) Mollmelodik, also von den Obertönen nicht abhängige Musik bevorzugen.

Und nun kommen wir auf unsere alten Prager Judenspieleute zurück, von denen wir gerne glauben wollen, daß sie nicht nur in der „Melodey ein wenig frei" waren, sondern auch im Takt (der ja selbst wieder ein Resultat der europäischen Harmonik) sehr irrational verfuhren. Und wenn wir bei unseren Betrachtungen von den jüdischen Musikern der italienischen Renaissance ausgingen, so können wir vielleicht sagen, daß das hochkultivierte Italien der Renaissance die Juden weit stärker assimiliert hatte als Deutschland, wo die Juden viel länger und intensiver in abgeschlossener Isoliertheit ihre Eigenart bewahren konnten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Der Antisemitismus der Behörden
und das Prager Ghetto in nachweißenbergischer Zeit.

Bearbeitet von Ph. Dr. Jarosl. Prokeš und Ph. Dr. Ant. Blaschka.

Vorwort.

Vorliegende Arbeit, die gleichzeitig im tschechischen Original und in deutscher Fassung erscheint, eröffnet eine Studienreihe zur Prager Ghettogschichte, die zunächst einige bedeutsame Seiten des XVII. und XVIII. Jahrhundertes ins Auge fassen will, also die sogenannte nachweißenbergische Zeit.*)

Diese geplanten Studien haben sich das Ziel gesteckt, zu erforschen und festzustellen, welche wirtschaftliche Potenz die Prager jüdische Gemeinde an sich darstellt und welche Bedeutung ihr für die Prager Judenschaft einerseits und für die christliche Bevölkerung beziehungsweise den christlichen Staat anderseits zukommt. Ich habe schon ziemliches Material beisammen und hoffe, das Ergebnis in nicht allzuferner Zeit veröffentlichen zu können.

Die Erforschung des angedeuteten Problems vermag weitergehende Belehrung zu bieten, als es auf den ersten Blick scheinen möchte. Die wirtschaftliche Potenz war es, die auch im böhmischen Staate ebenso wie anderswo die Toleranz der Judendiaspora, also ihre öffentlichrechtliche Stellung begründete, sie vor allem und sie fast einzig und allein war es, die den Judengemeinden eine Daseinsberechtigung verlieh zu einer Zeit, da sich die Christenheit, von religiösen, kulturellen und Rassenvorurteilen erfüllt, der Judenschaft gegenüber anderweitig grundsätzlich ablehnend verhielt. Der wirtschaftliche Unternehmungsgeist war es, der aus dem engen, isolierten Prager Ghetto ein Tor in die Welt auftat und vielfältigen Verkehr mit der christlichen Bevölkerung anknüpfte; namentlich der jüdische Handel mit seiner allseitigen

*) Die hier gebrauchten Wendungen „vorweißenbergische" und „nachweißenbergische" Zeit beziehen sich auf die Schlacht auf dem Weißen Berge (8. Nov. 1620). Entsprechend der in der tschechischen Geschichtschreibung üblichen Einteilung umfaßt die vorweißenbergische Zeit das Jahrhundert vor dem böhmischen Aufstand bezw. vor der Schlacht auf dem Weißen Berge, die nachweißenbergische Zeit nicht bloß den Dreißigjährigen Krieg, sondern auch noch das auf den Westfälischen Frieden folgende Jahrhundert. Vgl. Jaroslav Prokeš. Základní problémy českých dějin (= Die Grundprobleme der böhmischen Geschichte), erschienen in der Sammlung Lidová osvětová knihovna, Nr. 39, Prag 1925. — (Dr. B.)

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

wirtschaftlichen Auswirkung war es, der die zwischen der himmelweit voneinander verschiedenen Kultur- und Empfindungswelt der Christen und Juden gähnende Kluft überbrückte und einen modus vivendi schuf. Das Studium der Wirtschaftsgeschichte des Prager Ghettos gestattet daher auch einen Ausblick auf das Verhältnis der christlichen Majorität zur jüdischen Minorität. Wir setzen zwar die wirtschaftliche Komponente grundsätzlich nicht an die Spitze der geschichtlichen Entwicklung, das Studium der Wirtschaftsgeschichte des Prager Ghettos gibt jedoch mannigfachen Aufschluß, wie sich unter dem Einfluß dieses mächtigen Geschichtsfaktors auch das innere Leben des Ghettos entwickelte und gestaltete. Und wie die Durchforschung des Wirtschaftslebens des Prager Ghettos ursächlich auch zur Erkenntnis anderer wichtiger Seiten im Leben der Prager Juden führt, so bringt dann die Gegenüberstellung mit den Wirtschaftsverhältnissen der Christen neue grundsätzliche Erkenntnisse nicht bloß für die Wirtschaftsgeschichte von Prag, sondern von ganz Böhmen, denn die wirtschaftliche Stärke der Prager Juden sprengte bei ihrer Intensität und Extensität die Enge des Prager Ghettos. Diese Studien werden meines Erachtens Ergebnisse von allergrößter Wichtigkeit zeitigen. Sie werden dartun, welche Bedeutung in der böhmischen Geschichte der nachweißenbergischen Zeit der Judenschaft zukommt und welche Rolle sie in der erwähnten Epoche spielte, während das Böhmerland auf mehr als ein Jahrhundert hinaus von einem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang erfaßt war.

Der zeitliche Meilenstein, den wir zum Ausgangspunkt unserer Studien gemacht haben, die Schlacht auf dem Weißen Berge (8. November 1620), hat auch für die Geschichte des Prager Ghettos seine besondere und außerordentliche Bedeutung. Auch für die Juden blieb jener radikale Umschwung in der Weltanschauung, der sich in Böhmen im Gefolge des niederschmetternden Sieges des katholischen Lagers über die unkatholische Majorität einstellte, nicht völlig ohne Belang. Die allergrößte Wichtigkeit für das Prager Ghetto hatte jedoch der Umstand, daß es der Sieg der Gegenreformation den Prager Juden ermöglichte, etwa vierzig Christenhäuser anzukaufen und so ihre Stadt beträchtlich zu erweitern. Diese hatte zwar schon in der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhundertes aufgehört, die alte Judengasse zu sein, doch eben erst nach der Weißenbergschlacht wurde definitiv der Umwandlung dieser alten Judengasse zur Judenstadt die Krone aufgesetzt und das nicht unbedeutend vergrößerte Prager Ghetto konnte dann auch in den kommenden Jahren einer so ansehnlichen jüdischen Volksmenge Unterkunft bieten, wie sie vordem unerhört und unmöglich gewesen wäre. Die Prager Judenstadt der nachweißenbergischen Zeit mit ihren ursprünglich 318, später gar 333 mehrstöckigen Häusern war in der Lage

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

— freilich unter Verzicht auf bequeme Wohnverhältnisse — 10.000 bis 12.000 Einwohner zu fassen, eine Ziffer, die namentlich in den ersten Jahrzehnten des XVIII. Jahrhundertes erreicht wurde, als die Prager Judenschaft die volle Hälfte der gesamten Prag-Altstädter Bevölkerung und über ein Viertel (28%) der Gesamtbevölkerung Prags ausmachte. Mit der steigenden Zahl der jüdischen Bevölkerung in Prag stieg natürlich auch ihre wirtschaftliche Bedeutung.

Die jüdische Unternehmung auf wirtschaftlichem Gebiete bildete zwar eine gemeinsame Lebensplattform für Christen und Juden, sie gab jedoch auch die Ursache für eine bedeutende gegenseitige Spannung, die mit der wachsenden jüdischen Volksmenge zunahm und in vorzüglicher Weise jene nachweißenbergische Stimmung gegen die Juden speiste, die wir mit vollem Recht als den nachweißenbergischen Antisemitismus bezeichnen dürfen. Analysieren wir diesen Antisemitismus, so finden wir darin neben dem religiösen Element, dem die Atmosphäre der Gegenreformation seine eigentümliche Färbung gab, besonders stark das wirtschaftliche Moment vertreten. Doch waren diese beiden Elemente, die in den zeitgenössischen Quellen am meisten und am ausführlichsten dargelegt und hervorgehoben zu werden pflegten, bloß die augenfälligste Äußerung der vonseiten der Christen gegen die Juden zur Schau getragenen Abneigung, die in ihrem Wesen dem grundsätzlichen Unterschied der kulturellen, moralischen und gefühlsmäßigen Einstellung der sogenannten arischen und semitischen Rasse entsprang. Die Toleranz des jüdischen Volkes in Böhmen reicht zwar zeitlich bis zu den Anfängen der böhmischen Geschichte zurück, doch die Begleitumstände derselben: strenge Konzentrierung und Isolierung, in welcher sich das Eigenleben der jüdischen Bevölkerung, in seinem Kerne von christlichen Einflüssen fast unberührt, abspielte und entwickelte, ließen keine hinreichenden Bedingungen aufkommen für eine Annäherung, geschweige denn einen Ausgleich des christlichen und jüdischen Volkes, der arischen und semitischen Rasse. Und so lebten diese beiden Elemente, mochte auch das eine die erdrückende Mehrheit und das andere eine verschwindende Minderheit bilden, jahrhundertelang nebeneinander, ohne einander bis auf vereinzelte und daher belanglose Ausnahmefälle in den wesentlichen Zügen ihrer Lebensgestaltung näherzukommen. Der christlichen Kultur ist es nicht gelungen, die starre Widerstandskraft der in ihren religiösen Vorschriften verankerten jüdischen Kultur zu schwächen. Wenn sich das Prager Ghetto in vorweißenbergischer Zeit in seinem Verkehr mit den Christen größtenteils der tschechischen Sprache bediente und damit scheinbar einen tschechischen Charakter annahm, so war dies keineswegs der Ausdruck einer Annäherung der jüdischen Bevölkerung an das christliche Element; ebensowenig darf man später

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

in nachweißenbergischer Zeit berechtigterweise von einer Überwindung des Prager Ghettos durch die deutsche Kultur sprechen, wiewohl damals die deutsche Sprache zum Verständigungsmittel mit der christlichen Nachbarschaft wurde. Eine Annäherung der jüdischen Diaspora an die christliche Bevölkerung konnte erst dann eintreten, als die Christenheit selbst die strenge Isolierung des jüdischen Elementes löste, wodurch bei den Juden eine der Hauptursachen des bisherigen ausdauernden Widerstandes wegfiel. Bis dahin schuf auch das Vorgehen der christlichen Majorität bei der jüdischen Minorität eine zähe und leidenschaftliche, wenn auch notgedrungen nicht zur Schau getragene Abwehrstellung gegen die christliche Welt.

Die gegen die Juden vonseiten der christlichen Bevölkerung der nachweißenbergischen Zeit erhobenen Klagen wirtschaftlicher Natur waren freilich keine Frucht erst dieser Zeit und waren auch keine spezifisch böhmische Erscheinung, sondern sie waren in Böhmen bereits im XVI. Jahrhundert laut erhoben worden; so faßte sie beispielsweise i. J. 1577 der Prag-Altstädter Handelsmann und Bürger Hans Folk mit bombastischer Ausführlichkeit zusammen.[1]) Doch nach Beendigung des Dreißigjährigen Krieges, als dem wiedergekehrten Frieden zum Trotz der wirtschaftliche Verfall nicht nur nicht haltmachte, sondern unaufhaltsam immer tiefer und tiefer ging, gewannen die Klagen wegen der jüdischen Konkurrenz viel größeren Nachdruck und wurden viel häufiger wiederholt. Die Führung in diesem Sturm auf die Juden hatte die Prager Altstadt, denn auf ihrem Grund und Boden — zwischen dem Altstädter Ring und der Moldau — lag nicht bloß die größte Judengemeinde Böhmens, das Prager Ghetto, sondern bei der St. Gallikirche auch der jüdische Marktplatz, der Tandelmarkt; aber auch vom böhmischen Flachlande kamen heftige Beschwerden wider die Juden.

Unter diesen ist besonders charakteristisch das tschechische Gutachten des Matthias Sychrowsky, Hauptmanns der königlichen Herrschaft Zbirow, Točnik und Königshof; genau hundert Jahre nach Hans Folk, hat er i. J. 1677 sogut wie die allgemeine Meinung der Christen über die jüdische Handelstätigkeit wiedergegeben, indem er schrieb[2]): „Da es eine bekannte und unfehlbare Sache ist, daß überall, wo ein Jude hinkommt, er den hier und in der Umgebung Wohnenden jegliche Handels- und Handwerksnahrung wegnehmen und nicht allein in Gewürz, Leinwand, Zeug und dergleichen Sachen, sondern auch in Schuhwerk, Leder, in Getreide, Eisen, Vieh handeln sowie das arme Volk bewuchern wird; auch trifft es sich bisweilen, was Gesinde, Drescher oder andere böse Leute zusammenstehlen, daß die Juden dies zu übernehmen und zwischendurch sogar selbst zu stehlen pflegen; überdies, mag er auch irgendeinen Zins zahlen, so ist es eine unfehlbare Sache,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

daß er ihn am selben Orte aus den Leuten durch Betrügereien herausschinden wird; man müßte ihn kummern (ins Schuldgefängnis werfen), und er wird keinen Heller aus seiner Tasche zahlen, sondern seine unterschiedlichen Zahlungen und Schulden werden in seinem Einnahmenkonto erscheinen ..." Vom Standpunkte einer Landstadt beschweren sich ein Jahr später in geschraubtem Tschechisch die Rakonitzer,[3]) daß die Juden „sowohl Butter, Fische, unterschiedlichen Käse und sonst alle Sorten Getreide, ohne sie bis auf den Markt zu lassen, unterwegs, auch alles mögliche Leder den Handwerkern zur Schädigung ihrer Nahrung, ähnlich auch verhohlen von Inleuten Hopfen, ohne davon irgendwelchen Zoll an die Gemeinde zu entrichten, wie nicht weniger junge Hühner, Gänse, Enten und in summa alles, auch fremde und gestohlene Sachen massenhaft übernehmen, auskaufen und an sich bringen, sodaß mancher der Herren Nachbaren, wenn er für den Hausbedarf auf dem Markte etwas einkaufen will, nichts vorfindet und trübselig das Nachsehen haben muß. Aus diesem Grunde muß denn auch die vordem vortreffliche Stadtpolizei*) durch ihre verstohlenen Sonn- und Feiertagsgeschäfte und Betrügereien auf den Hund gebracht werden, was in der Tat, daß solche von der christ-katholischen Kirche verworfene Leute vielmals über den Christen hinausgehende Erwerbs-, Geschäfts- und Handelsunternehmungen zur größten Verkürzung aller Herren Nachbaren tätigen sollen, fürderhin zu dulden schmerzlich und betrübend ist; überdies achten besagte Juden der Herren Nachbaren gar wenig, erweisen ihnen keinen Respekt, sondern wollen sich den ehrsamen Bürgern durchaus gleichen, sodaß, wie schon offenkundige und erwiesene Tatsachen und Beispiele vorgekommen sind, dadurch denn die allergrößte Unbotmäßigkeit und Schande der ganzen Stadt zur Verwunderung der auswärtigen Leute höchst nachteilig erwächst, eine Sache, die unmöglich länger angesehen oder geduldet werden darf."

Diese Beschwerden der Christen wider die jüdische Konkurrenz sind ein nicht unwichtiger Beweis für die wirtschaftliche Stärke der Juden in den böhmischen Ländern, an erster Stelle aber der Prager Juden. Es geht aus diesen Klagen ferner hervor, daß die Juden von den christlichen Handels- und Handwerksleuten als ein sehr ernstes Hindernis für die christliche Unternehmung auf wirtschaftlichem Gebiete angesehen wurden. Wie anderswo, so führte auch in Böhmen und namentlich in Prag in der nachweißenbergischen Zeit der Widerstand gegen die jüdische Konkurrenz zum Programm, diese Konkurrenz durch Erschwerung des jüdischen Handelsbetriebes und durch Herabsetzung

*) chvalitebná politiae městská, im Sinne von πολιτεία, Stadtwesen (Dr. B.).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

der Zahl der tolerierten jüdischen Bevölkerung einzuschränken; manchmal steigerte sich dann dieses Programm einer Reduktion der jüdischen Bevölkerung und des jüdischen Handels bis zum Extirpationsprogramm, d. h. zum Plane, die Juden überhaupt zu vertreiben. Wie der nachweißenbergische Antisemitismus seinen Vorläufer im vorweißenbergischen Antisemitismus hat und mit diesem auf der gleichen wirtschaftlichen, religiösen und kulturell-rassigen Grundlage beruht, so haben auch die antijüdischen Reduktions- und Exstirpationspläne der nachweißenbergischen Zeit ihre Vorläufer in analogen Plänen und Versuchen des XVI. Jahrhunderts, die im böhmischen Landtagsschlusse v. J. 1541 und in den Verfügungen König Ferdinands I. ihren Höhepunkt erreichten.

Diesen gegen das Prager Ghetto gerichteten Reduktions- und Extirpationsplänen der nachweißenbergischen Zeit ist vorliegende Arbeit gewidmet. Im einleitenden Kapitel wird versucht, unter Hervorhebung des Typischen und unter Verzicht auf Vollständigkeit den stimmenden Akkord des nachweißenbergischen Antisemitismus anzuschlagen; die übrigen Kapitel befassen sich mit dem fünfzigjährigen Zeitraum von 1679—1729, der von fast unablässigem Sturmlauf des christlichen Elements gegen die Judenstadt erfüllt ist; den Abschluß bildet die i. J. 1729 angestellte Konskription des Prager Ghettos — die erste detailierte Ghettokonskription, die sich bis heute erhalten hat. Damit setzt die langjährige Aktion gegen die Juden gleichsam mit einem Schlage ermattet aus, um in einer mehr als zehnjährigen Pause neue Kräfte zu sammeln.

Es handelt sich hier um die Darstellung einer historischen Erscheinung, die der wissenschaftlichen Forschung bisher fast völlig unbekannt war und ihr daher ferne lag, einer Erscheinung, die jedoch für die Geschichte des Prager Ghettos der nachweißenbergischen Zeit in mehr als einer Hinsicht ganz neue Klarstellungen bringt. Nunmehr schwindet die Legende vom geruhsamen Leben des Prager Ghettos zu Beginn des XVIII. Jahrhundertes,*) und es fällt die Meinung, als habe der Kampf gegen die Prager Juden erst im zweiten Jahrzehnt des XVIII. Jahrhunderts eingesetzt, in kausalem Zusammenhang mit den merkantilistischen Bestrebungen der Regierung, die seit den letzten Jahren Leopolds I. den christlichen Handel und die christliche Industrie in Böhmen emporbringen wollte. Der Leser dieser Schrift wird erkennen, daß der systematische Kampf gegen das Prager Ghetto auf noch älterer Grundlage schon i. J. 1679 anhebt und daß seine Fortsetzung einer zusammenhängenden, nirgends unterbrochenen Kette gleicht. Die Erkenntnis dieses neuen entwicklungsmäßigen Zusammenhanges lehrt ferner, daß die Vertreibung der Prager Juden zu Beginn der Regierung Maria The-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

resias nicht unvorbereitet kommt, sondern daß sie lediglich die Fortsetzung und den Höhepunkt der voraufgehenden Reduktionsbestrebungen darstellt, mögen auch zu ihren Motiven noch einige andere Motive hinzugetreten sein.

Zweck dieser Arbeit ist es nicht, objektiv festzustellen, inwieweit die einzelnen im XVII. und XVIII. Jahrhundert gegen die Juden erhobenen Vorwürfe, die hier im weitern zum Teil berührt werden sollen, jenen Charakter besitzen, der ihnen beigelegt wurde, namentlich aber, ob die Juden in der Tat schuld waren an dem Tiefstand der christlichen Unternehmung in Handel und Industrie. Diese Feststellung ist der erwähnten abschließenden Untersuchung vorbehalten, wo auch die wirtschaftlichen, die sozialen, die Populationsverhältnisse usw. des Prager Ghettos mit den gleichzeitigen Verhältnissen anderer größerer Judengemeinden West- und Mitteleuropas verglichen werden sollen. Außerdem wird in besonderen Studien über einige speziellere Fragen gehandelt werden, z. B. über den jüdischen Tandelmarkt, die jüdische Selbstverwaltung, die Baubestandspläne der Judenstadt und die Zensur jüdischer Bücher durch die christliche Obrigkeit in nachweißenbergischer Zeit.

Vorliegende Studie beruht vor allem auf amtlichem Material, an dem bisher die historische Forschung im großen ganzen völlig achtlos vorbeigegangen ist und das zu Prag im Archiv des Ministeriums des Innern erliegt, einerseits in der Abteilung IV T 1 der böhmischen Hofkanzleiakten (ČDK), anderseits in der Abteilung J 4/21 der sogenannten alten Manipulation (st. m.) der böhmischen Statthalterakten; beide genannte Abteilungen enthalten zum größten Teil identisches Material, das sich formell ergänzt. Daß sich die auf die nachweißenbergischen Reduktions- und Extirpationspläne bezüglichen Schriften verhältnimäßig vollständig erhalten haben, ist das Verdienst der i. J. 1714 errichteten jüdischen Reduktionskommission,[5]) die das gesamte versplitterte ältere Material, das damals in der Registratur der böhmischen Hofkanzlei und in der Kanzleiregistratur der böhmischen Statthalterei vorhanden war, gesammelt, chronologisch geordnet und mit einem ausführlichen Verzeichnis samt kurzer Inhaltsangabe jedes Aktes versehen hat. Dieses Verzeichnis („Consignatio priorum actorum, quae in relatione reductionis Judaeorum per extractum comprehensa sunt") vermerkt 83 Akten aus den Jahren 1679—1709, denen zum Teil wieder zahlreiche wichtige Beilagen beigeschlossen sind.[6]) Diese Akten hat die Judenreduktionskommission v. J. 1714 für die historischen Partien ihres Gutachtens benützt, dessen Auszug heutzutage an einigen Stellen die verlorenen bezw. durch spätere Skartierung vernichteten Akten ersetzen muß. Soweit andere Akten des Archivs des Ministeriums des Innern herangezogen worden sind, so ist dies an entsprechender Stelle

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

besonders angemerkt; dies trifft namentlich für das erste Kapitel zu. Wie ich mich überzeugt habe, können andere Archive aus begreiflichen Gründen für diese Arbeit keinerlei bedeutsamere Beiträge liefern.

Besonderes Verdienst um die Herausgabe dieser Schrift hat sich Dr. Samuel Steinherz, Professor der Deutschen Universität in Prag, und Staatsarchivar Dr. Josef Bergl erworben: ihnen gilt mein Dank ebenso wie Dr. Anton Blaschka, der bei seiner vortrefflichen Kenntnis der tschechischen Sprache in der Lage war, die Arbeit in der vorliegenden deutschen Fassung treu wiederzugeben.

Prag, Anfang Jänner 1929.

Dr. Jaroslav Prokeš.

Anmerkungen zum Vorwort.

[1]) Abgedr. bei Bondy-Dvorský, Zur Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien, II, Nr. 773.

[2]) Der Bericht des Matthias Sychrowsky vom 1. Juli 1677 erliegt im Archiv des Ministeriums des Innern zu Prag, J 7/44 n.

[3]) Die Rakonitzer an die Statthalter i. J. 1678, im genannten Archiv, J 7/63 n.

[4]) Vgl. Zikmund Winter im Sammelbande „Pražské ghetto" (= Das Prager Ghetto) S. 42.

[5]) Vgl. unten Kapitel 6.

[6]) Nunmehr hinterlegt in den Akten der böhmischen Hofkanzlei (= ČDK) IV T 1, ad 3 ex 1719.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

1. Kapitel.

1. Das Prager Ghetto und die christliche Gesellschaft im Zeitraum von der Weißenbergschlacht bis zur großen Pest i. J. 1680.

Das Gesuch der Altstädter Gemeinde v. J. 1602 um Vertreibung der Juden aus Prag. — Die Juden und der Böhmische Aufstand. — Die Expansion des Ghettos unter der Protektion Karls von Liechtenstein. — Das große Judenprivileg vom 23. Jänner 1623. — Die Anfänge des nachweißenbergischen Antisemitismus. — Die Doppelverfügung bezüglich der Liechtensteinhäuer. — Der Versuch einer christlichen Judenkatechese i. J. 1630. — Die Judengeschäfte an Sonn- und Feiertagen während des 30jährigen Krieges. — Der Kampf der christlichen Geschäftsleute gegen die jüdische Konkurrenz. — Die Unstimmigkeit in der Frage von Judengeschäften an Sonn- und Feiertagen zwischen den Prager Statthaltern und Wien. — Schwere Judenkontributionen; Judenbußen und Schließung der Synagogen. — Ein Judenmoratorium. — Die Bevölkerungszahl des Prager Ghettos i. J. 1638 und die Populationsverluste infolge der Pest v. J. 1639. — Abermaliges rasches Anwachsen der jüdischen Bevölkerung. — Versuche böhmischer Provinzstädte, die Juden gewaltsam zu vertreiben. — Das Judenprivileg vom 8. April 1648. — Wachsendes Interesse und erhöhte Anstrengungen um Lösung der Judenfrage nach dem Westfälischen Friedensschluß. — Der judenfeindliche böhmische Landtagsschluß v. J. 1650 und seine Bedeutung für das Prager Ghetto. — Der Kampf um die wirkliche Durchführung des Landtagsschlusses v. J. 1650 und des Statthalterdekrets vom 23. Feber 1657. — Eine Konzession in der Frage christlicher Knechte bei jüdischen Roßhändlern. — Unzufriedenheit der Christen mit der Milde der Wiener Regierung. — Die soziale Bedeutung christlicher Dienstbarkeit bei Juden. — Angriffe des Christenmobs auf die Juden. — Der Judenhaß gegen die Christen und seine sozialen und religiösen Wurzeln. — Die Exzesse v. J. 1669. — Die Talmuddruckaffäre und die Inquisition hebräischer Bücher. — Gnadenbeweise für jüdische Konvertiten. — Judenfeindliche Flugblätter und Pamphlete. — Der Antisemitismus des christlichen Volkes und der Behörden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Dem Verdienste Meisls und den ausgiebigen Abgaben an den Staat verdankte das Prager Ghetto in der rudolfinischen Zeit seine verhältnismäßige Ruhe. Doch unmittelbar nach dem Tode des Markus Mordechai Meisl (1601), der unbestritten die hervorragendste Persönlichkeit der Prager Judengemeinde im XVI. Jahrhunderte darstellt, hatte es den Anschein, als breche wieder eine Wendung zum schlimmeren herein. Die jüdische Konkurrenz, frei von allen Zunftbeschränkungen des christlichen Handwerks, begann neuerdings trotz der Klauseln des Privilegs Kaiser Maximilians II. vom 4. April 1567[1]) schwer auf den christlichen Meistern und Geschäftsleuten zu lasten, namentlich auf jenen der Altstadt, und auch die höheren Stände teilten größtenteils alle berechtigten und unberechtigten judenfeindlichen Haßgefühle und alle religiösen und wirtschaftlichen Vorurteile. Die Beschwerden gegen die Juden, die freilich schon seit langen Jahren erhoben worden waren, wurden i. J. 1602 von der Altstädter Gemeinde in einer ausführlichen Beschwerdeschrift zusammengefaßt und Kaiser Rudolf II. vorgelegt. Gestützt auf die Landtagsfürsprache aus jüngster Zeit, wiederholten die Altstädter nachdrücklich ihr älteres Ersuchen, das „verfluchte Judenpack", das die verliehenen Privilegien nicht im mindesten beobachte, aus den Prager Städten auszuweisen.[2])

Wiewohl nicht daran zu zweifeln ist, daß es auch in den maßgebenden Kreisen der politischen Beamten keineswegs an Stimmung fehlte, die dem Plane günstig war, die Juden ohne Rücksicht auf die ihnen erteilten königlichen Gnaden wenigstens zahlenmäßig und wirtschaftlich in gleicher Weise zu schwächen, ja sie womöglich ganz zu vertreiben, so kam es doch zu durchgreifenderen Verfügungen gegen die Juden weder damals noch später. Nach wie vor stellten die Juden auch jetzt eine wichtige und für die Staatsfinanzen unersetzliche wirtschaftliche Hilfsquelle dar, die gern oder ungern der beständig notleidenden königlichen Kammer zu Gebote stand. Die regelmäßigen Judensteuern sowie ihre Extraordinarihilfen, Gaben und Darlehen bildeten eine bedeutende Einnahmsquelle der böhmischen Kammer, welche in ihrer chronischen Finanznot diese Gelder nicht entbehren konnte, zumal die christlichen Querulanten keineswegs gewillt waren, für die Steuern und Abgaben der Juden einen entsprechenden Ersatz zu bieten. Es waren also immer wieder reinfiskalische Gründe, die damals ebenso wie in der Folgezeit die Juden sehr wirksam gegen die wiederholten Reduktions- und Extirpationsbestrebungen schützten, und es war natürlich die böhmische Kammer, welche im Verein mit der Hofkammer dem Prager Ghetto eine unentwegte und mächtige Schirmherrin blieb. Ließen also die Staatsfinanzen keine so radikale Lösung der jüdischen Frage zu, wie sie von den Altstädtern beantragt wurde, so war auch die Zeit, in

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der sich unabwendbar ein Entscheidungskampf auf Leben und Tod zwischen dem christlichen Lager der Nichtkatholiken und Katholiken vorbereitete, keineswegs dazu angetan, dieses brennende Problem zu entscheiden, das Umsicht und ruhige und dabei allseitige Erwägung forderte. So geriet die Frage der Reduktion bezw. Extirpation des Prager Ghettos, welche i. J. 1602 für eine Zeitlang das öffentliche Interesse wachgerufen hatte, wieder auf lange Jahrzehnte in Vergessenheit, verdrängt durch wichtigere und aktuellere Interessen und Ereignisse.

Was die antisemitische Stimmung anlangt, so kam darin in Böhmen vor der Schlacht auf dem Weißen Berge die katholische Minorität mit der nichtkatholischen Majorität überein, und diese teilte im Prinzip die Anschauung der römischen Kirche bezüglich der Stellung der Juden inmitten der christlichen Gesellschaft. Der vorweißenbergische Antisemitismus entsprang freilich durchaus nicht bloß religiösen Motiven, und auch die jüdische Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiete reicht nicht aus, um in allen Fällen jene schroffe Mentalität der christlichen Kreise der Judenschaft gegenüber zu erklären, wiewohl die religiösen und wirtschaftlichen Motive in den Beschwerden und Ausfällen gegen die Juden gleichmäßig an erster Stelle standen. Besondere Heftigkeit, wie man sie den zeitgenössischen Dokumenten ganz deutlich entnehmen kann und die sich keineswegs auf Böhmen beschränkte, verlieh diesem Antisemitismus kurz gesagt der Rassengegensatz zwischen der christlichen Majorität und jüdischen Minorität, ein Gegensatz, der sich als Ergebnis des natürlichen semitischen Charakters einerseits und der historischen Entwicklung der jüdischen Diaspora anderseits darstellt. Das abgeschlossene Ghetto bildete der christlichen Gesellschaft gegenüber eine besondere Welt ganz eigener Art in seinem Denken und seiner Kultur, in seinen Moralbegriffen und seinem Empfinden, eine Welt, die sich kraft der Zähigkeit ihrer Traditionen und dank der Festigkeit ihrer Satzungen überall und in jeder Beziehung von den Traditionen und Satzungen ihrer Umgebung schied. Das alles machte aus dem Ghetto ein stetes, der Christenheit widerwärtiges Wahrzeichen der starren Widerstandskraft des jüdischen Moral- und Kulturmilieus, an dem alle Assimilationsbestrebungen der christlichen Welt völlig hoffnungslos zerschellten. Und dieses unangenehme Gefühl, welches dem Charakter des christlichen Antisemitismus seine symptomatische Nuance gab, erfüllte nicht bloß die Katholiken, sondern auch die Nichtkatholiken Böhmens; für die Juden wiederum lag die Gedanken- und Moralwelt von Katholiken und Reformierten in gleich unbekannter Ferne. Im Kampfe zwischen dem katholischen und nichtkatholischen Lager neigten sich die Sympathien des Ghettos schlechterdings derjenigen Partei zu,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

welche ihm mit größerer Sicherheit seine bisherige Stellung zu gewährleisten schien, nämlich der Partei des Habsburgerkönigs.

Der Ausbruch der antihabsburgischen Revolution der böhmischen Stände i. J. 1618 war gleichzeitig von einem Angriff der Prager Unterschicht auf das Altstädter Ghetto begleitet. Auch der weitere Verlauf des böhmischen Aufstandes konnte die Juden der Ständerebellion gegenüber nicht günstiger stimmen; der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, trugen sie die Unzufriedenheit mit einem Kriege, der ihnen so wenig Gewinn, dagegen aber soviel Lasten brachte, nicht zur Schau. Die vorsichtigen und berechnenden Prager Juden waren infolge ihrer ausgedehnten internationalen Beziehungen gewiß über die wirkliche Lage, namentlich in finanzieller Hinsicht, gut informiert. Sie hatten daher kein Vertrauen auf das Gelingen der Revolution und verbanden mit ihrem Friedensverlangen zweifellos das Verlangen nach einer Restitution der Habsburgerherrschaft.[3]) Der jüdische Drang nach Erwerb trug schwer einen Krieg, der ihm eine Unterbrechung oder wenigstens eine wesentliche Erschwerung der Geschäftsbeziehungen zu den Nachbarländern brachte, namentlich zu Wien, mit dessen Ghetto die Prager Judenschaft nicht bloß in geschäftlicher, sondern auch in verwandtschaftlicher Hinsicht sehr eng verbunden war. Die böhmischen Stände forderten zwar von den Juden außerordentliche Beihilfen und Dienstleistungen, waren jedoch nicht imstande, ihnen ihre keineswegs geringfügigen Geschäftseinbußen zu ersetzen.[4])

Was die Stimmung des Prager Ghettos gegen die Stände in nicht geringem Maße noch verschlechterte, war die Befürchtung der Juden, nach dem Abfall des böhmischen Staates von der habsburgischen Dynastie würden sich die böhmischen Stände keineswegs durch die Privilegien verpflichtet fühlen, die den Juden von den Königen aus dem Hause Habsburg zuteil geworden waren, und sie würden vielmehr geneigt sein, die alten Reduktions- und Extirpationspläne in die Tat umzusetzen. Im Jahre 1619 wurde auch tatsächlich das Programm formuliert, die Juden entweder überhaupt zu verjagen, oder wenigstens ihre Geschäfte zu beschränken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Prager Juden noch vor dem kläglichen Ende des böhmischen Aufstands, vermutlich vor allem durch Vermittlung des Wiener Ghettos, natürlich im geheimen, in freundschaftlichen Beziehungen zu der habsburgischen Partei standen. Der siegreiche Kaiser Ferdinand II. konnte daher den Prager Juden nur wahrheitsgemäß bestätigen, sie hätten ihm während der Rebellion die Treue gehalten.[5]) Dadurch hatten sich die Prager Juden die Garantie verschafft, daß ihre Stadt nach dem Einmarsch des kaiserlichen und ligistischen Heeres nach Prag nicht zum Gegenstand plündernder Aufmerksamkeit der Soldateska wurde. Während die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Paläste des nichtkatholischen Adels und die Bürgerhäuser systematisch durchwühlt und ausgeraubt wurden, blieben die Judenhäuser auf Ferdinands ausdrücklichen Befehl sogar vor der lästigen und kostspieligen Militäreinquartierung bewahrt. Dies war jedoch nicht der einzige Gewinn, den dem Prager Ghetto die dem Habsburger gehaltene Treue eingebracht hat.

Verschmähte selbst der siegreiche Kaiser, der beständig hohe Summen auf Kriegskosten brauchte, zur Befriedigung der unersättlichen Generäle und zur Belohnung seiner Getreuen nicht das klingende Metall der jüdischen Geschäftsleute und Wucherer — so nannte man allgemein jeden, der sich mit Geldtransaktionen befaßte, — so waren die kaiserlichen Beamten noch viel williger geneigt, blanke jüdische Münze zu nehmen. Die Summe, welche das Prager Ghetto aufzuwenden gezwungen war, um die hohen Ansprüche des Kaisers und seiner habsüchtigen Diener zu befriedigen, war also keineswegs niedrig, trug aber sehr gute und hohe Zinsen. Die Rolle eines Meisl in dieser Zeit allgemeiner Demoralisation und Korruption, da einem unerhörten Konfiskationsschwindel ein Münzschwindel die Krone aufsetzte, übernahm ein schließlich in Prag naturalisierter welscher Jude, Jakob Bassevi. Ihm wurde für seine dem Kaiser geleistete Geldhilfe neben andern seltenen Gunstbeweisen des katholischen Potentaten eine so außerordentliche und für Juden der damaligen und folgenden Zeiten unerhörte Auszeichnung zuteil: die Erhebung in den Adelstand.[6])

Doch den allergrößten Gewinn, den die Prager Juden aus dem Siege des reformationsfeindlichen Lagers davontrugen, bedeutete die Durchbrechung des älteren, bis zu jener Zeit so gut wie ausnahmslos beobachteten Grundsatzes, daß kein Jude in Prag unbewegliches Gut außer Bereich der bisherigen Judenstadt erwerben dürfe.[7]) Die Möglichkeit einer bedeutenderen Erweiterung des Ghettos war durch die nach der Weißenbergschlacht geschaffene Lage gegeben. Durch zahlreiche Konfiskationen und freiwillige Auswanderungen ins Ausland um des Glaubens willen war in den Prager Städten eine Menge Christenhäuser freigeworden, deren Preise infolge Massenangebots zusehends sanken. Unter diesen Umständen war die vonseiten der jüdischen Bewohnerschaft geäußerte Kauflust schlechterdings nicht zu übersehen. Die Juden fanden sich bereit und waren auch in der Lage, höhere Summen aufzuwenden als die christlichen Käufer, die wiederum den Vorteil größerer Auswahl genossen.

Die in dieser Zeit bewiesene Expansion des Prager Ghettos war freilich auch das natürliche Ergebnis der seit längerer Zeit in der Judenstadt herrschenden Verhältnisse. Die Area der Judenstadt reichte für die wachsende jüdische Bevölkerungszahl nicht mehr hin. Der be-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schränkte Raum zwischen Altstädter Ring und Moldau, der zu einem bedeutenden Teil von einem ausgedehnten Friedhof und zahlreichen Synagogen ausgefüllt war, konnte der rapid anwachsenden jüdischen Volksmenge nicht genügen. Nicht wenig trug zu dieser Expansion der Umstand bei, daß die Prager Juden danach strebten, sich ansässig zu machen, Eigentümer unbeweglichen Gutes zu werden, denn solcher Besitz, versichert durch Einverleibung in den Altstädter Judenbüchern. bot ihnen wenigstens einen verhältnismäßigen Schutz vor den Reduktionstendenzen, die ihre Aufmerksamkeit vor allem den nichtangesessenen und keine Kontribution zahlenden Juden zuwandten. Dieses Streben der Juden, sich angesessen zu machen, bietet auch den Schlüssel zum Verständnis der interessanten Tatsache, daß seit der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts — und dieser Zustand dauerte bis zur Abtragung der Prager Judenstadt gegen Ende des XIX. Jahrhunderts — in den Judenhäusern regelmäßig mehrere Personen das Eigentumsrecht besaßen. Die Eigentums- und Besitzverhältnisse der jüdischen Häuser waren infolgedessen so verwickelt, daß die christlichen Ämter kleinmütig und ratlos den Rückzug antraten, wenn sie hier tiefer eingreifen sollten. So wurden und blieben denn auch die Liechtensteinhäuser, wie noch im XVIII. Jahrhundert ein nach der Weißenbergschlacht neu erworbener jüdischer Gebietsbesitz des Prager Ghettos hieß, trotz aller späteren eifrigen Bemühungen, diese Häuser jüdischen Händen zu entwinden, gerade um dieser verwickelter Besitzverhältnisse willen ein dauernder Besitzstand der Prager Judenstadt.

Unter dem Schutze des allmächtigen Regenten Böhmens nach der Weißenbergschlacht, Karls von Liechtenstein, waren die Juden dem entschiedenen Widerstande der Altstadt zum Trotz gleich in den Jahren 1622—3 Eigentümer von nahezu vierzig Christenhäusern an der Peripherie der Judenstadt geworden, die zum Großteil christlichen Parteigängern der „abscheulichen" Rebellion konfisziert worden waren. Diese Häuser lagen im Sprengel der Niklas-, Kreuz- und Valentinpfarre. So stieg die Zahl der Judenhäuser auf der Altstadt auf rund 300, die binnen kurzem, noch während des 30jährigen Krieges, fast ganze 8.000 jüdische Einwohner beherbergten; diese Zahl hielt sich in der Folgezeit trotz der durch die Pest herbeigeführten natürlichen Reduktion auf gleicher Höhe. sodaß die hygienischen und Sicherheitsverhältnisse im Ghetto sich nach der Weißenbergschlacht unbeschadet der bedeutenden Erweiterung im Verhältnis zu früheren Zeiten merklich verschlechterten. Der Erwerb der Liechtensteinhäuser stellte daher einen bemerkenswerten Gewinn für das Prager Ghetto dar, doch erwies sich diese Erweiterung gar bald wiederum als unzureichend.[8])

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Den Triumph der im Siege der nachweißenbergischen Gegenreformation begründeten jüdischen Erfolge bedeutet das große Privileg, das der Judengemeinde im Königreich Böhmen von Ferdinand II. am 23. Jänner 1623 verliehen wurde. Dieses Privilegium bestätigte nicht bloß alle älteren Gnadenerweise böhmischer Könige, mit dem Privileg König Wladislaws II. angefangen, sondern kraft dieses Privilegs gewannen die Juden neue wichtige Vorrechte.[9]) Nutznießer war vor allem das Prager Ghetto, auf dessen Gesuch und dank dessen Verdienste in erster Linie dieses Privileg erflossen war. In rechtlicher und gesellschaftlicher Hinsicht schuf das Privileg vom 23. Jänner 1623 eine bemerkenswerte Besserstellung der Judenschaft, denn namentlich in der Gerichtsordnung fiel der frühere, für die Juden so schmachvolle Unterschied zwischen Christ und Jude. Daneben wurde ferner nicht allein der Kreis jüdischer Nahrungszweige erweitert und der jüdische Handel erleichtert, sondern es wurden auch die jüdischen Leihgeschäfte auf eine sichere Grundlage gestellt, weil angeblich „die Juden unschuldigerweise durch menschliche Vorteilhaftigkeit nicht selten zu Schaden kämen." Schließlich enthielt das Privilegium ausdrücklich die feierliche Garantie, welche später bei den Extirpations- und Reduktionsbestrebungen den Juristen keine geringen Schwierigkeiten verursachte, nämlich, daß die Juden „niemals aus dem Land und der Krone Böhmens gedrängt" werden sollten.

Das Privilegium Ferdinands II. war das letzte Privileg, das den Juden im Königreich Böhmen (und auch den Prager Juden) in tschechischer Sprache erteilt wurde. Die Zeit nach der Schlacht auf dem Weißen Berge brachte auch eine Änderung im sprachlichen Verkehr des Ghettos mit den christlichen Ämtern mit sich; hatte bisher das Tschechische vorgeherrscht, so wurde es jetzt allmählich von der deutschen Sprache verdrängt. Kein Wunder, daß die Prager Judengemeinde zum Zeichen ihrer Dankbarkeit ob all dieser Schutz- und Gunstbeweise, die Ferdinand II. den Prager Juden erwiesen hatte, den Jahrestag des Weißenbergsieges unter die jüdischen Feiertage einreihte,[10]) ungeachtet dessen, daß alle diese Vorteile um den Preis schwerer finanzieller Opfer erkauft waren. Erst die Drangsale, welche der Plan Maria Theresias, die Juden aus den böhmischen Ländern zu entfernen, über die Prager Judenschaft brachte, tilgten vermutlich dieses beredte Zeugnis jüdischen Dankes ob der Rückkehr der Habsburgerherrschaft: in der theresianischen Zeit schwindet dieser Prager Purim.

Der Brief Karls von Liechtenstein und das große Privileg Ferdinands II. bedeuteten freilich nicht bloß den Gipfelpunkt der jüdischen Erfolge in nachweißenbergischer Zeit, sondern sie schlossen auch eine

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gefährliche Bedrohung des christlichen Besitzstandes der Altstadt in sich und waren ein schwerer Schlag für die christlichen Geschäftsleute. Auch der christlichen Industrieunternehmung, der es während des erschöpfenden und langen Krieges ohnedies sowohl an Absatzgebieten als auch am nötigen Kapitale gebrach und die außerdem infolge ihrer zünftigen Reglementierung nicht elastisch genug war, um mit Erfolg der freien jüdischen Unternehmung entgegentreten zu können, war damit eine schwere Wunde geschlagen. Es kann daher kaum wundernehmen, daß sich gegen die neuartigen Judenfreiheiten und gegen die auf Konto der Christen erfolgte bedeutende Erweiterung der Judenstadt entschiedener Protest erhob, namentlich vonseiten der Altstädter Gemeinde, die durch den jüdischen Aufschwung am fühlbarsten in Mitleidenschaft gezogen war. Dieser Widerwille erfuhr noch eine Steigerung, als sich die Prager Juden, namentlich aber Jakob Bassevi, an jenem unlauteren Münzunternehmen beteiligten, das die böhmische Münze völlig entwertete und in den Augen der christlichen Öffentlichkeit die gesamte jüdische Gemeinde bedeutend kompromittierte. Von dem Auftreten der Altstadt gegen die Expansion der Judenstadt datiert die Verschärfung des alten, vorweißenbergischen Gegensatzes zwischen der christlichen und jüdischen Bevölkerung Prags, und lediglich die stürmischen und gefahrvollen Ereignisse des 30jährigen Krieges waren die Ursache, daß es bis zum Westfälischen Friedensschlusse zu keinem ernsteren Einschreiten gegen die Juden gekommen ist. Keine geringfügige Bedeutung ist dabei zweifellos dem Umstande beizumessen, daß in Anbetracht der wirtschaftlichen Macht und somit auch der Steuerkraft der Prager Judenschaft die Wiener Regierung trotz aller Beschwerden es nicht wagte, energisch gegen die Juden aufzutreten, welche ebenso wie unmittelbar nach der Weißenbergschlacht so auch später nicht bloß durch ihre regelmäßige Berna, sondern auch durch bedeutende Darlehen und außerordentliche Gaben den ewigleeren Staatssäckel immer wieder auffüllen halfen.

Ein Vorbote kommender Angriffe auf den Prager Besitzstand der Juden war das Privileg[11]) Kaiser Ferdinands II., das am 8. April 1627 der Altstädter Gemeinde erteilt wurde und das mit einer charakteristischen Wendung eine Mitschuld der Regierung an der Ausbreitung des Realitätenbesitzstandes des Prager Ghettos ablehnte und der Altstadt die Garantie gab, daß die Juden unter schwerer Strafe die „nach Unserm glücklichen Siege" erworbenen Häuser nur an einen Christen „verkaufen, abtreten, geben oder verschreiben" dürfen. Das bedeutete, daß in Hinkunft jedweder Wechsel des Eigentumsrechtes in den Liechtensteinhäusern bedingungslos dieses Eigentumsrecht in christliche Hände zurückführen sollte. Für die unmittelbare Zukunft hatte freilich dieses

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Privilegium keine sonderliche praktische Bedeutung, doch konnte nichtsdestoweniger binnen eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes im Wege einer Zwangsenteignung der gesamte Besitzstand an Liechtensteinhäusern wieder ins Eigentum der Christen übergehen. Diese Verfügung setzte natürlich voraus, daß in Hinkunft die Altstädter Gemeinde oder wenigstens christliche Einzelpersonen hinreichend Geldmittel besitzen würden, um von ihrem Recht auf Ablösung der Liechtensteinhäuser auch wirklich Gebrauch zu machen. In der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhundertes zeigte sich jedoch, daß diese Voraussetzung nicht erfüllbar sei.

Indes verstanden es die Prager Juden mit Hilfe der Judengemeinde des Königreichs Böhmen, die Vorteile dieses der Altstädter Gemeinde erteilten Privilegiums in Bälde streitig zu machen, indem sie sich verpflichteten, in die böhmische Kammer jährlich 40.000 Gulden auf Kriegskosten zu zahlen. Damit löste sich das Prager Ghetto wieder die Gunst des Herrschers ein, und diese äußerte sich alsbald durch Verleihung eines neuen Judenprivilegs vom 12. August 1627, das den Freiheitsbrief Karls von Liechtenstein bestätigte und den Prager Juden und ihren Nachkommen den ungestörten Besitz der Liechtensteinhäuser gewährleistete.[12]) Damit erschien freilich die Gültigkeit des jüngsthin der Altstädter Gemeinde verliehenen Privilegs in Zweifel gezogen und den Juden wurde für die Zukunft eine sehr wertvolle rechtliche Handhabe zur Festhaltung ihres erweiterten Besitzstandes geboten, der sich die Juden auch bei günstiger Gelegenheit zu bedienen nicht verfehlten. Die Frage, wie man die Liechtensteinhäuser den Händen der Juden entwinden solle, ohne das Privileg vom 12. August 1627 zu verletzen, gab den Juristen der zweiten Hälfte des XVII. und der ersten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts eine harte Nuß zu knacken, als das Problem der Reduktion des Prager Ghettos immer wieder auftauchte und sich vom Standpunkte des positiven Rechtes eigentlich als unlösbar herausstellte. Die einzige Zuflucht in diesem Falle war die natürlich rechtlich, moralisch und auch sonst sehr bedenkliche Anschauung, daß den lediglich von der Gnade des Herrschers abhängigen Juden ihre Privilegien jederzeit entzogen und für verfallen erklärt werden können.

Die Grundlage der hervorragenden Erfolge, die die Prager Judenschaft unmittelbar nach der Weißenbergschlacht erreicht hatte, war ihre wirtschaftliche Potenz und ihre fiskalische Bedeutung für den Staat. Diese Erfolge waren jedoch keineswegs ein Beweis für die grundsätzliche Meinung, welche die Gesellschaft im Zeitalter der Gegenreformation vom Judentum hatte: diese stimmte völlig mit jener vor der Weißenbergschlacht überein. Der nachweißenbergische Antisemitismus

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ist zu einem guten Teil die geradlinige Fortsetzung des vorweißenbergischen Antisemitismus und bedient sich ähnlicher Argumente und Methoden, wie sie im XVI. Jahrhundert aufgekommen und erprobt worden waren. Als Beweis dafür dient unter anderem, daß wir gleich zu Beginn des Gegenreformationszeitalters dem Versuche begegnen, durch Belehrung die Prager Juden für das Christentum zu gewinnen.

Mit Reskript vom 10. Juni 1630 wurden, anknüpfend an die Anordnung Ferdinands I. v. J. 1561, die den Juden den allwöchentlichen Besuch der bei St. Salvator[13]) stattfindenden Jesuitenpredigten zur Pflicht machte, zu katechetischen Zwecken besondere Predigten für die Prager Juden eingeführt.[14]) Die Statthalter beantragten[15]) im Einvernehmen mit dem Prager Erzbischof Kardinal Ernst Grafen Harrach, daß diese Predigten in der damals fast verlassenen Filialkirche Maria an der Lausche gehalten werden sollten, und zwar in tschechischer, hebräischer und deutscher Sprache. Laut Antrag des Kardinals sollten diese Predigten an Sonn- und christlichen Feiertagen stets zwischen 8 und 9 Uhr früh gesprochen werden; teilnehmen sollten mindestens 100 Juden (davon mindestens 20 jugendliche Personen), zur Hälfte männlichen, bezw. weiblichen Geschlechts; die Prediger sollten die Jesuiten stellen; — so würde etwa im Laufe eines Halbjahres das ganze Ghetto die Predigten gehört haben. Die Aufsicht darüber, ob die Juden tatsächlich in der vorgeschriebenen Zahl zur Predigt erscheinen, ob sie sich ruhig verhalten oder nicht etwa schlafen, sollte der Altstädter Richter führen; um den Widerstand der Juden gegen diese Predigten von vornherein unmöglich zu machen, beantragte der Kardinal für die Ungehorsamen empfindliche Bußen,[16]) aus deren Ertrage in der Zukunft eine besondere geräumigere Kirche für Zwecke der Judenpredigten errichtet werden sollte.

Diese Anträge fanden nur zum Teil die kaiserliche Genehmigung. Mit Reskript dd. Regensburg am 18. August 1630 wurde entschieden, daß die Judenpredigten zwar bei Maria an der Lausche stattfinden sollen, aber bloß in deutscher Sprache,[17]) weil angeblich auch die Prager Juden größtenteils diese Sprache beherrschten.[18]) Außerdem wurde angeordnet, daß die Predigten am Samstag stattfinden sollen, und zwar bei Anwesenheit von mindestens 200 Personen beiderlei Geschlechts (worunter mindestens 50 junge Juden zwischen 15 und 20 Jahren sein sollten). Für diejenigen, welche sich der Predigt entziehen würden, war eine Buße von einem Taler ausgesetzt, die bei wiederholter Nachlässigkeit gesteigert werden sollte; die Einhebung der Bußen sollten die Judenältesten besorgen und ihr Ertrag sollte unter jene Juden verteilt werden, die vom Judentum zum Christentum übertreten würden.[19]) Genehmigt wurde die Bestellung des Predigers aus dem Jesuitenorden;

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zur Aufsicht über die genaue Einhaltung dieser Vorschriften sollten neben dem Altstädter Richter und dem Rektor des Jesuitenkollegiums auch noch andere geeignete Personen beigezogen werden. Den Juden wurde streng untersagt, während der Predigt zu flüstern oder zu schlafen; mit den Predigten sollte so bald als möglich begonnen werden.

Als sich aber die Statthalter nach einem geeigneten Prediger umzusehen begannen, zeigte es sich, daß augenblicklich unter den Prager Jesuiten kein deutscher Prediger vorhanden sei, der das Hebräische mindestens in dem Grade beherrschte, um gegebenenfalls hebräische Fragen der Juden beantworten zu können. Daher schlug der Rektor des Jesuitenkollegiums vor, sich inzwischen des tschechischen Predigers zu bedienen, der imstande war, auch hebräische Erläuterungen zu geben; dieses Angebot wurde jedoch von den Statthaltern nicht angenommen. Diese Schwierigkeiten gelang es schließlich anfangs Oktober zu beseitigen, da es dem Jesuitenrektor Martin Stridonius gelang, einen tauglichen deutschen Prediger zu gewinnen, der auch hinreichend Hebräisch konnte.

Von den Absichten der Regierung und den Predigtvorbereitungen waren die Juden bisher nicht in Kenntnis gesetzt worden. Erst mit Dekret vom 9. Oktober 1630 trugen die Statthalter dem Altstädter Richter auf, die Juden mit dem Inhalt des Reskripts vom 18. August bekanntzumachen. gleichzeitig wurde der Erzbischof ersucht, für die Judenpredigten die Kirche Maria an der Lausche bereitzustellen.[20]) Da wurden vonseiten des Erzbischofs, gewiß gegen alles Erwarten, Bedenken geäußert; er erklärte, Judenpredigten bei Maria an der Lausche könnten lediglich mit päpstlicher Dispens stattfinden. Die Statthalter, welche über diese neue Schwierigkeit ungesäumt nach Wien referierten, erhielten daher den Auftrag,[21]) für die Judenpredigten eine andere geeignete Räumlichkeit zu suchen. Diese wurde schließlich in der Altstädter Schule bei St. Niklas gefunden; in der ersten Dezemberhälfte des Jahres 1630 gab die Böhmische Kanzlei dem Rentmeister die Weisung, zu Handen des Prälaten Hans Plateis von Plattenstein für Adaptierung des Raumes zum Zwecke der Judenpredigten in der erwähnten Schule den Betrag von 30 Gulden auszuzahlen.

Die Annahme scheint berechtigt, mögen auch die auf uns gekommenen Nachrichten darüber schweigen, daß der Eindruck, den im Prager Ghetto die Publikation des Reskriptes vom 18. August 1630 hervorrief, geradezu niederschmetternd war. Diesmal lief der gegenreformatorische Katholizismus gegen das Judentum allzu heftig Sturm, als daß es hätte ohne Widerhall bleiben können, und verletzte die Juden besonders empfindlich in ihren heiligsten Gefühlen, denn vom jüdischen Standpunkt handelte es sich u. a. namentlich um die Entheiligung des

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Sabbats; es spiegelte sich darin eben das Selbstbewußtsein des Gegenreformationsgeistes, der jüngst über einen viel zahlreicheren Feind einen so glänzenden Triumph gefeiert hatte. Natürlich stieß dieser Plan der gegenreformatorisch gestimmten Regierung im Ghetto auf heftigen Widerstand, dessen Ausgangspunkt die Synagogen und Judenschulen waren; Rabbi Pinkas stellte sich an die Spitze der Bewegung. Falls ich die nicht allzu klare Nachricht richtig deute, verpflichtete sich unter seiner Führung das Prager Ghetto feierlich zur Treue an den angestammten Glauben, und die Androhung schweren Bannes, in den Synagogen verkündet, sollte die Treue befestigen. Die Aktion Pinkas' blieb freilich den christlichen Ämtern nicht verborgen. Rabbi Pinkas, als „der vornehmlichste Rädelsführer des jetzigen Zerwürfnisses" wurde verhaftet und vor einer besonderen Kommission[22]) inquiriert. Gleichzeitig aber wurde auf kaiserlichen Befehl nach jüdischen Winkelschulen[23]) gefahndet.

So war der Mann, der den Widerstand im Ghetto gegen die vorbereitete Katechese der Juden im christlichen Glauben organisiert hatte, beseitigt. Zweifellos wurde auch sonst die Aufsicht über das aufrührerische Ghetto verschärft. Darüber, wann — wenn überhaupt — wirklich mit den angeordneten Samstagpredigten ein Anfang gemacht wurde, sowie über ihren Verlauf und ihre Dauer liegen keine Nachrichten vor; schon zu Beginn des XVIII. Jahrhundertes war die amtliche Judenkommission, die sich für diese Angelegenheit interessierte,[24]) nicht in der Lage, sich Auskunft zu verschaffen.

Soviel steht jedoch entgegen der übereinstimmenden Meinung der bisherigen Literatur fest, daß schließlich für die Judenpredigten nicht die Kirche Maria an der Lausche ausersehen war, sondern die Schule bei St. Niklas. Die den Juden auferlegte drückende Verpflichtung hatte jedoch gewiß weder den erwünschten Erfolg noch langen Bestand. Der Sachseneinfall unterbrach die Tätigkeit der königlichen Behörden und nach dem Abzug des feindlichen Kriegsvolks aus Böhmen hatten die Ämter andere, größere Sorgen, als die Juden durch Belehrung über die Grundsätze des Christentums für den Katholizismus zu gewinnen. Zwar machte noch während des 30jährigen Krieges der Benediktinerabt Zdislaus Berka von Duba den Versuch, die Massenkatechese Ferdinands II. zu erneuern, jedoch natürlich wieder ohne bemerkenswerten Erfolg. Der Verlust einiger weniger Individuen, die sich durch diese christliche Katechese hatten gewinnen und durch gewisse Vorteile verlocken lassen, welche die Konversion mit sich brachte, erregte zwar im Ghetto leidenschaftliche Erbitterung und entfachte auf eine Zeitlang den religiösen Fanatismus, hatte jedoch keine weitreichendere Bedeutung; das Prager Ghetto widerstand im ganzen siegreich der Bran-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

dung geistlichen Gegenreformationszwanges, ja dieser befestigte in ihm noch mehr die Treue zum mosaischen Glauben und verhärtete die Bewohner noch mehr gegen die christliche Gesellschaft.

In der kommenden Friedenszeit beschränkte sich die Tätigkeit katholischer Eiferer, namentlich aber des Jesuitenordens, darauf, bei einzelnen Juden die Belehrung zum christlichen Glauben zu versuchen; namentlich richtete man bei diesen Bestrebungen die Aufmerksamkeit auf die jüdischen Kinder, welche mit unterschiedlichen, nicht immer gerade korrekten Mitteln gewonnen, dann getauft und in katholischen Familien auferzogen wurden. Diese Bestrebungen führten natürlich nicht selten zu Übergriffen und gaben den Juden Veranlassung, über geistlichen Zwang zu klagen. Der Fall Simon Abeles, den die Jesuiten in den Dienst schreiender judenfeindlicher Propaganda stellten, hat durch seinen dramatischen Verlauf am meisten Lärm verursacht, er war aber nicht einzig in seiner Art, mochte auch sonst auf beiden Seiten die Form weniger gewaltsam und grausam sein. Wie den Juden der Abfall vom Väterglauben als das allergrößte Verbrechen galt, das völlig und für immer alle Bande der Verwandtschaft und Blutsfreundschaft zerriß und das mit dem Tode bestraft werden konnte, ja sollte, so konnte auf der andern Seite der getaufte Jude lange, solange die Erinnerung an seine Konversion fortlebte, kein gleichwertiges Glied der christlichen Gesellschaft werden. Schon das übliche Epitheton: getaufter Jud, das viel mehr beinhaltete als die bloße Feststellung der Konversion, zeigt, daß die Christen auf diese Überläufer aus dem jüdischen Lager mit Mißtrauen blickten und sie mitunter sehr ungern, manchmal gar erst auf amtliches Einschreiten, in ihre Mitte aufnahmen.[25]) Auch der nachweißenbergischen christlichen Gesellschaft war es klar, daß durch die Taufe der Jude keineswegs seine Rasseneigentümlichkeiten verliert, um derentwillen er vor allem verhaßt war. Darin liegt wohl der meistenteils unterbewußte Grund der erwähnten Abneigung.

Waren also die Bemühungen des gegenreformatorischen Katholizismus um Verchristlichung der Juden im großen ganzen erfolglos, so fühlte sich auch auf der andern Seite die christliche Gesellschaft vor einem religiösen Einfluß des Ghettos verhältnismäßig sicher. Diesem Bewußtsein verlieh i. J. 1689 der Kleinseitner Hauptmann Karl von Goltz Ausdruck, indem er den Zuzug fremder Lutheraner und Kalviner als eine größere Gefahr für das damalige Prag erklärte denn das Verbleiben der Juden. Das Prager Ghetto, von der Christenstadt nicht bloß durch Tore und besondere Polizeivorschriften geschieden, sondern vor allem durch die gegenseitige Abneigung, äußerte religiös nicht einmal auf jene Christen eine Wirkung, die in jüdischen Diensten standen und sogar in der Judenstadt wohnten. Der grundsätzliche Unterschied

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der religiösen und überhaupt gesellschaftlichen und moralischen Begriffe und Weltanschauungen bei Christen und Juden erschwerte schon von vornherein bedeutend irgendwelchen religiösen Einfluß des Prager Ghettos auf die christliche Umgebung. Abgesehen von der ganz allgemeinen und durch keine konkreten Tatsachen erhärteten Behauptung des Erzbischofs aus dem Jahre 1689, als entfalteten die Juden religiöse Propaganda unter den Prager Christen, liegt keine verbürgte Nachricht vor, daß sich die Juden überhaupt darum bemüht hätten, Christen für den jüdischen Glauben zu gewinnen. Die Juden waren sich wohl bewußt, daß jedweder ähnlicher Versuch auf den entschiedensten Widerstand der christlichen Obrigkeit stoßen würde, sei es die weltliche oder die geistliche, welche auch sorgsam darüber wachte, daß das in Judendiensten stehende christliche Gesinde seine religiösen Pflichten erfülle. Und so blieb das Prager Ghetto, mochten auch seine Rabbiner besondern Ruf als gelehrte Talmuderklärer genießen, zu denen viele Studenten aus der Fremde in die Schule kamen, auf die Christen in religiöser Hinsicht ohne den geringsten Einfluß.

Der Kampf der christlichen Gesellschaft der nachweißenbergischen Zeit gegen das Prager Ghetto bewegte sich meistens auf wirtschaftlichem Gebiete, wo der Angriff oder vielmehr die Abwehr von den christlichen Geschäftsleuten und Handwerkern der Altstadt ausging. Aber auch in diesem Kampfe wurden nicht selten religiöse Argumente zu Hilfe genommen. Mit solchen wurde namentlich operiert gegen die jüdischen Geschäfte, besonders gegen den Fleischverkauf an Sonn- und Feiertagen. So wurde i. J. 1630 von der Altstädter Gemeinde betont, daß die Juden „ihre irrgläubigen Zeremonien so fleißig und sorgfältig beobachten und an ihren Feiertagen keinen Handel mit den Christen treiben", und darum wurde auch verlangt, „daß auch sie in derselben Weise, da sie ja dazu noch viel mehr verpflichtet seien, auch an den christlichen, von der heiligen Kirche eingesetzten Feiertagen keinerlei Handel und Wandel pflegen sollten."[26])

Auch in dieser Hinsicht stellte die nachweißenbergische Entwicklung eine Fortsetzung der vorausgegangenen Tendenzen dar. Schon i. J. 1616 war den jüdischen Fleischhändlern verboten, an Sonn- und christlichen Feiertagen Fleisch zu verkaufen, und den christlichen Fleischern stand das Recht zu, „solches jüdisches Fleisch wegzunehmen und altem Herkommen gemäß auf Schulen, Spitäler und Gefängnisse anzuwenden".[27]) In nachweißenbergischer Zeit aber wurde gleich i. J. 1624 mit Dekret Karls von Liechtenstein angeordnet, daß an Sonn- und Feiertagen weder Juden noch Christen in der Judengasse d. h. in der Judenstadt Handels und Wandels pflegen dürfen, und den Juden streng befohlen, an den genannten Tagen ja ihre Stadt nicht zu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

verlassen.[28]) Diese Verfügung trugen die Juden freilich schwer, und soweit es ihnen nur möglich war, entzogen sie sich ihrer Beobachtung. Die Sonntagsgeschäfte waren für die Juden sehr wichtig und einträglich, denn an diesen Tagen strömte in großer Zahl die Bewohnerschaft der umliegenden Dörfer nach Prag, um in der Judenstadt ihre Einkäufe zu besorgen. Gerade diese Käufer vom Lande, denen es in erster Linie um die Billigkeit der Ware zu tun war, — und wie aus den erhaltenen Nachrichten hervorgeht, verkauften die Juden bedeutend billiger als die christlichen Geschäftsleute, — stellten namentlich für die jüdischen Trödler eine bedeutende Einnahmsquelle dar; das Ghetto bot ihnen nicht bloß sämtliche Artikel für ihren Hausbedarf, sondern es kaufte ihnen auch unterschiedliche Sachen ab, die nicht selten von Diebstählen herrührten. Die amtlichen Relationen jener Zeiten — und wir können ihnen im Grunde trotz ihrer gelegentlichen Übertreibungen die Glaubwürdigkeit nicht absprechen — wiederholen unzähligemale die Beschwerde, das Ghetto diene nicht bloß als Schlupfwinkel für eine Masse Verbrecher, welche darin sichern Schutz vor der strafenden Gerechtigkeit fänden, sondern auch als Versteck für alle Sachen, die in Prags Umgebung oder gar in der Stadt selbst gestohlen worden seien. Es kann daher nicht wundernehmen, daß sich die Juden mit allen Mitteln gegen eine Beschränkung der Sonn- und Feiertagsgeschäfte wehrten, und daß sie allen amtlichen Verboten und Drohungen zum Trotz solche Geschäfte tätigten. Die christlichen Geschäftsleute und Gewerbetreibenden wiederum sahen solchen jüdischen Winkelschacher mit großem Unmut; sie machten daher von Zeit zu Zeit von dem ihnen verliehenen Rechte Gebrauch und hielten Razzia in der Judenstadt, ob die erflossene Anordnung bezüglich der Sonn- und Feiertagsruhe wirklich eingehalten wird. Diese Kontrolle war natürlich den Juden sehr zuwider und es kam aus diesem Anlaß nicht selten im Ghetto zu Unruhen, die — wie das folgende Ereignis zeigt — ab und zu sehr tumultuös verliefen.

Am Donnerstag vor St. Thomas, dem 20. Dezember 1639, begab sich im Auftrag des Altstädter Rats und der Ältesten der Fleischerzunft der Prag-Altstädter Richter Bartholomäus Tlačžikowsky von Melikau in Begleitung einiger Fleischermeister in die Judenstadt, um festzustellen, ob die Juden nicht etwa entgegen dem Verbote Fleisch verkaufen. Die Liebener jüdischen Fleischhändler hatten die Ankunft der Kommission kaum bemerkt, als sie von ihren Kramstellen davonliefen und Lärm schlugen, worauf augenblicklich eine große Anzahl Juden zusammenströmte, und sie schickten sich bereits an, an die christlichen Fleischer und sogar an den Richter und dessen Gesinde Hand anzulegen, sodaß „ohne Gottes Hilfe und das Eingreifen des Herrn Stadtrichters der eine

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

oder der andere unter uns ehrsamen Meistern von dem leichtsinnigen und unbesonnenen Judenpack umgebracht worden wäre, sodaß es für uns eine Lebensgefahr bedeutet, unsere Privilegien und Sr. kais. Maj. Befehl wahrzunehmen, denn es steht zu befürchten, wenn man ihnen das nicht streng und ernstlich einstellen sollte, daß künftig große Unsicherheit und Morde daraus hervorgehen könnten."[20]) Dessenungeachtet hatte jedoch die Kommission den Liebener jüdischen Fleischern sechs Schöpsenkeulen konfisziert. Als der Altstädter Rat von dem Vorfall, der eine große Verunglimpfung einer Amtskommission darstellte, Meldung erhielt, ließ er den jüdischen Bürgermeister Moses Brandeis samt zwei Judenältesten einkerkern und erstattete den Statthaltern die Anzeige, „sooft das Recht zwecks Einstellung solcher Unzukömmlichkeiten — was schon einigemale geschehen sei — in ihre Gasse komme, so hätten sie ihr kleines Gesindel und Judenbengels so abgerichtet, wie sie den Richter oder wer eben eine Unordnung bei ihnen abstellen soll, gewahren und erblicken, daß sie laut anheben zu schreien und den andern Warnung geben, sodaß sie, bevor der Richter in ihre Mitte kommt, alles, was sie eben verkaufen, verstecken und in ihre Spelunken verschanzen, sodaß es uns nicht möglich ist, solche ihre Unordnung durch den Richter oder auf eine andere Weise wegen ihrer Halsstarrigkeit und ihres Ungehorsams abzustellen." Gleichzeitig beschloß dann der Altstädter Rat, die gefangengesetzten jüdischen Geisel erst dann freizulassen, bis die Juden eine Buße von 60 Schock meiß. erlegt hätten.[20]) Die Juden beschwerten sich freilich gegen diesen nach ihrer Behauptung gewaltsamen Beschluß bei den Statthaltern und forderten sofortige Freilassung der Verhafteten. Die Statthalter ließen die Beschwerde ohne Verzug untersuchen, aber der Bericht des Altstädter Richters lautete keineswegs zugunsten der Juden: „solch große Verwegenheit und solcher Ungehorsam besagter Judenschaft tritt von Tag zu Tag deutlicher hervor und nimmt überhand, sodaß sie sich in dieser Sache weder an den Befehl Sr. kais. Maj. noch E. G. noch an das Recht oder mein Verbot kehren will und ihnen in diesem wie in anderm ähnlichen Unterfangen bisher das Handwerk nicht gelegt werden konnte."[21]) Wie ersichtlich, lag der Hintergrund dieses Vorfalls tiefer. Es ist auch kaum zu zweifeln, daß unter solchen Umständen die Juden die festgesetzte Bußsumme bezahlen mußten.

Die unsichere Lage der Kriegsjahre gestattete freilich den Behörden nicht, sich eingehender und ernsthafter mit den Beschwerden wegen unaufhörlicher Übertretungen des Verbots von jüdischem Handel an Sonn- und Feiertagen zu befassen. Es steht fest, daß die Juden auch trotz aller Nachstellung und großer Bußen das ergangene Verbot nicht beobachteten, natürlich zum großen Ärgernis der christlichen Geschäfts-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

leute. Man konnte nur ab und zu in ruhigeren Augenblicken gegen sie vorgehen, jedoch ohne dauernden Erfolg, weil die Juden bei der Hofkammer und bei der böhmischen Kammer wirksamen Schutz und Hilfe fanden. Als i. J. 1642 die Juden beim Kaiser Beschwerde führten, daß die Statthalter ihren Fleischern den Fleischverkauf nicht bloß am Sonntag und an den christlichen Feiertagen untersagt hätten, sondern auch an Donnerstagen und an Fasttagen, da gab der Kaiser den Statthaltern den Auftrag, ihm im Einvernehmen mit dem Erzbischof über die Sache zu referieren, und das statthalterische Verbot wurde bis zur kaiserlicher Entscheidung suspendiert.[32]) Schließlich blieb alles — wenigstens eine Zeitlang — beim alten, denn die Rücksicht auf den Fiskus ließ ein strenges Verfahren gegen die Juden nicht zu. Auch ein neuerlicher Versuch der Statthalter, welche i. J. 1646 wiederum den Juden den Fleischverkauf an allen Tagen untersagten, da er den christlichen Fleischern nicht erlaubt war, d. h. namentlich an Sonn- und Feiertagen, schlug fehl. Auch diesmal erwirkten die Prager Juden durch ihre Beschwerde beim Kaiser mit dem Hinweis darauf, daß in den übrigen habsburgischen Ländern Judengeschäfte an Sonn- und Feiertagen grundsätzlich gestattet seien, die Suspension des statthalterischen Verbotes bis zur endgültigen Entscheidung des Herrschers.[33]) So waren die Juden, gestützt auf den ausdauernden Schutz beider Kammern, während der ganzen Dauer des 30jährigen Krieges in ihren Geschäften geschützt, zum nicht geringen Schaden der christlichen Geschäftsleute; erst in der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhundertes begannen sich mit der Rückkehr ruhigerer Zeiten und im Zusammenhang mit der wachsenden judenfeindlichen Stimmung die Bestrebungen nach nachhaltigerer Beschränkung des jüdischen Handels wieder deutlicher bemerkbar zu machen.

Es ist klar, daß die Juden ihren Schutz sehr gut bezahlen mußten. Die Summen, welche während des 30jährigen Krieges von den Prager und den böhmischen Juden in die Staatskasse abgeführt wurden, sei es in der Form von Gaben oder regelmäßigen und außerordentlichen Beiträgen waren sehr hoch und ebenso mögen auch die zu „Schmierzwecken" aufgewendeten Beträge nicht unerheblich gewesen sein.[34]) Einzelne Juden aus dem Prager Ghetto haben sich jedenfalls durch Militärlieferungen bereichert; zwischen den Juden, christlichen Lieferanten und kaiserlichen Generälen herrschte dabei hinsichtlich Ausbeutung des Staates ein rührendes Einvernehmen. Der Nutzen von solchen äußerst ertragreichen Geschäften floß allerdings bloß einzelnen zu; der Großteil des Ghettos mußte sich anderswo und anderswie eine Verdienstmöglichkeit schaffen und tat es auch vielfach unter den schwersten Verhältnissen. Ein Vorzug der jüdischen geschäftlichen und hand-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

werklichen Unternehmung — und damit befaßte sich das Prager Ghetto zum allergrößten Teile — war die verhältnismäßige Billigkeit, welche in Verbindung mit ihrer sonstigen Gewandtheit den Juden eine sehr ausgedehnte Klientel aus Christenkreisen zuführte, ohne welche die Juden nicht existieren konnten. Das wußten ja auch schon die Zeitgenossen gut und behaupteten bis zu einem gewissen Grade mit Recht, die Juden gäben in ihren Gaben und Abgaben dem Staate eigentlich das, was sie aus den christlichen Kunden mit unterschiedlichen „Praktiken" „herausgeschunden", wie die stilistischen Wendungen in den zeitgenössischen Beschwerden wider die Juden lauten, sodaß in Wirklichkeit angeblich die jüdischen Abgaben von den Christen entrichtet werden, welche deshalb auch den vom Staate den Juden gewährten Schutz für ungerecht hielten. Fürwahr, in der Tat floß den Juden ein Großteil ihres Verdienstes aus dem Geschäftsverkehr mit der christlichen Bevölkerung, doch trugen zum Erfolge der jüdischen Unternehmungen nicht wenig die angebornen Geschäftsfähigkeiten bei sowie die sprichwörtliche Sparsamkeit, Ausdauer und persönliche Anspruchslosigkeit der Juden, die sich in allen diesen Beziehungen von den christlichen Geschäfts- und Handwerksleuten himmelweit unterschieden.

Die schweren Kontributionen und Abgaben zwangen freilich die Juden nicht selten, irreguläre Mittel anzuwenden und gesetzwidrige Wege einzuschlagen. Gelang es aber trotz aller durch die unausgesetzte Kontrolle und Verfolgung vonseiten der Christen noch so raffinierten Gewandtheit und Pfiffigkeit, die Juden bei unerlaubten Praktiken zu betreten, so nahm der Staatsfiskus die neue willkommene Gelegenheit wahr, um aus ihnen außerordentliche Einnahmen herauszupressen in der Form hoher Bußen. Um die wirkliche Entrichtung solcher Bußen zu erzwingen — in solchen Fällen halfen den Juden in der Regel keine Suppliken —, schritt man zur amtlichen Schließung der Synagogen auf so lange, bis die Buße erlegt war. Das war ein Mittel, das seine Wirkung nie verfehlen konnte. Nicht selten hatte das Ghetto Übertretungen und Verfehlungen einzelner zu entgelten, für die dann die Gesamtheit, die Judengemeinde, büßen und schwere Strafe zahlen mußte. Bei solchen Anlässen konnte gegen die Juden gerade die böhmische Kammer nicht energisch genug auftreten, wiewohl sie sich sonst als liberale Beschützerin des Prager Ghettos erwies. So befahl z. B. i. J. 1628 die böhmische Kammer dem Altstädter Richter Franz Osterstock von Astfeld, es sollten „wiederum unverzüglich alle Judenschulen versiegelt werden und ihnen (den Juden) auf keine Weise, solang sie nicht eine Kaution auf 80.000 Taler rhein. für verfallene Kontrabande zum Grenzzollamt erlegt hätten, damit man davon die entsprechende Summe abschreiben könne, entsiegelt werden."[35])

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Trotzdem sich aber das Prager Ghetto durch seine Elastizität und Unternehmungslust zum Nachteil der christlichen Geschäfts- und Handwerksleute neue Einnahmequellen zu erschließen verstand, so lasteten die Folgen der allgemeinen Verarmung der breiten Massen, nicht bloß der bäuerlichen, sondern auch der bürgerlichen, im Laufe des langen Krieges auch auf ihnen, und zwar umso drückender, als ihre Kontributionspflichten im Vergleich zur vorangegangenen Friedenszeit bedeutend gewachsen waren. Die finanzielle und wirtschaftliche Zerrüttung, die im Verhältnis zur Kriegsdauer stieg, hatte natürlich zur Folge, daß die Regierung und der Landtag gezwungen waren, von Zeit zu Zeit ein Moratorium zu bewilligen. Diese Moratorien betrafen die Juden ebenso wie andere Gläubiger, sodaß sie die dargeliehenen Kapitalien nicht eintreiben konnten, deren sie oft nicht bloß zu ihren Geschäften und Finanzspekulationen, sondern auch zur Entrichtung neuer Abgaben bedurften. Doch diese Christenmoratorien, deren schützende Wirkung den Juden nicht zugute kam, waren für sie umso drückender, als die Juden nicht bloß Gläubiger, sondern auch wieder Schuldner waren. Es scheint, daß ähnlich wie in der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhundertes schon damals der Prager unbewegliche jüdische Besitz in hohem Grade verschuldet war. Es war dies freilich, wie anzunehmen ist, nicht die Folge einer Armut des Ghettos, sondern die Folge davon, daß sich die Juden von den Christen bedeutende Kapitalien ausliehen, um den Umfang und die Einträglichkeit ihrer Spekulationen zu steigern. So ist es denn begreiflich, daß den Juden ebenso wie den Christen in dieser Zeit allgemeinen Bargeldmangels viel daran gelegen war, ein Moratorium für sich zu erlangen. Tatsächlich wurde mit Hofdekret vom 17. Dezember 1636 aus den dargelegten Ursachen den Juden wenigstens ein kurzfristiges Moratorium bis 31. Jänner künftigen Jahres eingeräumt, und der kommende Landtag sollte über dessen Verlängerung verhandeln.[36]) Zu Beginn des Jahres 1640 ersuchten die Prager Juden, durch die Pest wirtschaftlich und zahlenmäßig überaus geschwächt, neuerlich um Gewährung eines Moratoriums auf zwei Jahre.[37]) Fünf Jahre später reichten sie dann um ein einjähriges Moratorium für ihre schuldigen Kapitalien ein.[38]) Die Statthalter führten in einem weitläufigen Berichte aus, daß den Juden das erbetene Moratorium nicht bewilligt werden sollte.[39]) Doch ein neues Reskript brachte den Auftrag, das Ersuchen der Juden nochmals in Erwägung zu ziehen, weil den Juden bis dahin trotz aller ihrer schweren Lasten kein Moratorium erteilt worden wäre, wogegen die christliche Bevölkerung, für die soeben ein dreijähriges Generalmoratorium herausgekommen war, diese Wohltat schon früher genossen hätte. Die Juden — so argumentierte das erwähnte Reskript — seien eigentlich auch Landeseinwohner und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

es wäre daher ungerecht, ihnen etwas, was den andern bewilligt worden war, zu entziehen.[40]) Als dann die Statthalter mit Erstattung ihres Berichtes nicht eilten und die Gläubiger den Juden hart zusetzten, indem sie ihnen mit der Exekution ihrer Synagogen und Läden drohten. wurde mit Reskript vom 24. November 1646 das Exekutionsrecht gegen jüdische Schuldner vorderhand suspendiert.

Die hohe Steuerpflicht der böhmischen und namentlich der Prager Judenschaft zur Zeit des 30jährigen Krieges, die auf einer hohen Einschätzung der jüdischen Bevölkerungszahl Böhmens beruhte, führte zum Versuch, alle Juden genau zu konskribieren, zunächst einmal die Prager. Es war dies m. E. der erste Versuch, der sich nicht wie alle bisherigen Konskriptionen bloß auf die Judenkontribuenten erstrecken. sondern alle Juden ohne Unterschied des Lebensalters und Geschlechtes umfassen sollte. Den unmittelbaren Anstoß zu dieser Zählung der Juden gab i. J. 1635 ein Protest der Juden, die sich gegen die Einschätzung wehrten, als lebten in Böhmen 14.000 kontributionspflichtige Juden. Sicherlich setzten sich die Juden gegen diese hohe Einschätzung mit Recht zur Wehr. Bereits im Oktober 1635 gaben die Statthalter einer eigenen dreigliedrigen Kommission mit dem Altstädter Richter an der Spitze den Auftrag, persönlich die gesamte jüdische Bewohnerschaft im Prager Ghetto zu konskribieren, aber erst i. J. 1638 wurde aufgrund eines neuerlichen statthalterischen Auftrags die Zählung wirklich durchgeführt. Nach dem erhaltenen Berichte des Altstädter Richters Wenzel Woržikowsky von Kundratitz wurden damals im Ghetto an Juden ohne Unterschied des Geschlechtes und Alters insgesamt 7.815 Personen gezählt. Das detailierte Zählungselaborat, das den Statthaltern vorgelegt wurde und das zweifellos einen tieferen Einblick in die Populationsverhältnisse der Prager Judenstadt gewähren würde, ist leider nicht mehr vorhanden.[41]) Wie ein Vergleich mit den sonstigen Populationsverhältnissen jener Zeit ergibt, war die Bevölkerungsdichte des Prager Ghettos entschieden groß.

Doch die Pestepidemie, die in Prag fast unmittelbar nach dieser Zählung ausbrach (i. J. 1639), hatte eine sehr bedeutende Reduktion der jüdischen Bevölkerung zur Folge. Um das Christenvolk vor der schrecklichen Infektion zu schützen, wurde von den Behörden angeordnet, die Judenstadt vollständig zu isolieren, und die Juden waren ganz ihrem harten Schicksal preisgegeben. Gleich nach dem Erlöschen der Pest zeigten die Juden an, daß der ansteckenden Krankheit so gut wie die Hälfte der Ghettobevölkerung zum Opfer gefallen sei,[42]) und wir haben keine Ursache, diese Angabe anzuzweifeln, wenn wir bedenken, daß die Judenstadt schon damals übervölkert und die hygienischen Verhältnisse darin mehr als primitiv waren. Ein Vergleich mit den Ver-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

hältnissen nach der großen Pest v. J. 1680, über die weiter unten ausführlich die Rede sein wird, führt zum Schlusse, daß nach der Pest i. J. 1639 im Ghetto kaum an 5.000 Menschen zurückblieben. Doch dieser bedeutende Populationsverlust wurde verhältnismäßig bald wieder ersetzt. Eine der Ursachen des raschen Anwachsens der jüdischen Bevölkerung — und das gilt auch für die spätere Zeit — war die große Fruchtbarkeit der jüdischen Rasse, eine Fruchtbarkeit, die noch dadurch gesteigert wurde, daß sich die Juden sozusagen noch im Knabenalter[43]) einen Hausstand gründeten. Ein anderer, nicht minder wichtiger Umstand war, daß ins Prager Ghetto allen strengen amtlichen Verboten zum Trotz ein steter Zuzug zahlreicher fremder Juden stattfand, namentlich aus Polen, da sie in Prag bessere Existenzbedingungen fanden. Freilich wie die christlichen Ämter, so sahen auch die ansässigen Prager Juden die Ankunft der größtenteils armen polnischen Juden nicht sonderlich gern, da die Ankömmlinge nicht allein außerstande waren, zur schweren Judenkontribution beizusteuern, sondern im Gegenteil oft die Mildtätigkeit ihrer reicheren Glaubensgenossen in Anspruch nahmen und außerdem durch ihre Jagd nach armseligem Erwerb der ansässigen jüdischen Bevölkerung des Prager Ghettos bei den christlichen Ämtern viel Unannehmlichkeiten verursachten.[44])

Der Judenhaß der Christen ging schon während des 30jährigen Krieges zeitweise, namentlich auf dem Lande, von Worten zu radikalen Taten über. Namentlich die Provinzstädte suchten sich der unangenehmen und zudringlichen Parasiten zu entledigen, sodaß bereits i. J. 1628 die Herausgabe[45]) und i. J. 1630 die Wiederholung[46]) der Anordnung notwendig wurde, daß die Juden nicht mit Gewalt von jenen Orten vertrieben werden dürften, wo sie damals ansässig waren. Trotzdem aber wurden in den folgenden Jahren — wie aus zahlreichen jüdischen Beschwerden hervorgeht — die Juden aus Leitomischl, Eger, Görkau, Eidlitz und noch anderen Städten in Böhmen ausgewiesen. Dieser judenfeindliche Druck konnte sich umso eher auswirken, als sich einzelne Städte entgegen dem allgemeinen Judenschutzbefehl auf ihre Partikularprivilegien berufen konnten, die ihnen ebenfalls von Ferdinand II. selbst erteilt oder wenigstens bestätigt worden waren. So hatten z. B. die Rakonitzer i. J. 1628 ein Privileg erhalten, „weder Juden aufzunehmen, noch auch fürderhin demselben heiligen katholischen Glauben widerstrebende Bürger und Bürgerinnen, Hausgenossen und -genossinnen sowie Juden in ihrer Mitte in der Stadt oder in der Vorstadt zu dulden und ihnen hier einen Aufenthalt zu gönnen, da sie nicht dazu verpflichtet sind.“[47]) In ähnlicher Weise beriefen sich i. J. 1636 die Leitmeritzer auf Privilegien Ferdinands I., die ihnen i. J. 1546 und 1547 erteilt und von Ferdinand II. i. J. 1628 bestätigt worden waren und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die Bestimmung enthielten, „es sollten fürderhin in der Stadt Leitmeritz, auf der Vorstadt, um die Stadt sowie auf ihren Gründen keine Juden mehr wohnen, und auch Ankömmlinge sollten solche in keinerlei erdenkbarer Weise bei sich haben und zu haben keine Macht haben.“[48]) Die Prager Juden nahmen sich freilich ihrer Glaubensgenossen in der Provinz eifrig an und unterbreiteten wiederholt dem Kaiser Beschwerden wegen solcher Bedrückungen, in der Mehrzahl der Fälle mit Erfolg, denn in der Regel kam der Befehl, bis auf weitere kaiserliche Verfügung die Juden in Ruhe zu lassen. Manchmal aber wurde doch zugunsten der Christen entschieden. So wurde auf die Beschwerde der Elbogner i. J. 1641 bestimmt, die Juden, die mit Unterstützung des Militärkommandanten in die Stadt eingedrungen waren, sollten laut der Stadtprivilegien aus der Stadt getrieben werden.[49]) Ähnlich wurden auf Ersuchen der Launer i. J. 1642 vom Kaiser angeordnet, die Juden sollten bis Ende des Jahres aus der Stadt entfernt werden.[50])

Im großen ganzen kann man beobachten, daß sich während der Regierung Ferdinands III. die Stellung der Juden in Böhmen allmählich verschlechterte. Symptomatisch für diesen Umstand war auch, daß die Judenprivilegien von Ferdinand III. erst am 8. April 1648 bestätigt wurden, wiewohl die Juden mit Rücksicht auf die wachsenden Extirpationsbestrebungen schon seit dem Jahre 1637 um ihre Bestätigung in Verhandlung standen.[51]) Das Judenprivileg Ferdinands III. bedeutet zwar noch keine Verschlechterung in der rechtlichen Stellung der böhmischen und besonders der Prager Judenschaft, aber es enthielt in dem Absatz, der sich auf den jüdischen Handel bezog, eine Bestimmung, die in der Zukunft für die Juden recht unangenehm werden sollte.[52])

Der Westfälische Frieden brachte endlich den wirtschaftlich und in ihrer Volkskraft erschöpften böhmischen Ländern die so notwendige Erholung. Es wollte schon scheinen, als könne die Staatskasse bereits die Judengelder entbehren, und so begann in der Judenfrage allmählich — wenn auch nicht immer und vollständig — über das fiskalische Interesse ein weitschauenderer Standpunkt die Oberhand zu gewinnen, der politisch-wirtschaftliche. Die politischen Behörden sahen die Notwendigkeit ein, die durch den langen Krieg verelendeten und verarmten christlichen Geschäfts- und Handwerksleute in Schutz zu nehmen, welche schwer an dem ausgiebigen Schutz trugen, den bisher die Regierung grundsätzlich den Juden hatte angedeihen lassen. Es unterliegt freilich keinem Zweifel, daß dieser Standpunkt, der in den Juden die vorzugsweise Ursache des Ruins der christlichen Handels- und Industrieunternehmung erblickte, nicht bis zum Kerne des wirtschaftlichen Verfalls der nachweißenbergischen Zeit vordrang, der anderswo ver-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wurzelt war; selbstverständlich fiel es dieser Richtung auch nicht im Traume ein, sich des jüdischen Geschäftstalents zum Besten der Allgemeinheit zu bedienen. Übrigens standen auch die Gründe für den Schutz, den die böhmische und die Hofkammer den Juden zuteil werden ließen, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt keineswegs viel höher.

In der Tat begann denn nach dem Jahre 1648 die gegenreformatorische Regierung dem jüdischen Problem größere und intensivere Aufmerksamkeit zu schenken. Erst nach Friedensschluß war die Zeit für eine nachhaltigere Auswirkung des nachweißenbergischen Antisemitismus gekommen, der auch zur Stunde seine judenfeindliche Neigung in energische Taten umzusetzen versuchte. Immerhin blieben auch jetzt die Juden nicht ganz ohne wirkungsvollen Schutz, denn mit Abschluß des kostspieligen Krieges war der Bedarf an jüdischer Kontribution keineswegs in Wegfall gekommen. Und wenn die böhmische und die Hofkammer schon früher die Juden vor der Mißgunst der politischen Ämter verteidigt hatten, so entfalteten sie jetzt eine umso emsigere Tätigkeit, da die Angriffe auf die Juden schärfer und planmäßiger geworden waren. Der wirtschaftliche Verfall, der in die zweite Hälfte des XVII. Jahrhunderts hinüberglitt und mit der Wiederkehr des Friedens umso fühlbarer wurde, vereitelte alle Hoffnungen auf Besserung der Steuerkraft der christlichen Bevölkerung, und die habsburgische Außenpolitik jener Zeit forderte wieder eine erhöhte finanzielle Anstrengung. So hatten die unerbittlichen finanziellen Gründe, welche schon vordem den Juden eine feste Stütze geboten hatten, auch zu jener Zeit nicht an Bedeutung eingebüßt. Die Situation hatte sich allerdings gegen früher insofern geändert, daß der politische Standpunkt, das Programm einer weitgehenden Schwächung der Juden, gegebenenfalls ihrer völligen Vertreibung je länger, je mehr durchzudringen begann. Die politischen Ämter entwickeln in der zweiten Hälfte des XVII. Jahrnunderts eine eifrige Tätigkeit, um nicht bloß die Judenfrage in den Bereich ihrer Kompetenz zu ziehen, sondern auch um sie im Sinne ihrer judenfeindlichen Einstellung zu lösen. Diesem Drange gegenüber wurden die beiden Kammern nicht müde zu betonen, die Judenschaft gehöre ausschließlich in die Kompetenz der kameralen, nicht aber der politischen Staatsverwaltung, und eine radikale Lösung der jüdischen Fragen sei in Hinblick auf die Staatsfinanzen unmöglich. Darin prallten zwei grundsätzlich verschiedene sachliche Gesichtspunkte aneinander, die sich auch auf das formale Gebiet der Kompetenz übertrugen. Diesen grundsätzlichen sachlichen und Kompetenzstreit verstanden die Juden sehr gewandt zu ihrem Vorteil auszunützen. Den ganzen Zeitraum hindurch, von der Weißenbergschlacht bis zur Regierung Maria

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Theresias, wies das Prager Ghetto mit ziemlichem Erfolge unter sehr ausgiebiger Unterstützung der böhmischen und der Hofkammer die heftigen Angriffe ab, die gegen dasselbe unter den beiden Schlagworten: Reduktion und Extirpation unternommen wurden.

Die geänderte Lage nach dem Westfälischen Friedensschluß gab sich schon anfangs April 1650 kund. Die Statthalter wurden am 2. April 1650 mit kaiserlichem Reskript aufgefordert, ein Verzeichnis jener Orte vorzulegen, in denen sich die Juden zu Beginn des 30jährigen Krieges i. J. 1618 aufgehalten und wo sich solche gegenwärtig befinden; gleichzeitig sollten sie melden, ob die Nachricht auf Wahrheit beruhe, daß die Zahl der Juden in Böhmen in der letzten Zeit bedeutend gestiegen sei. Fast unmittelbar darauf erging an die Statthalter ein neuer Befehl, der schon ein Vorbote des kommenden Landtagsschlusses war. „Wie uns berichtet wird," heißt es im kaiserlichen Schreiben, das in tschechischer Sprache abgefaßt und dd. Laxenburg den 10. Mai 1650 an die Statthalter gerichtet ist, „ sollen in unseren königlichen Prager Städten bei den niedern Rechten gewisse Juden bisweilen auch Christenleuten bei Gericht dienen, angeblich ihre Prozesse führen und das, was rechtmäßige christliche Fürsprecher oder Prokuratoren bei Rechten und Prozessen besorgen, auch sie Juden ungehindert tun und besorgen sollen; zweitens: daß sie angeblich in der Stadt und in ihren Häusern sowie auf dem Lande Christen weiblichen und männlichen Geschlechts zu unterschiedlichen häuslichen Diensten verwenden sollen; drittens: daß sie angeblich hie und da in den Kreisen Mauten. Zoll, auch mancherlei Wirtschaft in Pacht und anders halten und das alles ohne Unterschied und Verhinderung betreiben sollen. Und weil aus solchen Gewohnheiten und Gestattungen nicht geringe Unordnungen, schädliche jüdische Vorteilhaftigkeiten und mit der Zeit auch Vermischung des christlichen Blutes zu folgen pflegt und dies in einem wie im anderen Falle nicht ohne Nachteil für den Glauben und christlichen Namen geschehen kann, aus dieser Ursache befehlen wir euch daher gnädigst, euch in einem und dem anderen Punkte in Prag und in den Kreisen gehörig zu informieren und nebst eurem Gutbedünken, auf welche Weise solche Unordnungen eingedämmt und die Übertreter gestraft werden sollten, auch welches Recht oder Privilegium die Stände unseres Königreichs Böhmen zur Aufnahme und Aufenthaltung der Juden auf ihre Gründe ohne unsre Bewilligung vorschützen, über alldies uns genugsamen Bericht zu tun nicht zu unterlassen." Obwohl sich die Antwort der Statthalter auf diese Anfrage — soviel wenigstens bekannt — nicht erhalten hat, so läßt sie sich doch leicht aus dem Landtagsschlusse vom 7. Dezember 1650 erraten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Zweifellos ging der Anstoß zum judenfeindlichen böhmischen Landtagsschluß d. J. 1650 von der Wiener Regierung aus. Die Juden waren — wie dies die böhmischen Stände ausdrücklich zugaben — ein „Regale" und daher ausschließlich in den Machtbereich des Herrschers zuständig. Selbst nach Gestattung der legislatorischen Initiative des Landtags seit dem J. 1640 war den Ständen hier ein Eingriff unmöglich, wiewohl sie freilich an den in den obrigkeitlichen Städten und Städtchen bezw. Dörfern ansässigen Juden nicht wenig interessiert waren. Indem aber die Regierung, sicherlich mit voller Zustimmung des Herrschers, dem böhmischen Landtag die jüdische Frage zur Beratschlagung und Entscheidung vorlegte, suchte sie wohl der fast in allen Kreisen vorherrschenden judenfeindlichen Stimmung entgegenzukommen und bekundete so feierlich ihre Absicht, ein weiteres Vordringen der Juden auf Kosten der Christen nichtmehr zu dulden. Der Landtagsschluß v. J. 1650 bedeutete seit fünfzig Jahren in Böhmen das erste schärfere Einschreiten gegen die Juden. Er bestimmte, die Juden sollten binnen vier Monaten aus denjenigen Orten vertrieben werden, wo sie nicht vor dem 1. Jänner 1618 ansässig waren, und verbot, „ihnen vielweniger irgendwelche Verwaltung, Haltung oder Pachtung von Zöllen, Mauten oder Gründen anzuvertrauen und zuzulassen." Schließlich wurde dann den Juden in Übereinstimmung mit dem Judenprivilegium Ferdinands III. vom 8. April 1648 strenge untersagt, christliches Gesinde zu halten, und Zuwiderhandelnden wurden schwere Geldstrafen oder Gefängnis, gegebenenfalls das Einbrennen eines Mals (Zeichens) und Landesvertreibung angedroht.

Die Behauptung,[53]) der Landtagsschluß v. J. 1650 sei ein bloßer Bauernschreck gewesen, damit die Juden auch nach Kriegsschluß bereitwillig weiterzahlten, und in Wirklichkeit sei niemand vertrieben worden, kann m. E. nicht bestehen. Die vorhandenen Akten lehren, daß es wirklich damals an verschiedenen Orten zu Versuchen kam, die Juden entweder überhaupt zu vertreiben oder zumindest ihre Stellung zu erschweren; ebensowenig kann man an der Ernsthaftigkeit der judenfeindlichen Stimmung in den Regierungskreisen und unter den breiten Massen des Volkes zweifeln. Die Juden schlugen noch früher Lärm, als der Landtagsschluß durchgeführt werden konnte. Kaum vierzehn Tage nach Schließung des Landtags wurde mit kaiserlichem Brief v. 24. Dezember 1650 den Statthaltern angezeigt, daß die Prager Judenältesten eine Beschwerde „wegen Ausschaffung der Juden" eingebracht hätten, und die Statthalter trugen im Sinne dieses Briefes den Kreishauptleuten auf, die Juden sollten nicht willkürlich vertrieben werden, sondern solche Vorfälle sollten unparteiisch untersucht und das Ergebnis der Untersuchung im Wege der böhmischen Kanzlei an die böh-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

mische Hofkanzlei berichtet werden. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Juden durch diese Bestimmung gewannen, wenn sie auch noch immer kein Beweis dafür ist, als wäre die Regierung in ihrer judenfeindlichen Politik wieder wankend geworden; denn bei dem langweiligen Amtsgange jener Zeit und bei dem Interessenwiderstreit zwischen der politischen und finanziellen Branche der Staatsverwaltung hatten die Juden immer noch Zeit genug, aus der ihnen drohenden Gefahr einen Ausweg zu finden.

Auf das Prager Ghetto bezog sich freilich der erste Teil des Landtagsschlusses v. J. 1650 nicht. Zwar ergingen auch damals, ähnlich wie schon vielemale früher, Verbote, fremde Juden nach Prag zu lassen, aber diese Verbote, die übrigens bloß auf dem Papiere standen, dienten vielmehr zum Vorteil des Ghettos und kamen auch den ansässigen Prager Juden gelegen, ja diese suchten nicht selten selbst um die Herausgabe ähnlicher Verbote an.[54]) Bedenklicher war jedoch für das Ghetto der zweite Teil des Landtagsschlusses, der den Juden die Haltung christlicher Dienstboten untersagte. In den folgenden Jahren kam es in der Tat zu wiederholten Versuchen, diese Verordnung namentlich in der Prager Judenstadt wirklich durchzuführen. Im Zusammenhang mit diesen Versuchen bemühte sich dann auch die böhmische Kanzlei im Verein mit dem Altstädter Magistrate darum, die alte, heikle Frage des jüdischen Handels an Sonn- und Feiertagen zu lösen.

Christliches Gesinde gab es bei den Prager Juden eine schwere Menge. Die jüdischen Handwerker bedienten sich ähnlich wie schon in vorweißenbergischer Zeit in großer Zahl christlicher Gehilfen, sog. Staller; das waren Leute, die sich aus mannigfachen Ursachen mit den christlichen Zünften entzweit hatten und von den christlichen Meistern nicht in Arbeit genommen werden konnten. Ebenso dangen die jüdischen Roßhändler ausschließlich christliche Knechte. Außerdem ließ sich fast jede reichere Judenfamilie von christlichen Dienstboten bedienen, namentlich von Frauen, die die schwereren Hausarbeiten verrichteten. Die Verwendung von christlichem Dienstvolk durch die Juden hing einerseits mit den starren jüdischen Religionsvorschriften zusammen, die den Bekennern des mosaischen Gesetzes am Sabbat und an Feiertagen nicht einmal die Verrichtung leichter häuslicher Arbeit gestatteten, anderseits — wie in den zeitgenössischen Quellen übereinstimmend hervorgehoben wird — mit der ziemlichen Unlust der Juden zu schwererer körperlicher Arbeit. Die Juden begnügten sich lieber mit dem nicht sonderlichen Ertrag eines Trödelladens oder mit der Vermittlung von Geschäften und wichen anstrengenderer körperlicher Arbeit aus. Mochte nun auch der Landtagsschluß v. J. 1650 wegen Verwendung von christlichen Dienstboten durch Juden zunächst gegen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die Juden gerichtet sein, er traf eine nicht geringe Anzahl armer christlicher Bevölkerung, die in jüdischen Familien ihren bescheidenen Lebensunterhalt fand. Der Landtagsschluß nahm auf diese sozialen Auswirkungen des Verbots natürlich keine Rücksicht, es war ihm vielmehr zunächst um die moralische und religiöse Schädigung zu tun, die dem christlichen Gesinde aus dem steten Verkehre mit den Juden und dem Aufenthalt im Ghetto vielleicht erwachsen könnte. Und dann überwog die Anschauung, daß dieses Gesinde sich auch anderswo fortbringen werde, zumal der Mangel an Arbeitskräften nach Kriegsende auf allen Seiten fühlbar war.

Erst verhältnismäßig spät kam es zu energischen Maßnahmen, um dem Landtagsschluß auch hinsichtlich seines zweiten Teils im Prager Ghetto tatsächliche Geltung zu verschaffen. Trotz wiederholter Verbote, die Juden dürften keine christlichen Dienstboten halten und an Sonn- und christlichen Feiertagen keinen Handel treiben, dienten die Christen den Juden weiter und das Ghetto blieb immer noch an Sonn- und Feiertagen das Ziel kauflustiger Leute vom Lande und armer Leute aus Prag. Erst im J. 1657 entschlossen sich die Statthalter, zweifellos auch auf Beschwerden der geistlichen Obrigkeit hin, das Verbot in die Tat umzusetzen. Dem Altstädter Richter wurde aufgetragen, einerseits kraft seines Amtes an verbotenen Tagen den jüdischen Handel zu verhindern, anderseits die Juden zur ausnahmslosen Entlassung des christlichen Gesindes anzuhalten, „welches sie — wie es in dem Dekrete heißt — zu groben und andern abscheulichen Arbeiten und Notdürften zur Schmach des christlichen Namens verwenden und in ihrer Mitte halten", weil dadurch „Unordnungen und Abscheulichkeiten" entstehen. Gleichzeitig betonten die Statthalter, daß man „augenfällig sehe, wie die Juden ihren jüdischen Sabbat steif und fest hielten". Das statthalterische Dekret wies darauf hin, daß das christliche Volk, welches bis dato entgegen dem ergangenen Verbot den Juden diene, seinen Lebensunterhalt in den Weinbergen in der Umgebung Prags finden werde, da ja die Weinbauern und Weinbergbesitzer über Gesindemangel klagen, und faßte seine Befehle in drei Punkte zusammen: 1. Jeder Jude, der an Sonn- oder Feiertag die jüdische Stadt verläßt, soll auf der Stelle verhaftet und streng bestraft werden. — 2. An Sonn- und Feiertag wird den Juden unbedingt jeder Handel — auch mit Viktualien und Branntwein — mit Ausnahme der Morgenstunden vor Beginn des Gottesdienstes, untersagt, denn die christlichen Sonn- und Feiertage müssen ebenso gefeiert werden wie der jüdische Sabbat. — 3. Das in Diensten jüdischer Familien stehende Gesinde muß unverzüglich aus dem Ghetto entfernt werden, und zur Kontrolle ist es zu konskribieren; wenn ein Christ entgegen dem ergangenen Verbot neuerdings in jüdi-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

schen Dienst tritt, ist er streng mit Gefängnis zu bestrafen. Über der tatsächlichen Beobachtung der Sonntagsruhe im Ghetto sollte der Altstädter Richter mit den zu diesem Zwecke aus der Zahl der angesessenen Bürger fürgewählten Personen wachen; Zuwiderhandelnden wurde Konfiskation der Ware und Gefängnis angedroht.[55])

Auf diese Verfügung hin machte der Altstädter Richter die Statthalter darauf aufmerksam,[56]) daß i. J. 1650, bei der ersten, wenn auch erfolglosen Herausgabe dieses Verbots, drei jüdischen Personen — dem Judenältesten, dem Schreiber und dem Sollizitator — die Erlaubnis erteilt worden sei, an Feiertagen die Judenstadt zu verlassen, falls dies eine dringende Notdurft erfordern sollte; der Altstädter Richter stellte den Antrag auf nunmehrige Erneuerung dieser Erlaubnis. Ferner beantragte er, den jüdischen Fleischern sollte es — offenbar nach altem Herkommen — an Feiertagen freistehen, Fleisch in ihren Häusern zu verkaufen, im Sommer bis zur siebenten, im Winter bis zur achten Morgenstunde. Bezüglich der jüdischen Roßhändler endlich erinnerte der Richter daran, die Juden, welche darum angesucht hatten, wenigstens ihren Roßtäuschern auch weiterhin christliches Gesinde zu gestatten, hätten in ihrer Mitte genug eigener Müßigänger und brauchten keine christlichen Knechte.

Die Statthalter genehmigten sonst die Anträge des Richters,[57]) betreff der Verwendung von christlichen Knechten durch die jüdischen Roßtäuscher ordneten sie jedoch eine eigene Untersuchung an. Dabei stellte sich heraus, daß sich die jüdischen Pferdehändler wirklich seit jeher christlicher Diensboten bedient hatten. Obwohl der Landtagsschluß v. J. 1650 in der Verwendung von christlicher Dienerschaft durch die Juden keine Ausnahme zuließ, gaben doch die Statthalter am 1. Juni 1657 die Erlaubnis, daß die jüdischen Roßhändler, auf die allein sich die Ausnahme aus dem allgemeinen Verbot erstrecken sollte, auch weiterhin Christen in ihren Diensten haben dürfen, jedoch nur unter der Bedingung, daß jeder jüdische Dienstgeber die Namen der christlichen Knechte dem Altstädter Richter anzeige, worauf der Richter den Knechten eine schriftliche Bewilligung ausstellen sollte, ferner mit der Einschränkung, daß die Pferdehändler ihre christlichen Knechte lediglich zur Pferdewartung heranziehen dürften.

Um den Fleischverkauf an Sonn- und Feiertagen entbrannte ein heftiger Kampf. Die Juden beschwerten sich beim Kaiser, sie stünden seit vielen hundert Jahren unter dem Schutze der Könige von Böhmen, die ihnen gestattet hätten auf jüdische Weise zu leben; aus dem Verbot, an Feiertagen zu verkaufen, entstünde ihnen ein großer Schaden, weil sie angehalten würden, nicht bloß ihre eigenen, sondern auch die christlichen Feiertage zu beobachten, wodurch ihre Verdienstmöglichkeit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

derart geschmälert werde, daß sie keine so hohe Kontribution zahlen könnten. Mit dem Hinweis darauf, daß in Wien und sogar in Rom die Juden an Sonn- und Feiertagen in ihren Gassen jegliche Ware verkaufen dürften, baten sie, es möge dies auch in Prag gestattet werden. Für christliche Käufer könne ja ein Verbot ergehen, von sieben Uhr früh bis zur Mittagsstunde in der Judenstadt einzukaufen —; die Juden erinnerten gleichfalls daran, daß in Wien auch die christlichen Geschäftsleute an Feiertagen die Möglichkeit haben, früh bis acht Uhr und dann den ganzen Nachmittag zu handeln. Diese mit dem Hinweis auf die jüdische Kontribution pointierte Darlegung hatte Erfolg. Das statthalterische Verbot wurde suspendiert und die Statthalter aufgefordert, über die Frage des sonn- und feiertäglichen Verkaufs der Juden dem Kaiser Bericht zu erstatten.[58])

Die Sistierung der Wirksamkeit des erwähnten statthalterischen Befehles bedeutete sicherlich einen großen Sieg der Juden, die aus ihrer Freude über den erreichten Erfolg kein Hehl machten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß auf diese Weise die Autorität der böhmischen Kanzlei bedenklich untergraben wurde und daß die christliche Bevölkerung, namentlich aber die Altstädter Fleischerinnung, durch diese Entschließung über die Maßen aufgebracht war. Dieser erbitterten Stimmung verlieh ein unbekanntes Mitglied des Prager Jesuitenkollegs Ausdruck, das den Statthaltern am 7. August 1657 eine Denkschrift vorlegte, in welcher es betonte, daß „die Juden unterm gemeinen Volk Euer Exzellenzien verleumden und verspotten, indem sie sagen: Gott sei Dank, daß es uns gelungen ist, auch dieses Dekret ebenso zunichte zu machen, wie wir andere gegen uns ergangene Dekrete umgestürzt haben." Die Juden — so erzählt der anonyme Autor — machten sich über den Altstädter Richter und die geschwornen Personen lustig, die dazu bestimmt waren, über die tatsächliche Durchführung des jüdischen Verkaufsverbotes an Sonn- und Feiertagen zu wachen. Das Memorial sprach zuguterletzt die Hoffnung aus, das Verbot bezüglich des jüdischen Verkaufs an Sonn- und Feiertagen — dieses so gute, so fromme und heilige Dekret — werde vom Kaiser nach gehöriger und richtiger Information bestätigt werden; es forderte schließlich, die Juden sollten außerhalb ihrer Stadt unter den Christen keine Häuser besitzen. Der Autor hatte da offenbar vor allem die Alte Synagoge im Sinne, die der Heiligengeistkirche gegenüber lag.[59])

Doch der Jubel der Juden war diesmal wirklich vorzeitig. Das Dekret der Statthalter vom 23. Feber 1657 wurde trotz wiederholter Suppliken[60]) der Juden, die sich auf die Erlaubnis des Kaisers Ferdinand III. beriefen, schließlich vom Kaiser denn doch bestätigt. Trotzdem aber wurde das ergangene Verbot — wie es zu jener Zeit die Regel

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

war — nicht beobachtet und mußte daher i. J. 1672 und dann wieder i. J. 1675 erneuert werden.[81]) Die gleichen Schwierigkeiten wie mit dem jüdischen Sonntagsverkauf ergaben sich mit der Beobachtung auch der übrigen erwähnten Verordnungen. So ersuchten i. J. 1664 die Juden und die bei ihnen dienenden christlichen Frauen, es wolle ihnen auch ein ferneres Verbleiben in jüdischen Diensten gestattet werden. Die Statthalter legten dieses Gesuch dem Erzbischof zur Begutachtung vor; dieser äußerte sich dazu völlig ablehnend mit dem Hinweis auf das Kirchenrecht, welches den Christen den Lohndienst bei Juden verbot.[82]) Doch allen Verboten zum Trotz, welche zwar mit schweren Strafen drohten, aber in Wirklichkeit bloß auf dem Papiere standen, verwendeten die Juden auch weiterhin christliche Dienstboten, und auch die erneute Kundmachung des Dekrets vom 23. Feber 1657 half nicht. Daher beschwerte sich i. J. 1679 das erzbischöfliche Konsistorium bei den Statthaltern, daß nach dem Berichte des Altstädter Hauptmannes Johann Wenzel Nowohradsky unter den Prager Juden eine Menge christlichen Gesindes beiderlei Geschlechts lebt, welches sogar zum Teil bei den Juden wohnt, ohnedaß man weiß, ob es die vorgeschriebenen religiösen Pflichten erfüllt. Denn — wie die Konsistorialzuschrift ausführt — in jüdischen Diensten, „ wo die schändlichsten Handlungen und Unflätigkeiten getrieben werden, verfallen auch die Christen infolge ihres durch ihr Zusammenwohnen bedingten Verkehrs in Irrtum und schwere Sünden.“ Daher verlangte das Konsistorium, es solle entweder ein allgemeines Verbot des Christendienstes bei Juden erlassen werden oder wenigstens der Befehl, daß das christliche Gesinde bei jüdischen Roßhändlern zuerst beim Altstädter Richter angemeldet werden müsse; in der Tat war eine solche Verordnung bereits am 1. Juni 1657 ergangen. Außerdem sprach das Konsistorium die Forderung aus, es solle den Jesuiten die Aufsicht darüber übertragen werden, ob dieses in Judendiensten stehende christliche Gesinde wirklich die Kirche besucht und zu Ostern zur vorgeschriebenen Beichte geht.[83]) Ähnlicherweise wurde auch das Verbot nicht beobachtet, daß an Feiertagen die Juden ihre Stadt nicht verlassen dürfen. Noch i. J. 1678 schärften die Statthalter besonders eindringlich ein, das Ausgehen der Juden aus dem Ghetto an Sonn- und Feiertagen sei mit allen Mitteln zu verhindern, weil angeblich die Juden auf diesen unerlaubten Gängen viel Ärgernis verursachten. Dabei wurde neuerlich das Verbot des jüdischen Verkaufs an Sonn- und Feiertagen sowie auch der Landtagsartikel v. J. 1650 betreff des christlichen Gesindes in Judendiensten in Erinnerung gebracht.[84])

Es ist demnach ersichtlich, daß die in der damaligen Zeit zu Ungunsten der Juden erflossenen Verbote einesteils dadurch eine Ab-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

schwächung erfuhren, daß den jüdischen Beschwerden auf Fürsprache der Hofkammer in Wien wenigstens teilweise Gehör geschenkt wurde, andernteils dadurch, daß über die wirkliche Beobachtung der ergangenen Befehle keine hinreichende Kontrolle ausgeübt wurde. Wiewohl nicht daran zu zweifeln ist, daß viele Beschwerden der Christen über sog. jüdische Schändlichkeiten übertrieben und durch keinerlei konkrete Daten belegt waren, so ist doch sicher, daß die Juden mit unterschiedlichen unerlaubten Praktiken ihnen unangenehme Verordnungen umgingen, wodurch sie natürlich die christliche Bevölkerung gegen sich aufbrachten, namentlich aber die Produzenten und die Handelsleute.

Der Zorn des christlichen Volkes, der allerdings selbst den phantastischesten Tratschereien über die Juden Glauben schenkte, machte sich von Zeit zu Zeit in Gewalttaten gegen die Juden Luft. So beschwerten sich i. J. 1671 die Prager Judenältesten bei den Statthaltern, daß seit einiger Zeit nicht bloß die Prager, sondern auch die Juden in der Provinz vom Christenpöbel — auch in den christlichen Amtsrelationen kehrt der Ausdruck Pöbel wieder — überfallen, mit Steinen beworfen und geprügelt werden.[65]) Es handelte sich hier sicher um keinen ungewöhnlichen Vorfall. Die judenfeindliche Stimmung der niederen Schichten war auch den Ämtern keineswegs unbekannt; z. B. im Jahre 1689 wies die böhmische Kammer darauf hin, die Juden würden im Falle ihrer Ausquartierung aus Prag völlig den Angriffen der raubsüchtigen christlichen Unterschicht preisgegeben sein. Es war dies keine vereinzelte Stimme. Neben dem Judenhasse wirkte bei diesen Gewaltakten, die zeitweise den Charakter von Pogroms annahmen, auch das Verlangen nach dem jüdischen Geld mit, dem auch die bisweiligen Ermordungen jüdischer Handelsleute zuzuschreiben sind. In solchen Fällen fanden die Juden sogar bei den Statthaltern wirksamen Schutz, denn die judenfeindlichen Ausschreitungen bedrohten die öffentliche Ruhe und Ordnung. Freilich figurierte auch hier die Judenkontribution unter den vornehmsten Schutzargumenten.

Selbstverständlich beruhte der Haß des christlichen und semitischen Elements auf Gegenseitigkeit. Der Jude mußte auf Schritt und Tritt die Exklusivität und Unsicherheit seiner Stellung inmitten der feindlichen christlichen Gesellschaft empfinden, die keine Gelegenheit vorübergehen ließ, ohne ihn ihre tiefe Verachtung fühlen zu lassen. Schon die vorgeschriebene Kleidung sonderte auf den ersten Blick den Juden vom Christen; die gelbe Farbe war ebensogut ein Zeichen dieser verachteten Rasse wie der leichten Frauenzimmer. Hatte er auch ein bedeutendes Vermögen erlangt, so blieb der Jude gesellschaftlich doch auf sein enges Ghetto beschränkt und in den eisernen Ring der christlichen Vorurteile geschmiedet. Diese christliche Verachtung beeinflußte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

offenbar das Wachstum des jüdischen Hasses allem Christlichen gegenüber, der übrigens auch an den Talmudkommentaren einen ausgezeichneten Nährstoff fand, die den Christenhaß für verbindlich und durch die Gebote der Lehre Mosis und seiner späteren Erklärer geheiligt erklärten. Die religiös-soziale Abneigung der jüdischen Rasse gegen die Christen mußte sich allerdings größtenteils auf heimliche Verwünschungen der Fanatiker beschränken und durfte sich nur ausnahmsweise in offenen Taten kundgeben. So kam es z. B. i. J. 1669 zu einem stürmischen Vorfall, aus dem die christenfeindliche Stimmung des Prager Ghettos klar zutage tritt. Als sich am 9. Juni, dem Gedächtnistage der Herabkunft des hl. Geistes, das christliche Volk zur Vesper in die Heiligengeistkirche der alten jüdischen Synagoge gegenüber begab, da „erfrechten" sich die Juden aus ihren die erwähnte Kirche umgebenden Häusern zu sehen, und es kam zu einer gegenseitigen Schlägerei; dabei wurden einige Personen durch Steine verletzt, welche so den schlagenden Beweis der gegenseitigen Feindschaft lieferten. Dem Stadtrichter wurde aufgetragen, die jüdischen Urheber der Ausschreitung auszuforschen und streng bestrafen zu lassen, und den Juden war in der Folge mit allem Nachdruck verboten, während gottesdienstlicher Handlungen in der Heiligengeistkirche aus ihren Häusern auszuschauen.[66]) Mochte auch die Nachbarschaft der Alten Synagoge und der Heiligengeistkirche zu ähnlichen gewaltsamen Zusammenstößen die allergünstigste Gelegenheit bieten, so kam es zu Reibereien und Handgreiflichkeiten auch an andern Orten.

Fast gleichzeitig mit dem Zusammenstoß bei der Heiligengeistkirche wurde die Affäre mit dem Talmuddruck aufgedeckt. Auch unter den Juden gab es Denunzianten, namentlich fiskalische Spezialisten, außerdem aber wurden jüdische Geheimnisse von jenen verraten, die vom Judentum zum Christentum übergetreten waren.[67]) Die Statthalter wurden also vertraulich in Kenntnis gesetzt, daß in einer Prager jüdischen Druckerei gegen 1200 Talmudexemplare gedruckt worden seien, eines Buches, das unter den allerstrengsten Strafen von der weltlichen und der geistlichen Obrigkeit verboten war. Weil außerdem der Verdacht bestand, daß die Juden im geheimen noch andere vom Standpunkte des Christentums anstößige religiöse Bücher mit Ausfällen gegen Christus und die Jungfrau Maria drucken, so befahlen die Statthalter am 1. August 1669 dem Altstädter Richter, beide jüdische Druckereien auf der Stelle amtlich zu sperren und alle darin vorfindlichen Bücher zu konfiszieren.[68]) Zu genauer Untersuchung dieser Angelegenheit wurde eine dreigliedrige Kommission eingesetzt und der Erzbischof ersucht, des Hebräischen gut kundige Theologen namhaft zu machen, welche den Inhalt der beschlagnahmten Bücher genau studieren

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

sollten. Die konfiszierten Bücher wurden in die erzbischöfliche Residenz übertragen und P. Melchior Hanel S. J. wurde mit ihrer Durchsicht betraut. Dieser stellte fest, daß die konfiszierten Talmudexemplare zwar nicht den geheimen rabbinischen Talmud enthalten, sondern bloß die Auslegung der rabbinischen Tradition in einer der Fassungskraft des schlichten Volkes angepaßten Form, er betonte jedoch, daß auch eine solche Auslegung des Talmud den Juden verboten ist.[69]) Überdies verriet Hanel im Vertrauen, daß ein gewisser Rabbiner, den er gut zu kennen vorgab, viele gottlose jüdische Bücher verwahre, und beantragte auch diese zu konfiszieren. Daher trugen die Statthalter der neuen Judenkommission, der auch Peschina von Czechorod angehörte, auf, im Sinne dieser Anzeige eine unverhoffte Durchsuchung anzustellen, um die beanständeten Bücher in ihre Hände zu bekommen. Die Kommission führte die anbefohlene Durchsuchung am 10. Jänner 1670 durch, wobei bei Rabbinern und in Synagogen neben einigen hundert Stück ungebundenen Auslegungen des Talmud über 1000 andere jüdische Bücher beschlagnahmt wurden. Im März desselben Jahres erhielten die Statthalter eine neue Anzeige, daß im Bassevischen Hause heimlich über 200 Exemplare Talmud und anderer Bücher mit christentumfeindlichen Lehren verwahrt werden, doch die angestellte unverhoffte Durchsuchung verlief erfolglos.

Die Durchforschung der beschlagnahmten jüdischen Bücher nahm längere Zeit in Anspruch. Erst im September 1672 erlaubten die Statthalter[70]) auf Ersuchen der Witwe nach dem Buchdrucker Juda Bak und ihrer beiden Söhne nach eingeholtem erzbischöflichen Gutachten die Widereröffnung der Bakschen Buchdruckerei, freilich unter neuen, wichtigen Bedingungen, ganz im Sinne der vom Konsistorium geäußerten Wünsche. Zur Beaufsichtigung der Prager jüdischen Buchdruckerei sollten besondere von dem erzbischöflichen Konsistorium ernannte Inspektoren bestellt werden, welche nicht bloß die Präventivzensur der jüdischen Druckschriften, sondern auch im Einvernehmen mit der böhmischen Kammer Druckereirevisionen vornehmen sollten. So war es dem erzbischöflichen Konsistorium gelungen, auch die Zensur der jüdischen Bücher an sich zu reißen, und es übte sie durch die Jesuiten noch lange ins XVIII. Jahrhundert hinein aus. Unter den gleichen Bedingungen gaben dann die Statthalter auf das Ersuchen des Israel Löbl und der Doerl Herschl im September 1674 auch die Bewilligung zur Wiedereröffnung auch der zweiten jüdischen Druckerei, der sog. Löblischen.[71])

Den Brennpunkt des jüdischen Trotzes gegen das Christentum stellten natürlich die Synagogen mit ihren zahlreichen öffentlichen und geheimen Schulen dar, in denen der Rassenhaß seine religiöse Weihe

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

erhielt. Zeitweiliges Fahnden nach Winkeltalmuderklärern vermochte die Tätigkeit dieser Hauptschürer des jüdischen Fanatismus nicht lahmzulegen, wie überhaupt die Aufsicht der christlichen Obrigkeit über das Ghetto zum großen Teile wirkungslos war. Das überfüllte Ghetto mit seinen krummen und schmutzigen Gäßchen, welche mit Trödlerbuden verbarrikadiert waren, deren Moderdunst sich mit dem Gestank der Abfälle mischte, und welche vom lauten Geschrei der Verkäufer und der zahlreichen Kinder erfüllt war, das war ein Ort, den die christlichen Amtspersonen nur in Fällen unausweichlicher Notwendigkeit aufsuchten, zumal ihre Ankunft unter der lebhaften Bevölkerung unerwünschte Erregung hervorrief und da ihre Nachforschungen in den jüdischen Häusern, welche voller heimlicher Verstecke und verstohlener Winkel waren, in der Regel — natürlich zur großen Freude der Juden — mit einem Mißerfolg zu enden pflegten. Und so bildete schon diese Atmosphäre eine der Ursachen der fast völligen Isolierung des Ghettos, dessen Tore den beiderseitigen Nachbarn den Eintritt in eine in jeder Richtung völlig verschiedene Welt vermittelten.

Hatten sich die Versuche um Verchristlichung des Prager Ghettos durch Massenkatechese zur Zeit des 30jährigen Krieges als aufgelegt aussichtslos erwiesen und wurde wohl deshalb in der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts darin nicht fortgefahren, so wurden dafür von den Behörden Konversionen einzelner Juden eifrig unterstützt und ihnen das Leben in der neuen Umwelt erleichtert. Trotzdem aber blieben — wie man aus den vorhandenen Quellen schließen darf — auch solche Konversionen ganz vereinzelt. Und unter diesen waren nicht wenige durch den Druck der Verhältnisse erzwungen. Die Annahme der Taufe war nämlich imstande, den Juden vor schweren Strafen zu schützen, und verschaffte ihm selbst dann völlige Straflosigkeit, wenn es an den Hals ging. So wurde z. B. i. J. 1672 dem jüdischen Arzte Simon Lewi, der wegen Gotteslästerung zum abschreckenden Beispiel für die andern Juden zum Tode verurteilt worden war, nicht allein die Todesstrafe erlassen, sondern es wurde ihm auch sein beschlagnahmtes Vermögen wieder zurückerstattet, als er zum katholischen Glauben übertrat.[72]) Ähnlicherweise wurden i. J. 1675 fünf junge Leute, welche wegen Diebstahls im Altstädter Ratsarrest saßen, auf kaiserlichen Befehl sofort freigelassen, als sie versprachen, sich taufen zu lassen.[73]) Es ist freilich klar, daß solchen durch die augenblickliche Notlage erzwungenen Übertritten keinerlei moralischer Wert zukam; außerdem war es ein bedenkliches Beginnen, jüdischen Konvertiten schwere Strafen zu erlassen, während es für die christliche Bevölkerung nie und nimmer einen Pardon gab.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

All dies sowie der unausgesetzte und stets wachsende jüdische wirtschaftliche Druck führte dazu, daß der Antisemitismus in der nachweißenbergischen Zeit eher stieg denn fiel. Eine symptomatische Äußerung der judenfeindlichen Stimmung auf christlicher Seite waren auch die judenfeindlichen Pamphlete und Lieder, die namentlich auf Jahrmärkten unterm Landvolk reichen Absatz fanden. Es mag jedoch als charakteristisch erwähnt werden, daß diese antijüdische Pamphletliteratur — soweit wir es in der Lage waren festzustellen — mit Ausnahme der jesuitischen Flugblätter über Simon Abeles entweder fertig oder als Vorlage aus dem angrenzenden deutschen Ausland nach Böhmen kam oder wenigstens aus der deutschen Sprache übersetzt war.

Bereits i. J. 1666 erhoben die Prager Judenältesten Beschwerde darüber, daß durch antijüdische in Nürnberg gedruckte Flugblätter in vielen Kreisen Böhmens das gemeine Volk gegen die Juden aufgereizt werde, die nach ihrer Behauptung dadurch nicht allein am Broterwerb gehindert, sondern sogar an ihrem Leben bedroht werden.[74]) Am meisten Lärm verursachten jedoch zwei tschechische Lieder gegen die Juden, die in den Jahren 1671 und 1699 Verbreitung fanden. Das erste Lied unter dem Titel: „Písnička nová o zdávna vinšovaném a již v skutku vykonalém vypovědění bezbožného a nevěrného národu židovského z slavné císařské a královské residencí města Vidně, kteréž se stalo léta pominulého 1670" erschien als Übersetzung eines deutschen judenfeindlichen Liedes, das i. J. 1670 in Wien gedruckt worden war.[75]) Es ist wohl nicht zweifelhaft, daß die Vertreibung der Wiener Juden auch in den böhmischen Ländern frohen Widerhall fand, und es läßt sich daher auch erklären, daß die Prager Juden mit allem Nachdruck bei den Statthaltern bittlich wurden, es wolle gegen die Verbreiter des erwähnten Hetzliedes mit allergrößter Strenge vorgegangen werden. Das „neue Lied" wurde z. B. am 28. Mai 1671 auf dem Strakonitzer Jahrmarkte gesungen und seine fahrenden Verschleißer brachten das versammelte Volk derart auf, daß es die anwesenden Juden zu bedrohen begann. Als die Lage bedenklich wurde, mußten die Hauptleute des Prachiner Kreises persönlich eingreifen und verboten das weitere Absingen; den Verschleißern wurden einige hundert Exemplare des gedruckten Liedes beschlagnahmt und beim Strakonitzer Stadtrichter deponiert. Die Prager Judenältesten beschwerten sich über diesen Vorfall bei den Statthaltern und beklagten sich dabei, daß sie nirgends im ganzen Lande lebenssicher seien und daß sie sich gar nicht mehr getrauten, aus dem Ghetto aufs Land ihrem Erwerb nachzugehen. Wie zu andern Zeiten, so hoben auch jetzt die Juden in ihrer Beschwerde hervor, daß durch ihre Beunruhigung auch die jüdischen Kontribution in Mitleidenschaft gezogen werde; sie riefen daher die Statthalter um wirksamen Schutz

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

an. Die Statthalter waren von diesem Vorfall sehr unangenehm berührt und rügten in ihrer Zuschrift an die Hauptleute des Prachiner Kreises, daß nicht auch die Sänger des „neuen Liedes" festgenommen worden seien; sie ordneten eine Untersuchung an, wer jene Sänger gewesen, welcher Impressor das judenfeindliche Lied gedruckt und wieviel Exemplare des Liedes verkauft und wieviel konfisziert worden seien. Gleichzeitig wurde das Absingen des beanständeten Liedes untersagt und befohlen, die Juden in Ruhe zu lassen, wie am 9. April 1671 verordnet worden war. Die Untersuchung verlief jedoch ergebnislos. Eine Übersetzung aus dem Deutschen war auch ein zweites antijüdisches Liedchen, das nach dem allgemeinen Zeitgeschmack ellenlang überschrieben war: „Pravdivá a žalostivá novina, kteráž se stala roku tohoto 1699 a to dne (!) měsíce února, kterak jedna žena v jednom městě Sultzbachu po svém manželu jest se třima (!) dítkami osiřela a čertu duši dala, protože jí židi muže zabili a synu krk podřezali a sama se oběsila, o čemž jeden každý z písničky lépe vyrozuměti mocti bude."[76]) Auch in diesem Falle erhoben die Judenältesten unverzüglich Beschwerde bei den Statthaltern, indem sie gleichzeitig eine Bestätigung der fürstlich-sulzbachischen Regierung vorlegten, daß das im Liede erwähnte Ereignis in Sulzbach niemals vorgekommen sei.[77]) Die Juden verwiesen darauf, daß das Lied auf Jahrmärkten gesungen und verkauft wird und böses Blut gegen die Juden erzeugt; sie stellten daher das Ersuchen, es wolle sowohl der Verkauf, als auch das öffentliche Absingen des Liedes untersagt werden. Nähere Einzelheiten über dieses antijüdische Pamphlet erfahren wir aus einer Untersuchung in Nymburg. Gelegentlich des Nymburger Jahrmarkts am 2. Juli 1699 wurde die „Pravdivá a žalostivá novina" gesungen und die Verkäufer waren nach dem Zeugnis des Nymburger Richters Wenzel Kwieton von Rosenwald bemüht, die Wirkung des Liedes zu erhöhen und dessen Absatz zu steigern, indem sie eine farbige Bildreklame mit anschaulicher Darstellung des Pamphletinhalts verwendeten.[78]) Durch Verhör des Liedchenkrämers Andreas Špaček aus Prag (Viehmarkt, Zum goldenen Ochsen) wurde festgestellt, daß das inkriminierte Liedchen vom Altstädter Impressor Peter (u Mrázů) gedruckt worden sei. Die Angelegenheit wurde zur weiteren Untersuchung an den Rektor und Magistrat der Prager Universität abgetreten, die in Druckereisachen, namentlich aber in der Aufsicht über die Buchdruckereien zuständig waren. Die genaue Untersuchung ergab jedoch, daß die Aussage des Krämers Špaček gegenstandslos war, und der Buchdrucker Peter Benek gab an, das Liedchen sei wahrscheinlich — wie angeblich auch andere „historische" Lieder — entweder in Mähren oder anderswo außerhalb Prags gedruckt. Wer das Liedchen gedruckt, gegebenenfalls nachgedruckt — der Buchdrucker Peter gab

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schließlich auch zu, es könne in Prag nachgedruckt sein —, das kam durch die amtliche Untersuchung nicht heraus. Das Appellationsgericht, das sich zuguterletzt mit dieser Angelegenheit befaßte, konnte lediglich das Erkenntnis aussprechen, es sei das Verbot auf das Absingen des inkriminierten Liedes zu erlassen, was auch geschah.[80])

Die angeführten Vorfälle waren durchaus nicht vereinzelt. In ihrer Beschwerdeschrift wegen des Nymburger Verschleißes der „Pravdivá a žalostivá novina" bemerkten die Juden auch, es sei ebenfalls ein Liedchen neu gedruckt worden, wie sich ein Jude habe wollen taufen lassen und wie ein Christ getötet worden sei. Ähnlicherweise hielt der Krämer Špaček ein antijüdisches Liedel feil von einem Juden, der in Zell wegen großer Diebstähle hingerichtet worden sein sollte; das war von dem erwähnten Drucker Peter gedruckt. Fügen wir in diesen Rahmen die Jesuitenblätter über Simon Abeles, so werden wir verstehen, daß der unter dem Landvolk durch hetzerische, formell kunstlose Liedchen der Jahrmarktsänger suggestiv verbreitete Antisemitismus in den breiten Massen des Volkes einen großen Widerhall fand. Dieser vulgäre Antisemitismus wurde auch durch die Prediger der Gegenreformation verbreitet, welche das Volk keineswegs zur Freundlichkeit gegenüber der verhaßten Judenrasse aufriefen, wie dies übrigens die Umstände bei Verbreitung des Konsistorialdekrets des Prager Erzbischofs v. J. 1698 zeigen; darüber wird noch weiter unten die Rede sein. Die amtlichen Berichte, mochten sie der Feder von Kreis- und Herrschaftsbeamten entstammen oder beim Altstädter Magistrat, ja selbst in der böhmischen Kanzlei verfaßt sein, legen davon Zeugnis ab, daß judenfeindliche Stimmung und nicht selten heftiger und offener Haß eine landläufige Zeiterscheinung waren. Es werden zwar auch in dieser Zeit Stimmen laut, die nicht von grundsätzlichem Haß und unversöhnlicher Judenfeindschaft getragen erscheinen, aber das sind vereinzelte Ausnahmen; — hieher gehört jedenfalls keineswegs der Standpunkt der böhmischen und der Hofkammer, diese waren beide lediglich von fiskalischen Rücksichten bestimmt.

Das stärkste und am meisten betonte antijüdische Argument, das ausnahmslos in jeder zeitgenössischen christlichen Beschwerde wiederkehrt, war natürlich die jüdische Konkurrenz, also ein vorwiegend wirtschaftlicher Beweggrund; dazu gesellte sich nicht viel weniger gebieterisch das religiöse Argument, das in Verbindung mit dem gegenseitigen Rassenhaß den nachweißenbergischen Antisemitismus nicht allein bis zum lächerlichen und haßerfüllten Pamphlet trieb, sondern sogar zu zeitweiligen stürmischen Ausbrüchen wilder Gewalt. Aber es war gleichzeitig gerade diese wirtschaftliche Kraft des Judentums, die schwer niederdrückend auf den Christen lastete, namentlich die wirt-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

schaftliche Stärke der Prager Judenschaft, die den verachteten Juden Schutz vor der äußersten Auswirkung des antisemitischen Programms bot, vor gewaltsamer Vertreibung. Die Juden ließen im Bewußtsein der Gewichtigkeit dieses ihres Wertes in jeder ihrer Beschwerde stereotyp als entscheidendes Verteidigungsgeschütz ihre Kontribution auffahren, vor der zuguterletzt Statthalter und böhmische Hofkanzlei kapitulierten, mochten auch sonst diese beiden Behörden grundsätzlich gegen die Juden eingenommen sein. Das jüdische Geld und die jüdische Zähigkeit. Ausdauer und Gewandtheit waren es, die den Juden nach der Weißenbergschlacht ihre Expansion ermöglichten und die auch später immer wieder ernste Gefahren, die namentlich seit dem Jahre 1679, dem ersten nachweißenbergischen Versuche einer gewaltsamen Reduktion bezw. völligen Extirpation der Prager jüdischen Ghettobevölkerung, über die Prager Judenstadt hereinzubrechen begannen, siegreich abwehrten.

Anmerkungen zum 1. Kapitel.

[1]) Abgedr. b. J. Čelakovský, Codex juris municipalis regni Bohemiae. Bd. I., Nr. 259, S. 441—2, und Bondy—Dvorský, Zur Geschichte der Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien, Bd. I, Nr. 698, S. 509—10.

[2]) Bondy—Dvorský, l. c. Bd. II., Nr. 979, S. 770—7.

[3]) In die Stimmung, welche während des böhmischen Aufstandes im Prager Ghetto platzgriff, gewährt einen bescheidenen Einblick eine zufällig erhaltene Sammlung von Briefen Prager Juden vom Ausgang des Jahres 1619. herausgegeben von A. Landau und B. Wachstein, Jüdische Privatbriefe aus dem J. 1619, Wien 1911. So schreibt z. B. Salamon Auerbach seinem Sohne Pinkas (l. c. S. 30): „Sol ich vil schreiben von unser Lage, sein mir oft am Märtyrertod gestanden, hat doch G. g. s. e. bis jetzt errettet, wert weiter auch erretten, aber kein Lebensunterhalt is durchaus nit." Bezeichnend bemerkt Sarel (l. c. S. 96): „un' is eitel Lug und Trug, was man sagt, kert euk nischt an die Gerede." Selbstredend sind auch diese Briefe vorsichtig geschrieben und vielmehr in Andeutungen: „wil nit weitschweifig sein: einer was nit, wem die Briefe in henden kumen (l. c. S. 20; vorher war der Wunsch ausgesprochen, Gott möge sich erbarmen und Gesundheit und Frieden verleihen). Vgl. auch K. Spiegel, Die Prager Juden zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges, in: Die Juden in Prag (Prag 1927), S. 115 f.

[4]) „Was sol ich weitschweifig sein un' schreiben, wie jetzt hie schwer is, un' ein Pfennig jetzt mer as in guten Zeiten ein Gulden, un' nit vil zu gewinnen un' vil mus man haben", schreibt i. J. 1619 aus Prag die Jüdin Henele (Landau-Wachstein, l. c. S. 23).

[5]) Vgl. Z. Winter, Pražské ghetto S. 36 und V. Vojtíšek. O rozšíření židovského města pražského r. 1622—1623 (= Die Erweiterung der Prager Judenstadt i. J. 1622—3) im Kalendář česko-židovský, Jg. XXXV (1915—6), S. 33.

[6]) Über Bassevi vgl. J. Jireček, Jakub Bas-ševi z Treuenburka im Časopis Českého Musea, 1883, S. 325—30, und K. Spiegel, l. c. 138—43.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[7]) Über die Erwerbung der sog. Liechtensteinhäuser vgl. namentlich V. Vojtíšek, im zitierten Artikel (Kalendář česko-židovský XXXV, S. 32 f.) und K. Spiegel l. c. S. 107—15.

[8]) K. Spiegels Behauptung l. c. S. 107, der Erwerb der Liechtensteinhäuser bedeute „die erste großzügige Ghettoerweiterung in Prag, aus der Gasse wurde eine Judenstadt", enthält in ihrem zweiten Teile eine Übertreibung. Wenn auch durch den neuen Besitzstand von 39 Christenhäusern die Ausdehnung der Prager Judenstadt recht bemerkenswert gewachsen war, so war doch bereits in der vorweißenbergischen Zeit das Ghetto keine alte „Judengasse" mehr, wenn es zu Anfang des XVII. Jh. mindestens gegen 250 Häuser zählte; die Bezeichnung Judengasse für die Judenstadt finden wir übrigens noch in der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts, als das Ghetto mit seinen 318 Häusern das vollkommene Aussehen einer Stadt hatte, wozu noch der imponierende Abschluß durch Tore kam.

[9]) Abgedr. b. J. Čelakovský, Codex juris municipalis regni Bohemiae, Bd. I., Nr. 305 S. 516 f.; vgl. K. Spiegel l. c. 129.

[10]) Vgl. Z. Winter, Pražské ghetto S. 38 und K. Spiegel l. c. S. 118.

[11]) Abgedr. b. J. Čelakovský l. c. Nr. 309, S. 527 f.

[12]) Abgedr. b. J. Čelakovský l. c. Nr. 312, S. 551 f. Auch mit Privileg Kaiser Ferdinands III. vom 8. April 1648 (abgedr. J. Čelakovský l. c. S. 580) wurde den Juden der ungestörte Besitz der Liechtensteinhäuser bestätigt.

[13]) Vgl. Z. Winter, Pražské ghetto S. 31.

[14]) Orig. im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag, Sign. J 4/9 st., wo auch die weiter unten benützten Akten erliegen; diese Katechese berührt neuestens K. Spiegel l. c. 125.

[15]) Der statthalterische Antrag trägt das Datum: 4. Juli 1630.

[16]) Ein Taler, mindestens ein Gulden, Reiche das Doppelte.

[17]) Keineswegs hebräisch, wie irrtümlicherweise K. Spiegel l. c. S. 125.

[18]) Diese Entschließung betreff der ausschließlich deutschen Judenpredigten ist zweifellos bezeichnend; mit Recht kann man hierin einen Akt der Wiener nachweißenbergischen Regierung erblicken, der darauf abzielte, das Prager Ghetto zu germanisieren, welches in der vorweißenbergischen Zeit, wie aus zahlreichen Quellen geschlossen werden kann, im Verkehr mit der christlichen Umgebung zu einem guten Teil tschechisch erschien. Diese Sprachenfrage ist freilich recht kompliziert und man wird ihr eine besondere Aufmerksamkeit und eine besonders umsichtige Erforschung angedeihen lassen müssen; hier kann auf das Problem bloß in Kürze hingewiesen werden. Was K. Spiegel über die Verhältnisse anführt („wie sehr das Ghetto unter dem Einflusse deutscher Kultur stand", S. 117, und „daß das jüdische Denken im deutschen Sprachgut verankert war", S. 127), kann infolge des unhaltbaren Ausgangspunktes in seiner Auffassung nicht befriedigen, ganz abgesehen davon, daß sich der erwähnte Schluß einzig und allein auf die obengedachten Briefe Prager Juden v. J. 1619 stützt. Wie die ureigene Kultur des Prager Ghettos, auf die es hier doch vor allem ankommen muß, sowohl in vor- als nachweißenbergischer Zeit geartet war, das ist im einzelnen bisher noch sehr mangelhaft bekannt; sicher ist lediglich, daß sie von der christlichen Kultur grundverschieden war. Den Ausgangs- und Mittelpunkt dieser jüdischen Kultur bildeten die zahlreichen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Prager Synagogen mit ihren Schulen, welche unter den Juden — nicht bloß den böhmischen — keinen eben schlechten Ruf genossen. Von einem tschechischen oder deutschen Charakter des Prager Ghettos — wie oben zitiert — läßt sich lediglich inbezug auf dessen Verkehr mit der christlichen Welt sprechen, das Hebräische bildete in jener Zeit — in viel höherem Grade als bei den Christen das Latein — immer noch die jüdische Kultursprache, deren sich die jüdische Literatur bediente. In der vorweißenbergischen Zeit gebrauchten die Prager Juden im Verkehre mit den Ämtern, namentlich aber mit dem Altstädter Magistrat, überwiegend die tschechische Sprache; die tschechische Mehrheit der Prager Altstadt zwang dann die Juden auch, ebenfalls im sonstigen Verkehr mit ihrer Umgebung das Tschechische anzuwenden. In der nachweißenbergischen Zeit bildete sich infolge der geänderten Verhältnisse im Verkehr mit den Ämtern und auch mit der übrigen christlichen Welt das Deutsche zur Umgangssprache der Juden aus. Daß die Prager Juden, welche durch lebhafte Handels- und Verwandtschaftsbeziehungen mit den Wiener Juden verbunden waren, bereits in der Zeit vor der Weißenbergschlacht auch Deutsch konnten, ist freilich selbstverständlich.

[19]) Bereits i. J. 1622 errichtete Albrecht von Waldstein aus Judenbußgeldern eine Stiftung für diejenigen, welche vom Judentum zum Christentum übertreten würden; vgl. V. Vojtíšek, Nadace Albrechta z Valdštejna pro neofyty z pokolení židovského (= Die Stiftung Albrechts von Waldstein für Neophyten aus jüdischem Geschlecht), im Kalendář česko-židovský Jg. XXXII., S. 77—82, und K. Spiegel l. c. S. 118—9.

[20]) Am Vortage stellten die Statthalter an den Rektor des Prager Jesuitenkollegs, P. Martin Stridonius, das Ersuchen, mit den Judenpredigten sobald als möglich einzusetzen.

[21]) Mit Reskript dd. 25. Oktober 1630, worin auch betont wurde, daß nach der Meinung des Kaisers eine päpstliche Dispens nicht erforderlich sei.

[22]) Über diese Ereignisse unterrichtet einerseits das (vom 26. November datierende) Bittgesuch des verhafteten Rabbi Pinkas-Horwitz (seine Verhaftung erfolgte vermutlich in der zweiten Novemberhälfte 1630) um Freilassung aus der Haft (welches mir als vornemen rabinen solches despect die zeit meines lebens niemals beschehen), anderseits der vom Altstädter Richter Linhart Kurka Cholowsky von Korkynie (dd. präs. 9. Dezember 1630) der „in Sachen der jüdischen Parteiung" (roztržitosti židovské) verordneten Kommission vorgelegte Bericht, worin namentlich angeführt war: 1. daß Pinkas „sich zu der angefangenen Parteiung als erster unterschrieben und nach seinem Beispiel sich auch andere unterschrieben und dieser Parteiung angeschlossen" hätten; 2. daß Pinkas „andere Juden darin bestärkte . . ., das gefaßte Vorhaben ungescheut fortzusetzen und wahllos alle ihre Praktiken zur Durchführung ihrer Intention rücksichtslos anzuwenden, und ihnen im vorhinein davon die Absolution erteilte"; 3. „daß er (Pinkas) entgegen dem strengen Verbote J. G. der Herren Statthalter jüdische Bannflüche zur Besieglung solcher jetziger Parteiung hier unerhörte Bannflüche und zwar alles zwecks Unterdrückung der Wahrheit und Verschleierung ihres bösen und unziemlichen Vorhabens für gerecht anerkannt und solche allgemein in den Judenschulen habe verkündigen lassen." Laut einer der erwähnten Kommission mitgegebenen Instruktion sollte Pinkas im Verein mit andern Juden peinlich inquiriert werden. Diese Akten siehe in J 4/14 st.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[23]) Reskript vom 28. Feber 1631 (Orig. in J 4/10 st.); mittels Dekret der Statthalter vom 17. März 1631 wurde zwecks Durchführung des kaiserlichen Befehls eine besondere Kommission aus Mitgliedern der böhmischen Kanzlei und der böhmischen Kammer eingesetzt.

[24]) Das Memorandum der Reduktionskommission v. J. 1715 (Orig. in ČDK IV T 1, ad 3 ex 1719 [Akten der Böhm. Hofkanzlei, nunmehr im Archiv des Min. d. Innern in Prag]) erwähnt zwar die Verfügung des Reskripts vom 18. August 1630, bemerkt aber dazu: wie lang aber solches gewehret habe, ist es in der Altstädter cantzley nicht zu finden.

[25]) Zur Charakterisierung vgl. das Hofdekret vom 25. Feber 1688 (J 7/23 n. Archiv d. Min. d. Innern, Prag): „Was gestalt bey uns sich Casimir Rozalsky, in unserer k. stadt Klattau wohnhaft, samb er in verkaufung der gebetbüchlein, bilder, agnus dei und rosenkräntz vor der kirchentür alda, wider die von dem stadtmagistrat daselbst erhaltene vergünstigung von etwelchen personen, als in seiner kummerlichen nahrung beeinträchtiget werde, auch ihme und seinen kindern, obschon er in seiner jugend den heyligen tauf und den alleinseligmachenden catholischen glauben angenommen, darinnen auferzogen und sich nachgehends catholisch verheyrattet, gleichwohlen seine jüdische geburth vorgeworfen werden wolle, gehorsambst supplicando beschwehret und umb gnädigste verfügung, auf das er bey erwehnter vergünstigung ohne anderwertigen beeinträchtigung gnädigst geschützet und der vorwurf interdiciret werden mochte, unterthänigst gebetten . . .“ In der josefinischen Zeit verrät ein gleiches Mißtrauen zu den getauften Juden die Broschüre „Der getaufte Jude weder Jude noch Christ“ (Wien, S. Hartl, 1781).

[26]) Bürgermeister und Rat der Altstadt Prag an die Statthalter, 11. Jänner 1630, J 4/14 st.

[27]) Das Dekret vom 25. Juni 1616 erliegt unter J 4/14 st. (Abschrift); gleichzeitig ward den jüdischen ebenso wie den christlichen Fleischern eingeschärft, „das Rindfleisch nicht von der Hand, sondern aufs Gewicht zu verkaufen.“ — Aus religiösen Gründen wurde auch wiederholt den Juden untersagt, an christlichen Fasttagen den jüdischen Fasching zu feiern. So wurde bereits am 23. März 1587 (in J 4/8 st.) den Judenältesten aufgetragen, „weil jetzt das hohe Osterfest anbricht, nicht ihren jüdischen Fasching während dieser Bußzeit zu begehen und dadurch den Christen durch ihr Tanzen und Lärmen Ärgernis zu geben.“ Gleicherweise erging am 21. März 1625 (l. c.) ein Dekret, kraft welchen den Juden verboten wird, „während der jetzigen Fast- und Bußtage in ihrer herkömmlichen Weise den Fasching und etwelche Kurzweil anzustellen und zu begehen.“

[28]) Dekret vom 29. Mai 1624 in J 4/8 st. (Konzept), in welchem getadelt wird, „daß sowohl an Sonn- und Feiertagen als auch an andern von der heiligen Kirche zur Heiligung verordneten Jahrfesten und Gedenktagen in der Judengasse auf der Prager Altstadt nicht bloß die Juden selbst in der mannigfachsten Weise Geschäft und Handel treiben, sondern sogar einzelnen Personen, die sich Christen nennen, die Erlaubnis geben, daß sie in erwähnter ihrer Gasse unterschiedliche Sachen verkaufen sollen, und ihren Nutzen daraus ziehen.“

[29]) Bericht der Ältesten der Fleischerinnung der drei Prager Städte an den Bürgermeister und Rat der Altstadt dd. präs. 7. Jänner 1630 in J 4/14 st. Der Altstädter Richter referierte: wäre nicht das gewesen, daß die Fleischer

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gleich weggegangen wären und der Richter die Juden abgemahnt hätte, so „hätte leicht ein Mord geschehen können, und wenn dazu das gemeine Volk zusammengelaufen wäre, weiß der liebe Gott, was daraus geworden wäre und wo es ein Ende genommen hätte."

[30]) Bürgermeister und Rat der Altstadt an die Statthalter dd. 11. Jänner 1630.

[31]) Bericht des Richters Linhart Kurka dd. präs. 12. Jänner 1630.

[32]) Hofdekret vom 29. November 1642 in J 4/14 st.

[33]) Die betreffenden Akten in J 4/14 st.

[34]) Zur Judenbesteuerung in dieser Zeit vgl. K. Spiegel l. c. 166 f.

[35]) J 4/21 st.

[36]) Hofdekret dd. Regensburg 17. Dezember 1636 in J 4/12 st.

[37]) Dekret an den Erzherzog Leopold Wilhelm vom 24. Jänner 1640, J 4/12 st.

[38]) Reskript vom 4. Dezember 1645 in J 4/12 st.

[39]) Die Begründung, weshalb die Statthalter das Gesuch der Juden um ein Moratorium abschlägig begutachteten, ist sehr interessant. Die Äußerung sagt zunächst von den Judenschulden (qualitates debiti): „rühren solche judendebita, obwohl sie der gemein sein, in sehr vielen casibus von denen aus der christen niederlage oder kaufmannsladen ausgenommenen wahren, in gemeine handlung participirten oder ausstehenden schulden, wie auch umb die lacticinien oder victualien verschriebenen geldern, alda der Prager judengemeine entweder immediate oder durch eine interpositio vor die privatos, welchen bey dieser zeit wenig oder nichts zugetrauet wird, interessiret ist." Würde den Juden ein Moratorium bewilligt, „so wurden die juden nicht allein melioris conditionis sein als die christen — welche dem in a. 1640 geschlossenen landtag nach alle dergleichen von gesellschaften ausgenommenen wahren, victualien oder lacticinien herrührende debita zahlen müssen und ihnen dißfalls keine moratoria verwilliget werden —, sondern bey einer solchen verwilligung des jüdischen moratorii und also mutilirten ihren credit wurde kein kaufmann, gesellschafter oder inwohner mit denen victualien denen juden mehres was trauen und dergestalt E. K. M. camer eintragliche trafico im landt minuirt." Außerem steht zu befürchten, daß unter dem Moratorium „sich viel privati aus der judenschaft durch ihre gebräuchliche practicen verbergen und dadurch die arme christen . . . erbermlich leyden müsten." Die Juden leiden durch den Krieg viel weniger als die Christen, denn sie sind von der Militäreinquartierung frei und ebenso von der persönlichen Teilnahme am Kriegsdienst. Wenn ihnen das Moratorium erteilt würde, so würden sie den Christen gegenüber privilegiert erscheinen. Die Juden haben sich ohnedies in die christliche Industrie und den christlichen Handel jeder Art eingeschlichen, wobei sie sich allerhand Betrügereien zuschulden kommen lassen, sodaß den Christen der Weg zum Verdienst versperrt wird. Von dem christlichen Moratorium wurden diejenigen ausgenommen, welche „ihre schulden dolose leugnen oder die beschehene bezahlung malitiose anziehen und vorschützen." Es ist bekannt, daß bei den Juden „nichts gemeines ist, also die und dergleichen unwahrhafte subterfugia zu gebrauchen, indeme kein tribunal, expedition oder gericht alhier, alda sie derergleichen vermässenheiten nicht convincirt und sehr dick überwiesen werden", daher sind sie eines Moratoriums unwürdig. Überhaupt ist „remedium moratorii ein modus odiosus . . . und kaum zwischen christen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

woll practicabl", daher wäre es gefährlich, „daß eiusmodi odio et mediis difficilibus in utilitatem judaeorum die christen praegravirt werden solten." Schließlich „sei die moratoria ein modus conservandorum provincialium oder incolarum, welche durch die agricultur und personaldefension des landes wie auch andere mitteln, deren die juden unfähig, das land und den statum publicum sustiniren", während die Juden bloß „geleitsleuth" sind, „die weder auf eine noch andere weiß den statum publicum erhalten, ja ein viel mehrers durch bedrängung und bestehlung wie auch sonsten schaden zufügung denen privatis bis sogar auch mit dem gifte und andern veneficiis — wie dessen die chronica genugsamb meldet — den statum publicum evertiren oder beschwächen."

[40]) Reskript dd. Preßburg den 26. Oktober 1646, J 4/12 st.

[41]) Das Dekret der Statthalter vom 24. Oktober 1635 (J 4/1 st.) trug der Kommission auf, mit Hilfe der Judenältesten, welche zu dieser Aufgabe besonders beeidigt werden sollten, von Haus zu Haus zu gehen und sorgsam anzumerken, „wieviel Haubter an Man, Weib, Khind und Gesind sie finden mochten." Über die durchgeführte Zählung, die mit Statthalterdekret vom 1. Juli 1638 angeordnet worden, vgl. den Bericht des Altstädter Richters vom 9. September 1638 in ČDK IV T 4, 6 ex 1728. Gezählt wurde die gesamte Prager Judenschaft, „jung und alt, groß und klein." Ob die Zählung vom Altstädter Richter allein mit Hilfe der Judenältesten durchgeführt wurde, oder mit Hilfe der i. J. 1635 ernannten Kommission, ist nicht bekannt. Dem Berichte des Richters waren zwei Konsignationen beigeschlossen, die heutzutage verloren sind.

[42]) Vgl. die Beilage zum Reskript vom 24. Jänner 1640 in J 4/12 st. und K. Spiegel l. c. 120—1.

[43]) In der Selbstbiographie der Jüdin Glückel von Hameln (* in Hamburg i. J. 1645) lesen wir, daß sie nach damaligem jüdischen Brauch im 12. Lebensjahre verlobt und im 14. verheiratet wurde; vgl. Sig. Mayer, Die Wiener Juden 1700—1900, S. 73—6. Die jüdischen Jünglinge heirateten im Alter von 18—20 Jahren. Von frühen Judenheiraten sprechen auch die Memorialien aus dem XVII. und XVIII. Jahrhundert.

[44]) So berichteten z. B. gegen Ende April d. J. 1664 (J 7/63 n.) die Prager Judenältesten der böhmischen Kammer, daß vor einiger Zeit ins Prager Ghetto zugezogen seien „unterschiedliche frembde ausländische juden, welche keine gewisse nahrung nachgehen, sondern ihre zeit in schenkhäusern mit kartenspielen, fressen und saufen und anderen dergleichen üblen ungebührlichen sachen zubringen, der gemein wenig nuzen sein, dardurch auch ezliche alhiesige juden in dergleichen übellen begünnen verführen . . ., dardurch die gesambte judenschaft in bosen ruf gebracht werdt . . .", und ersuchen daher, daß diese fremden Juden aus Prag entfernt und den Prager Juden untersagt würde, solche fremde Juden in ihre Wohnungen aufzunehmen. Die böhmische Kammer entsprach diesem Ersuchen mit Dekret vom 1. Mai 1664.

[45]) J 4/1 st.

[46]) L. c. In der Konfirmation der jüdischen Privilegien durch Ferdinand III. vom 8. April 1648 wird bestimmt (J. Čelakovský l. c. S. 580), daß die Juden ohne Wissen und Willen des Herrschers nicht von Orten vertrieben werden dürfen, „wo sie von altershero ihre Wohnung haben."

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[47]) Abschrift des Privilegs dd. am Dienstag nach St. Philipp und Jakob in J 7/62 n., trotzdem haben sich auch die Rakonitzer der Juden nicht erwehrt. Im Jahre 1678 machten sie den Versuch, die Juden, welche bis dahin in der Liebener Hauptgasse hart am Tor bei christlichen Bürgern zur Miete wohnten, wo sie den christlichen Handel hinderten, wenigstens in das Gemeindehaus in der Hohen Gasse umzuquartieren. Dieser Umquartierung setzten sich jedoch die Juden zur Wehr: vgl. J 7/63 n.

[48]) L. c. Dem ausdrücklichen Wortlaut der Privilegien Ferdinands I. entgegen erwarb der Prager Jude Abraham Lichtenstedt mit seinem Schwager Moses am 25. Juni 1624 vom Kaiser ein privilegium particulare, bis auf Widerruf in Leitmeritz wohnen und sich hier einkaufen zu dürfen.

[49]) Dekret der Statthalter vom 12. August 1641 in J 4/1 st.: „damit . . . an wohlbefugter ausschaffung der juden einige verhinderung weder vom commendanten noch sonst jemanden andern — es geschehe unter was pretext es wolle — zuzufügen verstattet werde."

[50]) J 4/1 st.; nachträglich wurde vom Kaiser der Aufenthaltstermin um sechs Monate verlängert (bis 18. IX. 1643), damit sie ihre Geldangelegenheiten ordnen könnten. Die Statthalter erstreckten diesen Termin wiederum bis zum 28. März 1644 und trugen den Launern auf, die christlichen Schuldner sollten den Juden ihre Schulden bezahlen, „damit sie von euch ohne die allergeringste Demütigung und Verhinderung mit all ihrem Vermögen unbesorgt ziehen und aufbrechen können." Im August d. J. 1644 waren die Juden noch in Laun, denn ihre Forderungen waren noch nicht befriedigt worden.

[51]) Die widerholten Gesuche der Juden um Bestätigung ihrer Privilegien in J 4/1 st. Das Privileg Ferdinands III. vom 8. April abg. b. J. Čelakovský l. c. Bd. I. Nr. 324 f.; vgl. darüber K. Spiegel l. c. 133 f.

[52]) Es sind dies die Bestimmungen, daß die Juden keine christlichen Gesellen aufnehmen und keinen Hausierhandel treiben dürfen.

[53]) Vgl. Z. Winter, Pražské ghetto S. 40.

[54]) Vgl. z. B. die Note der Statthalter an die böhmische Kammer vom 16. November 1651 in J 7/18 n. Gegen die polnischen Juden wurde auch deshalb aufgetreten, weil unter ihnen viele „bresthaft und ungesund" waren und namentlich befürchtet wurde, sie könnten nach Prag die Pest einschleppen.

[55]) Dekret der Statthalter an den Altstädter Richter vom 23. Feber 1657 in J 4/14 st.

[56]) Dd. präs. 20. April 1657 in J 4/14 st.

[57]) Dekret der Statthalter vom 24. Mai 1657 in J 4/14 st.

[58]) Hofdekret vom 15. Juli 1657 in J 4/14 st.

[59]) Anonymes, tschechich geschriebenes Memorial dd. im Jesuitenkolleg bei der Karlsbrücke am 7. August 1657 in J 4/14 st.

[60]) Vgl. z. B. das Hofdekret vom 16. März 1658 und 15. April d. J. in J 4/14 st.

[61]) Dekret der Statthalter vom 26. August 1672 und vom 26. Juni 1675 in J 4/14 st. Das Dekret vom 26. Juni erging auf kaiserlichen Befehl vom 15. Juni 1675, kraft dessen den Juden wiederholt aufgetragen wird, daß sie 1. an Sonn- und Feiertagen ihre Stadt nicht verlassen dürfen; 2. daß sie an Sonn- und Feiertagen außer in den frühen Morgenstunden nichts verkaufen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

dürfen; 3. daß sie zu ihren Diensten keine christlichen Personen verwenden dürfen.

[62]) Kardinal Harrach an die Statthalter dd. 14. Juli 1664 in J 4/14 st.; Konzept der statthalterischen Zuschrift an den Erzbischof dd. 24. Mai 1664 in J 7/63 n.

[63]) Das erzbischöfliche Konsistorium an die Statthalter dd. 22. Feber 1679 in J 4/14 st.

[64]) Dekret der Statthalter an den Prag-Altstädter Rat dd. 9. April 1671 in J 7/63 n., wo auch noch weitere Belege erliegen.

[65]) Vgl. das Dekret der Statthalter in alle Kreise vom 9. April 1671 in J 7/63 n., wo auch noch weitere Belege erliegen.

[66]) Dekret der Statthalter vom 23. Juli 1669 in J 4/14 st.

[67]) Bei dieser Affäre wurden viele namentlich von einem gewissen getauften Rabbiner verraten (vgl. den Bericht der Judenkommission dd. präs. 17. Jänner 1670).

[68]) Die Akten über diese Affäre erliegen in J 4/16 st.; vgl. auch J. Volf, Z dějin pražských židovských tiskáren v 17. stol. (= Zur Geschichte der Prager jüdischen Druckereien im 17. Jahrh.) im Věstník král. čes. Společnosti nauk, Jg. 1925, Nr. III, S. 6 f., J. Volf schöpft seine Daten aus den Akten des Archivs des Min. d. Innern in Prag, B 56/10. Über die Einzelheiten dieser ganzen Affäre, die uns hier lediglich von einer Seite interessiert, werde ich in Bälde Gelegenheit haben anderswo zu handeln.

[69]) „Non est tamen ipsum thalmud rabbinicum, sed compendium quoddam figmentorum ac traditionum rabbinicarum accomodatum captui vulgi iudaici, omissis arcanioribus quaestionibus, quarum scientiam rabbini sibi solis servant et quas inter sunt execrandae illae blasphemiae, propter quas specialiter ab ecclesia thalmud prohibetur."

[70]) Dekret der Statthalter vom 23. September 1672, abgedr. b. J. Volf l. c. S. 8—9.

[71]) Betreff der Widereröffnung der Löblschen Druckerei siehe die Akten in J 4/16 st. Israel Löbl und Dörl Herschlin ersuchten um Öffnung der versiegelten Druckerei im November (dd. präs. 28. XI.) 1673, und ihrem Ansuchen wurde nach vorhergehender günstiger Äußerung des erzbischöflichen Konsistoriums vom 8. Mai 1674 von den Statthaltern am 4. September 1674 entsprochen. Andere Daten bei J. Volf l. c. 27/8, doch kann hier darauf nicht näher eingegangen werden.

[71a]) So erwähnen noch i. J. 1700 die Altstädter, daß „der stadtrichter auch seine executiones des mehrern in der nacht und öfters mit nicht weniger gefahr seines lebens — da aus denen fenstern töpf und steiner auf ihne geworfen werden — bisher verrichtet."

[72]) Hofdekret vom 8. Juni in J 7/23 n. Schon 1637 ließ sich der Jude Engelsberger, durch Verbrechen kompromittiert, taufen; vgl. K. Spiegel l. c. 125—6.

[73]) Hofdekret vom 15. Mai 1675 in J 7/23 n.

[74]) Beschwerde der Prager Judenältesten dd. präs. 8. Feber 1666 in J 7/63 n.

[75]) = Neues Liedchen von der langersehnten und nun in der Tat durchgeführten Ausweisung des gottlosen und ungläubigen Judenvolkes aus der hochberühmten kaiserlichen und königlichen Residenzstadt Wien, die im verwichenen 1670. Jahre erfolgt ist. — Ein gedrucktes Exemplar (8 Seiten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

in 8°) der Písnička nová erliegt in J 7/63 n., wo auch die Akten über den Sturm gegen die Juden in Strakonitz zu finden sind. Die Písnička nová besteht aus drei Teilen: der erste: „Poslyš mne vše stvoření" (= Hör mich alle Kreatur) wurde gesungen wie „Zdráva buď císařovno" (= Sei gegrüßt, o Kaiserin); den zweiten Teil bildete: „Relací aneb správa kratičká některých skutkův bezbožných židův, jenž (!) se při odchodu jejich z Vídně vynašli" (= Relation oder ganz kurzer Bericht über einige Taten der gottlosen Juden, auf die man bei ihrem Abzug von Wien gekommen ist); der dritte Teil: „Z žalosti vadne mé smutné srdce" (= Vor Leid welkt mein trauriges Herz) wurde gesungen wie das verbreitete Lied „O Valdštajnovi" (= Wallenstein).

[76]) = Wahrhaftige und traurige Neuigkeit, die sich in diesem 1699. Jahre und zwar am (!) Monatstag Feber zugetragen hat, wie ein Weib in einer Stadt Sulzbach nach ihrem Gatten mit drei Kindern verwaist ist und dem Teufel ihre Seele gegeben hat, weil ihr die Juden den Mann erschlagen und dem Sohn den Hals abgeschnitten haben und sie selbst sich erhängt hat, was ein jeder aus dem Liedchen wird besser verstehen können. — Ein Exemplar diese Liedes (8 Seiten in 8°, auf der Rückseite ein Holzschnitt), gedruckt i. J. 1699, ist gleichfalls in J 7/63 n.; man sang es wie „Bychom sobě spomínali" (= Damit wir uns erinnern).

[77]) 26. Juni 1699 in J 7/63 n.; die gedruckte Erklärung der Sulzbacher Regierung, die besagt, daß das ganze Lied „falsch, erdichtet und in summa eine unverantwortliche unwahrheit" sei, trägt das Datum 3. Juni 1699.

[78]) Der Richter schreibt wörtlich (tschech.): „auch ein großes auf Leinwand mit den Farben dieser Figuren bemaltes Bild hatten sie publice aufgehängt und zeigten es den Leuten vor."

[79]) „Zumahlen derley unthaten öfters von denen Juden vorgenohmen, mithin gar leicht vor wahr geglaubet werden." Špaček redete sich nach Aussage des Druckers Peter folgendermaßen aus: „er habe zwar von mit (= dem Drucker Peter) auf vorgehende censur von denen zu Zell wegen großer dieberey justificirten Juden gedrucktes lied auf denen jahrmärkten herumgetragen und von einen anderen herumbvagirenden gesanghandler gegen vertauschung meiner wegen der Zellischen execution gedruckter und anderer lieder von der Sultzbachischen mordthat eingehandelt."

[80]) Dekret in alle Kreise vom 11. August 1699 in J 7/63 n.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

2. Kapitel.

Versuche einer Reduktion der Prager Juden zur Zeit der großen Pest i. J. 1680.

Die Furcht vor der Pest i. J. 1677. — Das Einbrechen der Pest vom Balkan her in den Jahren 1678—80. — Errichtung einer Infektionskommission und Vorkehrungen gegen Einschleppung der Pest. — Die Übervölkerung des Ghettos und der erste Reduktionsplan (September 1679); Ernennung einer Judenreduktionskommission. — Konskription des Ghettos. — Der Plan einer völligen Vertreibung der Juden aus Prag. — Das zweite Reduktionsprogramm (Mai 1680). — Die Ergebnisse der natürlichen Reduktion durch die Pest. — Die Entstehung des Judenfriedhofes in Wolschan.

Trotzdem seit der Mitte des XVII. Jahrhundertes die Zeichen einer wachsenden Reizbarkeit des christlichen Elements den Juden gegenüber sichtlich zunahmen und auch die Bemühungen der Ämter um Beschränkung des jüdischen Handels größeren Nachdruck gewannen, wenn auch nicht größere Wirksamkeit, so war doch bis zum Jahre 1679, soviel wenigstens bekannt, von kompetenter Seite das Programm nicht ausgesprochen worden, das seither bis in die Mitte des XVIII. Jahrhundertes wie ein Damoklesschwert über dem Prager Ghetto hing, das Programm, die Judenstadt auf den vorweißenbergischen Umfang zu verkleinern und die Zahl der Prager Judenschaft radikal einzuschränken, gegebenenfalls die Juden mit Kind und Kegel zu vertreiben. Doch die im vorhergehenden Kapitel flüchtig skizzierte Entwicklung der Verhältnisse ließ die vorweißenbergischen Reduktions- und Exstirpationspläne nicht in Vergessenheit geraten, mochte man auch in den maßgebenden Amtskreisen vorläufig keine Neigung zeigen, ihnen Gehör zu schenken. Es war nur natürlich, daß unter den Urhebern dieser Pläne die erste Stelle die Prag-Altstädter Gemeinde einnahm, die sich durch die nachweißenbergische Entfaltung des Ghettos am meisten betroffen fühlte und deren Handels- und Handwerkskreise durch die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

jüdische Konkurrenz besonders empfindlich in Mitleidenschaft gezogen waren. Das Privilegium Ferdinands II. vom 8. April 1627 für die Prager Altstadt, welches die Rückkehr der Liechtensteinhäuser in Christenhand verbürgen sollte, wurde zu einem Wechsel von sehr fraglichem Wert, dem gegenüber die Juden mit vollem Recht ihr Privileg vom 12. August 1627 präsentierten. So sank die Hoffnung darauf, der Umfang des Ghettos werde durch die natürliche Entwicklung auf die Fläche der „Judengasse" des XVI. Jahrhunderts zusammengepreßt werden, immer mehr und mehr, auch die Wirkungslosigkeit der wiederholten antijüdischen Kundmachungen und Verordnungen von amtlicher Seite mußte die Überzeugung festigen, daß mit den bisherigen Rechts- und Administrativmitteln die brennende jüdische Frage schlechterdings nicht zu lösen sei. Indes nötigte die Rücksicht auf die jüdische Kontribution, abzuwarten, bis über das fiskalische Interesse andere Rücksichten die Oberhand gewinnen würden, die den Reduktions- und Extirpationsplänen ganz gewaltigen Vorschub leisteten. Die erste solche Gelegenheit in nachweißenbergischer Zeit bot die schreckliche Pest, welche im Jahre 1680 Prag und damit auch die Judenstadt ergriff.

Schon während des Dreißigjährigen Krieges und ebenso nach demselben (so z. B. i. J. 1649) suchte die Pest wiederholt die Prager Städte heim und forderte ohne Unterschied in den Reihen der Christen und der Juden zahlreiche Opfer. Diese natürliche Reduktion der jüdischen Bevölkerung, die umso einschneidender war, je primitivere hygienische Verhältnisse in der Prager Judenstadt herrschten, glich einem Ventil, das von Zeit zu Zeit die überschüssige Kraft der jüdischen Population entweichen ließ. Diese Elementarkatastrophen hatten jedoch nur eine Wirkung von beschränkter Dauer, denn die hohe Natalität der jüdischen Rasse und die starke Immigration, namentlich aus den Ostländern, füllten unausgesetzt die noch so klaffenden Bevölkerungslücken in verhältnismäßig knapper Zeit wieder aus, — jedenfalls viel rascher als dies bei dem christlichen Bürgervolke der Fall war, welchem mangels Freizügigkeit der bäuerlichen Bevölkerung ein Menschenzustrom vom Lande eingedämmt war. Die Pestplage vom Jahre 1680 nahm jedoch ungewöhnlichen Umfang an, und die Reduktion der Ghettobevölkerung, die sie im Gefolge hatte, überstieg bei weitem die Verluste, welche die Judenstadt in früheren Zeiten durch Pestkrankheiten erlitten hatte.

Das Vorspiel der schrecklichen Pest wurde schon anfangs November des Jahres 1677 angekündigt, als der Altstädter Rat die Statthalter darauf aufmerksam machte, daß verläßlichen Nachrichten zufolge die Pestseuche in Polen ausgebrochen sei, namentlich in Warschau und Krakau, von wo die Bevölkerung, „größtenteils Juden, in andre umliegende Länder und Städte" flüchte. Die Schreiber an den Altstädter

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Toren erhielten zwar unverzüglich vom Altstädter Rat den strengen Befehl, keine fremden Juden und andre verdächtige Personen in die Stadt einzulassen, aber weil sich diese Vorkehrung als unzureichend erwies, stellte der Altstädter Magistrat das Ersuchen, die Statthalter sollten diese ernste Sache selbst in die Hände nehmen. Auf diese warnende Bitte des Altstädter Rates erließ die böhmische Kanzlei wirklich gleich am 5. November in die vier ostböhmischen Kreise die Verordnung, unter keinen Umständen den Grenzübertritt Ankömmlingen aus Polen zu gestatten, namentlich aber Juden, und bald darauf, am 9. November, wurde dieser Befehl wiederholt und durch die Bestimmung erläutert, der Grenzübergang könne nur jenen Ausländern freigegeben werden, die sich mit ihrem Paß und einer Bescheinung ausweisen, daß sie aus einer unverpesteten Gegend kommen. Die Grenzwache sollte solchen gesundheitlich einwandfreien Personen einen neuen Schein ausstellen, der an den Prager Stadttoren als Legitimation dienen sollte. Neben den polnischen Juden hielt man für Hauptträger von ansteckenden Krankheiten, namentlich der Pest, die Zigeuner, gegen die i. J. 1678 von den Statthaltern mehrere Dekrete erlassen wurden.[1])

Doch die Pestseuche kam damals nach Böhmen und nach Prag nicht von Osten, aus Polen, das in jenen Zeiten wie übrigens noch später überhaupt als Brutstätte epidemischer Krankheiten galt, sondern von Süden. Die Pest vom J. 1677 blieb auf Polen beschränkt, aber im folgenden Jahre drang die Pest nach Mitteleuropa ein, und zwar vom Balkan her und i. J. 1679 sprang sie von Ungarn auf die österreichischen Länder über, ergriff Wien, von wo sie sich dann bei den damaligen unzulänglichen sanitären Vorkehrungen rasch noch im selben Jahre auch nach Mähren und dem südlichen Böhmen einschleppen ließ.

Schon gegen Ende August des Jahres 1679 flüchtete Kaiser Leopold I. samt seinem Hofstaat von Wien über Iglau, wo er sich etwa eine Woche aufhielt, nach Prag.[2]) Noch vor Ankunft des Kaisers erließen die Statthalter mehrere Verordnungen, teils an die Hauptleute der Prager Städte, teils an die Kreishauptleute, in welchen eine strenge Überwachung namentlich umherziehender Juden eingeschärft wurde. In Prag selbst wurde besonders anbefohlen, die Gassen ordentlich zu reinigen, hinlängliche Lebensmittelvorräte zu beschaffen und verdächtige Fremde von der Stadt fernzuhalten. Großes Gewicht wurde auf eine Reinigung der Judenstadt gelegt. Die Statthalter hielten auch einige Beratungen mit den Ärzten ab, mit welchen Mitteln wohl die drohende Katastrophe von Prag abgewandt werden könne.[3]) Noch größer war dann der Eifer der Ämter im Kampfe gegen die nahende Epidemie, als das königliche Prager Schloß zur Zufluchtstätte des Kaisers und seines Hofes geworden war.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gleich im September des Jahres 1679 wurde eine eigene Infektions-(Sanitäts-)Kommission eingesetzt und nach Wiener Muster eine Infektionsordnung ausgearbeitet.[5]) Anfangs Oktober erließ die böhmische Kanzlei an die Hauptleute der drei Prager Städte Vorschriften, deren Beobachtung das Einschleppen der Pestansteckung nach Prag verhüten sollte. Verboten war vor allem in Prag der Eintritt für Wiener Geschäftsleute und anbefohlen die Reinhaltung der Prager Gassen; der Schmutz sollte aus der Stadt geschafft werden, die Gassen wurde befohlen zu pflastern und das Eis daraus zu entfernen. Besondere Mannschaft hatte den Auftrag darüber zu wachen, daß niemand nach landläufigem Brauch Spülicht auf die Gassen gieße. Die Fremden sollten aus Prag gewiesen werden; die Aufsicht an den Toren wurde verschärft und kein Gastwirt durfte Leuten Unterkunft bieten, die sich nicht über die durchgemachte Quarantäne ausweisen konnten. Für Personen, die vielleicht doch an der Pest erkranken sollten, wurde die Errichtung eines Lazaretts in Butowitz und Jinonitz unweit Prags angeordnet; in Radlitz sollte eine Kontumazstation eingerichtet werden. Für Rekonvaleszenten wurde ebenfalls die Errichtung einer eigenen Station vorbereitet. In jeder Prager Stadt sollte ein Beobachtungshaus errichtet werden, an das jene Kranken abgegeben werden sollten, von denen man nicht mit Sicherheit wüßte, ob sie wirklich pestkrank seien. Kleidung und Betten nach Personen, die an der Pestseuche gestorben wären, sollten auf der Stelle verbrannt, Häuser, in den ein Pestfall vorgekommen, gesperrt, und Personen, die mit den Kranken in Berührung gekommen, in die Quarantäne geschickt werden. Jede Prager Stadt sollte zwei Wägen beistellen, den einen zum Hinausschaffen der Kranken, den andern zum Abtransport der Toten. Betreff der Juden wurde besonders verfügt. daß sie nicht mit alten Kleidern handeln dürfen und daß ihr Tandelmarkt geschlossen wird. Gleicherweise sollten alle Gasthäuser und Schenken, namentlich vor den Stadttoren, geschlossen werden, da hier verdächtiges Volk einander ein Stelldichein gab und so leicht die Infektion verschleppen konnte. Schließlich wurde angeordnet, daß für die Juden ein eigenes Lazarett im wüsten Hof und in der Mühle zu Klukowitz eingerichtet werden sollte, wo auch die Leichen der Verstorbenen begraben werden sollten.[6])

Doch trotz all dieser strengen Vorschriften, die — wie aus dem fernern Verlauf der Ereignisse hervorgeht — zum größten Teile ein Fetzen Papier blieben, traten bereits in den ersten Monaten des Jahres 1680 die ersten Pestfälle auch in Prag auf, und zwar zuerst in der Judenstadt.[6]) Ursache davon war freilich nicht bloß die Nichtbeachtung der Infektionsvorschriften, sondern vor allem der desolate hygienische Zustand des damaligen Prag im allgemeinen und der Judenstadt im

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

besonderen. Überdies war nach dem Beispiel des Hofes Prag in dieser Zeit überhaupt zur Zufluchtsstätte aller geworden, die von pesterfaßten Orten geflüchtet waren. Auch ins Prager Ghetto, das vordem ohnedies für die große jüdische Bevölkerungszahl nicht ausreichte, war eine Menge Juden aus den von der Epidemie betroffenen Nachbarländern geströmt, wodurch die Gefahr einer katastrophalen Ausbreitung der Ansteckung nur stieg. Die Ämter erkannten immerhin rechtzeitig, welche Gefahr für die Prager Städte die über die Maßen übervölkerte Judenstadt bedeute, und so hatten die Stathalter bereits am 18. August 1679 eine besondere Kommission bestellt, der die Aufgabe übertragen wurde, alle Juden zu verzeichnen, die damals im Ghetto wohnten, und alle Fremden daraus zu entfernen.[7]) Das war der erste Reduktionsplan. Sein Programm war gewiß noch sehr gemäßigt.

Die verordnete Reduktionskommission, der Wenzel Karl Czabeliczky von Sautitz präsidierte, ließ die angeordnete Konskription durch die Judenältesten vornehmen, welche jedoch keineswegs unparteiisch verfuhren; es geht dies aus dem Proteste der ins Verzeichnis nicht Aufgenommenen hervor, die somit hätten Prag verlassen müssen. Es ist begreiflich, daß die ansässigen Prager Juden geneigt waren, diese günstige Gelegenheit auszunützen, um aus dem Ghetto unbequeme Personen zu entfernen, namentlich wollten sie sich angeblich — wie die Beschwerde der betroffenen Juden meldete — der verhaßten Fiskaldenunzianten entledigen. Die gegen das Konskriptionsverfahren der Judenältesten erhobenen Beschwerden waren entschieden berechtigt, wie das Erkenntnis der böhmischen Kanzlei vom 5. September besagt. Damit wurde verfügt, die Reduktionskommission solle sich durch die Konskription der Judenältesten keineswegs gebunden erachten, sondern solle eine neue Konskription anstellen, in welche nur jene Juden einzubeziehen seien, die entweder vom Kaiser Paß und Indult besaßen, oder behaust waren und Kontribution zahlten. Diejenigen Juden, die in dieser Liste nicht verzeichnet waren und daher abgeschafft werden sollten, waren gesondert zu verzeichnen. Die Liste der Ausgewiesenen sollte laut statthalterischen Auftrags zweiteilig gehalten sein: in der einen Abteilung waren die unbehausten und keine Kontribution zahlenden Juden zu verzeichnen, in der andern diejenigen, welche zwar auch nicht ansässig waren, aber doch eine geringe Kontribution zahlten, und die, deren Wandel nicht tadellos war oder gegen die irgendein Verdacht vorlag. Aus dieser Verordnung geht auch hervor, wie der ursprüngliche Reduktionsplan erweitert worden war. Er sollte nunmehr nicht bloß die Fremden treffen, die im Prager Ghetto Schutz vor der Pest suchten, sondern auch die Juden, welche schon früher im Ghetto saßen, jedoch ohne Inkolat. Die Absicht dieses Reduktionsplanes ging offen-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

bar dahin, diejenigen Juden zu entfernen, die von den Ämtern kollektiv als „nichtsnutziges Judengesindel" charakterisiert zu werden pflegten.

Gegen eine solche Reduktion stellte sich das Prager Ghetto grundsätzlich nicht, denn sie kam ihm in mehr als einer Hinsicht gelegen, namentlich wenn es dabei Personen abstoßen konnte, die den Altansässigen lästig fielen. Aber gerade aus diesen Gründen wollten die Judenältesten die Durchführung der Konskription nicht aus der Hand geben und darum protestierten sie gegen die Verordnung vom 5. September. Die böhmische Kanzlei gab ihnen wirklich nach — Beweggrund dazu war vermutlich auch der Umstand, daß den christlichen Beamten ein längerer Aufenthalt in der Judenstadt in mehrfacher Hinsicht nicht gerade angenehm war; die böhmische Kanzlei trug also der Reduktionskommssion auf, sie solle zwar die Konskription durch die Judenältesten besorgen lassen, jedoch selbst ihre Resultate revidieren. Den Judenältesten wurde angedroht, sie hätten die Vertreibung aus Prag gleichzeitig mit denen zu gewärtigen, welche von ihnen etwa zu Unrecht ins Verzeichnis eingetragen würden, falls sie sich bei dieser Gelegenheit irgendwelchen Betrug zuschulden kommen ließen.

Die Judenreduktionskommission hatte zwar bereits am 30. September den Judenältesten die Vornahme der Konskription nach den angedeuteten Richtlinien der böhmischen Kanzlei aufgetragen,[8]) aber zur Vollziehung dieses Befehles kam es erst verhältnismäßig sehr spät, wenn wir bedenken, daß es doch darum zu tun war, das überfüllte Ghetto angesichts der von Tag zu Tag wachsenden Pesteinschleppungsgefahr rasch zu reduzieren. Erst in der zweiten Jännerhälfte 1680 wurde mit Dekret der böhmischen Hofkanzlei, welche nach den geltenden Normen während des Aufenthaltes des Hofes in Prag die Verwaltung Böhmens übernommen hatte, die Reduktionskommission, welche von den Statthaltern bereits am 18. August des Vorjahres ernannt worden war, genehmigt und nachträglich als Vertreter der böhmischen Kammer Johann Paul Walderode von Eckhausen nominiert. Die Kommission erhielt den Auftrag, angesichts der Gefahr der Pestausbreitung sofort mit der Durchführung der ergangenen Verordnungen zu beginnen.[9]) Die Judenältesten legten das fertiggestellte Verzeichnis erst am 4. Feber vor, und die Reduktionskommission sandte es gleichzeitig mit ihrem Gutachten am 12. Feber an die böhmische Hofkanzlei. Es ist klar, daß die Kommission binnen dieser knappen Zeit unmöglich eine tiefergehende Revision des vorgelegten Verzeichnisses durchführen konnte; es war übrigens keine Zeit dazu, da in Prag bereits die ersten Pestsymptome auftraten. Die böhmische Hofkanzlei nahm ebensogut wie die Reduktionskommission die vorgelegten Verzeichnisse zur Grundlage ihrer weiteren Amtshandlung und trug am 1. März der soeben errich-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

teten Sanitätskommission die unverzügliche Durchführung der Reduktion der Prager Ghettobevölkerung auf. Die ausgewiesenen Juden sollten binnen drei Wochen aus Prag ausziehen, doch nicht an einen beliebigen Ort, sondern sie sollten in eine entfernte Quarantäne geschafft werden, um die Ansteckung nicht auf dem Lande zu verbreiten. Außerdem wurde angeordnet, vom jüdischen Tandelmarkt alle Juden zu entfernen, die keine eignen Läden hatten; wie ersichtlich, wurde der Befehl bezüglich Sperrung des jüdischen Tandelmarktes nicht durchgeführt. Gleichzeitig wurde die Reduktion des jüdischen Tandelmarktes einer besonderen Kommission anvertraut.[10])

Die angeführten Richtlinien für die Judenreduktion erfuhren eine gewisse Abänderung durch eine am 9. März erschienene Vorschrift der böhmischen Hofkanzlei. Danach sollten aus der Judenstadt binnen drei Wochen unter Todesstrafe einerseits alle jene Personen entfernt werden, die schon einmal aus Prag ausgewiesen worden, aber wieder zurückgekommen waren; außerdem sollten auch alle diejenigen Prag verlassen, die keine Kontribution zahlten, und schließlich die Hälfte der kleinen Kontribuenten, die weder in die erste noch in die zweite Kontributionsklasse eingereiht waren.[11]) Die Vorbereitungsarbeiten der Reduktionskommision waren nach sovielen Verzögerungen endlich so weit fortgeschritten, daß an der Hand des von den Judenältesten angelegten Verzeichnisses die Zahl der Juden festgestellt war, die in kürzester Zeit Prag verlassen sollten. Gegen Ende März meldete die Judenkommission, daß unter die Reduktionsvorschrift im ganzen 1337 Judenfamilien fallen, d. h. mehr als ein Drittel aller damals in Prag wohnhafter Juden, deren man in 318 Häusern insgesamt 7.113 Personen[12]) über 10 Jahre gezählt hatte. Gleichzeitig beantragte dann die Kommission, zwecks Kontrolle den Schreibern an den Stadttoren aufzutragen, diejenigen Juden zu verzeichnen, welche Prag verließen. Diese Vormerkungen sollten täglich der Reduktionskommission vorgelegt werden.[13])

Doch auch damit war im Reduktionsplan noch nicht das letzte Wort gesprochen; an Stelle des Reduktionsprogramms sollte ein Exstirpationsprogramm treten. Es bildet keine Überraschung, daß in einer Atmosphäre, welche mit Angst vor dem schrecklichen Gaste erfüllt war, der bereits durch mehrere Todesfälle seine grauenvolle Gegenwart angezeigt hatte, der Gedanke auftauchte, die Juden aus Prag überhaupt zu entfernen. Zu diesem Vorschlag führte jedoch nicht bloß die Befürchtung vor der Judenstadt als einem fruchtbaren Nährboden ansteckender Krankheiten — diese gab vielmehr bloß den geeigneten und auch sehr wirksamen Vorwand ab —, sondern auch das seit geraumer Zeit empfundene Verlangen, die für die Christen lästige wirtschaftliche

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Konkurrenz der betriebsamen Juden aus Prag zu beseitigen. Anreiz zu diesem Exstirpationsplan gab jedenfalls auch die jüngst erfolgte Vertreibung der Juden aus Wien, deren ungünstige wirtschaftliche Auswirkung seit einigen Jahren die Prager christlichen Handels- und Handwerksleute zu spüren bekamen, weil ein beträchtlicher Bruchteil der Wiener Juden i. J. 1670 nach Prag übersiedelt war und sich hier mit kaiserlicher Erlaubnis niedergelassen hatte, nicht ohne freilich eine bestimmte Kontributionssumme auf sich zu nehmen. Der Zeitpunkt zur Durchführung des Exstirpationsplanes schien äußerst gelegen, da die persönliche Anwesenheit des gegen die Juden stark eingenommenen Kaisers Leopold I. in Prag ausgenützt werden konnte. Ein Blick aus den Fenstern des Prager Schlosses auf das enge Ghetto zu einer Zeit, da der ganze Hof aus Angst vor der Pest zitterte, bestätigte einen Teil der für völlige Exstirpation sprechenden Argumente und ließ auch die übrigen glaubwürdig erscheinen. Aus den erhaltenen Akten geht freilich nicht mit voller Sicherheit hervor, von wem die Initiative zu dem Gedanken ausging, diese günstige Gelegenheit zur Vertreibung der Juden auszunützen; es scheint jedoch fast unzweifelhaft, daß ähnlich wie i. J. 1689 der Ausganspunkt des Extirpationsprogramms in der Altstädter Gemeinde zu suchen ist. Der Kaiser, ein grundsätzlicher Judenfeind, hat den Exstirpationsplan sicherlich mit Befriedigung aufgenommen; — die judenfeindliche Einstellung Leopolds I. ergibt sich neben andern Beweisen auch daraus, daß er bis dato nach dreiundzwanzigjähriger Regierungsdauer und noch lange darauf den Prager Juden ihre Privilegien noch nicht bestätigt hatte, offenbar um sich durch eine Konfirmation nicht die Hände zu binden. Gegen Ende März 1680, also während die Kommission den Reduktionsvorschlag einbrachte, entschied der Kaiser, alle Juden ohne Unterschied der Ansässigkeit und Kontributionspflicht sollten aus Prag abgeschafft und nach Lieben übersiedelt werden.

Doch diese großzügige Resolution — „dieses heylsame Werck" — konnte, wie die böhmische Hofkanzlei am 25. Mai 1680 der Hofkammer meldete, aus Mangel an finanziellen Mitteln zur Ablösung der Judenhäuser nicht in die Tat umgesetzt werden,[15]) und so mußte das Exstirpationsprogramm wieder vor dem Reduktionsplan zurücktreten; zum Ersatz für dieses Zugeständnis sollte die Zahl der reduzierten Juden neuerdings erhöht werden. Die böhmische Hofkanzlei befahl nicht bloß in erster Linie diejenigen Juden zu entfernen, welche im Verzeichnis der Ausgewiesenen standen, sondern erweiterte das Reduktionsprogramm in dem Sinne, daß künftighin in einem Judenhause nicht mehr als zwei Familien wohnen sollten; — das ist binnen kurzer Zeit schon die dritte Durchführungsverordnung, die davon Zeugnis ablegt,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

daß die Amtskreise keineswegs an übermäßiger Programmklarheit litten, sondern vielmehr durch die Entwicklung der Ereignisse mit fortgerissen wurden. Für die andern Juden sollten in Lieben und an andern entlegenen Orten auf Kosten der Prager ansässsigen Juden neue Wohnstätten geschaffen werden; denn die Prager ansässigen Juden drangen selber darauf, daß einige, namentlich arme Juden aus dem Ghetto entfernt würden. Die Vertreibung der überzähligen Juden sollte unter Aufsicht von Egerer, Frankfurter und anderen fremden Juden vor sich gehen, damit so Betrügereien verhindert würden; die fremden Aufsichtsjuden sollten auch Vorschläge erstatten, welche Juden in Prag zurückbleiben und welche abgeschafft werden sollten. Ein gleicher Vorschlag sollte von den Prager Judenältesten erstattet werden.[16]) Ein Dekret der böhmischen Hofkanzlei schließlich machte den Versuch, auch dem Privileg Ferdinands II. an die Altstädter Gemeinde vom 8. April 1627 durch die Bestimmung Rechnung zu tragen, daß die 36 Häuser, welche die Juden außerhalb des eigentlichen Judenstadtbereiches innehatten,[17]) aus jüdischer Hand abgelöst werden sollten. Gleichzeitig wurde angeordnet, daß keiner von den tolerierten Prager Juden berechtigt sei, in seine Wohnung einen ausgewiesenen oder fremden Juden aufzunehmen, eine Übertretung, die mit der strengen Strafe der Vertreibung geahndet werden sollte. Damit dieser Befehl wirklich durchgeführt werde, waren halbjährliche Visitierungen der Judenhäuser angeordnet.[18])

Wie ersichtlich, wäre durch Verwirklichung der Reduktion im Sinne des böhmischen Hofkanzleibefehls vom 25. Mai 1680 die Zahl der Prager Juden sehr wesentlich herabgesetzt worden. Die Zahl der Häuser im Ghetto sollte von 318 auf 282 sinken — also fast auf jene Zahl, die die „Judengasse" vor Erwerb der Liechtensteinhäuser aufwies — und in den 282 Häusern wurde der Aufenthalt bloß 564 Familien gestattet (etwa 3000—4000 Personen).[19]) Doch es kam nicht zur Durchführung dieses so weitreichenden Befehls und die zehnmonatigen Vorbereitungen zur Judenreduktion waren völlig zwecklos getan. Die böhmische Hofkanzlei kam zur Publikation ihrer Verordnung erst zu einer Zeit, da der regelmäßige Ablauf des täglichen Lebens in Prag schon völlig gestört war. Die Pestseuche führte in den nächsten Monaten auf natürlichem, aber freilich grauenvollem Wege eine Judenreduktion in einem Umfange durch, der alle jene Pläne übertraf.[20]) Bereits im Mai d. J. 1680 hatte sich die Pest in den Prager Städten in solchem Maße ausgebreitet, daß die Schulen geschlossen werden mußten und die Beamtenschaft sowie die wohlhabenden Klassen der Bevölkerung eilends aus der verpesteten Stadt abreisten; am 20. Mai, also noch vor der letzten Veröffentlichung bezüglich der Judenreduktion, flüchtete auch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der Kaiser mit seinem Hofe.[21]) Es gab niemanden, der über die Durchführung der erlassenen Befehle gewacht hätte, es gab freilich auch niemanden, der gewillt gewesen wäre, die erlassenen Befehle zu befolgen. Die nach älteren Beispielen von der Sanitätskommission verfügte Isolierung des Ghettos aber vollbrachte das gräßliche Werk des Verderbens.

Die Pest v. J. 1680 forderte unermeßliche Opfer nicht allein unter der jüdischen, sondern auch unter der christlichen Prager Bevölkerung. Nach den amtlichen Listen starben in den drei Prager Städten vom September d. J. 1679 bis Dezember 1680 insgesamt 15.137 Personen, davon 11.608 Christen und 3.529 Juden; mindestens 90% der Sterbefälle sind auf Konto der Pest zu setzen. Ein Vergleich mit dem Ergebnis der Prager Judenzählung, welche zu Beginn d. J. 1680 (also mit dem Stande von Ende 1679) von der Reduktionskommission durchgeführt wurde und zur runden Zahl von 7.100 jüdischen Personen über zehn Jahre gelangte, zeigt, daß der Pestplage die volle Hälfte der Prager Judenschaft erlag. Der perzentuelle Verlust der christlichen Bevölkerung war dank der hygienischeren Verhältnisse zwar etwas geringer, doch überstieg er immerhin ein Drittel der Gesamtzahl der Prager christlichen Bevölkerung.[22])

Ein dauerndes Denkmal der großen Pest bildet für die Prager Juden ihr Friedhof in Wolschan. In der ersten Hälfte des XV. Jahrhundertes hatten sich die Juden in ihrer Altstädter Siedlung einen neuen Friedhof eingerichtet und gaben den Friedhof auf der Prager Neustadt auf, der ihnen vielleicht schon seit den Zeiten König Přzemysl Ottokars II. als letzte Ruhestätte gedient hatte.[23]) Trotz der primitiven hygienischen Begriffe des XVII. Jh. war es den Ämtern klar, daß das Bestatten der Pestleichen innerhalb der Stadt sehr gefährlich sei. Daher wurde bei Ausbruch der Pest i. J. 1680 sowohl Christen als Juden angeordnet, außerhalb Prags zu begraben. Die Gemeinden Altstadt und Neustadt kauften anfangs d. J. 1680 einen neuen Friedhofplatz in Wolschan, und dasselbe wurde den Juden aufgetragen. Die böhmische Hofkanzlei ersuchte anfangs Jänner 1680 die böhmische Kammer, den Juden den Kauf eines Feldes zu vermitteln, wo die Leichen der unter verdächtigen Umständen Verstorbenen begraben werden sollten.[24]) Gleich am 11. Jänner kauften auf diesen Befehl die Prager Juden vom Gärtner aus dem Spitalhof Johann Andreas Niemecz ein Stück Feld, „wenn man nach Wolschan geht, an der Straße liegend", und verpflichteten sich dafür einen Jahreszins von acht Schock für ewige Zeiten zur Widmut von St. Heinrich auf der Prager Neustadt zu leisten. Der Kaufvertrag darüber, der beim Prager Weinbergmeisteramt am 12. Jänner 1680 abgeschlossen worden war, wurde sowohl von der böhmischen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Kammer wie vom erzbischöflichen Konsistorium genehmigt und den Juden gestattet, das gekaufte Feld mit einer Mauer zu umfrieden, die allerdings erst i. J. 1684 erbaut wurde. Die Friedhofsfläche maß 228×40 Ellen und in der Mitte war ein Brunnen. Bis 1684 war bereits eine Fläche von 118×20 Elen mit Gräbern belegt und die Juden hatten die Absicht, auf dem Friedhof neben dem Häuschen für den christlichen und den jüdischen Wächter auch ein Krankenhaus zu errichten.

Die Pestplage vom Jahre 1680 hatte für das Prager Ghetto nicht bloß einen ungeheuren Volksverlust, sondern auch eine schwere wirtschaftliche Katastrophe zur Folge, weil nicht bloß der Verkehr mit dem übrigen Prag völlig aufgehört hatte, sondern auch die Verbindung mit dem Lande ganz unterbrochen und jeglicher Handelsverkehr unmöglich geworden war. Die Ämter unterbanden eine Zeitlang die Zufuhr fremder Ware nicht allein den Juden, sondern auch den Christen, und noch i. J. 1682 waren normale Verhältnisse immer noch nicht wiederhergestellt.[25]) Die grauenvolle Pest und die durch sie bedingte Zerrüttung von Wirtschaft und Leben bei Juden wie bei Christen brachte es mit sich, daß das weitausgreifende Programm der Judenreduktion auch dann nicht zur Durchführung gelangte, als die Verhältnisse wieder in normale Bahnen einlenkten. Es war dies freilich nicht im mindesten als ein Vergessen dieses Programms zu werten, umsoweniger als sich die Volkskraft des Prager Ghettos rasch erneuerte und die Altstädter Bevölkerung wieder unter dem Drucke der jüdischen Konkurrenz zu leiden begann. Es war ein bloßer Aufschub, weil man eine nächste günstige Gelegenheit abwartete, um dann mit dem Versuch einer radikalen Lösung der jüdischen Frage neuerlich entschlossen hervorzutreten. Diese günstige Gelegenheit stellte sich sehr bald ein, als am 21. Juni 1689 die ganze Prager Judenstadt in Asche sank.

Anmerkungen zum 2. Kapitel.

[1]) Konzept in den Akten des Archivs des Ministeriums des Innern in Prag, E 2/4 st., woselbst auch das übrige hier benützte Material erliegt.

[2]) Seine Absicht, Wien zu verlassen und sich nach Prag zu begeben, gab der Kaiser den Statthaltern mit Hofkanzleidekret vom 19. August 1679 bekannt. Mit Dekret vom 21. August wurden die Statthalter in Kenntnis gesetz, daß die Kaiserreise über Deutschbrod, Časlau, Kolin und Böhmischbrod führen werde. Später wurde jedoch dieses Itinerar abgeändert. Von Wien begab sich der Kaiser nach Iglau, von wo aus am 11. September den Statthaltern angezeigt wurde, daß der Hof auf seinem Wege nach Prag über Pilgram, Rotřečitz, Křelowitz, Košetitz, Wlašim, Beneschau, Dneshek und Jesenitz kommen werde. — Die zit. Akten in E 2/5 st.

[3]) Reichliches Material mit Konzepten der statthalterischen Pestverfügungen vor Ankunft des Kaisers nach Prag erliegt in E 2/5 st.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[4]) In E 2/4 st. ist sowohl eine Abschrift der für Wien erlassenen Infektionsordnung erhalten als auch das Konzept der böhmischen Infektionsordnung mit der Überschrift „Ustanovený řád . . ." (In deutscher Übersetzung lautet die langatmige Überschrift: Festgesetzte Ordnung von Ihren Exzellenzien . . ., wie sich sowohl die Obrigkeit als auch die Magistrate . . . in königlichen und andern Städten, auch alle Einwohner im Königreich Böhmen . . ., wenn wider Verhoffen irgendeine Pestansteckung oder ansteckende Krankheiten in dieses Königreich Böhmen oder in der Nachbarschaft liegende Länder sich einschleichen oder im Lande entstehen sollten, sich zu verhalten haben). Dieser „Ustanovený řád" wurde jedoch frühestens erst anfangs 1680 konzipiert (es wird bereits der Judenfriedhof in Wolschan erwähnt). Für die Prager Juden waren neben den Vorschriften, die für sie ebenso bindend waren wie für die Christen, noch Sonderbestimmungen angeschlossen: 1. das Verbot, fremde Juden aufzunehmen, unter Todesstrafe; 2. Durchführung einer Judenkonskription und „was über die ausgesetzte Zahl befunden wird, als überflüssiges und unnützes schädliches Gezücht und Unrat aus Prag zu vertreiben"; 3. das Verbot, Waren aus verdächtigen Orten nach Prag zu bringen; 4. Entfernung allen Schmutzes aus Judenhäusern und Gassen; 5. sobald unter den Juden „irgendwelche gefährliche und verdächtige Krankheiten" auftreten, ist ihnen Handel und Wandel mit Christen verboten; 6. unter Todesstrafe wird den Juden untersagt, „in Klöstern und Christenhäusern aus und einzugehen, auf Gassen (und) Plätzen umherzulungern . . . und ihre Waren zu verkaufen . . .; 7. den Liebener Juden wird während der Pestzeit — wiederum unter Todesstrafe — der Eintritt nach Prag verwehrt; 8. die jüdischen Ärzte und Barbierer sollten sich mit Arzneien versorgen, „worauf die Herren Ärzte und Barbierer, die ohnedies von den löbl. vier Ständen lange genug in Ruhe eine gewisse Besoldung und Belohnung genossen, fleißig nachschauen sollen und jeden Monat die Apotheken und Barbierstuben visitieren unter der Strafe des Verlustes besagter ausgesetzter Bezahlung"; 9. die an einer ansteckenden Krankheit erkrankten Personen sollten in ein besonderes Lazarett geschafft werden; 10. „wer von ihnen (näml. den Juden) an einer Pest- oder verdächtigen Krankheit umstehen (im Konzept stand ursprünglich: sterben) sollte, soll nicht hier in der Stadt, sondern auf ihrem unweit Wolschan angewiesenen Orte in einer tiefen Grube vergraben und mit ungelöschtem Kalk beschüttet werden"; 11. sollte sich in der Judenstadt die Pest ausbreiten, so soll diese Stadt gesperrt werden, und niemand darf heraus noch jemand hinein.

[5]) Dekret der Statthalter vom 3. Oktober 1679 in E 2/4 st. (Klukowitz, heute zur Ortsgemeinde Hlubočep im Gerichtsbezirk Smichov gehörig).

[6]) Vgl. Rezek-Svátek, Dějiny Čech a Moravy nové doby (= Neuzeitliche Geschichte Böhmens und Mährens), Bd. III_2, S. 123 f; nach Svátek (l. c. 129) traten die ersten Pestfälle in Prag erst im Feber 1680 auf. Dagegen wird im Dekret der böhmischen Hofkanzlei vom 3. Jänner 1680 (ČDK IV T 1, 4 ex 1680 im Archiv des Min. d. Innern, Prag) festgestellt, daß nach dem Berichte der Sanitätskommission in der Judenstadt verdächtige Krankheiten aufgetreten seien, „worauf auch 8 bis 9 personen gestorben." Es handelte sich dabei freilich bloß um vereinzelte Fälle, die Massenepidemie stellte sich erst in den warmen Monaten ein.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[7]) In die Kommission wurden ernannt: Wenzel Čzabeliczky von Sautitz, Heinrich Julius Freiherr von Blum, Johann Peter Hubrig von Hennersdorf und JUDr. Nikolaus Franz Nikolai, Landesadvokat; vgl. den Bericht der Judenreduktionskommission v. J. 1715 in ČDK IV T 1, ad 3 ex 1719.

[8]) Ins Verzeichnis sollten die Juden von 10 Jahren aufwärts aufgenommen werden.

[9]) Konzept des Dekretes vom 18. Jänner 1680 in ČDK IV T 1, 5 ex 1680. Es ist daher nicht richtig, was bei A. Pribram, Das böhmische Commerzcollegium etc. S. 56, Anm. 1 steht, daß die Reduktionskommission erst am 18. Jänner 1680 eingesetzt worden sei. Bis zu diesem Zeitpunkt war allerdings in der Kommission die böhmische Kammer nicht vertreten, die jedoch bereits am 2. Jänner 1680 (vgl. ČDK IV T 1, 4 ex 1680) von der böhmischen Hofkanzlei aufgefordert worden war, ihre Vorschläge zur Judenreduktion zu erstatten. Die böhmische Hofkanzlei drang am 29. Jänner 1680 darauf, die mit der Judenreduktion verbundenen Arbeiten zu beschleunigen (l. c. 6 ex 1680).

[10]) In diese Kommission wurden ernannt: der Altstädter Hauptmann Graf Kolowrat, Peter Stupart und der Altstädter Königsrichter Wirth, und der Kommission wurde am 9. März aufgetragen: „daß zur vermeydung des geträngs in den tandlmarckt kein Jud, so keine stelle oder gewölb in tandlmarckt besitzet, bey leib- und lebensstraf aus der Judengassen nicht gehen .. solle."

[11]) Dekret an die Reduktionskommission dd. Prag, 9. März 1680 in ČDK IV T 1, 7 ex 1680; vgl. auch das Dekret an die Infektionskommission vom gleichen Datum l. c. 2 ex 1680.

[12]) Bericht der Reduktionskommission dd. präs. 27. März und Verzeichnis der Juden, die Prag verlassen sollten, in ČDK IV T 1, 8 ex 1680. Die Reduktionskommission zählte, wie erwähnt, in der Judenstadt insgesamt 7.113 Juden in 318 Häusern. Davon sollten entfernt werden: 1.) 473 fremde Juden (die Angabe von Wolf, Die Juden in der Leopoldstadt im 17. Jahrh., S. 34, wiederholt von Pribram l. c. 56 Anm. 2, daß i. J. 1679 im Prager Ghetto bloß 73 Fremde waren, ist — wie ersichtlich — unrichtig); 2.) 171 solche, die schon früher abgeschafft, aber wieder nach Prag zurückgekehrt waren; 3.) 112 Juden oder vielmehr Judenfamilien, die keine Kontribution zahlten; 4.) 581 Juden, die lediglich eine geringe Kontribution zahlten. Im ganzen sollten 1.337 jüdische Familien entfernt werden (nicht Einzelpersonen, wie J. Pekař, České katastry [= Die böhmischen Kataster] S. 170 Anm. 3 nach einem Elaborat in den Bohemica der Kinsky-Bibliothek VII, 346—71 anführt) oder — wie die Judenreduktionskommission i. J. 1715 (ČDK IV T 1, ad 3 ex 1719) berechnet — 4.011 Personen. Die zuletzt angeführte Zahl entstand allerdings vermutlich bloß durch Kombination (1337×3). Die Ziffer 7.113 gibt offenbar nicht die Zahl sämtlicher Juden im Prager Ghetto, weil mehrere Gründe zur Vermutung zwingen, daß i. J. 1679 im Ghetto eine höhere Population vorhanden war als i. J. 1638, da man in Prag 7.815 Juden zählte. Daher ist dafürzuhalten, daß sich die Konskription v. J. 1680 bloß auf die über 10 Jahre alten Juden bezog, wie übrigens bereits am 30. September 1679 laut statthalterischen Befehls die Reduktionskommission den Judenältesten angeordnet hatte. Samt den Kindern besaß das Prager Ghetto vor der großen Pest, wie man nach andern verläßlichen Daten kombinieren kann, sicherlich gegen 11.000 Ein-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

wohner. Bei dieser Konskription hatten die Judenältesten die Judenstadt in fünf Viertel eingeteilt.

[13]) Die Reduktionskommission befahl zwar den Judenältesten, am Samstag den 23. März 1680 auf ortsübliche Weise, d. h. in den Synagogen, die Liste der Ausgewiesenen kundzumachen, welche bis zum 13. April Prag verlassen sollten, machte aber selbst die Statthalter darauf aufmerksam, daß die festgesetzte dreiwöchige Frist zu kurz sei, zumal auf dem Lande noch die Quarantänebaracken im Sinne des Dekrets vom 9. März nicht errichtet waren. Mit Dekret vom 8. April (ČDK IV T 1, 8 ex 1680) wurde der Termin für den Abzug der Juden bis zur Fertigstellung der Quarantänestationen erstreckt.

[14]) Vgl. V. Schulz, Příspěvky k dějinám moru etc. (= Beiträge zur Geschichte der Pest) Nr. 106, S. 99—100.

[15]) Die Juden sollten natürlich für die Häuser, die sie zu verlassen hatten, eine Bezahlung erhalten, umsomehr als auf den Judenhäusern große Christenhypotheken hafteten. Der Altstädter Rat erinnerte i. J. 1689 (ČDK IV T 1, 4 ex 1689): „unsere stadtbücher und die anno 1679, als die rede gegangen, daß die Juden hinweg kommen sollen, bey uns gethane conductiones oder gerichtliche zuesprüche auf ihre vermogen dargeben, daß sie weith ein mehreres schuldig sein, als in ihren vermogen gestanden, also alles nur lauter Christen gueth und schweis gewesen."

[16]) Es drehte sich hier offenbar um zwei Sachen: zuerst sollten diejenigen Juden entfernt werden, die von der Reduktionskommission beantragt waren, aber die danach verbliebene Judenschaft sollte in der Weise reduziert werden, daß in jedem Judenhause nur zwei Familien verbleiben sollten.

[17]) „. . . wird ausdrücklich befohlen die 36 häuser, welche die Juden außer ihrem bezirke meistens in der nähe der kirche zum h. Geist, h. Kreuz und der PP. Paulaner bisher innegehabt, wieder in Christenhände zu bringen und die Juden in die sogenannte Judengasse (Judenstadt) zurückzuweisen": ČDK IV T 1, 1 ex 1680.

[18]) Reskript an den Gf. von Sternberg vom 25. Mai 1680 und Insinuat an die Hofkammer vom gleichen Datum in ČDK IV T 1, 1 ex 1680.

[19]) Würden wir so rechnen wie die Reduktionskommission i. J. 1715 (auf eine Familie 3 Personen), dann hätten in Prag bloß 1.692 Juden verbleiben sollen. Doch scheint die Schätzung der Kommission v. J. 1715 etwas niedrig zu sein: ein um 80—90% höherer Stand dürfte der Wahrheit näherkommen.

[20]) Die Reduktionskommission bemerkt i. J. 1715 (ČDK IV T 1, ad 3 ex 1719): „auch der anfang darmit (d. h. mit der Reduktion) würcklich gemacht, jedoch wegen der damahligen heftig zugenommenen contagion — damit die hinausgehenden Juden das land nicht inficiren mochten — zum vollständigen effect nicht gebracht worden."

[21]) Vgl. Svátek l. c. S. 133—4.

[22]) Ein Verzeichnis der i. J. 1680 an der Pest verstorbenen Juden hat sich in E 2/7 st. erhalten: es wurde über amtlichen Auftrag von den Juden selbst angelegt (unterschrieben: Mayer Winternitz und Aron Wahle). Die Zahl der i. J. 1680 an der Pest verstorbenen Christen und Juden wurde bisher verschieden und willkürlich angegeben. J. Beckovský in der Poselkyně (= Botin alter Geschehnisse: herausg. v. Rezek, Teil II_3, S. 521)

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gibt an, daß i. J. 1680: 8.462 Juden gestorben seien, nach Balbin aber starben 7.040 Juden. Svátek l. c. S. 141 reduziert die angeführten Zahlen ganz willkürlich auf 1000 jüdische Personen und seine Angaben werden völlig unbesehen von V. Schulz l. c. in der Einleitung wiederholt. Svátek führt an, i. J. 1680 seien in Prag an der Pest ohne Juden insgesamt 5000 Personen gestorben, mit den Juden zusammen aber 6000. Beckovskýs Angabe (Poselkyně l. c. S. 521), daß in ganz Prag zur angeführten Zeit 32.308 Personen gestorben seien (vorher aber führt Beckovský die Totenziffern der einzelnen Stände an, deren Summe jedoch bloß 12.249 Personen ergibt), wiederholt abgerundet noch J. V. Prášek, Místní vývoj hl. města Prahy (= Lokalentwicklung der Hauptstadt Prag) in der Einleitung zu Chytilův adresář hl. m. Prahy (= Chytils Adreßbuch der Hauptstadt Prag), Nr. II, S. XVII. Auch V. Řezníček, Naše zlatá matička (= Unser goldnes Mütterchen, gemeint Prag), Teil II, S. 60 sagt unrichtig, daß i. J. 1680 die Pest „bloß in Prag über 30.000 Personen in ein frühzeitiges Grab gebracht." Alle erwähnten Angaben über die Zahl der Toten während des schrecklichen Pestjahres sind ohne quellenmäßige Gewähr. Nach den amtlichen Daten aus allen drei Prager Städten (angeführt in Sign. E 2/7 st.) starben vom September 1679 bis Dezember 1680 auf der Altstadt insgesamt 4.351 Christen, auf der Neustadt während derselben Zeit 5.931 Personen und auf der Kleinseite 1.326 Personen. Im ganzen starben daher 11.608 Christen, mit den Juden zusammen aber 15.137 Personen (dazu ist zu bemerken, wie übrigens bereits im Text angedeutet wurde, daß in diese Summe auch diejenigen Personen einbezogen sind, die nicht an der Pest gestorben sind, doch ist ihre Anzahl unbedeutend).

Die Sterblichkeit in den Prager Städten war am größten von April bis August 1680, den Gipfelpunkt erreichte sie im Juni (in der Judenstadt im Juli), wie aus der Tabelle unten hervorgeht, welche die Angaben aus der Altstadt, der Judenstadt und der Neustadt enthält (für die Kleinseite läßt sich zu einer ähnlichen Übersicht vom amtlichen Verzeichnisse kein Gebrauch machen):

	April	Mai	Juni	Juli	August
Altstadt	248	661	1.233	1.127	302
Judenstadt	347	494	545	857	373
Neustadt	349	917	1.790	1.530	397
Zusammen	944	2.072	3.568	3.514	1.072

Die Altstädter begruben ihre Toten entweder in der Stadt oder bei St. Paul (an beiden Orten während der angeführten Zeit zusammen 3.580 Personen) oder in Wolschan (771 P.). Die Neustädter begruben teils in der Stadt (5.375 P.), teils in Wolschan (556 P.). Die Juden hatten den Auftrag in Wolschan zu begraben. Die Zahl der christlichen Bevölkerung in den drei Prager Städten vor der großen Pest belief sich kaum auf 30.000 Personen. — In E 2/6 st. liegen auch noch einige Verzeichnisse über die Zahl der Toten im Pestjahre 1680 von einzelnen Herrschaften und Städten in Böhmen vor — leider nur sehr lückenhaft. So z. B. starben in Klattau vom 1. IV.—23. IX. 1680 . . . 52 Personen. In Schüttenhofen starben in der Stadt während der Woche vom 2. bis 9. November 1680 . . . 20 Personen, auf der Vorstadt 14, zusammen 34 Personen. In Rakonitz starben von Jänner bis Oktober 1680 insgesamt 519 Personen: die Pest begann hier erst im Juni zu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wüten und erreichte ihren Höhepunkt im August, usw. Bei all diesen Zahlen gilt es stets die niedrige Bevölkerungsziffer der böhmischen Städte in der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhundertes im Auge zu behalten.

[23]) Vgl. V. V. Tomek, Dějepis města Prahy (= Geschichte der Stadt Prag). Bd. II, S. 231; Bd. VIII, S. 145 und 155, V. Vojtíšek, Zidovská ulice v Novém Městě pražském (= Die Judengasse auf der Prager Neustadt) im Kalendář česko-židovský Jg. XXXIII (1913), S. 152 f.

[24]) Insinuat der böhm. Hofkanzlei vom 3. Jänner 1680 in ČDK IV T 1. 4 ex 1680.

[25]) Die Akten darüber in E 2/9 st.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

3. Kapitel.

Die Vernichtung des Prager Ghettos durch die Feuersbrunst i. J. 1689 und dessen Erneuerung. Pläne einer Exstirpation und Reduktion der jüdischen Bevölkerung in Prag und Verkleinerung der Judenstadt.

Die Entstehung der Feuersbrunst und deren Umfang. — Das Gesuch der Altstädter Gemeinde um Entfernung der Juden aus Prag. — Die Zustimmung des Kaisers. — Die ablehnende Haltung der böhmischen Kammer, der Neustädter und Kleinseitner Gemeinde. — Das Gutachten der Statthalter. — Das Abrücken der Regierung vom Exstirpationsprogramme (Reskript vom 1. Okt. 1689). — Der Antrag der böhmischen Kammer auf Wiedererrichtung der Judenstadt und auf Reduktion ihrer Bevölkerung. — Die Errichtung einer Kommission zwecks Ausarbeitung eines neuen Ghettoplanes. — Die Schwierigkeiten der zeitweiligen Unterbringung der Juden in Christenhäusern; Konflikt der Statthalter mit dem Erzbischof. — Die Hindernisse bei Herstellung des Planes für die neue Judenstadt. — Der Protest der Juden gegen eine beabsichtigte Verkleinerung der Bauarea und der Ausdehnung des Ghettos. — Der Klausersche Plan eines neuen Ghettos. — Dessen Genehmigung durch Reskript vom 15. April 1690. — Neuerlicher Protest der Judenältesten und dessen teilweise günstiger Erfolg (Reskript vom 4. Juni). — Die Beschwerde der Juden gegen den Altstädter Hauptmann und ihr Erfolg. — Eile der Juden mit Erneuerung ihrer Häuser; eine Rauferei im Ghetto. — Neuerlicher Konflikt der Statthalter mit dem Erzbischof. — Das neue Ghetto ein treues Spiegelbild des alten Ghettos; Begrabung des Reduktionsprogramms.

Die katastrophale Feuerbrunst vom 21. Juni 1689, der binnen zwei Stunden bis auf zwei oder drei Häuser die ganze Prager Judenstadt mit neun Synagogen zum Opfer fiel und die eine Veranlassung zur Erneuerung der Exstirpations- und Reduktionspläne bot, war kurz nach

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Mittag im Christenhause Zum schwarzen Adler in der Karpfengasse (heute Kaprova ul.) ausgebrochen, das damals dem Mitglied des Altstädter Magistrates Salomon Friedberg gehörte; wie die spätere Untersuchung ergab, was das Feuer offenbar von ruchloser Hand gelegt worden und merkwürdige Umstände, unterstützt durch heftigen Wind und sommerliche Dürre, ließen es so gewaltig um sich greifen.[1]) Das rasende Element ergriff in kurzer Zeit nicht bloß einen bedeutenden Teil der Altstadt, soweit sie das Ghetto umschloß, sondern sprang auch auf die Neustadt über, wo es mehr dem 150 Häuser vernichtete.[2]) Als die Juden entsprechend ihrer altherkömmlichen Pflicht gleich nach Ausbruch des Feuers herbeieilten, um das Haus Zum schwarzen Adler zu schützen, wurden sie an den Löscharbeiten gehindert.[3]) Auch der Schutz ihrer eigenen Häuser vor dem erbarmungslosen Element war ihnen unmöglich gemacht, denn die Altstädter Wasserleitung war — unbekannt, aus welchem Grunde — noch vor Ausbruch des Feuers abgesperrt worden, sodaß im kritischen Augenblicke die Wasserbehälter leer waren.[4]) Vom brennenden Hause Zum schwarzen Adler trieb der Wind das Feuer geradewegs in die Judenstadt, sodaß sie in wenigen Augenblicken einem Flammenmeere glich. Das aufgeschreckte jüdische Volk, namentlich Frauen und Kinder, suchten in ihrer Bestürzung begreiflicherweise Zuflucht und Schutz in den von Stein gebauten Synagogen und Häusern, und so kamen unter den Trümmern durch Verbrennen oder Ersticken mindestens an 150 Personen ums Leben.[5]) Das Feuer fraß in den ausgetrockneten, meist hölzernen Judenhäusern hemmungslos weiter, übersprang mit ungeheurer Geschwindigkeit die engen Gäßchen der Judenstadt und vernichtete auch großenteils die bewegliche Habe der Juden. Es war eine Katastrophe, wie sie dem Prager Ghetto bis dahin sicher unbekannt geblieben war, mochte es auch nicht die erste Heimsuchung dieses zerstörenden Elements in der Judenstadt sein: schon vor 122 Jahren, i. J. 1567, war durch ein Schadenfeuer ein Großteil der Judenstadt verheert worden, wiewohl sie allerdings damals keinen solchen Umfang hatte und auch weniger bevölkert war; desgleichen wurde anfangs des XVII. Jahrhunderts, i. J. 1603, eine nicht unbeträchtliche Anzahl jüdischer Häuser durch Feuer vernichtet.[6])

Unter dem unmittelbaren Eindruck des schrecklichen Schlages hatte es den Anschein, als seien die Schäden unheilbar. Später jedoch, als sich die erregten Gemüter einigermaßen beruhigt hatten und die verheerenden Flammen in der Asche erstickten, da zeigte sich, daß die Feuersbrunst trotz ihrer Ausdehnung doch nicht alles so vollständig vernichtet hatte, wie es die erste Weile scheinen wollte, und daß sich namentlich unter der dicken Aschenschicht, die die Brandstätte bis zu einer Mäch-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

tigkeit von acht Ellen bedeckte und nicht bloß die Grund- und Untermauern der Häuser, sondern auch die dauerhaft gewölbten Keller und die gemauerten Räume zu ebener Erde barg, noch manches Wertvolle erhalten hatte.[7])

Mehr als eine Ursache ließ die Katastrophe so großen und verheerenden Umfang annehmen. Der Wassermangel und die ungünstige Windrichtung brachten es wie erwähnt mit sich, daß an ein Löschen der durch die vorangegangene Trockenheit ausgedörrten Häuser garnicht zu denken war, zumal auch in der Judenstadt Brandlegung anzunehmen ist, sogar an mehreren Seiten.[8]) Gleich verhängnisvoll wirkte der Umstand, daß die Judenstadt mit ihren schmalen und krummen Gäßchen auf einer so kleinen Baufläche zusammengepfercht war und daß die mit den allerunterschiedlichsten und größtenteils brennbaren Warenvorräten, mannigfaltigen Abfällen und Unrat angefüllten Judenhäuser zu einem guten Teil von Holz gebaut waren, mochte auch im Ghetto nicht alles bloß aus Holz und Lehm bestehen, wie es unmittelbar darauf die Altstädter Gemeinde schilderte.[9]) Jene Verhältnisse, die vor zehn Jahren der verheerenden Wirkung der Pest Vorschub geleistet hatten, führten auch in erster Linie das Umsichgreifen der jetzigen Katastrophe herbei.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß dieser schreckliche Brand die Prager Judengemeinde in furchtbares Unglück und Elend stürzte. In materieller Hinsicht überwog es die Folgen der jüngsten Pestplage bedeutend, wiewohl auch dessen moralische Auswirkung keineswegs unterschätzt werden darf. Es überrascht nicht, daß gerade in diesem Augenblick jüdischer Verzweiflung auf christlicher Seite der i. J. 1680 aus Mangel des zum Auskauf der Judenhäuser erforderlichen Geldes vereitelte Plan wiederkehrte;[10]) die völlige Vernichtung der Judenstadt schien dem alten Programm der Altstädter Gemeinde, das namentlich aus wirtschaftlichen Gründen nach Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus Prag rief, entgegenzukommen. Noch unter dem unmittelbaren Eindruck der Vernichtung des Ghettos, kaum eine Woche nach dem Brand, unterbreitete der Altstädter Rat dem Kaiser ein Memorandum, worin er die Gründe seines Ersuchens um Entfernung der Juden aus Prag zusammenfaßte.[11]) Die Denkschrift machte natürlich in erster Linie Gebrauch von dem alleraktuellsten Motiv. Es entsprach zwar im Wesen der Wahrheit, war jedoch angesichts der Wirklichkeit etwas übertrieben, wenn der Altstädter Rat behauptete, die Ursache der großen Ausbreitung des Feuers sei darin zu suchen, daß die Judenhäuser aus lauter Holz und Lehm gebaut waren und dicht nebeneinander standen. Die Juden konnten doch wirklich nicht dafür, daß ihre Häuser auf eine so knappe Baufläche beschränkt und darauf im wahren

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Sinne des Wortes zusammengepfercht waren. Übrigens war auch im Ghetto — wie man wahrheitsgemäß immer wieder betonen muß — nicht alles von Holz, namentlich die nach der Weißenbergschlacht von den Juden aufgekauften ehemaligen Christenhäuser waren von Stein; jedoch auch eine Menge alter jüdischer Häuser, die als Warenmagazine dienten, hatte dauerhafte gemauerte Keller und gewölbte Räume zu ebener Erde. Übrigens war gleich bei Ausbruch des Feuers klar, daß das Ghetto nicht der Ausgangspunkt der Katastrophe gewesen und daß an der Ausbreitung des Feuers auch ungünstige äußere Umstände: Wind und mehrfache Brandlegung keinen geringen Anteil hatten.

Das Memorandum des Altstädter Rates begnügte sich freilich nicht mit diesem Motiv, das bei unvoreingenommenem Zusehen wesentlich abgeschwächt werden konnte, sondern führte zur Unterstützung seines Gesuches noch andre, keineswegs aber völlig neue Gründe an. So betonten die Altstädter wahrheitsgemäß, daß es in der Judenstadt stets viel Schmutz und Abfälle gab und gibt — kurz vor Ausbruch des Feuers habe der Altstädter Hauptmann persönlich eine Visitierung der Judenstadt vorgenommen und (ad horrorem) sowohl in den Gassen als auch in den Häusern viel Unrat gefunden —, wodurch Brunnen und Wasserbehälter verschlämmt und die Gefahr rascher Verbreitung ansteckender Krankheiten erhöht würde; es habe übrigens am Platze gefehlt, um allen Unrat aus der Judenstadt zu schaffen, und auch an den hiezu erforderlichen Geldmitteln. Die Mehrzahl der Diebstähle und Unehrlichkeiten wurde angeblich von den Juden entweder direkt begangen oder zumindest unter ihrem Deckmantel und ihrer Mithilfe — wie die Altstädter in ihren weiteren Ausführungen in Übereinstimmung mit den ältern Beschwerden erinnern, ohne jedoch konkrete Belege beizubringen. Diese Motive hygienischer und polizeilicher Natur wurden durch einen wirtschaftlichen Beweggrund ergänzt; die christlichen Handels- und Handwerksleute litten unsäglich unter der jüdischen Konkurrenz,[12]) wobei die Juden nach Ausweis der Stadtbücher so verschuldet seien, daß das, was sie ihr eigen nennen, in Wirklichkeit christlicher Besitz sei. Daher forderte der Altstädter Rat, die Juden sollten extra moenia entfernt werden, und bat zugleich, es möge den Juden im Sinne ihres Privilegiums nur zweimal in der Woche gestattet sein, auf dem jüdischen Tandelmarkt feilzuhaben; — es geht daraus hervor, daß er sich die neue Judensiedlung in der Nähe von Prag dachte. Der Magistrat war sich allerdings wohl bewußt, die beantragte Vertreibung der Juden aus Prag werde vor allem auf entschiedenen Widerstand der böhmischen und der Hofkammer stoßen, welche eine wirtschaftliche Schwächung der Juden nicht zugeben konnten, ohne daß der Staatskasse für die Judenkontribution ein entsprechender Gegenwert

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

geboten würde, und daher wies er darauf hin, die Nachricht von der Vertreibung der Juden werde nach Prag eine Menge fremder Handelsleute aus den Nachbarländern herbeilocken, namentlich aber aus Deutschland, und diese würden sich auf der Brandstätte der Judenstadt niederlassen können und würden so die jüdische Kontribution ersetzen.

Sobald die Juden vom Plane der Altstädter Kenntnis erlangt hatten, bemühten sie sich begreiflicherweise aus allen Kräften, das drohende Ungemach von sich abzulenken. Bald nach dem Memorandum des Altstädter Rates unterbreiteten die Ältesten der Prager Judengemeinde dem Kaiser eine Supplik,[13]) in welcher sie mit Recht ihre völlige Schuldlosigkeit an der Feuersbrunst betonten, auf ihre Verdienste um das Herrscherhaus — und was ihr Kapitalargument war — auf ihre Verdienste um die Staatskasse hinwiesen,[14]) und mit Rücksicht darauf nicht bloß um Schutz, sondern auch um eine zeitweise Linderung ihrer öffentlichen Lasten baten, indem sie versprachen, ihre Häuser „ordentlich" aufbauen zu wollen. In den Wiener politischen Kreisen hatte jedoch das Gesuch der Altstädter sehr günstigen Boden und volle Zustimmung gefunden; die böhmische sowohl als auch die österreichische Hofkanzlei dagegen (vgl. die Vertreibung der Juden aus Wien i. J. 1670) waren beide aus religiös-politischen Gründen von der allgemeinen judenfeindlichen Stimmung erfüllt, die sogar Kaiser Leopold I. teilte. Ohne Rücksicht auf fiskalische Bedürfnisse, ohne Anhörung der Hofkammer und der Prager Statthalter war im Wege der böhmischen Hofkanzlei bereits am 13. Juli 1689 ein Reskript ergangen,[15]) das die kaiserliche Zustimmung zum Bittgesuch der Altstädter Gemeinde um Entfernung der Juden aus Prag aussprach.[16]) In der Tat handelte es sich hiebei, wie auch die böhmische Hofkanzlei wohl wußte, um eine Sache von außerordentlicher öffentlicher Bedeutung. Daher sollte die endgültige Entscheidung erst publiziert werden, wenn das Gutachten der Statthalter vorläge, denen gleichzeitig aufgetragen wurde, auch die Wohlmeinung der böhmischen Kammer und der Magistrate aller drei Prager Städte einzuholen. Zugleich erhielten die Statthalter den Auftrag, einen Entwurf zur Reduktion der Prager Judenschaft auszuarbeiten.[17]) Das Reskript bestimmte endlich ganz allgemein, daß die neue Judenstadt breite Gassen ohne Winkel haben müsse.

Wie ersichtlich, kombinierte das Reskript vom 13. Juli die Frage der Exstirpation der Prager Judenschaft mit der Frage ihrer Reduktion und übertraf so noch das Gesuch der Altstädter Gemeinde, obwohl beide Fragen in enger Wechselbeziehung standen. Entscheidende Bedeutung sollte aber der Enquete zukommen, deren Durchführung den Prager Statthaltern anvertraut war. Die Statthalter verlangten tatsächlich gleich am 20. Juli mit dem Auftrage beschleunigter Bericht-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

erstattung von der böhmischen Kammer und im Wege der Stadthauptleute von den Prager Magistraten Gutachten über die Judenfrage, damit die Juden mit dem Bau ihrer Häuser so bald als möglich beginnen könnten. Die böhmische Kammer, welche die Ausarbeitung des Gutachtens einer viergliedrigen Kommission[18]) überwiesen hatte, ersuchte am 11. August die böhmische Kanzlei um Einsetzung einer eigenen gemischten Judenkommission,[19]) welche die Anträge im Sinne des Reskripts vom 13. Juli auszuarbeiten hätte. Die Kammer war offenbar — wie sich auch im Laufe der weiteren Verhandlungen zeigte — schwer darüber betroffen, daß die Entscheidung in der Judenfrage einer politischen Behörde anheimgegeben war, obwohl die Juden als „Kammerknechte" seit langer Zeit von der böhmischen Kammer verwaltet worden waren, und machte darum wenigstens den Versuch, die Entscheidung auf eine gemischte Kommission zu übertragen, wo die Vertreter der Kammer mit den Vertretern der böhmischen Kanzlei gleichberechtigt wären. Mit Recht betonte die böhmische Kammer die Schwierigkeiten, welche die Lösung der jüdischen Frage mit sich brachte, und deutete auch richtig die Verschiedenheit der Interessen an. Doch die Statthalter beantworteten das Ersuchen der Kammer abschlägig mit dem Hinweis darauf, es sei Gefahr im Verzug, und eine kommissionelle Verhandlung würde die endgültige Entscheidung natürlich verzögern. So blieb damals der Kammer nichts anderes übrig, als ihre Anschauungen in der Judenfrage schriftlich einzubringen und mit ihrem Gutachten die Bereitwilligkeit der böhmischen Hofkanzlei, dem Wunsche der Altstädter Gemeinde entgegenzukommen, etwas abzukühlen. Dies geschah am 22. August mittels Zuschrift an die Statthalter.[20])

Auf den Instruktionen der Hofkammer fußend,[21]) trat selbstverständlich die böhmische Kammer mit aller Entschiedenheit gegen den Plan auf, die Juden aus Prag zu entfernen, und sie führte zur Begründung ihrer ablehnenden Haltung alle direkten und indirekten Abgaben an, welche die Prager Juden zur Staatskasse leisteten. Unter Feststellung, daß durch das Gesuch der Altstädter das fiskalische Interesse des Staates bedroht und für die Judenabgaben kein Ersatz vorhanden sei, stellte die Kammer den Antrag, es möge den Juden gestattet werden, wenigstens vorläufig auf der Brandstätte bauen zu dürfen, und zwar aus dem Grunde, weil ein Bau auf den alten Grundmauern und den vom Feuer verschonten Kellern viel weniger koste als auf einem neuen Platze. Schon zwei Tage vorher hatte die böhmische Kammer hervorgehoben, die Judenstadt liege abseits der Altstadt an der Moldau und durch geeignete Baumaßnahmen werde seitens der Judenhäuser in Zukunft jegliche Gefahr für Prag und namentlich für die Altstadt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ausgeschaltet werden können. Durch eine Ausquartierung der Juden aus Prag, so resumierte das Gutachten der böhmischen Kammer, würde ihre Steuerleistung bedeutend herabgesetzt werden und überdies würden die Juden der ständigen Gefahr von Angriffen seitens des christlichen Mobs preisgegeben sein. Das Gutachten der böhmischen Kammer beschränkte sich ausschließlich auf die Frage der Exstirpation, die in der Tat damals im Vordergrunde stand; zum Reduktionsprogramm äußerte sich die Kammer vorläufig überhaupt nicht.[22])

Der entschieden ablehnende Standpunkt der böhmischen Kammer dem Plane einer Exstirpation der Prager Judenschaft gegenüber ergab sich, wie aus dem Gutachten klar hervorgeht, aus der fiskalischen Bedeutung der Prager Judengemeinde für den Staat, und es kann nicht wundernehmen, daß er den Juden grundsätzlich günstig war. Wie sich freilich die böhmische Kammer eine Restitution des Ghettos auf den alten Grundmauern vorstellte, was doch bedeutete, den alten Grundriß samt den engen Gäßchen zu erneuern und damit die neuen Sicherheitsforderungen zu vereinigen, ist nicht recht klar. Es scheint, daß die böhmische Kammer, die lediglich die wirtschaftliche Bedeutung der Juden vor Augen hatte, wenigstens für diesen Augenblick über die Sache nicht sonderlich nachgedacht hat; sie huldigte dem Grundsatz, der Wiederaufbau der Prager Judengemeinde sollte möglichst wenig kosten und die jüdischen Abgaben nicht in Mitleidenschaft ziehen. Dieser Standpunkt ergab sich ganz von selbst. Es überrascht aber immerhin bei der allgemeinen, sozusagen auf den ersten Blick erkennbaren antisemitischen Stimmung der damaligen Zeit, daß sich gegen die durch des Kaisers Willen sanktionierten Bittgesuche der Altstädter auch die übrigen Prager Städte entschieden ablehnend aussprachen, die Neustadt und die Kleinseite; ihrem Standpunkt traten rückhaltlos auch die Stadthauptleute bei.

Der Rat der Prager Neustadt beantragte zwar am Anfange seines Ende Juli 1689 vorgelegten Memorandums, die Juden sollten hinter die Neustädter Mauern ins Dorf Nusle ausquartiert werden, von wo sie angeblich würden bequem nach Prag kommen und ihren Geschäften nachgehen können; doch stellte er diesen Antrag bloß für den Fall, wenn der Kaiser unerbittlich auf seiner ersten Entscheidung beharren sollte, daß nämlich die Juden aus den Prager Städten restlos zu entfernen seien. Aus diesem Antrag geht hervor, daß die Neustädter bestrebt waren, die Juden auch in dem Falle in ihre Interessensphäre zu bekommen, wenn nicht ein anderer ihrer Anträge angenommen werden sollte, dem sie am meisten Raum gewährten. Im Hinblick darauf, daß die Juden, falls ihnen der Wiederaufadbu ihrer Häuser auf der Brandstätte des Ghettos dennoch gestattet werden sollte, Mangel an

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Bauplatz leiden könnten, da der Kaiser für die Judenstadt der Zukunft breite Gassen anordnete, wies der Neustädter Rat darauf hin, daß es auf der Neustadt viele wüste Baustellen gebe, deren Zahl durch den jüngsten Brand noch wesentlich vermehrt worden sei. Der Neustädter Rat ersuchte daher, es möge den Juden erlaubt werden, sich zur Zierde der Stadt, „pro decore civitatis", auf den leeren Gründen der Neustadt niederzulassen und hier ihre Häuser aufzubauen.[23]) Auch der Neustädter Königsrichter, Graf Ferdinand Franz von Wrtby, unterstützte eifrig das Bittgesuch der Neustädter, es möge den Juden die Ansiedlung auf den Brandstätten der Neustadt freigegeben werden, und stellte sich entschieden gegen den Antrag der Altstädter auf Ausquartierung der Juden „extra moenia", wo nach seiner Ansicht und allgemeiner Erfahrung die neue Judenstadt einerseits zum Unterschlupf für Diebs- und Raubgesindel werden würde, wo aber auch anderseits ständige Gefahr vonseiten des christlichen Mobs zu befürchten sei.

Es entbehrt nicht eines gewissen pikanten Reizes, die Schilderung der Altstädter Gemeinde von dem Schmutz und der Verwahrlosung der Judenstadt, die angeblich eine Brutstätte des Verderbens für die Gesundheit von Leib und Seele ist, und das Gesuch der Neustädter nebeneinanderzustellen, welche bemüht waren, das Ghetto in ihre Mauern zu übertragen „zur Zierde der Stadt". Es ist sicher, daß die Neustadt die Judensiedlung lediglich unter dem Gesichtswinkel des fiskalischen Gewinns beurteilte, welcher der Altstädter Gemeinde aus dem Aufenthalt der Juden wirklich zufloß; sie war daher entschlossen, die Bereitwilligkeit der Altstadt, die Juden aus jahrhundertelangem engen Verbande zu entlassen, zu ihrem Vorteil auszunützen. Die Neustädter unterschätzten ganz offenkundig die Kehrseite der Judensiedlung — auf den ausgedehnten wüsten Bauplätzen der Neustadt war es freilich nicht unmöglich, die bisherigen hygienischen Mißständen zu vermeiden —, namentlich aber unterschätzten sie die beständigen und unausgesetzten Reibereien zwischen dem christlichen und jüdischen Magistrat, welche auch dem Mangel eines einheitlichen Standpunktes der Staatsämter in der jüdischen Frage entsprangen. Man kann jedoch wahrnehmen, daß die Anschauung, als seien die Juden nichts weiter als lästige, ja gefährliche Konkurrenten der wirtschaftlichen Unternehmung der Christen, doch nicht so allgemein verbreitet war, wie es aus den nachweißenbergischen Erwägungen über den jüdischen und christlichen Handel scheinen möchte. Ebenso geht aus den Gutachten der Neustädter und der Kleinseitner Gemeinde dies hervor, selbst die religiösen Motive des nachweißenbergischen Antisemitismus vermochten nicht immer das zweifellos richtige Urteil zu trüben, daß in dem verarmten nachweißenbergischen Prag die Juden einen wichtigen und posi-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

tiven Wirtschaftsfaktor darstellen, der zwar vielleicht ein Übel ist, dann aber ein unvermeidliches, und zwar nicht bloß für den Staat, sondern auch für die Stadt.

Gegen eine Verpflanzung der Judenstadt aus dem Prager Weichbilde sprach sich schließlich auch der Kleinseitner Rat aus. Indem er ganz richtig die Behauptung der Altstädter zurückwies, als ob die Juden an der furchtbaren Feuersbrunst schuld seien, führte er eine Reihe dafür sprechender Gründe an, die Juden an ihrem bisherigen Orte zu belassen. Namentlich widerlegten die Kleinseitner die Meinung des Altstädter Rates, als würden sich auf der Brandstätte der Judenstadt Handelsleute aus der Fremde niederlassen. Am entschiedensten nahm gegen den Plan der Altstädter der königliche Hauptmann der Kleinseite Stellung, Karl von Goltz, dessen Gutachten nicht bloß durch Vernunftgründe motiviert, sondern auch von menschlichem Mitgefühl mit dem Unglück des Ghettos erfüllt war und sich daher bissig gegen die Argumente des Altstädter Rates wandte. Von Goltz betonte,[24]) die Juden trügen nicht die geringste Schuld an der jüngsten Feuersbrunst, im Gegenteil, man habe ihnen verwehrt das Haus Zum schwarzen Adler zu schützen, und er bezeichnete es als eine Ungerechtigkeit, die schuldlosen Juden, „mit zwei Ruten zu streichen", sie nämlich aus der Stadt zu jagen und dem Raubgesindel preiszugeben. Er stellte zwar nicht in Abrede, daß die Judenstadt unrein sei, kehrte jedoch die Spitze dieses Tadels gegen den Altstädter Rat, indem er betonte, es sei nur dessen eigene Schande (propria turpitudo), da dem Altstädter Magistrate in erster Linie die Obsorge um die Reinhaltung der Stadt obliege, zumal der Altstadt bedeutender Gewinn von den Juden zufließe. Die Lage der bisherigen Judenschaft — führte von Goltz aus — entspricht vollkommen und es wäre ungerecht und unmenschlich, die Juden aus den Häusern zu jagen, die sie seit Jahrhunderten innehaben, und von der Stelle, wo die Reliquien ihrer Ahnen ruhen. Die Hoffnung der Altstädter, anstelle der Juden würden sich im bisherigen Ghetto Handelsleute aus dem Reich niederlassen, ist keineswegs berechtigt und birgt außerdem die Gefahr in sich, die Juden würden von Lutheranern und Kalvinisten abgelöst werden, was in religiöser Hinsicht viel bedenklicher wäre als die Anwesenheit der Juden.[25]) Übrigens wird auch durch Ausquartierung der Juden aus Prag den christlichen Handelsleuten keineswegs geholfen sein, weil die Juden auch so in Prag ihre Geschäfte treiben könnten; die jüdische Konkurrenz bringt übrigens den breiten Schichten nur Gewinn, denn die christlichen Geschäftsleute müssen in der Befürchtung, die Kunden könnten zu den Juden gehen, ihre Ware billiger verkaufen.[26]) Den Hauptschaden aus der Entfernung der Juden würde freilich der königliche Fiskus

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

erleiden. Wenn der Kleinseitner Hauptmann des Gewinns gedachte, der den Altstädtern aus dem Aufenthalt der Juden erwuchs, so hoben begreiflicherweise diesen Umstand die Juden selbst umso nachdrücklicher hervor, als sie über Aufforderung der Statthalter auch ihre Denkschrift vorlegten, in der natürlich alle Gründe für Belassung des Ghettos an seinem jetzigen Orte zusammengetragen waren.[37])

So blieb der Altstädter Rat mit seinem Exstirpationsantrag völlig allein. In seinem neuen Gutachten stellte der Altstädter Magistrat den konkreten Antrag, die Juden sollten entweder auf die Hetzinsel (Stvanice) in der Moldau oder nach Lieben umquartiert werden; er machte sich ferner auch den Hinweis des Reskripts vom 13. Juli 1689 auf die Verringerung der jüdischen Bevölkerung zunutze und erhob die Forderung, nicht bloß die Zahl der Juden zu reduzieren (quoad numerum), sondern auch den jüdischen Handel zu beschränken (quoad commercium); namentlich aber wurde neuerdings das Ersuchen wiederholt, es solle den Juden nur zweimal in der Woche erlaubt sein, am Tandelmarkt zu verkaufen, und wieder wurde der Überzeugung Ausdruck gegeben, es werde sich für die Juden ein Ersatz in christlichen Handelsleuten aus der Fremde einstellen. Dieses Gutachten legte der Altstädter Hauptmann Graf Heinrich Friedrich von Guttenstein den Statthaltern ohne eigenen Antrag vor und gab dadurch m. E. deutlich zu verstehen, daß er mit dem Plane der Altstädter keineswegs einverstanden sei.

Bei solchem Widerstreit des Standpunktes in der Judenfrage fiel den Statthaltern zweifellos ein gewichtiges Wort zu. Ihr Gutachten, datiert vom 30. August 1689, schloß sich in der Tat, mochte es auch theoretisch den Wunsch des Reskripts vom 13. Juli von der Entfernung der Juden aus Prag wiederholen, völlig der Grundanschauung der Mehrheit an, die Juden auch weiterhin in Prag zu belassen, und wiederholte auch ihre Beweggründe. Die Statthalter betonten namentlich, durch den Abzug der Juden würde die Staatskasse einen unersetzlichen Verlust erleiden, und die Hoffnung der Altstädter auf Ablösung der Juden durch fremde Handelsleute bezeichneten sie als sehr fraglich und in Übereinstimmung mit dem Kleinseitner Hauptmann auch als gefährlich für die katholische Religion. Die Anträge der Neustädter auf Verlegung des Ghettos nach Nusle oder auf die Neustadt wurden überhaupt nicht in Erwägung gezogen; die von den Altstädtern für eine neue Judenstadt vorgeschlagenen Örtlichkeiten wurden mit Rücksicht auf ihre Lage im Inundationsgebiet für ungeeignet erklärt, weil es dort den Juden nicht bloß nicht möglich wäre Keller anzulegen, sondern da sie dort infolge der zahlreichen Überschwemmungen nicht einmal lebenssicher wären. Sollte sich aber auch vielleicht für die Judenstadt außerhalb Prags ein geeigneterer Ort finden, so bliebe doch stets

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die Gefahr bestehen, die Juden würden ab und zu von christlichem Gesindel überfallen werden, sodaß sie eine kostspielige Wachmannschaft unterhalten müßten. Durch all dies würde natürlich die Zahlungsfähigkeit der Juden geschwächt werden, und in der Kontribution der Christen und ihren sonstigen Abgaben sei kein Ersatz hiefür zu finden, da schon die bisherigen Steuern schwer einkämen; eine Erhöhung der Christensteuer würde nur ein Anwachsen der Kontributionsreste zur Folge haben, der Staatskasse aber würde dadurch kein Nutzen erwachsen. Der Wiederaufbau der Judenstadt auf der jetzigen Fläche wird nach Ansicht der Statthalter mit geringerem Aufwand verbunden sein als der Bau auf einem frischen Platz, und auch vom hygienischen Standpunkt ist die Lage der bisherigen Judenstadt einwandfrei. Die Feuersgefahr läßt sich dadurch beseitigen, daß die Häuser von Stein gebaut und die Gassen verbreitert werden. Der ausführliche Bericht der Statthalter, der sich im Wesen mit dem Standpunkt der böhmischen Kammer deckte, schloß mit dem Ersuchen um baldige Erlassung einer endgültigen Resolution, damit die unterdessen in Christenhäusern wohnenden Juden bald mit dem Bau ihrer Häuser beginnen könnten. Zur Frage der Judenreduktion äußerten sich die Statthalter vorderhand nicht, versprachen aber, nachträglich ihren Bericht darüber einzusenden.

Unter dem Drucke dieser Beweggründe, die auch in der Hofkammer ihre Fürsprecherin fanden,[31]) war die böhmische Hofkanzlei gezwungen, vom verlockenden Plane der Altstädter abzurücken. Mit Reskript[32]) vom 1. Oktober 1689 wurde den Juden grundsätzlich die Erlaubnis erteilt, ihre Stadt auf der bisherigen Baufläche wiederaufzubauen, doch unter neuen Baubedingungen.[33]) Es wurde vor allem streng angeordnet, die neuen Judenhäuser bloß von Stein oder Ziegeln aufzuführen; Holz sollte lediglich beim Dachbau verwendet werden. Die Gassen des neuen Ghettos sollten breit, gerade und ohne Winkel angelegt werden. Gleichzeitig wurde bestimmt, daß die Judenstadt in ihrem vollen Umfange mit einer Mauer umschlossen werden müsse, damit zwischen den christlichen und jüdischen Häusern ein angemessener Zwischenraum (notabile spacium) freibleibe. In der Richtung zur Moldau sollte die Mauer einige Pforten und Tore erhalten zwecks Erleichterung des Flußwassertransports, doch so, daß man auf diesem Wege zur Kriegszeit nicht etwa verdächtige Korrespondenz durchschmuggeln könne. Diese grundsätzlichen Richtlinien sollten als Leitfaden für einen genauen Plan der künftigen Judenstadt dienen. Die Statthalter hatten im Auftrage der böhmischen Hofkanzlei einen solchen ausarbeiten zu lassen und binnen sechs Wochen nach Wien zur Genehmigung einzusenden. Mit der Restauration des Ghettos verband dann das Reskript vom 1. Oktober die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

grundsätzliche, aber bislang ungelöste Frage einer Reduktion der Prager Judengemeinde. Es setzte fest, daß sich die Zahl der neuen Judenhäuser nach der Zahl der bewilligten Judenfamilien richten müsse. Diese sollte im Einvernehmen mit der böhmischen Kammer bestimmt werden; für die Zukunft wurde angeordnet, daß diese genau festgesetzte Zahl der Judenfamilien nicht erhöht werden dürfe, und die Obsorge für die Einhaltung dieses numerus clausus wurde schon im vorhinein der böhmischen Kammer und dem Altstädter Magistrat übertragen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Bedingungen, unter denen das Reskript vom 1. Oktober 1689 einen Wiederaufbau der Judenstadt erlaubte, völlig hinreichten, um das Gesicht des bisherigen Ghettos wesentlich zu verändern und auch dessen ernstliche Mängel hygienischer und sicherheitlicher Natur zu beseitigen. Die Garantien für ein gesünderes und sicheres Ghetto sollten freilich auf Kosten der Juden geschaffen werden, indem ihre hohe Natalität und starke Immigration für die Zukunft bedeutend herabgesetzt werden sollte, ja die arme Judenschaft war zum restlosen Verschwinden verurteilt. Nach dem Aufgeben des Exstirpationsprogramms wollte die Regierung wenigstens eine merkliche Verminderung der Judenbevölkerung in einem vom Fiskalinteresse des Staates diktierten Ausmaße durchzuführen. Sicherlich gab es in der Prager Judengemeinde einen ziemlicher Prozentsatz armer Juden, welche weder zur Kontribution noch zu den Gemeindeauslagen beitrugen und ebensogut für den Staat und die Altstädter Gemeinde ohne Nutzen waren, wie sie ihren reicheren Glaubensgenossen zur Last fielen, indem sie ihre Mildtätigkeit in Anspruch nahmen. Eine Beseitigung der jüdischen Armut, unter der es genug solche Leute gab, die aus Not zu unlauteren Mitteln griffen, um sich zu ernähren, und derentwegen die ganze Gemeinde oft berechtigten Tadel über sich ergehen lassen mußte, konnte vielen Juden nur sympathisch sein und nicht minder auch der böhmischen Kammer.

In Wirklichkeit ging jedoch das Programm des Reskripts vom 1. Oktober, wiewohl es nur in den Grundlinien umrissen war, doch viel weiter, als sich mit den Interessen auch jener Juden vertrug, auf deren Schultern die Schwere der Kontributionen und Abgaben lastete. Man darf auch das stark entwickelte Solidaritätsgefühl der jüdischen Bevölkerung nicht aus dem Auge verlieren, ein Solidaratätsgefühl, dem der Haß der christlichen Umgebung und die vielfach bittern Erfahrungen der ganzen Gemeinde und einzelner Personen besondere Stärke verliehen. Trotz bedeutender sozialer und wirtschaftlicher Unterschiede bildete die jüdische Gemeinde ein festgefügtes Ganzes, sodaß in entscheidenden Augenblicken die Bande des gemeinsamen festen Glaubens den Sieg über materielle Interessen davontrugen. Nur die geheimen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Helfer der böhmischen Kammer, die Fiskaldenunzianten, waren vom Ghetto allgemein gehaßt, jedoch keineswegs bloß aus materiellen Gründen, sondern vielmehr wegen Bruches der jüdischen Solidarität durch Verrat an die verhaßten Christen. So entbrannte denn in den nächsten Monaten nach Herausgabe des Dekrets ein erbitterter Kampf zwischen dem jüdischen Standpunkt, der in richtiger Vorahnung der drohenden Gefahr auf eine restlose Restitution der Verhältnisse vor dem großen Brande hinarbeitete, und dem Standpunkte der politischen Ämter, die bestrebt waren, einer allzugroßen Entfaltung des Judentums so feste Dämme zu setzen, als es ohne ernstliche Bedrohung der staatlichen Fiskalinteressen nur immer möglich war. In diesem Zweikampf zeigte sich bald das Übergewicht auf Seite der Juden.

Durch die Entschließung vom 1. Oktober war allerdings das Prager Ghetto grundsätzlich gerettet und die Juden von der größten Gefahr befreit. Es steht fest, daß ihre Entfernung aus Prag, wenn auch bloß bis Lieben, für sie eine ziemliche wirtschaftliche Katastrophe und eine merkliche Verringerung auch des nicht immer sichern Schutzes bedeutet hätte, welchen ihnen vor den Gelüsten des räuberischen und mit vulgärem Antisemitismus erfüllten Gesindels der Altstädter Magistrat angedeihen ließ. Es darf auch nicht übersehen werden, daß das alte Ghetto mit seiner hundertejährigen Vergangenheit und Tradition, mit seinen berühmten Synagogen und seinem ausgedehnten Friedhof für die Prager Juden auch einen unschätzbaren moralisch-religiösen Wert besaß. Doch die Juden begnügten sich wie angedeutet nicht mit dem bisherigen Siege, zu welchem ihnen neben ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, wenigstens einigermaßen, bestimmt auch das menschliche Mitgefühl mit ihrem elenden Zustand verholfen hatte, sondern sie erblickten darin bloß die erste Etappe ihres Ringens um die Wiederkehr der Verhältnisse vor dem Jahre 1689. Es kann denn nicht wundernehmen, daß die Juden in ihrem Kampfe mit der ihrer Rasse eigenen Zähigkeit und Geschicklichkeit auftraten, indem sie natürlich die Meinungsverschiedenheiten zwischen der politischen und finanziellen Staatsverwaltung ganz gehörig ausnützten. Durch wiederholte dringliche Bitten und zweifellos auch durch Bestechung verstanden es die Juden nach und nach unterschiedliche Erleichterungen durchzusetzen, mit deren Hilfe sie schließlich den Plan, eine radikale Veränderung im Äußern und im Charakter des Prager Ghettos durchzuführen, gänzlich vereitelten. Einen nicht geringen Anteil am vollen Sieg der Prager Juden hatte auch ihr rascher Fortschritt im Wiederaufbau des Ghettos; sie stellten einfach die schwerfälligen und untereinander meinungsverschiedenen Ämter vor fertige Tatsachen, an den sich dann schwer etwas ändern ließ. Wie so oftmal früher und später war es auch diesmal die

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

böhmische Kammer, die sich im Einvernehmen mit der Hofkammer ernergisch hinter die jüdischen Belange stellte und zur Beschützerin der Juden gegenüber den politischen Behörden wurde. Dieses ihr Vorgehen war nicht bloß von der selbstverständlichen Notwendigkeit bestimmt, die Interessen der Staatskasse wahrzunehmen, sondern auch von Prestigegründen und dem alten Antagonismus zwischen den politischen und Finanzbehörden nahegelegt; sowohl die böhmische als auch die Hofkammer waren schwer gekränkt, daß die Lösung der Judenfrage, die sie als das ureigenste Gebiet ihrer Kompetenz ansahen, den politischen Ämtern anvertraut worden war.

Im Anfangsstadium der Verhandlungen anerkannte jedoch die böhmische Kammer völlig die Notwendigkeit einer radikaleren Änderung in der Anlage der Judenstadt und widersetzte sich ursprünglich einem kostspieligen Umbau der Judenhäuser ebensowenig wie einer einschneidenderen Reduktion der Prager Juden. Noch ungefähr eine Woche vorher, bevor das Reskript vom 1. Oktober in Prag einlangte, unterbreitete die böhmische Kammer (am 7. Oktober), wohl über Weisung der Hofkammer, den Statthaltern ein ausführliches Elaborat,[34]) das bis ins einzelne die Bedingungen darlegte, unter denen eine Erneurung der Judenstadt erfolgen solle. Nach ihrem Antrag sollte zunächst eine eigene Kommission aus Gerichtsbeamten, Landmessern und Bausachverständigen gebildet werden, welche einen genauen Plan des neuen Ghettos ausarbeiten sollte; eine andere Kommission sollte darüber wachen, daß der Bau auch in der Tat nach dem genehmigten Plane und unter den ausgesetzten Bedingungen vor sich gehe. Der Plan der neuen Judenstadt sollte von folgenden Grundsätzen ausgehen: bequeme Gassen und Häuser; unter den Gassen Kanäle zur Ableitung des Schmutzes in die Moldau; alle Häuser ganz von Stein, alle von gleichen Abmessungen, kein Haus über zwei Stockwerke hoch; zu ebener Erde auf der Gassenseite die Verkaufsläden, rückwärts die Magazine, und in jedem Stockwerk ein bequemes Wohnzimmer, eine Kammer, eine Küche und ein geschlossenes Vorzimmer; in jedem Hause ein kleiner Hofraum zur Aufnahme von Holz und Geflügel; die steinernen Schornsteine weit und das Dachgespärre so stark, um ein Ziegeldach zu ertragen; in jedem Haus schließlich ein Keller und ein Abort. Ferner beantragte die Kammer, die Judenhäuser sollten numeriert und unter diesen neuen Nummern in die Stadtbücher einverleibt werden. Die Mauer um die Judenstadt dürfte außer der üblichen Tore keine Fenster oder sonstige Öffnungen haben. Die Tore der Judenstadt würden auf die Nacht geschlossen werden, daneben kämen Waserbehälter für den Fall einer Feuerbrunst anzubringen. In ihrem Reduktionsantrag, der den Wiederaufbauplan des Ghettos ergänzte, ging die Kammer begreif-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

licherweise von dem Grundsatz aus, den tolerierten Juden die Tragung der bisherigen öffentlichen Lasten zu ermöglichen; dabei war sie jedoch völlig damit einverstanden, daß die genau festgesetzte Zahl der Judenfamilien in Zukunft nicht überschritten werden dürfe. Nach ihrer Meinung sollte die Zahl der tolerierten Judenfamilien von der Zahl der Judenhäuser abhängen, und zwar so, daß in jedem Hause grundsätzlich nur eine einzige Familie wohnen sollte; als Muster für diese Einrichtung diente der böhmischen Kammer die Unterbringung der Juden in andern böhmischen Städten, z. B. in Eger, Jungbunzlau und Schüttenhofen. Die Gesamteinwohnerzahl eines Judenhauses sollte sich nach der Vorstellung der Kammer zwischen 12—15 Personen bewegen, die überzähligen müßten abgeschafft werden; der Antrag ließ die Möglichkeit offen, die überzähligen Einwohner aus einem überfüllten Hause in ein anderes umzuquartieren, dessen Wohnziffer unter der Maximalzahl blieb.

Wie radikal dieser Reduktionsantrag der böhmischen Kammer war, ergibt sich aus einer Durchrechnung der Daten. Gehen wir von der Zahl der Judenhäuser vor den großen Brande aus (318) — diese Zahl durfte das neue Ghetto nach der Vorstellung der Kammer nicht erreichen — und nehmen wir die maximal zulässige Einwohnerzahl eines Hauses (15) zur Grundlage, so sollte die neue Judenstadt nicht über 4770 Einwohner aufweisen (eher weniger); dadurch hätte sich die bisherige Zahl der Prager Judenschaft um mehr als 50% verringert. Diese Ziffer zeigt auch, wieviel größere Kontribuenten sich im Prager Ghetto befanden. Zum Schlusse ihres Antrages forderte dann die Kammer, eine besondere Kommission solle jedes halbe Jahr die Judenhäuser revidieren, ob die Reduktionsverordnung auch wirklich beobachtet werde. Maßgebend für die Reduktion der Juden sollte der Besitzstand nach dem Brande sein, nicht jener vor demselben; nach der Vorstellung der böhmischen Kammer sollten bloß jene Juden toleriert werden, welche den verordneten Kommissären den Nachweis erbrächten, daß sie nicht bloß die Mittel zum Baue eines neuen Hauses besitzen, sondern auch über ein hinreichendes Vermögen verfügen, um die Kontribution und die übrigen öffentlichen Abgaben bezahlen zu können. Die böhmische Kammer betonte auch, es würde in der neuen Judenstadt nach Entfernung des jüdischen Gesindels keinesvegs schwerfallen, eine bessere Disziplin einzuführen. Das Memorandum der böhmischen Kammer war schließlich auch geneigt, den Beschwerden der christlichen Handwerksleute entgegenzukommen, und beantragte eine Verfügung, welche die Konkurrenz der jüdischen Handwerker mit den christlichen Handwerkern beseitigen sollte, namentlich inbezug auf Schneider, Schuster und Kürschner. Wie ersichtlich, war damals die böhmische Kammer bereit, weitreichenden Änderungen im Ghetto zuzustimmen, die ge-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

eignet waren, nicht bloß den äußern, baulichen Charakter der neuen Judenstadt umzugestalten, sondern auch die soziale Schichtung der jüdischen Bevölkerung. Doch im Verlauf der Verhandlungen ließ die böhmische Kammer gänzlich von diesem Plane ab, der die Lebensfragen des neuen Ghettos so durchgreifend zu ungunsten der Juden löste, und wandelte sich im Gegenteil in eine ausdauernde und nachdrückliche Förderin und Sachwalterin der jüdischen Wünsche. Der Umschwung in ihrem Verhalten war offenbar durch die weitere Entwicklung in der Lösung der jüdischen Frage herbeigeführt worden.

Auf Befehl des Reskripts vom 1. Oktober 1689 wurde durch Dekret der Statthalter vom 24. Oktober[35]) eine besondere Kommission eingesetzt, welche den Auftrag hatte, den Plan der neuen Judenstadt auszuarbeiten und gleichzeitig die Bauart zu beantragen. In diese Kommission war der Altstädter Hauptmann Graf Heinrich Friedrich von Guttenstein ernannt, der nach freiem Ermessen zwei Mitglieder des Altstädter Rates, einen beeidigten Landmesser und einige Bausachverständige kooptieren sollte; die böhmische Kammer war in dieser Kommission durch die Räte Peter Stupart von Löwental und Wenzel Schadner von Greifenfeld vertreten.[36]) Den Vorsitz führte der Altstädter Hauptmann.

So verstrichen seit dem großen Brande vier Monate, ohnedaß den Juden gestattet worden wäre, mit dem Wiederaufbau ihrer Häuser zu beginnen, wodurch sie natürlich in eine peinliche Lage versetzt wurden. Es scheint sogar, daß im Augenblick der ersten Verzweiflung einzelne Juden daran dachten, Prag zu verlassen. Denn am 15. Juli wurde angeordnet, die Juden an den Stadttoren ohne Pässe nicht durchzulassen; die böhmische Kammer befürchtete offenbar eine Abnahme der jüdischen Kontribuenten.[37]) Doch die Entschlosenheit zu freiwilliger Emigration — man kann mit vollem Recht annehmen, daß sie nur bei einigen wenigen Einzelpersonen auftrat — mußte sinken, als man wahrnahm, daß trotz der ungeheuren Katastrophe die Brandstätte dennoch nicht ohne Nutzen sei. Es fragte sich freilich, wo sich die Juden in der Zwischenzeit einquartieren sollten, eine umso schwierigere Frage, als auch ein bedeutender Teil der Altstadt in Asche lag; die Frage wurde überdies durch die Vorschriften des kanonischen Rechtes kompliziert.

Gleich nach dem großen Brande trugen die Statthalter den Hauptleuten aller drei Prager Städte auf, die christlichen Bürger sollten die abgebrannten Juden in ihre Häuser aufnehmen.[38]) Es bedurfte eines solchen Auftrags. Denn die kirchlichen Vorschriften, nach denen sich auch die weltlichen Ämter richteten, erlaubten nicht, daß ein Christ unter einem Dache mit einem Juden verweile; der Jude wurde von der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

christlichen Gesellschaft als Auswurf behandelt. Diese Erlaubnis der Statthalter brachte freilich eine Linderung bloß den reicheren Juden, die den beträchtlichen Mietzins, der wohl in der Regel im vorhinein entrichtet werden mußte, bezahlen konnten[39]), und gab den christlichen Prager Bürgern eine willkommene Verdienstmöglichkeit. Viele der christlichen Abbrändler erbauten sich — wie noch weiter unten erörtert werden wird — aus der antizipierten Judenmiete neue Häuser, in welchen neben dem christlichen Besitzer auch der zeitweise jüdische Mieter Platz fand. Von dieser Wohltat waren allerdings die armen Schlucker ausgeschlossen, die teils massenweise auf der Spittelflur (Špitálsko) einquartiert wurden, wo der Kaiser für sie hölzerne Baracken errichten ließ, teils richteten sie sich selbst Notunterkünfte in den Ruinen der Brandstätte im Ghetto ein; vielen aber mußte, wenigstens für den Anfang, in der warmen Jahreszeit, die Gasse zur Zufluchtsstätte werden.[40])

In dieses jüdische Elend gellte die rauhe Stimme des kirchlichen Antisemitismus. Während die Ämter untereinander über die Judenfrage verhandelten, erließ in der ersten Hälfte Oktober 1689 der Prager Erzbischof ohne Wissen und Willen der Statthalter an die Prager Pfarrer ein scharfes Konsistorialdekret, in welchem auf die Gefahren hingewiesen wurde, die den Sitten und dem Glauben aus dem Zusammenwohnen der Christen mit den Juden drohen, zumal da sie sich in einigen Christenhäusern Notsynagogen errichtet hatten. Daher verbot der Erzbischof allen Prager Priestern, das Altarsakrament in jenen Häusern zu spenden, wo neben den Christen auch Juden wohnen; dieses Verbot hätte selbst dann zu gelten,. wenn es sich um einen Christen auf dem Totenbette handeln sollte. Das Konsistorialdekret wurde durch die Prager Pfarrer am 16. Oktober von den Kanzeln verlesen und viele Prediger verschärften es noch durch eigene Zusätze und Auslegungen. Die Folge davon war, daß viele Christen die Juden aus ihren Häusern zu jagen begannen, wiewohl sie von den Juden Mietzins angenommen und so die Verpflichtung übernommen hatten, ihnen bis zum Wiederaufbau ihrer eigenen Wohnungen zeitweiligen Unterstand zu bieten.[41])

Die Judenältesten erhoben begreiflicherweise über diese Vorfälle Beschwerde bei den Statthaltern; diese unternahmen den Versuch, den drohenden Konflikt zunächst im guten beizulegen, und knüpften mit dem Erzbischof durch Vermittlung des Sekretärs deutscher Expedition der böhmischen Kanzlei Kaspar Ignaz von Steinbeck Verhandlungen zwecks Milderung des Dekretes an. Bei diesen Verhandlungen wies der Erzbischof darauf hin, daß laut vieler ihm zugetragener Klagen das Altarsakrament einigemale von den Juden verunehrt worden sei, daß sich die Juden in Christenhäusern Synagogen eingerichtet hätten und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

daß sie das gemeine Volk zum Judentum zu verführen versuchten; er lehnte es darum ab, das Dekret nach dem Wunsche der Statthalter zu mildern; die Statthalter könnten ja übrigens den Christen untersagen, die Juden aus ihren Häusern zu jagen. Trotz dieses abschlägigen Bescheides sandten die Statthalter den Sekretär Steinbeck neuerlich zum Erzbischof, um darüber zu verhandeln, ob sich nicht doch eine für beide Parteien annehmbare Formel finden ließe. Die Statthalter ließen dem Erzbischof durch Steinbecks Mund versichern, daß sie keineswegs die Absicht hätten, sich in geistliche Angelegenheiten einzumischen, betonten jedoch, daß das Prager Volk, verhetzt durch das erzbischöfliche Dekret, gewalttätig gegen die Juden aufzutreten beginne, sodaß Überfälle auf sie auf offener Straße keine Seltenheit seien.

Um dieser seiner Auswirkung willen wurde das erzbischöfliche Dekret zu einer öffentlichen, politisch-polizeilichen Angelegenheit, die immerhin auch den königlichen Fiskus ernstlich in Mitleidenschaft zog. Darum stellten die Statthalter beim Erzbischof den Antrag, es solle jeder Priester, der zum Kranken mit dem Altarsakramente gehe, zwecks Vermeidung allen Ärgernisses von der Bürgerwache oder von besonders hiezu erlesenen Bürgern begleitet werden und die Juden sollten vor Ankunft des Priesters entweder aus dem Hause entfernt oder in entlegenen Räumen eingesperrt werden. Gegen die Synagogen und die jüdische Proselytenmacherei wollten die Statthalter willig einschreiten, wofern ihnen nur Ort und Personen namhaft gemacht würden. Der Erzbischof beharrte jedoch auch nach diesem Antrag auf seinem ursprünglichen ablehnenden Standpunkt dem Gesuche der Statthalter um Milderung des Konsistorialdekrets gegenüber. Die Ursache des Mißerfolges der Verhandlungen war jedoch, wie es scheint, viel mehr persönlicher als grundsätzlicher Natur. Auffallend ist bereits, daß zu den Verhandlungen mit dem Erzbischof — es war dies damals Graf Johann Friedrich von Waldstein — ein einfacher Sekretär delegiert wurde, obwohl es sich um eine recht heikle Angelegenheit und um eine Persönlichkeit von allererstem gesellschaftlichen Range handelte. Der Erzbischof selbst erklärte bei der zweiten Verhandlung Steinbeck gegenüber, er würde zwar unter andern Umständen auf den Antrag der Statthalter eingehen; er verharre aber auf seiner ablehnenden Antwort nur deshalb, weil ihm die Statthalter in andern Angelegenheiten auch nicht entgegengekommen wären. Er war im Gegenteil entschlossen, den Konflikt noch zu verschärfen, und nahm nicht nur die Prediger in Schutz, die das Volk gegen die Juden aufhetzten, sondern drohte sogar mit Republizierung der Papstbulle, kraft welcher diejenigen Christen, die mit Juden zusammen wohnen, exkommuniziert werden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Die Unnachgiebigkeit des Erzbischofs, die ihren Grund in den keineswegs vereinzelten Meinungsverschiedenheiten zwischen weltlicher und geistlicher Macht jener Zeit hatte, wozu noch persönliche Mißliebigkeit trat, führten dazu, daß sich die Statthalter nach Erschöpfung aller Vergleichsmöglichkeiten am 21. Oktober an den Kaiser wandten, mit der Bitte um Weisungen hinsichtlich des ferneren Vorgehens. Mit Hinweis darauf, daß die Christen auf dem Totenbette infolge der Unnachgiebigkeit des Erzbischofs des geistlichen Trostes beraubt sind, betonten die Statthalter, daß der Erzbischof keinen einzigen Beweis für den vermeintlichen jüdischen Unfug beigebracht und daß alle seine Klagen gegen die Juden allgemein, daher unerwiesen seien. Bezüglich der Papstbulle, mit deren Republizierung der Erzbischof drohte, machten die Statthalter aufmerksam, daß die Bulle nicht ohne kaiserliche Zustimmung (placetum regium) verkündet werden dürfe und vor der Verkündigung keine Gültigkeit habe. Der Bericht der Statthalter schloß mit dem Hinweis darauf, daß durch die unversöhnliche Haltung des Erzbischofs die Kontributionsfähigkeit der Juden geschwächt werde.

Diesen bezeichnenden Streit entschied der Kaiser mit Reskript vom 4. November 1689, indem er sich rückhaltlos auf Seite der Statthalter und gegen den Erzbischof stellte. Es ist zwar — wie es im Reskripte heißt — bekannt, daß das Zusammenwohnen von Christen und Juden verboten ist, in diesem Falle aber handelt es sich um eine Ausnahme, die von der Notwendigkeit diktiert wird. Die Juden sind tolerierte Einwohner des Königreichs, mit Privilegien begabt und durch ihre Abgaben dem Staate von Nutzen, was ihren Schutz begründet. Das erzbischöfliche Dekret scheint allzu rigoros, denn es zielt „contra jura, fidem publicam et ipsam charitatem christianam"; der Unschuldige werde dadurch dazu verurteilt, mit dem Schuldigen zu leiden. Das Reskript genehmigte die von den Statthaltern während der abgelaufenen Verhandlungen dem Erzbischof gestellten Anträge, durch die ganz leicht jedes Ärgernis hätte völlig verhütet werden können; er verlangte, der Erzbischof möge konkrete Fälle angeben, in denen sich die Juden hätten eine Unehrerbietigkeit der katholischen Religion gegenüber zuschulden kommen lassen; den Statthaltern wurde dann aufgetragen, in solchen ärgernis-erregenden Fällen mit aller Strenge einzuschreiten. Eine Abschrift des Reskripts sollte im Namen des Kaisers dem Erzbischof mit der Aufforderung zugeschickt werden, von seiner Strenge abzulassen.

Die kaiserliche Entschließung veranlaßte den Erzbischof Waldstein nachzugeben. Es war ihm klar, daß bei der Festigkeit der Regierung durch eine Fortsetzung des Streites die geistliche Macht nur hätte kompromittiert werden können. Übrigens zögerte der Erzbischof nicht, bald darauf auf einer andern Seite den Statthaltern eine neue Unannehmlich-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

keit in der heiklen Judenfrage zu bereiten. Zwischen der böhmischen Kanzlei und dem Erzbischof wurde nach Erlassung des Dekrets noch eine ausführlichere Korrespondenz über die Bedingungen des Wohnens von Juden in Christenhäusern gewechselt. Dem Altstädter Hauptmann wurde von den Statthaltern aufgetragen, eine Visitierung jener Häuser vorzunehmen, in welchen Juden wohnten, und die Unzukömmlichkeiten zu erheben, derenthalben sich der Erzbischof beschwerte.[43]) Als dann der Altstädter Hauptmann seinen Bericht über die durchgeführte Visitation vorlegte — die vom Erzbischof vorgebrachten Anschuldigungen bieben freilich unerwiesen —, da verordneten die Statthalter am 29. Dezember 1689, daß die Christen nicht in ein und demselben Raume mit Juden zusammenwohnen dürfen, und gleichzeitig wurde den Juden verboten, in den Christenhäusern Synagogen einzurichten.

Der Grund, weshalb sich der Aufenthalt der Juden in Christenhäusern so verlängerte, lag zunächst einmal im schleppenden Amtsverfahren der damaligen Zeit. Dadurch wurde die allergünstigste Bauzeit, der Sommer, verpaßt, und auch das Reskript vom 1. Oktober 1689 enthielt über den Wideraufbau des Ghettos noch nicht das letzte Wort. Das sollte von der mit Ausarbeitung eines Planes der neuen Judenstadt betrauten Kommission gesprochen werden. Doch die im Schoße dieser Kommission entstandenen Meinungsverschiedenheiten hatten zur Folge, daß der bestellte Plan nicht in der festgesetzten Frist fertig wurde, und überdies auch, daß der nach wiederholtem Aufschub schließlich doch fertiggestellte Plan nicht das Ergebnis einer einmütigen Schlußfassung war. Die böhmische Kammer, die noch vor kurzem eine so durchgreifende Reduktion der Prager Judenschaft beantragt hatte, stellte sich jetzt entschieden gegen das Bestreben der politischen Vertreter in der Kommission, die Ausdehnung der Judenstadt einschneidender einzuschränken und sie im Wesen auf die vorweißenbergische Fläche zu reduzieren. Zum Gegensatz trieb neben grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten vermutlich auch die Prestigefrage der böhmischen Kammer, die sich bei Lösung der jüdischen Frage mit Unrecht an eine untergeordnete Stelle verdrängt fühlte. Schon zu Beginn ihrer Arbeiten stieß die Kommission zur Ausarbeitung eines neuen Ghettoplanes bei der böhmischen Kammer auf passive Resistenz. In der am 24. Oktober 1689 ernannten Kommission erschienen die Vertreter der böhmischen Kammer zum erstenmal erst einen Monat später und gleich darauf kam es zu Reibereien zwischen ihnen und dem präsidierenden Altstädter Hauptmann. Der Streit zog von beiden Seiten Beschwerden bei den Statthaltern nach sich. Unter solchen Umständen kamen natürlich die Vorarbeiten zur Ausfertigung des Planes ins Stocken; die Judenkommission schritt erst am 13. Dezember 1689 an die detailierte Vermessung der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

neuen Judenstadt. Mit Reskript vom 2^. Dezember 1689, demzufolge die Aufenthaltsbewilligung der Juden in Christenhäusern bis 15. Mai 1690 erstreckt wurde, erlangten die Statthalter neuerlich eine sechswöchige Frist zur Vorlage des Planes und des Judenreduktionsantrags.

Gleich bei den Vermessungsarbeiten der Kommission war den Juden klar, daß die Ausdehnung ihrer Stadt gegenüber dem bisherigen Stande wesentlich verkleinert werden solle. Sie suchten daher unverzüglich Schutz bei der Hofkammer und beklagten sich, daß die Kommission willens sei, von der Judenstadt eine ausgedehnte Area abzutrennen. auf der vorher 150 Häuser gestanden, die nach ihrer Behauptung seit Jahrhunderten zum Ghetto gehört hatten. Namentlich aber beschwerten sie sich, daß ihnen die Kommission gar die alte der Heiligengeistkirche gegenüberliegende Synagoge wegnehme, die vom Feuer verschont geblieben war und deren Materialwert sie auf 60.000 fl. schätzten. Diese Synagoge war in der Tat der Stolz des Prager Ghettos, denn an sie knüpfte sich der allgemeine wenn auch trügerische Glaube von ihrem hohen Alter. Die Kommission war allerdings bereit, den Juden für die abgetrennten Grundstücke eine teilweise Rekompensation im Gelände an der Moldau zu gewähren. Doch gegen diesen Plan wandten die Juden mit Recht ein, die Ersatzgrundstücke seien für sie völlig wertlos, da sie im Inundationsgebiet lägen. In dieser sandigen, vom Grundwasser über die Maßen durchnäßten Moldauuferzone war es unmöglich, Keller zu bauen; auch die über der Erde befindlichen Hausteile — umso mehr natürlich ihre Grundmauern — waren hier überhaupt durch die regelmäßigen Frühlingsüberschwemmungen und durch das Treibeis den Kräften der Vernichtung preisgegeben. Überdies entsprach der dargebotene Ersatz inbezug auf Fläche auch beiweitem nicht den entzogenen Grundstücken, sodaß sich die neue Judenstadt, von den Christenhäusern bis knapp an die Moldau verdrängt, um ein Sechstel ihrer früheren Ausdehnung verringern sollte. Dieser Abgang war umso fühlbarer, als die vom Feuer unversehrten Fundamente und Mauern im entfremdeten Gelände für die Juden völlig und ohne Ersatz verloren sein sollten. Die Abwehr dieser drohenden Katastrophe versuchte die Prager Judengemeinde nach altbewährter Erfahrung durch das bei der Hofkammer wirksamste Argument in die Wege zu leiten. Ihre Beschwerde verlieh der Bereitwilligkeit Ausdruck, dem Kaiser geschenkweise eine bestimmte Summe Geldes zu geben, falls ihnen die alten Grundstücke belassen würden und die ursprüngliche Ausdehnung der Judenstadt erhalten bliebe.

Die Hofkammer nahm natürlich entschieden Partei für die Juden und legte die Einwendungen der Judenältesten der böhmischen Hofkanzlei mit dem nachdrücklichen Bemerken vor, sie halte sie für berech-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

tigt, und das von den Juden angebotene Geld werde der Staatskasse willkommen sein. Ihre Auseinandersetzungen wurden jedoch vorläufig nicht in Verhandlung gezogen, da das Elaborat der Prager Judenkommission noch nicht bekannt war, sondern es wurde den Statthaltern neuerdings aufgetragen, möglichst bald die Pläne der neuen Judenstadt vorzulegen; es sollte darin auch deutlich eingezeichnet werden, was die Kommission den Juden wegnehmen und was sie ihnen zum Ersatz dafür geben wollte. Gleichzeitig aber nahm gegen das Programm, die Ausdehnung der Judenstadt zu verringern, auch die böhmische Kammer Stellung und beauftragte ihre Vertreter in der Judenkommission, sich nicht mehr in verbindliche Verhandlungen einzulassen; inzwischen verlangte sie von der Hofkammer Weisungen für das weitere Vorgehen.[43]) Ihre abwartende Haltung brachte die böhmische Kammer auch den Statthaltern zur Kenntnis und beharrte darin auch dann, als sie von den Statthaltern zur Mitarbeit aufgefordert wurde.[44])

So gerieten freilich die Verhandlungen der Judenkommission in eine Sackgasse, weil ihren Beschlüssen die Genehmigung der Vertreter der böhmischen Kammer fehlte. Obwohl die Statthalter bereits am 9. Jänner 1690 die Judenkommission aufgefordert hatten, ihr Elaborat einzusenden, und neuerdings am 31. Jänner urgiert hatten, so legte ihnen die Kommision doch erst Mitte Feber ihre Anträge samt zwei Plänen der Judenstadt[45]) vor, freilich ohne Genehmigung durch die Vertreter der böhmischen Kammer. Aus dem Kommissionsbericht erfahren wir genau, um was die Judenstadt bezw. ihre Bauarea verkleinert werden sollte. Durch Verbreiterung der Gassen und den Raum, der nach der grundsätzlichen Entscheidung des Reskripts vom 1. Oktober 1689 in der Breite von 20 Ellen zwischen der Judenmauer und den Christenhäusern freibleiben sollte, erlitt die Baufläche der Judenstadt eine Verringerung um rund 2.000 (genau 1.958) Quadratklafter. Eine noch durchgreifendere Verkleinerung brachte der projektierten neuen Judenstadt der Kommissionsantrag, eine ziemliche Anzahl jüdischer Häuser, die weit und „unangenehm" zwischen die Christenhäuser vorstießen, aus dem Bereich des neuen Ghettos auszuschließen; so fielen gegenüber dem bisherigen Stand noch weitere 3.800 (genau 3.796) Quadratklaftern ab. Die Judenkommission zog also der Judenstadt von ihrer bisherigen Baufläche insgesamt gegen 5.750 (5.754) Quadratklaftern ab, eine Fläche, die bis dahin nicht bloß fast durchgehends mit jüdischen Häusern verbaut, sondern auch jüdischer Besitz war. Dagegen wurde den Juden durch Abtretung einiger Christenhäuser innerhalb des Weichbildes der Judenstadt und durch Überlassung der leeren Baufläche an der Moldau (beim Judenbad) ein Ersatz von rund 2.600 (genau 2.624) Quadratklaftern geboten. Nach dem Endergebnis des Antrags sollte sich also die Aus-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

dehnung der Judenstadt um 3.130 Quadratklaftern verringern. Der Grundriß der neuen Judenstadt sollte annähernd quadratisch sein mit einer Seitenlänge von beiläufig 167¾ Ellen. Diese Anträge der Judenkommission samt den beigeschlossenen zwei Plänen, von denen der zweite, von dem Landmesser Andreas Klauser angefertigt, den Reduktionsantrag der Kommission graphisch festhielt, wurden von den Statthaltern nach so vielfachem Aufschub endlich am 21. Feber 1690 nach Wien zur Genehmigung gesandt. Weil es klar war, daß bei sotanem Stand der Dinge die Judenstadt unmöglich bis 15. Mai 1690 wiederaufgebaut sein konnte, mochten auch einzelne Juden schon in den verflossenen Monaten mit der Wiedererrichtung ihrer Häuser auf der Brandstelle begonnen haben,[46]) so brachten die Judenältesten am 28. Feber ein Gesuch ein, es wolle ihnen der festgesetzte Termin zum Verlassen der Christenhäuser verlängert werden. Die Statthalter befürworteten natürlich dieses Bittgesuch, konnten sich aber nicht der Bemerkung enthalten, daß der Widerstand der böhmischen Kammer[47]) die Ursache der verspäteten Resolution betreff der Restitutionsbedingungen des Ghettos war. Freilich war auch damit das Duell zwischen den Statthaltern und der böhmischen Hofkanzlei auf der einen und der Hofkammer sowie der böhmischen Kammer auf der andern Seite noch nicht ausgetragen. Aus der Entschließung, die auf die Berichte der Statthalter vom 26. Jänner, 21. Feber und 3. März mit Reskript vom 15. April 1690 erging, ist ersichtlich, daß sowohl der Widerstand der böhmischen Kammer gegen eine bedeutende Verkleinerung der Judenstadt als auch die Fürsprache der Hofkammer zugunsten des Bittgesuches der Prager Judenältesten vorläufig erfolglos blieben und daß über dem finanziellen Standpunkt der politische die Oberhand behielt. Mit Reskript vom 15. April[48]) wurde grundsätzlich der Antrag der Judenkommission genehmigt, der auf dem Klauserschen Plane seinen Ausdruck gefunden hatte. Das Reskript kam den Juden darin entgegen, daß es ihnen zum Ersatz für den entzogenen Raum gestattete, zum Baue ihrer neuen Häuser einerseits einen Teil des jüdischen Friedhofes, anderseits jene Plätze zu verwenden, wo vordem die Synagogen standen, die nunmehr aufgehoben werden sollten; dem neuen Ghetto wurden laut Entscheidung des Reskripts lediglich sechs Synagogen bewilligt, während die restlichen sieben, die im alten Ghetto standen, nicht mehr erneuert werden sollten. Denselben Sinn hatte auch der Hinweis, daß die Juden ihre neuen Häuser um einen Stock höher bauen dürften, als bisher üblich gewesen. Neuerdings wurde angeordnet, daß die neue Judenstadt ordentlich aufgebaut werden muß, mit geräumigen Gassen, und daß sie von den Christenhäusern durch eine hohe Mauer zu scheiden ist. Der Zwischenraum zwischen der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Juden- und Christenstadt, den die Prager Judenkommission auf 20 Ellen festgesetzt hatte, wurde auf 15 Ellen herabgesetzt (der Raum sollte hinreichen, daß zwei Wägen einander bequem ausweichen könnten); dieselbe Breite sollten auch die Gasen der neuen Judenstadt erhalten. Gleichzeitig verordnete das Reskript, daß bei Zuteilung der Bauplätze jenen Juden der Vorzug zu geben sei, die finanzielle Mittel zum Baue besitzen. Den Statthaltern wurde neuerlich aufgetragen, den Reduktionsantrag hinsichtlich der Zahl der tolerierten Juden vorzulegen; bezüglich der Erstreckung der Aufenthaltbewilligung der Juden in Christenhäusern sollten sich die Statthalter mit dem Erzbischof ins Einvernehmen setzen.[49]) Das Reskript vom 15. April erkannte allerdings an, daß der Bau der Judenstadt nach den beantragten und genehmigten Normen den Juden teurer zu stehen kommen würde, als wenn überall die alten Fundamente Verwendung fänden, führte jedoch die Beweggründe an, weshalb die Restitution des alten Zustandes nicht bewilligt werden könne. Die Gründe moralischer und religiöser Natur (ad evitanda scandala, periculum corruptionis fidei et morum) waren vorwiegend eine Antwort auf die Erörterungen der böhmischen und der Hofkanzlei, die für die Juden günstig gelautet hatten.

Diese Resolution bot im Gegensatz zum Antrage der Judenkommission im großen ganzen nur unwesentliche Erleichterungen, die überdies zum Großteil für die Juden unannehmbar waren; so stand denn zu erwarten — und das Reskript ließ es merken —, daß sich die Juden mit einer solchen Erledigung kaum zufrieden geben würden. In der Tat überreichten unmittelbar darauf die Prager Judenältesten dem Kaiser eine Replik,[50]) in der sie sich namentlich darüber beschwerten, daß der Bau der angeordneten Mauer um die Judenstadt einen Aufwand von über 40.000 Gulden erfordern würde, einen Betrag, den die Juden nicht aufwenden könnten, wenn sie ihrer Kontributionspflicht ordentlich nachkommen sollten. Als Kompromiß beantragte das jüdische Memorandum, es möge anstelle einer umfassenden Befestigungsmauer gestattet werden. bei jenen Häusern, die am Umfange der Judenstadt liegen, eine höhere Feuermauer aufzuführen, und die Judenältesten verbürgten sich dafür, die Judenhäuser würden von Stein erbaut werden und in der Richtung gegen die Christenhäuser weder Türen noch Fenster aufweisen; die aus der Judenstadt führenden Gassen würden an den Eintrittsstellen in die Christenstadt mit Toren versehen sein. Außerdem protestierten die Juden gegen die angeordnete Breite der Judengassen, indem sie darauf hinwiesen, daß dadurch die Verwendung der alten Fundamente verunmöglicht würde, wodurch sich der Bau der neuen Häuser bedeutend verteuern und die Baufläche der Judenstadt verringern müßte; wie sie ausführten, wäre es sogar notwendig, einige

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Häuser, mit deren Bau bereits begonnen worden war, einzureißen, namentlich das Bassevische Haus in einem Werte von 60.000 fl., dessen Mauern vom Feuer unversehrt geblieben waren. Zuguterletzt verwahrten sich die Juden natürlich aus moralischen und religiösen Gründen nachdrücklichst dagegen, daß ein Teil ihres Friedhofs verbaut würde, was nach dem mosaischen Gesetz ein Sakrileg bedeute; aus demselben Grunde lehnten sie ihre Zustimmung zur Verwendung der alten Synagogenfundamente zum Baue von Wohnhäusern ab und betonten, einer solchen Handlung könnten sie sich selbst dann nicht schuldig machen, wenn es ihnen an Mitteln zum Wiederaufbau der abgebrannten Gotteshäuser gebrechen sollte. Daneben polemisierte das jüdische Memorandum mit den gegen die Juden zugespitzten moralischen und religiösen Gründen des Reskripts vom 15. April; es sei trotz der zahlenmäßigen Stärke der jüdischen Gemeinde auch nicht in einem einzigen Falle vorgekommen, daß ein Christ zum Judentum übergetreten wäre. Geschickt war auch die Antwort auf den Vorwurf stilisiert, daß durch den Verkehr mit den Juden die christlichen Sitten Schaden litten. Schließlich wiederholten die Juden ihr früheres Gesuch, es möge ihnen die denkwürdige Alte Synagoge[51]) belassen werden.

Bei der Erledigung dieses Protestes gewann der Standpunkt der Hofkammer und der böhmischen Kammer entschieden das Übergewicht. So kam die finanzielle Seite der jüdischen Replik in der kaiserlichen Antwort auf die jüdischen Einwendungen und Beschwerden in durchgreifender Weise zur Geltung. Zwei Reskripte dd. Laxenburg, der Somerresidenz des Hofes, vom 4. Juni 1690, brachten dem Prager Ghetto ganz außerordentliche Erleichterungen. Das erste Reskript wiederholte zwar noch den am 15. April ausgesprochenen Grundsatz, es solle entsprechend dem Klauserschen Plane eine Scheidung der Judenstadt von den Christenhäusern durchgeführt werden, doch die den Juden nunmehr eingeräumten Zugeständnisse bedeuteten eine wesentliche Abänderung des ursprünglichen Programms. Zunächst einmal fiel der Plan einer Umfassungsmauer rings um das ganze Ghetto und es wurde das Angebot der Juden angenommen, daß die Judenhäuser am Rande höhere Feuermauern ohne Türen und Fenster erhalten würden; nur an der Moldauseite sollte das Ghetto mit einer Mauer abgeschlossen werden und einige Pförtchen sollten den Zutritt zum Flußwasser erleichtern. Gleichzeitig aber wurde der Plan vollständig aufgegeben, die Gassen zu verbreitern, und es wurde die restlose Wiederherstellung des Bauzustandes vor dem Brande gestattet, sodaß die Juden überall beim Baue der neuen Häuser die alten Fundamente verwenden konnten. Die hygienischen und sicherheitlichen Rücksichten, die früher zur Entschließung geführt hatten, der neuen Judenstadt breite Gassen zu geben, traten nunmehr vor der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Wucht der jüdischen Kontribution zurück. Die beiden Reskripte kamen den Juden auch in anderer Weise entgegen. Sie machten vor allem den Statthaltern zur Pflicht, die Juden vor Schikanen in Schutz zu nehmen, die ihnen beim Baue angeblich widerfuhren. Auf die Beschwerde der Juden, daß ihnen die angebotenen Christenhäuser bis auf das dreifache des wirklichen Wertes hinaufgetrieben würden, wurde gleichzeitig verordnet, diese Häuser seien den Juden „justo pretio" hinzulassen. Schließlich verfügten beide Reskripte übereinstimmend eine Untersuchung über die Beschwerde der Juden, daß ihnen bei Ausbruch des Brandes verwehrt worden sei, Wasser zu schöpfen; den Statthaltern wurde aufgetragen, einerseits das Übereinkommen mit dem Erzbischof in der Frage betreff Erstreckung des Aufenthaltstermins der Juden in Christenhäusern zu betreiben, anderseits die Einbringung des Antrags bezüglich der Zahl der reduzierten Juden zu urgieren. Gleichzeitig wurde auch die Frage der alten Synagoge gelöst, jedoch in judenfeindlichem Sinne; die Resolution wies darauf hin, daß die alte Synagoge außerhalb des neuen Ghettobereiches liege, wie er auf dem vom Kaiser genehmigten Klauserschen Plane eingezeichnet sei.[52]) Wie ersichtlich, brachte der Protest den Juden bedeutende Erleichterungen, mochte auch die prinzipielle Frage der Ausdehnung der Judenstadt, die mit Reskript vom 15. April 1690 im großen ganzen auf den vorweißenbergischen Flächenraum zusammengedrängt worden war, immer noch in einem den Juden nicht günstigen Sinne gelöst bleiben. Darum gaben sich die Juden begreiflicherweise nicht mit den bisherigen, gewiß nicht unwesentlichen Erfolgen zufrieden, sondern arbeiteten auf eine völlige Restitution des Zustandes vor dem Brande hin; was sie aber nicht auf geradem Wege erreichen konnten, das suchten sie auf Umwegen und durch Kniffe zu verwirklichen. Es kann nicht wundernehmen, daß schon die bisherigen weitreichenden Zugeständnisse der kaiserlichen Reskripte das Ghetto mit neuem Selbstbewußtsein erfüllten. Die Juden waren nun darüber im reinen, daß sie den Bestrebungen der Statthalter und der Altstädter Gemeinde gegenüber, die eine Wiederkehr der Verhältnisse vor dem Jahre 1689 verhindern wollten, in Wien durch das Verdienst der Hofkammer und der böhmischen Kammer Stütze und Schutz finden würden. Ihre Taktik der wiederholten Proteste und Beschwerden ohne Rücksicht darauf, daß die Frage der Ghettorestitution eigentlich schon entschieden war, brachte ihnen immer neue Erleichterungen. Auf der andern Seite aber ist klar, daß sich die politischen Faktoren bemühten, eine vollständige Restitution des alten Ghettos möglichst zu erschweren und die Prager Judenstadt mindestens unter einigermaßen veränderten und verbesserten Verhältnissen zu erneuern. Man kann durchaus nicht sagen, daß bei diesem Bestreben immer und überall der Haß wider das Ghetto

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

das entscheidende Motiv gewesen sei; viele der vonseiten der politischen Kreise gestellten Wiederaufbaubedingungen konnten gewiß den Juden und dem neuen Ghetto nur nützen. Doch die augenfälligen Bemühungen, das Unglück des Ghettos zu einer radikalen Veränderung zum Schaden der Juden auszunützen, brachten es mit sich, daß sich die Juden mit allen Mitteln und allen möglichen Argumenten gegen jegliche Veränderung zur Wehr setzten.

So überrreichten die Juden bereits in der ersten Julihälfte d. J. 1690 dem Kaiser wiederum eine Supplik.[53]) Es war eine Beschwerde gegen den Altstädter Hauptmann, der anbefohlen hatte, zwischen den Juden- und Christenhäusern einen freien Raum in der Breite von 15 Ellen zu schaffen, und damit gedroht hatte, dieser Vorschrift nicht entsprechende Häuser niederrreißen zu lassen. Die Juden wiesen in ihrer Beschwerde einerseits darauf hin, daß sie sich verpflichtet hatten, anstatt des geforderten Zwischenraumes höhere Feuermauern aufzuführen, anderseits stellten sie fest, daß sich durch Erfüllung des hauptmännischen Befehls die Judenschaft merklich verringen würde, da man mit ungefähr 120 Häusern zurückrücken müßte; der jüdische Protest betonte, daß durch ein solcher Zurückrücken gerade die besten Eckhäuser geschädigt würden, die ohnedies bereits durch die Verfügung gelitten hatten, daß die den Christenhäusern zugekehrten Judenhäuserfronten weder Fenster noch Türen haben dürfen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich der Befehl des Altstädter Hauptmanns keineswegs auf Willkür gründete, sondern auf der Entschließung des Reskripts vom 15. April 1690 beruhte. Doch der Wechsel im Standpunkt des Hofes, der in den beiden Reskripten vom 4. Juni 1690 seinen Ausdruck fand, ließ die jüdische Beschwerde voll berechtigt erscheinen. Was für psychologische Folgen ein solcher Wechsel auf beiden Seiten zeitigen mußte, ist leicht auszudenken. Das Reskript vom 4. Juni sprach zwar nicht ausdrücklich von dem Raume zwischen der Judenstadt und den Christenhäusern, nichtsdestoweniger aber gab es dadurch, daß es den Juden den Wiederaufbau ihrer Häuser auf den alten Fundamenten gestattete, stillschweigend die ursprünglich geplante Peripheriegasse auf. Daher traf das neue Reskript vom 15. Juli, das in rascher Erledigung der Judenbeschwerde willfahrte, die ausdrückliche Bestimmung, zwischen den Juden- und Christenhäusern brauche kein freier Raum gelassen zu werden. Der Beweggrund zu dieser Entschließung war wiederum vom fiskalischen Gesichtspunkt bestimmt: die Juden können sich so der alten Fundamente bedienen und den Wiederaufbau ihrer Häuser verbilligen; dadurch wird auch die Restitution des Ghettos beschleunigt und der Aufenthalt der Juden in den Christenhäusern verkürzt werden. Neuerlich aber schärfte das Reskript ein, daß

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gegen die Moldau zu eine Umfassungsmauer zu errichten sei, warnte jedoch vor einer Bedrückung der Juden.

Noch vor der endgültigen Entscheidung des Kaisers begannen die Juden mit der Erneuerung des Ghettos; übrigens hatten sich einzelne schon bald nach dem Brande wenigstens eine Notunterkunft auf der Brandstätte eingerichtet. In der ersten Maihälfte 1690 war bereits die halbe Judenstadt wiederhergestellt und am Bau arbeiteten 1000 bis 1200 Menschen.[54]) Diese Eile war gewiß vor allen Dingen im Mangel von Ersatzwohnungen begründet und in den Schwierigkeiten, auf die eine Unterkunft der Juden in Christenhäusern stieß. Nicht wenig unterstützte jedoch diese Baubewegung in der Judenstadt zweifellos auch die Absicht, die Ämter vor eine fertige Tatsache zu stellen; die Juden rechneten richtig damit, daß es ihnen im Falle eines Konfliktes mit den politischen Behörden gelingen werde, hinlänglichen und wirksamen Schutz bei der böhmischen und der Hofkammer zu finden. Und so wurde die neue Judenstadt nicht bloß auf den alten Fundamenten gebaut, sondern es wurden auch andere bauliche Verbesserungen, welche die Juden zuerst selbst zugesagt hatten, nicht eingehalten.

Obwohl ausdrücklich streng verordnet war, daß die neuen Judenhäuser nur aus Stein gebaut werden dürften, und obwohl sich die Juden selbst für die Beobachtung dieser Maßregel verbürgten, so kehrten sie sich beim Wiederaufbau des Ghettos sogut wie garnicht an diese Sicherheitsvorschrift. So geht aus den erhaltenen Quellen hervor, daß im neuen Ghetto ebenso wie im alten neben den vom Feuer übrigens größtenteils unversehrten Kellern nur die Läden und Warenmagazine von Stein gebaut waren; das übrige war wiederum überwiegend von Holz. Darum machten die Statthalter den Versuch, mit Gewalt dem kaiserlichen Befehl Geltung zu verschaffen. Sie trugen bereits am 1. September 1690 der Judenkommission auf, unter der Aufsicht des Altstädter Sechsherrenamtes alle hölzernen Bestandteile der neuen jüdischen Häuser entfernen zu lassen. Die Judenkommission gab zunächst diesen Befehl den Judenältesten bekannt, und diese ersuchten um eine Woche Frist zur Durchführung des Auftrages, indem sie sich verpflichteten, die hölzernen Bauten selbst abtragen zu lassen. Die erbetene Frist wurde ihnen in der Tat eingeräumt, aber nach vierzehn Tagen zeigte sich, daß alles beim alten geblieben war. Daher unternahm das Sechsherrenamt im Auftrage der Judenkommission am 6. und 7. Oktober eine Visitierung der Judenstadt, bei der es nach der danach dem Altstädter Hauptmann erstatteten Meldung feststellte, daß die neuen jüdischen Häuser mehr Holz aufwiesen, als vor dem Brand; namentlich die Pawlatschen, Erker und Kammern waren aus purem Holz gebaut. Als dann das Sechsherrenamt in den Intentionen der böh-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mischen Kanzlei gedungenen Zimmergesellen den Auftrag gab, an den jüdischen Häusern alle hölzernen Baubestandteile einzureißen, da kam es zu einer stürmischen Zusammenrottung der Juden, welche die Amtskommission mit Schimpfworten traktierten. Die Kommission bemühte sich zwar, den Konflikt im guten zu schlichten, und erklärte den Juden, es geschähe so auf Befehl der Statthalter; sie bekam jedoch auf diese Aufklärung die bedenkliche Antwort, die Juden würden einen höheren Herrn zu finden wissen, als es die Statthalter seien; es wiederholt sich hier die Situation, die der jesuitische Autor des anonymen Memorials v. J. 1657 geschildert hat. Es blieb aber nicht bei diesem Wortgeplänkel, sondern es kam zu einer regelrechten Rauferei; das zusammengerottete Judenvolk begann die Kommission mit Steinen zu bewerfen, wobei einige Zimmerleute und Musketiere verletzt wurden. Irgendein Jude machte vollends Miene, einem Zimmermann, dem die Kommission die Abbrechung eines hölzernen Erkers befohlen hatte, mit einer Axt den Schädel einzuschlagen. Als dann die Erregung der Juden noch mehr stieg — es trug dazu jedenfalls die drohende Haltung des unvermeidlichen christlichen Mobs bei —, zogen sich die sechsherrenamtlichen Funktionäre samt ihrer Begleitung aus Angst um ihr Leben vor der leidenschaftlich aufgebrachten Judenmenge aus dem Ghetto zurück. Dieser Vorfall bedeutete freilich eine schwere Schmach der Amtsautorität und es ist begreiflich, daß die Beamten des Sechsherrenamts unverzüglich eine Beschwerde beim Altstädter Hauptmann Grafen Heinrich von Guttenstein einbrachten, der dann sofort eine Schilderung des bedenklichen Vorfalls den Statthaltern vorlegte.[55])

Das war immerhin keineswegs die erste Unannehmlichkeit, die den Statthaltern aus der Vernichtung des Ghettos erwuchs, und auch der frühere Zweikampf der Statthalter mit dem Erzbischof fand in diesem Augenblicke eine neue Fortsetzung. Die um die alte Synagoge wohnenden Juden saßen im Kirchspiel zum hl. Geist, das dem St. Georgskloster gehörte. Nach dem Brande im August 1689 hatte die Äbtissin Anna Mathilde Schönweis von Eckstein den abgebrannten Juden erlaubt, sich für die Zwischenzeit, bis zur endgültigen Entscheidung über das Schicksal des Ghettos in Christenhäusern unter der Jurisdiktion des St. Georgsklosters einzuquartieren, und sie hatte schon vorher, am 13. Juli, den Juden ihre Zustimmung erteilt, ihre Häuser am alten Orte wieder aufzubauen. Diese Bewilligung wurde jedoch im Dezember auf Weisung des Erzbischofs widerrufen — im Zusammenhang mit dem erwähnten Oktoberdekret des Konsistoriums — und die Äbtissin gab wieder den entgegengesetzten Auftrag, die Juden sollten aus den Christenhäusern im Kirchspiel zum hl. Geist sofort ausziehen. Dieser Befehl ging jedoch nicht bloß die Juden an, sondern auch die christlichen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Hausherren, die, ähnlich wie in andern Kirchspielen der Altstadt, den Juden Unterkunft geboten und von ihnen im vorhinein den Mietzins erhoben, bzw. von ihnen Geld zum Bau ihrer neuen Häuser geliehen hatten, mit der Verpflichtung, in dieselben auf eine Zeitlang die jüdischen Gläubiger als Mieter aufzunehmen. Es kann daher nicht wundernehmen, daß gerade die unter der Jurisdiktion des St. Georgsklosters wohnenden Christen zunächst an die Äbtissin mit der Bitte um Widerruf ihres Befehls herantraten. Als dann die Äbtissin ihr Gesuch abwies, unterbreiteten die Juden Ende Dezember den Statthaltern ihre Bitte um Schutz; gleichzeitig ersuchten auch die Christen aus dem Kirchspiel zum hl. Geist aus den bereits angeführten Gründen bei den Statthaltern um die Erlaubnis, die Juden auch weiterhin in ihren Häusern behalten zu dürfen. Die Statthalter betrauten den Altstädter Hauptmann mit der Untersuchung der Beschwerde und verordneten inzwischen die Beobachtung des status quo. Trotzdem ordnete jedoch die Äbtissin am 9. Jänner 1690 den Juden neuerdings an, unverzüglich auszuziehen, und als sie dies nicht taten, ersuchte sie den damaligen Prager Kommandanten Freiherrn von Harrant um Militärexekution, um die Juden mit Gewalt zu verdrängen. Die angesuchte Exekution wurde der Äbtissin ohne Vorwissen der Statthalter und gegen ihre Intentionen auf Einschreiten des Erzbischofs sofort beigestellt. Am Nachmittag des 23. Jänner 1690 erschienen die angesprochene Exekution beim hl. Geist: 20 Soldaten unter Führung eines Korporals; als Vertreter der Äbtissin nahm an der Exekution der Notar des St. Georgsklosters, Adam Schweitzer, teil, der sich vom Richter Kulich des Heiligengeistkirchspiels begleiten ließ.

Diesen Zwischenfall muß man offenbar zunächst als einen Racheakt des Erzbischofs an den Statthaltern für den erzwungenen Rückzug in der Frage des Konsistorialdekrets ansehen; immerhin liegt aber hier auch ein interessanter und keineswegs vereinzelter Beleg für das Verhältnis von Kirche und Staat in der nachweißenbergischen Zeit vor. Das Vorgehen der auf Anstiftung des Erzbischofs handelnden Äbtissin Mathilde war entschieden rechtswidrig und willkürlich und setzte offensichtlich in bedenklicher Weise die Autorität der Regierung herab. Es ist nur natürlich, daß auch jetzt die Statthalter keineswegs gesonnen waren, dem Erzbischof nachzugeben. Auf ihren Befehl wurde der Notar Schweitzer festgenommen und in den Kleinseitner Arrest gesetzt; erschwerend für ihn wirkte noch der Umstand, daß er sich — wie durch Verhör der Zeugen des Auftritts vom 23. Jänner festgestellt wurde — abfällig über die Statthalter ausgelassen hatte: heute befählen sie so und morgen so. Des eingekerkerten Schweitzer nahm sich der Erzbischof an — und bekannte sich auch dadurch als Haupturheber

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

des anstößigen Vorfalls —, indem er einerseits die gegen den Notar von St. Georg sprechenden Zeugenaussagen zu entkräften suchte, anderseits ausführte, daß keine Obrigkeit verpflichtet sei, auf ihren Gründen Juden zu dulden, am 1. Feber drohte er sogar den Statthaltern mit dem Bann, falls Schweitzer nicht binnen drei Tagen auf freien Fuß gesetzt und die Juden aus dem Heiligengeistsprengel nicht ausgewiesen werden sollten.

Der Konflikt zwischen der Landesregierung in Böhmen und dem Erzbischof hatte so wieder eine gefährliche Zuspitzung erfahren; die Statthalter wandten sich, ähnlich wie in der Frage des Konsistorialdekrets, nach Wien mit dem Ersuchen um Instruierung für ihr weiteres Vorgehen. Die böhmische Hofkanzlei stellte sich natürlich ganz hinter die Autorität der Statthalter. Mit Reskript vom 11. März 1690 wurde das Beginnen der Äbtissin und des Erzbischofs als übereilt und gewalttätig gekennzeichnet. Den Statthaltern wurde anbefohlen, Schweitzer unter keinen Umständen freizulassen, sondern ihm bei der Appellationskammer den Prozeß zu machen. Im Wege des Hofkriegsrats wurde dann dem Prager Kommandanten — Harrant war inzwischen gestorben — aufgetragen, daß keiner Privatpartei ohne Bewilligung der Statthalter eine Militärassistenz beigestellt werden dürfte. Das Reskript sprach zwar die Überzeugung aus, der Erzbischof werde sich zu keinem so weitreichenden Schritte hinreißen lassen, wie er ihn androhte, aber trotzdem wurden die Statthalter darüber belehrt, wie sie vorgehen sollten, wenn der Erzbischof seine Drohung dennoch wahr machte; sie sollten sich nach der Instruktion benehmen, die ihnen i. J. 1670 im Streit mit dem Bischof von Leitmeritz zugekommen war. Der Erzbischof sollte fürs erste ersucht werden, denn Bann zu widerrufen. Sollte er jedoch diesem Ersuchen nicht entsprechen und dennoch den Exkommunikationsspruch an den Kirchentüren anschlagen lassen, so sollten die Statthalter Amtspersonen aussenden, um die angeschlagene Kundmachung herunterzureißen; sollte die Kundmachung von der erzbischöflichen Wache bewacht werden, so sollte diese entfernt werden. Der kundgemachte Bann dürfte natürlich die Statthalter nicht im geringsten an der Erfüllung ihrer Atmspflichten hindern.

Es ist begreiflich, daß unter solchen Umständen der Erzbischof seine Drohungen nicht verwirklichte, denn es war ihm klar, daß die Kundmachung der Exkommunikation nur eine Entwertung der kirchlichen Autorität nach sich ziehen müßte. So verlief die vom Erzbischof inspirierte Aktion der Äbtissin Anna Mathilde im Sand; einen Nutzen zogen daraus nur die Juden, welche wie übrigens auch bei andrer Gelegenheit aus den Konflikten der christlichen Obrigkeiten weidlich Kapital schlugen. Der Notar Schweitzer war zweifellos exemplarisch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

bestraft, mochte er auch nur der Vollstrecker des Befehls sein; er hätte jedoch wissen sollen, daß gegen das ausdrückliche Verbot der Statthalter keine Gewalttat unternommen werden dürfe. Seine ironische Bemerkung aber, daß die Statthalter heute so und morgen so befählen, entsprach ganz der Wahrheit; doch das war nicht die Schuld der Statthalter.

So war denn um die jüdische Frage, wie schon wiederholt früher, zwischen den politischen und fiskalischen Behörden ein ungewöhnlich hitziger Zweikampf entbrannt, in welchem, wie der Rückzug der kaiserlichen Reskripte von ihrer ursprünglichen Rigorosität verrät, trotz des anfänglichen Sieges der Anschauungen der politischen Kreise wieder das Interesse der Kammer die Oberhand gewann. Diese Gegensätzlichkeit der Interessen und Anschauungen nützten natürlich die Juden zu ihrem Vorteile aus; der Sieg, den sie — freilich etappenweise — in den Jahren 1689—1690 errungen hatten, war vollständig. Das Programm eines neuen Ghettos, das im Klauserschen Plane seinen Ausdruck gefunden, der die Judenstadt im großen ganzen auf die vorweißenbergische Ausdehnung zusammendrängte und darin wesentlich bessere hygienische und Sicherheitsbedingungen schaffen wollte, wurde trotz der günstigen Gelegenheit völlig begraben. Das neue Ghetto wurde in seiner Anlage und seinem Baucharakter ein treues Spiegelbild des alten Ghettos. Ebenso wurde auch die Lösung der Reduktionsfrage der Prager Judenschaft, welche in dieser Zeit — von dem Antrag der böhmischen Kammer abgesehen — nicht über das Vorbereitungsstadium hinausgekommen war, wieder um einige Jahre verschoben.

Anmerkungen zum 3. Kapitel.

[1]) Über den Brand vgl. neben den Nachrichten eines Augenzeugen, des Prager Kreuzherrn J. Beckovský (Poselkyně II_3, 557-60, ed. A. Rezek), und den zeitgenössischen weiter unten erwähnten Dokumenten V. Vojtíšek, Po ohni židovského města pražského (= Nach dem Brande der Prager Judenstadt) in Kalendář česko-židovský, Jg. XXXIV, S. 61 f. und J. Sváteks l. c. III_2, S. 275 f.: daß nicht sämtliche 318 von der Judenreduktionskommission i. J. 1680 gezählten Judenhäuser abgebrannt sind, führen die Juden selbst in ihrer Supplik de dato präs. 11. Juli 1689 an (außer zwey oder drey heüseln). Vgl. auch J. Beckovský l. c. 558 und Z. Winter, Pražské ghetto S. 42, wo in Übereinstimmung mit der zitierten jüdischen Supplik die Angabe zu lesen ist, die Judenstadt sei binnen zwei Stunden abgebrannt. Neben 315—316 Judenhäusern brannten auch neun (nicht zehn, wie nach J. Beckovský l. c. 558 V. Vojtíšek l. c. wiederholt) Synagogen ab: vom Feuer verschont oder nur wenig beschädigt wurde die Meisl-, Pinkas-, Neu- und Altneusynagoge (vgl. die Zuschrift des Prager Konsistoriums vom 10. Mai 1708 in J 4/33 st.: bezüglich der Alten Synagoge auch die notarielle Beglaubigung vom 25. April 1690). — Auf den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zitierten Artikel von Vojtíšek stützt sich zum Großteil S. L. Lieben, Die Prager Brandkatastrophe von 1689 und 1754, im Jahrbuch der jüdisch-literarischen Gesellschaft (Frankfurt a. M.), Jg. XVIII (1927) S. 175—83: Lieben bietet einige neue Angaben über jüdische Personen, welche dem Brande zum Opfer gefallen sind.

[2]) „....über die 150 häuser wieder in aschen gelegt", heißt es im Memorandum des Neustädter (dd. präs. 27. Juli 1689, ČDK IV T 1. ad 4 ex 1689); J. Beckovský l. c. S. 559 verzeichnet, daß auf der Neustadt insgesamt 146 Häuser verbrannt und beschädigt worden. Auf der Altstadt brannten neben dem Ghetto nach demselben Beckovský l. c. S. 557 zusammen 226 Häuser ab und 16 wurden durch Feuer beschädigt. Insgesamt vernichtete diese große Feuersbrunst in Prag daher gegen 750 Häuser.

[3]) Nach dem Bericht des Kleinseitner Hauptmanns Karl von Goltz, der in seinem Memorandum dd. präs. 27. Juli 1689 anführte: „so finde ich, daß solche feuersbrunst ja nicht bey denen Juden, wohl aber bey einem aus des Altstädter magistrats aignen gremio, nemblich dem Salomon Friedberger ausgekommen und wegen schlechter, mit meinen augen gesehener anstaldt, wie nicht weniger, daß man die zur löschung gleich bey anfang commandierte Juden gar nicht ins haus lassen wollen..."

[4]) „...doch hat man das wasser vor dem brandt gesperrt, daß in der feüerbrunst kein wasser zum löschen verhanden gewesen, welches ein großes nachdenken und verantwortung nachziehet", bemerken die Juden in ihrer „Interims Information" dd. präs. 27. Juli 1689 (ČDK IV T 1, ad 4 ex 1689) und wiederholen es in ihrer Supplik vom 12. Mai 1690. Mit Reskript vom 4. Juni 1690 wurde angeordnet, diese Angabe zu überprüfen, aber von dem Ergebnis dieser Untersuchung hat sich, soviel bekannt, keine Nachricht erhalten.

[5]) Diese Zahl geben die Juden in der erwähnten „Interims-Information" an. J. Beckovský l. c. S. 558 erzählt, wie erst in der Nacht Feuer in der Hauptsynagoge ausgebrochen sei, die auf dem jüdischen Friedhofe stand (vermutlich die Klaus-Synagoge gemeint), sodaß unter der einstürzenden Wölbung viel jüdisch Volk umgekommen sein soll.

[6]) Die Juden sagen in der „Interims Information", „daß in simili anno 1567 vor 122 jahren die Judenstadt abgebrennet worden"; vgl. auch die Verordnung Kaiser Maximilian II. vom 4. April 1567 bei Bondy-Dvorský l. c. Bd. I, S. 509. Im Jahre 1603 brannten nach J. Beckovský l. c. II_1 S. 396 gegen 70 Judenhäuser ab.

[7]) Die Judenältesten bemerken in ihrer Supplik dd. präs. 12. Mai 1690: „nicht nur die mauren, so bey allen einäscherung zu einiger consolation der brandtbeschädigten stehen bleiben und deren wir, wiewohl unverhofft, doch mit freuden unter dem bey 8 ellen hoch gelegenen schutt noch viel und darinnen unverletzte keller, zimmer und gewelber gefunden, ... einreißen"; ähnlich äußern sie sich bereits in ihrer „Interims Information".

[8]) Die Juden erwähnen in der zit. „Interims Information", „daß die Judenstadt in 9 seithen von mordtbrennern angestecket worden sey".

[9]) Der Altstädter Rat an den Kaiser dd. präs. 1. Juli 1689: „... welche (scil.: die Juden) ihre wohnungen gantz eng zusammen geschlossener von holtz und lahmwerkh gehabt, maßen E. k. u. k. Maj. selbst aus dero residenz des Prager schlosses mit augen gesehen" (zur Zeit der großen Pest i. J.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

1680), „was es für abscheüliche gebäude zur unzier und deturpation der gantzen stadt gewesen (ČDK IV T 1, 4 ex 1689). Dagegen, daß die Judenstadt lediglich von Holz und Lehm gebaut gewesen wäre, verwahrten sich die Juden sofort (in der Beilage zum Bericht der Statthalter vom 30. Aug. 1689): „so wird man aber in continenti mit dem augenschein der brandtstellen überwiesen, was für steinerne haüser und derer grundtvesten mit kellern und gewölbern gewesen." Daß in der Prager Judenstadt alles von Holz gewesen, entsprach gewiß nicht der Wahrheit. Das Bassewische sowie andere Liechtensteinhäuser waren von Stein und auch im eigentlichen Ghetto waren wenigstens die Geschäftsräume (Läden und Magazine) und natürlich auch die Keller von Stein.

[10]) „ietzo aber, da alles in aschen und steinhaufen lieget, seye dieses obstaculum (d. h. die Notwendigkeit, die jüdischen Häuser auszukaufen) aus dem wege geraumet", schreibt der Altstädter Rat an Kaiser Leopold I. gegen Ende Juni 1689 (vgl. Anm. 9).

[11]) Original dd. präs. 1. Juli 1689 in ČDK IV T 1, 4 ex 1689, Abschrift in J 4/21.

[12]) „daß ein Christ nicht mehr weis, was vor einen handel oder nahrung anzufangen".

[13]) Orig. dd. präs. 11. Juli 1689 in ČDK IV T 1, Abschrift in J 4/21.

[14]) „... sondern auch in contribuendo alle schuldigkeiten und onera fast über unser vermögen allergehorsambst praestiret, ja bishero dero erbkönigreich Böheimb mit dem fünfundviertzigsten theil sehr schwer concuriret, sondern auch noch darüber extraordinari mit jährlichen zwölftausend gulden gestaigerter behaft gewesen, wie auch mit der türckensteuer und zweymahliger aufwerbung der mannschaft, so unsegliche tausend gekostet, uns allerschuldigst finden lassen, zu bestreitung dessen wir auf alle handel und wandel, ja auf essen und trincken einen aufschlag machen und die einkunften derselben darvon contribuiren müssen, also daß in dero k. obersteuerambt wir in allen und jeden nur etzliche tausend gulden restiren werden, wie viel tausend nun des jahrs in E. k. Maj. zohl und ungeld die hiesige Judenschaft eingebracht, das wird schier unspecificirlich seyn." Sie wiesen auch auf ihre früheren Verdienste beim Löschen Prager Brände hin.

[15]) Original in J 4/21 st.

[16]) „Allermaßen wir nun aus selbstaigener bewegnus gnädigst für guet ansehen, daß es besser und vorträglicher wäre, gedachte Pragerische Judenschaft außer der stadt und extra moenia zu lociren und ihnen ein gewisses orth zu stift- und erbauung neüer wohnungen und heüser einzuraumen."

[17]) „... nicht weniger ratione numeri familiarum — indeme wir sye Judenschaft in gewissen ausgesetzt und benandten generationen und haushaltungen aus erheblichen ursachen verschrenckter und terminirter gnädigst wissen wollen —, wieviel deren pro nunc et in futurum zu sustiniren wären, ein verläßliches statuiret werden möchte ..."

[18]) Es waren darin die Räte der böhmischen Kanzlei: Johann Paul Leopold Walderode von Eckhausen, Wenzel Schadner von Greifenfeld und Wilhelm Gilter von Altbach sowie der Adjunkt des Fiskalamtes Johann Heinrich Turba; die Kommission begann ihre Arbeiten am 25. Juli und forderte die älteren Akten zur jüdischen Frage aus der Registratur der böhmischen Kanzlei an (Zuschrift der böhmischen Kammer an die Hofkammer vom 30. Juli 1689).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[19]) „... höchst nöthig wehre eine haubtcommission zu dessen allen besserer bewerckstellung angeordnet und hierzu zu observierung einer jeden interesse angeordnet und von jeder instantz gewisse subjecta verordnet werden möchten."

[20]) Abschrift in ČDK IV T 1, 4 ex 1689.

[21]) Die böhmische Kammer ersuchte bereits am 30. Juli (Konzept in J 4/21 st.) die Hofkammer um Instruierung, wie sie in der jüdischen Frage vorgehen solle. Die Hofkammer protestierte am 20. August bei der böhmischen Hofkanzlei gegen die Verlegung der Judenstadt aus Prag.

[22]) Dieses sowie die im weitern erwähnten Gutachten über die Judenfrage sind dem Bericht der Statthalter vom 30. August 1689 beigelegt, von welchem noch weiter unten die Rede sein wird.

[23]) „... damit dieser ruinirten stadt (scil. der Neustadt) aliqualiter geholfen werde." Zur Zahl der i. J. 1689 auf der Neustadt vernichteten Häuser vgl. weiter oben Anm. 2.; i. J. 1653. im Juni. vernichtete eine Feuersbrunst auf der Neustadt 154 Häuser.

[24]) Vgl. oben Anm. [3]).

[25]) „... und ist zu besorgen, daß anstadt derer Juden wir eine Mänge Lutheraner und Calvinisten in das land zieglen und also größerer gefahr als vorhin in puncto religionis unterworfen wären."

[26]) „Als welche (näml. die christlichen Handelsleute) aniezo blos aus sorge, daß der kaufer sich nicht zu denen Juden wenden, ihre wahren in billicheren preis dahinlassen."

[27]) In dieser oben schon mehrfach erwähnten „Gehorsamben Interims Information" fordern die Juden ihr Recht und appellieren an die Menschlichkeit, indem sie neuerlich nachweisen, daß sie an der Entstehung des Feuers schuldlos sind. Sie verweisen darauf, daß ihnen nach dem Brande der Judenstadt i. J. 1567 anstandslos der Wiederaufbau ihrer Häuser gestattet war. Sie berechnen, welcher Gewinn von den Juden dem königlichen Fiskus, den Altstädter Bürgern und den armen Christen zufließt, sodaß der Altstädter Magistrat mit seinem Gesuch gegen sich selbst arbeitet. Sie führen alle Gefahren und Schwierigkeiten an, die ihnen aus der beantragten Übersiedlung nach Lieben erwachsen würden. Dem Hinweis der Altstädter, daß sich anstelle der Juden fremde christliche Handelsleute einstellen würden, setzen sie die Tatsache gegenüber, daß im Jahre 1653, als im Juni auf der Neustadt 154 Häuser abgebrannt waren [vgl. oben Anm. [23])], niemand aus der Fremde zugezogen sei, usw.

[28]) „daß ihnen Juden ein orth an den Moldaufluß, ihrer unsauberkeiten halber, und zwar nicht oberhalb der stadt, sondern abwerts des flusses einzuraumen wäre, so haben wir kein bequemen orth gefunden als die unter insel gegen dem kirchl st. Pauli gelegen" — im Gutachten der Statthalter vom 30. August heißt es: große insel —, „darinnen sie verschlossener ohne forcht eines anlaufs beysammen wohnen und mit pfälen herumb die ganze insel wohl verwahren könten".

[29]) Dieser Antrag rechnete ähnlich wie bereits i. J. 1680 damit, daß die neue Judenstadt mit der zu Beginn der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhundertes gegründeten Liebener Judengemeinde (vgl. J. Polák, Židé v Libni v XVI. stol. [= die Juden in Lieben im XVI. Jahrh.], Kalendář českožidovský Jg. XXXII., S. 62—7) verschmelzen werde; der Raum für die Judenstadt in Lieben wurde vom Altstädter Rat wie folgt umgrenzt: „daß

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die nicht allzu weit von Prag entlegene, Buckisch genandte, gegen Lieben zu gelegene Felder, anfahend gleich von dem brückel an bies nacher Lieben hierzu tauglich wehren, welcher orth desto gelegener sein wurde, weil die zu Lieben ohnedies wohnende Juden bereit eine synagog und ihre begräbnussen haben."

[30]) Konzept des Gutachtens mit den zugehörigen Beilagen in J 4/21 st., Original in ČDK IV T 1, 4 ex 1689.

[31]) Über das Einschreiten der Hofkammer bei der böhm. Hofkanzlei vom 30. August 1689 zugunsten der Juden vgl. oben Anm. [21]). — Am 4. September legte die Hofkammer der böhmischen Hofkanzlei das Ersuchen der Prager Juden vor, ihnen für einige Jahre die Kontribution zu erlassen und aus dem königl. Obersteueramt 30.000 Gulden zu leihen; außerdem ersuchten die Juden um Gewährung einer Naturalhilfe von den kgl. Herrschaften, u. zw. 100 Wägen und 200 Arbeiter zur Wegräumung des Schutts von den Brandstellen. Dieses Gesuch beantwortete die böhm. Hofkanzlei am 17. Sept. mit dem Hinweis darauf, daß die Kontribution eine Angelegenheit der böhmischen Stände sei und die Stände keine Kasse besäßen, um die erbetenen 30.000 fl. zu leihen; die Hofkammer möge andere Hilfsquellen beantragen (ČDK IV T 1, 3 ex 1689).

[32]) Original in J 4/21 st.; ausführlicher Inhalt bei V. Vojtíšek, Po ohni židovského města pražského etc. S. 66.

[33]) Das Reskript konnte sich allerdings die Bemerkung nicht versagen: „ob wir nun zwar aus wichtigen und erheblichen ursachen tam respectu temporis pacifici als bellici gnädigst gern gesehen hetten, daß gedachte Judenschaft, wann es füglich hette geschehen können, auf ein anderes mehr abgelegenes orth, ob es gleich intra moenia währe, hette können transferiret werden . . ."

[34]) Das Elaborat der böhm. Kammer erliegt in J 4/21 st. und ist ein Werk der Judenkommission bei der böhm. Kammer, die sich vom 25. Juli an [vgl. oben Anm. [18])] gründlich mit der Judenfrage beschäftigte und ihr Gutachten am 3. Oktober der Kammer vorlegte.

[35]) Dieses Dekret ist in J 4/21 st.

[36]) Note der böhm. Kammer an die Statthalter dd. 14. Nov. 1689 in J 4/21 st.

[37]) Vgl. V. Vojtíšek l. c. S. 65.

[38]) Diesen Befehl erwähnen auch die Juden in der bereits mehrfach zitierten Supplik dd. präs. 11. Juli 1689.

[39]) „gegen anticipirung des pactirten bestandtgeldes ad interim bies zu deren bevorstehenden wiederauferbauung sich eingemietet", sagen die Judenältesten im Memorial dd. präs. 28. Feber 1690. Es ergibt sich m. E. daraus, daß die Verhältnisse keineswegs so idyllisch waren, wie V. Vojtíšek l. c. S. 63—4 annimmt: die christliche Barmherzigkeit war mit jüdischem Geld bezahlt.

[40]) Die Judenältesten dd. präs. 11. Juli 1689: „maßen viel Juden in ermanglung der wohnung erbärmlich auf freyer gassen liegen und crepiren."

[41]) Über diesen Vorfall referierten am 21. Oktober 1689 die Statthalter nach Wien; ihr Bericht gibt ein ausführliches Bild vom Anfang des Konfliktes.

[42]) Vgl. auch V. Vojtíšek l. c. S. 67—8, der auch angibt, in welchen Christenhäusern sich die Juden Notbethäuser eingerichtet hatten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[43]) Das geschah am 14. Jänner 1690.

[44]) Note der böhm. Kammer an die Statthalter vom 16. Jänner 1690. Nach der Aufforderung der böhm. Kanzlei lehnte die böhm. Kammer die Mitarbeit am Reduktionswerk mit der Note vom 26. Jänner ab: am gleichen Tage referierten die Statthalter der böhm. Hofkanzlei über die Passivität der Kammer.

[45]) Die Kommission legte ihr Elaborat am 13. Feber den Statthaltern mit dem Bemerken vor, daß sich die Vertreter der böhm. Kammer zwar zu den Verhandlungen eingefunden hätten, jedoch bloß ad audiendum. Über die erwähnten Pläne, die eine sehr wichtige Quelle für das Studium des Baucharakters des Prager Ghettos in der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhundertes darstellen und deren Originale einerseits in ČDK IV T 2, ad 11 ex 1690, anderseits in J 4/21 st. erhalten sind, gedenke ich demnächst im Zusammenhang mit andern etwas späteren Ghettoplänen gesondert zu handeln, da sie einer genauern Betrachtung bedürfen, als ihnen im Rahmen dieser Arbeit gewidmet werden könnte. Zum Verständnis muß hier angemerkt werden, daß die Judenkommission zwei Pläne herstellen ließ, deren erster den Ghettogrundriß samt der nächsten Umgebung nach dem Stande vor der Feuersbrunst verzeichnete, der andere aber, entworfen vom beeidigten Geometer der böhm. Kammer Andreas Bernard Klauser, das von der Judenkommission beantragte neue, räumlich reduzierte Ghetto, dessen innere Baubedingungen ebenfalls durchgreifend geändert werden sollten, graphisch darstellte. An beiden erwähnten Plänen, die zum erstenmale den Grundriß und die Hauptgebäude des Ghettos bieten, ist die Forschung bisher achtlos vorübergegangen. In der vorbereiteten Analyse werde ich auch das Verhältnis der erwähnten Pläne zu den von V. Vojtíšek vor einiger Zeit in der Beilage zum Kalendář česko-židovský Jg. XXXI und in der Studie: Staré plány pražské (= Alte Prager Stadtpläne) Beil. V behandelten Plänen aufzeigen. Eine Kopie des Klauserschen Planes erliegt auch im Prager Schloßarchiv.

[46]) Die Statthalter schrieben am 14. Feber 1690 an den Altstädter Hauptmann: „vor continuirung des zum theil angefangenen baues der judenhäuser" von der Brandstätte den Schutt abführen zu lassen.

[47]) Erst am 31. März 1690 berichtete die böhm. Kammer den Statthaltern, daß die Hofkammer ihr die Einwilligung dazu erteilt habe, sich durch Vertreter an den Verhandlungen der Judenkommission zu beteiligen.

[48]) Vgl. auch V. Vojtíšek, Po ohni židovského města pražského etc. S. 69.

[49]) Die Statthalter trugen dann gleich am 21. April dem Erzbischof schriftlich das Ersuchen vor, es möge den Juden „exigente necessitate", da sie mit dem Bau ihrer Häuser nicht bis zu der Zeit fertig sein können, als ihnen das Wohnen bei Christen gestattet worden war, noch ein fernerer Aufenthalt in den Christenhäusern bewilligt werden. Der Erzbischof antwortete unmittelbar darauf am 27. April ausweichend, indem er zuvörderst zu wissen wünschte, wieviele Juden aus Prag entfernt werden würden.

[50]) Dd. präs. 12. Mai 1690.

[51]) Bezüglich der alten Synagoge legten die Judenältesten ihrem Memorandum eine notarielle Beglaubigung vom 25. April 1690 bei, daß zwischen dieser Synagoge und den Christenbehausungen beim hl. Geist ein beträchtlicher Zwischenraum liegt. Fast gleichzeitig (dd. präs. 20. Mai 1690) unter-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

breiteten die Verwalter der Alten Synagoge dem Kaiser eine Supplik um Erlaubnis zur Benützung dieser Synagoge, indem sie darauf hinwiesen, es sei dies die älteste Prager Synagoge, von Stein gebaut und mit Ziegeln gedeckt; ihr Wert übersteige die Summe von 50.000 fl.; sie sei wunderbarerweise vor dem Feuer bewahrt geblieben (loci sanctitas, temporis antiquitas); die Verwalter hoben auch hervor, die Synagoge sei von den Christenbehausungen mindestens 16 Ellen entfernt und außerdem würden die auf die Christenhäuser blickenden Fenster vermauert werden. Die Verwalter verlangten in Übereinstimmung mit dem Memorandum der Judenältesten, die alte Synagoge möge in die Sechszahl jener vom Kaiser den Juden zugestandenen Synagogen einbezogen werden. Mit Dekret der böhm. Hofkanzlei vom 4. Juni 1690 wurde den Verwaltern der alten Synagoge verboten, denselben Titel wie die Christen zu gebrauchen (die Verwalter hatten sich unterschrieben als „Kirchenväter der Prager jüdischen alten schul"; das Dekret verordnet für die Juden die Verwendung des Terminus: Synagoge).

[52]) Beide Reskripte wurden von den Statthaltern am 22. Juni sowohl der Judenkommission als auch den Judenältesten intimiert. Bezüglich der alten Synagoge vgl. die Anm. [51]).

[53]) Dd. präs. 10. Juli 1690.

[54]) Angeführt von den Juden in ihrem Memorandum dd. präs. 12. Mai 1690.

[55]) Die Juden selbst, wie aus dem Statthalterdekret an den Altstädter Hauptmann Grafen v. Guttenstein vom 10. Oktober 1690 hervorgeht, stellten den Vorfall etwas anders dar. Nach ihrer Behauptung ließ das Mitglied des Sechsherrenamtes Allio am 6. Okt. in der Judenstadt einige Holzhauten einreißen und gebot dem jüdischen Verwalter Moses Abeles bekanntzumachen, daß am 9. Oktober sämtliche Holzbauten im Ghetto entfernt sein müssen. Trotzdem aber erschien am 7. Oktober nachmittags zwischen 4—5 Uhr, als die Juden in den Synagogen versammelt waren — es war ein Sabbat — unverhofft Allio in der Judenstadt mit dem Sekretär des Altstädter Hauptmanns und mit Zimmerleuten, welche Dächer und Dachböden demolierten, wobei auch christlicher Mob mithalf; gegen die Juden brauchte man Gewalt und warf ihnen Steine durch die Fenster. — Die Wahl des Samstags war zweifellos Berechnung; Gewalttätigkeiten von christlicher Seite, namentlich von dem beteiligten Mob, sind wohl ebenfalls schwerlich auszuschließen.

[56]) Die Akten über einen weiteren Vorfall erliegen in J 4/22 st.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

4. Kapitel.

Die Beendigung der Ghettoerneuerung nach dem Brande d. J. 1689. Der Torbau in der Judenstadt, und der Kampf der Juden um die Synagogen; Erneuerung des Reduktionsprogramms (1699—1703).

Die Verschleppung der völligen Wiederherstellung des Ghettos und das Anwachsen der jüdischen Population. — Der Bau hölzerner Tore in den Judengassen und der Widerstand des Altstädter Magistrats. — Der Kampf zwischen den Statthaltern und dem Altstädter Magistrat. — Errichtung einer Kommission zwecks Ausarbeitung eines Vorschlags auf Abteilung der Judenstadt von den Christenhäusern (Reskript vom 15. Feber 1700). — Das Memorandum der Altstädter. — Die Erneuerung des Ghettoreduktionsprogramms. — Das Ringen der Juden um die Alte Synagoge. — Vom Brand verschonte Synagogen und wiederhergestellte Synagogen. — Die Popper-Synagoge. — Jüdische Winkelschulen. — Vorschlag der Judenkommission auf Reduktion der Bewohnerzahl und der Ausdehnung der Judenstadt und auf deren Abschließung durch Tore. — Das Auftreten der Hofkammer zum Schutze des Prager Ghettos. — Die Bewilligung zum Torbau in der Judenstadt. — Neuerlicher Aufschub in der Lösung der Frage des Ghettoumfanges (Reskript vom 18. Juni 1703).

Darüber, wie sich im einzelnen die Erneuerung des Prager Ghettos nach dem katastrophalen Brande v. J. 1689 vollzog, fehlen hinreichende Nachrichten. Soviel steht jedoch fest: die dauernden Bemühungen der Prager Judengemeinde, durchgreifende Veränderungen in den Baubedingungen und der Anlage des neuen Ghettos zu vereiteln — ein Plan, der mit der Voraussetzung einer ziemlichen Verringerung der Ausdehnung des Ghettos kombiniert war —, waren nicht lediglich vom Bestreben diktiert, vornehmlich zum Schutze des neuen, nachweißenbergischen Besitzstandes jegliche Änderung der bisherigen Verhältnisse unmöglich zu machen, sondern dieser Widerstand war auch von wirt-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schaftlichen Beweggründen bestimmt. Die Katastrophe, welche die Prager Juden durch die Feuersbrunst an ihrer unbeweglichen und an ihrer beweglichen Habe erlitten hatten, war äußerst empfindlich, und ihre schmerzlichen wirtschaftlichen Folgen verspürte das Ghetto recht lange. Daher bemühten sich auch die Juden, die Erlaubnis zu erlangen, alles, was das unbarmherzige Feuer verschont hatte, zu verwerten, und in solchen Fällen, wo die amtlichen Entscheidungen zu ihren Ungunsten lauteten, verfuhren sie rücksichtslos sogar gegen die erlassenen Verordnungen und Verbote. Bereits i. J. 1690, als es den Prager Juden dank wiederholter Suppliken und tatkräftiger Hilfe der böhmischen und der Hofkammer gelungen war, die Wiederaufbaubedingungen des Ghettos ganz wesentlich zu mildern, wodurch der kaum fertiggestellte Klausersche Plan zu einem von der Wirklichkeit fast vollständig überholten historischen Dokument wurde — obwohl noch im Reskript vom 19. Dezember 1693 neuerdings dessen Gültigkeit ausgesprochen war —, erhoben sich aus der Asche die neuen jüdischen Häuser, durchwegs auf den alten Fundamenten erbaut, in ihrem Äußeren und im Baumaterial von den vernichteten kaum zu unterscheiden. Finanzielle Not zwang das Ghetto, der Befehle nicht zu achten, die für die neuen Häuser ausnahmslos Stein als Baumaterial vorschrieben, und so blieb das wiederholte Einschreiten gegen das Überwiegen von Holzmaterial an den Judenhäusern erfolglos. Ebenso hatte auch die neue Verordnung, die noch i. J. 1693 erschien und neuerdings die Holzteile der Judenhäuser zu entfernen anbefahl, keinerlei Wirkung.

Mag auch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Prager Juden aus mehreren dringenden Gründen — worunter die schon erwähnte Befürchtung vor einer Verkleinerung der Ausdehnung ihres bisherigen Baubesitzstands gewiß an erster Stelle stand — darauf hinarbeiteten, daß die Erneuerung ihrer Häuser in möglichst raschem Tempo vor sich gehe, so erforderte doch die vollständige Rekonstruktion des Ghettos trotz vermutlicher finanzieller Hilfe vonseiten ausländischer Glaubensgenossen einen längeren Zeitraum. Sicher war bereits im Mai d. J. 1690 — wie schon im vorhergehenden Kapitel dargelegt wurde — die Hälfte der jüdischen Häuser neu aufgebaut, doch in der Folge verlangsamte sich der Baufortgang bedeutend. Daraus ergibt sich m. E., daß etwa nur die Hälfte der ehemaligen jüdischen Hausherren über soviel finanzielle Mittel bezw. Kredit verfügte, um eine Erneuerung ihrer vernichteten Wohnstätten sofort wagen zu können, während die übrigen erst später an den Bau herantreten konnten; mitunter wurde ihr Bauplatz nachträglich von andern übernommen. Bis zum Jahre 1703 waren insgesamt 214 Häuser wiederhergestellt, also etwa zwei Drittel des Ghettos, und in den folgenden Jahren, bis 1709, kamen weitere 47 hinzu. Sogar

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nach Ablauf eines vollen Vierteljahrhunderts seit dem Brande, i. J. 1714, als sich das Ghetto mit seinen 310 Häusern bereits dem Stande vor dem Jahre 1689 näherte, fand die Reduktionskommission in der Judenstadt noch recht viel Brandstellen. Aus diesen Angaben geht klar hervor, wie langsam sich das Ghetto in materieller Hinsicht von dem schweren Schlage erholte. Dafür wuchs während dieser Zeit die jüdische Bevölkerung über die Maßen an. Nach der großen Pest v. J. 1680 waren im Prager Ghetto von 7.113 Einwohnern nur 3.584 verblieben; doch bereits i. J. 1712 zählten die Juden selbst in ihrer Stadt 11.517 Personen. An Bevölkerungszahl hielt damals die Judenstadt völlig der Prager Altstadt die Wagschale und stellte mehr als ein Viertel der gesamten Bevölkerung Prags. Mit diesem gewaltigen Zuwachs des Judenvolks und dem Häusermangel in der Judenstadt während des letzten Jahrzehnts des XVII. Jahrhunderts hängt letzten Endes zusammen, daß in diese Zeit der unverhältnismäßige Zuwachs an sog. Partialpossessoren von Judenhäusern fällt. Wie sich diese Bevölkerungsmenge in 214 Häusern zusammendrängen mußte, bedarf keiner besonderen Erörterung.[1])

Obwohl man nicht außeracht lassen darf, daß die Juden, die ihre Stadt entgegen der kaiserlichen Resolution im Ausmaß des früheren Grundrisses wiederhergestellt hatten, nicht allzusehr darauf aumerksam machen wollten, so ist doch wohl ein fernerer Beweis dafür, daß es den Prager Juden zu vollständiger Erneuerung des Ghettos an finanziellen Mitteln gebrach, darin zu sehen, wenn die Juden erst zehn Jahre nach dem Brande, als der freie Eintritt in die Judenstadt Gefahr zu bringen drohte, daran gingen, ihre Gassen wenigstens provisorisch von den Altstädter Gassen abzuschließen. Auch diese Maßnahme vollzog sich nicht ohne ernste Schwierigkeiten. Auf die Replik hin, welche die Prager Judengemeinde gegen das Reskript vom 15. April 1690 eingebracht hatte, wurde den Juden gestattet, anstatt der angeordneten Umfassungsmauern rings um die ganze Judenstadt lediglich Tore an den Austrittsstellen ihrer Gassen in die Christenstadt zu errichten. Als jedoch ungefähr im September des Jahres 1699 die Juden, angeblich aus Furcht vor einem Angriff des Christenmobs gegen das Ghetto[2]) und wegen eines Versuches, in der Judenstadt an zwei Stellen Feuer zu legen,[3]) zur Wehr ihrer bisher offenen Gassen vorläufig hölzerne Tore zu bauen begannen, stießen sie beim Altstädter Magistrat auf entschiedenen Widerstand. Der Magistrat gab schließlich dem Sechsherrenamte den Auftrag, den halbfertigen Bau niederzureißen, was am 5. Oktober nachmittags vollzogen wurde; das durch Abbrechen der Tore gewonnene Material wurde in den Altstädter Gemeindehof geschafft und den Juden wurde nachträglich eine Geldbuße von 100 Schock auferlegt.[4]) Gegenüber diesem

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Vorgehen wandten sich gleich am 6. Oktober die Judenältesten an die Statthalter mit der Bitte um Schutz und um die Erlaubnis, die Tore an den Stellen erbauen zu dürfen, wo die alten Tore gestanden.

Es ist interessant, daß der Altstädter Magistrat, der gleich am 6. Oktober von den Statthaltern aufgefordert wurde, binnen drei Tagen zur jüdischen Beschwerde seine Erklärung abzugeben, die wesentlichste Ursache unerwähnt ließ, die ihn zu so radikalem Vorgehen bewogen hatte. Er begnügte sich lediglich mit dem Hinweis, daß bereits i. J. 1652 die Juden mit ihrer Bitte um Erlaubnis zur Errichtung von Toren am Ende ihrer Gassen abgewiesen worden seien und daß ihnen jüngst das gleiche widerfahren sei, als sie ihre Bitte in der Meinung, man hätte die frühere Ablehnung vergessen, neuerlich vorgebracht. Die lakonische Verteidigung des Magistrats stellte fest, die Juden hätten eigenmächtig gehandelt (proprio ausu), und forderte deshalb ihre empfindliche Bestrafung. In der Tat aber war die Altstädter Gemeinde — wie vielleicht aus ihrer Erklärung geschlossen werden könnte — keineswegs gegen eine Abschließung und Abteilung der Judenstadt durch Tore von der Christenstadt. Auch der Altstädter Magistrat war sich wohl bewußt, wie nützlich eine Absperrung des Ghettos schon aus polizeilichen Gründen sei, um nicht bloß den Verkehr des jüdischen Elementes mit der christlichen Bevölkerung zu beschränken, sondern auch um den Juden Schutz vor Einfällen aufgehetzten Christenmobs in die Judenstadt zu bieten. Die Motive seines Widerstandes entsprangen der Enttäuschung, die namentlich die Altstadt ob des Ghettowiederaufbaues empfand.

Während die Statthalter im großen ganzen passiv zusahen, hatten wie bereits oben erwähnt die Juden ohne Rücksicht auf die kaiserliche Genehmigung des Klauserschen Planes ihre Stadt in der grundrißmäßigen Ausdehnung des Ghettos vor dem Brande erneuert, und durch Erbauung der Tore sollte dieser illegal via facti geschaffene Zustand bekräftigt und besiegelt werden. Es war dies übrigens einer jener zahlreichen Kniffe, mittels derer die Prager Judenstadt zahlreiche Gefahren zu vermeiden suchte, die ihr namentlich von den auf Schwächung der Juden berechneten Plänen der Prager Altstadt drohten. Dadurch wäre freilich wieder die Hoffnung der Altstädter Gemeinde auf ein Zusammenpressen der Judenstadt in die vorweißenbergischen Grenzen verloren gewesen,[5]) was durch die Bestätigung des Planes der Reduktionskommission v. J. 1689 und 1690 — wenigstens scheinbar — zum Greifen nahe gerückt war, in erster Linie aber die Hoffnung auf Gewinnung der Liechtensteinhäuser, die ihr durch das Privilegium Ferdinands II. vom 8. April 1627 gewährleistet waren. Die ureigentliche Ursache des radikalen Auftretens des Altstädter Magistrats gegen den jüdischen Torbau — zu ihrem Vorgehen konnten sich die Altstädter berechtigt fühlen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

im Hinblick auf das königliche Dekret vom 6. Juli 1652 — war also das Verlangen, zu verhindern, daß die neuen Tore an der Stelle der alten Tore gebaut würden und so das Ghetto in jenem Umfang verwahrten, den es vor dem Jahre 1689 gehabt. Im Auftreten der Altstädter lag freilich auch eine indirekte Anklage der Statthalter beschlossen, daß sie weder die Interessen und Privilegien der Altstadt hinreichend förderten noch auch darauf bedacht waren, daß die neue Judenstadt nach dem verordneten Plane erbaut werde, wie darauf, freilich vergeblich, der Altstädter Rat hinarbeitete. Aus dem gereizten Ton der Relation der böhmischen Kanzlei an den Kaiser vom 16. Oktober 1699 bezüglich des Konflikts mit der Prager Altstadt kann man sehr klar herauslesen, daß die Statthalter diesen verborgenen Stachel in der Aktion des Altstädter Magistrats sehr gut erkannt hatten. Daher führte natürlich im Verlaufe der weiteren Verhandlungen die Frage der Absperrung der Judenstadt zu neuerlicher Aufrollung der Grundfrage des Ghettoumfanges; der Altstädter Rat sorgte jedenfalls dafür, daß diese mählich dem Vergessen anheimfallende Frage wiederum in den Vordergrund des Interesses trat.

Die von den Statthaltern gleich nach Einlangen des jüdischen Protestes zwecks persönlicher Untersuchung der Beschwerde[6]) verordnete Kommission führte die ihr aufgetragene Visitierung im Beisein des Altstädter Hauptmanns unverzüglich durch und fand, daß im Hinblick auf den Stand v. J. 1689 die Juden in der Tat nichts Neues in Angriff nahmen. Das Referat der Kommission klang in dem Sinne aus, daß man die Reste der alten Tore, die selbstverständlich beim Brande zugrunde gegangen waren, noch bis dato wahrnehmen könne, und betonte auch, daß es gerecht sei, wenn man den Juden als Kontribuenten Sicherheit gönne; es erinnerte auch daran, daß nach dem Brande vom Kaiser anbefohlen worden war, die Judenstadt abzuschließen. Das Referat der Kommission schloß mit dem Antrag, das vom Altstädter Magistrat eigenmächtig weggenommene Baumaterial den Juden zurückzugeben und den Juden nach ihrem Recht und im Interesse der Öffentlichkeit[7]) den Bau der erbetenen Tore zu gestatten. Zwecks Vermeidung allfälliger Streitigkeiten beantragten die Kommissäre auch noch, es solle von einer besonderen Kommission, in welcher auch der Altstädter Magistrat vertreten wäre, entschieden werden, wo und wie die Judenstadttore errichtet werden sollen; denn Judenältesten wäre dann auch aufzutragen, die Tore wie zu früheren Zeiten über Nacht schließen zu lassen.

Die Statthalter befahlen gleich nach Vorlage des kommissionellen Gutachtens am 10. Oktober dem Altstädter Magistrat, das entzogene Material den Juden zurückzugeben, und hoben auch die Verbindlichkeit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der vom Magistrate der Judengemeinde auferlegten Geldbuße auf; den Juden wurde gestattet, Tore auf eigene Gefahr aufzubauen. Der Altstädter Magistrat, der seine oberwähnte knappe Replik gleichzeitig mit einer Relation der Judenkommission eingesandt hatte, wies jedoch darauf hin, daß den Juden von der Altstädter Gemeinde i. J. 1648 zur Zeit der Schwedenbelagerung gestattet worden sei, — jedoch bloß zeitweilig auf die Dauer der Kriegsgefahr —, diejenigen Häuser mit Toren abzusperren, die schon außer Bereich der eigentlichen Judenstadt[8]) lagen; daher betrauten am 10. Oktober 1699 die Statthalter neuerdings die vorherigen Kommissäre mit der Nachprüfung dieser Angabe, namentlich aber, ob es sich in der Tat um zweierlei Tore in der Judenstadt handle, wie die Altstädter behaupteten. Dadurch mußte sich freilich das Interesse schlechterdings der Wurzel des Kampfes der Altstädter zuwenden, denn die Frage der alten, das Ghetto im Umfang des XVI. Jahrhundertes abschließenden Tore und der neuen, die jüdischen Gebietsgewinste auf dem Boden der Altstadt aus nachweißenbergischer Zeit schützenden Tore führte ganz natürlich zur Frage nach der Ausdehnung der Judenstadt. Die verordnete Judenkommission entledigte sich soweit wenigstens bekannt dieser ihr neu übertragenen Aufgabe nicht, da in den Streit der Statthalter mit dem Altstädter Magistrat durch Zutun der Altstädter, die sich in Wien beschwerten, der Kaiser eingriff.

Zu ihrer Rechtfertigung legten die Statthalter gleich den 16. Oktober einen ausführlichen Bericht vor, dem sie alle auf die Affäre bezüglichen Dokumente beischlossen, und suchten einerseits nachzuweisen, daß der Altstädter Magistrat unkorrekt handelte, indem er den Judenältesten eine Geldbuße aus dem Vermögen der Judengemeinde auferlegte, die sich nichts hatte zuschulden kommen lassen, anderseits, daß er auch nicht berechtigt gewesen sei, eigenwilig die im Bau befindlichen Tore einzureißen und das Material davon wegzuführen, zumal die Juden nichts Neues ins Werk setzten. Die Berufung der Altstädter auf das Dekret v. J. 1652 erklärten die Statthalter für unberechtigt, und zwar aus dem Grunde, da i. J. 1690 vom Kaiser angeordnet worden sei, die Judenstadt mit einer Mauer zu umgeben; die Stathalter wiesen auch auf allfällige bedenkliche Polizeifolgen hin, falls das Ghetto unabgesperrt bliebe.[9]) Die böhmische Kanzlei verschleierte so — gewiß absichtlich — die wirkliche Ursache des Widerstandes der Altstädter und bemühte sich, die Sache so zu schildern, als ob es sich um einen grundsätzlichen Widerstand des Altstädter Magistrats gegen den Bau der Judentore überhaupt handelte, um einen Widerstand, der gegen die kaiserlichen Verordnung v. J. 1690 betreff Absperrung der Judenstadt gerichtet wäre; darum überging sie auch den Hinweis des Altstädter Rates auf zweierlei Tore im Ghetto mit Schweigen, und indem sie im

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gegenteil die Sache ganz verkehrt schilderte, verschwieg sie freilich auch, daß zwischen dem Dekret v. J. 1652 und der Verordnung v. J. 1690 kein Widerspruch besteht und daß letzten Endes Geist und Ziel beider Verordnungen im Wesen übereinstimmen. Die Statthalter wichen naturgemäß auch der Frage des Ghettoumfanges völlig aus, die mit der Restitution der Tore unzertrennlich zusammenhing, und waren bemüht, durch wiederholten Hinweis auf den Ungehorsam der Altstädter den Streit auf ihr Prestigegebiet zu verschieben.[10]) Ihr Bericht schloß mit der Bitte, daß der Rekurs des Magistrats abgewiesen und den Juden gestattet werden solle, den angefangenen Torbau zu vollenden.

In Wien jedoch durchschaute die böhmische Hofkanzlei den wahren Charakter des Konflikts und die wahre Ursache des Widerstandes des Altstädter Magistrats gegen den Torbau. Darum wurde mit Reskript vom 15. Feber 1700 weder der einen noch der andern Partei voll recht gegeben: es wäre zwar besser gewesen, wenn der Magistrat etwas gelassener vorgegangen wäre, er hat jedoch nicht rechtswidrig gehandelt, wie die Statthalter behaupten. Das Reskript legte das Hauptgewicht darauf, die Juden hätten unverantwortlich und unkorrekt gehandelt, als sie ohne Erlaubnis der böhmischen Kanzlei und des Altstädter Magistrats neue Tore zu bauen begannen; dieses Unterfangen sollte ihnen auch im Namen des Kaisers wenigstens nachträglich scharf verwiesen werden. Die vom Magistrat der jüdischen Gemeinde auferlegte Geldbuße wurde jedoch aus den im Berichte der Statthalter enthaltenen Gründen aufgehoben. Das Reskript erinnerte auch daran, daß in der Frage der Absonderung der Judenhäuser von der Christenstadt der Kaiser immer noch auf seiner früheren Entschließung beharre: es verordnete die Einsetzung einer besonderen Kommission unter Beteiligung der Altstädter Gemeinde, zwecks Erstattung eines Vorschlags auf die geeignetste Art der Absperrung der Judenstadt, namentlich aber, wieviel und was für Tore errichtet werden sowie wann und durch wen sie geschlossen werden sollten. Der kommissionelle Antrag sollte dann gleichzeitig mit dem Gutachten der Statthalter der böhmischen Hofkanzlei vorgelegt werden, die sich die endgültige Entscheidung vorbehielt.

Auf diesen Befehl wurde mit Dekret der böhmischen Kanzlei gleich am 25. Feber 1700 eine fünfgliedrige Kommission[11]) eingesetzt, die den Auftrag hatte, die Judenstadt in Augenschein zu nehmen und unter Mitwirkung des Altstädter Magistrats ihre Anträge im Sinne des Reskripts vom 15. Feber auszuarbeiten und vorzulegen. Gleichzeitig wurde dann ein Auszug des Reskripts — die an die Adresse der Statthalter gerichteten Rügen waren darin natürlich nicht enthalten — dem

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Altstädter Rat zur Kenntnis gebracht mit der Aufforderung, in die verordnete Kommission einen Vertreter zu entsenden, der die Rechte der Altstadt wahrnehmen sollte. Der Altstädter Rat ergriff die Gelegenheit und legte seinen Standpunkt in einem ausführlicheren Memorandum dar, das er schon gegen Ende März der Judenkommission übergab.[12])

Das Memorandum der Altstädter Gemeinde wies zunächst darauf hin, daß die Juden ihre Häuser nicht so wiederhergestellt hätten, wie ihnen durch das mit dem Antrag der Judenältesten übereinstimmende Reskript vom 4. Juni 1690 befohlen war. Denn die jüdischen Randhäuser waren nicht nur nicht mit den vorgeschriebenen höheren Feuermauern versehen, sondern hatten ebenso wie vor dem Brande Fenster und Türen gegen die Christenhäuser gerichtet. Eine Menge Judenhäuser, namentlich die Alte Synagoge,[13]) waren wieder außerhalb des eigentlichen Judenstadtbereiches aufgebaut, wie er auf dem vom Kaiser genehmigten Klauserschen Plane verzeichnet ist, sodaß beim jetzigen Stande, der sich durch eine große Unregelmäßigkeit des Grundrisses auszeichnete, unmöglich die anbefohlene Absonderung und Absperrung der Judenstadt vorzunehmen war, da einerseits an mehreren Stellen einige Christenhäuser im Ghetto eingeschlossen würden und umgekehrt viele von christlichen Häusern umgebene Judenhäuser unabgeschlossen blieben. Im zweiten Teile ihres Memorandums beschäftigten sich dann die Altstädter ausführlicher mit ihren Sorgenkindern, den Liechtensteinhäusern. Sie verwiesen natürlich auf das Privilegium Ferdinands II. vom 8. April 1627, das ihnen i. J. 1649 von Kaiser Ferdinand III. bestätigt worden war, mußten jedoch feststellen, daß trotz dessen Bestimmung die Liechtensteinhäuser noch in Judenhänden sind, weil einerseits die Juden diese Häuser nicht erblich abtreten, sondern bloß hypothekenweis[41]) übergeben, anderseits aber die Christen weder so vermögend noch so zahlreich sind, um die Liechtensteinhäuser ins Eigentum zu erwerben; sie erhofften jedoch eine Änderung dieser Verhältnisse von einer Übersiedlung des Hofes nach Prag[15]); sie betonten, die Altstadt könne schon im Hinblick auf die Zukunft ihr Recht nicht zugunsten der Juden preisgeben. Trotzdem aber wurde im dritten Teile des Memorandums im Zusammenhang mit der Separationsfrage der Judenstadt erklärt, die Altstädter Gemeinde sei dennoch bereit, sich ihres Rechtes auf die Liechtensteinhäuser, das ihr nach ihrer übertreibenden Behauptung Anspruch auf 42 Häuser gab, zu entschlagen, falls die Juden von ihrer Stadt ohne Entschädigung einerseits das Viertel um die alte Synagoge, wo außer der Synagoge durchwegs Brandstätte war, an die Altstadt abtreten wollten, anderseits aber die Häuser zwischen der Heiligengeist- und der Paulanerkirche bis zum Basse-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

vischen Haus; — bezüglich dieses Viertels erklärte das Memorandum, daß es wahrscheinlich der ältesten Judensiedlung auf Altstädter Boden angehöre.[16]) Den Juden, welche ihre Häuser bei der alten Synagoge hatten, beantragte das Memorandum als Ersatz für die Überlassung der Brandstellen Bauplätze beim Judenbad, das neben dem Judenfriedhof an der Moldau stand.[17]) Außerdem machte das Memorandum darauf aufmerksam, es werde notwendig sein, den Juden einige isoliert zwischen den Judenhäusern liegende Christenhäuser abzutreten, falls eine vollkommene Absonderung der Judenstadt durchgeführt werden solle. Die Altstädter stellten jedoch die Bedingung, die Juden müßten von allen in ihren Besitz übergehenden Christenhäusern nicht bloß den zuständigen Pfarren die Stola zahlen, sondern auch der Alstädter Gemeinde und ihrem Kanzler einen Anerkennungszins. Erst in einer solchergestalt umgrenzten Judenstadt wäre es möglich, den Bau von Toren durchzuführen, welche — wie im Schlußteil des Memorandums erwähnt wird — täglich zeitig abends zu schließen wären und auch den ganzen Sonntag und an christlichen Feiertagen gesperrt bleiben sollten, damit so an diesen Tagen den niederen Schichten der christlichen Bevölkerung von Prag und Umgebung der bisher übliche Verkehr mit der Judenstadt unmöglich gemacht werde. Das Schließen der Tore würde den jüdischen Nachtwächtern anvertraut sein, und über der strengen Beobachtung dieser Vorschrift würde einerseits das Sechsherrenamt, anderseits das Altstädter Gericht wachen. Ein Torschlüssel würde beim Bürgermeisteramt, der andre beim Sechsherrenamte und der dritte beim Altstädter Richter erliegen, um im Notfalle — bei Ausbruch eines Feuers, zur Durchführung einer Exekution oder plötzlicher Visitation — den christlichen Ämtern die Möglichkeit zu bieten, jederzeit in die Judenstadt zu gelangen. Der Altstädter Rat forderte die Erteilung einer inappellablen Machtvollkommenheit,[18]) die Juden zu bestrafen, falls sie es versuchen sollten, durch Änderung des Schlosses oder auf andre Weise den Eintritt in ihre Stadt zu verunmöglichen.[19])

Zweifellos sah sich die Altstädter Gemeinde zu der Bereitwilligkeit, sich ihres Rechtes auf die Liechtensteinhäuser zugunsten der Juden zu begeben, falls diese ihr entschädigungslos das Viertel bei der alten Synagoge und die zwischen dem Bassevischen Haus und der Heiligengeist- und Paulanerkirche abträten, vor allem aus Mangel an dem nötigen Gelde veranlaßt, um dessentwillen der Auskauf der Liechtensteinhäuser bereits zur Zeit der großen Pest gescheitert war; eine gewisse Bedeutung kam gewiß auch der Kompliziertheit des Eigentumsrechtes an den Judenhäusern zu, namentlich an denen, die laut Privileg vom 8. April 1627 wieder den Christen zufallen sollten. Diese Bereitwillig-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

keit hatte daher den unverhohlenen Beigeschmack bittrer Resignation und Hoffnungslosigkeit und es spiegelte sich darin auch der unerfreuliche wirtschaftliche Zustand der Prager Städte jener Zeit, der das verliehene Recht wertlos machte. Daher war auch das jetzige Reduktionsprogramm der Prager Altstadt nüchterner als der Klausersche Plan, dessen Verwirklichung wegen vorgeschrittener Rekonstruktion des Ghettos derzeit unmöglich geworden war. Das entscheidende Wort zum Reduktionsprogramm fiel freilich der Judenkommission zu, welche sich auf die Stilisierung ihres Gutachtens sehr gründlich vorbereitete. Neben den Fragen, die das Reskript vom 15. Feber 1700 aufgab, hatte sich die Kommission auch mit andern Fragen zu beschäftigen, die mit der Reduktion der Judenstadt in engem Zusammenhang standen, darunter befand sich auch die Frage des Synagogenwiederaufbaues, die sich schon bald nach dem Brande eingestellt hatte.

So wie der Altstädter Magistrat wiederholt vergebliche Versuche unternahm, damit die Juden bei Wiederaufbau des Ghettos die Baubedingungen des Reskripts vom 15. April 1690 erfüllten, ebenso wachte der Prager Erzbischof darüber, daß die Juden die Bestimmung desselben Reskripts nicht verletzen sollten, nämlich daß sie für ihre religiösen Bedürfnisse von ihren ehemaligen dreizehn Synagogen künftig bloß sechs erneuern dürften. Doch wie manches andere, waren die Prager Juden auch nicht gesonnen die Entscheidung in der Synagogenfrage zu beobachten. So hatten sie bereits gegen Ende des Jahres 1692 die Reparatur der vom Feuer nicht übermäßig beschädigten Alten Synagoge beendigt, an der sie vielleicht die notwendigsten Herstellungsarbeiten schon unmittelbar nach dem Brande hatten vornehmen lassen; zu dieser Erneuerung fühlten sie sich, von ihrer ziemlichen Unversehrtheit abgesehen, vermutlich sowohl durch die traditionelle Ehrfurcht vor dieser Synagoge als auch durch das Bestreben veranlaßt, an den Tag zu legen, daß sie nicht gesonnen seien, ihre Ansprüche auf das Heiligengeistviertel aufzugeben, dessen Mittelpunkt eben die alte Synagoge bildete, während alle andern Judenhäuser in dieser Gegend nicht bloß derzeit, sondern noch einige Jahre nachher im Schutt lagen. Dadurch überschritten die Juden allerdings die bereits erwähnte Entschließung des Reskripts vom 4. Juni 1690, die entgegen dem Gesuche der Prager Judenältesten und der Vorsteher der alten Synagoge bestimmte, daß die alte Synagoge aufgehoben werden solle, da sie außerhalb des auf dem Klauserschen Plan verzeichneten Umfangs der neuen Judenstadt stand.[20]) Daher beschwerte sich gleich am 2. Jänner 1693 auf die Nachricht von stattgefundenem Gottesdienst in der alten Synagoge der Erzbischof bei den Statthaltern, daß die Juden entgegen dem kaiserlichen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Befehl diese Synagoge nicht bloß erneuert, sondern sogar einen neuen Rabbiner dabei angestellt hätten. Die Statthalter beauftragten natürlich sofort die Judenkommission, diese Beschwerde zu untersuchen.

Der Bericht der Reduktionskommissäre, den diese am 6. Feber den Statthaltern vorlegten, bestätigte die Richtigkeit der erzbischöflichen Beschwerde.[21]) Im Wege des Sechsherrenamtes wurde festgestellt, daß die Juden in der Tat nicht bloß das beschädigte Dach und eine Ecke der alten Synagoge ausgebessert und eine neue Tür angeschafft hatten, sodaß alle Spuren des Brandes beseitigt waren, sondern daß sie darin während der letzten Feiertage sogar Gottesdienst gehalten hatten. Die kommissionelle Relation unterdrückte natürlich die Bemerkung keineswegs, daß dies im Gegensatz zum ausdrücklichen Befehl des Kaisers geschehen sei, dementsprechend die alte Synagoge unter die aufgehobenen Synagogen versetzt war; die Relation wies auch darauf hin, daß die Juden in dieser Synagoge viel häufiger Gottesdienst halten als in allen andern Synagogen, indem sie an die im Memorial der Judenältesten vom 19. April 1690 angeführten Gründe erinnerte, die den Juden gerade diese Synagoge so teuer erscheinen lassen.[22]) Der Bericht schloß mit der Anfrage, ob den Juden die Erneuerung der alten Synagoge geduldet oder ob sie gesperrt werden solle. Über den neuen Rabbiner bei der Alten Synagoge erstatteten dann die Kommissäre gleichzeitig der böhmischen Kammer Bericht.[23]) Auf diese Relation hin verfügten die Statthalter gleich am 9. Feber die Schließung der Alten Synagoge. Gleichzeitig mit dieser Entschließung suchte die Judenkommission nach vorhergegangenen erfolglosen Versuchen auch der grundsätzlichen Entscheidung des Reskripts vom 15. April 1690 Geltung zu verschaffen; sie trug deshalb den Judenältesten auf, bis 18. Feber sechs Synagogen namhaft zu machen, in denen allein künftighin Gottesdienst gehalten werden dürfe, die übrigen Synagogen sollten unverzüglich aufgehoben werden. Als dann die Juden bis zur festgesetzten Frist das anbefohlene Verzeichnis nicht vorlegten, wandten sich die Kommissäre an die Statthalter mit dem Antrage, den Juden alle Synagogen so lange zu sperren, bis sie den erlassenen Befehl erfüllt hätten.[24])

Diesen ungünstigen Verordnungen suchten die Prager Judenältesten dadurch die Stirne zu bieten, indem sie sich ungesäumt mit zwei Beschwerdebriefen gegen den Altstädter Hauptmann Grafen Guttenstein unmittelbar nach Wien wandten und ihn nicht nur mannigfacher Demütigungen beschuldigten, die er angeblich sowohl der Judengemeinde als auch Einzelpersonen angetan,[25]) sondern auch darüber Klage führten, daß er ihnen ihre Alte Schule habe sperren lassen.[26]) Das

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

umfangreiche Klageregister gegen den Altstädter Hauptmann verfolgte zweifellos zunächst den Zweck, die Aufmerksamkeit von der Frage der Alten Synagoge und der Aufhebung von sieben Synagogen abzulenken. Die Juden mußten sich doch trotz ihrer Beschwerden wegen Versiegelung der alten Synagoge darüber im klaren sein, daß sie durch Instandsetzung der Alten Synagoge und Einleitung des Gottesdienstes darin gegen den kaiserlichen Befehl verstoßen hatten. Sie waren jedoch sicherlich der Meinung, sie würden durch ihren Angriff gegen den Grafen Guttenstein bei dem damals üblichen schleppenden Amtsverfahren Zeit und Rat finden, um zur Erreichung einer Aufhebung oder wenigstens einer Milderung der für sie so schmerzlichen Befehle neue Wege einzuschlagen. Sie setzten voraus, daß auf ihre Beschwerde die Alte Synagoge bis zum Abschluß der Untersuchung und endgültigen Entscheidung wieder geöffnet werden würde. Die böhmische Hofkanzlei sandte in der Tat beide jüdische Zuschriften den Statthaltern nach Prag zwecks gegenständlicher Berichterstattung nach Einvernahme des Grafen Guttenstein, bezüglich der gesperrten Alten Synagoge traf sie jedoch keine Entscheidung, da sie die abverlangten Berichte abwarten wollte.[27]) Diese Verfügung enttäuschte natürlich die Juden. Sie brachten daher ein neuerliches Gesuch ein,[28]) um ohne Rücksicht auf die eingeleitete Untersuchung die sofortige Öffnung der Alten Synagoge durchzusetzen. Sie erreichten jedoch lediglich, daß die böhmische Hofkanzlei den Statthaltern die Einbringung des abgeforderten Berichtes mit einem Monat befristete.[29])

In einer ausführlichen Verteidigungsschrift setzte sich Graf Guttenstein gegen alle Anschuldigungen der Judenältesten entschieden zur Wehr und erklärte sie durchwegs als Lügen. Sehr leicht fiel ihm die Beweisführung hinsichtlich der Sperrung der Alten Synagoge: es genügte einerseits die Berufung auf die Reskripte vom 15. April und 4. Juli 1690, anderseits der Hinweis auf den Verlauf der Verhandlungen, die zur Versieglung der Synagoge geführt hatten, von der Beschwerde des Erzbischofs bis zur Entscheidung der Statthalter.[30]) Ganz gleich lautete natürlich auch der Bericht der Statthalter vom 17. Juli, die den Altstädter Hauptmann namentlich in der Frage der Alten Synagoge in Schutz nahmen und den Antrag stellten, die Juden sollten mit ihrem Angebot eines Geschenks von 10.000 Gulden für den Fall einer Freigabe der Alten Synagoge abgewiesen werden mit dem Hinweis auf ihre Kontributionsschuld im Betrage von 16.000 Gulden.[31]) Der Bericht machte auch darauf aufmerksam, eine Öffnung der alten Synagoge würde zu neuerlicher Beschwerde seitens der katholischen Geistlichkeit führen. Bezüglich der übrigen Beschwerden gegen den Grafen Gutten-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

stein erklärten die Statthalter summarisch, der Wahrheitsbeweis sei den Juden nicht gelungen.

Die Entscheidung, die in der Frage der alten Synagoge mit Hofdekret vom 10. Dezember 1693 erfloß, war den Juden nicht günstig. Die Juden wurden mit ihrem Gesuch um Beibehaltung der alten Synagoge nach dem statthalterischen Antrag ein für allemal abgewiesen und es wurde ihnen befohlen, den Betrag von 10.000 fl. in der kürzesten Zeit als Abschlagszahlung auf ihre Kontributionsreste zu erlegen. Hinsichtlich der übrigen Beschwerden, die sie gegen den Grafen Guttenstein erhoben hatten, sollten sie binnen sechs Wochen Beweise erbringen; für den Fall unbegründeter Klageführung wurde ihnen Strafe angedroht.[32]) Diese Drohung genügte, um die Juden von einer Wiederholung ihrer Beschwerden gegen den Altstädter Hauptmann abzuhalten, zumal sie die erwünschte Wirkung verfehlt hatten.

In Wirklichkeit hielt jedoch die „ein für allemal" ausgesprochene Abweisung des jüdischen Gesuches nicht lange vor. Nach zehn Jahren, mit Reskript vom 18. Juni 1703, wurde den Juden dennoch bewilligt, die Alte Synagoge zu öffnen, jedoch unter der Bedingung, man werde sie von ihrer christlichen Nachbarschaft isolieren, einerseits durch Erhöhung der sie umgebenden Hofmauer, anderseits durch Zumauerung zweier Fenster. [32a])

Das Feuer v. J. 1689 hatte neben der Alten Synagoge im ganzen noch drei andre Synagogen des alten Ghettos verschont, an denen es lediglich die Dächer vernichtet hatte, die in Bälde durch neue ersetzt waren: es waren dies die auf dem Friedhofe gelegene Pinkas- Synagoge, die Meisl-Synagoge in der gleichnamigen Ghettogasse und die Altneusynagoge beim jüdischen Fleischmarkt. Außerdem wurde nicht lange nach dem Brande noch weitere drei durch das Feuer vollständig vernichtete Synagogen wiederhergestellt,[33]) zu denen dann nur wenig später noch die sog. Hohe Schule neben dem jüdischen Rathaus hinzukam, die beim Wiederaufbau im Vergleich zu ihrem ursprünglichen Umfange beträchtlich vergrößert worden war, freilich gleichfalls ohne amtliche Bewilligung. Schließlich wurde die zweite Friedhofsynagoge, die Klaus-Schule, erneuert und erweitert. So hatte sich in kurzer Zeit das neue Ghetto neun öffentliche Synagogen eingerichtet, also um ein Drittel mehr, als das Reskript vom 15. April 1690 gestattete, darunter war allerdings die Alte Synagoge gleich nach ihrer Eröffnung wieder auf zehn Jahre geschlossen worden.

Recht bald versuchten die Juden auch den Wiederaufbau der dritten Friedhofsynagoge, der Popper-Schule. Bereits i. J. 1696 ersuchten die Verwalter dieser Synagoge um Bewilligung zur Wiederherstel-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

lung der abgebrannten Schule. Sie wurden jedoch mit ihrem Gesuch abgewiesen, ebenso wie sechs Jahre später,[34]) im Jahre 1702. Erst i. J. 1707, als die Verwalter der Popper-Schule, Mardochei Wiener und Liebermann Marcus, zum drittenmal ihr Ersuchen wiederholten, wurde mit Hofdekret vom 18. Oktober den Statthaltern aufgetragen, sich zu diesem Gesuche zu äußern; die Statthalter holten dann einerseits vom erzbischöflichen Konsistorium, anderseits vom Altstädter Hauptmann die Wohlmeinung ein. Das erzbischöfliche Konsistorium nahm begreiflicherweise mit aller Entschiedenheit Stellung gegen dieses jüdische Gesuch; das Konsistorium führte an, daß die Juden statt der bewilligten sieben Synagogen — die siebente war die Alte Schule — neun offentliche Synagogen besitzen und überdies noch einige Winkelschulen, durchwegs zum Nachteil der katholischen Religion und der Prager Bürgerschaft, und stellte das Ersuchen, beide überzählige Synagogen niederzureißen und die Wiederherstellung der Popper-Schule nicht zu bewilligen. Günstiger für die Juden lautete das Gutachten des Altstädter Hauptmanns, der seinerseits einen Bericht vom Altstädter Rat abverlangt hatte und dieser wieder vom Sechsherrenamt. Das Sechsherrenamt konstatierte zwar übereinstimmend mit dem erzbischöflichen Konsistorium, daß von dreizehn Synagogen des alten Ghettos neun erneuert worden seien, machte jedoch aufmerksam, daß nicht einmal diese für das neue Ghetto genügen könnten, das seit dem Brande an Bevölkerungszahl sehr zugenommen habe. Der Altstädter Hauptmann suchte sogar nachzuweisen, daß beide überzählige Synagogen mit Erlaubnis des Kaisers erbaut seien, sodaß die Juden die Verordnung des Reskript vom 15. April 1690 nicht verletzt hätten.[35]) Hinsichtlich der Popper-Synagoge versicherte er, sie liege inmitten von Judenhäusern, daher völlig getrennt von den christlichen Wohnungen, sodaß darin stattfindender Gottesdienst die Christen nicht stören würde. Ganz im Einklang mit dem Bericht des Sechsherrenamtes legte der Altstädter Hauptmann dar, daß die bisherigen Synagogen für die große Zahl der jüdischen Bevölkerung, welche nach seiner Schätzung 10.000 Personen überstieg, nicht hinreichen; er machte darauf aufmerksam, daß gerade aus Mangel an öffentlichen Synagogen Winkelschulen entstanden seien, die man nur dadurch bekämpfen könne, indem man den Juden eine hinreichende Zahl öffentlicher Schulen bewillige. Daher klang sein Antrag in die Empfehlung aus, den Juden die Wiederherstellung der Popper-Schule zu gestatten.

Wie aus den Berichten des erzbischöflichen Konsistoriums, des Sechsherrenamtes und des Altstädter Hauptmanns hervorgeht, bestanden zu Beginn des XVII. Jahrhunderts neben neun öffentlichen Syn-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

agogen im Prager Ghetto einige jüdische Winkelschulen, die vor allem dem theologischen Studium der jüdischen Jugend dienten. Die Prager Erklärer des Talmud sowie der übrigen Religionsbücher der Juden — es fehlte unter ihnen keineswegs an gelehrten Männern — blieben in ihrer Tätigkeit nicht auf die Prager und böhmische Judenschaft beschränkt, sondern erfreuten sich auch eines zahlreichen Zulaufs ausländischer Schüler, namentlich aus dem östlichen Europa, in erster Linie aus Polen; in Polen stand übrigens die Wiege von mehr als einem Prager jüdischen Theologen. Gerade in diesen Privatschulen wurde — wie man aus den Klagen von christlichen Seite entnimmt — die jüdische Theologie vorwiegend an der Hand von Schriften vorgetragen, die unumwundnen tiefen Abscheu, ja Haß gegen die Christen atmeten, daher verboten waren und von der Zensur streng verfolgt wurden; das war auch der schwerwiegendste Grund, weshalb diese Winkelschulen in besonderem Maße Gegenstand der amtlichen Obsorge waren. Vor dem Jahre 1708 befanden sich nach dem Berichte des erzbischöflichen Konsistoriums und des Altstädter Sechsherrenamtes im Prager Ghetto fünf solche Winkelschulen: die des Manus Nachod, der jedoch von den Statthaltern eine Vortragsbewilligung hatte, die des Bunem Eger, die des Dr. Mayer im Eckischen Hause, die des David Oppenheimer und die des Moses Eisenstadt. Davon wurden i. J. 1708, wie wenigstens der Altstädter Hauptmann nach dem Ergebnis der Erhebungen des Altstädter Gerichts anführte, nur zwei eröffnet: die eine in der Wohnung des bereits verstorbenen Manus Nachod, dessen Witwe aus der vordem öffentlichen theologischen Anstalt eine wirkliche Winkelschule machte, und die zweite bei Bunem Eger, gegen den der Altstädter Hauptmann eine Zeitlang ohne Erfolg einschritt.[36])

Es scheint, daß der grundsätzliche Widerstreit zwischen dem Standpunkt des erzbischöflichen Konsistoriums und des Altstädter Hauptmanns in der Wiederaufbaufrage der Popper-Synagoge die Ursache davon war, daß die Statthalter das Gesuch der Verwalter der Popper-Schule ad acta legten. Als sie dann i. J. 1711 wiederum von den Verwaltern der genannten Synagoge ersucht wurden — es war wieder Mardochei Wiener und Liebermann Marcus[37]) —, ihr Bittgesuch dem Kaiser zur endgültigen Entscheidung zuzusenden, holten sie noch ein Gutachten des Appellationsgerichtes ein, welches — es wurde erst i. J. 1713 vorgelegt — für die Juden ungünstig ausfiel. Doch wurde auch dann das Gesuch der Juden nicht nach Wien gesandt; dies geschah erst auf besonderen kaiserlichen Befehl i. J. 1718, da sich nunmehr die Juden unmittelbar an den Kaiser gewandt hatten. Die Statthalter stellten sich in ihrem Gutachten im Hinblick auf die geplante Reduk-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

tion der Zahl der Prager Judenschaft — es wird davon noch die Rede sein — zum Gesuch der Verwalter der Popper-Synagoge ablehnend und beantragten überdies nach dem Vorschlag des Appellationsgerichtes, im Ghetto eine Visitierung aller Synagogen und Winkelschulen vorzunehmen und alle Schulen über die bewilligte Anzahl zu sperren. Dieser Antrag wurde mit Reskript vom 23. Juni 1718 genehmigt; die Verwalter der Popper-Schule wurden mit ihrem Gesuch abgewiesen — damals war gerade einer ihrer Verwalter, Liebermann Marcus, gestorben —, und es wurde eine Visitierung der Synagogen und Winkelschulen angeordnet. Diese neuen Erhebungen, die dem Altstädter Hauptmann übertragen waren, ergaben, daß im Ghetto neun öffentliche Synagogen bestanden, durchwegs von Stein gebaut, und zwölf Winkelschulen. Die Statthalter stellten dann in ihrem Beferat an den Kaiser den Antrag, alle jüdischen Schulen mit Ausnahme der sieben bewilligten zu schließen. Dieser Antrag hängt aufs engste zusammen mit dem Neuaufleben der Bestrebungen nach einer radikalen Bevölkerungsreduktion des Prager Ghettos, Bestrebungen, die natürlich an die Reduktionsversuche der voraufgegangenen Zeit anknüpften, unter denen uns an dieser Stelle vor allem den Antrag der i. J. 1700 eingesetzten Judenkommission interessiert.

Die Judenkommission, der die Durchführung der Verordnung des bereits erwähnten Reskripts vom 15. Feber 1700 aufgetragen war, befaßte sich unter dem Vorsitz des Grafen Anton Nostitz mit dem jüdischen Problem überaus gründlich. Sie gab sich nicht bloß damit zufrieden, durch Andreas Bernhard Klauser einen Plan des wiederaufgebauten Ghettos anfertigen zu lassen und die nötigen Berichte und Angaben vom Altstädter Magistrate einzuholen, sondern sie nahm wiederholt eine Okularvisiation der Judenstadt vor, um die günstigsten Bedingungen der geplanten Scheidung der Judenhäuser von der Christenstadt festzustellen; sie zog ihren Beratungen auch die Judenältesten bei, um ihre eventuellen Einwände zu hören. An diesen Vorbereitungsarbeiten zur Abfassung eines Gutachtens, die bis Oktober 1700 dauerten, nahm als Vertreter der Altstadt der Altstädter Hauptmann teil; der Altstädter Rat hatte seine Anträge, von denen schon oben die Rede war, bereits am 31. März schriftlich eingebracht. Anfang November 1700 legte die Kommission ihr ausführliches Elaborat[38]) den Statthaltern vor.

Das Gutachten der Judenkommission befaßte sich an erster Stelle mit der vornehmlichsten Ursache des nachweißenbergischen Ghettoaufschwungs, den Liechtensteinhäusern, durch deren Ankauf die Juden tief in christliches Gebiet vorgestoßen waren und sich zum Nachteil namentlich des christlichen Handels ausgebreitet hatten. Die Lage zu Beginn

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

des XVIII. Jahrhundertes war schon so weit gediehen, daß die jüdische Bevölkerung zahlenmäßig fast schon die christliche Bevölkerung der Altstadt überwog, freilich unter den schwierigsten Unterkunftsverhältnissen, denn in einem Judenhause wohnten zwanzig und mehr Familien.[39]) Trotzdem — so lautete die Darlegung der Kommissäre — den Altstädtern durch kaiserliches Privileg die Rückgabe der Liechtensteinhäuser garantiert worden war, so wäre ihre Scheidung von den Judenhäusern auch aus dem Grunde äußerst schwierig, da sie wegen ihrer schlechten Nachbarschaft niemand unter den Christen kaufen würde; die Hauptursache, den Mangel an finanziellen Mitteln, hatte das Memorial der Altstädter Gemeinde genannt. Hingegen befinden sich anderswo in Judenhänden Häuser, die an der Peripherie der Christenstadt liegen, wo sie nicht bloß an Christenhäuser grenzen, sondern sogar an christliche Kirchen. Dazu gehört namentlich in der Nachbarschaft der Heiligengeistkirche die Alte Synagoge, die auf wiederholtes Ersuchen des Erzbischofs Johann Friedrich von Waldstein — gemeint ist hier namentlich die Beschwerde des Erzbischofs vom 2. Jänner 1693, von der weiter oben die Rede war — geschlossen worden war, weil sie während des jüdischen Gottesdienstes am Sabbat einen derartigen Lärm verbreitete, daß fast kein Priester beim hl. Geist am Samstag Messe zu lesen wagte. Aus diesen Gründen muß diese Synagoge für immer gesperrt bleiben. In ihrer Umgebung, die immer noch mit Ruinen jüdischer Häuser erfüllt ist, halten sich größtenteils arme und bettelnde Juden auf, die keine Kontribution zahlen und eine große Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen.[40]) Daher müsse man vor allem an dieser Stelle — ut a principio omnium principiorum — mit einer Absonderung der Judenhäuser beginnen und den Juden das Viertel um die Alte Synagoge[41]) entziehen, welches in die Altstadt eingegliedert werden würde. Ein Protest der Juden, daß die Alte Synagoge seit einigen Jahrhunderten in ihrem Besitze sei und ihnen daher nicht entzogen werden könne, sei belanglos, da die Stellung der Juden und ihres gesamten Besitzes bloß auf königlichem Geleit beruhe (sub salvo conductu), und ihre Tolerierung, die lediglich vom Willen des Herrschers abhänge, sodaß sie jederzeit abgeschafft werden könnten, erstrecke sich bloß auf eine einzige Gasse. Damit war der sog. Judenring gemeint, den man auch als Rabbinergasse bezichnete.[42]) Überdies könnten die Juden — so fuhr das Gutachten fort — die Alte Synagoge mit Leichtigkeit entbehren, da sie daneben noch neun andere sehr prunkvolle und geräumige Synagogen besäßen, also eine größere Anzahl, als ihnen ursprünglich bewilligt war.[43]) Die vermögenderen Juden aus dem Heiligengeistviertel könnten in die Judenstadt übersiedeln, wo es noch sehr viele wüste und unverbaute

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Stellen gäbe, und sich dort neue Häuser aufbauen. Baubeiträge könnten ihnen die in den Liechtensteinhäusern wohnhaften Juden leisten, da diese ihre Häuser ohne irgendwelches Entgelt in vollen Besitz und unumschränktes Nutzungsrecht erhalten würden, eventuell könnte man den Juden zu diesem Zwecke etwas von ihrem Kontributionsrückstand nachlassen, den man ohnehin als uneinbringlich ansehe;[44]) die Repartition des erwähnten Baubeitrages würde der Altstädter Magistrat vornehmen.

Wie ersichtlich, stimmte das Gutachten der Judenkommission in der Frage der Abtrennung des Heiligengeistviertels von der übrigen Judenstadt völlig mit dem Antrag des Altstädter Magistrats vom 31. März überein. Die Übereinstimmung beschränkte sich jedoch nicht bloß auf diesen Punkt. Auch in der Frage der Liechtensteinhäuser beantragte die Kommission, sie ohne Entschädigung dauernd den Juden zu überlassen; die Altstadt solle auf das ihr durch Privileg des Kaisers Ferdinand II. versicherte Recht der Reluition verzichten, freilich unter der Bedingung, daß die Juden die hergebrachten Abgaben zur Kirche und zur Stadt zahlen würden. Das Memorandum betonte immerhin mit Recht, daß durch diese Hinlassung ins volle Besitzrecht die Juden viel mehr gewinnen als die Christen durch die Brandstätte beim hl. Geist.[45]) Gleicherweise beantragte dann die Kommission, es sollten den Christen diejenigen jüdischen Häuser abgetreten werden, die einerseits dem Eingang der Heiligengeistkirche gegenüber lagen und anderseits bei der Kirche der Patres Paulaner, womit die Herstellung einer neuen Kommunikation an diesen Stellen Hand in Hand gehen würde; für die Überlassung dieser Häuser — darin unterschied sich der Kommissionsantrag vom Antrag des Altstädter Rates — wäre den Juden, welche ebenfalls neue Baustellen auf der Brandstätte der Judenstadt finden würden, eine Geldentschädigung nach der Abschätzung der Bausachverständigen auszuzahlen. Die Zwangsabtretung all dieser Häuser wäre kein rechtswidriger Akt, da die Obrigkeit das Recht hat, ihre Untertanen zu versetzen, und hier erfordern es noch obendrein öffentliche, namentlich religiöse Rücksichten.[46]) Sollten sich die Juden mit der angebotenen Entschädigung nicht zufrieden geben, so könnten ihnen zwei inmitten des Ghettos gelegene Christenhäuser abgetreten werden, die ohnehin der projektierten Absonderung des Ghettos im Wege stehen.[47])

Das Reduktionsprogramm der Judenkommission v. J. 1700 blieb — wie ein Vergleich mit dem ersten Klauserschen Plane ergibt — ziemlich weit hinter dem Reduktionsprogramm der Kommission v. J. 1690 zurück. Das allergrößte Zugeständnis bildete wohl die Hinlassung der Liechtensteinhäuser in dauerndes Eigentum der Juden, außerdem wurde

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

jedoch den Juden noch ein recht umfangreicher Baublock im Sprengel der Heiligenkreuzkirche und des Cyriakenklosters belassen sowie ein Häuserblock auf dem Nebenrecht des St. Georgsklosters. Falls die Judenkommission in den Jahren 1689 und 1690 in der völligen Vernichtung des Ghettos eine einzigartige Gelegenheit zu restloser Erfüllung der Maximalforderungen der Altstadt auf Zurückdrängung der Judenstadt in den vorweißenbergischen Umfang sowie nach souveräner Verkleinerung und geradliniger Begrenzung des neuen Ghettos erblicken durfte, so war nach Ablauf eines Jahrzehntes an die Restitution dieses Planes garnichtmehr zu denken. Nur im ersten Augenblick unter dem frischen Eindruck der Katastrophe mochten sich die Altstädter der Täuschung hingeben, daß die Brandstätte der Judenstadt sogut wie wertlos sei und daß der Auskauf der Judengründe daher keinen sonderlichen Aufwand erfordern werde. Doch bei späterer kühlerer Überlegung stellte sich die Erkenntnis ein, daß die hypothekare Belastung der Judenhäuser, der das Feuer nichts hatte anhaben können und deren ganze Schwere nach Vernichtung der Häuser auf die Brandstätten überwälzt war, den Brandstellenauskauf derart verteuerte, sodaß sich bei der bedrängten Finanzlage weder die Altstädter Gemeinde noch die Altstädter Bürgerschaft daran wagen konnte, die durch den Brand selbst empfindlich geschädigt war. Der Umstand aber, daß auf den Judenhäusern auch nicht unbeträchtliche christliche Hypotheken hafteten, konnte den Auskauf der Judenhäuser nicht erleichtern, geschweige denn die komplizierten Eigentumsrechte der Partikularhäuser aufheben. Mit fortschreitender Rekonstruktion des Ghettos entschwand natürlich wie schon erwähnt die Hoffnung auf eine durchgreifende Verkleinerung des jüdischen Besitzstandes in unabsehbare Fernen. In der Nüchternheit des gegenwärtigen Antrags der Prager Altstadt spiegelt sich ganz deutlich die Rückkehr zu sachlicher Beurteilung des tatsächlichen, für die christliche Bevölkerung der Altstadt unerfreulichen Zustandes und die Erkenntnis ihrer äußerst beschränkten Möglichkeiten. Und die gleiche Ernüchterung hatte sich — wie aus dem Gutachten der Judenkommission hervorgeht — auch in den politischen Kreisen eingestellt, die gern oder ungern die Resignation der Altstädter Gemeinde teilen mußten. Letzten Endes war die Judenkommission in der Frage der Abtretung der Judenhäuser den Juden noch wohlgesinnter als der Antrag der Altstädter; in der Frage der Judenvertreibung aus dem Heiligenviertel entschied vor allem der religiöse Gesichtspunkt, wie überhaupt der Antisemitismus der Judenkommission eine starke religiöse Färbung aufwies.

Die so verkleinerte Judenstadt sollte im Sinne der Judenkommission mit sieben Toren abgesperrt werden,[48]) von denen nur einige, die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

in die größeren Gassen mündeten, so gebaut sein sollten, um Fuhrwerke durchzulassen; die übrigen sollten bloß als Pforten für den Verkehr zu Fuß eingerichtet sein, dem in den Toren ein kleineres Türchen dienen sollte. Gegen die Moldau zu sollte das Ghetto mit einem Palisadenzaun abgeschlossen werden. Nach dem Kommissionsentwurf sollten zu jedem Tore oder jeder Pforte vier Schlüssel angeschafft werden, welche beim Altstädter Hauptmann, beim Altstädter Magistrat, beim Altstädter Richter und bei den Judenältesten verwahrt werden sollten. Das Öffnen — im Sommer um 4—5, im Winter um 6—7 Uhr — und das Schließen der Tore — im Sommer um 10, im Winter um 6—7 Uhr — würde ein verläßlicher Jude besorgen und die Verantwortung für die genaue Einhaltung der festgesetzten Stunden hätten die Judenältesten zu tragen, welche auch im Falle von sonstigen Unregelmäßigkeiten ohne weitere Berufung zu bestrafen wären. An Sonn- und Feiertagen sollte die Judenstadt bis 11 Uhr gesperrt bleiben und auch später sollten bloß die Pforten geöffnet werden, damit sich das Landvolk nach Beendigung des Gottesdienstes im Ghetto Bedarfsartikel einkaufen könne; den Juden sollte jedoch an diesen Tagen nicht gestattet sein, ihre Stadt zu verlassen, wie sie dies bis dahin zum allgemeinen Ärgernis getan. Den Juden sollte auch ausdrücklich eingebunden werden, daß ihnen durch die Bewilligung zum Torbau nicht etwa größere Vorrechte erteilt werden. Außerdem stellte die Kommission den Antrag, die zahlreichen gegen Christenhäuser schauenden Fenster der Judenhäuser sollten zugemauert werden, und forderte, es solle den Juden befohlen werden, ihre Stadt ordentlich zu reinigen und alle wüsten Plätze darin zu verbauen.

Es ist sicherlich interessant, daß in diesem Gutachten auch ein längst vergessener Plan wiederkehrt, dessen Zwecklosigkeit sich schon zur Zeit des 30jährigen Krieges erwiesen hatte. Die Judenkommission beantragte nämlich, es solle nach römischem Muster an Sonn- und Feiertagen Judenkatechese gehalten werden — ad emolliendam eorum perfidiam et cordis duritiem. Es fehlte immerhin auch an anderen Stellen des Memorandums nicht an verächtlichen Bemerkungen gegen die Juden, „quia post sceptrum a Judea ablatum ad serviendum destinati et nati sunt hi durae cervicis homines".

Von grundsätzlicher Wichtigkeit sind schließlich auch die letzten Absätze des Gutachtens der Judenkommission, die von der Reduktion der Zahl der Prager Juden handeln und an die wohl alle Reduktionsprogramme der Folgezeit anknüpfen. Das Memorandum begrüßt die kaiserliche Absicht, eine Reduktion der Judenfamilien durchzuführen, eine Absicht, die es als heiliges und heilsames Werk vor Gott und den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Menschen erklärt; — diese Phrase kehrt zu jener Zeit im Zusammenhang mit der Judenreduktion natürlich stereotyp wieder. Das vorherrschende Reduktionsmotiv des Memorandums bildet die jüdische Konkurrenz, also ein wirtschaftlicher Beweggrund. Denn die Prager Bürgerschaft wird nach den Darlegungen der Denkschrift ausgetilgt werden, falls das Hereinfluten des jüdischen Volksmeeres nach Prag nicht abgedämmt werde; denn es gebe kein Handwerk, das die Juden nicht trieben, und keinen Handel, der nicht in jüdischen Händen wäre. Es sei schon so weit gekommen, daß z. B. von der bedeutenden Anzahl der christlichen Altstädter Tuchmacher, Gürtler und Kürschner, die noch vor 40 Jahren die Ziffer 100 überstieg, nunmehr kaum 6—7 dieser Handwerker übrig seien. Trotz dieser so einschneidenden Abnahme müsse jedoch die Altstädter Bürgerschaft die Kontribution in derselben Höhe zahlen wie vorher. Dagegen zahle die Prager Judenschaft, die sich in letzter Zeit so vermehrt habe, samt allen übrigen Juden in Böhmen bloß den 45. Teil der Landeskontribution, und obendrein noch sehr unordentlich.

Die Kommission wies auch darauf hin, daß eine Verkleinerung der Judenstadt sowie eine Absperrung der Judenhäuser von der Christenstadt an sich nicht ausreichen werde, um die Judenschaft zu verdrängen, und verwies auf die vornehmlichsten Ursachen des raschen und übermäßigen Anwachsens der jüdischen Bevölkerung, welche in der Gegenwart und gar erst in der Zukunft für die christliche Nachbarschaft zu einer drohenden Gefahr wird, auf die hohe Geburtsziffer der jüdischen Rasse — „weilen die Juden in ihrer unflätigen Stadt velut insecta sich . . . sehr multipliciren" —, auf die frühzeitigen Judenehen und auf den starken Zuzug aus dem Ausland, namentlich aus Polen. Gegen die übermäßige natürliche Vermehrung der Juden wollte die Kommission nach fremdem Beispiel ankämpfen durch den Antrag auf Aufhebung der bisherigen freien Eheschließung der Juden und Einführung des jedesmaligen Konsenses seitens der christlichen Obrigkeit — für die Prager Juden war dies die böhmische Kammer — zur Gründung neuer jüdischer Hausstände. Die Kommission setzte voraus, schon die bloßen Konsenserteilungstaxen würden bei der Kargheit der jüdischen Natur — cum sint avarum genus hominum — die angeborene jüdische Ehetollheit (pruritus conjugalis) abkühlen, und versprach sich von der Einführung jüdischer Hochzeitstaxen auch eine Mehrung der Kammereinkünfte. Es ist dies m. E. die erste Formulierung des famosen Antrags auf Beschränkung der Judenehen in nachweißenbergischer Zeit, dessen Vorläufer wir freilich im Plane auf Festsetzung einer unüberschreitbaren Zahl von Judenfamilien suchen können. Wie aus der Stilisie-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

rung ihres Antrags hervorgeht, stellte es sich die Kommission v. J. 1700 so vor, die jüdischen Ehen würden sich keineswegs erst durch die Bewilligungsverweigerung, wovon dort überhaupt keine Rede ist, sondern bereits durch die abschreckende Höhe der Taxen beschränken. Aus diesem Antrag, der die Judenehen von einer Bewilligung der christlichen Obrigkeit und von der Erlegung der Taxe[49]) abhängig macht, erwächst ganz logisch der spätere Antrag, das Regulativ der Judenehen solle ein streng festgesetzter numerus clausus der jüdischen Familien bilden. Ähnliche Erfolge, d. h. eine durchgreifende Herabsetzung der jüdischen Bevölkerung, erhoffte dann die Kommission auch von der Bekämpfung der fremden Juden.[50])

Eine notwendige und unerläßliche Voraussetzung für die Verwirklichung dieser Anträge erblickte die Kommission in einer genauen Konskription der gesamten Prager Ghettobevölkerung; den grundlegenden Gesichtspunkt sollte dabei die Unterscheidung von kontribuierenden und nichtkontribuierenden Juden bilden, denn die Kontribution ist nach den eigensten Worten des Memorandums der einzige Grund der Judentoleranz.[51]) Diese Konskription sollte die Vertreibung aller unnützer Juden im Gefolge haben, d. h. jener Juden, die keine Kontribution zahlten; ihre Rückkehr sollte durch wiederholte Visitierungen des Ghettos und strenge Strafen hintangehalten werden. Diese Verringerung der Zahl der jüdischen Bevölkerung[52]) wird nach der Überzeugung der Kommission der katholischen Religion und dem allgemeinen Besten in gleicher Weise dienlich sein, namentlich aber der Prager Altstadt. Die Kommission wies interessanterweise auch darauf hin, daß die Juden im Vergleich zu den Christen sehr schlechte Konsumenten seien. Sie übertreibt gewiß etwas mit der Bemerkung, der Tageskonsum einer Christenfamilie wiege den Monatskonsum einer Judenfamilie auf; es ist dies jedoch sicherlich ein beredtes Dokument zum Vergleich der Lebenshaltung bei Christen und Juden, sowie ein Dokument für die jüdische Sparsamkeit, mochte sie nun gemußt oder gewollt sein. Eine mehr ins Detail gehende Forschung wird dann auch beurteilen können, bis zu welchem Grade die Judenkommission mit ihrer Behauptung recht hat, daß ein einziger Bürger an Kontribution und indirekten Steuern mehr zahle als 100 Juden.

Auf Grund dieses Gutachtens wurde von der böhmischen Kanzlei in ungewöhnlich kurzer Zeit, binnen vier Tagen, ein Referat für den Kaiser[53]) ausgearbeitet, worin sich die Statthalter das Votum der Judenkommission völlig zueigen machten. Sie fügten bloß hinzu, daß die Prager Juden ihre Kontribution bis Ende 1699 richtig bezahlt haben — für das Jahr 1700 waren sie jedoch mit 35.923 fl. im Rückstand. Die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Statthalter stellten nun einerseits den Antrag, es möge zum Zweck des Häuserauskaufs beim Altstädter Magistrat eine eigene Kommission errichtet werden, welche unter Zuziehung von Bausachverständigen einen gerechten Preis festsetzen sollte, anderseits aber sollte zwecks definitiver Fixierung der Bedingungen für die Reduktion der jüdischen Bevölkerung auch die böhmische Kammer gehört werden. Sehr scharf äußerten sich die Statthalter in der Frage der jüdischen Selbstverwaltung, die sie für überflüssig, kostspielig und den Juden selbst nachteilig erklärten; sie verlangten daher die Aufhebung des jüdischen Magistrats und Übertragung seiner Kompetenz an den Altstädter Magistrat.[58]) Ihr Bericht klang in den Rat aus, im Hinblick auf den Gesamtkontributionsrest aller Judenschaft Böhmens in der Höhe von 70.000 fl. den Juden mit der Vertreibung zu drohen.

Der Eile, welche die Statthalter bei Ausfertigung ihres Begleitmemorials zum Gutachten der Judenkommission und dessen Absendung nach Wien an den Tag gelegt hatten, entsprach keineswegs eine ebenso rasche kaiserliche Entscheidung. Die Ursache, weshalb sich die Erledigung der Anträge der Judenkommission und der Statthalter verzögerte, lag in erster Linie im energischen Auftreten der Hofkammer zugunsten der Juden, wodurch sich mit einer gewissen Abtönung die Lage von 1689/90 wiederholte. Wie im Jahre 1689, so wurde jetzt umsomehr die jüdische Frage von der böhmischen Hofkanzlei und der böhmischen Kanzlei (und natürlich auch vom Altstädter Magistrat) für eine vorwiegend politische Frage angesehen und daher hatte sich auch die böhmische Kammer mangels einer Einladung weder an den Verhandlungen der Judenkommission beteiligt noch war sie für sich allein entweder gleichzeitig oder wenigstens nachträglich um ihre Wohlmeinung befragt worden. Das Referat der Statthalter ahnte immerhin, daß dieses Fernbleiben der böhmischen Kammer ernstliche Schwierigkeiten verursachen könne — an belehrender Erfahrung aus jüngster Vergangenheit fehlte es nicht —, doch waren die Statthalter der Meinung, es werde ihnen gelingen, eine grundsätzliche Entscheidung ohne Eingreifen der böhmischen Kammer zu erlangen, und die Kammer wollte man erst dann — modern ausgedrückt — zur Ausarbeitung der Durchführungsverordnung zum Rahmengesetz miteinladen. Neben dem sachlichen Widerstreit in der Anschauung der politischen und der kameralen Staatsverwaltung bezüglich der Judenfrage, einem Widerstreit, der sich in der voraufgegangenen Zeit wiederholt ausgewirkt hatte, fiel auch die Prestige-Eifersucht der beiden erwähnten Zweige der Staatsverwaltung ausschlaggebend in die Wagschale. Die böhmische und die Hofkammer mit ihr fühlten sich sicherlich durch ihr Beiseiteschieben

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

in der Judenfrage nicht wenig verletzt, denn sie durften mit Recht annehmen, daß die Judenfrage vor allem Gegenstand ihrer Kompetenz sei; das gab — wenn auch indirekt — sogar das Gutachten der Judenkommission zu, wenn es den ursächlichen Zusammenhang zwischen Judenkontribution und Judentoleranz hervorhob.

Die Hofkammer, welche von der böhmischen Kammer über den Charakter und die Reichweite der Anträge der Judenkommission Nachricht erhalten hatte, schritt mit Note vom 6. April 1701 bei der böhmischen Hofkanzlei ein und protestierte gegen den Ausschluß der beiden Kammern von den Verhandlungen um das Judenproblem. Sie protestierte freilich auch dagegen, daß die Statthalter den Antrag stellen, den Juden Häuser zu entziehen und dadurch ihre Kontributionsfähigkeit wesentlich zu schwächen; sie erhob Einspruch dagegen, daß man die Machtbefugnis des Altstädter Magistrats über die Juden in gerichtlicher sowohl als auch in wirtschaftlicher Beziehung erweitere, namentlich aber dagegen, daß demselben Magistrate die Separierung der Judenhäuser von der Christenstadt und die damit zusammenhängende Durchführung einer Reduktion der Prager Judenschaft anvertraut werde. Der Protest der Hofkammer schloß mit dem Ersuchen, das Kompetenzverhältnis der Kammer bezüglich der Juden nicht widerrechtlich zu verkürzen und die Judenfrage unter Mitwirkung der beiden Kammern zu lösen. Dieser Protest hatte in der Tat Erfolg. Die böhmische Hofkanzlei trat der Hofkammer die ihr von den Statthaltern zugeschickten Elaborate ab, und die Hofkammer leitete über ihren Inhalt Verhandlungen mit der böhmischen Kammer ein. Die Verhandlungen nahmen längere Zeit in Anspruch und so trat die Judenfrage neuerdings auf eine Zeitlang in den Hintergrund.

Es war jedoch wieder die Hofkammer, welche i. J. 1702 die Frage der Separation des Prager Ghettos aufs Tapet zu bringen gezwungen war. Anlaß dazu gab das Gesuch der Pächter des Judenperdons,[35]) es möge gestattet werden, zwecks Hintanhaltung von nächtlichem Warenschmuggel sowie auch zwecks Beseitigung der Brandstiftungsgefahr die Judenstadt mit Toren abzuschließen, und zwar an den Stellen, wo sie vor dem großen Brande standen. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß die Juden auf diesem Wege, durch Betonung des Fiskalinteresses, die Absperrung ihrer Gassen zu verwirklichen versuchten, die, nach ihrer Darstellung scheinbar nur eine Sicherheitsmaßnahme, in Wirklichkeit daneben unzertrennlich mit der strittigen Frage des Ghettoumfanges verknüpft war. Die Hofkammer legte dieses Gesuch Ende März 1702 der böhmischen Hofkanzlei vor, mit dem Ersuchen, die Torfrage der Prager Judenstadt möge aus dem Komplex der Anträge des statthal-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

terischen Memorandums vom November 1700 ausgeschieden und selbständig gelöst werden, da die diesbezüglichen Erhebungen der böhmischen Kammer noch längere Zeit währen würden. An diesen Antrag schloß die Hofkammer die Fürbitte, es möge dem Ersuchen der jüdischen Perdonpächter mit Rücksicht auf die Staatskasse entsprochen werden, damit das Ghetto wenigstens mit provisorischen Toren versehen werden könne, an den Stellen, wo sie vor dem Brande standen.[56])

Die böhmische Hofkanzlei trug der Fürbitte der Hofkammer tatsächlich Rechnung. Mit Hofdekret vom 6. April 1702 wurde den Statthaltern bekanntgegeben, daß den Juden gestattet wird, provisorische Tore an den alten Stellen zu errichten. Die Statthalter betrauten mit den detaillierten Erhebungen in der Frage der Torerestitution die Judenkommission.[57]) Dieser war es vor allem darum zu tun, die Stellen ausfindig zu machen, wo die Tore vor dem Brande standen. Bei Bearbeitung ihres Gutachtens bediente sich die Kommission der Mitwirkung des Altstädter Magistrats ebensogut wie der Judenältesten, von den sie auch Pläne der Judenstadt mit den an Ort und Stelle eingezeichneten niedergebrannten Toren ansprach. Ihre Arbeiten verliefen allerdings nicht reibungslos. Der ernstlichste Widerspruch ergab sich in der Frage der Torzahl, denn das Sechsherrenamt gab 6 an, die Juden aber 9, sodaß die Kommission sich gezwungen sah, den Lokalaugenschein zu nehmen. Es überraschte nicht, wenn sich die Altstadt gegen den Torbau feindselig einstellte und die jüdischen Beweisgründe zu entkräften suchte.

Auf Grund des Gutachtens der Judenkommission[58]) wurde mit Dekret der böhmischen Hofkanzlei vom 11. Juli 1702 an die Adresse des Altstädter Hauptmanns bekanntgegeben, daß den Juden gestattet werde, einstweilen neun Tore zu errichten, welche in ihrer Lage und Bauart völlig mit den alten Toren übereinstimmen sollten: ausnahmsweise wurde lediglich eine Verschiebung des Tors bei dem St. Cyriakus-Kloster gestattet. Zu jedem Tor sollten vier Schlüssel angeschafft werden, die beim Altstädter Hauptmann, beim Altstädter Magistrat, beim Altstädter Richter und bei den Judenältesten hinterlegt sein sollten. Bezüglich Schließung dieser Tore wurde eine Verordnung erlassen, die sich mit dem Gutachten der Judenkommission v. J. 1700 deckte. Von dort wurde auch die Bestimmung entnommen, daß an Sonn- und Feiertagen das Ghetto den ganzen Vormittag geschlossen bleiben müsse; nachmittags dürften lediglich die Pforten offengehalten werden, damit das Landvolk im Ghetto seine Einkäufe besorgen könne, den Juden jedoch wäre der Ausgang aus dem Ghetto nicht gestattet. Doch auch diese Entscheidung hatte noch nicht alle Hindernisse hinweggeräumt. Namentlich das St. Cyriakus-Kloster protestierte gegen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

den Bau eines Judentores hart am Klostergebäude, sodaß die Statthalter ihre Bewilligung zur Errichtung dieses Tores zeitweilig suspendierten. Noch unmittelbar vor Weihnachten des Jahres 1702 verordneten die Statthalter, daß die Juden die Errichtung aller Tore auf einmal durchführen müßten.[59])

Eine Erledigung des Gutachtens der Judenkommission und der Relationsanträge vom 9. November 1700 kam den Statthaltern erst mit Reskript vom 18. Juni 1703 zu. Es bereitete der judenfeindlichen Aktion eine herbe Enttäuschung. Das Reskript bedeutete einen neuen Aufschub in der Lösung der jüdischen Frage, einen Aufschub, den vermutlich die Bemühungen der Hofkammer zugunsten des Prager Ghettos erzwungen hatten. In dem Reskript wurde überhaupt nicht über die Anträge auf Verkleinerung der Judenstadt um das Viertel beim hl. Geist und um das Haus bei den Paulanern entschieden, ebensowenig über die Einräumung des Rechtes auf die Liechtensteinhäuser zugunsten der Juden — dies alles wurde mit Stillschweigen übergangen —, sondern es wurde der bisherige Zustand beibehalten, freilich als Provisorium mit dem Vorbehalt späterer Entscheidung; dasselbe galt auch hinsichtlich der Tore zur Absperrung der Judengassen. Der Antrag der Statthalter auf Aufhebung des jüdischen Magistrats wurde durch das Reskript vollständig abgelehnt und das bisherige Verhältnis der jüdischen Selbstverwaltung zum Altstädter Magistrat sollte auch weiterhin bestehen bleiben. Bloß in der Frage der Reduktion der jüdischen Bevölkerung wurde verordnet, im Einvernehmen mit der böhmischen Kammer eine besondere Kommission zu bestellen, welche die Konskription im Ghetto durchzuführen hätte; das Konskriptionsresultat sollte dem Kaiser zugeschickt werden, der sich hinsichtlich der Reduktionsgrundsätze die Entscheidung vorbehielt. Schließlich wurde der Wiedereröffnung der Alten Synagoge unter den von den Juden angebotenen Bedingungen grundsätzlich zugestimmt; die Statthalter sollten jedoch noch im Einvernehmen mit dem Pfarrer zum hl. Geist so bald als möglich der böhmischen Hofkanzlei Bericht erstatten.

Das Reskript vom 18. Juni 1703, das bezüglich des Umfanges der Judenstadt den status quo bestätigte, war sicherlich ein durchschlagender Erfolg der Prager Juden. Dadurch wurde der Wiederaufbau des Ghettos sanktioniert, der in vollem Widerspruch stand zu dem genehmigten Klauserschen Plane und ebenso freilich auch zu allen übrigen Bestimmungen kaiserlicher Reskripte. Dadurch wurde nicht bloß das mühsame Elaborat der Judenkommission v. J. 1700 auf eine Zeitlang wenigstens zur Zwecklosigkeit verurteilt, sondern auch die Hoffnungen der Altstadt auf mindesaens einen gewissen Ersatz für die faktisch ver-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

lorenen Liechtensteinhäuser zu Grabe getragen. Und auch die Reduktionsfrage der Bevölkerung verlor für das Prager Ghetto dank der anbefohlenen Mitarbeit der böhmischen Kammer in der Konskriptionskommission bedeutend von ihrer Gefahr. Der Sieg der Juden war wohl provisorisch, doch war ihre gesamte Stellung überhaupt so geartet; ihr rechtliches Fundament, das königliche Indult und die Toleranz, waren völlig der Willkür des Herrschers unterworfen. Doch dieses Provisorium hatte, wie aus all dem hier Gesagten hervorgeht, sehr zähen Bestand, und die jüdische Kontribution gab ihm den unerschütterlichen Grund; es genügte, wenn von Zeit zu Zeit in Augenblicken, da die gepeitschten Wogen des Antisemitismus zum Überschlagen hoch gingen, die Kameralverwaltung an diese Eigenschaft des Aufenthaltes der Juden unter der Christenbevölkerung erinnerte, um den Appetit auf Schwächung oder gar Vertreibung der Judenschaft zu verbittern und abzustumpfen.

Immerhin vermochte auch das Reskript vom 18. Juni 1703 das Prager Ghetto, welches sich in dieser Zeit schon erholt hatte, wenn auch die Folgen des katastrophalen Brandes v. J. 1689 noch nicht restlos wettgemacht waren, nicht vor neuen Angriffen zu schützen. Gerade in den kommenden Jahren gewinnt der Widerstand gegen die Juden neue Stärkung. Wenn im Gutachten der Judenkommission vom J. 1700 ein bedeutender Nachdruck auf die allgemeinen Gründe des nachweißenbergischen Antisemitismus gelegt wurde, die stark religiös betont erschienen, so gewinnt später die Erwägung vom Druck der jüdischen Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiete die Oberhand. Die Schilderung des Fortschreitens dieser neuen antijüdischen Welle bildet ein Kapitel für sich.

Anmerkungen zum 4. Kapitel.

[1]) Die angeführten Daten sind im vierten Abschnitt des Berichtes der Judenreduktionskommission v. J. 1715 enthalten (dd. 26. März, ČDK IV T 1, ad 3 ex 1719) und beruhen auf heutzutage zum Teil verlorenen Dokumenten. Vgl. auch weiter unten im 5. Abschnitt.

[2]) Davon spricht der Bericht der Statthalter an den Kaiser vom 16. Oktober 1699: die Judenältesten hätten sich bei den Statthaltern beschwert, „. . . in ansehung der den 25. Septembris bevorgestandenen criminalexecution des studiosi Johann Fitzthumb von studenten und allerhand pöwl der jüdischen gemeinde angedroheten invasion“; weiter sagt dann derselbe Bericht, daß der Sicherheit der Juden förderlich wäre, Tore zu errichten: „wegen des etwa künftig erfolgenden executionsinlaufs, wann der studios Fitzthumb möchte hingerichtet werden, und dessentwegen leicht eine plünderung der Judenstadt erfolgen khunte.“

[3]) Die Juden behaupteten in ihrer Beschwerde an die Statthalter gegen den Altstädter Magistrat vom 6. Oktober 1699: „warbey der armen jüdischen gemein mit überfallung und sogahr dem vernehmen nach mit feyeran-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

steckhung bedrohet und einig angelegtes gewestes feyer in die judenheyser an zweyen orthen befunden und das corpus delicti einem löblichen Altstetter magistrat überreichet worden", was auch in dem Bericht der Statthalter an den Kaiser vom 16. Oktober 1699 wiederholt wird. Der Altstädter Magistrat bemerkte dazu, die Judenältesten hätten zwar anfangs September auf dem Altstädter Rathaus ein „gebündel von schwefelkertzeln" vorgelegt, bei der Untersuchung sei jedoch bloß soviel herausgekommen, daß die Hölzchen von einer gewissen jüdischen Magd gefunden worden seien, ohnedaß darüber hätte Klarheit geschaffen werden können, ob es sich in der Tat um einen Versuch vorbedachter Brandlegung gehandelt habe; der Magistrat fügte dazu auch gleich bei, daß durch Erbauung von Toren sich die Feuersgefahr keineswegs verringern werde.

[4]) Die Statthalter behaupteten in ihrem Berichte vom 16. Oktober 1699, der Magistrat wäre so vorgegangen „sonder zweifel aus unwillen, daß die Juden zu uns ihre zuflucht genommen haben."

[5]) Ein späteres Memorandum der Altstädter dd. präs. 31. März 1700 ersuchte die Judenkommission ausdrücklich „zu reflectiren, wasmaßen bey herausruckhung mit denen gassenthören und thüren sothanes privilegium (v. 8. April 1627) sambt der Christenheit suo tempore eine große verkürtzung leiden dörfte, weil die Juden mit der separirung respectu sui sich schützen und alles, was inner der separation sich befindet, pro irredimibili halten wolten."

[6]) In die am 6. Oktober 1699 ernannte Kommission wurde der Präsident über den Appellationen Graf Ignaz Karl von Sternberg und der Burggraf des Königgrätzer Kreises Michael Franz Wieschnik delegiert, welche ihren Bericht dd. präs. 9. Oktober vorlegten: im Sinne des statthalterischen Befehls sollten sie zur Visitation entweder jemanden aus dem Altstädter Magistrat oder den Altstädter Hauptmann beiziehen.

[7]) „Zumahlen es auch zum nuzen des publici und zu unterbrechung vielfältiger Laster gereichet."

[8]) Darüber vgl. das in tschechischer Sprache ergangene königliche Dekret dd. Prag, den 6. Juli 1652 auf die Beschwerde von Bürgermeister und Rat der Prager Altstadt gegen die Juden; in dem Dekret heißt es: „welche (d. h. die Juden) im vergangenen 1648. Jahre bei der damaligen feindlichen Schwedenbelagerung besagter Alt- und Neustadt Prag von ihnen Altstädtern conditionaliter und bloß so lange als erwähnte Gefahr dauern würde, die Erlaubnis bekommen hatten, einige außerhalb des Bereiches der Judenstadt liegende genau aus- und angewiesene Häuser mit drei Pforten, einer Tür, alles von Holz, unter Verschluß zu bringen. Nun beschweren sie sich (die Altstädter), daß sie (die Juden) solche Pforten und Türe, welche sie in ganz anderer Absicht hinterlistig erbaut, als ihnen erlaubt worden, trotz vieler an sie erlassener Mahnungen wieder einzureißen und wegzuräumen sich weigerten, ja entgegen den ihnen Altstädtern i. J. 1627 gnädigst erteilten Privilegien solche Orte zu behalten sich bemühten . . . Weil man nun befindet, daß solche Bewilligung von besagtem Amt der Prager Altstadt während der schwedischen Belagerung bloß auf dringliches Ersuchen und Vorbringen besagter Judenältesten zwecks Vermeidung jener Gefahr, vor der sie sich damals fürchteten — welche Gefahr nach Abzug bemeldten Schwedenvolks geschwunden ist —, und so nur auf kurze Zeit erfolgt ist, darum soll er Herr Hauptmann obbemeldter Prager Altstadt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

solche neu aufgebaute Pforten und Türe auf Kosten besagter Juden einreißen und wegräumen lassen und berührten Prag-Altstädtern davon Kenntnis geben . . ." — Doch, wie aus den späteren Verhandlungen hervorgeht, wurden diese zur Zeit der Schwedenbelagerung errichteten Tore weder i. J. 1652 noch später abgetragen, und zu der Zeit, über die jetzt hier gehandelt worden ist, nannte man sie neue Tore zum Unterschied von den älteren Toren, welche schon in vorweißenbergischer Zeit das ursprüngliche Ghetto abschlossen. Der Kampf der Altstädter, wie aus dem im Texte Gesagten hervorgeht, war eben gegen diese neuen Tore gerichtet.

[9]) Die Statthalter führten aus, daß die Altstädter Gemeinde durch ihren Widerstand „die Judenschaft, wann — da Gott für seye — ein anlauf entstehen sollte, gleichsamb ohne schutz und vormauer gegen den pöwel bloßstehen lassen will, welchen pöwel die allhiesige geringe gvarnison, in ansehung die haubtposten und stadtthöre auch besetzt bleiben müssen, ohnfehig wäre zu stillen oder zu dempfen."

[10]) Der Bericht der Statthalter fordert wiederholt „schuldige parition" des Altstädter Magistrats ihnen gegenüber und betont, daß „durch dergleichen ungehorsamb wir in corpore Euer Majestät höchste persohn repräsentirendes königliches governo in unseren anstalten und verordnungen nur mit den rucken angesehen werden."

[11]) Zu Mitgliedern dieser Kommission wurden ernannt: Graf Anton Johann Nostitz, Graf Heinrich Friedrich Guttenstein, Graf Franz Ferdinand von Wrtby, Michael Franz Wieschnik und Johann Wolfgang Ebelin.

[12]) Das Memorandum der Altstädter trägt das Datum präs. 31. März 1700.

[13]) Entgegen der Behauptung der Juden von einem 900jährigen Alter der alten Synagoge führten die Altstädter die Angabe der Chronik von Wenzel Hajek von Libotschan aus dem XVI. Jahrhundert ins Treffen, der damals als verläßliche historische Autorität galt, daß die Juden erst vor 700 Jahren nach Prag gekommen seien und sich zuerst am linken Moldauufer, am Augezd, niedergelassen hätten, dort, wo später das St. Maria Magdalenakloster stand.

[14]) „Von welcher zeit (seit Erlaß des Privilegiums vom 8. April 1627) auch sye Juden diese häuser bis auf gegenwärtigen tag nicht erblich, sondern nur hypothecweiß einander abtretten"; es ist dies eines von vielen Beispielen, wie es die Juden verstanden, ihnen feindliche Verordnungen zu umgehen.

[15]) „seyndt doch bey wünschender allergnädigster residirung Ihrer königlichen Majestät zue Prag bessere zeiten zue hofen"; von irgendwelchen Absichten, den Kaiserhof von Wien nach Prag zu verlegen, ist m. W. sonst nichts bekannt.

[16]) „Angesehen ohnedies der orth bey der alten schul nichts dergleichen — vorher war die Rede von Abgaben von Grund und Boden — zahlet, weil derselbe orth muethmaßlichen der allererste sitz der Judenschaft gewesen."

[17]) Der Antrag der Altstädter ist folgendermaßen stilisiert: „daß pro aequivalenti und in compensationem des wegen so genandten Liechtensteinischen häusern der stadt ertheilten allergnädigsten privilegii die Judenschaft von zweyen reviren, nemblich woh die alte schuel stehet — allermaßen ohnedies daselbst außer der eintzigen Judenschuel kein haus auf-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gebauet, sondern lauter rudera und schuetwerckh zue sehen — und von demjenigen, was zwischen der kirchen des h. Geistes und der Paulaner kirchen bis gegen den jüdischen Bassevi haus, ablassen, und solche haüser der christlichen stadtgemeinde ohne endtgeldt überlassen solten . . „ dann wan diese haüser oder rudera denen Juden bezahlet werden müsten, so wurden wir vor das privilegium gantz kein aequivalent haben, indeme stante hoc privilegio, wan die Christen mit dem pretio aufkommen könten, die Juden ihnen alsogleich 42 wohl gelegene haüser abtretten müsten, da hingegen sye nunmehro diese haüser erblich halten könten; denen aber, die ihre rudera oder sozuesagen ihren schutt bey der alten schuel haben, auf dem jüdischen baadplatz das aequivalent auszuweisen wäre."

[18]) „Angesehen nach allergnädigsten kayserlichen erkhandtnus sye Juden unsere bothmessigkeit unterliegen."

[19]) Dem Memorandum der Altstädter war neben mehreren Beilagen ein Plan der Judenstadt beigeschlossen, der im Wesen mit dem Bayerschen und Conavaleschen Plane übereinstimmt (vgl. Anm. 45 zu Kap. 3).

[20]) Vgl. oben S. 136.

[21]) Dem Berichte, der von dem Altstädter Hauptmann Grafen von Guttenstein und Wenzel Schadner von Greifenfeld unterzeichnet ist, liegt einerseits die Relation der Mitglieder des Sechsherrenamtes Johann Allio und Wenzel Zatočil vom 15. Jänner 1693 bei, welche die Okularvisitation der alten Synagoge durchführten (und feststellten, „daß an seithen des gartens, wo die weiber ihre schuel haben, ein durch die große feüersbrunst eingefallenes eckh aufs neue gebaut und aufgeführet, wie nicht weniger zwey theil an dem abgebrandten tach neu aufgebauet und bedeket, ingleichen ein neues thor darinnen unlängst gemacht worden"), andersteits drei Protokolle in tschechischer Sprache gleichfalls vom 15. Jänner über den in der alten Synagoge abgehaltenen Gottesdienst. Der Dachdecker David Prochaska, der die Reparatur der alten Synagoge besorgte, sagte weiters aus (Protokoll vom 15. Jänner 1693, gleichfalls in tschechischer Sprache): „daß die Prager Juden in der alten Schule eine Ecke, die in dem großen Feuer verbrannt war, auf der Seite, wo die Frauen ihre Schule haben, wieder aufmauern und ausbessern, ebenso neues Gespärre und Aufschöblinge, die verbrannt waren, etwa die dritte Woche nach dem Feuer durch Zimmerleute wieder einsetzen und aufstellen lassen; darauf habe ich 16 Tage lang teils mit neuen, teils mit alten Hohlziegeln gedeckt, denn kaum der dritte Teil dieses Daches war beiderseits ganz geblieben, die übrigen zwei Drittel habe ich eingedeckt." Zum Verhör hinsichtlich des jüdischen Gottesdienstes in der Synagoge ist zu erwähnen, daß bloß ein einziger Augenzeuge (Simon Paustirowsky) aussagte (tschechisch): „daß die Juden sowohl zu den Weihnachtsfeiertagen als auch am Neujahrstage in der Judenschule gewesen und unbändig geschrieen; ich habe sie gesehen, als sie aus besagter alter Schule herauskamen, denn sie kamen in großer Zahl geströmt." Die Eheleute Richter, Karl und Katharina, bezeugten lediglich: daß — wie Karl Richter aussagte — „die Frau Gräfin von Hodiejow, welche mit den jungen Herren bei mir eingemietet ist, meiner Frau gesagt hat, daß die Juden am Neujahrstage, das ist am 1. Januarii dieses 1684. Jahres, vor Tagesanbruch in der alten Schule großes Geschrei verführten, sodaß sie deshalb kaum ein Auge schließen und nicht länger habe schlafen können"; Richter sah wenigstens Juden aus der alten Synagoge herauskommen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[22]) „in dieser alten schuel die jüdische ceremonien bey tag und nacht, mehr als in allen anderten synagogen geübet werden und dieses vielleicht darumben, weilen sie in ihrem den 19. Aprilis anno 1690 an Ihro Maj. eingereichten memoriali anführen, samb diese alte schuel propter estimationem et per totam Europam depredicatam antiquitatem über 900 jahre gestanden . . ."

[23]) Diese Nachricht ist unter unsern Akten nicht erhalten. Es scheint jedoch, daß dieser Rabbiner Liepman Grätz gewesen, ein angesessener Prager Jude und Jungbunzlauer Rabbiner, der auf Befehl des Altstädter Hauptmanns Grafen von Guttenstein verhaftet und eingekerkert wurde; vgl. das Dekret der böhm. Kanzlei vom 19. Jänner 1693 und die Beschwerde der Judenältesten dd. präs. 25. Feber 1693 sowie auch die Rechtfertigung des Grafen von Guttenstein dd. präs. 9. Juli 1693.

[24]) Relation der Kommissäre dd. präs. 26. Feber 1693.

[25]) Die Juden bezichtigten den Grafen Guttenstein, daß er „ein- als den andern weeg von aussaugung und gäntzlichen unterdruckung unsrer und der armen gemeinde nicht abweichet, indeme derselbe all erdenkliche unheyl sowohl der gesambten gemeinde, als auch deren privat personen zufüget, massen derselbe die Juden, ob es schon widerrechtlich und unbillich gewesen, mit arrest belegen zu lassen sich zum öftern unterwunden", und brachten 5 Beschwerdepunkte vor: daß „1. gleich nach der feüersbrunst mehr besagter h. haubtman von der Prager jüdischen gemeinde erstlich 1000 fl. hernachmals widerumben 100 duggaten unbillich erhoben, so hat auch 2. die arme gemeinde wegen des aus seinem haus und garten geführten schuttes in einem jahr 650 fl. zahlen und destwegen der armen abgebrandter gemeinde schutt in der judengassen ligen lassen müsten; zu deme 3. haben etwelche Juden, welche nach der feuersbrunst zu bauen angefangen, zuvorhero sich bey ihme h. haubtman anmelden und abfinden müssen; so zeügen auch 4. der gemeinde raittungen klar, daß zu jener zeit, als die Judenaltisten wegen der ruckständigen steüergaaben in arrest gesessen, wan einer die abwechslung mit denen andern ältisten genüssen wollen, ihme zu 12 r. th. spendiren müssen, zu geschweigen 5. als auch hernachmahls der tandlmarck gesperret gewesen und dardurch ein jeder zu entrichtung seines contingentis angehalten worden, wan gleich ein und anderer seinen theil solchen contingents abgeführet hat, so haben theils derselben doch vor erlangter eröffnung sich allda anmelden und einstelen müssen, anjetzo aber als durch renovation der quota und rathswahl die jüdische gemein in eine bessere ordnung als zuvorhero gesetzt und das ordinari contigent ordentlich abgeführet wird, er h. haubtman der armen gemein in allen anderen begebenheiten und fällen zu begegnen sich höchstens bemühet, wessentwegen dan wir deme vorzubiegen und E. k. und k. Maj. allergnädigsten schutz und allerhöchste hilfe anzurufen, allerunterthänigst veranlasset worden."

[26]) Die erste Beschwerde der Juden, welche die in der vorigen Anm. zitierten Bezichtigungen enthält, ist dd. präs. 25. Feber 1693; die zweite Beschwerde ist nicht erhalten, ihr Inhalt ergibt sich jedoch aus dem Wortlaut des Hofdekrets vom 9. März 1693 (vgl. die folgende Anm.).

[27]) Hofdekret vom 9. März 1693.

[28]) Dd. präs. 28. Mai 1693.

[29]) Hofdekret vom 8. Juni 1693.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[30]) Die Rechtfertigung des Grafen von Guttenstein ist dd. präs. 9. Juli 1693.

[31]) „. . . und obzwar sie eltiste gegen restituirung öfters benanten synagog zehen tausent gulden anerbieten, welche dieselbe binnen einer halben jahrsfrift für die darinnige stellen und mobilien auch andern umbliegenden gründen zu erheben getrauen, so ist doch hiebey absonderlich zu consideriren, daß die hiesige Judenschaft noch mit einem nahmhaften contributionsresto per 16.000 fl. hafte, wozu binnen jetzt gedachter zeit noch ein großes quantum anwachsen, auch ermelten rukstandt nebst den currentibus zu bezahlen, desto langsamb- und schwerer fallen dörfte, wan sie aus erst angezogener ursach von denen privatis die 10.000 fl. fordern und nicht pro publico, sondern nur zu behaubtung einer alten gedächtnuß uns allda exercirenden jüdischen ceremonien appliciren wollen, dann weilen erwehnte contribution und andere gaben von der anlagsquote dependiret, allwo von denen vermöglicheren die arme übertragen werden müssen, so ist leicht zu erachten, daß wofern die reichere privati zu erkauffung ihrer stellen in der alten synagoge und nahe daran gelegene gründ ein so nahmhaftes anwendeten, ihnen untereinst zur gedachten quote ihr contigent nebst übertragung der armen baar und zeitlich herbeyzuschaffen nicht wohl möglich seyn, einfolglich was sie mit einer hand gebeten, mit der andern durch zuruckbleibung und je länger, je starckerer aufschwellung ihrer schuldigen gaben wieder nehmen, auch die neue häuffende restanten desto härter einzutreiben kommen wurden, welches dann nicht anderst, als E. Maj. augenscheinlichen undienst und des publici nachtheil, bevorab bey jetzigen, ohnedem höchst geldesbedürftigen kriegsausgaben mit sich führen könte."

[32]) Die Entschließung wurde mit Dekret einerseits an die Adresse der Statthalter, anderseits an die Judenältesten kundgemacht; beide Dekrete sind vom 10. Dezember.

[32a]) Diese Erlaubnis war den Juden nach vorhergehender grundsätzlicher Zustimmung des erzbischöflichen Konsistoriums erteilt worden, das den Weihbischof Chladek und einen gewissen Jesuiten abgesandt hatte, um sich an Ort und Stelle von den Verhältnissen zu überzeugen; auf den Antrag dieser Experten wurde dann den Juden die Durchführung der erwähnten baulichen Änderungen aufgetragen. Daneben mußten die Juden einige hundert Gulden zur Heiligengeistkirche und 20.000 fl. an die kaiserliche Kasse zahlen. Vgl. die Erklärung der jüdischen Delegation vom 14. Oktober 1715.

[33]) Die Quellen führen ihre Namen an: Ziggainer, Blindtweinschänck und Große Hof Schuel (vgl. das Gutachten des erzbischöflichen Konsistoriums vom 10. April 1708 und des Altstädter Rates vom 21. April 1708 in J 4/33 st.); die erste der erwähnten Synagogen war in der Zigeunergasse, die dritte, welche auch unter der Bezeichnung: Schul in Weitenhof erscheint, lag in der Langen, der späteren Rabbinergasse.

[34]) Das Gesuch der Verwalter der Poppersynagoge dd. präs. 30. August 1696 und dd. präs. 21. März 1702 erliegt in J 4/33 st., wo sich auch alle übrigen im weitern benützten Akten finden.

[35]) Diese Behauptung läßt sich vorläufig sonst nicht belegen; auffallen muß, daß der Altstädter Hauptmann nicht nach dem üblichen Gebrauch damaliger Zeit die Daten der entsprechenden Hofdekrete angibt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[36]) Vgl. den Bericht des Altstädter Hauptmanns an die Statthalter dd. 10. Dezember 1708, wo angeführt erscheint, daß der Altstädter Hauptmann gelegentlich einer Visitierung der Wohnung des Bunem Eger diesen warnte. Winkelschule zu halten, doch habe diese Warnung keinen Erfolg gehabt. denn eine neuerliche, unvermutete Visitierung brachte zutage, daß bei Bunem Eger tatsächlich am Sabbat Synagoge gehalten wird; daher wurden alle Anwesenden verhaftet und eingekerkert und die Schule amtlich versiegelt. Weil jedoch Bunem Eger das amtliche Siegel herabgerissen hatte und in seiner Tätigkeit fortfuhr, forderte der Altstädter Hauptmann, er solle exemplarisch mit einer Geldbuße von 200 fl. bestraft werden, welche dem bedeutenden Reichtum Egers angemessen sei.

[37]) In den Quellen liest man diese Formen: Liebermann, Liebemann und Liebmann.

[38]) Das Gutachten dd. präs. 5. November 1700 ist von allen Mitgliedern der jüdischen Kommission unterzeichnet (s. oben Anm. [11]).

[39]) „weilen nemblichen in einem judenhaus sich wohl 20 und mehr familien verbergen und gleichsamb wie die hering in denen tonnen übereinander liegen, wo bey denen Christen in einem haus kaum der 20te theil der innleüthen zu finden ist."

[40]) Weiter unten heißt es: „da herentgegen die altschuel und deren gantze circumferentz den von uns genombenen augenschein nach nicht ein eintziges erbautes haus in sich haltet, sondern in lauter cammer und schluppwinklen unter der erden bestehet, welche von einigen jüdischen nichtsnutzigen lumbengesindl noch zum grosten schaden der Christenheit gleich als von dem wilden vieh bekrochen und bewohnt werden, folgbar die utilitas publica es selbsten fast gebiethet, damit diese zu verhölung der diebstählen und zu vielen andern unheyl dienente gantz abseithige raubnester zerstöret und abgeschaft werden sollen."

[41]) „auf damit diese scandalose gedächtnuss, wie nemblichen die unter dem fluch Gottes immer darstehende Jueden gleich gegen unsern wahren gotteshaus des hl. Geistes ihre vor Gottes angesicht verworffene ceremonien und lästerliche lehre gehalten haben, radicitus gehoben und abolirt, auch nimmermehr zu welcher zeith es auch immer wolle wieder daselbst eingeführt werden könne und möge."

[42]) Die Klausersche Karte v. J. 1690 nennt diese Gasse Rabbinergasse — ihre Fortsetzung bildete die Heiligengeistgasse, die das Viertel beim hl. Geist von den Liechtensteinhäusern trennte —, die gleichzeitige Karte von Bayer-Conavale (darüber siehe Kap. 6.) nennt sie Judenring (der jüdische ring oder vornembste gassen), ähnlich wie auch die Karte Klausers v. J. 1700 (die haubtgasse oder judenring).

[43]) Unter den Synagogen des neuen Ghettos werden erwähnt: die Synagoge in der Zigeunergasse, die Synagoge in der Langen (der späteren Rabbiner-) Gasse (Schul oder Synagog im Weitenhof), die Altneusynagoge, die hohe Schule, die neue Schule, die Meisl-Schule, die Popper-Synagoge. die Klaus- und die Pinkas-Schule. Wenn das Gutachten der Judenkommission davon spricht, daß alle diese Synagogen bereits erneuert waren. so stimmt dies freilich, wie aus der vorausgeschickten Darlegung über die Popper-Synagoge hervorgeht, nicht mit der Wahrheit überein.

[44]) „wegen welchen ja fast monatliche verarrestirungen der ältisten und viele andere ungelegenheiten vorbeygehen."

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[45]) „allermassen die Liechtensteinische haüser in der anzahl so numeros und lauter wohl auserbaute grosse einträgliche haüser seindt, in welchen sich die reicheste Juden, die Ihro Maj. ichtwas contribuiren können, mehrentheils aufhalten thuen."

[46]) „die Juden als ertzfeinde der christlichen religion denen bey der kirchen zum hl. Geist öfters auch processionsweis und mit dem hochwürdigen gueth aus und eingehenten priestern und andern andächtigen frommen Christen alsobald in die augen fallen und von ihnen Juden aus ihren fenstern und haüsern ihrer angebohrnen arth nach verhönet und verspottet werden sollten."

[47]) Es war dies einerseits das in der Zigeunergasse in der Nachbarschaft der sog. Zigeunersynagoge liegende Haus, anderseits das sog. Fitznerhaus an der Ecke der Zigeuner- und Judengasse.

[48]) Die Kommission erinnerte daran, daß dadurch den Juden keineswegs das „jus portarum vel civitatis muris conclusae" erteilt werde, dessen sie nicht würdig seien.

[49]) Es wäre vielleicht möglich, diesen Antrag mit den Untertansverhältnissen jener Zeit zu vergleichen, indem die Obrigkeit gegen bestimmte Taxen zur Eheschließung ihrer Untertanen bzw. zu deren Abzug von der Herrschaft ihre Bewilligung erteilte.

[50]) „ad reductionem familiarum auch dieses nothwendig zu beobachten ist, damit doch so vielen frembden unbekannten und höchst gefährlichen Juden der freye zutritt und aufenthalt in der Judenstadt nicht gestattet werde, dan alle land- und frembde Juden aus Pohlen und vielen andern orthen anhero frey sich begeben und bey ihren befreunden viele zeith, ja wohl gar bies in ihr endt verbleiben, ohne das sie einen heller Ihro Maj. contribuiren."

[51]) „quo (gemeint ist die Kontribution) cessante cessat et tolerantia, utpote unicissima causa propter quam."

[52]) Dieser charakteristische Absatz des Gutachtens, dessen Formulierung des öfteren in jener Zeit auch anderswo wiederkehrt, lautet: „Und gleichwie hierdurch ein Gott und allen heyligen wohlgefälliges werckh gestiftet wird, wan deren feinde, wie die Juden seind, von uns menschen nicht geheichelt und geschmeichelt, sondern in solum testimonium fidei sub virga ferrea gehalten und so viel möglich mehrers in der zahl vermindert als vergrössert werden."

[53]) Dd. 9. November 1700.

[54]) Diesem ausführlichen Abschnitt, der wertvolle Belehrung über den Charakter und die Kompetenz des jüdischen Magistrates bietet, entnehme ich folgenden charakteristischen Passus: „die erfahrenheit gibt, dass die eintzige oder zum wenigsten die größte ursach dessen seye, worumb die Juden in contribuendo nicht gefolgen können, weil sie nomine communitatis wegen der so oftmaligen jüdischen wahl sowohl des magistrats, nemblich der sogenannten regierer, als auch gemeinältisten, und was deme mehr anhängig ist, über die massen grosse ausgaben bestreiten, ein jedweder aus ihnen primas oder regierer seyn will, wodurch unter ihnen allerhand factiones entstehen, eine die andere mit grosser geldversplitterung überwinden will, bald eine, bald die andere kostbahre reysen sich nicht gereüen lasset und endtlich beyde zugrunde gehen. Sothaner magistrat auch mit der gemeinde, wie öfters geklaget worden, in dem repartitionswesen und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

modo collectandi sehr untreu umbgehe. Und wan nun wir endtlichen die gradus execucionis wider die Judenschaft ergreiffen, vorerwehnte regierer dabey nichts leyden, sondern auf unkosten der gemeinde in arrest auf dem Altstädter rathaus sitzen und dabey gute täge sich anthuen, ja wann ... der jüdische magistratus und desselben gantze regierung recht betrachtet wird, so befinden wir anderst nicht, als dass dieselbe in sich selbsten ein ens superfluum et ipsismet Judaeis nocivum seye . . ."

[55]) Das Gesuch ist namens der Pächter, welche den jüdischen Perdon um eine jährliche Zahlung von 50.000 fl. auf die Dauer von drei Jahren gepachtet hatten, vom Prager jüdischen Primator Samuel Isak Sachsel und Wolf Franckel unterzeichnet.

[56]) Note der Hofkammer an die böhmische Hofkanzlei dd. 31. März 1702.

[57]) Mit Dekret vom 27. April 1702 wurden in die Judenkommission anstelle des Grafen von Wrtby und des Appellationsrates Ebelin ernannt: der Prag-Neustädter Hauptmann Franz Ferdinand Berchtold und der Appellationsrat Dr. Christian Paraubek.

[58]) Dem Gutachten dd. präs. 26. Juni 1702 waren mehrere Beilagen und Pläne beigeschlossen, von denen sich drei Zuschriften des Altstädter Rats an die Kommission dd. präs. 29. April, 6. Mai und 18. Mai 1702 erhalten haben.

[59]) Dekret der böhmischen Kanzlei vom 22. Dezember 1702.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

5. Kapitel.

Neuerliche Konskription des Ghettos und die Anträge des obersten böhmischen Kanzlers Gf. Wenzel Norbert Kinsky auf Reduktion der Prager Juden; Errichtung einer neuen Reduktionskommission (1703—1713).

Das Judenprivileg Kaiser Leopolds I. v. J. 1703. — Ernennung einer neuen jüdischen Kommission. — Konskribierung des Ghettos im Dezember 1704. — Die Liste der nichtkontribuierenden Juden und deren Richtigstellung. — Besuch des obersten Kanzlers Gf. Kinsky in Prag und die Frage der Judenreduktion. — Das Amt des Judenquartiermeisters. — Anträge auf Erschwerung des Zuzugs fremder Juden nach Prag. — Errichtung der Kinskyschen Reduktionskommission. — Kinskys Bericht über das Judenproblem an den Kaiser vom 12. September 1708. — Genehmigung der Kinskyschen Anträge mittels Reskriptes vom 1. Oktober 1708. — Konskription des Prager Ghettos. — Fehlschlagen des Reduktionsversuches.

Die in den vorhergehenden Kapiteln geschilderten Reduktions- und Exstirpationsaktionen zeigen deutlich, daß der grundsätzliche Standpunkt der Regierung Kaiser Leopolds I. den Prager Juden gegenüber nicht günstig war, ja vielfach recht feindselig, und daß lediglich die fiskalische Notwendigkeit der Kontribution und der sonstigen Abgaben der Juden, dank der stetigen Hinweise der böhmischen und der Hofkammer, das Prager Ghetto vor den weitreichenden Plänen des nachweißenbergischen Antisemitismus beschützte. Das angedeutete Verhältnis erfährt auch seine Beleuchtung durch die sehr späte Bestätigung der Privilegien durch Leopold I., zu der es erst im Dezember 1703 kam, also ein halbes Jahr nach Erlassung des Reskripts vom 18. Juni.[1]) Aus beiden Dokumenten spricht gleichsam die Erschöpfung und Resignation ob der Erfolglosigkeit des langjährigen Kampfes der Leopoldinischen Regierung gegen die Juden, eines Kampfes, in dem infolge ihrer Schwerfälligkeit und mangels einer einheitlichen Anschauung die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Staatsverwaltung den elastischen und geschmeidigen Juden unterlag, die es so oft verstanden, aus der Schlinge zu schlüpfen, die sich schon gefahrdrohend um ihre Kehle zuzog. Mit dem Reskript vom 18. Juni gestand die Regierung ihre wenigstens zeitweilige Niederlage in der grundsätzlichen Frage der Verkleinerung des Ghettoumfanges ein und ebenso gab sie durch die Bestätigung der Judenprivilegien zu erkennen, daß sie mindestens einstweilen die bisherige Rechtsstellung der Prager Judenschaft respektieren wolle.

Mit diesen beiden Kundgebungen gab jedoch die Regierung keineswegs den Kampf gegen die Juden ohnmächtig für alle Zukunft auf; sie war daher bestrebt, wenigstens theoretisch die Gültigkeit der ergangenen Verordnungen zu Ungunsten der Juden für die Folgezeit zu sichern, namentlich jener Verordnungen aus der Zeit der großen Pest und der Vernichtung des Ghettos. Diesen Sinn hatte die Anmerkung des Judenprivilegs vom 13. Dezember 1703, kraft dessen die Privilegien Ferdinands II. v. J. 1628 und Ferdinands III. v. J. 1648 insoweit bestätigt wurden, als sie späteren kaiserlichen Entschließungen nicht widersprächen. Ähnlicherweise verordnete auch das Reskript vom 18. Juni, mochte es auch die Entscheidung über den Umfang des Ghettos hinausschieben, wenigstens die Vorbereitungen zur Durchführung der Judenreduktion.

Mit der Erneuerung der Reduktionskommission beeilten sich jedoch die Statthalter aus unbekannten Gründen nicht sonderlich; vielleicht waren sie über die Erfolglosigkeit ihrer ausführlichen Relation vom 9. November 1700 und über den Befehl betreff Mitwirkung der böhmischen Kammer verärgert. Als sie im Mai 1704 von der böhmischen Hofkanzlei aufgefordert wurden, die verordnete Konskription der Prager Judenschaft samt ihrem Gutachten einzubringen, wieviel jüdische Familien in Prag künftighin verbleiben sollten und geduldet werden könnten, ergab sich, daß die Kommission noch nicht ernannt war.[2]) Daher setzte die böhmische Hofkanzlei im Einvernehmen mit der Hofkammer am 26. Mai die Kommission selbst ein und ernannte in dieselbe als Vertreter der böhmischen Kammer den Grafen Wenzel Ignaz Wratislaw von Mitrowitz, der in Bälde durch Johann Rudolf Olbram Brandlinsky abgelöst wurde, und den Grafen Karl Joachim Breda als Vertreter der böhmischen Kanzlei.[3]) Diese Kommission entledigte sich der ihr übertragenen Aufgabe verhältnismäßig leicht, indem sie die anbefohlene Konskription durch die Judenältesten durchführen ließ, die den Auftrag erhielten, sämtliche im Ghetto anwesenden Juden ohne Unterschied des Geschlechtes und Alters zu verzeichnen, jedoch mit entsprechender Unterscheidung der einheimischen, ansässigen Juden und der fremden Juden. Die Zählung sollte von Haus zu Haus mit Hilfe der Kontri-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

butionslisten und der jüdischen Perdonbücher vorgenommen werden. Laut dieser Zählung, zu der es in der zweiten Dezemberhälfte 1704 kam und deren Richtigkeit von den Judenältesten durch einen besonderen Eid vor der Kommission beschworen werden mußte, weilten damals in Ghetto insgesamt 10.480 Personen, worunter 8.958 in Prag angesessene Juden waren, 854 Juden aus Böhmen und 668 fremde Juden.[4])

Die böhmische Hofkanzlei, der von den Statthaltern die detailierte Judenkonskription zugleich mit einem knappen Bericht der Reduktionskommission vorgelegt worden war,[5]) verordnete nachträglich auf Wunsch der Hofkammer[6]) auch noch die Verzeichnung jener fremden Juden, die keine Kontribution zahlten und ohne amtliche Bewilligung sich nach Prag eingeschlichen hatten. Die Herstellung dieses Verzeichnisses wurde wiederum der Reduktionskommission anvertraut, die nach einigen Schwierigkeiten erst im November 1706 das angeforderte Verzeichnis vorlegte, indem sie gleichzeitig um Belehrung ersuchte, wie und durch wen die Vertreibung der fremden Juden zu geschehen habe, sowie um Herausgabe einer Verordnung bat, daß den Prager angesessenen Juden nicht gestattet sein solle, Juden aus der Fremde Unterkunft zu bieten. Laut dieses von der Kommission angelegten Verzeichnisses hielten sich i. J. 1706 in der Prager Judenstadt im ganzen 746 fremde Juden auf, die keine Kontribution zahlten, das Verzeichnis war jedoch, wie man auf den ersten Blick feststellen kann, sehr mangelhaft. Der größte Fehler war, daß die Kommissäre darein — natürlich unberechtigterweise — alle Juden eingetragen hatten, welche vor der Kommission nicht erschienen waren, ohne nach der Ursache ihres Fernbleibens zu forschen.[7]) In der Tat erhoben gegen Ende August 1707 die Judenältesten wegen der Unkorrektheiten dieses Verzeichnisses, in das sogar solche Juden aufgenommen worden waren, die eine Aufenthaltsbewilligung für Prag hatten und Kontribution zahlten, bei den Statthaltern Beschwerde. Außerdem ersuchten die Judenältesten auch um die Aufenthaltsbewilligung im Ghetto für jüdische Präzeptoren und Studenten. Die Statthalter traten diese sowie noch einige andere Beschwerden der Juden der jüdischen Kommission zur Untersuchung ab; außerdem erlangten die Juden ein kaiserliches Reskript des Inhaltes, daß die jüdischen Präzeptoren und Studenten aus dem Verzeichnis der aus Prag Abzuschaffenden ausgeschieden werden.[8])

Die Kommissäre machten kein Hehl daraus, daß sie in das Verzeichnis zur Strafe wegen Ungehorsam alle Juden eingetragen hatten, welche der Vorladung nicht Folge geleistet hatten, und natürlich auch alle jene, die nicht auf der Stelle die Aufenthaltsbewilligung für Prag vorzuzeigen in der Lage waren. Sie zögerten freilich nicht, eine gründ-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

liche Revision ihres Verzeichnisses durchzuführen, und strichen dann daraus insgesamt 69 Personen bezw. Familien. So verschwanden aus ihrer Liste nicht bloß jene Juden, welche nachwiesen, daß sie Kontribution zahlen und krankheitshalber oder aus geschäftlichen Gründen nicht früher erscheinen konnten, sondern auch jene, die nachträglich eine von der böhmischen Kammer ausgestellte Aufenthaltsbewilligung vorwiesen, zu denen auch die Juden gezählt wurden, welche i. J. 1670 aus Wien oder durch den Aufstand aus Ungarn vertrieben worden waren und die Erlaubnis hatten, sich in den habsburgischen Ländern niederzulassen.[10]) Die Kommissäre übersandten den Statthaltern das Verzeichnis der aus der Liste der Ausgewiesenen gestrichenen Personen und forderten neuerdings die Erlassung eines Verbotes auf Beherbergung fremder Juden, die sich etwa ohne Bewilligung nach Prag einschleichen sollten; in Übertretungsfällen sollten die Judenältesten und die Hehler verantwortlich sein.[11]) Die Ausweisung der fremden Juden wurde jedoch aus unbekannten Gründen nicht durchgeführt; das Ergebnis würde übrigens nicht bedeutend gewesen sein, denn nach Richtigstellung der Ausgewiesenenliste und nach Abzug der jüdischen Präzeptoren und Studenten sollten das Prager Ghetto nur etwa 450 Personen bzw. Familien verlassen. Es war dies jedoch keineswegs ein Anzeichen dafür, daß das Interesse der Regierung an der Judenfrage abgenommen hätte, sondern dieses wurde binnen kurzem neuerlich belebt. Anlaß dazu bot die Reise des obersten böhmischen Kanzlers Grafen Wenzel Norbert Kinsky nach Prag i. J. 1708.

Die hauptsächlichste Ursache der Reise des Grafen Kinsky bildete freilich die Organisierung der von den böhmischen Ständen im Frühjahr des Jahres 1708 bewilligten Akzisen und die Rektifikation des Katasters in Böhmen.[12]) Neben diesen und noch andern Aufgaben betraute die Instruktion den obersten Kanzler im § 9 auch damit, das Reduktionsproblem in die gehörigen Bahnen zu lenken. Er hatte deshalb nicht bloß in Prag eine neue Reduktionskommission zu bestellen, die nach seiner Anleitung ein Gutachten über die Frage ausarbeiten sollte, ob es notwendig sei, die Zahl der Prager Juden herabzusetzen oder nicht, sondern auch die Judenquartiermeister abzusetzen und ihnen ihre Register abzunehmen. Diese Verfügung war gewiß vom Mißtrauen der Wiener Regierung den Statthaltern gegenüber diktiert, einem Mißtrauen, das vermutlich bis zu einem gewissen Grade berechtigt war. Binnen fünf Jahren war in der Tat die Reduktionsfrage um keinen Schritt vorwärts gekommen und die saumselige, ja nachlässige Durchführung der Konskription der fremden Juden konnte dieses Mißtrauen nur steigern.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Nach seiner Ankunft in Prag befahl Kinsky dem Altstädter Hauptmann Grafen Rudolf Josef von Lissau und dem Altstädter Primator Gottlob Johann Worzikowsky von Kundratitz, ihm mit Benützung der älteren Amtsakten Bericht darüber zu erstatten, ob sie die Durchführung einer Judenreduktion für unerläßlich erachteten, zugleich mit dem Antrag, was für Mittel anzuwenden wären, damit die herabgesetzte Judenzahl nicht wieder steige. In ihrem Gutachten referierten die genannten Kommissäre zunächst ausführlicher über die Reduktionsvorschläge aus der Zeit der großen Pest sowie über die Reduktionsversuche der Folgezeit. Diese Übersicht der Historie unausgeführter Reduktionspläne und -anträge beschlossen sie mit der Erklärung, daß die Durchführung der Judenreduktion sich sehr notwendig erweise, einerseits aus religiösen Gründen, anderseits mit Rücksicht auf die Altstädter christlichen Kontribuenten und auf die hygienischen Gefahren einer Übervölkerung des Ghettos. Sie wiesen auch darauf hin, es werde nötig sein, eine neue, genaue und vollständige Konskription der in der Prager Judenstadt weilenden Judenschaft durchzuführen ohne Unterschied von Geschlecht und Alter, weil sich die Verhältnisse während der verflossenen vier Jahre geändert hätten; diese Liste sollte neben den Namen genaue Angaben über die Kontributionspflicht jedes Juden[13]) enthalten. Bei der Reduktion beantragten die Kommissäre neben der Kontributionsfähigkeit auf die 318 jüdischen Häuser Rücksicht zu nehmen; die Kommission nahm natürlich das Ghetto vor dem Brande zum Ausgangspunkt und zog weder den zuletzt von der Judenkommission i. J. 1700 beantragten Plan auf Verkleinerung der Judenstadt noch auch den Umstand in Rechnung, daß i. J. 1708 im Ghetto noch keine 318 Häuser vorhanden waren. Die Daten über den jüdischen Tandelmarkt, der recht weit vom Ghetto bei der St. Gallikirche auf der Prager Altstadt lag, sollte der Altstädter Magistrat liefern.

Die Kommission war sicherlich erstaunt, aus dem Munde des Obristkanzlers die Nachricht zu vernehmen, daß es in den Absichten der Wiener Regierung liege, die Zahl der Prager Judenschaft mit 12.000 Personen anzusetzen. Es ist zwar nicht genau bekannt, von welchen Voraussetzungen die Regierung zu dieser, gewiß sehr hohen Ziffer gelangte, am wahrscheinlichsten darf man darin die Wirkung des erfolgreichen Einschreitens der böhmischen und der Hofkammer erblicken, wodurch das ausschließlich fiskalische Interesse über jeden Zweifel hervorgehoben war. Trotzdem aber nimmt es wunder, daß die Regierung, welche die Ergebnisse der detailierten Judenzählung v. J. 1704 kannte, derzufolge es im Ghetto an 10.480 Juden gab, und welche jetzt das Reduktionswerk, d. h. die Herabsetzung der jüdischen Bevölkerungszahl, selbst in ihre Hände nahm, bereit war, eine so hohe Juden-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zahl in Prag zu stabilisieren. Es konnte ihr auch die Höhe der christlichen Bevölkerung Prags, namentlich jener der Altstadt, die hier am meisten ins Gewicht fiel, nicht unbekannt sein, ebensowenig auch die unausgesetzten Beschwerden über die übermäßige Zahl der Juden in Prag und infolgedessen über die drückende, ja unerträgliche jüdische Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiete. Es scheint daher, daß entweder in Wien die Voraussetzung durchdrang, daß die letzte Judenzählung ungenau und entgegen dem tatsächlichen Stande wesentlich zu niedrig sei — diese Voraussetzung konnte sicherlich durch das Gerücht von der ungeheueren Population des Prager Ghettos, von der die Hofkammer am 27. März 1705 sprach, und vielleicht auch durch die Daten der Zählung v. J. 1703 nur gestützt werden —, oder man rechnete mit dem natürlichen Zuwachs der letzten vier Jahre. In diesem Falle konnte man allerdings schwerlich von einem Reduktionsprogramm sprechen, dessen Verwirklichung nach allen bisherigen Plänen einer Stabilisierung vorangehen sollte. Das Programm der Wiener Regierung war daher ein Programm der Zukunft, nicht der Gegenwart, und bedrohte das zeitgenössische Ghetto mitnichten, mochte es auch seiner künftigen Entfaltung Fesseln anlegen. In Wirklichkeit konnte jedoch die proponierte Stabilisierung auch in der Zukunft kein ernstliches Hindernis für die Prager Judenstadt bilden, da diese bei ihrer beschränkten Baufläche eine höhere Population garnicht ertrug, wenn schon bei dem bisherigen Stande die Wohnverhältnisse auch bei der jüdischen Anspruchlosigkeit geradezu katastrophal waren. Bei 318 Häusern und 12.000 Einwohnern wären im Durchschnitt auf ein Haus 37·8 Einwohner gekommen, was die Fassungsfähigkeit eines Judenhauses mindestens um 100% überstiegen hätte.

In der Tat wiesen auch die Kommissäre darauf hin, daß angesichts eines solchen Planes der Wiener Regierung alle Reduktionserwägungen gegenstandslos seien, und sie führten die Zahl der Prager Judenbevölkerung nach den Zählungen von 1703 und 1704 an, die mindestens um 500 Personen hinter der proponierten Stabilisierung zurückblieben. Sie betonten jedoch die Notwendigkeit, aus dem Ghetto die fremden Juden zu entfernen, ferner die nichtangesessenen Juden, die keine oder bloß eine geringe Kontribution zahlen, und schließlich die unnützen und verdächtigen Juden. Diese Verfügung sahen sie auch für die jüdische Kontribution als förderlich an, weil auf diese Weise die Juden der lästigen Pflicht überhoben würden, ihre armen Glaubensgenossen zu unterstützen. Als Ideal schwebte der Kommission die Erneuerung des Reduktionsprogramms v. J. 1680 vor, dementsprechend von 7.113 Juden über 10 Jahre ein ganzes Drittel entfernt werden sollte — die Kommissäre machten mit Recht auch dar-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

auf aufmerksam, welche Gefahr das überfüllte Ghetto bedeute — und sie beantragten daher, als Richtlinie für die Reduktion solle das Dekret vom 9. März 1680 dienen, dessen Kategorien lediglich einerseits um eine Charaktererscheinung des Prager Ghettos, die sog. Sasser, anderseits um die fremden jüdischen Präzeptoren und Studenten zu vermehren wären, welche, wie die Kommission anführte, sich in Prag niederlassen und heiraten.[15]) Ähnlich beantragten die Kommissäre nach dem Muster v. J. 1680, die ausgewiesenen Juden sollten bei ihrem Abzug an den Stadttoren kontrolliert, ihre Namen eingeschrieben und diese Ausweise täglich der Reduktionskommission eingehändigt werden. Endlich beantragten die Kommissäre, jeder Jude solle einen festen und ständigen Namen und Zunahme führen.[16])

Die Erhebungen über die Funktion des jüdischen Quartiermeisters übertrug Graf Kinsky dem Altstädter Hauptmann Grafen von Lissau, welcher die Ergebnisse seiner Nachforschungen in einem selbständigen Bericht vorlegte. Aufgabe des jüdischen Quartiermeisters, der gleichzeitig auch den Schreiberdienst bei den Verwaltern der Judenschulen (Synagogen) besorgte, war einerseits die Einquartierung der fremden Juden, welche ins Prager Ghetto kamen, anderseits die Verteilung der Unterstützungen und Almosen. Dieses Amt versah zur Zeit, als sich Kinsky in Prag aufhielt, seit 15 Jahren Herschl Liebeles, dessen Vorgänger Schmole Sekeles und Fohle Fröscheles gewesen waren. Der jüdische Quartiermeister wurde zugleich mit dem sechsgliedrigen Kollegium der Judenschulverwalter von der böhmischen Kammer bestätigt. Die Einnahmen der von ihm verwalteten Kasse flossen einerseits aus dem regelmäßigen Wochenbeitrag in der Höhe von 15 fl., den die Judenältesten aus der Gemeindekasse auszahlten, anderseits aus der erhobenen Judenleichentaxen; bei den vermögenderen Juden betrug diese Taxe 15 fl., bei den armen Juden sowie bei Frauen und Kindern wurde die Taxe von Fall zu Fall nach der Abschätzung des Vermögens des Verstorbenen durch die Judenschulverwalter festgesetzt. Aus diesen sicherlich recht ansehnlichen Einnahmen wurden Unterstützungen nicht bloß an arme fremde Juden ausgezahlt, sondern auch an fremde Juden klangvolleren Namens, gegebenenfalls auch an solche, die von Jerusalem kamen; schließlich wurden dann aus diesem Fonds, meistens auf Empfehlung der Judenältesten, auch Beiträge von 10—15 Talern armen Juden zur Mitgift für ihre heiratenden Töchter[17]) ausgezahlt. Zur Erleichterung des Bequartierungsgeschäftes verfügte der jüdische Quartiermeister über ein Verzeichnis der wohlhabenderen Juden, deren Pflicht es war, nach der Höhe ihres Vermögens 10—20 fremden Juden jährlich Obdach zu bieten und sie auch einige Tage zu beköstigen; fremden Juden erteilte der Quartiermeister an die betreffenden Quar-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

tiergeber einen Quartierzettel. Diese Institution hing enge zusammen mit den religiösen Vorschriften, die den Juden die Fremdenbeherbergung und die Unterstützung der Armen zur Pflicht machen.

In seinem Berichte verwies Graf von Lissau darauf, daß gerade diese Fremdenfürsorge der Juden die Ursache davon ist, daß eine Menge fremder Juden nach Prag kommt und bei günstiger Gelegenheit sogar hier bleibt; diesen fremden Juden schrieb Graf von Lissau auch die nächtlichen Diebstähle zu. Er machte auch darauf aufmerksam, daß sich die fremden Juden zuerst in andern böhmischen Städten, eventuell auch auf dem Lande aufhalten und erst nach einiger Zeit unter dem Namen von Koliner, Bidschower, Teplitzer, Postelberger u. a. Juden nach Prag ziehen. Zur Verhinderung des Zuzugs dieser zahlreichen und ungebetenen fremden Gäste ins Prager Ghetto beantragte der Altstädter Hauptmann mehrere Maßnahmen. Zunächst sollten in den Kreisen, namentlich aber an der Grenze die fremden Juden nicht durchgelassen werden, jene ausgenommen, die mit ordentlichen Pässen versehen wären. In den Städten und auf den einzelnen Herrschaften sollten von Zeit zu Zeit Visitierungen stattfinden, wobei die fremden Juden vertrieben und ihre Quartiergeber empfindlich bestraft würden. Nach Prag sollte kein Jude ohne Bewilligung des Stadthauptmannes gelassen werden, ausgenommen die in Prag angesessenen Juden; die Schreiber an den Toren sowie an der Podskaler Überfuhr — sämtliche sollten in der Judenfrage dem Altstädter Hauptmann unterstehen — sollten verpflichtet sein, jede Woche das Verzeichnis derjenigen Juden vorzulegen. die nach Prag eingelassen worden wären, und ein analoges Verzeichnis sollte auch der Judenquartiermeister vorlegen. Eine besondere Verfügung sollte am Poříčer Tore getroffen werden, wo die Liebener Juden passierten, welche Fleisch hereinschafften. Schließlich sollten auf die Nacht alle Kähne verschlossen werden, um den fremden Juden die Einschmuggelung auf der Moldau zu unterbinden. Diese Verfügungen hielt Graf von Lissau für wichtig nicht bloß für die Reduktion des Prager Ghettos, sondern auch zur Vermeidung der Gefahr der „polnischen Kontagion", der Pest.

In der Tat identifizierte sich der oberste Kanzler ohne Rücksicht darauf, daß in Wien eine Stabilisierung der Zahl der Prager Judenschaft mit 12.000 Personen projektiert war, mit der Meinung des vorläufigen Berichtes der zweigliedrigen Judenkommission, und auch er hielt es für notwendig, aus Prag nicht bloß alle fremden Juden zu entfernen, sondern auch diejenigen, die bloß eine kleine Kontribution zahlten oder überhaupt nichts, sowie auch die unnützen bezw. verdächtigen Personen. In seinem Bericht an den Kaiser führte er aus, durch diese Maßnahme würde die bisherigen jüdische Kontribution nicht nur nicht leiden, son-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

dern die jüdischen Abgaben würden richtiger und rascher einkommen, wenn die angesessenen Prager Juden der Armenfürsorge überhoben sein würden. Daher errichtete auch Kinsky kraft der ihm gegebenen Vollmacht sofort nach dem Muster der Reduktionskommission v. J. 1679/80 eine neue viergliedrige Kommission, in die er als Vertreter der politischen Verwaltung den Altstädter Hauptmann Grafen Rudolf von Lissau ernannte, als Vertreter des Appellationsgerichts den Grafen Ferdinand von Herberstein, für die böhmische Kammer den Freiherrn Joh. Brandlinsky und für den Altstädter Magistrat den Primator Gottlob Worzikowsky. Dieser Kommission, die ihre Arbeiten sofort aufnahm, wurde zur Instruktion das Dekret der böhmischen Hofkanzlei vom 9. März 1680 mitgegeben.

Ähnlich ausgiebigen Gebrauch machte der Obristkanzler vom Gutachten des Altstädter Hauptmanns für seine Anträge, die den Zuzug von fremden Juden nach Böhmen, namentlich aber nach Prag verunmöglichen sollten und die er noch während seines Prager Aufenthaltes am 12. September 1708 dem Kaiser vorlegte. Kinsky, der den Auftrag erhalten hatte, die Judenquartiermeister abzusetzen und ihnen ihre Register abzunehmen, verwendete sich jetzt selbst für die Beibehaltung dieser Einrichtung und wollte sich ihrer bei Durchführung der Reduktion bedienen. Seine gegen die fremden Juden gerichteten Vorschläge erläuterten zum größten Teil bloß die Anträge des Grafen von Lissau. Kein Jude sollte nach Böhmen eingelassen, geschweige denn aufgenommen und von der heimischen Bevölkerung beherbergt werden, ohne einen Paß und einen Gesundheitsnachweis zu besitzen. Alle vierzehn Tage sollte im ganzen Lande, in den Städten und in den Dörfern, Visitierung gehalten werden, dabei betretene fremde Juden binnen sechs Stunden entfernt und ihre Hehler mit Geldstrafen, Ausweisung oder anderswie bestraft werden; über die Durchführung dieses Befehls sollten mit besonderer Sorgfalt die Statthalter wachen. In Übereinstimmung mit dem Altstädter Hauptmann beantragte auch Kinsky, nach Prag solle kein fremder Jude ohne Bewilligung des Stadthauptmanns eingelassen werden, und zu diesem Behufe sollten die Schreiber an den Stadttoren durch einen besonderen Eid verpflichtet werden. Der Judenquartiermeister sollte die Verzeichnisse der angekommenen fremden Juden dem Altstädter Hauptmann übergeben und diesem sollte auch ausschließlich die Jurisdiktion über alle Torschreiber hinsichtlich des Judeneinlasses zustehen; übereinstimmend mit dem Altstädter Hauptmann beantragte der Obristkanzler auch eine besondere Maßnahme am Poříčer Tor. Den Weinbauern auf der Letna sollte streng verboten werden, Juden über die Moldau zu führen; diejenigen fremden Juden, die über den zugefrorenen Fluß oder auf einem andern unbewachten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Wege ins Prager Ghetto hinübergehen sollten, die sollten unter Androhung einer hohen Geldstrafe, deren Hälfte den Denunzianten zuzufallen hätte, gegebenenfalls auch einer andern exemplarischen Strafe, von den Judenältesten und dem Quartiergeber angezeigt werden.

Mittels Reskript vom 1. Oktober 1708 wurde nicht bloß die Errichtung der Reduktionskommission mit der ihr vom obersten Kanzler gegebenen Instruktion genehmigt — es wurde bloß in Erinnerung gebracht, die Reduktion solle auf die vermögende Juden und jene Rücksicht nehmen, die schon längerer Zeit im Ghetto ihrer Beschäftigung nachgehen —, ebenso die Belassung der Institution des jüdischen Quartiermeisters, sondern auch alle Vorschläge Kinskys gegen den Zuzug fremder Juden. Diese Maßnahmen wurden gleichzeitig den Statthaltern in Böhmen, Mähren und Schlesien intimiert, und die Hofkammer wurde ersucht, den Zolleinnehmern aufzutragen, keine Juden ohne Paß ins Land einzulassen.

Wie es die vorherige Judenkommission getan, so trug auch die neue Reduktionskommission den Judenältesten auf, eine Ghettokonskription zu Reduktionszwecken durchzuführen. Nach einigem Verzug legten die Judenältesten anfangs 1709 die angeforderte Konskription vor, doch in so verworrener Form, daß sie ihnen zu unverzüglicher Richtigstellung zurückgegeben wurde. Der Kommission wurde auferlegt, der böhmischen Kanzlei nach Wien alle vierzehn Tage Bericht über den Fortgang der Reduktionsarbeiten zu erstatten und selbst eine Okularvisitation des Ghettos vorzunehmen. Diese Maßnahmen erfolgten noch während des Aufenthaltes Kinskys in Prag und der Obristkanzler berichtete darüber im März 1709 dem Kaiser, der unverzüglich dazu seine Genehmigung erteilte.

Es war dies jedoch die letzte Verfügung, die in der Reduktionsfrage der Prager Juden Kaiser Josef I. traf, der im März 1708 die Judenpriviligienbestätigung seines Vaters konfirmiert hatte.[18]) Nach der Abreise Kinskys von Prag hörte aus unbekannten Gründen die Tätigkeit der Reduktionskommission auf; es ist auch keine Spur davon zu finden, daß die Kommission die anbefohlenen Halbmonatsausweise nach Wien geschickt hätte oder daß die angeforderte Ghettokonskription zu Ende gebracht worden, geschweige denn daß es zu irgendeiner Reduktion der Bevölkerung der Prager Judenstadt gekommen wäre. Der Bericht der neuen Judenkommission v. J. 1715, die eine sehr ausführliche Übersicht der Versuche einer Judenreduktion ab 1679 gab, übergeht die Zeit zwischen 1709 und 1714 mit völligem Schweigen. Erst zu Anfang d. J. 1714 gewinnt das alte Reduktionsprogramm wieder Leben: der neue Herrscher, Kaiser Karl VI., äußerte den entschie-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

denen Willen, alle vorhergehenden Reduktionsanläufe und -projekte zur Tat werden zu lassen.

Anmerkungen zum 5. Kapitel.

[1]) Abgedr. bei J. Čelakovský, Codex juris municipalis regni Bohemiae, Bd. I., Nr. 335, S. 678—80.

[2]) Hofdekret vom 12. Mai 1704.

[3]) Vgl. die Note der Hofkammer an die böhmische Hofkanzlei vom 18. Mai und 13. August 1704 und das Dekret der böhmischen Hofkanzlei an die Prager Statthalter vom 26. Mai und 18. August 1704.

[4]) Hinsichtlich der fremden Juden erklärten vor der Kommission die Judenältesten: „daß sie vermög ihrer gesätze dahin verbunden wären die frembden zu beherbrigen und keinen von sich abzuschaffen, wofern aber von höhern orthen ihnen anbefohlen werden möchte, weiterhin keinen einzunehmen und die hier befindtliche frembde abzuschaffen, würden sie sich deme gemäß verhalten müssen". — Ausführliche Verzeichnisse der fremden Juden (insgesamt fünf) von dieser Konskription haben sich in E 2/9 st. erhalten, aus denen wir auch erfahren, daß die Zählung am 16. und 17. Dezember 1704 stattfand; in den Verzeichnissen ist neben den Namen auch angegeben, bei wem die fremden Juden wohnen, ihre Beschäftigung und die Zeitdauer ihres Aufenthaltes in Prag — in diesen Angaben sind freilich die Verzeichnisse weder vollständig noch genau. Einige Juden wohnten zur Zeit der Konskription erst einige Tage oder Wochen im Prager Ghetto, andere aber, die hier ihrer Beschäftigung nachgingen, hielten sich hier auch einige Jahre auf (Maximum 10 Jahre). Diese fremden Juden stammten einerseits aus den Nebenländern der Krone Böhmen, aus Mähren und aus Schlesien, anderseits aus den österreichischen Ländern, aus Ungarn (der Geselle Gotfried, der seit einem halben Jahre in Prag weilte, war aus Ungarn angeblich von den Rebellen vertrieben worden), aus Polen und aus Deutschland. Einen bedeutenden Prozentsatz unter diesen Fremden bildeten die Studenten und jüdischen Lehrer (Präzeptoren). Die Juden aus Polen, von denen 45 Familien gezählt wurden, waren in einem besonderen Extrakt verzeichnet. Gleichzeitig wurde dann (16. Dezember 1704) auch eine Konskription der Liebener Juden durchgeführt, von denen samt Kindern und Dienstboten 267 Personen gezählt wurden, wovon 5 Personen Fremde waren, die in Lieben über ein Jahr lang wohnten. — Diese Zählung erregte scheinbar recht große Aufmerksamkeit und es gingen sogar Gerüchte um, es gäbe im Prager Ghetto an 40.000 Juden (vgl. die Note der Hofkammer an die böhmische Hofkanzlei vom 27. März 1705).

[5]) Der Kommissionsbericht, der lediglich die Bedingungen anführt, unter welchen die Zählung erfolgte, und deren Gesamtergebnis bietet, ist dd. präs. 19. Jänner 1705 und wurde von den Statthaltern mit einer kurzen Zuschrift, welche trotz ergangener Aufforderung die Reduktionsfrage überhaupt nicht berührte, am 12. März 1705 der böhmischen Hofkanzlei eingesendet. Das beigelegte Zählungselaborat, das für die Genealogie und die Populationsverhältnisse des Prager Ghettos vermutlich von großer Wichtigkeit wäre, ist — soviel wenigstens bekannt — nicht auf uns gekommen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[6]) Note der Hofkammer an die böhmische Hofkanzlei vom 27. März 1705, worin es auch heißt, daß die Judenreduktion nach den Grundsätzen des Hofkammerdekrets vom 9. November 1689 vor sich gehen solle, d. h. daß sie sich lediglich auf die unangesessenen fremden Juden beziehen solle, die keine Kontribution zahlen und sich auf unehrenhafte Weise fortbringen.

[7]) Bericht der Kommissäre dd. präs. 23. November 1706, der eine „Specification der frembden, in Prag eingeschlichenen und ohne consens hier wohnenden Juden, welche wegzuschaffen wehren" beigeschlossen ist (die Juden sprachen nur von einer „Ausschaffungslista"). Die Kommissäre (Graf Breda und Brandlinsky), die unter Mitwirkung des Altstädter Hauptmanns arbeiteten, ließen zuerst das verlangte Verzeichnis von den Judenältesten herstellen, waren jedoch damit nicht zufrieden und besorgten daher die Konskription selbst, und zwar so, daß sie sich diejenigen einheimischen Juden rufen ließen, bei denen Fremde wohnten. Daher bringt ihr Verzeichnis grundsätzlich an erster Stelle den Namen des Hauswirts, hinter ihm folgt der Namen des Fremden mit Angabe der Beschäftigung sowie auch seines Herkunftsortes. Freilich sind diese Angaben ziemlich lückenhaft, weil viele der Vorgeladenen nicht erschienen, und auch bei den Erschienenen sind nicht immer alle Angaben eingetragen. Die Mangelhaftigkeit des Verzeichnisses ergibt sich auch daraus, daß auch Juden mit aufgenommen wurden, die behaupteten eine Aufenthaltsbewilligung für Prag zu besitzen, namentlich aber daraus, daß alle eingetragen wurden, die aus irgendeinem Grunde vor der Kommission nicht erschienen waren. Aus diesen Gründen vor allem wurden i. J. 1706 im Ghetto mehr fremde Juden gezählt als i. J. 1704. Trotz ziemlicher Lücken und Mängel des Verzeichnisses sind die daraus gewonnenen Beobachtungen nicht ohne Interesse. Den größten Prozentsatz unter den fremden Juden beanspruchten die jüdischen Lehrer (Schulmeister, Präzeptoren), die eine Zahl von 195 Personen bzw. Familien ergaben; dazu kamen 17 Studenten und 1 Kantor. Bedeutend war auch die Anzahl der Dienstboten (41), unter denen die Köchinnen überwogen. Handwerker, meistens Gesellen, waren 14 eingetragen. Die Judenältesten erklärten: „daß sie ohne frembde dienstbothen nicht seyn, noch jenen hir studierenden Juden die wohnung mit fug versagen könnten, angesehen auch ihre kinder anderwertighin sich begeben und studieren thäten." Interessant sind auch die (freilich auch recht lückenhaften) Angaben, woher die fremden Juden stammten. Den Löwenanteil stellten die mährischen Juden mit der Gesamtzahl von 100 Personen bezw. Familien, hinter ihnen kamen die polnischen Juden mit 92 Personen (Familien), die deutschen mit 51 (daneben gab es 4 aus Brandenburg, 7 aus Berlin, 4 aus Halberstadt, 6 aus Hamburg und 1 aus Halle), die ungarischen mit 32 (daneben 3 aus Preßburg), die schlesischen mit 14 (daneben 4 aus Breslau) und die österreichischen mit 6 Personen (daneben 5 aus Wien); ein Jude war aus Welschland, also aus Italien. Es ziemt noch anzumerken, daß im Verzeichnis selbst die Summe nachträglich auf die Ziffer 738 richtiggestellt worden ist.

[8]) So führte z. B. Wolf Aydlitz in seiner Beschwerde dd. präs. 30. August 1707 an, in das Verzeichnis sei auch er eingetragen worden, ein „gebohrner Prager Judt undt ohne ruhm vornehmer handelsmann ich auch ein hoher contribuent bin und Ihro Majestät in betrachtung, daß ich die Leipziger undt alle andere dergleichen vornehme messen frequentire ...,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

von der hereinführende große summa waaren in dero regalien jährlich ein ziembliches beytrage".

[9]) Vgl. die Zuschrift der Judenältesten dd. präs. 2. September 1707.

[10]) „theils daß sie oder ihre eltern aus Wien vertrieben, und erlaubnuß bekommen sich in denen k. erbländern niderzulassen, welcher wegen auch die Prager Juden jährlich 12.600 fl. noch würcklich bezahlen thäten, andere, daß sie aus Hungarn entweichen müssen und per patentes erhalten in denen erbländern in so lang sich aufhalten zu können, bis die unruhen daselbsten gestillet seyn wurden, mit mehrern erwiesen."

[11]) Dem Bericht der Kommissäre dd. präs. 19. Okt. 1707 ist begleitet: „cification derjenigen Juden, welche anfänglich den erforderlichen consens von der k. böhmischen camer nicht vorgewiesen, wie auch die, so bey der commission auf öfters beschehene citiren nicht erschienen, nachgehendts aber jene den consens produciret und diese sich des ausbleibens halber bey der commission excusiret haben und dessentwegen allhier zu geduldet wären."

[12]) Darüber J. Pekař, České katastry (= Die böhmischen Steuer-Kataster) S. 104.

[13]) Die Konskription sollte von den Judenältesten durchgeführt werden, die auch für deren Richtigkeit verantwortlich sein und für eventuelle Betrügereien mit Gefängnis und hohen Geldbußen bestraft werden sollten; Denunzianten wurde die Hälfte der Geldstrafe versprochen und Anonymität zugesichert.

[14]) Zweck der Zählung v. J. 1703, die im Prager Ghetto insgesamt 11.517 Einwohner ergab, war die Feststellung des Salzkonsums; sie war i. J. 1702 angeordnet worden. Genauere Angaben darüber bietet namentlich der Bericht der Judenreduktionskommission v. J. 1715, die sich auf ausführliche Verzeichnisse stützen konnte. Diese Zählung beschränkte sich nicht bloß auf die Juden, sondern wurde auch unter der christlichen Bevölkerung Prags und vermutlich überhaupt in ganz Böhmen durchgeführt. Es ist dies zweifellos jene Zählung, die J. Pekař (Prvé sčítáni obyvatelstva v Čechách [= Erste Volkszählung in Böhmen], Český Časopis Historický Jahrg. XX., S. 330—333; vgl. desselben Autors České katastry S. 80. gestützt auf die Summare der Borzekischen Kodizes, erst zum Jahre 1705 ansetzt. Bei der Zählung v. J. 1703 wurde in Prag die Bevölkerung insgesamt ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht verzeichnet und das Verzeichnis wurde erst nachträglich durch Ausscheidung der Kinder bis zu 10 Jahren für Steuerzwecke hergerichtet. Ein Vergleich der vollständigen Zählungsdaten und der modifizierten Daten der Steuersummare, d. h. nach Abzug der Kinder bis zu 10 Jahren, ist für das Studium der Prager Population aufschlußreich. Laut dieser Zählung gab es im Ghetto wie gesagt 11.517 Einwohner: nach dem von Pekař benutzten Steuersummar gab es an Juden über 10 Jahre alt 7.452 Personen. Die Zahl der jüdischen Kinder war daher außerordentlich hoch (4.065) und bezeugt die überdurchschnittliche Fruchtbarkeit der jüdischen Bevölkerung, die freilich auf der andern Seite wieder durch die fürchterlichen hygienischen Verhältnisse des Ghettos stark dezimiert wurde. Diese hohe Natalität der Prager Juden tritt deutlich hervor durch Vergleich mit den Populationsverhältnissen der Prager Altstadt. Hier stellte die Zählung v. J. 1703 insgesamt 11.618 Personen fest, worunter nach dem Steuersummar bloß 2.407 Kinder bis zu 10 Jahren begriffen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

waren, d. i. rund um 40% weniger als im Ghetto. Ähnlich lagen die Dinge auf der Kleinseite, wo die Gesamtbevölkerung 7.214 Personen zählte, darunter Kinder bis zu 10 Jahren 1.403. Das bedeutet, daß die Kinder in der Prager Judenstadt 35% der Gesamtbevölkerung bildeten, auf der Altstadt jedoch kaum 21%, auf der Kleinseite gar nicht einmal 20% (daraus ergibt sich auch, daß im Steuersummar die Kinder nicht nach irgendeinem durchschnittlichen Populationsschlüssel, sondern nach dem wirklichen Stande subtrahiert worden sind). Für die Prager Neustadt führt die Kommission v. J. 1715 leider die Zählungsergebnisse des J. 1703 nicht an, man darf jedoch im Hinblick auf die Verhältnisse auf der Altstadt und auf der Kleinseite die Zahl der Neustädter Bevölkerung mit 8.000 Personen einschätzen. Nach diesen Angaben lebten also i. J. 1703 in ganz Prag an 27.000 Christenmenschen (die Reduktionskommission v. J. 1715 sagt allgemein, daß die Zahl der christlichen Bevölkerung Prags 30.000 Personen nicht überstieg), mit den Juden zusammen aber etwa 38.000 Personen, daher ungefähr um 1000 Personen weniger, als J. Pekař rechnet (l. c. S. 332). Vgl. auch J. Beckovský, Poselkyně (ed. A. Rezek II_3, 503), der sagt, daß i. J. 1703 „in der Prager Altstadt bloß um 101 Christen mehr als Prager Judenschaft befunden und von den Herren Kommissären gezählt worden."

[15]) Vgl. oben S. 101. Die Tätigkeit der sog. Sasser beschreiben die Kommissäre ausführlich folgendermaßen: „die sogenannte sasser oder herumbstertzer, als welche keine gewisse profession haben und nur theils in dem tandelmarck in großer mänge herumbgehen und die etwas einkaufen wollende, absonderlich von landt hereinkommende Christen sehr beunruhigen, auch bey ihren kleidern von einem crambladen ab und zum andern ... hineinziehen, ja sogar mit gröbsten wörtern anfahren und dardurch öfters große händel verursachen, theils aber solche sasser durch die stadt herumbstreichen, und wann jemandt einige gestohlene sachen zu verkaufen traget, dieselbe gleich auf der gassen — damit sie künftighin nicht ausgewiesen oder erfraget wurden — aufkaufen und also zu mehrern diebstählen und verführung des gesindels anlaß geben, wie nicht minder bey denen gast- und würthshaüsern denen hereinkommenden frembden gästen aufpassen, solche von einem oder dem andern würthshaus abspenstig machen, dieselbe nachgehendts nicht nur sehr belestigen und auf unterschiedliche manier betrügen, sondern auch die gelegenheit, umb solche gäste zu bestehlen ..." abwarten.

[16]) „weilen die mehriste Juden keine gewisse zunahmen, sondern wohl zwey und dreyerley unterschiedliche nahmen führen und dadurch viel übles und große unterschleife bishero geschehen, damit also künftighin unter einer großen straf statuiert werden möchte, daß alle und jede Juden ihre gewisse nahmen und zunahmen haben und solche auch ihre kinder und descendenten immer beständig behalten möchten."

[17]) „Und hat derselbe — sagt der Bericht des Grafen von Lissau vom jüdischen Quartiermeister — zum empfang erstlich von denen Judeneltisten aus der gemeindecassa alle wochen 15 fl. r., dann andertens von einem jeden männlichen todten cörper, so nur etwas in vermögen hinterlassen, auch 15 fl., maßen sie schulverwaltere die arme männer, wie auch alle weiber und kinder arbitrarie taxiren. Von welchen ziemblich hoch einlauf-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

fenden geldern hienwiederumb denen hereinkommenden frembden Juden die allmosen und zwar denen schlechteren 17 bies 20 kr. gereichet, anderen aber vornehmeren, oder von Jerusalem ankommenden, wie auch denenjenigen Juden, welche umb ihre töchter zue verheürathen die morgengaab zuesammenbetteln, von zehen bies funftzig thaller . . . gegeben werden."

[18]) Abgedruckt b. J. Čelakovský l. c. Nr. 338, S. 689—91.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

6. Kapitel.

Das Elaborat der jüdischen Reduktionskommission v. J. 1715.

Die antijüdische Orientierung der merkantilistischen Bestrebungen des angehenden XVIII. Jahrhunderts. — Die Kontinuität des Reduktionsprogrammes. — Errichtung einer neuen Reduktionskommission (Reskript vom 8. Jänner 1714). — Die Kommission für jüdische Verwaltung und Wirtschaft. — Die Konskription des Ghettos und die Verluste durch die Pestseuche. — Die ersten Arbeiten der Reduktionskommission. — Befehl zu neuerlicher Konskribierung des Ghettos. — Die heuristische Arbeit der Reduktionskommission. — Das Memorandum der Kommission. — Der historische Teil. — Das Programm auf Reduktion des Ghettoumfanges und dessen Absperrung. — Der Antrag auf Reduktion der jüdischen Bevölkerung des Prager Ghettos; Stabilisierung von 620 Familien und Beschränkung der Judenehen. — Der Antrag auf Beschränkung der geschäftlichen und handwerklichen Betätigung der Juden. — Der antijüdische Geist des Memorandums. — Die Verzögerung des Berichtes der böhmischen Statthalter. — Einvernahme jüdischer Bevollmächtigter durch die Reduktionskommission betreff der wirtschaftlichen Klagen der christlichen Zünfte; die Einstellung der Juden den Reduktionsanträgen gegenüber. — Der Bericht der Statthalter an den Kaiser bezüglich der Anträge der Reduktionskommission.

Das Programm einer Reduktion der Prager Juden gewann mit Beginn des XVIII. Jahrhundertes neue Stärkung und Stütze in den merkantilistischen Bestrebungen der Wiener Regierung. Ihr war es um die Hebung der böhmischen Industrie und des böhmischen Handels zu tun, welche fast das ganze verflossene Jahrhundert in völligem Verfall darniederlagen.[1]) Dieser Verfall hing natürlich aufs engste mit der allgemeinen Verarmung der breiten Schichten zusammen, die nur ihre allernotwendigsten Lebensbedürfnisse befriedigen konnten, sodaß die Erzeugung von Gegenständen für eine verfeinertere Lebenshaltung, soweit nicht mit Absatz in Adelskreisen zu rechnen war, schlechter-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

dings zurückging. Ebenso hemmte auch der teure Kredit jegliche Handels- und Industricunternehmung, da ihr auch von staatlicher Seite lange Zeit keine ausgiebige Unterstützung zuteil wurde, sondern im Gegenteil eher Schwierigkeiten durch das verzweigte Zollwesen und die fiskalischen Zolltarife erwuchsen. Einzig und allein die Juden vermochten sich etwas über das allgemein tiefe Niveau geschäftlicher Unternehmung zu erheben und in erster Linie aus dem Außenhandel Kapital zu schlagen, der unversehens zum Großteil in ihre Hände geriet; namentlich aber wurden die Leipziger Messen zum Stelldichein der Prager Großkaufleute. Freilich betraf dies wieder bloß eine kleine Gruppe Prager Juden, die sich erträglichere Kreditbedingungen zu schaffen und überhaupt die nötigen Kapitalien zu rechter Zeit zu besorgen verstanden. Auch hier kam in nicht geringem Maße die jüdische Solidarität ebenso zur Geltung wie die jüdische Gewandtheit, Geschicklichkeit und persönliche Anspruchslosigkeit.

Es waren also vielmehr subjektive als objektive Gründe, die es mit sich brachten, daß die kaufmännische Unternehmung der Prager Juden größere Erfolge aufweisen konnte als die entsprechende Unternehmung der Christen, obwohl auch jene an dem erwähnten Konsumverfalle litt, sodaß man ihren Umfang keineswegs mit den Verhältnissen im übrigen Mittel- und Westeuropa vergleichen kann. Doch auch dieses Niveau des Prager jüdischen Handels und der jüdischen industriellen Urerzeugung genügte vollauf, um aufseiten der christlichen Produzenten und Handelsleute drückend empfunden zu werden. Der christliche Handel, der an der Kreditlast und höheren Regie schwerer zu tragen hatte, konnte nicht eben leicht mit dem jüdischen Handel konkurrieren, der sich auch mit einem geringeren Gewinn zufriedengab und infolge seiner verhältnismäßigen Billigkeit größeren Umsatz erzielte. Dadurch aber, daß die Juden zum größten Teil auf den christlichen Konsum angewiesen waren und diesen auch durch die Vorteile ihrer Geschäftsweise, namentlich durch ihre Billigkeit, in hinreichendem Maße an sich zu ziehen verstanden, erlitten die christlichen Handelsleute und Produzenten einen entsprechenden Gewinstentgang; sie kehrten sich daher gegen die Juden, als wären diese in erster Linie an den Schwierigkeiten ihres Unternehmens schuld. Der Konsum des Ghettos war wie erwähnt infolge der natürlichen und auch durch die Verhältnisse erzwungenen Sparsamkeit der Juden verhältnismäßig gering.

Die Frage, inwieweit vom objektiven Standpunkt aus diese Mentalität berechtigt war, kann uns an dieser Stelle infolge ihrer Reichweite und Kompliziertheit nicht beschäftigen; sie ist übrigens mit unserem Thema nicht unmittelbar verknüpft. Soviel jedoch ist sicher,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

daß der judenfeindliche Standpunkt der christlichen Erzeuger und Handelsleute bis auf die böhmische und die Hofkanzlei auch in amtlichen Kreisen überhandnahm. So bezeichneten gleich zu Beginn der Regierungsbestrebungen um Hebung des böhmischen Handels, i. J. 1699, die Statthalter des Königreiches Böhmen die Juden als das erste Hindernis einer Entfaltung des Handels und forderten ihre Abschaffung. Zu gleicher Zeit stimmte ihnen das Memorial eines führenden Kommerzialisten jener Zeit bei, des böhmischen Kammersekretärs Johann Boržek. Seitdem kehrt dann in den Erörterungen über die Erhöhung der Produktivität des böhmischen Handels unausgesetzt der Antrag wieder, die Juden entweder ganz abzuschaffen oder wenigstens ihre Anzahl herabzusetzen.

Es wäre natürlich unrichtig zu meinen, die judenfeindlichen Argumente wirtschaftlichen Charakters datierten erst von dieser Zeit; ebenso ist die Behauptung[2]) irrig, der „eigentliche" Kampf gegen die Juden beginne in Böhmen erst zu Anfang des XVIII. Jahrhundertes, seit Errichtung des Kommerzkollegs bzw. seit Einsetzung der ständischen Kommission zur Verbesserung des böhmischen Handels und der böhmischen Industrie i. J. 1705. Das geht aus den vorhergehenden Kapiteln ganz deutlich hervor. Wenn bereits zu Anfang des XVII. Jahrhunderts die jüdische Konkurrenz unter den Beweggründen für eine Vertreibung der Juden aus Prag an erster Stelle stand — dieselbe Beschwerde finden wir schon im vorhergehenden Jahrhundert —, so stehen auch seit Beginn der nachweißenbergischen Zeit, schon während des 30jährigen Krieges, Klagen auf die jüdische Konkurrenz im Vordergrunde, um in der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts noch lauter und dringlicher zu werden. Und dieselbe Chronologie gilt hinsichtlich des antijüdischen Reduktions- und Exstirpationsprogramms, das sich freilich neben wirtschaftlichen Gründen auch auf religiöse und hygienische Gründe stützte. Dieses Programm erfuhr nach mehrmaligem Anlauf eine sehr genaue Formulierung namenlich i. J. 1680 und dann wieder i. J. 1690, als man sich auf Vorfälle berufen konnte, die dessen Erfüllung dringend und anscheinend so gut wie sicher machten. Immerhin kam es weder i. J. 1680 noch 1690 zur Verwirklichung einer Judenexstirpation, ja es kam nicht einmal zu einer Reduktion. Doch geriet deshalb dieses Programm nicht ins Vergessen, sondern es gewann im Gegenteil mit der Zunahme der jüdischen Bevölkerung des Prager Ghettos immer mehr an Aktualität, und auch seine technische Seite blieb in Erinnerung. Es wurde bereits erwähnt, daß die Berater des Obristkanzlers Grafen Kinsky i. J. 1708 die Rückkehr zum Reduktionsprogramm v. J. 1680 empfahlen, und noch mehr betont wurde die Kontinuität der nachweißenbergischen Reduktionsversuche zu Beginn d. J. 1714, als die Bemühungen um eine

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

definitive Lösung der jüdischen Frage neuerdings aufgenommen wurden. Der seit Anfang des XVIII. Jahrhunderts von den erwähnten Bestrebungen um Hebung des Handels und der Industrie in Böhmen beeinflußte Kampf gegen die Juden war nur eine Fortsetzung des antijüdischen Kampfes der vorangehenden Jahrzehnte und er knüpfte auch bewußt an sie an.

Wie im Jahre 1708, so war es auch i. J. 1714 die Wiener Regierung, welche den Anstoß zum erneuerten Aufrollen der Judenreduktionsfrage gab. Das ansehnliche Bündel Akten über das jüdische Problem in der Registratur der böhmischen Hofkanzlei wurde zum Gegenstand angelegentlichsten Interesses der Regierung. Das Studium der Schriften mochte sehr reiche Belehrung bieten; es mußte namentlich dartun, daß das, was für die Gesundung des böhmischen Kommerzes in der letzten Zeit gefordert worden war, bereits vor 30—40 Jahren vorbereitet worden und daß sich diese nichtverwirklichten Pläne nicht bloß auf die Reduktion der Prager Juden durch Entfernung des „unnützen Gesindels" bezogen, sondern auch auf die Reduktion des Prager Ghettoumfanges. Dieser Erkenntnis entsprang am 8. Jänner 1714 das Reskript Kaiser Karls VI. an die Statthalter des Königreichs Böhmen, das den entschiedenen Willen des Herrschers kundtat, die älteren Reduktionsprojekte und -anläufe dem geplanten Endziel zuzuführen. Zu diesem Zweck errichtete das Reskript eine neue zehngliedrige Judenkommission. Zu Mitgliedern wurden ernannt: der Obristlandkämmerer Graf Maximilian Norbert Kolowrat, der Appellationspräsident Graf Johann Ernst Schaffgotsch, der Appellationsrat Graf Johann Josef Millesimo, der Altstädter Hauptmann Freiherr Ferdinand Franz von Říčan, der Appellationsrat Maximilian Franz Alsterle von Astfeld, der Appellationsrat Johann Franz Turba, der Altstädter Primator Worzikowsky von Kundratitz, das Mitglied des Altstädter Rates Johann Kaspar Brand und der Beisitzer des Sechsherrenamtes Matthias Gottfried Schramm; als Vertreter der böhmischen Kammer in der Kommission wurde Johann Rudolf Olbram Freiherr Brandlinsky namhaft gemacht. Gleichzeitig mit dem Reskript wurden zum Gebrauch der Kommision alle auf die Judenreduktion bezüglichen Akten der böhmischen Hofkanzlei nach Prag geschickt. Die Kommission erhielt ein sehr umfangreiches Programm zu erledigen, sollte mindestens zweimal wöchentlich zusammentreten und Abschriften ihrer Protokolle regelmäßig der böhmischen Hofkanzlei einsenden. Die Kommission sollte vor allem alle Akten betreff der Judenfrage[3]) sammeln und eine zwar knappe, aber erschöpfende Darstellung der Geschichte der Prager Juden ausarbeiten, namentlich wie die Juden nach Prag gekommen seien und sich hier vermehrt hätten, was für Privilegien sie erlangt, was in Landtagsschlüssen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

oder sonst hinsichtlich der Juden verfügt worden, was für Projekte zu ihrer Reduktion ausgearbeitet und inwiefern sie durchgeführt worden seien. Dieser Abriß einer Geschichte der Prager Juden sollte dann von einigen Anträgen begleitet sein: 1. wie sich am zweckmäßigsten eine Absonderung der Judenstadt von den Christenhäusern durchführen ließe; 2. wie eine Reduktion der Juden durch Entfernung der unnützen Personen einzurichten wäre und welche Maßnahmen zu treffen wären, um in Zukunft die Zahl der Prager Juden nicht wieder übermäßig anwachsen zu lassen; 3. wie die jüdische Konkurrenz auf wirtschaftlichem Gebiete zu beschränken wäre.[4])

Aus dem Programm des Reskripts vom 8. Jänner 1714 ergibt sich klar die Kontinuität der vorhergehenden Reduktionspläne mit dem vorliegenden Plan. Nach wie vor dreht es sich um die Herabsetzung der Zahl der Prager Judenschaft und um deren feste Stabilisierung, und nach wie vor stehen dabei zweierlei Interessen gegeneinander: das fiskalische Interesse, welches die bisherige Kontributionsfähigkeit des Prager Ghettos erhalten wissen wollte, und das Bestreben, die jüdische Handelstätigkeit zugunsten der christlichen Bürgerschaft zu unterbinden. Die Gegenläufigkeit dieser Interessen hatte es bisher in erster Linie verursacht, daß vorläufig alle Reduktionsversuche erfolglos blieben, und das Hauptverdienst daran hatten die beiden Kammern, die unentwegt den Bedarf des königlichen Fiskus wahrnahmen.

Durch Einsetzung der neuen Reduktionskommission wurde in bedeutendem Maße die Tätigkeit der i. J. 1711 zur Ausarbeitung von Anträgen hinsichtlich der jüdischen Verwaltung und Gemeindewirtschaft[5]) eingesetzten Judenkommission lahmgelegt. Das wichtigste Elaborat dieser Kommission bildet eine Konskription des Ghettos, die zunächst zu dem Ende vorgenommen wurde, um für Reduktionszwecke die Kontributionskraft der Prager Juden festzustellen. Die erhaltenen summarischen Daten dieser Konskription, die nach eingebürgertem Brauch von den Judenältesten durchgeführt und Ende Jänner 1714 von den Kommissären den Statthaltern vorgelegt wurde, erfassen jedoch nicht bloß die Zahl der großen und kleinen Kontribuenten sowie die Gesamtzahl der ganzen Ghettobevölkerung, sondern auch die Zahl der Opfer der Pestseuche, welche i. J. 1713 eine bedeutende natürliche Reduktion der Prager Juden herbeiführte. Die Konskription zählte im Ghetto insgesamt 11.535 Personen; davon erlagen der Pest 3.703 Personen, also fast ein ganzes Drittel der jüdischen Bevölkerung, obwohl sich 2.071 Personen durch rechtzeitige Flucht aus Prag in Sicherheit gebracht hatten. Von insgesamt 1.166 angesessenen hohen Kontribuenten starben 330 Personen; unter den angesessenen kleinen Kontribuenten, die bloß drei Schock zahlten und die im ganzen 870 Personen aus-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

machten, starben 315 Personen. So sank zu Beginn des Jahres 1714 die Bevölkerung der Prager Judenstadt auf 7.832 Personen.[6])

Gegen die Errichtung einer neuen Reduktionskommission hatte merkwürdigerweise die Hofkammer nichts einzuwenden; sie erklärte im Gegenteil die Durchführung der Reduktion für ein sehr nützliches Werk.[7]) Auch die Statthalter, welche damals der Pest halber in Pilsen weilten, gaben am zweiten Tag nach Erhalt des Reskripts, am 15. Jänner, den Kommissionsmitgliedern den Inhalt der kaiserlichen Verordnung bekannt und forderten sie auf, die ihnen auferlegten Arbeiten sofort aufzunehmen. Die Konstituierung der Kommission und ihre anfängliche Tätigkeit wickelten sich nicht ohne Schwierigkeiten ab, mochte auch die Kommission, wenn auch nicht vollzählig, ihre Wirksamkeit zeitig genug beginnen. Einmal war es die Pestseuche, vor der die Behörden aus Prag geflüchtet waren, dann war es der Vertreter der böhmischen Kammer Baron Brandlinsky, der wiederholt den Wunsch äußerte, der Kommissionmitgliedschaft enthoben zu werden, wiewohl die Hofkammer sein Ansuchen wiederholt abwies;[8]) in der Tat erschien Brandlinsky lediglich in einer Kommissionssitzung, sodaß die böhmische Kammer — vermutlich mit Absicht — von der Mitwirkung an den Reduktionsarbeiten ausschied. Es war übrigens nicht zum erstenmal, daß die böhmische Kammer, die keine Änderung im jüdischen status quo wünschte, durch eine derartige Taktik die Gefahr vom Prager Ghetto abzuwenden bemüht war.

Die Anfangsarbeiten der Reduktionskommission waren vor allem darauf gerichtet, alle auf die jüdische Frage bezüglichen Akten zusammenzutragen. Für die erste Orientierung genügten die Akten der böhmischen Hofkanzlei; die Kommission war darum bestrebt, dieses Material in erster Linie durch Akten aus der Registratur des Guberniums und des Altstädter Magistrats zu ergänzen. Doch fielen diese Recherchen nicht eben günstig aus. Unter den Gubernialakten fand man für den ersten Augenblick Schriftstücke zur Judenfrage erst ab 1689 und der Altstädter Magistrat konnte lediglich einige Fragmente beisteuern. Die Kommission hoffte nunmehr, Nachrichten über die älteren Reduktionsversuche in der Registratur der böhmischen Kammer vorzufinden; sie täuschte sich jedoch in dieser Erwartung. Die böhmische Kammer erklärte im Wege der Hofkammer, daß sie die verlangten Akten in ihrer Registratur nicht besitze, und verwies auf die Registratur der böhmischen Kanzlei.[9])

Am 9. Feber 1714 setzte die Reduktionskommission auch die Prager Judenältesten von ihrer Einsetzung und von der ihr übertragenen Aufgabe in Kenntnis, indem sie ihnen gleichzeitig die Durchführung einer neuen Konskription auftrug, die sie für ihre Reduktionsarbeit als uner-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

läßliche Grundlage betrachtete. Die neue Konskription sollte unter Kerkerstrafe in der kurzen Zeitspanne einer Woche fertig sein und sollte nicht bloß alle in Prag anwesende jüdische Bevölkerung umfassen, sondern auch die etwa vor der Pestseuche geflüchtete. Im Verzeichnis sollte sorgsam zwischen einheimischen und fremden Juden unterschieden werden und bei diesen sollte neben ihrer Herkunft auch die Dauer ihres Prager Aufenthaltes angegeben werden; bei allen Juden sollte auch die Beschäftigung angemerkt werden, ferner die Ansässigkeit und die Kontributionshöhe. Die vorbereitete Konskription sollte nach Ausweis der vorgeschriebenen Rubriken von allen bisherigen die gründlichste sein.[10]) Die der Reduktionskommission mit Reskript vom 8. Jänner 1714 übertragene Aufgabe war sicherlich sehr umfangreich und mühsam. Schon das Zusammentragen der versplitterten Amtsakten zur Judenfrage erforderte keine geringe Arbeit, zeitigte aber immerhin einen bemerkenswerten Erfolg, mochte sie auch nicht zu einem vollen Erfolge führen. Die Grundlage boten wie gesagt die Akten der böhmischen Hofkanzlei in Wien. Die Kommission ließ ferner nach Ergänzungen in den Prager Registraturen forschen, unter denen ihr namentlich die Registratur der Statthalterkanzlei umfangreicheres Material darleihen konnte, das natürlich zu einem bedeutenden Teil mit dem aus Wien zugeschickten Material korrespondierte; eine sorgfältigere Durchsicht der Gubernialregistratur hat dann, wie aus den Beilagen des Memorandums der Reduktionskommission hervorgeht, das Material der Kommission auch durch Akten aus der Zeit vor dem Jahre 1689 nicht unerheblich vermehrt. Einige Nachrichten wurden auch aus der Registratur des Altstädter Magistrats gewonnen, und in der erzbischöflichen Registratur wurden ebenfalls die nötigen Akten hervorgesucht.[11]) Doch damit gab sich die Kommission noch nicht zufrieden; sie stellte auch die wichtigsten chronikalischen Nachrichten über den Aufenthalt der Juden zu Prag von der ältesten Zeit bis zum XVI. Jahrhundert zusammen — von dieser Zeit an konnte sie sich auf amtliche Schriften stützen —; besondere Aufmerksamkeit schenkte sie den jüdischen Privilegien. Die böhmische Kammer hatte es wie gesagt abgelehnt, der Reduktionskommission ihr wertvolles und umfangreiches Material zur Verfügung zu stellen; mochte sich dieses auch immerhin mehr auf die wirtschaftlichen und kontributionellen Verhältnisse der Juden und natürlich auch auf ihre Selbstverwaltung beziehen, so fehlte es darin auch nicht an Akten, die auf die Reduktionspläne bezugnahmen. Trotzdem gelang es der heuristischen Tätigkeit der Kommission dennoch, einige hundert sehr wichtige amtliche Akten zusammenzubringen, auf denen namentlich die historischen Partien ihres Memorandums aufgebaut wurden. Diese historischen Partien des Memorandums kann man gewiß ohne Übertreibung

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

als ersten Versuch einer auf aktenmäßiger Grundlage ausgearbeiteten Geschichte des Prager Ghettos bezeichnen, der seiner Unzulänglichkeit und Unvollständigkeit zum Trotz und unbeschadet seiner durch die Fragestellung des Reskripts vom 8. Jänner 1714 bedingten Einseitigkeit auch heute noch nicht an Wert eingebüßt hat und erst durch die vorliegende Arbeit wenigstens teilweise ersetzt wird. Ebenso gebührt auch dem heuristischen Bemühen der Kommission großes Verdienst um die Geschichte der Prager Judenschaft.[12])

Vom großen Umfange der Arbeiten der Reduktionskommission zeugt auch der Umstand, daß ihr eine besondere Kanzlei zu Gebote stand, die vom Aktuar Wenzel Rudolf Wieschin von Klarenburg geleitet wurde. In dieser Kanzlei wurde das gesamte nach und nach zusammengetragene Material konzentriert, auch hier teilweise abgeschrieben, wie diese Kanzlei überhaupt alle mit der Kommissionstätigkeit zusammenhängenden Manipulationsarbeiten besorgte. Die Kommission wandte natürlich ihre Aufmerksamkeit auch den i. J. 1690 angefertigten Plänen der Judenstadt zu; der erste davon, der den Ghettoumfang vor dem Brande festhielt, diente jetzt der Reduktionskommission zur Einzeichnung ihres Reduktionsplanes der Judenstadt; die Lösung dieser Aufgabe war den Baumeistern Jakob Conavalle und Paul Bayer[13]) zugewiesen. Wie im einzelnen die Arbeiten der Kommission vor sich gingen, läßt sich heute natürlich nicht feststellen, da sich ihre Protokolle, die laut Verordnung des Reskripts vom 14. Jänner regelmäßig an die böhmische Hofkanzlei eingesandt werden sollten, nicht erhalten haben. Doch zeugt von der tüchtigen Arbeit der Kommission ihr Endelaborat, das binnen Jahresfrist, in der zweiten Märzhälfte des Jahres 1715, den Statthaltern vorgelegt wurde. Das Original dieses von sechs Mitgliedern der Reduktionskommission und ihrem Aktuar unterzeichneten Elaborats zählt 232 Seiten gefälliger Handschrift und enthält neben 140 Beilagen alle bisherigen Pläne des Prager Ghettos samt dem neuen Plan der Reduktionskommission beigeschlossen. Die Disposition des Memorandums deckt sich völlig mit der Disposition des Reskripts vom 14. Jänner 1714.[14])

In seinem ersten Teile schildert das Memorandum auf 74 Seiten die Versuche um Reduktion der Prager Juden vom Jahre 1679 bis zum Jahre 1709. Die chronologisch angelegte Skizze stützt sich auf die 83 beigeschlossenen Beilagen, die auch für unsere Schilderung in den vorhergehenden Kapiteln die Unterlage bildeten; an mancher Stelle mußte dieser Kommissionsauszug heutzutage verlorene Akten ersetzen.

In dem in vier Abschnitte zerlegten zweiten Teile wird zunächst eine Art Übersicht der Geschichte der Prager Juden geboten, die sich für die ältere Zeit auf den „bedeutendsten und glaubwürdigen" Chro-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nisten des XVI. Jahrhunderts Wenzel Hajek von Libotschan beruft; Hajek ist in Wirklichkeit völlig unzuverlässig und fabelt auch in der Judengeschichte. Seit Anfang des XVI. Jahrhunderts lehnt sie sich an den Chronisten Beckovsky an und von der ersten Hälfte des XVII. Jahrhunderts bezieht sie sich auf amtliche Akten.[15]) Das aus diesen Quellen gewonnene historische Material erscheint natürlich nicht verarbeitet, geschweige denn kritisch gewürdigt, sondern mechanisch in chronologischer Folge reproduziert. Dieser historische Abriß hebt mit dem Jahre 995 an — dem Jahre, da nach Hajeks selbstverständlich ganz unrichtiger Erzählung den Juden gestattet wurde, am Kleinseitner Moldauufer eine Synagoge zu bauen zur Belohnung für die den Christen gegen die Heiden geleistete Hilfe —; das gehört logischerweise vor den ersten Teil; soweit sich der Abriß auf Hajek stützt, ist er natürlich völlig wertlos, und soweit er Beckovsky folgt, ist er unvollständig.

Im zweiten Abschnitt werden auszugsweise die wichtigsten Punkte aus den fünf von Maximilian II., Rudolf II., Matthias und Ferdinand II. verliehenen Judenprivilegien angeführt, die der Kommission in authentischen Abschriften von den Prager Judenältesten zur Verfügung gestellt worden waren.[16]) Bezüglich dieser Privilegien machte die Kommission aufmerksam, daß sie von den spätern Herrschern nicht ausdrücklich bestätigt worden seien, da in den Judenprivilegienkonfirmationen Leopolds I. und Josefs I. bloß das Privilegium Ferdinands II. vom 12. August 1627, die Bestätigung desselben Privilegs vom 30. Juni 1628 und das Privilegium Ferdinands III. vom 8. April 1648 inseriert war.[17]) Neben dem Inhalt dieser Privilegien wurden noch besonders einerseits die Bedingungen des Privilegs Maximilians II. v. J. 1567 in Erinnerung gebracht, kraft dessen den mit Landtagsschluß v. J. 1541 und dessen Bestätigung durch Ferdinand I. v. J. 1557 ausgewiesenen Juden wiederum die Toleranz erteilt wurde, anderseits die Bestimmung des Privilegiums Ferdinands III., daß die Juden nicht ohne kaiserliche Zustimmung vertrieben werden dürfen. Aus alldem deduzierte die Kommission, daß die Juden aufgrund des nichtaufgehobenen Landtagsschlusses v. J. 1541 jederzeit mit kaiserlicher Einwilligung vertrieben werden könnten,[18]) und zur Bewährung ihrer Auslegung zitierte sie die Klausel des Privilegs Kaiser Leopolds I. vom 13. Dezember 1703,[19]) die auch in der Konfirmation Kaiser Josefs I. vom 29. März 1708 wiederkehrte. Wie ersichtlich, schilderte die Reduktionskommission die Stellung der Prager Juden so, daß ihre Toleranz lediglich von der Gnade des Herrschers abhänge und ihnen jederzeit ohne Rechtsverletzung entzogen werden könne, d. h. sie bestritt jegliches Recht der Prager Juden auf Toleranz. Diese Erklärung besagte gleichzeitig, daß der Herrscher nach freiem Ermessen seine Gnade jeden Augenblick wider-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

rufen könne, ohne daß die Juden im geringsten ein Recht auf Toleranz für sich beanspruchen könnten; es wurde ihnen einfach abgesprochen. Es war dies jedenfalls eine inhaltsschwere Behauptung, doch durch das Privilegium Leopolds I. vom Jahre 1703 war ihr der Weg gewiesen.

Im dritten Abschnitt dieses historischen Teils des Memorandums waren die wichtigeren Landtagsschlüsse bezüglich der Juden angeführt. An erster Stelle wird neuerdings der Landtagsschluß v. J. 1541 von der Judenvertreibung und das Mandat Ferdinands I. v. J. 1557 angezogen. Die Hauptaufmerksamkeit dieses Abschnittes wendet sich jedoch gegen die jüdische Kontribution. Seit dem Jahre 1567, d. i. seit Verleihung des erwähnten Privilegs Kaiser Maximilian II., bis zum Jahre 1620 wurde den Juden durch die Landtage entweder eine Kopfsteuer oder eine Haussteuer auferlegt. Als sich die Juden i. J. 1627 verpflichteten, jährlich in die böhmische Kammer einen festen Beitrag von 40.000 fl. zu entrichten, wurden sie durch Ferdinand II. von der Verpflichtung entbunden, irgendwelche andere Steuer zu zahlen. Ab 1640 trat an die Stelle dieses Beitrags die Kontribution; in den ersten Jahren zahlten die Juden den siebzehnten Teil der Landeskontribution, aber nicht lange nach Beendigung des 30jährigen Krieges wurde ihre Kontributionsquote auf den 45. Teil der Landeskontribution herabgesetzt. Im Jahre 1674 wurde diese Quote um 12.000 fl. jährlich erhöht — es geschah dies im Gefolge des Zuzugs einer bedeutenderen Anzahl jener Juden nach Böhmen und Prag, die im Jahre 1670 aus Wien vertrieben worden waren,[20]) — und i. J. 1678 beschloß der böhmische Landtag, trotz Einschreitens der Hofkammer zugunsten der Juden, dieser Kontributionszuschlag solle von den Juden auch weiterhin entrichtet werden. Die Kommission gedachte auch des Versuches der Judenkatechese v. J. 1630 und vergaß natürlich auch nicht des judenfeindlichen Landtagsschlusses v. J. 1650. Wenig organisch ist diesem Abschnitt der Hinweis auf das Reskript vom 20. September 1684 angehängt, demzufolge die Selbstverwaltung des Prager Ghettos in dem Sinne geregelt wurde, daß das Amt des Judenrichters mit dem Judenältestengericht vereinigt und ein 27gliedriger Senat errichtet wurde, der bei Beteiligung von mindestens 9 Mitgliedern viermal in der Woche tagen sollte. Dasselbe gilt von dem Hinweis auf das Dekret der Statthalter vom 27. Oktober 1699, das den Juden an Vormittagen der Sonn- und christlichen Feiertage feilzuhalten verbot.

Der zweite, historische Teil des Memorandums, der 60 Seiten umfaßt, erscheint in dem knappen vierten, dem Schlußabschnitte, der einen Auszug aus dem ersten Teil des Memorandums darstellt, mit einer summarischen Übersicht der bisherigen Reduktionsprojekte abgeschlossen, unter denen namentlich dem Reduktionsprogramm v. J. 1680 einge-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

hendere Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Die Kommission sah sich freilich gezwungen einzugestehen, daß die Arbeiten sämtlicher Reduktionskommissionen bisher erfolglos verlaufen seien.[21])

Damit hatte die Reduktionskommission das umfassend zusammengetragene historische Material erschöpft und den Boden für die Formulierung ihrer eigenen Anträge bereitet. An erster Stelle stand darunter die Frage der Abschließung und Absonderung der Judenstadt von den christlichen Häusern; damit war die nicht minder dringende Frage der Reduktion des Ghettoumfangs verknüpft. Es war dies wohl nicht der erste Versuch um eine Lösung dieser beiden Fragen, die nach Vernichtung des Ghettos durch den Brand v. J. 1689 bis dato wiederholt aufgetaucht waren. Die Kommission konnte bei der Erörterung ihres eigenen Planes namentlich zwei ältere genau ausgearbeitete Pläne auf Reduktion und Separation der Judenstadt berücksichtigen. Beider dieser Pläne wurde in vorliegender Arbeit an entsprechender Stelle schon früher gedacht. Es war dies vor allem der radikale Plan der Judenkommission v. J. 1690, der auf dem Klauserschen Plane seinen graphischen Ausdruck gefunden hat und der die Bauarea des Ghettos nicht bloß dadurch wesentlich verkleinerte, daß er im Streben nach Zurückdrängen des Ghettos in den vorweißenbergischen Umfang ganze ausgedehnte Blocks davon losriß, sondern auch durch die Vorschrift breiter Gassen und eines breiten freien Umfangraumes. Merklich stach von diesem Plane der nüchternere Antrag der Judenkommision v. J. 1700 ab, dem als Ideal nicht mehr die Wiederherstellung des vorweißenbergischen Zustandes vorschwebte, viel weniger noch eine Besserung der Bauverhältnisse innerhalb des Ghettos, sondern bloß eine solche Reduktionsregelung, welche praktisch eine Abschließung und Absonderung der Judenstadt den Christenhäusern gegenüber möglich machen würde; das hieß vom Ghetto bloß jene Ausläufer ablösen, welche allzuweit zwischen die Altstädter Häuser vorstießen und eine Absonderung von ihnen verunmöglichten. Die Kommission v. J. 1714 begnügte sich jedoch nicht mit dem bloßen Studium dieser beiden Pläne und der übrigen auf die Frage der Ghettoreduktion und -separation bezüglichen Schriften, namentlich der kaiserlichen Entschließung vom 18. Juni 1703; sie neigte im allgemeinen der Anschauung der Kommission v. J. 1700 zu und betraute mit der Ausarbeitung eines neuen ausführlichen Vorschlags den Baumeister Jakob Conavalle, dem auf seinen Wunsch der Oberbaumeister Paul Bayer zur Hilfe zugeteilt wurde. Die Ergebnisse ihres Elaborats machte dann die Reduktionskommission zu ihrem eigenen Antrag, und dieser wurde im dritten Teil des Memorandums ausführlich dargelegt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Die Kommission stellte ausdrücklich fest, daß sich das Programm des Klauserschen Planes nicht in vollem Umfange verwirklichen lasse; sie verfehlte nicht anzumerken, daß die Schuld daran die Hofkammer treffe, auf deren Einschreiten den Juden der Wiederaufbau des Ghettos mit Benützung der alten Grundmauern gestattet worden war. Darum war ihr Antrag weniger radikal und stimmte im Wesen mit dem Antrag v. J. 1700 überein; er schied aus dem Ghetto drei Baublocks aus: 1. das jüdische Viertel um die alte Synagoge — aus der alten Synagoge und dem Haus des Antschl Güntzburg (vormals als das Wirthische Haus nach seinem ehemaligen christlichen Besitzer bezeichnet) beantragte die Kommission entweder eine Kaserne oder ein Magazin für Moldautransportgut einzurichten; 2. die Judenhäuser zwischen der Kirche zum hl. Geist und dem Paulanerkloster und schließlich 3. den Block am Eck der Heiligenkreuzgasse und der Judengasse dem Wirthischen Hause gegenüber. Außerdem schied die Kommission das an der Moldau gelegene Haus des jüdischen Pferdehändlers Krabath aus der Judenstadt aus. Diese Bauobjekte sollten aus Judenhand gegen Entgelt zwangsweise enteignet werden. Zum Ersatz sollten den Juden einige Christenhäuser hingelassen werden, die einer Einschließung der Judenstadt im Wege standen. Es war dies vor allem das Fitznerische Haus am Eck der Zigeuner- und Judengasse, sowie das gegenüberliegende kleine Christenhaus; daneben wurde beantragt, den Juden einige in der Nähe des Moldauufers gelegene Christenhäuser abzutreten.[22]) Die Abtretung dieser Häuser an die Judenstadt mit Ausnahme des Fitznerischen Hauses war übrigens schon im Reduktionsplan v. J. 1690 vorgeschlagen. Bezüglich der alten Synagoge führte die Kommission an, daß ihre Benützung den Juden i. J. 1703 nur bedingungsweise — in terminis permissivis, conditionatis et suspensivis — bewilligt worden sei, sodaß sie ihnen aus Gründen des öffentlichen Interesses entzogen werden könne: die Kommission betonte auch, daß die Juden auch weiterhin verpflichtet sein würden, von ihren Häusern die hergebrachten Gelder an die Kirche und an das Sechsherrenamt zu entrichten.

Diesem Reduktionsantrag war ein Motivenbericht beigegeben, in welchem hervorgehoben wurde, daß die beantragte Verkleinerung und Absonderung der Judenstadt zum allgemeinen Besten ohne Rücksicht auf die wahrscheinlichen Proteste der Juden sowie ohne Rücksicht auf sonstige Privatinteressen durchgeführt werden müsse — dabei hatte die Kommission vermutlich die Interessen der Gläubiger im Sinn. Sie wies auch darauf hin, daß ihr Reduktionsantrag nicht so weit gehe wie die früheren Anträge, namentlich jener v. J. 1690, und suchte darzutun, daß durch die neue Ghettoregelung die Juden nicht geschädigt werden würden, da sie für die enteigneten Häuser ein entsprechendes, ja bes-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

seres Äquivalent bekämen. Sie beantragte noch, die Enteignung der Judenhäuser sofort durchzuführen und die Juden daraus zu delogieren ohne Rücksicht darauf, ob sie schon verkauft wären oder nicht. Die Räume in den nichtverkauften Häusern sollte der Altstädter Magistrat bezw. das Sechsherrenamt an Christen vermieten und den Zins entweder den jüdischen Eigentümern oder den Hypothekargläubigern abführen. Die Kommissäre waren sich wohl bewußt, daß die Altstädter Gemeinde keine Geldmittel besitze, um die enteigneten Judenhäuser selbst anzukaufen, und beantragte deshalb ihren lizitatorischen Verkauf.

Wie ersichtlich, wollte die Reduktionskommission den Juden keine Zeit lassen, um durch ihre Proteste die Enteignung der Häuser auf die lange Bank zu schieben, eventuell zu vereiteln. Ihre Behauptung, die beantragte Reduktion werde die Juden nicht schädigen, war freilich nicht richtig. Die Baufläche der gebotenen Christenhäuser war bedeutend kleiner als die der entzogenen Blocks, sodaß dadurch die Ausdehnung der Judenstadt nicht wenig verringert wurde. Die Juden wurden aus Positionen verdrängt, welche sie sich fast ein Jahrhundert lang als ihren Besitz zu betrachten gewöhnt hatten, was für sie umso schmerzlicher war, als sie auch die Alte Synagoge mit verlieren sollten, welche keineswegs zu den nachweißenbergischen Erwerbungen des Ghettos gehörte und sich ihrer besonderen Verehrung erfreute. Freilich im Hinblick auf den radikalen Plan der Judenkommission v. J. 1690 war der jetzige Angriff gegen das Ghetto immerhin nicht so heftig und weitreichend.

Noch im höherem Grade machte sich die Reduktionskommission v. J. 1714 die Anträge der Kommission v. J. 1700 in der Frage der Absperrung des Ghettos zu eigen. Alle Fenster und Türen jüdischer Häuser am Rande der Judenstadt, die gegen Christenhäuser gerichtet waren, sollten nach dem Antrag des Memorandums vermauert werden und den Juden sollte höchstens gestattet sein, zwecks Lichteinlaß mit Gittern versehene Fenster in höherer Lage durchzubrechen. Die Judenstadt sollte an acht Stellen abgesperrt werden, und zwar einerseits mit zweiflügeligen Toren in den Hauptgassen, wo Fuhrwerke passieren sollten, anderseits mit Pforten für den Verkehr zu Fuß; natürlich sollten auch die Tore mit kleineren Türln für Fußgänger versehen sein. Zu jedem Tor sollten vier Schlüssel angeschafft werden, die beim Altstädter Hauptmann, beim Altstädter Magistrat, beim Altstädter Richter und bei den Judenältesten verwahrt sein sollten; die Judenältesten sollten auch dafür verantwortlich sein, daß die Zugänge zur Judenstadt im Winter um die 6.—7. Morgenstunde, im Sommer um die 4.—5. Stunde geöffnet und im Winter um die 6.—7. Abendstunde, im Sommer aber um 10 Uhr geschlossen würden. Ebenso wie in der Nacht sollte das

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Ghetto auch am Sonntag und an Feiertagen bis zur 11. Stunde vormittags geschlossen bleiben. Solange die Judenstadt geschlossen wäre, dürfte unter strenger Strafe niemand dieselbe verlassen und niemand hineingelassen werden, sei es Christ oder Jude.

Weit gefährlicher für das Prager Ghetto waren jedoch jene Anträge der Reduktionskommission, die sich auf die Herabsetzung der jüdischen Bevölkerungszahl und auf Beschränkung des jüdischen Handelsbetriebs bezogen. Ihrem Antrag auf Reduktion der Prager Judenzahl hatte die Kommission im vierten Teile ihres Memorandums den Hinweis auf jene Reduktion vorausgeschickt, die angeblich der böhmische Herzog Wratislaw i. J. 1076 durchgeführt hat, indem er angeblich die Zahl der tolerierten Juden in Böhmen auf tausend Personen festsetzte, und den Hinweis auf den judenfeindlichen Landtagsschluß v. J. 1541. Nach ihrer Überzeugung waren auch in die auf Befehl Ferdinands I. angelegten Register der Geleitsjuden nicht mehr als tausend Personen eingetragen; diese Register fehlten jedoch unter dem historischen Material der Kommission.[23]) Diese Quote der tolerierten Juden schwebte auch der Reduktionskommission als Ideal vor, dem sie sich wenigstens zu nähern trachtete. Sie schilderte daher die Gefahr eines Anwachsens der jüdischen Bevölkerung in Prag in den schwärzesten Farben. Sie machte natürlich auch auf den Umfang der i. J. 1680 projektierten Judenreduktion aufmerksam, die nach den Berechnungen des Memorandums die Zahl der Prager Juden um 4.000 Personen, also auf 3.100 Personen, hätte herabsetzen sollen (so waren die i. J. 1680 zur Ausweisung bestimmten 1337 Familien umgerechnet). Namentlich aber betonte die Kommission den beunruhigenden Aufstieg der jüdischen Bevölkerung um die Wende des XVII. und XVIII. Jahrhunderts: i. J. 1703 betrug sie mehr als ein Drittel (11.517 Personen) der Prager Gesamtbevölkerung, deren christlicher Anteil keine 30.000 Personen erreichte. Die Kommission rechnete damit, daß die Juden in Prag binnen der nächsten 20 Jahre mindestens um 5.000 Personen anwachsen würden, denn der Zuwachs in den Jahren 1680—1702 hatte 4.404 Personen betragen, und so würden sie dann mehr als die Hälfte der gesamten Prager Bevölkerung ausmachen; eine natürliche Reduktion durch die Pest wurde überhaupt nicht in Rechnung gestellt, wiewohl gerade in jener Zeit um ihrer regelmäßig furchtbaren Folgen willen mit ihr gerechterweise zu rechnen gewesen wäre. Diese Perspektive wurde von der Kommission noch weiter in die Zukunft verlängert, bis in Prag die Juden angeblich die Christen überwiegen würden.[24]) Die Berechnung hatte natürlich bloß theoretisches Interesse und entsprach keineswegs der Wirklichkeit. Die Kommission selbst war sich an anderm Orte gut dessen bewußt, daß das Prager Ghetto ob der Unmöglichkeit einer

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

neuen territorialen Expansion keine höhere Bevölkerungsziffer ertrage, als die bisherige im Durchschnitt betrug, die sich zwischen 10.000—12.000 Personen bewegte und sogar für ein so anspruchsloses Völkchen wie es die Bevölkerung der Prager Judenstadt war, ein unüberschreitbares Maximum darstellte. Gerechter als eine unmögliche Zukunftsperspektive zu zeichnen wäre es vielmehr gewesen, die Gefahr zu betonen, die solche Verhältnisse in hygienischer Hinsicht bedeuteten.

Auf diese Tatsachen und auf diese Zunkunftsperspektive stützte vor allem die Kommission ihren Antrag, daß es unbedingt nötig sei, die Zahl der Prager Juden radikal herabzusetzen und die Überschreitung einer streng festgesetzten Judenquote in der Zukunft zu verhindern. Sie hielt jedoch keineswegs mit ihrer Ansicht hinter dem Berge, daß es den Christen den größten Vorteil brächte, wenn die Juden überhaupt entfernt würden; die Christen könnten ja die „ohnedies nicht allzugroße" jüdische Kontribution übernehmen. Die Notwendigkeit, eine radikale Reduktion vorzunehmen, suchte die Kommission auch mit dem Hinweis zu begründen, daß das Prager Ghetto nicht nur einer so hohen Judenbevölkerung, wie sie z. B. im Jahre 1703 befunden wurde, nicht genügen könne, sondern nicht einmal einer solchen Anzahl, wie sie jüngst nach der Pestseuche verblieben war (an 8.000 Personen). Um die Wohnverhältnisse in der Judenstadt zu beleuchten, führte die Kommission an, daß infolge des übermäßigen Wachstums der jüdischen Bevölkerung in der Regel in einem Haus 100 und mehr Personen wohnen, sodaß selbst die Dachböden bewohnt werden müssen; hingegen finden nur in wenig Christenhäusern über 20—30 Personen Unterkunft. Es war dies freilich zu einem gewissen Teil auch die Wirkung davon, daß auch i. J. 1714 das Ghetto noch nicht vollständig erneuert war (bis dahin waren von den vor dem Brande bestandenen 318 Häusern der Prager Judenstadt 310 wiederaufgebaut). So kam es denn gerade nach dem großen Brande v. J. 1689 zu einer außerordentlichen Vermehrung der sog. Partikularhäuser, sodaß eine große Anzahl jüdischer Häuser vier, fünf, ja noch mehr Eigentümern zugehörte.[25])

Das Muster für den Reduktionsantrag der Judenkommission v. J. 1714 bot vor allem die Entschließung der böhmischen Hofkanzlei vom 25. Mai 1680, welcher auch der Reduktionsantrag der böhmischen Kammer v. J. 1689 ziemlich nahekam; die Grundlage für diese beiden Reduktionspläne bildete die Zahl der jüdischen Häuser.[26]) Der Antrag der jetzigen Reduktionskommission war bloß der Häuserzahl angepaßt, die das Ghetto i. J. 1714 aufwies. In seinem Sinne sollte die jüdische Bevölkerung in Prag derart herabgesetzt werden, daß auf ein Judenhaus nicht mehr als zwei Familien kämen — als Familie galten auch Witwer bezw. Witwen —, sodaß in den 310 Häusern des Ghettos künftighin

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

lediglich 620 genau stabilisierte Familien wohnen sollten. Die Kommission verwarf ausdrücklich jene älteren Reduktionsanträge, denen die Einteilung der jüdischen Population nach ihrer Kontribution zu Grunde lag, sie war aber freilich damit einverstanden, die stabilisierten Familien den reichsten Schichten zu entnehmen, die am fähigsten sind, die öffentlichen Lasten zu tragen. Die Auswahl solcher Personen sollten die Judenältesten, in strittigen Fällen aber die Reduktionskommission treffen. Dieser Reduktionsantrag war sicherlich sehr radikal. Die Kommission stellte sich vermutlich vor,[27]) daß nach Durchführung der Reduktion im Prager Ghetto nur etwa 1.800—2.000 über 10 Jahre alte Personen verbleiben sollten, mit den Kindern zusammen beiläufig 3.000 Personen. Die übrige jüdische Bevölkerung, einerlei ob einheimisch oder fremd, sollte bedingungslos vertrieben werden; die Kommission machte besonders darauf aufmerksam, daß künftighin auch kein jüdischer Präzeptor und Student und auch keine Dienstboten in der Judenstadt wohnen dürfen. Die Kommission wollte überhaupt das Ghetto der bisherigen bedeutenden Zahl jüdischer Dienerschaft entblößen und bestimmte, daß alle leichte Hausarbeit und Bedienung von den Kindern der in Prag tolerierten Juden zu besorgen sei und daß nur in Ausnahmsfällen eine besondere Kommission, bestehend aus dem Altstädter Hauptmann und zwei Mitgliedern des Altstädter Magistrates, eine zeitweilige Zulassung fremder Dienerschaft gestatten könnte; dieser Ausnahmsfall wäre dann gegeben, wenn eine Judenfamilie weder eigene halbwüchsige Kinder hätte noch eine andere angesessene Prager Judenfamilie ihr zu Arbeitsdiensten ihre Kinder zur Verfügung stellen könnte.

Diesen so radikalen grundsätzlichen Antrag ergänzte die Kommission durch weitere Anträge, welche für die Zukunft ein neuerliches Ansteigen der jüdischen Bevölkerung unmöglich machen sollten. Der Kommission schwebten die zu Ferdinands I. Zeit angelegten Geleitsjudenregister vor; sie beantragte daher zunächst, für jene 620 stabilisierten Judenfamilien analoge Register anzulegen, in welche von den Judenältesten jede Familie samt allen ihren Angehörigen einzutragen wäre. Neben diesen Registern sollte noch ein besonderes sog. Paletenbuch (Paßbuch) angelegt werden, in welches ähnlich wie in den Reisepässen eine genaue Personenbeschreibung jedes Prager Juden einzuschreiben wäre. Dieses Paletenbuch sollte in der Altstädter Magistratskanzlei geführt und verwahrt werden; der mit dessen Führung betraute Kanzelist sollte auf Kosten der Juden eine jährliche Entlohnung von 200 fl. erhalten. Für die Erfolgung einer Palete, d. h. für eine auf einem besonderen Blankett erteilte Abschrift des im Paletenbuche enthaltenen Eintrags, die jedem tolerierten Juden zu Legitimierungs-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zwecken ausgegeben werden sollte, beantragte die Kommission die Einhebung einer Taxe von sechs Kreuzern; für die Ausfertigung einer verlorenen Palete — bei ihrer Ausfertigung sollte die Personsidentität durch zwei Judenälteste bezeugt werden — wurde eine Taxe von einem Schock Meißner Groschen vorgeschrieben. Der Ertrag der Taxen sollte einerseits zur Beschaffung der nötigen amtlichen Drucksachen, anderseits als Remuneration für die Kommissäre in Judensachen und für den Kanzelisten dienen. Jeder Jude sollte einen festen Namen und Zunamen haben. Zweimal im Jahre wären durch eine besondere dreigliedrige Kommission, bestehend aus dem Altstädter Hauptmann und zwei Mitgliedern des Altstädter Rates, in Begleitung des mit der Führung des jüdischen Paletenbuches betrauten Kanzelisten alle Judenhäuser persönlich zu visitieren, ob sich im Ghetto nicht fremde Juden ohne Bewilligung aufhalten. Solcher Aufenthalt fremder Juden in Prag sollte angetragenermaßen mit der strengen Strafe der Auspeitschung und der Vermögenskonfiskation ohne das Recht einer Berufung geahndet werden; gleiche Strafe sollte auch die Hehler treffen. Zur Durchführung der Reduktion sollte eine zweimonatige Frist gestellt werden, damit die verwiesenen Juden in der Zwischenzeit ihre Schulden eintreiben und den Verkauf ihrer Häuser besorgen könnten; nach Ablauf dieser Frist würde eine strenge Visitierung der Judenstadt stattfinden, gegebenenfalls unter Assistenz von Militär und Bürgern. Die aus Prag vertriebenen Juden dürften sich nicht in der Provinz niederlassen, sondern müßten binnen einer genau anberaumten Zeit das Land verlassen. Die Eigentumsverhältnisse im Ghetto wären in der Weise zu vereinfachen, daß die „Partikularhäuser" überhaupt aufgehoben würden und jedes Haus nur einen Hausherrn hätte, der eine zweite bewilligte Familie in Miete nähme.

Mit der Stabilisierung der jüdischen Bevölkerung auf 620 Familien hing schlechterdings der Antrag der Reduktionskommission auf Beschränkung der Judenehen zusammen. Die Evidenzhaltung der stabilisierten Juden erstreckte die Kommission auch auf die Kinder. Jedes neugeborene jüdische Kind sollte unverzüglich vom Vater in Anwesenheit des Judenquartiermeisters auf dem Altstädter Rathaus angemeldet und mit einer besonderen Legitimation (Palete) versehen werden. Bei Erlangung der Volljährigkeit sollten alle jüdischen Jünglinge die Pflicht haben, in der Altstädter Kanzlei zu erscheinen, wo ihnen ihre bisherige Jugendlichenlegitimation gegen eine ordentliche Legitimation für erwachsene Judenpersonen ausgetauscht werden sollte. Der numerus clausus der Judenehen war nach der Anschauung der Kommission durch die Zahl der stabilisierten Familien gegeben. Erst dann, wenn eine dieser Familien ausstürbe, könnte einem neuen ledigen Paare gestattet

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

werden, eine legitime Ehe einzugehen.[28]) Eine Kontrolle dieses Standes sollte durch die Vorschrift gesichert werden, daß jeder Todesfall im Ghetto durch den Judenquartiermeister in der Altstädter Kanzlei angemeldet und durch Zurücklegung der Legitimation des Verstorbenen erhärtet werden müsse. Der Todesfall sollte im Paletenbuche angemerkt und die erledigte Nummer — jeder Jude sollte seine eigene Nummer haben — einem der neugeborenen Kinder zugeteilt werden, was auch in dem Falle geschehen sollte, wenn irgendeine Judenfamilie aus Prag verzöge. Dadurch gewann das Paletenbuch auch den Charakter einer Matrik.

Diese vielfach sehr strengen Vorschriften waren noch durch Bestimmungen über fremde Juden ergänzt, deren Evidenz keineswegs milder sein sollte, eher noch strenger. Selbstverständlich gestattete die Kommission den Zuzug fremder Juden ins Prager Ghetto nur auf eine sehr kurze Frist (per modum transitus), um ihnen so ihre Ansässigmachung in Prag zu verunmöglichen. Die Kommission beantragte, es solle in der Regel fremden Juden nur drei Tage lang gestattet sein in Prag zu verweilen, doch auch für diesen kurzen Aufenthalt sollte der Altstädter Hauptmann eine schriftliche Bewilligung ausstellen, und er sollte auch befugt sein, in besonders dringenden Fällen diese Frist ein wenig zu verlängern. Für Fremde, die sich in Prag über drei Tage lang aufhielten, sollte ein besonderes Verzeichnis angelegt werden, in welches auch die ausnahmsweise bewilligte fremde Dienerschaft einzutragen käme; einer jeden solchen Person sollte ein besonderer Paß erfolgt werden. Die Juden sollten nach bisheriger Gepflogenheit nur durch zwei Tore nach Prag Zutritt haben. Die Kommission empfahl auch eine Meldungspflicht für jene Prager Juden, die auf längere Zeit von Prag verreisen wollten. Damit war der Antrag verbunden, daß jeder Jude, der Prag unangemeldet verließe und drei Monate lang außenbliebe, als ausgewiesen betrachtet werde; sein Indult (Legitimation) sollte kassiert werden. Abmeldungen sollten beim Altstädter Hauptmann erstattet werden und nach dessen Genehmigung sollte die Altstädter Kanzlei dem abgehenden Juden eine spezielle Legitimation verabfolgen, die er nach seiner Rückkehr zurücklegen sollte. Eine wichtige Mitwirkung bei dieser Evidenz- und Einhaltung der bewilligten Fristen sollte dem Judenquartiermeister zufallen, dessen im Grunde privatrechtliche Stellung vorwiegend charitativen Charakters auf diese Weise öffentlichrechtlichen Charakter gewinnen sollte.

Schließlich beantragte die Kommission eine Verfügung damit die täglichen Prager Besuche der Liebener sowie anderer an andern Orten der Prager Umgebung wohnhaften Juden nicht durch fremde Juden mißbraucht würden. Auch alle diese Juden sollten mit besonderen vom

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Altstädter Hauptmann ausgegebenen Legitimationen versehen sein, und ihre Namen sollten bei ihrem jedesmaligen Eintritt nach Prag durch die Stadttorschreiber verzeichnet werden. Sollte irgendeiner dieser Juden auf die Nacht Prag nicht verlassen, so sollte dies gleich am kommenden Morgen der Altstädter Judenkommission angezeigt werden. Die Kommissäre unterließen natürlich auch nicht zwecks Verhinderung des Zuzugs fremder Juden, die sich der amtlichen Evidenz entziehen wollten, nach der damaligen Gepflogenheit den Denunzianten eine Belohnung von 20 Talern für jede Anzeige zu versprechen, unter der Garantie, den Namen des Angebers geheimzuhalten. Alle mit dieser jedenfalls großzügigen Evidenz verbundenen Amtsakten sollten ordentlich geführt und die Judenregister alljährlich erneuert werden.[29])

Am Schlusse dieses zweiten Antrags berührte die Kommission auch die jüdische Kontribution. Sie wiederholte vor allem die schon früher wiederholt angeführte Anschauung, daß man durch Abschaffung des jüdischen Proletariats aus dem Ghetto die Kontributionsfähigkeit der verbliebenen Juden steigern und eine pünktlichere Kontributionsabstattung erzielen werde; — diese Anschauung gründete sich auf die Tatsache, daß die wohlhabenderen Prager Judenfamilien jahraus jahrein für charitative Zwecke mit einigen hundert Gulden beitrugen. Sie wollte auch in der Einhebung der jüdischen Kontribution eine Uniformität in dem Sinne einführen, daß sie beantragte, jede Prager Judenfamilie sollte jährlich 100 fl. zahlen, was bei einer Anzahl von 620 stabilisierten Judenfamilien 62.000 fl. abgeworfen hätte; das restliche Drittel der jüdischen Kontribution sollten die Landjuden tragen. Diese auf eine einzelne Familie entfallende Kontributionsquote hielt die Kommission nicht für übertrieben; sie wies darauf hin, daß viele Juden bis dato jahraus jahrein 300 fl. und mehr an Kontribution zahlen.

Wie ersichtlich, war der Kommissionsantrag auf Reduktion der Prager jüdischen Bevölkerung viel radikaler als der Antrag auf Reduktion des Ghettoumfanges, und in jenem war der numerus clausus der jüdischen Ehen wohl am allerdrakonischesten. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der Plan auf Vertreibung des jüdischen Proletariats und eines Teiles der fremden Juden aus dem Prager Ghetto bei den angesessenem Juden keinen grundsätzlichen Widerstand gefunden hätte, was die wiederholten übereinstimmenden Kundgebungen der Prager Judenältesten bezeugen. Die religiösen und gefühlsmäßigen Beweggründe für eine Solidarität der gesamten jüdischen Bevölkerung ohne Rücksicht auf die soziale Stellung des einzelnen wurden denn doch zu einem Großteil durch politisch-polizeiliche und finanzielle Beweggründe paralysiert. Das einheimische jüdische Proletariat und ein gewisser Bruchteil der fremden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Juden fielen dem Ghetto sicherlich zur Last und erschwerten auch bedeutend dessen Stellung gegenüber der christlichen Bevölkerung und der christlichen Obrigkeit. Man darf nicht übersehen, daß die Prager jüdischen Plutokratie — soweit man sie im Hinblick auf die damaligen Verhältnisse so bezeichnen kann — in der Tat durch die bedeutenden charitativen Beiträge nicht wenig belastet war, welche im Verein mit den christlichen Abgaben — der Kontribution — und den jüdischen, welche von der jüdischen Selbstverwaltung und von religionsgenossenschaftlichen Verpflichtungen auferlegt wurden, jahraus jahrein eine hübsche Summe ausmachten. Ebenso bildeten ferner die zahlreichen Polizeiübertretungen der armen jüdischen Bevölkerung, welche im schweren Kampfe um das tägliche Brot nicht selten zu unerlaubten Mitteln griff, eine endlose Kette eher steigender als sinkender Spannung zwischen dem jüdischen und dem Altstädter Magistrat. Diese von der jüdischen Armut begangenen Übertretungen wurden überdies auf christlicher Seite viel strenger beurteilt, als es ihr objektiver Tatbestand erforderte, und auch der Schutz, den der jüdische Magistrat aus freiwilliger oder notgedrungener Solidarität allen Mitgliedern des Ghettos angedeihen ließ, rief bei der christlichen Gesellschaft, an erster Stelle jener der Altstadt, nicht geringe Erbitterung hervor. Doch die Säuberung des Ghettos vom jüdischen Proletariat konnte das Hauptziel aller Reduktionspläne nicht fördern, die jüdischen Konkurrenz nicht schwächen. Der Abzug der Armut hätte zwar den über die Maßen beengten Wohnverhältnissen des Ghettos fühlbar Luft gemacht und hätte auch dessen hygienische Bedingungen gebessert, was natürlich im Hinblick auf die häufigen Pestepidemien sehr wichtig war; er hätte auch sehr nachhaltig die Ziffer der Polizeiübertretungen herabgesetzt, die bis dato das Ghetto als ganzes bemakelt hatten. Zur Schwächung des jüdischen Handels und Handwerks konnte jedoch eine solche Reduktion nur recht wenig beitragen, wiewohl nicht außeracht zu lassen ist, daß bei den jüdischen Krämern und Trödlern nicht bloß die Prager christliche Armut, sondern auch das Bauernvolk aus Prags Umgebung seinen Bedarf deckte. Das gerade Gegenteil war der Fall: die Juden, unter deren Konkurrenz die christlichen Handels- und Handwerksleute am meisten litten, die Plutokratie des Prager Ghettos, die gleichzeitig dessen Patriziat darstellte und auch dessen Verwaltung in ihren Händen hatte, sollte auch fürderhin verbleiben; auf ihre Schwächung war freilich im letzten Antrag des Memorandums der Reduktionskommission Bedacht genommen worden. Eine gewisse Ungleichmäßigkeit zwischen dem Kommissionsantrag auf Reduktion der jüdischen Bevölkerung Prags und jenem auf Reduktion des Ghettoumfangs lag darin, daß die Kommission von 310 restituierten Judenhäusern ausging, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß durch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

den beantragten Entzug von drei Baublocks trotz des gebotenen Ersatzes die Zahl der jüdischen Häuser sinken mußte.

Eine Durchführung der Reduktion der Prager jüdischen Bevölkerung in dem von der Kommission beantragten Umfange hätte jedoch in die Verhältnisse des Ghettos sehr tief eingegriffen. Ein bedeutender Prozentsatz der fremden Judenschaft versah Dienstbotenstellen (Köchinnen!) und auch vom zahlreichen Prager jüdischen Proletariat verrichteten namentlich die Frauen einen Großteil der Dienstbotenarbeit in reichen Familien. Der Reduktionsantrag der Kommission entblößte die stabilisierten Juden dieser Dienerschaft überhaupt, denn grundsätzlich sollte jede Familie alle häuslichen Arbeiten unter Mithilfe ihrer Kinder selbst bestreiten; im Schlußabsatz drang die Kommission auch darauf, daß den Juden die Verwendung christlichen Gesindes verboten werde. Desgleichen hätte dann durch Vertreibung der fremden Präzeptoren und Studenten das Prager Ghetto seinen Ruf eines wichtigen Mittelpunktes jüdischer Kultur eingebüßt, wie überhaupt alle Anträge, die eine wirkliche Durchführung und Beobachtung der Stabilisation verbürgen sollten, eine fast völlige Isolierung des Ghettos in der jüdischen Welt herbeigeführt hätten. Auch die Einführung einer strengen Kontrolle barg eine Menge Unannehmlichkeiten in sich und natürlich auch neue Auslagen. Doch alldies, mochte es noch so drückend und demütigend sein, konnte sich in seiner moralischen Reichweite nicht mit dem Antrage auf Beschränkung der Judenehen messen. Es besteht kein Zweifel darüber, die Verwirklichung dieses Antrags mußte das jüdische Familienleben zerrütten, dessen patriarchalischer Charakter, durch religiöse Vorschriften geweiht und durch das stark entwickelte Gefühl der Familiensolidarität gefestigt, in jener Zeit noch unangetastet war. Die christliche Obrigkeit vermochte zwar keineswegs geheime Judenehen zu verhindern,[39]) doch war sie entschlossen, ihnen jede rechtliche Grundlage zu entziehen und dadurch freilich das Leben solcher Familien zu bedrohen. Ebensowenig ist zu übersehen, daß die frühzeitigen Judenehen (Burschen von 18, Mädchen bereits von 12 Jahren an) neben der Enthaltsamkeit vom Genusse alkoholischer Getränke die Judenschaft vor geschlechtlichen Ausschweifungen schützten, namentlich aber vor unehelichen Kindern, wie überhaupt die Heiligkeit des Ehebandes allem Anscheine nach bei den Juden mehr respektiert wurde als bei den Christen. Aus der Beschränkung der Judenehen ergaben sich natürlich auch noch andere ernste Folgen.

Die Anträge auf Reduktion und Stabilisation der Prager Judenschaft beanspruchten 33 Seiten des Memorandums; nur wenig knapper war der letzte Antrag der Reduktionskommission, der sich mit der Lebensfrage des Ghettos befaßte, mit der Beschränkung des jüdischen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Handels und Handwerks. Auch hier schickte die Kommission einige historische Daten voraus. Sie verwies zunächst auf die Vermehrung der Prager Judenschaft nach der Vertreibung der Juden aus Wien (i. J. 1670), wodurch der Druck der jüdischen Konkurrenz gewachsen sei, und auf die in der Folge von elf Prager Zünften erhobene Beschwerde, daß die Juden unter Verwendung zahlreicher christlicher Gesellen zum Ruin des christlichen Handwerks das Produktionsmonopol an sich gerissen, zumal da sie viele der Lasten, die den christlichen Handwerker drückten, nicht zu tragen hätten (z. B. Militäreinquartierung). Drum wurde durch Landtagsschluß v. J. 1674 die Judenkontribution um 12.000 fl. gesteigert. Ein Übergewicht der Juden im Handwerk konstatierte auch das Gutachten der Statthalter vom 9. November 1700, und aus dem gleichen Grunde forderte der Altstädter Rat bereits 1689 die Entfernung der Juden aus Prag. Ebenso meldeten i. J. 1704 die Magistrate der Prager Städte Klagen aller christlicher Handels- und Handwerksleute, daß sie ruiniert würden, da die Juden, die alles in Händen hätten, vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht Prag durchstreiften, Herrschafts- und Gasthäuser aufsuchten, bei Todesfällen Trauerkleider besorgten, fürs Militär bis auf die Flinte sogut wie alles lieferten usw.; die jüdische Kontribution sei auf die Anzahl und den Verdienst der Juden gering, am jüdischen Tandelmarkt werde außer am Sabbat trotz aller Verbote unausgesetzt auch an Sonn- und Feiertagen feilgehalten, und von den Juden kaufe namentlich das Prager Arbeitervolk und das Landvolk aus der Umgebung Prags. Diese älteren Klagen erschienen bestätigt und wiederholt in einer von den Prager Zünften der Reduktionskommission vorgelegten Beschwerdeschrift. Darin wurde namentlich darauf aufmerksam gemacht, daß die hauptsächlichste Ursache des übermäßigen Anwachsens der jüdischen Bevölkerung in den frühzeitigen Judenehen liege, daß sich die Juden lediglich auf Handel und Handwerk verlegten, daß sie verdorbene christliche Handwerker (Pfuscher, Staller) halten, daß sie unter dem Vorwande der Billigkeit Käufer anlocken, namentlich Fremde usw. Die Beschwerdeschrift wies auch darauf hin, daß der christliche Handwerker erst nach langer Zeit und nach großer Anstrengung Meister werden könne, während die Juden gleich nach ihrer frühzeitigen Eheschließung selbständig ein Handwerk betreiben, das sie pfuscherisch, d. h. außerhalb der christlichen Zunft gelernt, und ihre Frauen schachern nicht bloß am Tandelmarkt, sondern vertreiben auch Ware in der Stadt. Die Reduktionskommission schickte diese Beschwerdeschrift den Juden zu, die sich mit dem Hinweis auf ihre Privilegien rechtfertigten, daß es ihnen erlaubt sei, bis auf Waffen mit jeglicher Ware Handel zu treiben; und sie machten dabei mit Recht auf einige grundsätzliche Mängel christlicher Handelstätigkeit aufmerksam.[31])

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Die Kommission war geneigt, diesen christlichen Beschwerden in weitgehendstem Maße Rechnung zu tragen. Sie beantragte daher, indem sie sich — wenn auch nicht mit vollem Rechte[32]) — auf die Bestimmung des Judenprivilegs Kaiser Ferdinands III. vom 8. April 1648 berief, die Juden sollten fürderhin nur an zwei Tagen der Woche, am Dienstag und am Freitag, am Tandelmarkte feilhalten dürfen. An den andern Tagen sollten die Juden bloß in ihrer Stadt verkaufen und Hausierhandel sollte ihnen überhaupt verboten sein. Die Kommission war der Anschauung, eine derartige Beschränkung jüdischer Handelstätigkeit werde zur Hebung des christlichen Handels und Handwerks hinreichen.[33]) Überdies sprach sie den Wunsch aus, der bei der St. Gallikirche auf der Prager Altstadt nahe bei dem Karolinum untergebrachte jüdische Tandelmarkt möge mit dem christlichen Tandelmarkt den Platz tauschen, einerseits zwecks Beseitigung des Ärgernisses (Nähe der christlichen Kirche), anderseits zwecks Einschränkung des schwunghaften Judenhandels mit den Studenten;[34]) sie erstattete auch einen ausführlichen Vorschlag auf Reduktion des jüdischen Tandelmarkts und auf dessen künftige Regulierung. Wie an andern Stellen des Memorandums (vgl. z. B. die Anschauung hinsichtlich der Judenprivilegien), formulierte die Reduktionskommission auch bei dieser Gelegenheit scharf ihren antijüdischen Standpunkt, indem sie betonte, daß die beantragten Beschränkungen der jüdischen Handelstätigkeit noch als eine große Gnade für die Juden anzusehen seien; durch Nichtbeachtung der Bedingungen ihrer Privilegien hätten die Juden das Recht auf die Vorteile derselben verwirkt und verdienten überhaupt nicht die Begünstigung, am Tandelmarkt feilzuhalten, zumal da in anderen Städten die Juden bloß in ihrer Judenstadt Handel treiben dürften. Die Kommission suchte schließlich die Befürchtung zu widerlegen, als könnte die Beschränkung des Judenhandels zu einer Warenverteuerung führen, — die christlichen Kaufleute würden sich angeblich mit einem geringen Gewinn begnügen — und übrigens könne ja jedermann, der von Juden kaufen wolle, ins Ghetto gehen.

Eine besondere Bemerkung widmete die Reduktionskommission der brennenden Frage des jüdischen Fleischverkaufs; neben den entsprechenden ältern Schriften stützte sie sich auf eine Beschwerdeschrift, die von den Prager Fleischern getrennt von den übrigen Zünften vorgelegt worden war. Auch an dieser Stelle rekapitulierte sie bündig den bisherigen Kampf der christlichen Fleischer gegen die jüdischen Fleischer, indem sie namentlich an die Bestätigung der Privilegien der Prager Fleischerzunft durch Kaiser Ferdinand III. vom 24. Oktober 1652 und das Dekret der Statthalter vom 14. November 1697 erinnerte; diese enthielten einerseits das Verbot für die Juden, Fleisch in die Prager Städte

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

zu bringen, anderseits Fleisch an Sonn- und Feiertagen zu verkaufen, d. h. zur Zeit, da es die christlichen Fleischer nicht verkauften. Nach dem Kommissionsantrag sollte die Reduktion auch die jüdischen Fleischer erfassen, u. zw. im Verhältnis zur Gesamtreduktion. Auch die Konkurrenz der jüdischen Kürschner wurde erwähnt und auf die Entschließung Maximilians II. hingewiesen, die Kaiser Leopold I. am 21. Jänner 1681 bestätigt hatte; den Prager Juden war ihrzufolge das Kürschnergewerbe untersagt.

Auch die Frage des christlichen Gesindes in Judendiensten, die nicht minder alt und nicht minder brennend war, wurde zum Gegenstand des Interesses der Reduktionskommission. Das Memorandum konstatierte, daß die jüdischen Roßtäuscher allen bisherigen Verboten zum Trotz fort und fort christliche Knechte halten; — neben dem Landtagsschluß v. J. 1650 wurde auch dessen Erneuerung durch das statthalterische Patent v. J. 1696 erwähnt. Ferner stellte das Memorandum fest, daß auch die übrigen Juden namentlich am Schabbes eine große Zahl Christen dingen, vorwiegend Frauen, und daß dieses Gesinde samt seinen Kindern nicht selten im Ghetto übernachte; die Frauen müßten sich angeblich auch leiblich gebrauchen lassen. Daher beantragte die Kommission die Erneuerung der beiden erwähnten Verbote und Vertreibung des christlichen Gesindes aus der Judenstadt; sie begründete diese Verfügung auch mit dem Hinweis, während der jüngstverwichenen Pestseuche hätten christliche Frauen durch ihren Verkehr zwischen Juden- und Christenstadt die Ansteckung aus dem Ghetto eingeschleppt.

Am Schlusse ihres letzten Antrags wiederholte die Kommission, keinem Juden dürfe gestattet sein, Hausierhandel oder Maklerei zu betreiben. Sie machte noch besonders darauf aufmerksam, man werde den Juden auch das Einschmelzen von Gold und Silber und das Beschneiden von Münzen untersagen müssen, da aus Diebstählen, namentlich aus Kirchendiebstählen stammende Gold- und Silbergegenstände bei den Juden spurlos verschwänden. Verleumdung sprach aus dem Antrag, es wäre auch wünschenswert, den Juden zu verbieten, kranke Christen in der Judenstadt oder außerhalb derselben zu behandeln, da die Juden angeblich vielen Christen durch Gift den Garaus gemacht hätten; die Kommissäre hatten freilich keinen andern Zeugen zur Verfügung als den Erzlügner Hajek von Libotschan, der in seiner Chronik zum Jahre 1161 eine Verfügung König Wladislaws I. gegen die jüdischen Ärzte angeführt hat, von welchen behauptet wird, daß sie die Christen vergifteten. Die Verleumdung wegen Giftmischerei kommt übrigens im Mittelalter wiederholt vor, und sie war auch dem Antisemitismus der späteren Jahrhunderte nicht eben unwillkommen. Mehr Grund hatte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wohl der Vorwurf, daß sich die jüdischen Ärzte neben Aderlaß auch mit Fruchtabtreibung[38]) befaßten. Wichtig war schließlich der Antrag, die Christen sollten vor den Juden das Vorkaufsrecht besitzen und die Privilegien der Christen allgemein respektiert werden.

Wie aus all diesen Anträgen hervorgeht, stellte sich die Reduktionskommission v. J. 1714 scharf judenfeindlich ein. Ihr Memorandum ist ein charakteristisches Beispiel des nachweißenbergischen Antisemitismus, der von Widerwillen und heftigen Haß gegen die Juden strotzte. Es spiegelt sich darin klar der tiefgehende Antagonismus zweier grundverschiedener Welten inbezug auf Moral, Charakter und Kultur, welche schon jahrhundertelang in Böhmen neben-, vielmehr gegeneinander gestanden waren, ohnedaß die Hoffnung auf einen Ausgleich näherrückte, ebenso aber auch das Gefühl der Beschämung des gegenreformatorischen Katholizismus, der es zwar verstanden hatte, einer erdrückenden unkatholischen Mehrheit Herr zu werden, dem es aber nicht gelingen wollte, die verhältnismäßig geringe jüdische Minorität unterzukriegen, von der er sich im Gegenteil eingestehen mußte, daß sie gerade unter seiner Hegemonie trotz aller Hindernisse zu neuer, vorher unerhörter Entfaltung gelangt war. Ähnlich ist das Memorandum der Kommission ein sichtlicher Beweis für das Bestreben der Gegenreformationszeit, die Judentoleranz soviel als möglich einzuschränken, und ein ragender Wegweiser auf dem Wege zur völligen Vertreibung der Juden, zu der es in der Tat am Anfange der Regierungszeit Maria Theresias kam, als die bis dahin stets durch das fiskalische Interesse gehemmte politische Auffassung entschiedenes Übergewicht gewann. Im Schlußwort ihres Memorandums faßte die Reduktionskommission die natürlich stark religiös gefärbten antisemitischen Schlagworte jener Zeit zusammen. Die Untersuchung der jüdischen Bücher zeige — die Kommision berief sich hiebei auf ein jesuitisches Gutachten über die jüdische Theologie —, wie feindlich die jüdische Religion dem Katholizismus gegenüber eingestellt und von Lästerungen gegen Christus und die Jungfrau Maria erfüllt sei. Die Juden verwünschten angeblich die Christen und deren Herrscher, ihre Lehre gestatte ihnen, Christen um ihre Habe zu bringen, sie zu betrügen und zu bestehlen, christliche Kirchen zu berauben und Christen umzubringen, was ihnen gar als gottgefällig und verdienstlich gelte. Die Juden erachteten sich angeblich auch nicht für verpflichtet, mit Christen abgeschlossene Verträge einzuhalten, und ließen sich nicht eidlich binden; stellten sie sich dennoch den Christen gegenüber freundlich, so täten sie das bloß ihres Vorteils wegen, im Herzen jedoch nährten sie Haß auf Leben und Tod. Daher seien sie nicht würdig, in einer christlichen Gemeinde geduldet zu werden, und sie seien als die Erzfeinde des Christentums anzusehen; da sie „ex pura clementia et ad libitum“ (aus

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

lauter Gnade und auf Wohlgefallen) toleriert seien, könnten sie jederzeit abgeschafft werden.

Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen zu untersuchen, inwieweit die antijüdischen Ausfälle der Reduktionskommission objektiv richtig sind, namentlich inwiefern in Wirklichkeit das Prager Ghetto die Ursache des wirtschaftlichen Niedergangs der christlichen Bürgerschaft Prags war. Diese Untersuchung wird eine besondere Studie erfordern, in der gleicherweise die Wurzeln jüdischer ebensogut wie christlicher Handels- und Handwerksunternehmung bloßgelegt werden müssen. Eine solche Betrachtung wird meines Erachtens dahin ausklingen, das die Hauptursache des Verfalles des Wirtschaftslebens Prags und ganz Böhmens in nachweißenbergischer Zeit anderswo zu suchen ist und daß die Juden, gestützt auf ihre angeborene Unternehmungslust, zähe Ausdauer und Gewandtheit sich lediglich die günstige Lage zunutze machten. Die Entfaltung des Prager Ghettos im XVII. und zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts war also nicht Ursache, sondern Wirkung jener Verhältnisse, die in den böhmischen Ländern durch die Gegenreformationszeit gezeitigt worden waren. Es zeugte von Ratlosigkeit und Unkenntnis, wenn sich die maßgebenden Kreise einbildeten, die Verdrängung der Juden werde von einem wirtschaftlichen Aufstieg der christlichen Bevölkerung begleitet sein, wozu in jener Zeit weder objektiv noch subjektiv die Vorbedingungen gegeben waren.

Das umfangreiche Elaborat der Reduktionskommission mit einem Stoße Beilagen war also Ende März 1715 auf den Arbeitstisch der böhmischen Statthalter gelangt, deren Aufgabe es nunmehr war, entsprechend dem Zeitbrauche aufgrund des vorgelegten Materials ihr endgültiges Gutachten auszuarbeiten. Die Arbeit, welche des Referenten der böhmischen Kanzlei harrte, war sicherlich nicht unbedeutend. Auch in einer Zeit der dicken Memoriale mit zahlreichen Beilagen, einer Zeit, die auch die Entwicklung der betreffenden Frage gern in sehr weit zurückliegender Vergangenheit verfolgte, wie dies der damaligen Rechtsanschauung entsprach, waren die Relationen der Reduktionskommission und ihr dokumentäres Begleitmaterial außerordentlich umfangreich. Ihr Umfang war nicht bloß durch den Ernst der jüdischen Frage bedingt, sondern auch durch den langen Zeitraum, während dessen diese die christliche Öffentlichkeit unausgesetzt mehr oder weniger intensiv beschäftigte. Die gründliche Arbeit der Reduktionskommission erleichterte allerdings dem Referenten des Statthalterkollegiums seine Aufgabe derart, daß die Ausarbeitung eines Gutachtens für die böhmische Hofkanzlei binnen einer kurzen Zeit erwartet werden konnte. Voraussetzung dafür war freilich Zustimmung der Statthalter zu allen Anträgen, welche die Reduktionskommission mit soviel Ausführlichkeit

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ausgearbeitet hatte. In Wirklichkeit aber verstrichen mehr als vier Jahre, bevor in der böhmischen Kanzlei das Gutachten der Statthalter zustandekam, und es bedurfte einer weitern Zeitspanne von anderthalb Jahren, bevor das ausgefertigte Gutachten nach Wien gelangte, in die Hände des obersten böhmischen Kanzlers.

Die Motive dieser Verzögerung — abgesehen von der Verlegenheit der Statthalter ob des umfangreichen Berichtes — lassen sich aus dem erhaltenen amtlichen Material nicht ausmachen; nichtsdestoweniger ergeben sich einige davon aus der gleichzeitigen Lage. Die Statthalter hatten kaum sachliche Einwände gegen die Anträge der Reduktionskommission. Die antijüdische Stimmung hatte in den politischen Kreisen derart platzgegriffen, daß man mit völliger Sicherheit eine rückhaltlose Zustimmung der Statthalter zu dem radikalen Reduktionsprogramm der jüdischen Kommission auch für den Fall voraussetzen kann, wenn das Gutachten der böhmischen Kanzlei nicht vorhanden wäre, worin diese Zustimmung deutlich dokumentiert ist. Die Verzögerung der statthalterischen Relation war wohl vor allem dadurch verursacht, daß der Reduktionsplan des Prager Ghettos gerade in dieser Zeit durch Einbeziehung der gesamten böhmischen Judenschaft in die Lösung der jüdischen Frage eine Komplizierung erfuhr. Bis dahin stand im Vordergrund des amtlichen Interesses lediglich die Prager Judenstadt, die durch die zahlenmäßige Stärke ihrer Bevölkerung und ihre wirtschaftliche Bedeutung begreiflicherweise die kleinen im Lande verstreuten Judengemeinden in den Hintergrund verdrängte. Durch das Zutun des Kommerzkollegs wurde jedoch die Aufmerksamkeit auch auf die Landjudenschaft, namentlich auf deren Handel gelenkt, und es wurde bereits daran gedacht, das Reduktionsprogramm auch auf sie zu erstrecken. Daher verschmilzt in den folgenden Jahren das Reduktionsprogramm des Prager Ghettos mit dem Reduktionsprogramm der desamten böhmischen Judenschaft. Vielleicht trug zur Unschlüssigkeit der Statthalter auch das Verhalten der böhmischen Kammer in der Judenfrage bei; ihr Standpunkt war durch das Fernbleiben des Rates Brandlinsky von der Reduktionskommission deutlich ausgedrückt. Neue Verlegenheit verursachte gewiß auch die Einleitung von Verhandlungen und schließlich die Bestätigung der jüdischen Privilegien durch Kaiser Karl VI. i. J. 1719. Zuguterletzt führte vielleicht auch der Umstand eine gewisse Kollision herbei, daß die keineswegs aufgelöste Kommission für jüdische Wirtschaft und Verwaltung ihre Tätigkeit fortsetzte.

Die Hauptursache für den Aufschub der Ausarbeitung der statthalterischen Relation gab jedoch das Gesuch der Prager Judenältesten, man möge in der Reduktionsfrage auch das Ghetto hören. Die Reduktionskommission hatte zwar bei Vorbereitung ihres Memorandums noch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

vor dessen endgültiger Redigierung einige der Prager Juden angehört und ihnen namentlich die Beschwerdeschrift der christlichen Zünfte vorgelegt; doch jetzt wiesen die Judenältesten darauf hin, daß diese ihre Sprecher weder eine Vollmacht namens des Ghettos zu sprechen gehabt noch sich ordentlich auf die Antworten hätten vorbereiten können. Die Stathalter gaben auf das Einraten der Reduktionskommission diesem Ansuchen statt und trugen mit Dekret vom 23. Juli 1715 der Reduktionskommission auf, die Bevollmächtigten des Ghettos vorzuladen und sich von ihnen die nötige Auskunft geben zu lassen. Diese Einvernahme wurde von der Reduktionskommission einem dreigliedrigen Ausschuß[36]) übertragen, der dann in sechs Zusammenkünften zwischen dem 11. September und 14. Oktober 1715 mit einer siebengliedrigen Delegation der Judenstadt verhandelte.[37]) Die Verhandlungen beschränkten sich fast ausschließlich auf die wirtschaftliche Frage; die Grundlage bildete die schon erwähnte Beschwerde der Prager christlichen Zünfte wider die jüdische Handels- und Handwerksbetätigung. Die jüdischen Bevollmächtigten wiesen bei der Einvernahme die gegen ihre Goldschmiede, Uhrmacher, Gerber, Handschuhmacher, Hutmacher, Riemer, Sattler, Tuchmacher, Fleischhauer, Weißgerber, Schneider, Glaser, Gürtler, Kürschner, Metallhändler und Schuhmacher vorgebrachten Anstände eingehend zurück; ihre Aussagen eröffnen einen aufschlußreichen Ausblick auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Prager Ghettos.

Erst bei der letzten Zusamenkunft, am 14. Oktober, fand die jüdische Delegation Gelegenheit, auch zu den Anträgen der Reduktionskommission Stellung zu nehmen. Selbstverständlich lehnten die jüdischen Bevollmächtigten diese Anträge, in erster Linie den Antrag auf Verkleinerung der Judenstadt, mit Entschiedenheit ab mit dem Hinweis auf ihre Privilegien, die ihnen den ungestörten Besitz aller ihrer Häuser sowie der Liechtensteinhäuser verbürgten, und brachten auch ausführlich zur Sprache, wie dem Ghetto wiederum die Benützung der Alten Synagoge freigegeben worden; ausdrücklich wurde auch des jüdischen Anrechtes auf das Güntzburgische (vormals Wirthische) Haus gedacht und auf das Haus des anwesenden Feitl Fanta, die beide von der Reduktionskommission aus dem Ghetto ausgeschieden wurden. Zum Antrag auf Reduktion der Prager jüdischen Bevölkerung bemerkte die Delegation, daß die augenblickliche Zahl der Prager Judenschaft niedriger sei als nach dem Ende des 30jährigen Krieges, als im Ghetto 7.633 Personen ohne Kinder bis zu zehn Jahren[38]) gezählt wurden — verschwiegen wurde natürlich, daß die Ursache dieses Zustandes in der verwichenen Pestseuche liege —; namentlich aber unterstrich sie die Erklärung des obersten böhmischen Kanzlers Grafen Kinsky v. J. 1708, daß die Zahl der Prager Juden in der Höhe von 12.000 Personen[39]) stabilisiert werden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

solle. Die Delegation verlangte selbstredend, daß die angeführte für sie so günstige Zahl auch jetzt zur Reduktionsgrundlage genommen werde. Endlich wiesen die jüdischen Bevollmächtigten auf ihr Recht auf den jüdischen Tandelmarkt hin, und verfehlten auch nicht, sich in diesem Zusammenhang ihrer Kontribution zu berühmen und des großen Nutzens, der den Christen aus der Vermietung ihrer Häuser an die jüdischen Handelsleute zufließe. Die Protokolle dieser Einvernahme legten die subdelegierten Kommissäre samt ihrer Relation der Reduktionskommission vor, welche sie mit einer kurzen Begleitschrift anfangs Dezember 1715 den Statthaltern zusandte.

Als die Statthalter am 23. Juli dem Gesuche der Judenältesten entsprachen, setzten sie zur Einvernahme der Bevollmächtigten des Prager Ghettos eine 14tägige Frist aus. Wie ersichtlich, verstrichen von der Erlassung der erwähnten Bewilligung bis zur Vorlage des Berichtes der Reduktionskommission mehr denn vier Monate, doch beeilten sich auch dann die Statthalter keineswegs mit der Ausarbeitung ihres Gutachtens. Die jüdische Frage hörte freilich keinen Augenblick auf, ihre Dringlichkeit nahezulegen. Es war namentlich die Besetzung der jüdischen Ämter im Prager Ghetto und die Frage der jüdischen Selbstverwaltung überhaupt, mit der sich die Statthalter in den Jahren 1717 und 1718 beschäftigen mußten.[40]) Statt der Reduktionskommission, die ihre Schuldigkeit getan hatte, gelangte wieder die Kommission für jüdische Wirtschaft in den Vordergrund und erfuhr nunmehr eine Neuorganisierung.[41]) Bevor noch die Statthalter an die endgültige Formulierung ihres Gutachtens geschritten waren, hatten die Juden einen wertvollen Erfolg durch die Bestätigung ihrer Privilegien erreicht.[42]) Erst zwei Monate später setzten die Statthalter den Schlußpunkt hinter ihre Relation.

Das vom 5. Oktober 1719 datierte Gutachten der Statthalter, das 216 Seiten großen Formates zählt, kommt an Umfang dem Memorandum der Reduktionskommission v. J. 1715 nahe; es stellt einen sehr ausführlichen Auszug des Berichtes der Reduktionskommission dar, den es nicht bloß in sachlicher Hinsicht äußert treu wiedergibt, sondern auch zu einem Großteil in stilistischer Hinsicht.[43]) Nur am Schluß ist ein ausführlicherer Auszug aus der antijüdischen Denkschrift des erzbischöflichen Konsistoriums eingefügt, das zwecks angelegentlichster Empfehlung der Durchführung der Judenreduktion eine Reihe Vorwürfe religiöser Art gegen die Juden angehäuft hatte. Berührt werden darin folgende Gefahren: Verunehrung des Altarssakramentes, wenn es zu kranken Christen durch eine von Juden erfüllte Stadt getragen wird; Gottesdienststörung bei St. Niklas, bei St. Valentin und bei den Paulanern wegen unmittelbarer Nachbarschaft jüdischer Häuser; christliches Gesinde bei den Juden; jüdische Feilhaltung an Sonn- und Feiertagen;

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Bedrückung der vom Judentum zum Christentum übergetretenen Personen durch die Juden; bedenklicher freundschaftlicher Verkehr der Christen mit den Juden[44]) und schließlich jüdische Kuppelei. Im Schlußwort beantragten dann die Statthalter, mit der Reduktion der Prager Juden möge auch die notwendige Reduktion der Landjudenschaft Hand in Hand gehen, die sich über die Maßen ausgebreitet habe und durch ihre wirtschaftliche Konkurrenz die Christen schädige.[45]) Wie ersichtlich — und es wurde bereits darauf hingewiesen —, greift hier der bisher bei den verschiedenen Reduktionsversuchen bloß gegen das Prager Ghetto gerichtete Ansturm auf die gesamte in Böhmen ansässige Judenschaft über.

Die Dickleibigkeit des Gutachtens machte den Statthaltern Bedenken. Sie fragten daher bei der böhmischen Hofkanzlei an, ob sie bei Wiedergabe des Berichtes der Reduktionskommission nicht etwa alle historischen Partien weglassen und sich lediglich auf den Kern der Anträge beschränken sollten. Sie erhielten die Anleitung, aus der Relation der Reduktionskommission die wichtigsten Sachen zu reproduzieren. auch aus den historischen Abschnitten, und wurden aufgefordert, ihren Bericht so bald als möglich vorzulegen.[46]) Die den Statthaltern zuteilgewordene Anleitung konnte nicht zur Kürzung ihres Gutachtens beitragen, da es unmöglich war, aus dem Memorandum der Reduktionskommission, das sich zum größten Teil nur auf dem sachlichen Boden der Tatsachen und Dokumente bewegte, einen wesentlich kürzern Auszug herzustellen. Und so blieb denn der böhmischen Kanzlei auf eine neuerliche Urgenz der böhmischen Hofkanzlei[47]) nichts anderes übrig als ihren Bericht so einzusenden, wie er i. J. 1719 ausgefertigt worden war. Am 1. April 1721 endlich tauchte das statthalterische Gutachten mit seinem mächtigen Beilagenfaszikel auf dem Tische des obersten böhmischen Kanzlers Grafen Leopold Schlick auf.[48])

Die Entwicklung der Anschauungen, die hauptsächlich durch Zutun des Kommerzkollegs seit dem Jahre 1715 in der Lösung der jüdischen Frage platzgegriffen hatte, entwertete die Arbeit der Reduktionskommission aus den Jahren 1714—15 zwar nicht vollständig, ließ sie jedoch nicht mehr völlig entsprechend erscheinen. Die Reduktion der Prager Judenschaft bildete nicht mehr ein geschlossenes Programm für sich, sondern bloß einen wenn auch sehr wesentlichen Teil des erweiterten Reduktionsprogramms, das die gesamte Judenschaft in Böhmen umfassen sollte.

Anmerkungen zum 6. Kapitel.

[1]) Darüber vgl. A. Pribram, Das böhmische Commerzcollegium und seine Thätigkeit, Prag 1898.

[2]) J. Pekař, České katastry S. 170, Anm. 3.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[3]) Neben den Akten der böhmischen Hofkanzlei war die Kommission ausdrücklich auch auf die Registratur der Prager Statthalter angewiesen.

[4]) Gleichzeitig wurde der Inhalt des Reskripts der Hofkammer intimiert: Konzept in ČDK IV T 1, ad 4 ex 1714.

[5]) Vgl. P r i b r a m l. c. S. 56—7, der diese Kommission „jüdische Polizei- und Ökonomiecommission" nennt. Im Jahre 1714 (in der Zuschrift an die Statthalter dd. Rokitzan 26. Jänner, ČDK IV T 1, 7 ex 1714) unterschreiben sich Graf Schaffgotsch, Anton Dworzak und Johann Franz Turba als „zu Untersuchung und Einrichtung der jüdischen Oeconomiae und Policeywesens verordnete Commissarien." Infolge Errichtung der Reduktionskommission trat die Tätigkeit dieser Kommission in den Hintergrund, übrigens ging die Mehrzahl ihrer Mitglieder in die neue Kommission über. Die Konstituierung der Reduktionskommission i. J. 1714 wird von Pribram mit Stillschweigen übergangen, obwohl gerade ihr Elaborat, wie aus dem weitern hervorgehen wird, von grundsätzlicher Wichtigkeit war.

[6]) Die ausführlichen Namenverzeichnisse, welche von den Statthaltern am 9. Feber 1714 nach Wien gesandt und bereits am 19. Feber wieder nach Prag zum Gebrauche der Reduktionskommission zurückgestellt worden waren, sind uns nicht erhalten geblieben; mit jeder neuen Konskription büßten die älteren Verzeichnisse an Wert ein, und so entging auch dieses Verzeichnis ebenso wie alle vorhergehenden nicht der Vernichtung. Aus dem erhaltenen Summar (ČDK IV T 1, ad 7 ex 1714) lassen sich noch folgende Daten gewinnen: von der Gesamtsumme 11.535 Personen waren 2.261 Männer, 2.629 Frauen, 5.382 Kinder, — wieder ein Beweis für die überdurchschnittliche Fruchtbarkeit (die Kinderzahl erreicht diesmal fast 47%) —, die Zahl der Präzeptoren und männlichen Bediensteten betrug 358, die der weiblichen Diensboten 904. Der Pest erlagen unter insgesamt 3.703 Personen 693 Männer (d. i. fast 31% der gesamten männlichen Bevölkerung), 663 Frauen (25%), 2079 Kinder (38%) und 268 Dienstboten ohne Unterschied des Geschlechts (21%).

[7]) Intimat der Hofkammer an die böhmische Hofkanzlei dd. 19. Jänner 1714, mittels dessen bekanntgegeben wurde, daß die Hofkammer der böhmischen Kammer die Entsendung des Brandlinsky als ihres Vertreters in die Reduktionskommission aufgetragen habe.

[8]) Brandlinsky wurde mit seinem Ansuchen von der Hofkammer zweimal abgewiesen; vgl. das Intimat der Hofkammer an die böhm. Hofkanzlei vom 8. März und 28. Mai 1714 in ČDK, IV T 1, 8 ex 1714 und 9 ex 1714.

[9]) Vgl. den Bericht der Reduktionskommission an die böhm. Hofkanzlei vom 10. Feber 1714 — damals waren von den Mitgliedern der Kommission bloß 4 Personen in Prag anwesend (Graf Kolowrat, Freiherr von Ričan, Worzikowsky und Matthias Schramm) — und das Intimat der Hofkammer an die böhm. Hofkanzlei vom 28. Mai 1714, mittels dessen eröffnet wird, daß in der Registratur der böhmischen Kammer keinerlei Akten zur Judenreduktion vorfindig seien, sondern daß diese beim Gubernium aufbewahrt werden (ČDK, IV T 1, 6 ex 1714, 8 ex 1714 und 9 ex 1714).

[10]) Die Zuschrift der Reduktionskommission an die Judenältesten vom 9. Feber 1714 befindet sich in ČDK, IV T 1, ad 6 ex 1714. Die Anordnung des Konskriptionsformulars hat folgenden Wortlaut: „1. Ein jedes haus besonders notiren, fleißig visitiren: 2. die darinnen befindtliche jetzo würcklich betrettene oder von contagions wegen noch exulirende possessores undt sub

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

quocunque titulo dorth bleibende gegenwärtige undt geflüchtete innwohnere, jüdische studenten, auch andere frembde Juden, deren aller kinder undt gesind, mann- undt weibspersohnen nebst deren alter durchgehendts ohne aller distinction, undt zwaar obgedachte species alle mit rechten vor- und zunahmen, jedoch auch 3. mit diesem unterschied bemercken, daß sye die frembden von denen einhaimischen undt lang zu Prag wohnenden separiren undt wo die frembde her seyndt, wie lange sich zue Praag aufhalten, deütlich specificiren, nicht minder 4, einen einhaimisch- undt gleicher gestalt einen frembden, was er hier in Prag vor ein handtwerckh, gewörb, oder handlung und zwaar in welchem orth undt mit wasverley gattung wahren treibe, oder wie er sich und die seinigen sonst ernehre angeben, annebenst aber auch haubtsachlichen dieses bey sothaner specificirung 5. ob dieser oder jener Jud als ein principal oder als ein hypothecarius, superhypothecarius oder aber gar nicht angesessen, wie ingleichen 6. in prima, secunda vel tertia classe wenig oder gar nichts contribuire, beobachten undt dieses alles aufrichtig undt ohne arglist specificiren . . ."

[11]) Zuschrift der Statthalter an den Prager Erzbischof dd. Prag, den 14. Feber 1715 auf Ersuchen der Reduktionskommission dd. präs. 14. Feber.

[12]) Vgl. darüber auch oben im Vorwort.

[13]) Vgl. auch das Dekret der Statthalter an Jakob Conavalle vom 21. August 1714, womit er ersucht wird, in den beigeschlossenen Ghettoplan alle Fenster und Türen jener Judenhäuser einzutragen, die gegen Christenhäuser gerichtet waren.

[14]) Das Kommissionsmemorandum, das eine Beilage des statthalterischen Berichts vom 5. Oktober 1719 bildet (ČDK, IV T 1, 3 ex 1719), trägt die Aufschrift: An der Röm. Kayser. auch in Germanien, Hispanien, Hungarn und Böheimb königl. Maj. respective würckl. geheimbe, wie auch andere Räthe, Cammerere, verordnete königl. Statthaltere, größern Landtrechts Beysitzere undt obriste Herren Landtofficirere in Königreich Böheimb Ihre Excell. und Gnaden die von Ihro k. undt k. Maj. in puncto Reductionis Judaeorum allergnädigst abgeforderte Projecten und Relation von uns zur Reduction der Prager Judenschaft allergnädigst verordneten Commissariis. Es ist mit dem Präsentationsdatum 26. März 1715 versehen und vom Grafen Kolowrat, Freiherrn von Ričan, Grafen Millesimo, Astfeld, Turba und Brandt als derzeit in Prag anwesenden Kommissionsmitgliedern unterzeichnet; die Unterschrift Brandlinskys fehlte wie gesagt aus dem Grunde, weil die böhmische Kammer die Arbeiten der Reduktionskommission sabotierte. Außerdem war das Memorandum auch vom Aktuar der Kommission Wieschin unterschrieben. Eine Abschrift des Memorandums liegt in J 4/21 st.

[15]) Aus Hajek waren die Nachrichten zu den Jahren 995—1514 entlehnt, aus Beckovsky zu den Jahren 1504—1561, ab 1623 aber aus dem amtlichen Aktenmaterial. Die zuletzt angeführten Nachrichten beziehen sich auf die Erwerbung der Altstädter (Liechtenstein-) Häuser i. J. 1623 und auf andere diese Häuser betreffende Dokumente sowie auf den jüdischen Tandelmarkt und die Zahl der Juden in Prag.

[16]) Es waren dies die Privilegien: Kaiser Maximilians II. vom 4. April 1567 (J. Čelakovský l. c. I. Nr. 259, S. 441—2 und Bondy-Dvorský l. c. II. Nr. 698, S. 508—10), Kaiser Rudolfs II. vom 26. Mai 1595 (J. Čelakovský l. c. I. Nr. 284, S. 481—3 und Bondy-Dvorský l. c. II. Nr. 909, S. 692—4) und 10. März 1606 (J. Čelakovský l. c. I. Nr. 292, S. 502 und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

Bondy-Dvorský l. c. II. Nr. 1017, S. 800—2), Kaiser Matthias' vom 15. August 1611 (J. Čelakovský l. c. I. Nr. 296, S. 505—6) und das Privilegium Kaiser Ferdinands II. vom 23. Jänner 1623 (J. Čelakovský l. c. I. Nr. 305, S. 516—23; das Memorandum gibt als Datum den 23. Feber an — das ist falsch, obwohl es dem Privilegium entnommen ist, das nach dem Zeitbrauch Doppeldatierung zeigt; diese: „am Montag nach dem Gedenktage der heiligen Fabian und Sebastian" gibt das richtige Privilegiumdatum: 23. Jänner.

[17]) Abgedruckt bei J. Čelakovský l. c. I. Nr. 312, S. 551—5; Nr. 315 S. 561—3; Nr. 324 S. 579—88. Dieser Privilegien sowie der Konfirmationen Leopolds I. und Josefs I. ist schon oben an entsprechender Stelle gedacht worden.

[18]) „So folget daraus, daß mit Ihro Maj. wissen und willen vermög des in der k. landtaffel bis dato uncassirten, mithin in seinen kräften verbleibenden landtagsschlusses die Juden jederzeit ausgeschaffet werden können."

[19]) Die Klausel lautete (J. Čelakovský l. c. I. S. 679): „jedoch daß selbte (näml. die Judenprivilegien) denen mittelst wegen obermelten Prager und Landesjudenschaft ergangenen allergnädigsten resolutionibus in nichten praejudicirlich seyn wollen."

[20]) Vgl. zu dieser Stelle auch Kap. 5, Anm. 10. Über die Judenkontribution soll im vorbereiteten zweiten Teile dieser Studie ausführlicher gesprochen werden, wo vorwiegend die wirtschaftlichen Verhältnisse der Prager Juden behandelt werden sollen; vgl. inzwischen J. Pekař, České katastry S. 173, Anm. 3.

[21]) Die einzelnen Abschnitte des zweiten Teiles des Memorandums sind überschrieben: „1. Wie die Judenschaft nacher Prag kommen und sich daselbst ausgebreitet. — 2. Was für privilegia die Juden von zeit zu zeit erhalten. — 3. Was wegen der Juden diaetaliter oder sonsten geschlossen worden. — 4. Was für reductionsprojecten und normae entworfen, auch wie weith solche ad executionem gebracht worden." Dieser Teil stützt sich auf 36 Aktenbeilagen.

[22]) Es war vor allem das sog. Strakasche und das Weißgärberhaus, ferner drei unmittelbar an das Ghetto stoßende und den Saniterhügeln gegenüberliegende Häuser am rechten Moldauufer, die der Klausersche Plan als Haus des Landkutschers, das Glotzische und das Scharfrichterhaus bezeichnet.

[23]) Das Verzeichnis (v. J. 1546) erscheint abgedruckt bei Bondy-Dvorský l. c. I Nr. 526, S. 370—84, jedoch sehr mangelhaft.

[24]) „... so ist vernunftmäßig zu schlüssen, daß sie (näml. die Juden) weiterhin in 20 jahren wenigst umb 5.000 mehr zunehmen und schon über die helfte der gantzen Prager Christenheit ausmachen, künftighin aber gar an der zahl übersteigen wurden."

[25]) Der Bericht der Reduktionskommission beleuchtet gut die Eigentums- und Mietverhältnisse in den jüdischen Häusern: „... welches zwar das ansehen hette, samb in 12 jahren (d. i. in den Jahren 1703—1715) 96 judenhaüser zugewachsen wären, nichts destoweniger der wahrheit ähnlicher ist, daß zeit dieser zwölf jahren mehrere zerthailungen der gantzen haüser geschehen und denen partialpossessoribus zugeaignet worden, maßen ein gantzes in einer beschließung und unter einem dach stehendes haus — nur etliche wenig haüser und darunter des Feitl Fanta ausgenommen — von

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

vier. sechs auch mehr partialpossessoribus occupiret und ein solches gehaus wiederumb von undterschiedlichen familien oder inwohnern bewohnet wird. auch sogar in einer stuben zwey oder drey partheyen beysammenstecken und sonsten alle winckel bis in den 4ten und 5ten stock oder gaaden. auch unter dem dach selbst mit höchster gefahr des feüers von Judengesindel ausgefüllet, welches aus diesem zu ersehen ist, daß nach ausweis . . . in des Mannes Nachod haus 34 unterschiedliche familien und in des Esriel Bresnitz haus 24 solche familien gewohnet haben. Woraus folget, daß in einem partialgehaus 20. 30 auch mehr. und also in einem gantzen haus wohl über hundert Juden beysammen stecken." An anderer Stelle charakterisiert die Reduktionskommission die Partialhäuser als „zu größerer vermehrung der Judenschaft erfundene finesse und fortel".

[26]) Vgl. oben S. 102, 125.

[27]) Das ergibt sich aus ihrer Umrechnung von 1337 Familien, die i. J. 1680 aus Prag vertrieben werden sollten, auf 4.000 Personen; es macht jedoch den Anschein, als hätte sie die Kinder bis zu 10 Jahren nicht mit einbezogen.

[28]) Ihren Antrag auf Beschränkung der Judenehen formulierte die Kommission folgendermaßen: „damit 1° niemanden von denen Prager jüdischen söhnen ehender, bis von obgedachten 620 paar eheleüthen jemandt absterbete, zue heyrathen erlaubet".

[29]) Diesem Absatz ist ein genauer Entwurf des Paletenformulars beigeschlossen und Winke für dessen Ausfüllung.

[30]) Die Reduktionskommission selbst gebraucht an einer Stelle ihres Memorandums die Wendung: „würckliche verheyrathung".

[31]) Der Kern der jüdischen Bemängelungen lautet im Memorialauszug: ..... theils denen christlichen handwercksleüthen die schuld imputiret und warumb die christliche handwercksleüthe manche waaren nicht selbst einkauffen. ihnen den geldmangel vorgeworfen mit weitern vermelden, daß sie denen Christen das geld vorstrecken und darmit ihnen in der nahrung helfen thätten".

[32]) Das Privilegium Ferdinands III. (abgedr. bei J. Čelakovský l. c. I. S. 584—5), bestätigt durch Leopold I. und Josef I. (und i. J. 1719 auch durch Karl VI.) setzte im Alinea 9 fest, daß die Juden im Tandelmarkt „die von ihnen verfertigte arbeith" bloß an zwei Tagen der Woche (Dienstag und Freitag) verkaufen dürften. Die Reduktionskommission v. J. 1714 beantragte die Erstreckung dieser Bestimmung auf jegliche Feilhaltung der Juden („also ist keine wichtige ursach, warumben sie andere waaren die gantze wochen hindurch darselbst verkaufen solten") mit dem Hinweis darauf, daß die Privilegien vom jüdischen Handel „in terminis generalibus" sprächen.

[33]) Über die ungünstige Auswirkung des jüdischen Handels auf die Christen spricht das Memorandum folgendermaßen: „Dann eben durch den täglichen judenhandel seyndt die christliche kaufleüthe zue grund gegangen, wie es aus denen vorhero mit vielen christlichen tuchhandlern besetzt gewesten, jetzt aber gantz lähr und wüst stehenden so genandten tuchkotzen oder tuchniederlag abzunehmen ist, welches anderst nicht remediret werden kann, als wann denen Juden der verkauf in tandelmark auf zwey täge in der wochen restringiret und dadurch das continuirliche in-der-stadt-herumblauffen der Juden eingeschräncket wurde". Die Kommission berief sich auch auf das Beispiel der Jahrmärkte in den Städten, wobei fremden Handels-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

leuten nur während der Marktdauer zu verkaufen gestattet sei, da sonst die einheimischen Handels- und Handwerksleute nicht leben könnten: „also auch bey dem in tandelmarck alltäglichen jüdischen verkauf, so in der sach selbst einen continuirlichen jahrmarck vorstellet, denen christlichen durch die stadt hin und her in ihren krambläden zerstreüten handelsleüthen aufzukommen unmöglich ist".

[34]) Dazu fügt das Memorandum folgende Charakteristik der Juden bei: „daß, wann die Juden wieder einen Christen einigen zorn oder verdruß fassen, sie denselben unter ihnen ausschreyen und in einen bann oder fluch setzen, auch darmit so viel auswürcken, daß von dieser zeit an kein Jud mit einem solchen Christen handeln, oder von ihme etwas kaufen darf, bis der Christ sich denen Juden accomodiren und von ihren bann losgesprochen befreyet wurde".

[35]) Das Memorandum sagt: „so ist auch anietzo gar billich, damit alle und jede an denen Christen exercirende curen oder heylungen, auch das aderlassen, absonderlich bey denen weibsbildern, ne abortus procuretur, sowohl in als auch außerhalb der Judenstadt ihnen Juden scharf verbothen" werden.

[36]) Mitglieder waren der Altstädter Hauptmann Freiherr von Říčan, Astfeld und der Altstädter Primas Gottlob Worzikowsky.

[37]) Mittels Vollmacht der Prager Judengemeinde vom 4. September 1715 wurden mit den Verhandlungen neben drei Mitgliedern des Kollegiums der Judenältesten — Primas Samuel Sachsel, Jakob Jerusalem und Feitl Fanta — folgende Juden betraut: Simon Jeitel(e)s, Isaak Schnürdreher, Feischel Jeiteles und Gumprecht Leütmeritz.

[38]) Über diese Konskription hat sich — soviel bekannt — in den amtlichen Akten keine Nachricht erhalten. Laut Protokoll vom 14. Oktober 1715 erklärte die Judendelegation: „nach den Schwedischen krieg seynd die Juden von 10 jahren an abgezehlet worden und befunden, daß der Juden 7633, wie die verzeichnus dato bey der hochlöbl. k. Statthalterey hofentlich zu finden seyn werde, gewesen, wobey zu vermercken, daß die ungezehlte, unter zehen jahr, eben ein grossen anzahl gemacht haben".

[39]) Die Delegation erklärte (dasselbe Protokoll wie in der vorhergehenden Anm.): „damals (d. i. im J. 1708) Ihro Excell. h. graf Kinsky, alß damahliger obrister cantzler, alß dieselben in puncto reductionis von k. hof die inspection gehabt, und die reductionscommission angeordnet, in gegenwarth des Sachsel (gemeint ist damit Samuel Sachsel, der jüdische Primas) sich zum öftern verlauthen lassen, daß Ihro Maj. die Judenschaft bis auf 12.000 seelen zu reduciren allergnädigst gemeinet seyn". Vgl. auch oben S. 188.

[40]) Namentlich ist für die Kenntnis der jüdischen Selbstverwaltung wichtig der „Bericht an Ihro Maj., was vor dienste bey der Prager Judengemeinde üblich gewesen, wie viel ex instituto bey jedem ambt stehen, wie viel jeden orths der zeit ermanglen und was in deren ersetzung verhinderlich, mithin zu besserer einrichtung nützlich seye und wer ein oder andere dienst vorhero und ehe die policey und oeconomieweesen angestellte commission verordnet worden, vergeben und ersetzet habe", datiert vom 9. Dezember 1718.

[41]) Im Reskript dd. Wien den 21. Feber 1718 heißt es: „die zu einrichtung der judenoeconomie verordnete commission nur bey denenjenigen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

diensten, welche von derselben occasione der jetzigen von neuen aufgestellet worden, dergestalten, wie es bey der ersten ersetzung beschehen ist, ihre activität haben solle".

[42]) Das Judenprivilegium Kaiser Karls VI. vom 24. Juli 1719 abgedruckt bei J. Čelakovský l. c. I, Nr. 340, S. 693—5.

[43]) Das Original dieses Gutachtens unter der Überschrift „Bericht an Ihro Majestät in materia reductionis der allhiesigen Judenschaft" erliegt in ČDK IV T 1, 3 ex 1719; das Konzept ist bei den Statthalterakten erhalten.

[44]) Diese interessante Behauptung lautet im Auszug des statthalterischen Gutachtens: „seye der Juden allzugroße gemeynschaft und vertreülichkeith mit denen Christen dermaßen gewachsen, daß die Juden in denen auch vornehmer Christen haüsern bies in die innerste gemächer gantz frey einschleicheten, ja auch sommers zeit in denen Christen garthen an sonn- und feüertägen mit spiehlen sich divertireten, dahingegen die Christen wiederumben zu denen Juden an ihren habenden festtägen, dann hochzeiten und beschneidungen nicht ohne laesion der auferbaülichkeith sich verfügeten". Ähnlich heißt es etwas weiter unten: „samb viele Christen zu ihren kindtstaufen, hochzeithen, auch sonsten der jüdischen spiehlleüthen sich bedieneten und hierdurch denen Juden selbsten zu billicher ärgernus und ihrer grösten verstockung einen nicht geringen anlaß gebeten." Daß es zu freundschaftlichem Verkehre ab und zu kam, wie davon das erzbischöfliche Konsistorium spricht, ist wohl kaum zu bezweifeln, sicherlich ist er jedoch nicht als allgemeine und häufige Erscheinung zu betrachten. Am wahrscheinlichsten kamen solche Berührungen an der Peripherie der Judenstadt vor, wo Juden und Christen in unmittelbarer Nachbarschaft lebten und wo die Plage des täglichen Lebens — ich habe da vor allem die ärmlichen christlichen Lebensverhältnisse beim hl. Geist und auf der Jurisdiktion des St. Georgsklosters im Sinne — die beiden Rassen einander menschlich näherbrachte. Sicherlich bildete ein solcher Verkehr doch nur eine verhältnismäßige Seltenheit und Ausnahme und das erzbischöfliche Konsistorium übertreibt aus durchsichtigen Gründen mit seiner Verallgemeinerung. In den Handels-, Handwerks- und Beamtenkreisen der Altstadt, also in den offiziellen und maßgebenden Kreisen, herrschte eine entschieden judenfeindliche Stimmung, sodaß es in diesen Schichten zu ähnlichen Erscheinungen nicht kommen konnte. Gewisse Sympathien des armen Prager Christenvolks für die Juden konnten ihren Ursprung darin haben, daß das Ghetto billigeren Einkauf ermöglichte und gewiß auch zuvorkommendere geschäftliche Behandlung bot als die christlichen Handels- und Handwerkskreise, die sich dem Armenvolk gegenüber auf die Prager Aristokratie hinausspielten.

[45]) Ihren Standpunkt faßten die Statthalter in folgende Worte: „Und weylen schlüßlichen in notorietate beruhet, daß die auf dem lande existirende Juden nach und nach sich gleichfalls dergestalten vermehrt haben, daß sie einen überaus großen eintrag den treügehorsambsten innwohneren, wie auch denen gesambten christlichen handels- und handwercksleüthen fast täglich von darumben verursachen, umb willen fast kein gewerb mehr ist, welches die Juden nicht solten stärcker dann die Christen treiben; so währe ohne unser allergehorsambstes maasgeben nothwendigerweise dahin zu reflectiren, damit bey würcklicher reducirung öfters erwehnter Prager zugleich auch die landesjudenschaft — wovon zu Lieben eine halbe meyl weegs von Prag ein großer theil sich aufhaltet, welche durch ihr öftermah-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

liges herein- und hinauslauffen verschiedene unterschleife auszuüben suchen — zu verhüttung und abschneidung sothanen allzugroßen eingriefs in die christliche Nahrung gleichfalls auf eine gewisse anzahl restringiret werden möge".

[46]) Dekret der böhmischen Hofkanzlei vom 30. Jänner 1720 auf die Anfrage der Statthalter vom 9. Jänner 1720.

[47]) Dekret vom 20. Jänner 1721.

[48]) Gleichzeitig mit ihrem Gutachten sandten die Statthalter den Bericht über die Beschwerden der christlichen Zünfte ein, mit denen sich der subdelegierte Ausschuß der Reduktionskommission im September und Oktober 1715 recht eingehend beschäftigt hatte. Dieser „Bericht an Ihro Majestät über die vollbrachte Untersuchung deren von denen Handels- und Handwerksleüthen wider die Judenschaft angebrachte verschiedene Beschwerden und Klagen" ist vom 4. März 1721 datiert und erliegt jetzt in ČDK IV T 1. 21 ex 1721: er trägt das gleiche Präsentationsdatum der böhmischen Hofkanzlei (1. April 1721) wie das Gutachten der Statthalter vom 5. Oktober 1719.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

7. Kapitel.

Die Prager Ghettokonskription vom Jahre 1729.

Die Ausdehnung der Reduktionspläne auf die gesamte böhmische Judenschaft. — Die Denkschrift der Handelsleute v. J. 1718. — Die judenfeindlichen Anträge der Konferenz zur Hebung des böhmischen Handels v. J. 1723. — Die Verhandlungen des böhmischen Landtags über die Judenfrage (1724/25). — Die Ablehnung der Regierungsproposition, wonach die Juden vom flachen Lande völlig vertrieben und nach dem Stand v. J. 1618 reduziert werden sollten. — Die Entschiedenheit der Regierung. — Die Konskription der Landjudenschaft und deren Bearbeitung durch die ständische Judenreduktionskommission. — Die Beschränkung der Judenehen (Reskript vom 25. September 1726). — Die Errichtung einer Zählungskommision für das Prager Ghetto und ihre Vorschriften. — Der neue Ghettoplan. — Die Schwierigkeiten der Zählungskommission. — Die Einschränkung des jüdischen Handels. — Das Einschreiten der Hofkammer zugunsten der Juden. — Die Liste der jüdischen Beschwerden. — Die Antwort der böhmischen Hofkanzlei. — Der Sieg des Fiskalinteresses. — Die Beratungen der böhmischen Hofkanzlei und der Hofkammer über eine Revision der antijüdischen Verfügungen. — Die Berufung von Vertretern der böhmischen und mährischen Judenschaft nach Wien. — Die endgültige Haltung der Konferenz der böhmischen Hofkanzlei und der Hofkammer. — Verebbung des behördlichen Antisemitismus in den Dreißigerjahren des XVIII. Jahrhunderts. — Die Ergebnisse der Prager Ghettokonskription.

Mochte auch den ausführlich begründeten Anträgen der Judenreduktionskommission v. J. 1715 ebensowenig wie den damit übereinstimmenden Anträgen des Gutachtens der böhmischen Statthalter v. J. 1719 eine formelle kaiserliche Entschließung gefolgt sein, so sind doch die Spuren ihrer Argumentationen und Anschauungen bezüglich der Lösung der Judenfrage in den folgenden Jahren bei mehr als einer Gelegenheit zu bemerken und auch ihr Einfluß auf den sachlichen Inhalt der in den Zwanzigerjahren des XVIII. Jahrhundertes erschienenen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

antijüdischen Verordnungen ist unbestritten. Das, was betreff der Juden die Memoranden der Reduktionskommission und der Statthalter darlegten, war übrigens öffentliche Meinung der höheren Gesellschaftsschicht in Böhmen, sowohl der aristokratischen Beamtenschaft und des katholischen Klerus als auch der Handels- und Handwerkskreise der Bürgerschaft. Von dieser ausgesprochen judenfeindlichen Stimmung, die sich seit der Thronbesteigung Karls VI. immer lauter bemerkbar machte, war namentlich das Kommerzkolleg erfüllt. Diesem war es vor allem darum zu tun, daß die Lösung der jüdischen Frage in der kürzesten Zeit und auf die radikalste Art durchgeführt werde. Denn die Erwägung, auf welche Weise der Judenhandel zugunsten der Handels- und Industrieunternehmung der Christen einzuschränken sei, stand im Vordergrunde des Interesses des Kommerzkollegs, und aufgrund des gesammelten Materials gelangte es zu ähnlichen Schlüssen und Vorschlägen, wie alle bisherigen Judenreduktionskommissionen. Weil es jedoch im Programm des Kommerzkollegs lag, nicht bloß Prags, sondern ganz Böhmens Handel und Industrie aus dem bisherigen Tiefstande zu heben und emporzubringen, beschränkte sich sein Interesse nicht auf die Prager Juden allein, sondern wandte sich der gesamten in Böhmen wohnhaften Judenschaft zu. Daher wird das Problem einer Reduktion des Prager Ghettos inbezug auf Bevölkerung, Handel und Bauumfang namentlich seit Anfang der Zwanzigerjahre des XVIII. Jahrhunderts zum Teilprogramm des großen und weitreichenden Reduktionsprogramms, das gleichmäßig der gesamten böhmischen Judenschaft sehr empfindlich an den Leib rücken sollte. Freilich wandten die Reduktionspläne auch weiterhin ihr Augenmerk vorzugsweise der Prager Judenschaft zu; es war dies die natürliche Folge der exponierten Stellung, welche das Prager Ghetto um seiner wirtschaftlichen Stärke und seines Volkreichtums willen unter den Judengemeinden Böhmens einnahm.

Diese vorzugsweise Berücksichtigung des Prager Ghettos als Repräsentanten des böhmischen Judentums spiegelt sich auch klar in der Denkschrift, welche vermutlich i. J. 1718 von der christlichen Prager und böhmischen Handelswelt der zum Studium der Judenprivilegien errichteten Kommission vorgelegt wurde, als die Prager und böhmische Judenschaft um Bestätigung ihrer Privilegien bittlich geworden war.[1]) Diese Denkschrift zählte zunächst die Ursachen auf, weshalb die Juden in Böhmen und vorweg in Prag die Führung im Handel an sich gerissen und diesen angeblich zu einem Großteil in ihren Händen monopolisiert hätten. Auch hier wird zuerst die häufige Klage auf das übermäßige Anwachsen der Juden wiederholt, die namentlich auf der Altstadt fast schon die christliche Bevölkerung überwogen; die Wurzel dessen wird

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

namentlich in den frühzeitigen Judenehen gesucht — der Jude darf nach dem Gesetze Mosis nicht im Zölibat leben —, in der Befreiung der Juden von der Militärpflicht und im Zuzug zahlreicher fremder, namentlich polnischer Juden. Ähnlich wie in Prag — so führt die Denkschrift aus — haben sich die Juden auch auf dem Lande über die Maßen verbreitet und überall den gesamten Auslands- und Hausierhandel[2]) an sich gezogen; selbst die Klöster verschmähen die Judendienste nicht.[3]) Nicht weniger dringlich klingen die Klagen der Denkschrift hinsichtlich der Unzuverlässigkeit der Juden als Schuldner von Christen.[4]) Und wie im Vordergrunde dieser Beschwerden und Angriffe stets das Prager Ghetto steht, so zielen ähnlicherweise auch die übrigen Klagen vor allem auf die Prager Juden ab, auf ihren Handel am Tandelmarkt und außerhalb desselben, — sogar mit christlichen Devotionalien —, auf ihre Mißachtung der christlichen Sonn- und Feiertage, auf ihren unbefugten Waffenhandel usw.

Die in 20 Punkte zusammengefaßten Beschwerden gegen die Juden in der ausführlichen Denkschrift bilden trotz ihrer offensichtlichen Parteilichkeit eine sehr wichtige Quelle zur Kenntnis der Art, des Umfanges und der Methoden des jüdischen Geschäftsbetriebes in Prag; es tritt darin sehr deutlich in Erscheinung, weshalb der jüdische Handel blüht und der christliche darniederliegt. Der Grund dieses Erfolgs und Mißerfolgs beruhte jedoch keineswegs etwa auf dem Gegensatze von jüdischer Falschheit und christlicher Ehrlichkeit und Solidität, wie die Denkschrift mit aller Macht und mit allen Mitteln glauben machen möchte, sondern auf dem Gegensatze zwischen jüdischer Beweglichkeit, die sich die Methoden neuzeitlichen Handelsbetriebes zueigen gemacht, wie sie damals bereits im vorgeschrittenen Westeuropa zur Geltung kamen, und der christlichen Schwerfälligkeit, die noch an den mittelalterlichen Methoden festhielt und natürlich nicht in der Lage war, einen erfolgreichen Wettbewerb mit dem Wirtschaftsgeiste der Neuzeit aufzunehmen; daher war auch die Methode, mittels der die christliche Produktion und der christliche Handel die jüdische Konkurrenz zu brechen bemüht war, völlig mittelalterlicher Art. Verläßliche Information, sowohl im armseligen Hausierhandel als auch über die Lage auf den Weltmärkten, sicherte den Juden entschiedenes Übergewicht vor den christlichen Handelsleuten ebenso wie die Fähigkeit, den nötigen Kredit zu beschaffen und auszunützen und sich weitblickend den Marktbedürfnissen anzupassen. Die Denkschrift liefert freilich auch den Beweis vom heftigen Haß der christlichen Produzenten und Handelsleute gegen die Juden und vom Bestreben, den jüdischen Druck auf wirtschaftlichem Gebiete um jeden Preis zu beseitigen. Daher begegnen wir auch hier der Erklärung, daß die Juden durch vielfache Übertre-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

tung der ihnen verliehenen Privilegien das Anrecht auf sie verwirkt haben, und der Forderung, die Juden sollten aus Böhmen völlig vertrieben oder durch ihre Reduktion der Zustand v. J. 1618 wiederhergestellt werden. Diesem Antrag gesellen sich dann noch weitere Wünsche nach Beseitigung des jüdischen Hausierhandels — ausdrücklich werden auch die Kloster-Hausjuden erwähnt —, nach Beschränkung des jüdischen Handelns auf dem Tandelmarkt und in der Judenstadt auf zwei Tage in der Woche und nach dem Verbot des jüdischen Waffenhandels.

Von ähnlichem Geiste waren auch die judenfeindlichen Anträge beseelt, welche i. J. 1723 aus den Beratungen über die Mittel zur Emporbringung des böhmischen Handels hervorgingen.[5]) Natürlich wurde hiebei die gesamte jüdische Geschäftstätigkeit, auch außerhalb Prags, ins Auge gefaßt, wiewohl auch hier begreiflicherweise das Übergewicht des Prager Ghettos entsprechend hervortrat. In den Anträgen dieser Beratungen wurde neuerlich die Notwendigkeit der Judenreduktion und einer wesentlichen Einschränkung des jüdischen Handels vor allem durch das Verbot des jüdischen Außenhandels (namentlich mit Tuchen) betont, durch Beseitigung des jüdischen Hausierhandels und Beschränkung der Geschäfte auf dem Prager jüdischen Tandelmarkt auf zwei Tage in der Woche. Die Unterlage für die Reduktion der Landjudenschaft in Böhmen sollten im Wege der Kreisämter durchzuführende Judenkonskriptionen schaffen; der Umfang dieser Reduktion sollte mit Rücksicht auf die jüdische Kontribution bestimmt und die Zahl der Landjuden auf den Stand v. J. 1618 herabgesetzt werden, bzw. auf den Stand von 1654 und 1661, der in diesen Jahren für Steuerzwecke festgestellt worden war und als Grundlage zur Bemessung der jüdischen Kontribution gedient hatte. In der Reduktionsfrage der Prager Juden kamen die Anträge der Judenreduktionskommission v. J. 1715 in der Fassung des Gutachtens der böhmischen Statthalter vom 5. Oktober 1719 zur Geltung. Nach ihren Richtlinien sollte zu Reduktionszwecken eine neue Konskription des Prager Ghettos unternommen und desgleichen eine genaue und strenge Evidenz der Prager tolerierten Juden eingeführt werden. Schließlich gelangten auch die Beratungen v. J. 1723 zum Schluß, es werde für die Zukunft nötig sein, die Judenehen einzuschränken, um die Zahl der stabilisierten Juden einhalten zu können, deren Festsetzung dem Kaiser vorbehalten blieb.

Schon vorher war mit Reskript vom 25. Mai 1723 der Kampf gegen die Landjuden eröffnet worden, indem das Verbot des Landtagsschlusses v. J. 1650, ohne landesfürstliche Bewilligung Judenhäuser, Synagogen und Friedhöfe zu errichten, erneuert wurde. Die geplante Reduktion der Landjudenschaft konnte man jedoch, insofern diese

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

außerhalb der königlichen Herrschaften (und königlichen Städte) saß, nicht ohne Mitwirkung und Zustimmung der böhmischen Stände durchführen, die diese Frage direkt und indirekt anging, da sie mit der Landesberna und den obrigkeitlichen Rechten zusammenhing. So kam auf Veranlassung der Regierung das Problem der Judenreduktion vor den Ende 1724 zusammentretenden böhmischen Landtag; es war dies seit 1650 zum erstenmal, daß sich die böhmischen Stände mit der jüdischen Frage wieder genauer zu beschäftigen hatten. Der Regierungsentwurf, der einerseits mit der direkten oder indirekten Beteiligung der Juden an den Diebstählen auf dem Lande, anderseits mit der Bedrückung des untertänigen christlichen Bauernvolks durch die Juden motiviert wurde, war äußerst radikal. Es wurde dadurch nicht allein die Verordnung des Landtagsschlusses v. J. 1650 erneuert, wonach kein Jude, der nicht vor dem 1. Jänner 1618 in Böhmen ansässig war, im Lande geduldet werden sollte, sondern es wurde den Juden der Aufenthalt auf dem Lande überhaupt verboten. Alle verbliebene Landjudenschaft, d. h. diejenigen, die nachgewiesen hätten, daß ihre Vorfahren vor dem 1. Jänner 1618 im Lande siedelten, sollten zwecks leichterer Aufsicht in die städtischen Judengemeinden aufgeteilt werden, sodaß das Land außerhalb der Städte völlig judenfrei geworden wäre. Von diesem allgemeinen Aufenthaltsverbot für Juden auf dem flachen Lande waren aus durchsichtigen Gründen bloß die jüdischen obrigkeitlichen Branntweinbrenner ausgenommen.[7])

Doch der Regierungsentwurf stieß bereits in der achtgliedrigen Landtagskommission, die für das Landtagsplenum ein Gutachten ausarbeiten sollte, auf entschiedenen Widerstand.[8]) Die Kommission lehnte zunächst einmal den Plan ab, alle Juden vom flachen Lande zu entfernen; — ihr Hauptgrund war, daß durch Vermehrung der städtischen Judenschaft nicht allein die Christen, sondern auch die Juden selbst sehr geschädigt würden, was sich indirekt in der beiderseitigen städtischen Kontribution spiegeln müßte, und dem Regierungsentwurf stellte sie die Behauptung gegenüber, eine leichtere Beaufsichtigung der Juden sei auf dem flachen Lande möglich. Die Kommission beantragte lediglich die Vertreibung der Juden von den Freisassengütern. Sie war auch nicht damit einverstanden, daß der Stand v. J. 1618 zur Grundlage der Judenreduktion genommen werde, und verlangte, das Jahr 1654 als „annus directorius", das Jahr der Anlegung des Steuerkatasters, in den auch die Juden eingetragen waren; ihnen sollten noch jene Juden zugezählt werden, die nach Durchführung der Judenreduktion in Österreich (i. J. 1661) nach Böhmen zugezogen waren, hier das Ansässigkeitsrecht zuerkannt erhalten hatten (per modum incolatus) und im Kataster mit einer Kontributionsquote von 12.000 fl. eingeschrieben

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

waren. Der Antrag war in der Absicht begründet, die Juden nicht derart zu schwächen, daß sie vielleicht nichtmehr imstande wären, den bisherigen Kontributionsanteil zu tragen. Das Landtagsplenum machte sich den Standpunkt der Landtagskommission völlig zu eigen und stimmte auch dem Kommissionsantrag zu, eine Konskription der Judenfamilien anzustellen, soweit sie sich seit dem Jahre 1654 in Böhmen aufhielten, bezw. seit Durchführung der österreichischen Reduktion, sowie eine Konskription jener Juden, die aus den Nebenländern der Krone Böhmen stammten. Dem Oberstburggrafen blieb nichts anderes übrig als der ungeduldigen Regierung zu referieren, daß der böhmische Landtag die Regierungsproposition hinsichtlich der Reduktionsmodalitäten der Landjudenschaft ablehne.[9])

Die Regierung war jedoch nicht gesonnen, ihren Plan fallen zu lassen. Mit Reskript vom 22. Juni 1725 wurden die Anträge des böhmischen Landtags abgewiesen und neuerlich die Gründe dargelegt, daß die Juden vom Lande völlig entfernt und zahlenmäßig auf den Stand v. J. 1618 vermindert werden müßten. Die Regierung verfehlte zwar nicht zu betonen, daß das Land einen Teil der Judenkontribution übernehmen müßte, sie verwies aber auf den Vorteil, der aus der Verwirklichung ihrer judenfeindlichen Pläne dem Handel angeblich erwachsen würde. Die endgültige Entscheidung setzte jedoch eine Einigung mit den Ständen voraus. Daher ordnete das Reskript unterdessen die Durchführung der bereits bei den Beratungen v. J. 1723 beschlossenen genauen Konskription aller Landjudenschaft an; damals waren bereits die nötigen Formulare festgestellt worden, die das Gubernium mit einer entsprechenden Instruktion den Kreisämtern zugesandt hatte. Den Statthaltern wurde nunmehr aufgetragen, über den bisherigen Stand dieser Konskription einen vorläufigen Bericht zu erstatten; außerdem wurde die Einsetzung einer besonderen Kommission empfohlen, die der Oberstburggraf Graf von Wrtby schon in seinem Bericht vom 20. Dezember 1723 beantragt hatte und die die eingebrachten Konskriptionsoperate revidieren und ein Gutachten darüber ausarbeiten sollte. Wie jedoch die Statthalter am 16. Juli 1725 nach Wien meldeten, war derzeit die Konskription der Landjudenschaft schon fertig und eine ständische Kommission mit ihrer Bearbeitung betraut.[10]) Mittels Reskript vom 31. Juli wurde dieser Kommission als Richtlinie zur Bearbeitung der Judenkonskription in Erinnerung gebracht, der Kaiser sei durchaus nicht gesonnen, seine Entschließung aufzugeben, derzufolge die Judenreduktion nach dem Stande vom Jahre 1618 durchzuführen war.[11])

Bei der Meinungsverschiedenheit zwischen Regierung und böhmischen Ständen in der Judenreduktionsfrage war es begreiflich, daß sich die ständische Judenreduktionskommission mit der Verarbeitung des

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

von den Kreisämtern gesammelten Materials keineswegs beeilte. Als die Statthalter mit Reskript vom 8. Feber 1726 sehr dringend urgiert wurden, den anbefohlenen Bericht über die Ergebnisse der Landjudenzählung so bald als möglich zu erstatten, da zeigte sich, daß die ständische Kommission wegen technischer und sachlicher Hindernisse noch überhaupt zu keinem Resultat gekommen war. Ihr Bericht[12]) machte in erstre Linie darauf aufmerksam, daß die Berichte und Tabellen der Kreisämter bezüglich der Judenkonskription einesteils sehr ungleich gefaßt und andernteils das ganze Material derart umfangreich sei, daß es bisher nicht verarbeitet werden konnte.[13]) Die Hauptschwierigkeit lag jedoch darin, daß sich die Kommission nicht mit dem Plane der Regierung befreunden konnte, den Stand v. J. 1618 zur Reduktionsgrundlage zu machen. Daher betonte die Kommission wieder, Kaiser Leopold I. habe den durch die österreichische Reduktion vertriebenen Juden gestattet, sich in Böhmen niederzulassen, und machte auf die Mängel und Unklarheiten der kaiserlichen Entschließung aufmerksam. Die Regierung mochte mit Grund befürchten, die passive Resistenz der ständischen- Kommission könnte die Ausarbeitung eines Gutachtens vielleicht auf lange Jahre hinausschieben und somit gegebenenfalls die Durchführung der vorbereiteten Reduktion überhaupt in Frage stellen; sie beeilte sich daher, das Mißtrauen der böhmischen Stände zu zerstreuen. Das Reskript vom 30. August 1726 versicherte, es handle sich jetzt lediglich um die Feststellung, an welchen Orten, in welcher Zahl und wie lange Juden in Böhmen ansässig seien; über die Reduktionsgrundsätze werde erst später entschieden werden. Die Absicht der Regierung, das Mißtrauen der Stände zu verscheuchen, trat auch in dem Umstand zutage, daß gleichzeitig neue Konskriptionsformulare nach Prag gelangten, nach denen in allen Kreisen die Judenkonskription revidiert werden sollte.[14])

Diese ganze Aktion bezog sich bloß auf die Landjudenschaft und ließ das Prager Ghetto — wenigstens unmittelbar — unberührt. Doch die Atempause, die dadurch den Prager Juden gegönnt war, dauerte nicht lange; — in der zweiten Hälfte des Jahres 1726 wurde auch gegen sie eine Aktion eröffnet. Vor allen Dingen wurde das Prager Ghetto schwer durch das Reskript vom 25. September 1726 betroffen, das übrigens die gesamte böhmische Judenschaft anging: es enthielt die Bestimmung, daß künftighin bloß einem einzigen männlichen Mitglied einer Judenfamilie gestattet sei, eine rechtsgültige Ehe einzugehen, und lediglich diesem einen Mitgliede wurde das Ansässigkeitsrecht zuerkannt; die Überwachung der Einhaltung dieser Vorschrift im Prager Ghetto wurde dem Altstädter Magistrat übertragen. Überdies wurde den Prager Juden verboten, ohne Bewilligung des Herrschers ihre Häuser

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

zu erweitern oder zu erhöhen, und ihnen anbefohlen, auf ihre eigenen Kosten eine genaue Ghettokonskription durchzuführen. Die Entscheidung betreff der Judenehen wurde als eine Interimsverfügung dargestellt; sie hatte offensichtlich den Zweck, das Wachstum der jüdischen Bevölkerung so lange aufzuhalten, bis nach durchgeführter Judenkonskription die Reduktionsfrage entschieden wäre.

Gleich darauf war die Regierung bestrebt, auch die Konskription des Prager Ghettos zu beschleunigen. Mit Reskript vom 8. Oktober 1726, das sich auf die Reskripte vom 30. August und 25. September 1726 stützte, wurde eine viergliedrige Kommission mit dem Altstädter Primator Johann Kaspar Brand an der Spitze eingesetzt[15]) — Brand war bereits Mitglied der Reduktionskommission v. J. 1714 gewesen. Sie bekam den Auftrag, eine verläßliche Konskription des Ghettos durchzuführen, und zwar nicht bloß der Familien und Personen, sondern auch der Häuser und Wohnungen. Der Konskription sollte ein von fachkundigen Baumeistern hergestellter genauer Plan der Judenstadt vorarbeiten, in welchem auch ein ausführlicher Grundriß des Erdgeschosses eines jeden Judenhauses (samt Wohnungseinteilung) eingetragen sein sollte. Der Zählungskommission wurde anbefohlen, die Konskription persönlich vorzunehmen, und es wurden ihr zu diesem Zwecke umfangreiche Vorschriften erteilt. Eine wichtige Neuerung war, daß jedes jüdische Haus eine bestimmte Konskriptionsnummer erhalten sollte, unter der es in das Konskriptionsprotokoll und in den Plan eingetragen werden sollte; auch die Synagogen, die Schulen, der Friedhof sowie überhaupt alle Bauobjekte sollten mit Konskriptionsnummern versehen werden.[16]) Das Konskriptionsprotokoll sollte neben ausführlichen Personalangaben — darunter auch der Vermerk über die Beschäftigung und Vermögensverhältnisse — speziell für Reduktionszwecke auch nach dem mit Reskript vom 30. August vorgeschriebenen Schema die Dauer des Prager Aufenthaltes der betreffenden Familie vermerken, wie überhaupt die Bearbeitung der Konskriptionsprotokolle nach den Formularen des erwähnten Reskripts zu erfolgen hatte.[17]) Besonders sollte festgestellt werden, wieviel Synagogen es im Ghetto gebe, und die Liste sollte von Bemerkungen begleitet sein, ob die betreffende Synagoge schon vor dem Jahre 1618 bestand oder erst später erbaut wurde und wer die Baubewilligung erteilt habe. Mit Rücksicht auf das Reskript vom 25. September wurde angeordnet, es solle zur Evidenz der Judenehen aus den Konskriptionsprotokollen eine Liste sämtlicher Familienväter und ihrer verheirateten und ledigen Söhne hergestellt werden. Diese Liste mit der Aufgabe einer Matrik der künftigen Judenhochzeiten sollte in der Altstädter Kanzlei hinterlegt werden. Das Reskript wiederholte auch die Verordnung, daß ohne kaiserliche Bewil-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

ligung kein Haus der Prager Judenstadt erweitert oder erhöht werden dürfe, und machte kein Hehl daraus, daß diese Konskription die Reduktion und Stabilisierung einer streng festgesetzten Zahl Familien im Ghetto bezwecke; es schrieb auch vor, mit welchen Mitteln Betrügereien hintangehalten werden sollten.[18])

Die Zählungskommission betraute mit der Herstellung des Ghettogrundplans den beeidigten Kammer-Landmesser Franz Anton Glaser (Klose), mit der Einzeichnung der einzelnen Bauobjekte aber — man zählte ihrer 367[19]) — die Baumeister Thomas Haffenecker und Kilian Ignaz Dientzenhofer. Die Herstellungskosten dieses Planes waren recht bedeutend; Glaser forderte für seine Arbeit 450 fl. und die beiden Baumeister sollten zusammen 1.050 fl. erhalten.[20]) Die Gesamtsumme von 1500 fl. wurde trotz des Protestes der Juden auf kaiserlichen Befehl aus dem Judenperdon bezahlt, wie die Zählungskommission und die Statthalter beantragt hatten.[21]) Anfangs Juni 1727 war Glaser mit seiner Arbeit fertig und übergab der Zählungskommission den aus 5 Blatt bestehenden Ghettoplan. Sobald die Baumeister in diesen Plan die ersten drei Häuser eingezeichnet hatten, begann die Kommission infolge der sehr dringlichen Urgenzen aus Wien[22]) am 8. Juli mit ihrer Arbeit.

Die Schilderung, welche die Zählungskommission in ihrem Bericht vom 7. September 1727 von dem Ergebnis ihrer bisherigen Arbeiten gab, war nicht eben erfreulich. Bis dahin waren erst 36 Judenhäuser beschrieben, doch das gewonnene Zählungsmaterial war erst für acht Häuser verarbeitet. Dieser langsame Fortgang war freilich erklärlich. Es war das erstemal, daß eine christliche Kommission die Ghettokonskription allein vornahm, und überdies war diesmal die Zählungsaufgabe viel umfangreicher und verwickelter als bei den bisherigen Konskriptionen. Die Zählungskommission stieß begreiflicherweise auch auf die passive Resistenz der Judenältesten, die an den Zählungsarbeiten persönlich nur geringen Anteil nahmen und sich durch Leute vertreten ließen, welche die nötigen Informationen entweder nicht geben konnten oder nicht geben wollten. Außerdem beschwerten sich die Kommissäre, daß ihnen in manchen Judenfamilien verächtliche Antworten zuteil wurden; sie hätten natürlich solche Fälle unverzüglich mit Arrest bestraft. Eine weitere, sehr peinliche Schwierigkeit verursachte die Feststellung, seit wann jeder einzelne Jude bezw. dessen Vorfahren in Prag wohnten, mit welchem Recht und mit wessen Bewilligung; in solchen Fällen bediente man sich der Zeugenschaft der Judenältesten, der Kaufverträge und sogar der Grabsteine. Nicht einmal die nötigen Daten über die Errichtung der Synagogen konnten die Kommissäre in Erfahrung bringen. Ähnlicherweise führte die Kommission Klage darüber, daß sich eine Menge jüdischer Kinder mit ihren Wärterinnen in

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

den Weinbergen um Prag befinde — sie gab freilich zu, daß dies der Blattern halber geschehe —, namentlich aber führte sie darüber Klage, daß trotz des ausdrücklichen Verbotes — die Zählung war auf ortsübliche Weise in den Synagogen vermeldet worden — über 200 Präzeptoren und Dienstboten Prag auf einige Zeit verlassen hätten, um sich so der Zählung womöglich zu entziehen, obwohl die Kommission vom Judenquartiermeister ihre Liste hatte.[23]) Am Schlusse ihres Berichtes wiesen die Kommissäre auch auf einige Baumängel des Ghettos hin. Sie machten namentlich darauf aufmerksam, welche Masse Holz an den Judenhäusern sei und welche Feuersgefahr da drohe; sie erhoben auch Beschwerde nicht bloß wegen der Höhe der Judenhäuser, die vielleicht 4—5, mit dem bewohnten Dachboden sogar 6 Stockwerke aufwiesen, sondern auch wegen des Schmutzes und üblen Geruches im Ghetto.[24]) Besonders aber verwiesen sie auf die geheimen Verbindungen zwischen den einzelnen Judenhäusern und auf geheime Eingänge in die Judenstadt.[25])

Auf diese Beschwerden hin verfügten die Statthalter mittels Dekrets vom 23. Oktober 1727 im Wege des Altstädter Hauptmanns, daß die Zählungskommission stets von zwei Judenältesten begleitet sein und auch überall mit dem gebührenden Respekt aufgenommen werden müsse. Diejenigen Juden, die sich durch eine zeitweilige Entfernung von Prag der Zählung entziehen wollten, sollten durch eine hergebrachtermaßen in den Synagogen publizierte Kundmachung zur Rückkehr binnen Monatsfrist aufgefordert werden. Den Stadttorwächtern wurde aufgetragen, keine fremden, namentlich keine polnischen Juden nach Prag einzulassen. Die übrigen Vorschriften der Statthalter betrafen die Entfernung der Baumängel im Ghetto, die Beseitigung der geheimen Kommunikationen zwischen den Judenhäusern und der geheimen Ausgänge aus der Judenstadt. Über alldies referierten die Statthalter gleichzeitig auch der böhmischen Hofkanzlei, die bereits drei Tage vorher wiederum auf die Beschleunigung der Ghettokonskription gedrängt hatte.[26]) Noch langsamer gingen die Arbeiten der ständischen Kommission zur Reduktion der Landjudenschaft vorwärts, die im Oktober 1727 noch nicht einmal einen einzigen Kreis bearbeitet hatte.[27])

Die judenfeindlichen Schritte, welche die Regierung in den Zwanzigerjahren des XVIII. Jahrhunderts unternahm, wollten sich nicht auf die böhmischen Juden beschränken, sondern erreichten auch die in Mähren und Schlesien wohnhaften Juden; es folgte dies naturgemäß aus dem Regierungsprogramm, das den christlichen Handel in allen Ländern der Krone Böhmen heben wollte, und aus der unrichtigen Anschauung, daß die Juden überall ein Hindernis für die Entfaltung des Handels seien. Unter dem gesamten Judenhandel erregte die größte Aufmerk-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

samkeit des Kommerzkollegs der Handel mit ausländischen Tuchen. Deshalb wurde i. J. 1727 die Einfuhr dieser Tuche untersagt und der Ausverkauf ihrer Vorräte binnen Halbjahresfrist anbefohlen. Die Regierungsedikte, welche den Juden auch in andern Zweigen ihres Handels empfindliche Wunden schlugen, brachten begreiflicherweise die Judenschaft, namentlich das Prager Ghetto ganz gehörig auf. Sie suchten die Zurückziehung oder mindestens Milderung dieser Edikte besonders durch den Hinweis auf die großen Einnahmen zu erwirken, die der Staatskasse aus ihrem Handel zuflossen. Nur aus ihrem Import fremder Tuche allein hatte der staatliche Fiskus im Laufe der letzten sechs Jahre über 36.000 fl. gewonnen.[28])

Alldies deutete darauf hin, daß die Lösung der jüdischen Frage ausschließlich von den politischen Kreisen ausging, welche die Repräsentanten und Träger des behördlichen Antisemitismus in der zweiten Hälfte des XVII. und im XVIII. Jahrhundert waren. Sowohl die böhmische als auch die Hofkammer waren bisher von allen Beratungen und Vorbereitungen zu judenfeindlichen Verfügungen ferngehalten worden, sodaß sie lange Zeit ihren Standpunkt nicht geltend machen konnten, obwohl sie an den Juden ein lebhaftes Interesse hatten und obwohl die erlassenen Edikte durch ihren tiefen Eingriff in die jüdischen Erwerbsverhältnisse bedenklich die jüdische Kontribution bedrohten. Die böhmische Hofkanzlei, unterstützt vom Kommerzkolleg und von der Kommission für jüdische Wirtschaft, war sich freilich wohl bewußt, daß es fast unmöglich sei, ein Kompromiß zwischen dem politischen und dem kameralen Gesichtspunkt herbeizuführen, und sie überging daher sowohl die Hofkammer als auch die böhmische Kammer, um ihren eigenen Absichten zu einem vollen Siege zu verhelfen. Durch die Passivität, welche die böhmische Kammer i. J. 1714 und 1715 den Arbeiten der jüdischen Reduktionskommission gegenüber an den Tag gelegt hatte, war ein solches Vorgehen zweifellos erleichtert.

Im Jahre 1726 raffte sich jedoch die böhmische Kammer zu einem entschiedenen Protest gegen das formelle und sachliche Vorgehen der böhmischen Hofkanzlei bei ihrer bisherigen antijüdischen Aktion auf und forderte auch die Aufhebung der Judenkommission, in der sie den Hauptberater und Initiator der judenfeindlichen Verfügungen erblickte und durch deren Existenz sie sich in ihrer Jurisdiktion verkürzt fühlte. Sie wies auch darauf hin, daß die Beschränkung der Judenehen eine ansehnliche Anzahl Juden zur Auswanderung zwinge, wodurch die Kontributionsfähigkeit der zurückbleibenden Juden ebenso bedeutend geschwächt werde wie durch die Beschränkung bezw. Untersagung ihres Handels, sodaß die Juden nicht imstande sein würden, ihre Kontributionsquote zu zahlen. Das wiederholte Drängen der böhmischen Kam-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mer sowie die Fürbitte der Wiener Juden für ihre Glaubensbrüder in den böhmischen Ländern veranlaßten zu Anfang des Jahres 1728 die Hofkammer, sich der Juden energisch anzunehmen und gegen die antisemitischen Verordnungen der böhmischen Hofkanzlei aufzutreten.[29])

Die jüdischen Beschwerden betrafen natürlich nicht bloß jene Maßnahmen, welche die gesamte Judenschaft der böhmischen Länder angingen, sondern auch jene Verfügungen, die sich lediglich oder wenigstens vorzugsweise auf das Prager Ghetto bezogen. Den Gegenstand der allgemeinen Beschwerden bildete an erster Stelle das Verbot des jüdischen Handels mit Tabak (1725), fremdem Tuch und Salz (1727). Auf die Judenschaft aller böhmischen Länder bezog sich auch die Einführung einer Leibmaut für die Juden und die Erhöhung des Zolls für ihre Rosse und Wägen ebenso wie (i. J. 1725) das Verbot, an Juden Mauten, Schäfereien, Bierbrauereien, Mühlen und Höfe zu verpachten.[30]) Ähnlich führten alle Juden Klagen über die Beschränkung ihrer Ehen, über die allzustrenge Durchführung des Befehls bezüglich Absonderung der jüdischen Häuser von den Wohnungen der Christen, über das Verbot ihres Handels an Sonn- und Feiertagen und über die vorbereitete Reduktion. Die böhmischen Juden trugen außerdem schwer die Verordnung (v. J. 1723), hinsichtlich ihrer Synagogen und Friedhöfe nachzuweisen. ob sie mit landesfürstlicher Bewilligung errichtet seien. Die mährischen Juden klagten dann über das Verbot des Hausierhandels. Die Sonderbeschwerden des Prager Ghettos betrafen die Gewaltmaßnahmen des Altstädter Magistrats in Angelegenheiten von Zivilstreitigkeiten, die Verkleinerung und Verlegung des jüdischen Tandelmarkts und das Verbot, die Judenhäuser zu erhöhen oder zu erweitern.

Das Memorandum der Hofkammer, welches die Anschauungen und Proteste der böhmischen Kammer genauer reproduzierte, suchte nachzuweisen, daß es Pflicht der böhmischen Hofkanzlei sei, sich hinsichtlich aller Angelegenheiten betreff der Juden mit ihr ins Einvernehmen zu setzen, weil namentlich die böhmischen Juden seit Jahrhunderten nicht bloß in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung der kameralen Jurisdiktion unterständen; die Hofkammer suchte ferner darzulegen, daß sich sowohl die Judenreduktion als auch die Hebung des christlichen Handels auf anderm Wege erreichen lasse. Das Memorandum forderte schließlich, diese jüdischen Beschwerden sollten auf einer Konferenz des Hofkammerpräsidenten und des obersten böhmischen Kanzlers erörtert und das Beratungsergebnis dem Kaiser zur Entscheidung vorgelegt werden; bis dahin solle die Durchführung sämtlicher bisher erlassenen judenfeindlichen Verfügungen ruhen.

Die böhmische Hofkanzlei, der das Memorandum der Hofkammer vom Kaiser zur gutächtlichen Äußerung zugeschickt worden war, stellte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

sich mit Entschiedenheit sowohl gegen die Berechtigung der jüdischen Beschwerden als auch gegen den sachlichen Inhalt der Fürsprachen der böhmischen und der Hofkammer. Ihr Memoriale vom 11. Mai 1728 beschäftigte sich mit der jüdischen Frage in den Ländern der Krone Böhmen gründlich und allseitig.[31]) Es erinnerte u. v. a. nicht bloß daran, daß es außer Polen kein christliches Land gebe, wo die Juden in solcher Zahl lebten wie gerade in den Ländern der Krone Böhmens, namentlich aber in Böhmen und Mähren, es erwähnte weiter auch der Bestrebungen, „diesen schweren Judenlast von dem Hals zu bringen", indem es einen Überblick dieser Bemühungen bot. Es nahm ferner mehrere den böhmischen Juden erteilte Privilegien durch, übersah auch keineswegs die Klauseln des Judenprivilegs Leopolds I. und Josefs I., betonte hiebei, entgegen der Analyse der jüdischen Privilegien seitens der Hofkammer, daß der Kaiser das Recht habe, nach freier Erwägung die Juden überhaupt zu entfernen, besonders aber ihre Reduktion durchzuführen, und gab eine knappe Übersicht der mißlungenen Reduktionsversuche seit dem Jahre 1650. Das Memorial lief stellenweise auf den Standpunkt und die Argumente der Hofkammer sehr heftig Sturm. Bei dieser und bei andern Gelegenheiten berief man sich wiederholt auf das Elaborat der Judenreduktionskommission v. J. 1715 bezw. auf das Gutachten der Statthalter vom 5. Oktober 1719. Sehr ausführlich verteidigte das Memorial entgegen den Ausführungen der böhmischen Kammer die Beschränkung der Judenehen als alleiniges Mittel, um das übermäßige Anwachsen des jüdischen Volkes zu hemmen. Im Zusammenhang damit wurde in interessanter Weise dargelegt, auf was für Hindernisse die Durchführung der Reduktion stoßen könne.[32]) U. a. berief man sich auch darauf, daß die Untertanen in den böhmischen Ländern auch nicht die Freiheit der Eheschließung besitzen. Ebenso beschäftigte sich das Memorial gründlich mit den übrigen Beschwerden bezüglich der antijüdischen Verfügungen, nahm die Tätigkeit der Prager Kommission für jüdische Wirtschaft und Verwaltung in Schutz und diskutierte schließlich die Frage der Jurisdiktion über die böhmischen und Prager Juden, indem es ihre Zuständigkeit zur böhmischen Kammer in politischer Hinsicht bestritt. Es protestierte endlich dagegen, daß die jüdische Frage durch die Hofkammer und die böhmische Kammer überflüssigerweise aufgewirbelt werde, und forderte, der Kaiser solle auf die Anträge der Hofkammer nicht eingehen, namentlich sich nicht bewegen lassen, die Gültigkeit der bisher erlassenen antijüdischen Verordnungen zu sistieren.

In diesem spannenden Zweikampf zog schließlich die böhmische Hofkanzlei den kürzeren; das Einschreiten der Hofkammer führte wiederum eine Wendung zugunsten der Juden herbei. Diese Wendung

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

trat natürlich nicht mit einem Schlage ein. Für den Anfang genügte wenigstens soviel, daß der judenfeindliche Feldzug zum Stillstand kam. Der Antisemitismus der politischen Behörden unterlag auch diesmal wie so oft vordem den Interessen der Staatskasse, die gerade von der Regierung Karls VI. für ihre militärischen Unternehmungen außerordentlich in Anspruch genommen wurde. In seiner Entschließung auf das Gutachten vom 11. Mai 1728 sprach zwar der Kaiser der böhmischen Hofkanzlei den Dank aus für ihre Bemühung, die übermäßige Zahl der Judenschaft zu verringern und den Zustand des Kommerzes zu heben, verwies jedoch darauf, daß es nur gerecht sei, wenn an dieser Aktion auch die Hofkammer teilnehme und auch das Interesse des Staatsfiskus zur Geltung komme. Daher verordnete der Kaiser, daß über alle strittigen Fragen in gemeinsamer Sitzung von Vertretern der böhmischen Hofkanzlei und der Hofkammer verhandelt und dortselbst ein gemeinsames Referat an den Kaiser ausgearbeitet werde.[31]) Diese Entschließung war ein Zeichen, daß der Kaiser von seinem bisherigen entschieden judenfeindlichen Vorgehen ablasse, und ließ den Ausgang der Verhandlungen voraussehen.

Ende Juli 1728 gelangte die erwähnte kaiserliche Entschließung in die Hände des obersten böhmischen Kanzlers. Es verstrich jedoch wiederum fast ein ganzes Jahr, bevor es zu der anbefohlenen Zusammenkunft der böhmischen Hofkanzlei und der Hofkammer kam. Die zur Verhandlung gestellten Streitfragen waren jedoch so umfangreich, daß zu ihrer Erschöpfung acht Zusammenkünfte nötig waren. Zur Eröffnung dieser Beratungen, in denen der Vizekanzler der böhmischen Hofkanzlei Graf Korżensky präsidierte, sofern er zugegen war, kam es am 28. Mai 1729; die letzte Beratung fand am 11. August statt. Für die böhmische Hofkanzlei nahmen neben dem Vizekanzler die Räte Widmann, Hotowetz, Knichen und Turba, der Sekretär Jordan und der Protokollist Tobisch an den Beratungen teil, für die Hofkammer die Räte Germetten und Safran, einmal auch der Sekretär Pichler. Die beiden ersten Beratungen fanden in Laxenburg statt, die dritte und vierte in der Wohnung des Rates Widmann, die übrigen aber im Hause des Vizekanzlers.[32]) Die erste Beratung betraf das Verbot des jüdischen Handels mit Salz, Tabak und fremden Tuchen und Wollstoffen. Namens der Hofkammer erklärte gleich zu Beginn der Rat Germetten, es sei zwar notwendig, eine Judenreduktion durchzuführen, jedoch unter Mitwirkung der Hofkammer, anderseits dürfe ihnen jedoch der durch ihre Privilegien gewährleistete Schutz keinesfalls entzogen werden. Vonseiten der böhmischen Hofkanzlei wurde bemerkt, die Juden gehörten auch in die politische Interessensphäre und es sei nötig, ihre Privilegien nach Bedarf abzuändern. Während alle Beratungsteilnehmer einmütig darin

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

übereinstimmten, daß die jüdische Beschwerde wegen des Verbots ihres Salzhandels nicht berechtigt sei, gaben die Vertreter der böhmischen Hofkanzlei in der Frage des jüdischen Handels mit fremden Tuche nach. Rat Germetten nahm sich in diesem Punkte sehr warm der Juden an und wies darauf hin, daß für die von der Feldwirtschaft ausgeschlossenen Juden der Handel Pflug und Feld bedeute und daß ihnen diese Nahrungsquelle belassen werden müsse, damit sie die Kontribution zahlen könnten. Er anerkannte zwar die Berechtigung einer Hilfeleistung für die heimischen Textilmanufakturen an, betonte jedoch, daß ein Verbot des jüdischen Handels mit fremdem Tuch zu diesem Zwecke völlig unzureichend sei; denn in der Einfuhr würden die Juden von den Christen abgelöst werden und die fremden Tuche würden stets die heimischen Erzeugnisse aus dem Felde schlagen, da diese von schlechterer Beschaffenheit seien und höher im Preise stünden. Er beantragte eine Lösung in dem Sinne, man solle das Angebot der Juden annehmen, ein bestimmtes Quantum heimischer Textilfabrikate abzunehmen, wodurch deren Absatz steigen und die heimische Produktion sich heben würde, außerdem schlug er eine Erhöhung des Zolls auf fremdes Tuch vor. Die Notwendigkeit des Verbotes verteidigte bloß der Rat Widmann unter Hervorhebung der Notwendigkeit, die heimische Produktion zu erhöhen; er befürchtete im Falle eines Widerrufs des Verbotes einen ungünstigen Eindruck bei den heimischen Unternehmern; er war sogar entschlossen, das Verbot auch auf den christlichen Handel auszudehnen, worin er die Zustimmung des Rates Hotowetz fand. Doch der Rat Turba machte darauf aufmerksam, daß der Handel mit Tuch, Leinwand und Wollware die größte Post im jüdischen Perdon darstelle. Und der Vizekanzler konstatierte nicht bloß, daß die Juden zur Zahlung ihrer hohen Steuern auch entsprechend hohe Einnahmen haben müßten, die ihnen bloß der Handel bieten könne, sondern er gab auch seiner Befürchtung Ausdruck, ein Einfuhrverbot fremder Ware könnte schädliche Repressalien auf die Ausfuhr aus den böhmischen Ländern im Gefolge haben. So kam denn der endgültige Beschluß in diesem wichtigen Punkte im Sinne des Antrags der Hofkammervertreter zustande. Den Juden sollte der Handel mit fremden Tuch und Wollstoffen gestattet werden, falls sie eine bestimmte Quote einheimischer Textilien zum Verkaufe übernähmen; über die Einzelheiten sollte noch vor Widerruf des Verbotes direkt mit den böhmischen und mährischen Juden verhandelt werden; die beiden Gubernien sollten hiezu die nötigen Daten über die heimische Produktion liefern.

Den Gegenstand der zweiten Beratung bildete vorwiegend die Frage der Judenehen. Rat Gemetten stimmte der böhmischen Hofkanzlei bei, daß eine übermäßige Vermehrung der Judenschaft eingedämmt werden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

müsse, namentlich betonte er die Entfernung der fremden Juden, wies jedoch nicht bloß darauf hin, daß ein Verbot der Judenehen denn doch allzu gewaltsam sei und dem Naturrecht zuwiderlaufe, sondern auch auf andere bedenkliche Folgen dieses Verbotes. Er forderte zwar keine augenblickliche Aufhebung des Verbotes, sprach jedoch den Wunsch aus, über die zu einer Judenreduktion führenden Mittel möge mit den Vertretern der Juden verhandelt werden. Rat Widmann gab zu, das Reskript von den Judenehen sei aus Verlegenheit über die mit der Durchführung der Judenreduktion verbundenen Schwierigkeiten erlassen worden und es handle sich um eine vorläufige Maßnahme;[35]) er räumte die Möglichkeit ein, reicheren Juden Ehedispensen zu erteilen. Alle Beratungsteilnehmer waren sich darin einig, das Eheverbot sei hart, und über dessen Zweckmäßigkeit gingen selbst die Meinungen der Vertreter der böhmischen Kammer sehr wesentlich auseinander. Schließlich wurde der Antrag der Vertreter der böhmischen Kammer zum Beschluß erhoben, es solle über diese Sache zugleich mit der Reduktionsfrage mit eine jüdischen Deputation verhandelt werden. Hinsichtlich der jüdischen Beschwerden wegen des Pachtverbotes von Bräuhäusern, Höfen, Mühlen usw., wegen des Auftrags, anzuzeigen, aus welchem Rechtstitel sie ihre Synagogen erbaut hätten, wegen Durchführung der Verordnung bezüglich Trennung der Juden- und Christenhäuser und wegen des Verbotes, die Judenhäuser zu erweitern und zu erhöhen, sprach sich die Konferenz dahin aus, daß dies alles in die Kompetenz der politischen Behörden falle.

Die Ursache der einmonatigen Pause, die nach der zweiten Zusammenkunft in den Beratungen eintrat, bildete der Entschluß, Deputierte der böhmischen und mährischen Judenschaft nach Wien zu berufen und mit ihnen einerseits über den Handel mit fremden Tuchen und Wollstoffen, anderseits über die Judenreduktion zu verhandeln. Den Beratungen mit diesen Deputierten war die dritte und vierte Zusammenkunft am 30. Juni und 12. Juli gewidmet.[36]) Der Delegation wurde eröffnet, daß die conditio sine qua non einer Abänderung des Verbotes des jüdischen Handels mit fremden Stoffen die Hebung der heimischen Erzeugung sei und die Notwendigkeit einer Mitwirkung der Juden hiebei, und es wurde ihr der Vorschlag gemacht, die Juden sollten als Mitglieder in die Manufakturgesellschaften eintreten, es wurde ihr sogar angeboten, die Juden sollten sich eine eigene Fabrik bauen, wozu ihnen ein Privilegium erteilt werden würde. Die Judenvertreter erklärten, die Juden seien nicht gegen die heimischen Erzeugnisse und wollten sie künftig auch abnehmen, freilich unter der Bedingung, daß sie gut und billig sein müßten;[37]) sie widersetzten sich jedoch der Verpflichtung, in irgendeine Gesellschaft einzutreten oder sich eine eigene Manufaktur zu

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

errichten. Nur die mährischen Vertreter waren bereit, Kapital in der Glatzer Manufaktur anzulegen; diesem Anerbieten traten nachträglich auch die Delegaten aus Böhmen bei, jedoch unter der Voraussetzung, daß sie sich vorher mit eigenen Augen vom Zustand der Glatzer Manufaktur überzeugen könnten. Übereinstimmend mit der Hofkammer betonte die Delegation, das Verbot habe der heimischen Erzeugung nicht aufgeholfen, da der Import fremder Ware in die Hände christlicher Handelsleute übergegangen sei, es habe aber die Juden unsäglich geschädigt. Sie wies auch darauf hin, daß einzelne Textilsorten im Inland überhaupt nicht erzeugt würden; dagegen deutete sie an, auf welche Ware man anstandslos ein Einfuhrverbot erlassen könne. Ihr Ersuchen klang dahin aus, die Juden sollten im Handel den Christen gleichgestellt werden.

In der Frage des Judenehenverbots, die nunmehr unzertrennlich mit der Reduktionsfrage verknüpft war, wurde die Deputation aufgefordert, Mittel und Wege anzudeuten, damit künftighin die Judenzahl nicht mehr steige und damit die fremden Juden entfernt werden könnten. Es war dies ein für die Delegation gewiß sehr heikler Punkt und daher bewegte sich die Erörterung darüber nur auf allgemeinem Gebiete. Die Judenvertreter erklärten, nach ihrer Meinung sei eine Reduktion überhaupt nicht nötig, da die Juden durch die jüngsten zwei Pestfälle sehr geschwächt seien; die Delegierten wiesen auch auf die mit der Vertreibung der fremden Juden verbundenen Schwierigkeiten hin. Sie räumten jedoch die Möglichkeit ein, eine bestimmte Altersgrenze festzusetzen, vor deren Erreichung den Juden eine Eheschließung verboten sein sollte. Dafür stimmten sie einwandfrei der Vornahme einer genauen Judenkonskription zu und legten einen diesbezüglichen Formularentwurf vor. Dieses Formular befriedigte jedoch die Vertreter der böhmischen Hofkanzlei und der Hofkammer nicht; in der vierten Sitzung wurde daher ein neues Formular aufgesetzt, nach welchem die Konskription durchgeführt werden sollte.

Nach diesen zwei Beratungen mit den Judendelegaten[38]) wurden wiederum die internen Beratungen der böhmischen Hofkanzlei und der Hofkammer aufgenommen, bei denen der endgültige Standpunkt formuliert wurde. An erster Stelle wurde der Judenhandel mit fremdem Tuch erörtert. Die Konferenz war entschlossen, in diesem Geschäftszweig die Juden den Christen gleichzustellen — das bedeutete freilich den Widerruf des bisherigen Verbotes. Sie beantragte daher, auf die Elle fremden Tuches solle ein hoher Zoll von 1 fl. ausgesetzt werden, wodurch nach ihrer Überzeugung die heimische Erzeugung hinreichend geschützt sein würde. Doch sollte der jüdische Handel mit fremdem Tuch auf bestimmte Personen beschränkt bleiben, deren Liste die Prager und die böhmischen Juden dem Kommerzkollegium vorzulegen hätten; außer

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ihnen sollte kein anderer Jude diesen Handel betreiben. Überdies sollte den jüdischen Handelsleuten zur Pflicht gemacht werden, auch heimische Erzeugnisse aus einer beliebigen Manufaktur abzunehmen, jeder jüdische Handelsmann sollte daher dem Kommerzkolleg beglaubigte Ausweise des von ihm abgenommenen heimischen Tuches vorlegen; die Importhöhe fremder Tuche sollte den Zollregistern entnommen werden. Den Juden würde mit einer Verbotserneuerung auf fremdes Tuch gedroht werden, falls sie sich die Entfaltung der heimischen Manufaktur nicht angelegen sein ließen. Über den Judenhandel mit fremden Wollstoffen wurde grundsätzlich ähnlich entschieden. Der schlechte Zustand der heimischen Erzeugung, der Mangel eines diesbezüglichen Überblicks sowie die Befürchtung vor Repressalien des benachbarten Auslands führten zum Vorschlag, vorläufig den Zoll auf fremde Wollware nicht zu erhöhen; den Juden sollte auch dieser Geschäftszweig wieder freigegeben werden, sie sollten jedoch aufgefordert werden, heimische Ware abzunehmen, ohne zur Ausweislegung darüber verpflichtet zu sein.[30])

Während so in der Frage des jüdischen Handels ohne sonderliche Schwierigkeiten zwischen der böhmischen Hofkanzlei und der Hofkammer eine völige Übereinstimmung erzielt wurde, war in der Judenehenfrage kein Einvernehmen zu erreichen. Einen unversöhnlichen judenfeindlichen Standpunkt nahm besonders der Rat Widmann ein; dieser betonte, gegen das Anwachsen der Juden gebe es kein anderes Mittel als eine radikale Ehebeschränkung, und die Juden verdienten keine Barmherzigkeit. Er wies auch darauf hin, daß ein Widerruf der Judenehenverordnung, die nicht bloß in den habsburgischen Ländern, sondern auch im umliegenden Ausland frohen Widerhall gefunden habe, in der christlichen Öffentlichkeit einen unangenehmen Eindruck machen und bei den Juden eine Steigerung ihrer Frechheit zur Folge haben würde. Er gab der Überzeugung Ausdruck, die Judenreduktion werde sich durch die Ehebeschränkung weit besser durchführen lassen als durch Vertreibung eines bestimmten Teiles der jüdischen Bevölkerung aus dem Lande. Er forderte daher die Beibehaltung des erlassenen Verbotes und stellte lediglich zur Diskussion, wann eine Dispens erteilt werden könnte. Entgegen diesem Standpunkt betonten die Vertreter der Hofkammer, die Ehebeschränkung bedeute ein gewaltsames Vorgehen; die Juden würden infolgedessen nicht imstande sein, alle bisherigen öffentlichen Lasten zu tragen. Die Vertreter der Hofkammer hatten zwar keine grundsätzlichen Einwendungen gegen eine Judenreduktion, sie forderten jedoch eine Durchführung in der Weise, daß eine genaue Zahl der tolerierten Familien oder Personen festgesetzt werde, am besten nach dem Stande v. J. 1650; die Durchführung der Reduktion würde zunächst die Anstellung einer genauen Judenkonskription voraussetzen. Sie waren

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

auch bereit, eine gewisse Beschränkung der freien Eheschließung in dem Sinne zuzugeben, daß den Juden allzufrühe Eheschließungen verboten und zur Eheschließung ein bestimmtes Vermögen vorgeschrieben würde; sie hatten selbst dagegen nichts einzuwenden, wenn eine Jahresquote von Judenehen fixiert würde. Der Standpunkt der Vertreter der Hofkammer war damit motiviert, die Juden seien zwar eine „pestis rei publicae". doch gleichzeitig ein „malum necessarium", das namentlich in Kriegszeiten für den Staat einfach unvermeidlich sei. Ihm bemühte sich der Vizekanzler Graf Korżensky entgegenzukommen, der daran erinnerte. daß in formaler Hinsicht ein Widerruf der Judenehenverordnung ebenso möglich sei, wie das Verbot der Verwendung von christlicher Dienerschaft seitens der Juden von der Regierung zurückgezogen worden sei. Er stellte darum den Antrag, es solle den mit dem Inkolat versehenen Prager Juden bezw. ihren Kindern erst nach erreichtem 24. Lebensjahre beim Bräutigam und nach erreichtem 18. Lebensjahre bei der Braut erlaubt sein, eine Ehe zu schließen; Bräutigam und Braut sollten bei der Hochzeit mindestens 1.500 fl. eigenes Vermögen besitzen, falls sie Handel treiben wollten, oder das nötige Werkzeug und 200—300 fl., falls sie ein Handwerk betreiben wollten; auch den Diensboten wäre ein bestimmtes Vermögen vorzuschreiben. Für jüdische Handelsleute auf dem Lande beantragte Graf Korżensky als Mitgift 500 fl., für Handwerker 100 fl. Fremden Juden sollte es verboten sein, in Prag zu heiraten oder nach Prag einzuheiraten; nur dann, wenn die Braut eine Mitgift von 2.000—3.000 fl. besäße, könnte die Dispens erteilt werden. Diebe, Hehler von gestohlenem Gut, Bankrotteure und andere jüdische Missetäter sollten aus dem Lande entfernt werden. Für das flache Land sollte gelten. daß die Juden nirgends zu dulden wären, wo es vor 1650 keine gab. Mit den Anträgen des Vizekanzlers identifizierte sich die Mehrheit der Konferenzteilnehmer, während der Standpunkt des Rates Widmann zum Minoritätsvotum wurde.

Das dem Kaiser vorgelegte Beratungsprotokoll führte einige Begünstigungen herbei, welche den Prager und den böhmischen Juden in den Dreißigerjahren des XVIII. Jahrhundertes zuteil wurden.[40]) Die Bedürftigkeit der Staatskasse war das Öl, welches die hochgehenden Wogen des behördlichen Antisemitismus der Zwanzigerjahre glättete. Mochte auch dieser Sturm, der über die Häupter der böhmischen und vor allem der Prager Juden hinwegbrauste, nicht ganz ohne Folgen geblieben sein, im Wesen blieb doch die frühere Stellung der Juden unberührt. Namentlich aber wurde die seit Jahren mit soviel Gründlichkeit vorbereitete Lösung des Judenreduktionsproblems wieder beiseitegestellt, da u. a. auch die böhmische Hofkanzlei sich der Schwierigkeiten bewußt war, auf die eine Vertreibung auch bloß eines Teiles der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Prager bezw. der böhmischen Judenschaft stoßen würde. Und so wurde denn die Prager Ghettokonskription, die i. J. 1726 als Einleitung zur umfassenden Reduktionsaktion gedacht war, zum Epilog der Reduktionsbestrebungen der Regierung Kaiser Karls VI.

In den erwähnten Konferenzen der böhmischen Hofkanzlei und der Hofkammer wurde mehr als einmal das Bedürfnis nach einer ordentlichen und verläßlichen Judenkonskription empfunden. In Böhmen freilich war — wie bereits oben ausführlicher dargelegt wurde — die Konskription der Landjuden schon seit dem Jahre 1724 im Gange, die Prager Judenkonskription aber seit 1726, doch beide Kommissionen waren noch nicht zur Ausarbeitung eines endgültigen Elaborats vorgedrungen. Der Prager Zählungskommission harrte allerdings nur die Verarbeitung des gesamten umfangreichen Materials, das sich angehäuft hatte, bezw. die Revision und Ergänzung desselben nach den Richtlinien der Regierung. Die Abschließung der Konskriptionsaktion kam in der Konferenz der böhmischen Hanfkanzlei und der Hofkammer vom 12. Juli zur Beratung, in welcher in Gegenwart der jüdischen Delegation das Konskriptionsformular festgelegt wurde, das gleich drei Tage später der Prager Zählungskommission zuging. Das in 10 Hauptrubriken eingeteilte Formular stellte an die Spitze den Namen des Haushaltungsvorstandes mit der Angabe, ob er das Inkolat besitze oder nicht, worauf die Namen der übrigen Familienmitglieder, der Frau und der ledigen Kinder (getrennt nach Geschlechtern) folgten. Hinter der Summe der Personen eines jeden Haushaltes sollten die Dienstpersonen angeführt werden, die beide in ehelicher Gemeinschaft in Prag wohnten, ferner die unverheirateten Dienstpersonen, die Studenten und die Kostgänger und die übrigen augenblicklichen Ghettobesucher; hinter der Summe aller in einem jüdischen Haushalt untergebrachten Personen sollte in der letzten Kolonne des Konskriptionsformulars die Beschäftigung des Familienoberhauptes angegeben werden.

Nach diesem Formular wurde von der Prager Zählungskommission die Ghettokonskription bearbeitet. Ihre Arbeit ergab einen mächtigen Folianten von 300 Seiten, in welchem die wichtigsten Daten der vorhergehenden schwierigen Zählungsaktion zusammengefaßt waren. Die Bedeutung dieser Konskription ist umso größer, als dies die erste auf uns gekommene genaue Ghettokonskription ist, die in mehr als einer Richtung auf die Populationsverhältnisse der Prager Judenstadt die interessantesten Streiflichter wirft. Die Zählungskommission teilte die Judenstadt in 13 Viertel ein und fand im Ghetto unter 367 Bauobjekten 333 bewohnte Häuser. Die Gesamtzahl der Bevölkerung ohne Unterschied des Alters, des Geschlechts und der Ansässigkeit betrug 10.507 Personen. Darunter waren 2.335 Familienoberhäupter (auch Witwer

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und Witwen erscheinen in dieser Eigenschaft), des weiteren ihre 1.587 Frauen und 4.255 Kinder (2.227 männlichen und 2.028 weiblichen Geschlechts), insgesamt also 8.177 Personen. Dazu kamen 1.483 Dienstpersonen (darunter 1.199 Weibspersonen), 806 Studenten und 41 vorübergehende fremde Besucher. Die Wohnverhältnisse dieser Prager jüdischen Bevölkerung waren sehr verschieden. Die höchste Bevölkerungszahl hatte das Haus Nr. 40 im II. Viertel, nämlich 152 Personen, die geringste das Haus Nr. 17 im selben Viertel, nämlich 3 Personen. Im Durchschnitt kamen auf ein jüdisches Haus 31·55 Einwohner.[41])

* * *

Das Jahr 1729 brachte also der böhmischen Judenschaft und namentlich dem Prager Ghetto manche Erleichterung, mochte auch die antijüdische Aktion der Zwanzigerjahre des XVIII. Jahrhundertes damit nicht völlig liquidiert sein. Die Hauptgefahr aber war von der Prager Judenstadt dennoch abgewandt. Der Versuch einer Reduktion der Prager Juden, den die Regierung Karls VI. durch Einsetzung der Reduktionskommission i. J. 1714 in Anknüpfung an die Reduktionsversuche der voraufgehenden Zeit mit soviel Elan begonnen hatte, war vollständig gescheitert. Nach wie vor hatte ihre fiskalische Bedeutung die Judenschaft vor den weitreichenden Plänen des behördlichen Antisemitismus gerettet, der seine Aufmerksamkeit vorzugsweise eben dem Prager Ghetto zuwandte; diese fiskalische Bedeutung der Prager Judenschaft war wiederum ein Zeichen ihrer wirtschaftlichen Stärke. Seinen grundsätzlichen Sieg über den amtlichen Antisemitismus der nachweißenbergischen Zeit hatte freilich das Prager Ghetto mit schweren materiellen und moralischen Opfern erkaufen müssen. Es war dies ein Sieg, dem die Ruhelosigkeit und bebende Angst einiger Judengenerationen anklebte, ein Sieg, der den fast hundertjährigen Kampf um Sein oder Nichtsein keineswegs vergessen ließ. Schließlich war es bloß ein Sieg von vorübergehender Bedeutung. Die Dreißigerjahre des XVIII. Jahrhunderts, in welchen der behördliche Antisemitismus der nachweißenbergischen Zeit, ausklingt, bedeuteten lediglich eine kurze Wetterstille, der dann unvermittelt ein neuer Schlag folgte, der viel schwerer war als alle vorhergehenden Schläge, nämlich der Versuch Maria Theresias, die Prager Judenschaft mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Anmerkungen zum 7. Kapitel.

[1]) Diese Denkschrift, betitelt „Unumbgänglich nothdringende beschwörden wieder die im Prag und auf dem Land überhaüfte Judenschaft", ist adressiert „An ein hochlöbl. zu Revidirung und Untersuchung der jüdischen privilegien verordnete Commission" und unterschrieben „von uns gesambten Kauf- und Handelsleüthen aller dreyen Prager städte und auf dem land im

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Königreich Boheimb". Die Denkschrift ist nicht datiert, aber nach dem sachlichen Zusammenhange ins Jahr 1718 zu setzen, nicht 1721, wie irrtümlich, vermutlich nach dem Registraturzeichen (ČDK. IV T 1, 21 ex 1721), A. Pribram annimmt (Das böhmische Commerzcollegium S. 58), der auch die vorhergehenden Reduktionsarbeiten, die er übrigens nur sehr flüchtig berührt, nicht allweg richtig darstellt (namentlich hält er das Gutachten der Statthalter vom 5. Oktober 1719 für ein Elaborat der Kommission für jüdische Wirtschaft und Verwaltung).

[2]) Die Methode des jüdischen Hausierhandels wird so geschildert, daß die Juden „ein große mänge verschiedener dem publico nicht das mindeste beytragender jüdischer faulentzer, vulgo beschores, macher, sasser oder meckler unterhalten, die da in allen gast-, wirths- und privathaüsern in gantz Prag hausjuden oder viel besser spionen abgeben und sozusagen, damit ohne ihren wissen und interesse nichts aus oder eingehe, die haüser belägern, ja das hausgesindte nach und nach an sich ziehen und von haus zu haus anrufen, daß selbtes kein haasen-, lampel- oder anderes fehl, kleidung und dergleichen niemand andern als diesen hausausspehern verkauffen und dargegen andere waaren annehmen ..."

[3]) „welches übel — des jüdischen Hausierhandels nämlich — sogar auch bey denen gottgeheyligten clöstern laider eingerissen, da ein jedes ihren hausjuden, welcher da sogar in die vorhöffe und closterzimmer komet, unterhaltet und diesemnach allein bey erkauffung der dürftigkeit die handt und gewinnsucht überlässet."

[4]) Die Beschwerdeschrift schildert u. a., wie „ein solcher jüdischer schuldner, da er hernach der Juden gewohnheit nach das worth vorsetzlich nicht einhaltet, der (christliche) creditor hingegen auch an des Judens bevor in dessen fraudem durch allerhandt practiquen dolose an seine kinder und freinde durch ehepackten und andere derley contracten vereüßerten effecten sich nicht mehr zu erholen hat, nachdeme jetzo der müßbrauch der moratorien und status qui (!) abgestellet, durch personalexecution im arrest gebracht und auf das Altstädter rathshaus versperret wirdt, so geschieht ihme dardurch gar wohl, daß er aus der wüst- und gestankhvollen Judengassen in ein sauberes orth, woraus er auf dem Altstädter platz mit dem aussehen alle tag ein annehmliche distraction, auch darneben zu feüerlicher begehung seines jüdischen sabaths ein zehengebothsladen eingerichteter gehabt, nicht minder bey einfallenden jüdischen feyertagen, sogar von der Judengemeinde auf freyen fues sich in der Judengassen aus des hintergegangenen armen creditoris schweis und blueth mit seinen freinden lustig zu machen ausgebürget ... er selbst auch weder contribuiren weder hauszins zahlen darf, eh er bezahlete, liber den todt im arrest erwartet, warmit dann der arme creditor mit bloßen nachsehen abgefertiget und sein schwär erworbenes geldt unter die Juden, mit welchen sie das unter ihnen steckende commercium immerfort einander bestreiten helffen, durch so boshafte circulation gebracht wirdt ..." Dazu bringt die Beschwerdeschrift das Sprichwort in Erinnerung:

„Ein Jud, der niemanden betrügt:
ein wasser, das ohne schaden flaist;
ein wolff, der kein schaff zerreist:
und ein wucherer sonder geldt —
seindt vier wunder in der welt"

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

[4]) „Die Juden nunmehro nicht nur ... mit allerhandt erdenklichen profanwaaren, sondern auch mit geistlichen bildern, rosenkrantzen, agnus dei und crucifixen offentlich in tandelmarkht ein feilschaft zu machen nicht gescheyet ..."

[6]) Diese Beratungen wurden in Anwesenheit Kaiser Karls VI. zu Prag begonnen und nach seiner Abreise fortgesetzt. Teil nahmen daran neben den Statthaltern und den Mitgliedern des Kommerzkollegs der Vizekanzler der böhmischen Hofkanzlei Graf Wilhelm Krakowsky von Kolowrat und die Räte derselben Kanzlei Johann Anton Widman und Ignaz Paul Hotowetz, die neben dem böhmischen Obristkanzler mit dem Kaiser in Prag weilten. Die Ergebnisse dieser Beratungen formulierte der Oberstburggraf Gr. Johann von Wrtby in einem ausführlichen Bericht an den Kaiser dd. Prag, den 20. Dezember 1723, abgedr. bei A. Pribram l. c. S. 145—55. Über die Reduktion der Prager Juden und der böhmischen Landjuden wurde bereits vom böhmischen Obristkanzler Grafen Franz Kinsky bei den Beratungen mit den obersten Landoffizieren des Königreichs Böhmen verhandelt; Graf Kinsky berichtete darüber dem Kaiser noch während seines Prager Aufenthaltes am 2. November 1723. Vgl. A. Pribram l. c. S. 142. Der Bericht des Grafen von Wrtby beruft sich audrücklich auf das Gutachten der Statthalter vom 5. Oktober 1719.

[7]) Reskript vom 10. Oktober 1724 an den Oberburggrafen Gr. v. Wrtby in J 4/21 st.; weitere Dokumente erliegen zum Teil in J 7/8 n.

[8]) Die am 1. Dezember 1724 ernannte Kommission trat aus unbekannten Gründen erst anfangs Mai 1725 zusammen und erstattete ihren an die vier Stände adressierten Bericht am 7. Mai.

[9]) Der Bericht über die Einstellung des Landtags zur Judenreduktion, den dann der Oberstburggraf am 24. Mai 1725 erstattete, war mit Reskript vom 15. Mai urgiert worden („nachdeme wir ... solches — gemeint der Landtagsschluß bezüglich der Reduktion — noch vor schlüssung des heürigen landtags gnädigst anhero befördert sehen möchten").

[10]) Sie heißt: die zu Reducirung der Landesjudenschaft bestellte Commission.

[11]) Anstoß zur Herausgabe dieses Reskripts gab die Supplik der Deputierten der böhmischen Judenschaft an den Kaiser (dd. präs. 12. Juli 1725), die sich auf das Reskript Kaiser Leopolds I. vom 30. März 1675 berief, demzufolge vorläufig auch jene Juden ungeschoren bleiben sollten, die sich erst nach dem Jahre 1618 in Böhmen seßhaft gemacht. Die Supplik wies auch auf die Unmöglichkeit hin, den Stand von 1618 bezw. 1650 festzustellen, indem sie einerseits darauf aufmerksam machte, daß in den angeführten Jahren die Juden in 51 Städten oder Dörfern ansässig gewesen, von wo sie jedoch später vertrieben worden seien, anderseits darauf, daß die zum Nachweis eines so langen Aufenthaltes erforderlichen Dokumente großenteils vernichtet seien. Sie betonte natürlich auch, daß die Judenkontribution nach dem Kataster v. J. 1654 bezw. dessen Rektifikation v. J. 1666 bemessen worden sei, und forderte, daß zur Grundlage einer Regulierung der jüdischen Bevölkerung der Stand v. J. 1683 genommen werde. Ähnlich wandten sich dieselben Deputierten der böhmischen Judenstadt mit einer Supplik an die ständische Judenkommission und ihre Bitten fanden die Unterstützung der böhmischen Kammer mittels Zuschrift vom 29. November 1725.

[12]) Dd. 28. März 1726 in J 4/21 st.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[13]) „die abgeforderte diesfällige berichte und tabellen ... aber so groß und weitschichtig seynd, daß man sie zur commission in körben hat abholen lassen müssen . . ."

[14]) Bisher hatte die Regierung darauf bestanden, die Konskription müsse die Judenschaft in zwei Gruppen scheiden, in die Gruppe der Altansässigen, die sich in Böhmen vor dem 1. Jänner 1618 niedergelassen, und die Neuansässigen, die nach dem 1. Jänner 1618 nach Böhmen gekommen waren; nunmehr gab sie auf ihren Formularen — scheinbar wenigstens — den Ständen in dem Sinne nach, daß die Judenschaft in vier Gruppen geschieden werden solle. In die erste sollten die gehören, die schon vor dem Jahre 1618 in Böhmen wohnten; in die zweite diejenigen, welche zwischen 1618—1654 kamen: in die dritte diejenigen, welche i. J. 1661 aus Österreich nach Böhmen zuzogen, und endlich in die vierte diejenigen, die sich in Böhmen zwischen 1654—1726 angesiedelt. Dabei beharrte jedoch die Regierung beständig auf ihrem Plane, die Juden vom Lande überhaupt zu entfernen: die Kreishauptleute sollten bei der Konskriptionsrevision nach den neuen Formularen stets anmerken, welcher städtischen Judengemeinde jeder einzelne Landjude zugeteilt werden solle.

[15]) Neben Brand waren in die Kommission drei Mitglieder des Altstädter Rates ernannt, Wenzel Felix Reißmann, Johann Wenzel Dirix und Johann Bauernfeind: zum Aktuar der Kommission wurde der Syndikus Norbert Johann Plattner bestellt.

[16]) Das Reskript verordnete, nach Fertigstellung des Planes solle sich die Kommission ins Ghetto begeben und „das erste haus, was selbte betrettet, in dem plan mit numero 1 bemercken, die individualwohnungsgelegenheit aber und die übrige theile und zugehörungen des stocks zu ebener erden mit kleineren numeris subnumeriren, sodan was jeder numerus dieses untern stocks seye, wieviel familien darinnen und in welchem numero wohnen, wieviel personen in jeder familie sich befinden, wieviel verheyrathet oder unverheyrathete kinder der hauswürth oder die hauswürthin bey sich im brod oder anderwerts und so versorget habe, ob jemand aus dem gesind sich verehelichet und kinder, auch wieviel, erzeüget, ob und was für frembde bey jeder familie sich aufhalten und was sonsten zu accurater beschreibung aller familien und darzu gehörigen personen, sie mögen in oder außer hauses und brods seyn, alles nahmentlich und klar in das commissionsprotocoll eintragen, folgends in den anderen stock, wann einer vorhanden, hinauf zu verfügen, daselbst ein gleiches vornehmen, die wohnungsgelegenheiten aber localiter, nemblich wie selbte über denen numeris des unteren stocks stehen, beschreiben und so weiter mit denen noch etwas höheren stöcken fortfahren, nach dergestalt völlig beschriebenen ersten haus aber das andere nächste haus in dem plan mit numero 2. und so ferners alle übrige haüser bies zum letzten mit ihren competentibus numeris numeriren, visitiren und auf oberwehnte arth quoad habitationes, familias et personas beschreiben, wo aber synagogen oder schulen, begräbnus oder andere plätze seynd, solche ebenfalls in ihre numeros und nöthige concription bringen."

[17]) Diese Formulare enthielten 8 Hauptkolonnen. An erster Stelle sollte der Name des vor dem Jahre 1618 (bezw. in den späteren Terminen) angesessenen Vorfahren angeführt werden. Darauf folgte der Name des augenblicklichen Wirtes, seine Beschäftigung, sein Vermögen (drei Klassen), der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Name der Ehefrau, der ledigen Kinder, des Gesindes und die Gesamtzahl der Mitglieder der betreffenden Familie.

[18]) Von ihrer Delegierung wurden die Mitglieder der Zählungskommission mit Dekret der Statthalter vom 19. Oktober 1726 verständigt. Mit Reskript vom 24. März 1727 wurden die Statthalter aufgefordert, sofort zu berichten, wie weit die Konskriptionsarbeiten des Prager Ghettos gediehen seien, und gleichzeitig wurde ihnen aufgetragen, fürderhin über den Fortgang der erwähnten Arbeiten regelmäßige Monatsberichte zu erstatten. Aus alldem geht hervor, wie sehr die Regierung darauf drang, daß das jüdische Problem in der kürzesten Zeit als nur möglich gelöst werde.

[19]) Der Bericht der Statthalter vom 29. April 1727 spricht von „367 haüser oder grundstücken", die anfangs Feber 1727 gezählt wurden, um die Kostenberechnung für die Einzeichnung der Bauobjekte in den Plan zu gewinnen (Bericht der Zählungskommission vom 10. Feber). Von der angeführten Zahl waren nach Ausweis des Zählungsresultates 333 bewohnte Häuser, sodaß seit 1714 eine Zunahme von 23 Häusern zu verzeichnen ist, wodurch das Ghetto bereits den Umfang v. J. 1689 überschritten hatte. Unter die unbewohnten Bauobjekte fielen die Synagogen, der Friedhof, etwas Brandstellen, die Fleischbänke und einige Höfe und Gärten. Der Landmesser Glaser zählte 370 Bauobjekte.

[20]) Die Baumeister berechneten für die Einzeichnung jedes einzelnen Bauobjektes den Pauschalbetrag von 3 fl.; insgesamt hätten sie also für 3367 Objekte 1.101 fl. erhalten sollen, begnügen sich jedoch mit der angebotnen Summe von 1.050 fl. Soviel mir bekannt ist, hat sich dieser so ausführliche Ghettoplan nicht erhalten.

[21]) Reskript vom 13. Mai 1727.

[22]) Das bereits erwähnte Reskript vom 13. Mai und das Reskript vom 1. Juli 1727.

[23]) Damals war es Max Marle.

[24]) „Die Judenstadt selbst in theils örtheren also unsauber und unflättig, daß man vor gestanck, grausen und abscheüligkeit die gantze natur sich alteriret und man mit sothanen unflath schon vielmahl hat begossen werden sollen, wessentwegen wir eben auch hierdurch einer augenscheinlichen krankheit und lebensgefahr exponiret seyndt."

[25]) „Ferner was für verdächtige schlipfwinkeln oder verbergungswinkeln in forma eines kleyderkastens, wordurch sie Juden in ein anderes haus entfliehen können, dann wie eng, unordentlich und verwürrt die stöck, zimmern und cammern und absonderlich unter denen tächern die höltzerne verschlägärcker undt giebln zu deren angrätzenden sowohl geistlichen als herren- und burgerlichen häusern unerleidentlichen praejudiz und dienstbahrkeiten zusambgefüget undt erbauet seynd; ... und sonsten auch ermelte Judenstadt dergestalt übl verwahret ist, daß wann auch alle thör umb die gantze Judenstadt gesperret wären, dennoch verschiedene ein- und ausgänge ... nach der Juden belieben offen verbleiben.

[26]) Reskript vom 20. Oktober 1727, Konzept in ČDK IV T 1, 6 ex 1727.

[27]) Vgl. das Dekret der Statthalter vom 23. Oktober 1727, womit die ständische Reduktionskommission um Vorlage ihres Berichtes urgiert wurde.

[28]) Vgl. A. Pribram, Das böhmische Commerzcollegium S. 59/60.

[29]) Das Memorandum der Hofkammer an den Kaiser vom 5. Jänner 1728 liegt in ČDK IV T 1, ad 6 ex 1728. Beigeschlossen ist ein „Summa-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

rischer begriff, sambt beygefügten allerunterthänigsten anmerckungen jener beschwerungen, welche der allergetreüesten Judenschaft des königreichs Boheimb und der demselben incorporirten landen Mähren und Schlesien, nunmehro seit einiger zeit hero gegen den inhalt der kays. allergnädigst verliehenen privilegien und den bisherigen gebrauch aufgebürdet und zugenötiget werden wollen", worin die von den Bemerkungen der Hofkammer begleiteten jüdischen Beschwerden angeführt sind.

[30]) Das Patent vom 25. September 1725, mittels welchen dieses Verbot publiziert wurde, machte eine einzige Ausnahme bei den Branntweinbrennereien.

[31]) Diese „Allerunterthänigste vorstellung auf das bey Euer Mayestät von dero Hoffcammer in puncto deren von der Judenschaft der gesambten böhmischen erblanden eingereichten gravaminum abgegebene referat" ist in ČDK, IV T 1, 6 ex 1728 und enthält mehrere Beilagen beigebunden.

[32]) „.... Ja die gehorsambste canzley wünschte in ihrer meinung zu irren, da sie dafürhaltet es nunmehro schon dahin gekommen zu seyn, daß allein der gelinde weeg des nach und nach sich ergebenden verlauffens practicirlich, mit nichten aber eine gewaltthätige austreibung möglich seye; dann forderist gränzet das königreich Böheimb mit Sachsen und Bayern, worinnen kein Jud gelitten wird, ergo wäre ex una parte kein ausgang zu gewinnen, ex altera parte könte man sich gegen Pohlen wenden und da möge man endlich was anbringen können, da es aber auf einen hohen numerum und lauther arme Juden ankommete, so dörfften die schon in Pohlen domicilirte Juden sich auch dargegen setzen. Euer Maystät treügehorsambste canzley will eben nicht sagen, daß sie in sorgen stehe eine sach auszuarbeithen, welche sodann sich in ipsa executione stecken mögte, aber es dörfften dabey noch immer sich große schwürigkeiten tam ab intra, quam ad extra ereignen."

[33]) Die ganze Entschließung ist auf der letzten Seite des böhmischen Hofkanzleigutachtens vom Kaiser mit eigener Hand geschrieben.

[34]) Die Termine dieser Zusammenkünfte waren: 28. und 31. Mai, 30. Juni, 12. und 28. Juli und 4., 5. und 11. August. Das Protokoll dieser Beratungen hat sich erhalten in ČDK IV T 1, 2 ex 1729.

[35]) „Eine neue reduction nun seye fast nicht ad effectum zu bringen, man wäre auch vorhin nie unter sich destwegen eines gewesen und kommete es immer auf die separation deren tolerandorum a non tolerandis an, welches schwer ausfündig zu machen, eine noch härtere sach aber seye wohin die non tolerandi zu schaffen, angesehen die nachbahren sie nicht einlassen würden und dahero, umb den jüdischen zuwachs in etwas zu stopfen, man auf das heürathsverboth verfallen seye, dieses aber kein perpetuum, sondern nur ein provisorium ... und würde künftig erst der numerus fixus zu reguliren seyn".

[36]) Die jüdische Delegation war siebengliedrig; die Prager Juden vertrat darin der Primator Lowositz und die Ältesten Lichtenstadt und Austerletz; die böhmischen Juden der Primator Hirsch mit dem Landessollizitator Ginsburg; die mährische Judenschaft Löwel Schlesinger und Berel Goldschmid, beide aus Nikolsburg.

[37]) Der Vertreter der heimischen Erzeuger bei diesen Beratungen, Watterfort, gab zu, daß die inländischen Erzeugnisse teurer und schlechter seien als die ausländische Ware, versprach jedoch für die Zukunft Besserung.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

[38]) Doch wurde noch bei der letzten Zusammenkunft (11. August) neuerdings mit der jüdischen Delegation über einige Einzelheiten des Judenhandels verhandelt.

[39]) In dieser Branche verfocht merkwürdigerweise die Mehrheit der Konferenz (4. August) den freien Handel.

[40]) Über einige davon vergl. A. Pribram l. c. S. 60; vgl. auch J. Pekař, České katastry S. 170, Anm. 3.

[41]) Dieses Konskriptionselaborat in Querfolio (45 cm × 60 cm), das sich im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag erhalten hat, trägt die Überschrift: „Tabella, oder Haubt Consignation, welche auf k. und k. allergnädigsten Befelch de dato Wienn den 15 Julii 1729 über alle in der Prager Gemeinde wohnende jüdische Patres Familias, Wittibber und Wittiben, wie auch die bey sich habende Kinder, Dienstbothen, Kostgänger und frembde durchreysende vermög des in allerhöchst besagt Ihro k. und k. allergnädigst vorgeschriebenen Formularis verfast, die Judenschaft in 13. Viertl eingethailet, dann nach denen von denen Patribus Familias in duplo eingereichten Bekandtnussen, worvon die eine unterschriebener in Handen verblieben, von Numero zu Numero der Haüser examiniret und in die nachfolgende Haubt-Tabellam mit Benennung jeder Persohn eingetragen und in Ordnung gebracht worden ist.“ Ich hoffe in Bälde Gelegenheit zu finden, diese so wichtige Quelle zur Geschichte des Prager Ghettos im Druck herauszugeben, wobei auch alle ihre Angaben eine ausführliche Bearbeitung erfahren sollen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Das Exil der Prager Judenschaft von 1745—1748.

Von Dr. J. Bergl.

Mit dem Dekrete vom 18. Dezember 1744 ließ Maria Theresia den Befehl ergehen, daß die Juden in Böhmen bis Ende Jänner 1745 die Hauptstadt Prag und bis Ende Juni des genannten Jahres das Land zu verlassen haben, widrigenfalls ihre Entfernung unter Anwendung militärischer Gewalt erfolgen werde. Die harte Maßregel begründete das Ausweisungsdekret mit „höchst triftigen Ursachen", welche es jedoch nicht näher angab. Schon damals und auch in der Folge wurde als Hauptursache der Ausweisung das Verbrechen des Landesverrates angenommen, welches die Juden durch werktätige Unterstützung des Feindes während der bayrisch-französischen Invasion im Jahre 1741 und während der preußischen Besetzung Böhmens und seiner Hauptstadt im Herbste 1744 begangen haben sollten. Schon in einem früheren Aufsatze,[1]) in welchem auf Grund amtlichen Aktenmaterials die Schicksale der Prager Judenschaft während der preußischen Belagerung und Okkupation Prags und die Durchführung des Ausweisungsbefehls geschildert worden sind, habe ich darzutun versucht, daß nicht der angebliche Landesverrat der Juden die eigentliche Ursache der grausamen Verfügung war, sondern daß diese Beschuldigung lediglich den letzten Anstoß zu einer vorzeitig in Szene gesetzten Aktion gab, die für einen späteren Zeitpunkt in einigermaßen milderer Form geplant war, und daß die wahren Ursachen dieses Vorgehens zu einem Teil in der starken persönlichen Abneigung der Herrscherin gegen das Judentum, zum andern und zwar größeren Teil in der der Judenpolitik Leopolds I. und Karls VI. entsprechenden Absicht Maria Theresias zu suchen sind, dem stetig wachsenden wirtschaftlichen Einfluß der Juden mit einem Gewaltstreich ein jähes Ende zu bereiten.

Der Plan Maria Theresias, alle Juden aus Böhmen für immer zu verjagen, ist freilich nicht geglückt. Nur der erste Akt des von ihr vorbereiteten Dramas konnte vor den Augen der Zeitgenossen aufgeführt werden, indem die junge Königin in unbeugsamer Härte auf der völ-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ligen Räumung Prags bestand und sie durchführen ließ, ungeachtet aller Beteuerungen gänzlicher Schuldlosigkeit seitens der Betroffenen, entgegen allen noch so begründeten Warnungen und Vorstellungen der böhmischen Statthalterei in Prag und der böhmischen Hofkanzlei in Wien, trotz der Fürsprache befreundeter Herrscher und anderer hochstehender Persönlichkeiten und trotz vielfachen und zum Teil sehr nachdrücklichen Interventionen seitens mehrerer diplomatischer Vertreter fremder Mächte, wie Englands, Dänemarks, Hollands, Venedigs, der Türkei u. a. Der geradezu krankhafte Starrsinn Maria Theresias bot jeder vernünftigen Erwägung und jeder noch so begründeten Vorstellung, mochte sie kommen von wem immer, unbezwinglichen Widerstand, der sogar zu ungerechtfertigten Verdächtigungen und persönlichen Beleidigungen der Intervenierenden ausartete. Nur die Erstreckung der ursprünglich vierwöchigen Auswanderungsfrist mußte sie, wenn auch widerwilig, konzedieren, freilich nicht so sehr bewogen durch die zahlreichen und eindringlichen Vorstellungen und Fürbitten, als gezwungen durch eine Reihe von Hindernissen, deren Wegräumung außerhalb ihrer Macht lag. Es war dies einerseits die absolute Unmöglichkeit, in der ursprünglich gesetzten kurzen Frist alle wirtschaftlichen Bande zwischen der christlichen Bevölkerung und den Juden zu lösen und die Steuerreste von der Judengemeinde einzutreiben, andererseits ein Hemmnis, das die Natur selbst der strikten Durchführung des königlichen Befehls entgegenstellte, der Winter, der in den Monaten Jänner bis März 1745 in einer ganz außergewöhnlichen Strenge auftrat.

Der 31. März 1745 brachte Maria Theresia endlich die Genugtuung, Prag von den Juden geräumt zu sehen. Tausende hatten allmählich schon früher die Hauptstadt verlassen und mußten, preisgegeben der Härte der Menschen und den Unbilden des Winters, Furchtbares erdulden. An diesem Tage zogen die letzten Scharen zu den Toren hinaus. Dieser Auszug und die Ereignisse, die ihm vorangegangen waren, boten ein Bild des Jammers, dem sich kein menschlich fühlendes Herz verschließen konnte. In der Stadt blieben mit ihrem Pflegepersonal nur 98 Kranke und Altersschwache zurück, von denen in der Folge 14 starben, während die übrigen nach erlangter Genesung samt ihren Pflegern ihren Familien ins Exil folgen mußten.

Mit der Vertreibung der Juden aus Prag und mit der von Maria Theresia beabsichtigten Entfernung der Juden aus allen Ländern der böhmischen Krone hat sich schon eine ganze Reihe von Historikern befaßt und es ist über diese Angelegenheit, die in nahezu ganz Europa nachhaltigen Widerhall fand, viel wichtiges und interessantes Quellenmaterial veröffentlicht worden. Eine besonders aufschlußreiche und

UB | Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

wertvolle Arbeit hierüber verdanken wir dem verdienten G. Wolf, dem die Möglichkeit geboten war, die Akten der böhmischen Hofkanzlei zu benützen. Wenn ich mir erlaube, die hier folgenden Ausführungen, welche sich mit dem Exil der Prager Judenschaft und ihrer Rückkehr nach Prag befassen wollen, der Öffentlichkeit vorzulegen, so geschieht dies einesteils in Erfüllung eines Versprechens, mich mit diesem Ereignis weiter zu beschäftigen, welches ich in meiner schon erwähnten früheren Arbeit gab, andernteils in der Meinung, zur weiteren Aufhellung dieses traurigen Kapitels der Theresianischen Regierungsperiode aus den reichen Fonden des Archivs des Ministeriums des Innern immerhin noch einiges beitragen zu können.[2])

Die Prager Juden hatten, wie schon bemerkt, zufolge des Ausweisungsediktes vom 18. Dezember 1744 am 31. März 1745 bis auf eine ganz geringe Anzahl von Nichttransportfähigen ihre uralten Wohnsitze in der böhmischen Hauptstadt völlig geräumt. Es ist nun die Frage: wohin wandten sich die vielen tausende der Ausgewiesenen, wo ließen sie sich nieder? Aus einer allerdings erst aus dem Jahre 1748 stammenden Konsignation ist ersichtlich, daß nur ein ganz geringer Teil nicht erst den mit Ende Juni 1745 festgesetzten Termin für die Auswanderung aus dem Lande abwartete, sondern sofort über die Grenzen ging. Im ganzen waren es 297 Personen, nämlich 71 Männer, 75 Frauen und 151 Kinder.[3]) Ein anderer, wesentlich größerer, jedoch kaum mehr als 1000 Personen zählender Teil verstreute sich in die auf dem Lande befindlichen alten Judensiedlungen, wo die Ausgewiesenen, sofern es der Gutsherr oder der Stadtmagistrat gestattete, was freilich nicht immer der Fall war, bei Verwandten und Geschäftsfreunden ein provisorisches Asyl fanden. Die große Menge der Prager Juden zog jedoch nicht weit von der bisherigen Heimstatt fort. Sie suchten und fanden, die einen bald, die andern nach langem Umherirren, eine wenn auch oft genug ganz menschenunwürdige Unterkunft in Ställen, Scheuern, auf Dachböden und dergleichen in den Dörfern und Städten der näheren und weiteren Umgebung Prags. Geradezu überflutet waren die knapp vor den Toren der Hauptstadt liegenden Ortschaften, wie Lieben, Holeschowitz, Owenetz (Bubeneč), Dejwitz, Smichov, Koschíř, Nusle, Michle und Wrschowitz. Judenfamilien in großer Anzahl beherbergten auch die weiter ab von Prag an den ins Land hinaus führenden Straßen gelegenen Ortschaften, vor allem jene an der durch den Kouřimer in den Bunzlauer Kreis nordwärts laufenden Brandeiser Straße, die binnen kurzem völlig überflutet waren. Die Stadt Brandeis allein nahm weit über 2000 Juden auf und wurde derart die größte neue Judengemeinde

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

des Landes. Hier fanden sich auch die meisten der früheren Gemeindevorsteher und viele andere einflußreiche und angesehene Männer zusammen, die unter der von einem Teil der Glaubensgenossen allerdings stark angefeindeten, allein zielbewußten und tatkräftigen Leitung des zweifellos hiezu durchaus berufenen und geeigneten Salomon Koref die Interessen der Exulanten wahrnahmen. Eine nach Hunderten zählende Judeneinquartierung erhielt auch das benachbarte Städtchen Čelakowitz. Gesperrt blieb aber für die Ausgewiesenen der Brandeis gegenüber auf dem andern Ufer der Elbe liegende Wallfahrtsort Altbunzlau aus konfessionellen Gründen, ebenso die Stadt Lissa mit sämtlichen Ortschaften der gleichnamigen Herrschaft, deren Herr, Graf Franz Karl Sweerts-Spork, auf seinem Grund und Boden keinen einzigen Prager Juden dulden wollte und sogar die Gewährung einer Nachtherberge bei den alteingesessenen Lissaer Glaubensgenossen verbot.

Es braucht nicht erst dargetan zu werden, daß die Emigranten in jenen Ortschaften, in welchen sie mit behördlicher Bewilligung Unterkunft suchen durften, keineswegs mit Entgegenkommen empfangen wurden, sondern vielerorten offenkundiger Feindseligkeit begegneten und das elende Obdach, das man ihnen zu geben gezwungen war, mit schwerem Gelde bezahlen mußten. Denn abgesehen von den ohnehin schon bestehenden Vorurteilen tat die im ganzen Lande verbreitete Kunde von dem angeblichen Landesverrat und von anderen Verbrechen der Juden, derentwegen sie vertrieben worden seien, nun ihre volle Wirkung. Ungeachtet des schon früher ergangenen Erlasses der Statthalterei, welcher jegliche Behelligung der Prager und der Landesjuden untersagte, kam es bald da, bald dort in den Ortschaften und auf den offenen Landstraßen zu Insultierungen, Mißhandlungen und Beraubungen von kleinen Gruppen der Exulanten oder einzelner Personen. Als auf der Brandeiser Straße zwischen Kbel und Vinoř die Prager Juden Moyses und Abraham Saxel von einigen Bauern angegriffen und blutig geschlagen und David Iekels Sohn in derselben Gegend seiner Kleider beraubt wurde, nahm die Statthalterei diese beiden Fälle zum Anlaß, mit dem Patente vom 29. April 1745 allen kgl. Kreishauptleuten neuerdings einzuschärfen, daß die Königin die Juden bis zur völligen Emigration in Ruhe und Sicherheit wissen wolle und daß darum jede feindselige Handlung gegen sie aufs strengste, allenfalls an Leib und Leben zu ahnden sei. Dem Kouřimer Kreishauptmann wurde überdies der Befehl erteilt, die Täter ausforschen zu lassen und sie sofort gefangen zu setzen. Ihm sowohl wie auch seinen Kollegen vom Berauner und Rakonitzer Kreisamte erwuchs übrigens durch die angeordnete verschärfte Überwachung der Straßen in der Umgebung Prags keine geringe Auf-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gabe. Immer wieder waren sie genötigt, um Beistellung militärischer Assistenz einzuschreiten, um den alltäglich in der Früh zur Abwicklung von Geschäften nach Prag wandernden und am Abend zurückkehrenden und auch auf dem Lande ihrem Erwerb nachgehenden Juden entsprechenden Schutz bieten zu können.

Ein Leben voll Schrecken und Bedrängnis aller Art war den Juden beschieden gewesen in der Zeit, in welcher sie zum Auszug rüsten mußten. Allein das, was ihnen das Exil brachte, das war ein Dasein erschütternder Not und Qual, ein Abgrund menschlichen Leides. Und doch trotz allem Ungemach, das ihnen Wohnungs- und Nahrungsnot, Unbild der Witterung und Unduldsamkeit aufbürdete, trotz der noch immer drohenden und durch ein an die mährischen Juden am 8. April 1745 ergangenes neues Ausweisungsedikt noch verstärkten Gefahr, dennoch Ende Juni 1745 auch das Land verlassen und einem noch schlimmeren Schicksal entgegenziehen zu müssen, war die Stimmung in der exulierten Prager Judenschaft im allgemeinen nicht völlig hoffnungslos. Es gab zwar genug der Furchtsamen und Kleinmütigen, die entsprechend dem damals über Maria Theresias Unnachgiebigkeit verbreiteten Spruche: „Sie ist aus Bein, drumb ist sie hart und laßt sich nit erweichen", eine Sinnesänderung der Königin für ausgeschlossen hielten. Allein die Mehrzahl der Exulanten hielt auch weiterhin fest an der Hoffnung, daß ein gnädiges Geschick die Härte Maria Theresias brechen und über kurz oder lang die Heimkehr ermöglichen werde. Von dieser Hoffnung beseelt waren vor allem die Führer der Exulanten, und nicht ohne Grund. Wußten sie ja doch ganz genau, daß nicht nur die kgl. Statthalter in Prag, allen voran der Oberstburggraf Graf Schaffgotsch und Freiherr Netolitzky von Eisenberg, sondern auch maßgebende Persönlichkeiten in der böhmischen Hof- und Staatskanzlei in Wien, ja sogar am Hofe selbst das Vorgehen der Königin mißbilligten und mit aller gebotenen Vorsicht am Werke waren, eine Änderung der Lage zu Gunsten der Juden herbeizuführen. Und war ihnen doch ebenso bekannt, wie sehr die Glaubensgenossen im Auslande bestrebt waren, durch ihre Beziehungen zu maßgebenden Faktoren der Regierungen ihrer Staaten beziehungsweise durch deren diplomatische Vertretungen am Wiener Hofe im Interesse der Ausgewiesenen zu wirken.

Der an die Juden in Mähren ergangene Befehl vom 8. April 1745, sich zum Auszug vorzubereiten, hatte zwar der gesamten Judenschaft in den böhmischen Ländern einen neuen gewaltigen Schrecken gebracht, allein bald trat wieder eine gewisse Beruhigung ein. Aus Wien eingetroffene Nachrichten, die rasch sich verbreiteten, sprachen von einer türkischen Interzession. Und tatsächlich war am 13. April in Wien ein Kurier mit einem solchen Schreiben eingelangt. Weiter

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

blieb es kein Geheimnis, daß auf Bitten der Nikolsburger Judenschaft Benedikt Levi Gumperz in Nymwegen die drei großen Judengemeinden Hollands, Amsterdam, Rotterdam und Haag, veranlaßt habe, eine neuerliche Intervention der Generalstaaten zu erwirken. Auf ein Ansuchen dieser Gemeinden vom 7. Mai hatten denn auch wirklich die Generalstaaten ihren Gesandten in Wien, Barthold Dowe von Burmania, angewiesen, sich maßgebenden Ortes in entsprechend vorsichtiger und diskreter Weise für die Juden einzusetzen. Baron von Burmania hatte sich schon früher wiederholt im Interesse der Juden bemüht und noch kurz vor dem PragerAuszuge dem Staatskanzler Grafen von Uhlefeld gegenüber auf den ungünstigen Eindruck der Judenpolitik Maria Theresias und auf die Verantwortung der Herrscherin für ihr unbarmherziges Vorgehen vor Gott und den Menschen hingewiesen, jedoch ebenso wie andere Fürsprecher für die Juden den Bescheid erhalten, daß das Einschreiten gegen dieselben eine innerpolitische Angelegenheit sei, in die der Königin kein fremder Staat hineinzureden habe. Zu einer neuen Intervention Burmanias kam es jedoch vorläufig nicht mehr infolge seiner Erkrankung, die ihn wochenlang von jeder Tätigkeit fernhielt.[4])

Inzwischen war aber ein Ereignis eingetreten, welches die Juden, insbesondere aber die Prager Juden, aufatmen und neue Hoffnung schöpfen ließ. Am 15. Mai 1745 erschien ein an die Statthalterei in Böhmen gerichtetes königliches Reskript, in welchem Maria Theresia das Ausweisungsedikt vom 18. Dezember 1744 dahin abzuändern für gut fand, „daß die Juden noch eine Zeitlang und bis auf Unsere weitere allergnädigste Verordnung im Land geduldet werden können." Diese Verfügung begründete die Königin damit, daß ihr „hierüber eine Zeither die triftigsten Vorstellungen geschehen und daß sie in allermildester Beherzigung gezogen, daß die Juden meistens mit den Landesinwohnern auf vielerlei Wege stark im Kreditwesen verflochten seind, welches unmöglich bis dahin (d. i. bis Ende Juni 1745) in Richtigkeit gesetzet werden kann, mithin durch die anbefohlene Abschaffung die christlichen Landesinwohner das Mehrste leiden würden." Diese Entschließung Maria Theresias langte am 24. Mai in Prag ein und wurde von der Statthalterei sofort in allen Kreisen und in den Prager Städten kundgemacht. Sie erweckte begreiflichen Jubel bei den Exulanten, allein auch eine gewisse Verwunderung in der christlichen Bevölkerung, der eine so plötzliche Einlenkung der Herrscherin in Anbetracht ihrer bisherigen Unnachgiebigkeit nicht recht verständlich war. Was war da geschehen? Hatten es wirklich die wiederholten Vorstellungen seitens der Statthalterei und der Hofkanzlei, die Interventionen fremder Diplomaten und die Fürsprachen anderer einflußreicher Personen zuwegegebracht, eine solche Sinnesänderung Maria Theresias herbeizu-

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

führen, oder war doch die endliche Einsicht, daß die Vertreibung der Juden der christlichen Bevölkerung nicht weniger Schaden bringen müsse als jenen selbst, Siegerin geblieben über ihren bisherigen Starrsinn? Fremde Interventionen waren aber, soweit die vorhandenen Quellen Einblick gewähren, mit Ausnahme der erwähnten türkischen am 13. April, seit Ende März nicht erfolgt und die Statthalterei und die Hofkanzlei hatten sich seit dieser Zeit nur auf einige ganz kurze Relationen über die Ausschaffung von genesenen Juden aus Prag beschränkt, ohne auch nur ein einzigesmal die noch immer zwischen den Christen und den Juden bestehenden finanziellen Schwierigkeiten zu berühren. Auffällig war es, daß schon um die Mitte April der Jude Markus Löwi wieder seine Wohnung in Prag bezog, daß ihm bald auch seine ganze Familie und eine Anzahl anderer Juden folgte, daß zu gleicher Zeit auch Herz Piseks Witwe mit ihren Leuten sich wieder in ihrem Hause dauernd niederließ. Das Rätsel fand seine Lösung, als Markus Löwi, der frühere Armeelieferant, seine Tätigkeit wieder aufnahm und die leeren Militärmagazine zu füllen und neue anzulegen begann und Herz Piseks Witwe bedeutende Monturenlieferungen übernahm. Die außenpolitische Lage erforderte die weitere Abwehr der zahlreichen Feinde der jungen Königin. Zu diesem Zwecke war die Ausrüstung neuer Regimenter notwendig. Wer konnte dies am besten, raschesten und billigsten besorgen? Der, welcher es früher immer getan hatte: der Jude mit seinem ganzen weit verzweigten und präzise funktionierenden Kredit- und Einkaufsapparat. Den Juden durfte man also in dieser Zeit der Besorgnis und Gefahr nicht so ohne weiteres aus dem Lande jagen. Man brauchte ihn und darum durfte er vorläufig bleiben. Dies und keine andere Erwägung zwang Maria Theresia zur Milde. Dies war der Beweggrund zu dem Reskript vom 15. Mai 1745, das von denen, die es zunächst anging, freudig begrüßt und auch von den ausländischen Judengemeinden mit Genugtuung als erstes Zeichen einer Besserung der Lage der böhmischen Judenschaft aufgenommen und gefeiert wurde.[5])

Obwohl ein Handelsverbot für die Prager Exulanten bisher nicht ergangen war, hatte es die Behörde doch für zweckmäßig erachtet, für die Juden Erlaubnisscheine zum Aufenthalte in der Hauptstadt vom Morgen bis zum Abend ausschließlich zum Zweck der Liquidierung alter Geschäftsbeziehungen einzuführen. Neue Geschäfte sollten nicht gemacht werden. Allein schon bald nach dem Auszuge wurden solche dennoch eingeleitet und durchgeführt. Zuerst nur in ganz bescheidenem Umfang, allmählich in steigendem Maße. Die städtischen und landesfürstlichen Behörden sahen dies, doch griffen sie nicht allzu störend ein und hatten eigentlich nur darauf acht, daß nicht größere Warenmengen aus der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Stadt aufs Land verschleppt wurden. Das Reskript vom 15. Mai hatte, indem es die Auswanderungsfrist auf unbestimmte Zeit erstreckte, eine weitere Belebung des Handels im Gefolge. Von da an gestalteten sich die Handelsbeziehungen zwischen der Hauptstadt und den vertriebenen Juden immer intensiver. Es wurden bereits wieder auch langfristige Geld- und Warengeschäfte getätigt. Viele Juden blieben, anstatt am Abend die Stadt zu verlassen, auch ohne Erlaubnisschein hier über Nacht und eine Anzahl von Familien bezog sogar ihre alten Wohnungen. Dies alles verursachte böses Blut in den judenfeindlichen Kreisen Prags, namentlich bei jenen, die sich durch die Ausweisung der Juden materiellen Vorteil versprochen hatten und sich nun durch den wiederauflebenden Handel der Juden geschädigt fühlten. Eines Tages in der Früh — es geschah dies in der dritten Juniwoche — fand man an mehreren Orten in den Prager Städten Zettel angeschlagen, deren Inhalt die christliche Bevölkerung aufforderte, die Juden, welche Ihre Majestät anscheinend begnadigen wolle und die sich nun zum Schaden der christlichen Kaufleute wieder immer frecher in der Stadt herumtreiben, aus der Stadt mit Gewalt zu verjagen, damit sie das Wiederkommen vergäßen. Die Zettel wurden zwar sofort entfernt, doch schon an einem der folgenden Tage klebten neue Hetzplakate an den Straßenecken und an Haustoren, welche die rohen Instinkte des Pöbels gegen die Juden aufzustacheln versuchten. Gleichzeitig wurde auf dem Lande das Gerücht verbreitet, daß in Prag amtliche Patente angeschlagen worden seien, welche die Gewaltanwendung gegen die Juden erlauben.[6]) Die Statthalterei sah sich daher genötigt, mit Rücksicht darauf, daß „die Juden solchergestalten auf denen öffentlichen Straßen keinen Augenblick sicher sein dürften, wo doch Ihrer königl. Majestät allerhöchste Intention dahin gehet, daß sie durch diese prolongierte Zeit und ihren weiteren Aufenthalt auf dem Land mit denen auf vielerlei Wege stark im Kreditwesen verflochtenen christlichen Landesinwohnern die Richtigkeit, ohne dieselbe zu übereilen, desto bequemlicher pflegen können, mithin sie auch in der Tat bis auf weitere allerhöchste Resolution den Aufenthalt in Ruhe, Schutz und Sicherheit genießen sollen", mit dem Erlaß vom 26. Juni 1745 in Prag und in allen Kreisen anzubefehlen, daß behördlicherseits die christliche Bevölkerung „vor aller Bekränkung der Juden, es seie nun an ihrer Person, Hab und Vermögen" unter Androhung exemplarischer Bestrafung mit allem Ernst und Nachdruck zu warnen und den Landleuten zu bedeuten sei, daß sie den Juden „das fernerweitige Unterkommen gegen billigen Zins bis auf weitere allerhöchste Resolution zu gestatten" haben. Die Kreisämter endlich werden angewiesen, die Juden „wider alle Bekränkung, auch im Notfall mittelst Belangung militärischer Assistenzen in Schutz

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zu nehmen und keineswegs zuzulassen, daß einem oder dem andern, von wem es immer sein möge, das mindeste Unbild widerfahren möge, gestalten solches nicht nur an denen Verbrechern selbsten, sondern auch in denen Städten an denen Magistraten und auf denen Dörfern an denen Wirtschaftsämtern und Richtern, die solchen Unfug zulassen oder aber jedermann nicht genüglich gewarniget, nachdrucksamb geahndet werden müßte."

Die Juden sollten freilich den ihnen hiemit zugesicherten Schutz nicht umsonst genießen. Im Wege der mit der Ausschaffung der Juden betrauten Kommission, an deren Spitze Graf Philipp von Kolowrat stand,[7]) stellte die Statthalterei unterm 15. Juli 1745 an die gesamte böhmische Judenschaft das Ansinnen, zur Ausrüstung der Landesmiliz mit Schnappsäcken, Flintensteinen, Riemen und Pulverhörnern einen Beitrag zu leisten. Sie könne zwar die Juden, so schrieb die Statthalterei, mit Rücksicht auf ihre Lage nicht dazu verhalten, den Betrag von ungefähr 9000 fl., der sonst auf sie enfallen wäre, zu zahlen, nichtsdestoweniger wäre ihnen nahezulegen, daß sie für den ihnen gewährten Schutz und für die Erlaubnis, Handel und Wandel ohnverhinderlich zu treiben, einen Beitrag leisten, der für die Landesjudenschaft mit 4000 fl. und die ehemalige Prager Judenschaft mit 2000 fl. bemessen werden könnte. Der letzteren intimierte Graf Kolowrat zu Handen des gewesenen Vizeprimators, der Vorsteher und der vermöglicheren Kontribuenten den Statthaltereierlaß am 19. Juli mit dem Bemerken, daß sie diese Aufforderung zur Beitragsleistung gewiß als „eine gewunschene Gelegenheit" begrüßen werde, „ihre immerfort alleruntertänigst bezeigende Willfährigkeit neuerlich an Tag legen zu können, umb die anseufzende Begnädigung umso ehender anhoffen zu dürfen, wann dieselbe mit einem ganz geringen und nur in einem Drittel, dast ist 2000 fl. bestehenden Quanto zu dieser Prästation zu konkurrieren sich willig finden lassen würde."

In ihrem Antwortschreiben vom 30. Juli 1745 wiesen die Vertreter der Prager Juden darauf hin, wie schwer es ihnen falle, der Aufforderung nachzukommen. Ihre Mittel seien infolge der Plünderung im Herbste 1744, der Aufbringung von 160.000 fl. Gemeindeschulden und der sofortigen Bezahlung von Privatschulden völlig erschöpft, ihr Handel und Gewerbe habe arge Einbuße erlitten, der geringe Erlös für ihre Mobilien, Effekten und Warenvorräte, die sie zu Schleuderpreisen abgeben mußten, müsse zur Deckung ihres Lebensunterhalts, zur Bezahlung des Schutzgeldes, des Wohnungszinses und anderer Auslagen dienen. Die kräftigsten Kontribuenten seien völlig verstreut, sodaß man von vielen nicht einmal den Aufenthalt wisse. Dennoch aber seien die Unterzeichneten bereit, alles zu unternehmen, um der gestellten An-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

forderung genüge zu leisten. Doch bitten sie um eine vierwöchige Frist, um eine Sammlung bewirken zu können.[8])

Diese Antwort legte die Ausweisungskommission der Statthalterei mit dem Beifügen zur Schlußfassung vor, daß sie sich billigerweise veranlaßt sehe, über den derzeitigen Zustand der in äußerster Kümmernis lebenden Exulanten zu berichten. In Worten, die von wahrem menschlichen Mitgefühl zeugen, schildert sie die furchtbaren Unterkunftsverhältnisse der Vertriebenen, welche in der nächsten Umgebung Prags in Lieben, Wrschowitz, Nusle, Koschiř, Smichov und anderen Ortschaften in Scheuern, Ställen und ganz kleinen Gelassen, in welchen oft zwei und noch mehr Familien zusammengepfercht seien, hausen müssen, gepeinigt von Not und Krankheiten aller Art. Einen wehen Anblick böten die Juden, welche täglich das ganze Haus des Ausweisungskommissärs Grafen Philipp Kolowrat füllen, um für ihre Kranken und schwangeren Frauen um Einlaß in die Stadt zu bitten. Die eben einsetzende Erntezeit bringe übrigens auch noch die Gefahr, daß die Unglücklichen aus den Scheuern und anderen Wirtschaftsräumen ins freie Feld verjagt werden, wo sie durch die Unbill der Witterung, namentlich in den kalten Herbstnächten, schwerem Schaden an ihrer Gesundheit ausgesetzt wären. In Anbetracht dieses auf die Dauer unhaltbaren Zustandes, der auch das Wohl der übrigen Bevölkerung mit Unheil bedrohe, halte es die Kommission für ihre Pflicht, die Statthalterei um die Erwägung zu bitten, ob es nicht angezeigt wäre, die Königin um eine Finalresolution respectu der aus der Stadt emigrierten Judengemeinde nochmals anzugehen, „damit, wann sie die Gnad ihres Hierbleibens nicht mehr anzuhoffen hätten, dieselben bei der nicht gar lang mehr dauern dörfenden Sommerszeit ihre Emigration aus dem Lande vornehmen könnten oder in jenem Fall, da für sie die Gnad ihres Allhierverbleibens ausfallen sollte, dieselben mit noch gesundem Leib und Erhaltung einiger Habschaften dem Publico ferners zu succurrieren im Stand erhalten werden."

Diese Anregung fand im Kollegium der Statthalter, an dessen Spitze der humane Oberstburggraf Joh. Ernst Graf Schaffgotsch stand, williges Gehör und volles Verständnis und schon am 6. August ging ein von den in Prag anwesenden Statthaltern einhellig approbierter, die Ausführungen der Ausweisungskommission vollinhaltlich wiedergebender, dieselben in mehreren Belangen noch ergänzender und verschärfender Bericht an die Böhmische Hofkanzlei in Wien ab, in welchem an die Königin die eindringliche Bitte gerichtet wurde, der Statthalterei zu eröffnen, was nun weiter mit den Prager Juden zu geschehen habe. Es sei nun hoch an der Zeit, daß über ihr Schicksal endgültig entschieden werde. Abgesehen von der furchtbaren Lage, in der sich die Juden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

befänden, stehe auch das öffentliche Interesse in Frage. Handel und Wandel seien auf einem bedenklichen Tiefpunkte angelangt. Das Ausweisungsedikt sei in fast ganz Europa bekannt geworden und habe zur Folge gehabt, daß den Juden aller Kredit, welcher doch die Seele des Commercii sei, entzogen worden sei. Daran habe die mit dem Dekrete vom 15. Mai zugebilligte Erstreckung der Aufenthaltsfrist gar nichts geändert. Die ausländischen Negotianten können auch jetzt noch keinen Kredit gewähren, da sie nicht wissen, ob die Emigration nicht doch noch werde anbefohlen werden. Ähnlich sei es mit den Landjuden. Die Grundherrschaften, von denen sie Branntwein-, Bleich- und Flußhäuser in Bestand hatten, können mit ihnen keine neuen Kontrakte eingehen und niemand könne ihnen beim Einkauf von Landesprodukten wie Wolle, Federn und dergleichen wie bisher Kredit geben, auch wenn es sich um Juden handle, deren Rechtlichkeit außer Zweifel stehe. Die Statthalterei habe zwar versucht, durch eine Interimsverordnung den Handel der Juden namentlich im Interesse der Heeresausrüstung zu heben und zu stabilisieren, allein es müsse Ihre Majestät um die Erwägung gebeten werden, ob es sich nicht empfehlen würde, wenigstens den untadelhaft sich aufführenden Juden die endgültige Handelsmöglichkeit wiederzugeben, was sie sicherlich wieder kreditfähig machen würde.

Die hier erwähnte Interimsverordnung, welche ebenfalls das Datum des 6. August trägt, nahm die Feststellung, daß der Prag-Altstädter Magistrat es versuche, den emigrierten Juden den Handel mit Leinwand und anderen Waren, auch wenn sie für Militärzwecke bestimmt seien, nicht allein zu diffikultieren, sondern sogar zu interdizieren, zum Anlaß, im Wege der Altstädter Stadthauptmannschaft kundzumachen, daß die Prager Judenschaft mit Ausnahme des auch fernerhin nicht gestatteten Hausierhandels von Haus zu Haus, in Erkaufung oder Verkaufung von Leinwandwaren, vornehmlich aber jener Waren, die zu Montursrequisiten gehören, bei schwerer Verantwortung weder gehindert noch beeinträchtigt werden dürfe. In den bisher ergangenen Emigrationsverordnungen sei nirgends von einem Handelsverbote die Rede, darum gebühre es sich keineswegs, daß gewisse Unterinstanzen eigene Vorschriften und Verbote herausgeben.

Der Bericht der Prager Statthalterei vom 6. August kam der Böhmischen Hofkanzlei, welche damals der Oberstkanzler Graf Friedrich Harrach leitete, offenbar einigermaßen überraschend und unerwünscht. Wenn sie sich auch dem Eindruck der Schilderung der trostlosen Lage der Prager Juden nicht verschließen konnte, hielt sie das Drängen der Prager Landesregierung auf eine baldige engültige Entscheidung über das Schicksal derselben in diesem Zeitpunkte für nicht ganz opportun.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Seit dem Dekrete vom 15. Mai, welches man im Inlande und zum Teil auch im Auslande bei der bisherigen Einstellung Maria Theresias als eine ganz außerordentliche Konzession betrachtete, die geeignet wäre, die auch in höchsten Amts- und Hofkreisen fast allgemein als verfehlt angesehene Aktion im Sande verlaufen zu lassen, war in Wien die Judenfrage stark in den Hintergrund getreten. Die Juden sollten nach Ansicht dieser Kreise froh sein, daß man sie in Ruhe ließ und sich nicht weiter um sie scherte. Bleiben durften sie ja vorläufig im Lande, so lange eben, bis man sich ihrer wieder erinnern würde. Wie sie hausen mußten ohne Haus und Herd, wie sie dahinvegetieren mußten in Not, Elend und Krankheit, das hatte man nicht vor Augen, darum dachte man nicht daran. Maria Theresia selbst hatte übrigens in den letzten Monaten andere Sorgen gehabt. Die Vorbereitungen zu einem neuen Feldzuge gegen Preußen, das Fehlschlagen und Ende dieser Aktion mit der Niederlage bei Hohenfriedberg, das scharfe Drängen Englands zu einem Ausgleich Maria Theresias mit ihrem gehaßten Widersacher Friedrich II., die schwierigen Verhandlungen über die Wahl ihres Gemahls, des Großherzogs Franz zum Kaiser, das waren lauter Angelegenheiten, die das Denken und Handeln der Königin voll in Anspruch genommen hatten. Als der Bericht der Prager Statthalterei in der Judenfrage in Wien einlangte, war allerdings bereits eine wesentliche Entspannung der außenpolitischen Gesamtlage eingetreten. Allein in der Hofkanzlei waren doch nur Bedenken rege, ob es im Interesse der Juden selbst gelegen sei, jetzt schon ihre in Ruhe befindliche Frage wieder aufzurollen und damit vielleicht Maria Theresias Starrsinn wieder aufzureizen. Nach einigem Zögern entschloß man sich, den Prager Hofbericht ohne Antrag vorzulegen. Dies geschah am 31. August mit dem verlegenen Bemerken, daß sich die Hofkanzlei nicht getraue, „sich hierinfalls in was weiteres einzulassen, da ihr bisher nicht bekannt geworden sei, ob es Ihrer Majestät Intention wäre, dennoch mit der Zeit die Judenschaft völlig abzuschaffen oder auf eine andere Art zu reduzieren und lediglich in solchem Stand, der dem gemeinen Wesen konvenabel wäre, beizulassen." Mit Rücksicht auf die fortgeschrittene Jahreszeit und die übrigen von der Prager Statthalterei und der Ausweisungskommission angeführten Umstände bitte sie lediglich um eine baldige Resolution. Die erhielt sie auch sofort mit dem auf dem Akte eigenhändig angebrachten Vermerke Maria Theresias: „Sollen weiters auf dem Land sich ausbreiten dörfen bis weiterer Ordre."

Über das königliche Reskript, welches in Prag am 7. September einlangte, dürften die Statthalter und die Ausweisungskommission, namentlich der letzteren Haupt, Graf Philipp Kolowrat, auf dessen Schultern vor allem die Last der Judenaktion ruhte und dessen humanes

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Empfinden oft genug in Widerstreit mit seiner Amtspflicht stand, wenig erbaut gewesen sein. Man hatte hier, wenn auch nicht die erbetene endgültige Entscheidung über das weitere Schicksal der Juden, so doch wenigstens die Ermächtigung erwartet, einem Teil der emigrierten Juden, insbesondere den besser Situierten, den Kranken und Frauen gesegneten Leibes die Rückkehr in die Prager Wohnungen etwa bis zum nächsten Frühjahre gestatten zu dürfen. Allein gerade dies wollte Maria Theresia keinesfalls konzedieren. In Prag sollte sich kein Jude mehr niederlassen dürfen. Daran hielt sie fest. Sie jetzt über die Grenze jagen zu lassen, das ging freilich auch nicht an. Das Ausland, namentlich die deutschen Länder, in welche eine Massenemigration hätte erfolgen müssen, würden dies übel aufgenommen haben. Das war zu vermeiden, denn die Kaiserwahl und Krönung des Prinzgemahls Franz von Lothringen stand unmittelbar in Aussicht.

Die Entschließung der Königin intimierte die Statthalterei unverweilt allen Kreisämtern. Der Mitteilung, daß es den Juden gestattet sei, sich zwecks einer menschenwürdigeren Unterkunft im Lande ausbreiten zu dürfen, schloß sie den Befehl an die Kreishauptleute an, dafür zu sorgen, daß seitens der Obrigkeiten den Emigranten das Wohnen nicht allein in den Landjudengemeinden, sondern auch in bisher judenfreien Orten gegen billigen Mietzins ermöglicht werde.

Der gute Wille Maria Theresias, die triste Lage der vertriebenen Prager Judenschaft in den Grenzen des von ihrem Standpunkt aus als möglich erachteten Entgegenkommens zu erleichtern, soll nicht angezweifelt werden. Allein von einer eingehenden Erwägung und Kenntnis der Sachlage zeugt ihre Resolution nicht, denn sie gestattete etwas, was bisher gar nicht verboten war. Den Emigranten war niemals untersagt worden, sich weiterab von Prag auf dem Lande eine Unterkunft zu suchen. Allerdings hing die Gewährung einer solchen auf den Landdominien von der Willkür der Herrschaftsbesitzer ab. Und wie schon eingangs erwähnt, hatte ja auch eine nicht geringe Anzahl von Prager Juden in einigen Landjudengemeinden und auch andererorten weit draußen im Lande bereits früher ein Asyl gesucht und gefunden. Wer also aus der nächsten Umgebung Prags wegzuziehen wünschte, dem war es keineswegs verwehrt gewesen. Die große Menge der Prager Juden dachte jedoch gar nicht daran, sich ohne Zwang weit von Prag zu entfernen. Einerseits war es die immer rege Hoffnung, über kurz oder lang doch wieder heimkehren zu dürfen, die sie in der Nähe der alten Heimat festhielt, andererseits die leichtere und gewissere Erwerbsmöglichkeit, die ihnen die nahe Hauptstadt bot und endlich auch die bessere Gelegenheit, doch dann und wann in ihren verlassenen Häusern und Wohnungen nach dem Rechten zu sehen. Im Gegenteil: eine nicht

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

geringe Anzahl von Familien, die ursprünglich in entferntere Landesteile abgewandert waren, kam bald wieder in die Nähe Prags zurück und vermehrte hier so noch weiter die ohnehin schon unerträgliche Wohnungs- und Nahrungsnot. Dies alles war der Ausweisungskommission und der Statthalterei wohl bekannt. Und deshalb versprach man sich von der neuen königlichen Resolution keinerlei Effekt. Und mit Recht. Denn niemand wollte neuerdings zum Wanderstabe greifen. Weil aber mit Rücksicht auf die immer stärker auftretenden Krankheitsfälle, die eine auch die christliche Bevölkerung bedrohende Epidemie befürchten ließen, eine teilweise Evakuierung der Umgebung Prags notwendig erschien, die Stadt aber einer länger dauernden Beherbergung der Juden verschlossen blieb, ließ die Ausweisungskommission an die ehemaligen Vorsteher der Prager Judengemeinde in Brandeis am 16. September die Weisung ergehen, selbst dafür Sorge zu tragen, daß eine größere Anzahl von Familien, welche die Möglichkeit hätten, anderwärts Unterkunft zu finden, sobald als möglich ins Land hinein abwandere. Die Behörden rechneten damit, daß die reicheren Juden selbst ihre armen und erwerbslosen Glaubensgenossen, die ihnen zweifellos zur Last fielen, gern abstoßen würden. Allein es geschah dies nicht. Im Gegenteil meldeten sich, weil man dem behördlichen Auftrage doch in gewissem Maße folge leisten wollte, eine Anzahl materiell besser gestellter Judenfamilien zum Abzug, welche der Oberstburggraf Graf Schaffgotsch und sein Berater in Finanz- und Kommerzangelegenheiten Kasimir Freiherr Netolitzky von Eisenberg im Interesse der Wiederbelebung des Handels lieber in der Nähe der Hauptstadt behalten hätten.

Es läßt sich denken, daß diese Juden auf dem Lande keineswegs das Entgegenkommen fanden, wie es das Statthaltereipatent anbefahl, sondern da und dort mancherlei Schikanen ausgesetzt waren. So hatten sich vor den Toren der kgl. Bergstadt Görkau die Prager Emigranten Moises Liebeschütz, Mischl Wiener, Samuel Goldschmid, Joachim Buntzel und Joseph Plan niedergelassen und schickten sich an, in dem Hause eines dortigen Juden den Langen Tag und das Laubhüttenfest mit den vorgeschriebenen Zeremonien zu begehen. Das wurde ihnen aber vom Magistrat mit dem Hinweis auf das Privileg der Stadt, daß sie keine Synagoge zu tolerieren brauche, untersagt. Auf sofortige Intervention des fürstlich Auerspergschen Mandatars I. W. Felix erteilte die Statthalterei mit dem Erlasse vom 24. September 1745 dem Magistrat einen scharfen Verweis mit dem Bedeuten, „damit derselbte mentionierten Juden dasjenige, was auch anderwärts gewöhnlich und den Stadt-Privilegiis nicht nachteilig sein kann, da die Gebete und Zeremonien außerhalb der Stadt stattfinden, ungehindert verstatten, sich auch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

durch widriges Bezeigen der Schuld und Verantwortung eines etwan dardurch entstehenden Auflaufs keinerdings teilhaftig machen solle."

In Karlsbad wiederum hatten sich, ohne die Kur zu gebrauchen, auf Grund des Statthaltereipatents vom 7. September 1745, welches den Prager Emigranten ein Asyl auch an Orten, wo sonst keine Juden wohnen durften, gestattete, allmählich 66 Vertriebene eingefunden, denen der Magistrat der Badestadt unter Berufung auf ein von König Wladislaus II. erteiltes Privileg, das den Juden die Niederlassung daselbst verbot, die Aufenthaltsbewilligung verweigerte. Nach längeren Verhandlungen ließ die Statthalterei mit dem Erlasse vom 12. November 1745 dem Magistrate im Wege des Kreisamtes eröffnen, daß der Stadt an ihrem Privileg nicht das mindeste Präjudiz widerfahre, wenn sie in Befolgung der königlichen Resolution die Prager Juden, deren Zahl sich übrigens auf 6 Familien reduziert habe, toleriere, zumal dieselben sich „alles Handels und Wandels, folglich alles Eintrags dortiger Bürgerschaft enthalten, auch vor ihr bares Geld zehren, mithin gemeiner Stadt mehr zum Aufnehmen als zu einigem Schaden beförderlich seind und zumal auch durch den bereits eingetretenen Winter sich der Abzug derer Weiber und Kinder ohnehin nicht füglich tun lasset."

Die bisher durchaus liberale Haltung der Behörden den Emigranten gegenüber hatte zur Folge, daß mit der Zeit nicht allein der Zuzug der nur zu einem Tagesaufenthalt in die Hauptstadt kommenden Juden stetig wuchs, sondern auch die Zahl solcher jüdischer Geschäftsleute sich allmählich mehrte, denen insbesondere zwecks Durchführung von Lieferungen für die Armee oder behufs Abwicklung anderer im öffentlichen Interesse gelegener Handelsgeschäfte eine auf längere Zeit lautende Aufenthaltsbewilligung erteilt worden war. Und ebenso war seit Anfang August die Zahl der Kranken und anderer Hilfsbedürftiger, denen menschliches Mitgefühl den Einlaß in die Stadt gewährt hatte, nicht unbeträchtlich gewachsen. Schon bald nach dem großen Auszuge hatte, wie schon erwähnt, Graf Kolowrat der Kontrolle halber für die nur tagsüber in Prag sich aufhaltenden Juden Einlaßzettel mit schwarzem Rand, welche an den Stadttoren zum Druckkostenpreise zu lösen waren, und für Kranke und jene, die aus einem anderen Grunde in der Stadt übernachten oder noch länger bleiben durften, ähnliche Zettel mit rotem Rande, deren Ausfolgung Graf Kolowrat sich beziehungsweise seinem Vertreter vorbehalten hatte, eingeführt. Die Meldungen der Kontrollorgane der Ausweisungskommission hatten nun in der letzten Zeit ergeben, daß ungefähr ab Anfang September nicht allein die roten Zettel, sondern auch die schwarzen Einlaßscheine in einem von Tag zu Tag steigenden Maße angefordert wurden. Und Ende September,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zur Zeit des in der Altstadt alljährlich stattfindenden St. Wenzelsmarktes, bot sich den verwunderten Pragern das unerwartete Schauspiel, daß eine große Menge von Juden mit Waren beladen aus allen Richtungen zu den Toren hereinzog, welche ihre Sachen, weil der Tandelmarkt zu klein war, auf dem heutigen Obstmarkte auslegten und feilboten. Die bürgerliche Handelskonfraternität erhob dagegen unverweilt die Beschwerde bei der Statthalterei mit dem Begehren, es möge den Juden aller Handel in der Stadt untersagt und ihre Waren beschlagnahmt werden. Der Oberstburggraf wies diese Forderung mündlich kurzweg ab mit dem Bemerken, daß bisher ein Handelsverbot für die Juden nicht bestehe. Unterm 5. Oktober trug er überdies noch dem Altstädter Stadthauptmanne Grafen von Breda auf, der Handelskonfraternität, welche sich ein jus prohibendi erzwingen zu wollen scheine, eine schriftliche Abweisung ihres unstatthaften Begehrens zuzustellen.

Jedoch auch verschiedene andere Klagen christlicher Gewerbsleute gegen die immer fühlbarer werdende jüdische Konkurrenz, welchen die Handelskonfraternität anscheinend nicht ferne stand, ließen den Leiter der Ausweisungskommission Grafen von Kolowrat zu dem Entschlusse kommen, der Stathalterei Maßregeln vorzuschlagen, mit denen dem allzu stark angewachsenen Zuzuge der Juden nach Prag gesteuert werden könnte. Er tat dies in einem Memorandum, das er der Statthalterei am 5. Oktober gelegentlich der an diesem Tage stattfindenden Kollegialsitzung überreichte. Er begründete darin zunächst seine bisherige milde Haltung den Emigranten gegenüber mit dem Hinweis auf deren unsäglich traurige Lage, der menschliches Mitgefühl nicht versagt werden könne. Es sei zu bedauern, sagt er weiter, daß die Juden von der Erlaubnis, sich weiter im Lande ausbreiten zu dürfen, nahezu keinen Gebrauch gemacht haben. Im Gegenteil sei sogar der unerwünschte Fall eingetreten, daß eine große Anzahl jener, die schon früher auf dem Lande sich niedergelassen hatten, mit beginnendem Herbste in die Umgebung Prags zurückkehrte und hier die Obdach- und Nahrungsnot noch wesentlich steigerte. Dieser Notstand im Verein mit der andauernd ungünstigen und kalten Witterung habe eine derartige Menge von Krankheitsfällen zur Folge gehabt, daß er, Graf Kolowrat, bemüßigt gewesen sei, eine nicht unbedeutende Anzahl von kranken Juden für die Dauer ihrer Krankheit in die Stadt aufzunehmen, um sie nicht infolge Mangels ärztlicher Hilfe in ihren Schlupfwinkeln zugrundegehen zu lassen. Die Zahl der Einlaß heischenden Kranken und mit Leibesbürde behafteter Frauen sei aber in letzter Zeit derart gestiegen und auch die Menge anderer geschäftehalber nach Prag kommender Juden wachse von Tag zu Tag in solchem Masse, daß er billigerweise Bedenken tragen müsse, so wohlwollend wie bisher vorzugehen, in der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Besorgnis, es könnte Ihre Majestät davon erfahren und darüber ihr Mißfallen äußern.

Graf Kolowrat schlägt darum vor, die Statthalterei möge vor allem kundmachen lassen, daß alle Emigranten, welche vom Lande in die Nähe der Hauptstadt zurückgekehrt seien, sofort wieder ihren bisherigen Aufenthaltsort aufzusuchen haben, da sie unter gar keinen Umständen Einlaß in die Stadt erhoffen dürfen. In Hinsicht der schon seit früher in der Umgebung Prags einquartierten Juden, die tagsüber ihren Geschäften in der Stadt nachzugehen pflegen, bittet er um die Ermächtigung, die Zahl der schwarzen Einlaßscheine auf ungefähr 50 pro Tag reduzieren zu dürfen, da man anzunehmen berechtigt sei, daß diejenigen Emigranten, die Besitz- und Vermögensangelegenheiten in Prag zu liquidieren hatten, dieselben doch schon endlich bereinigt haben könnten. Den Torschreibern wolle überdies aufgetragen werden, bei Strafe der Dienstentsetzung keinen einzigen Juden mehr ohne Passierschein einzulassen.

Den Vorschlägen des Leiters der Ausweisungskommission stimmte das Kollegium der Statthalter im großen und ganzen zu. Nur wollte es den für die Tagespassanten einzuführenden Numerus clausus nicht allzu eng bemessen wissen. Die beantragte Zahl 50 wurde darum auf das Doppelte erhöht und überdies die Erwartung ausgesprochen, es werde darüber hinaus keinem Juden der Einlaß verwehrt werden, der wirklich noch dringende Angelegenheiten in der Stadt zu erledigen habe. Auch dürfe durch diese Maßnahme die jüdische Marktfreiheit in keiner Weise beeinträchtigt werden. In Hinsicht der auf rote Zettel Einlaß heischenden oder schon in die Stadt aufgenommenen Juden wurde es dem Grafen Kolowrat freigestellt, sich zur Unterbringung und Überwachung derselben allenfalls des früheren jüdischen Quartiermeisters Markus Löwi zu bedienen.

An der Erörterung seines Memorandums nahm Graf Kolowrat in seiner Eigenschaft als Mitglied des Statthalterkollegiums persönlich teil. Er nahm die Gelegenheit wahr, seinen Kollegen seine eigene außerordentlich schwierige Aufgabe, die ihn in einem steten Zwiespalt zwischen der übernommenen Amtspflicht und seinem rechtlichen und menschlichen Empfinden gefangen halte, zu schildern und ihnen auf Grund seiner genauen Kenntnis der Verhältnisse die Unhaltbarkeit des bisherigen Zustandes vor Augen zu stellen. Und unter dem tiefen Eindruck seiner Ausführungen faßte das Kollegium, dem an diesem Tage in Abwesenheit des Oberstburggrafen Graf Philipp von Gallas präsidierte, den Beschluß, an die Kaiserin neuerdings mit ernsten Vorstellungen heranzutreten. Diesmal sollte jedoch der Kaiserin nicht etwa nur eine Schilderung der kläglichen Lage der Prager Judenschaft ge-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

boten und um irgendeine gnädigst beliebige Resolution gebeten werden, welche allenfalls so unüberlegt und unzweckmäßig ausfallen könnte, wie jene vom 31. August, sondern es sollte ihr durch Stellung eines konkreten Antrags auf allmähliche Schaffung einer neuen, nur aus verläßlichen und steuerkräftigen Elementen bestehenden Judengemeinde in Prag, die Möglichkeit gewiesen werden, wie ihre übereilte, nur Leid, Unrecht und Schaden stiftende Aktion in vernünftiger Weise liquidiert werden könnte. Der in diesem Sinne verfaßte, vom 5. Oktober datierte Hofbericht der Prager Statthalterei ging erst am 23. Oktober nach Wien ab, da die Kaiserin in dieser Zeit von ihrer Reise ins Reich zurückerwartet wurde. Es wird darin vor allem konstatiert, daß die allerhöchste Resolution vom 31. August den bedauerlichen Effekt gehabt habe, daß anstatt der mittellosen und nur durch Schachergeschäfte sich ernährenden Juden, deren Entfernung aus der Umgebung Prags sehr erwünscht gewesen wäre, eine Anzahl wohlhabender und tüchtiger Geschäftsleute aufs Land gezogen sei und dort ihr Geld untätig verzehre. Unter diesen Umständen könnte es geschehen, daß im Fall es doch wieder zur Errichtung einer Judengemeinde in Prag käme, zu deren Bildung nur armes, für die Wiederbelebung des darnieder liegenden Handelsverkehrs untaugliches Judenvolk zur Verfügung stünde.

Um dem begegnen zu können, bittet die Statthalterei für den Fall, als Ihre Majestät sich doch für die Wiedererrichtung der Prager Judengemeinde entschließen wollte, um die wenn auch nur provisorische Ermächtigung, „daß wenigstens 300 bis 400 Familien oder höchstens der dritte Teil des vorhinigen, in 1800 Familien bestandenen Numeri nicht allein blos von denen potentioribus, sondern auch von anderen derer wohlverhaltensten und niemals in einigen Verdacht einer Untreu oder anderen Verbrechens gewesenen Juden zurückberufen oder zur Bewohnung ihrer ohnedem noch unverkauft und leer stehenden Häusern eingelassen werden möchte, welche dann dasjenige, so sie an dem auf dem Lande ihren Wirten und Obrigkeiten an Hauszins und Schutzgeld ohne Not zu bezahlen gehalten seind, ad praestanda onera publica mit zuhilf anwenden, folglich Euer Majestät in dero treu gehorsamsten Erbkönigreich nützlich sein könnten, da inzwischen die übrigen entweder unvermöglichen oder doch sonsten nicht allzu wohl berüchtigten Juden, die ohnedies dem Publico wenig oder gar nichts beizutragen vermögen, sondern vielmehr nur zur Last zu sein pflegen, nach Euer Majestät allergnädigstem Befund entweder auf dem Land, wo sie zu Fazilitierung derer Landesproductorum und Manufakturen, um solche außer Landes zu versilbern und damit ihre Nahrung zu suchen, auch notdürftig zu finden, gelassen oder gar außer Landes abgeschafft werden könnten. Damit aber der Selectus jener Juden, welche eine Prager Communität

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zu constituieren hätten, mit desto mehrerer Verläßlichkeit und uninteressierter Sincerität geschehen möge, seind wir der weiteren alleruntertänigst unvorgreiflichen Meinung, daß dero königliches Gubernium nach eingeholtem vorläufigen Gutachten von einer der gesamten Judenschaft die beste Notiz habenden Commission sowohl die Familien, welche allhier eine neue Communität zu formieren hätten, als auch deren einstige Vorsteher in Vorschlag zu bringen haben würde."

Maria Theresia war in den letzten Oktobertagen aus dem Reiche, wo sie in Frankfurt am 4. Oktober der Krönung ihres Gemahls zum Kaiser beigewohnt und mit ihm vor und nach derselben eine Reihe deutscher Städte besucht hatte, in welchen sie von der Bevölkerung mit großer Begeisterung aufgenommen worden war, tief befriedigt nach Wien zurückgekehrt. Die sorgenvolle Unruhe und die nicht wenig gesteigerte Reizbarkeit, welche ihre Entschlüsse und Handlungen in den letzten Monaten ungünstig beeinflußt hatten, waren trotz der nur unwesentlich gebesserten außenpolitischen Lage einer gewissen Beruhigung gewichen. Das wiedergewonnene und gefestigte innere Gleichgewicht der Kaiserin ließ erhoffen, daß sie nunmehr auch mit größerer Überlegung und Unvoreingenommenheit an die Lösung einiger dringender innerpolitischer Fragen werde herantreten können. Zu diesen gehörte nicht in letzter Linie auch die nicht allein in den Prager, sondern nun auch schon in den Wiener Amtskreisen als brennend empfundene böhmische Judenfrage. Die Böhmische Hofkanzlei, welche im August es nicht für ratsam gefunden hatte, sich in dieser Angelegenheit zu exponieren, entschloß sich jetzt, gestützt auf den neuen Prager Bericht, einen entschiedenen Vorstoß zu wagen. Der Oberstkanzler Graf Harrach ließ zu diesem Bericht ein Votum verfassen, das an eindringlichem Ernst und ungeschminkter Offenheit nichts zu wünschen übrig läßt. Es könne der böhmischen Hofkanzlei, so heißt es hier, gewiß nicht der Vorwurf gemacht werden, daß sie dem anwachsenden Judentum je das Wort gesprochen habe. Im Gegenteil sei sie jederzeit bestrebt gewesen, Mittel vorzuschlagen, die geeignet wären, sich dieser Last ohne Schädigung der öffentlichen Interessen zu entledigen. Auf dem Standpunkte, daß dem steigenden jüdischen Einflusse zu begegnen sei, stehe sie noch „in dem Masse jedoch, daß nach ihrem Begriffe die Judenschaft aus allen königlich böhmischen Erblanden ganz und gar abzuschaffen und auszurotten weder dem Publico und der allerhöchsten Landesherrschaft Dienst ersprießlich, noch auch in gewisser Weise und wegen der in executione unterlaufenden überaus beschwerlichen, das Christentum selbst betreffenden Anstände wohl kaum möglich sei." Der ursprüngliche Plan, die Juden insgesamt bis Ende Juni aus Böhmen hinauszuschaffen, sei allerdings nicht zur Ausführung ge-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

langt. Allein die weitere Duldung über den Sommer hinaus habe dazu geführt, daß jetzt mit dem beginnenden Winter von einer Emigration überhaupt nicht die Rede sein könne. Und deshalb handle es sich gegenwärtig nur um die Frage, ob man die ausgeschafften Prager Juden den Winter in ihren Häusern und Wohnungen in der Hauptstadt, die ohnehin leer stehen und Schaden leiden, oder in ihren elenden Schlupfwinkeln außerhalb der Stadt verbringen lassen solle.

„Es ist hierbei", erklärt die Hofkanzlei, „wahrhaftig ein schwerer Zustand. Denn die vormals in Prag geweste Judenschaft kann sich wegen ihrer dortigen eigentumblichen und mit keinem Recht ihnen abgesprochen werden könnenden Häuser und übrigen habenden Handels-, Kredits- und Nahrungsgeschäften von dort nicht weit entfernen und herentgegen nahend um Prag kann sie nicht leben wegen Abgang teils des Unterkommens, teils der Nahrung. Das Unterkommen, absonderlich für die Unvermöglichere, ist bishero meistens in Ställen, Scheuern, elenden Kammern, Winkeln und Löchern bestanden, welches in jetziger rauher und noch folgenden ärgeren Zeit nicht wohl der Menschlichkeit gemäß ist, so doch auch bei Christen für die Juden als Menschen gelten muß. Die Nahrung für eine so große Menge Juden kann um Prag ohne Prag nicht sein. Wann sie also nicht in Prag selbst wohnen, sondern täglich auf eine halbe oder ganze Meile hinein und hinaus in aller Witterung laufen sollen, entgehet ihnen erstlich bei kurzen Tägen eine große Zeit, andertens verderben sie an ihrem Gewand mannigen Tag mehr als sie zu gewinnen Hoffnung haben und drittens ist die tägliche so weite Zerstreuung der Eltern von ihren Kindern doch eine erbarmungswürdige Sache."

Die Hofkanzlei appelliert an die allbekannte Güte und Milde der Kaiserin, die allen Notleidenden zuteil werde, und spricht die Hoffnung aus, daß sie auch den Prager Juden nicht versagt bleiben werde. Alle Welt werde die Bewilligung, daß die Juden den Winter in ihren Häusern verbringen dürfen, als einen Akt besonderer Großmut und mitleidvollen Erbarmens mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen. Übrigens schließe ein solcher Gnadenakt ein weiteres Vorgehen gegen das Judentum in einem späteren, geeigneteren Zeitpunkte keineswegs aus. Für diesen Fall aber stelle man Ihrer Majestät den Vorschlag der Prager Statthalterei, nur die lästigen und schädlichen Elemente der Judenschaft auszuschaffen und aus den besseren und nützlichen eine neue Judengemeinde in Prag zu bilden, die man dann ständig im Auge behalten könnte, zur reiflichen Erwägung. Sollte dieser Vorschlag die allerhöchste Billigung finden, so dürfte die von der Statthalterei beantragte Kommission tatsächlich geeignet sein, die Auswahl der zur Bildung der neuen Kommunität geeigneten Judenfamilien vorzunehmen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und die ganze Angelegenheit den Intentionen Ihrer Majestät gemäß zu regeln.

Am 9. November 1745 legte der Oberstkanzler Graf Harrach das Votum der Hofkanzlei der Kaiserin in einem persönlichen Vortrage vor. Wenn etwa, was allerdings nicht feststeht, bei der Hofkanzlei die Absicht bestanden haben sollte, die von der Fahrt ins Reich mit heimgebrachte gute Stimmung der Kaiserin auszunützen, so geschah dies reichlich zu spät. Denn diese hatte bald wieder eine starke Trübung erfahren und zwar vor allem durch die neuerlichen vehementen Bemühungen des der Monarchin infolge seiner nicht selten bis zur Unhöflichkeit gesteigerten derben Verhandlungsart keineswegs sympathischen englischen außerordentlichen Gesandten Robinson, welche darauf hinausliefen, ihren Widerstand gegen den von England gewünschten Ausgleich mit Preußen zu brechen. Allerdings war Harrach trotz seiner persönlichen hohen Verehrung und aufrichtigen Ergebenheit, welche er seiner Herrin entgegenbrachte, keineswegs der Mann, der gesonnen war, auf eine weniger gute Laune derselben Rücksicht zu nehmen. Es ist bekannt, daß er, wenn es nottat, sich kein Blatt vor den Mund nahm, Zornesausbrüchen der Kaiserin unerschrocken standhielt und durch seine ruhige Festigkeit Konzessionen errang, die ein anderer kaum erlangt hätte. Um so mehr nimmt es wunder, daß diesmal seinen Vorstellungen zu Gunsten der Prager Judenschaft, die er zweifelsohne mit der gewohnten Bestimmtheit vortrug, nicht der geringste Erfolg beschieden war. Maria Theresia nahm das Votum der Hofkanzlei zur Prüfung entgegen, eine sofortige Entschließung lehnte sie ab. Eine solche erfolgte jedoch auch später nicht. Das Votum wurde einfach ad acta gelegt. Die Prager Statthalterei blieb infolgedessen ohne amtliche Weisung, wie sie sich in der Frage der Prager Juden weiter zu verhalten habe. Es hat aber offenbar nicht lange darauf zwischen dem Oberstkanzler und dem Oberstburggrafen — wahrscheinlich gelegentlich des Aufenthaltes des ersteren in Prag auf seiner Durchreise nach Dresden zu den Friedensverhandlungen mit Frankreich — ein persönlicher Meinungsaustausch über diese Angelegenheit stattgefunden, dessen Ergebnis wahrscheinlich für die weiteren Maßnahmen der Statthalterei und der Judenausweisungskommission Richtung gebend war. Darauf deutet wenigstens eine Stelle in einem von Kasimir Freiherrn von Netolitzky an den Grafen Philipp Gallas gerichteten Briefe vom 28. November 1745 hin, in der es heißt, „Sr. Exzellenz der Herr Oberstkanzler haben mit Sr. Exzellenz dem Herrn Oberstburggrafen allbereits in puncto der Immittierung derer Juden und des Commercii conferieret."

Maria Theresia blieb aber auch weiterhin hart. Es beweist dies ihr Verhalten den Juden von Brünn und Olmütz gegenüber, denen sie unge-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

fähr zur selben Zeit die Rückkehr in diese Städte weigerte und sogar den Auftrag gab, es möge ihr ein Vorschlag ausgearbeitet werden, „wie angefangen werden könnte, selbte aus dem Land gleich zu bringen."

Unter diesen Umständen ist es den Männern, die im Kollegium der Statthalter des Königreichs Böhmen saßen, und jenen, welche die Ausweisungskommission bildeten, gewiß hoch anzurechnen, daß sie in Erkenntnis ihrer Menschen- und Christenpflicht, im Rahmen der ihnen zustehenden Befugnisse nach Mitteln suchten und sie auch fanden, um die Leiden der Prager Judenemigranten wenigstens einigermaßen zu lindern. Vor allem machte die Statthalterei im Wege der Kreisämter Beraun, Kouřim und Rakonitz ihren Einfluß dahin geltend, daß die Dominikalämter in der Prager Peripherie einer größeren Anzahl wenig bemittelter oder ganz mittelloser kinderreicher Familien entsprechendere Winterquartiere in Meierhöfen und anderen herrschaftlichen Häusern entweder umsonst oder gegen geringes Entgelt zur Verfügung stellten. Weiter veranlaßte sie eine erhöhte Nahrungsmittelbelieferung Prags und der Umgebung aus den Landbezirken. Endlich erteilte sie der Ausweisungskommission die Erlaubnis, die seit Oktober krankheitshalber oder anderer Ursachen wegen in die Stadt aufgenommenen Juden samt ihrem oft aus der ganzen Familie bestehenden Pflege-, Geschäfts- oder Arbeitspersonal hier weiter zu behalten. Im Laufe der Monate November und Dezember fanden nicht wenige neu Erkrankte und andere Hilfsbedürftige Einlaß, die ebenfalls mit zahlreichen Angehörigen ihre alten Wohnungen bezogen, ohne auf ernstlichen Widerstand seitens der Behörden zu stoßen. Die Zahl der zu Ende des Jahres 1745 in Prag befindlichen Juden ist nicht bekannt. Doch dürfte sie recht erklecklich gewesen sein. Die große Menge der Juden in der Stadt und der Umstand, daß dieselben ungeachtet des allerdings nicht sehr ernst gemeinten und noch weniger ernst befolgten provisorischen Handelsverbots in der Stadt ihrem Erwerb nachgingen, gaben der durch die wachsende Konkurrenz sich immer stärker benachteiligt fühlenden Prager Handelskonfraternität den, wie es scheint, nicht unerwünschten Anlaß, wieder einmal die Inszenierung einer Judenhetze zu versuchen. Verunglimpfungen von Juden waren, seit ihre Zahl in der Stadt stetig zunahm, gewiß keine große Seltenheit. Allein seit Anfang Dezember begannen sich die Insulte auffällig zu mehren. Da und dort fand man auch schon wieder in den zur Judenstadt führenden Gassen die altüblichen Hetzzettel verstreut. Die Behörden verfolgten diese Zeichen einer wieder auflebenden Animosität gegen die Juden mit Aufmerksamkeit, jedoch auch mit nicht geringer Besorgnis. Als dann am Morgen des 18. Dezember, am Jahrestage der Herausgabe des Ausweisungsediktes, auf der Karlsbrücke ein in der Nacht am sogenannten Juden-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

kreuze befestigtes Plakat gefunden wurde, dessen Inhalt die Statthalter des Ungehorsams gegen Ihre Majestät zieh und sie als Patrone der Feinde der Christenheit verhöhnte, den Juden aber mit Mord und Totschlag drohte, wenn sie nicht alsobald wieder von dannen ziehen und die Stadt meiden, sah sich die Statthalterei veranlaßt, energische Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die Stadthauptleute erhielten sofort den gemessenen Befehl, die Übeltäter und deren Inspiratoren auszuforschen, die Bevölkerung aufs nachdrücklichste vor allen Exzessen zu warnen und etwaigen Tumultuanten die schärfste Strafe anzudrohen. Der Stadtkommandant Feldmarschalleutnant Graf Kajetan Kolowrat wurde ersucht, die Hauptwachen verstärken zu lassen und Streifwachen in die Stadt zu entsenden, damit jeder Versuch, die Ruhe zu stören, sofort niedergeschlagen werden könne. Daß die Statthalterei keineswegs gesonnen war, einem etwaigen Terror zu weichen, bezeugt der Umstand, daß sie wenige Tage nach dem Erscheinen des erwähnten Pamphlets, nämlich am 23. Dezember, der Ausweisungskommission gestattete, nicht allein die Zahl der schwarzen Einlaßscheine für die Juden von 100 auf 200 täglich zu erhöhen und deren Erlös für das jüdische Krankenspital zu verwenden, sondern auch weitere 200 Kranke in die Stadt mit der Bedingung aufzunehmen, daß jeder aufgenommene Jude sich mit einem Revers zu verpflichten habe, sich in der Stadt allen Handels zu enthalten und dieselbe, falls inzwischen keine diese Verfügung abändernde allerhöchste Resolution erfolgen sollte, bis Ende Feber 1746 wieder zu verlassen und sich aufs Land zu begeben. Gleichwohl aber fand sie es für angezeigt, ihr Vorgehen in Wien zu rechtfertigen, um allfälligen Denuntiationen, daß sie durch ihr Entgegenkommen den Juden gegenüber den Intentionen der Kaiserin zuwidergehandelt habe, zu begegnen. Sie ließ darum unter demselben Datum einen Bericht an die böhmische Hofkanzlei abgehen, in welchem sie die von ihr der Ausweisungskommission „pur aus christlichem Mitleiden" erteilte Ermächtigung zur Kenntnis brachte und dieselbe auch noch damit begründete, daß infolge der elenden Unterkunftsverhältnisse der Juden die Krankheiten unter ihnen derart beängstigend zunehmen, daß eine Epidemie auch für die übrige Bevölkerung zu befürchten sei. Des weiteren bat sie um eine allerhöchste Finalresolution, weil sonst „dieses dermalen ohne alle Nahrung exilierte Judenvolk die noch etwa übrigen wenigen Nahrungsmittel gar aufzehren und endlichen dem Publico nur zu einer schweren Überlast dienen" müßte und nicht mehr imstand sein würde, „dem Publico einige Dienste zu prästieren und dem ohnedies hierzuland zu Boden gesunkenen Commercio förderlich zu sein."

Von den Versuchen einer neuen Judenhetze in Prag, ihren Motiven und von den seitens der Statthalterei getroffenen Gegenmaßnahmen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

weiß dieses Schreiben nichts zu berichten. Es ist dies einigermaßen verständlich. Denn das Vorgehen der Prager Behörden in der Judenfrage entsprach, namentlich in der letzten Zeit, keineswegs den Intentionen der Kaiserin und die Herren Statthalter in Böhmen hatten ihr gegenüber gewiß kein ganz reines Gewissen. Allein nicht wenig Verwunderung erregt die Tatsache, daß Maria Theresia den Bericht vom 23. Dezember garnicht zu Gesicht bekam und nicht einmal das wenige erfuhr, was die Statthalter über ihre Eigenmächtigkeit zu berichten für gut fanden. Und noch verwunderlicher ist es, daß sie auch auf keinem anderen Wege von den Prager Vorgängen Kunde erhielt. Der Bericht vom 23. Dezember hätte ihr zweifellos vorgelegt werden sollen, weil darin nicht etwa nur um die Genehmigung der getroffenen Maßnahmen, sondern ausdrücklich um eine Resolution gebeten wurde. Der Grund, warum die Hofkanzlei davon Abstand nahm, liegt auf der Hand. Die Eigenmächtigkeit der Prager Statthalterei hätte Maria Theresia zweifellos in dem Maße gereizt, daß ihren Zorn nicht nur die Prager Juden, sondern auch die verantwortlichen Persönlichkeiten in Prag und Wien schwer hätten entgelten müssen. Dies sollte vermieden werden. Es war dies ein gewagtes Spiel, allein es gelang. Denn daß in Prag den ganzen Winter über wieder eine recht bedeutende Anzahl Juden sich ständig aufhielt, die ruhig in ihren Häusern wohnten und trotz dem Handelsverbot ihrem Erwerb nachgingen, erfuhr die Kaiserin erst im folgenden Sommer. Doch davon soll noch die Rede sein.

Dem von der Prager Statthalterei geäußerten Verlangen nach einer kaiserlichen Finalresolution, das heißt, nach einer endgültigen Regelung der Judenfrage, wollte der amtierende Vizekanzler, Graf Korzensky, weil er von der dringenden Notwendigkeit derselben ebenso überzeugt war wie die Herren in Prag, auch ohne Vorlage des Berichts an die Kaiserin gerecht werden. Zu diesem Zwecke griff er auf eine ihm persönlich in Abwesenheit des Oberstkanzlers Harrach seitens der Kaiserin erteilte Erlaubnis zurück, ihr gelegentlich einen Vorschlag zu unterbreiten, wie diese Frage einer Lösung zugeführt werden könnte. Er ließ einen solchen Vorschlag unverweilt ausarbeiten, da er hoffte, auf Grund desselben eine endgültige Entscheidung über das Los der Juden zu erwirken. Das Schriftstück trägt den Titel: „Anmerkungen über das Judenabschaffungswerk in denen königl. böhmischen Erblanden" und ist vom 30. Dezember 1745 datiert. Es werden darin zunächst alle Maßnahmen angeführt, welche seit 1542 von den Herrschern gegen die Juden getroffen worden sind. Es folgen sodann in 9 Punkten Erwägungen, wie die Judenfrage den Intentionen der Königin gemäß, jedoch ohne Schädigung der Interessen des Staates und der übrigen Bevölkerung gelöst werden könnte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Diese Erwägungen leitet die Hofkanzlei mit der Versicherung ein, daß sie die Juden nie gefördert, sondern stets darauf hingearbeitet habe, eine Reduktion derselben in Zahl und Geltung, wie dies schon im Jahre 1738 in Schlesien geschehen sei, wo nur eine geringe Anzahl privilegierter Familien bleiben durfte, in dem Maße zu erreichen, daß „ihrentwegen ganz keine Schädlichkeit mehr in dem allerseitigen Publico zu befahren" sei. Die folgenden Ausführungen würden erweisen, daß die Hofkanzlei auch jetzt und weiterhin den allerhöchsten Intentionen zu entsprechen trachte und nicht etwa den Juden das Wort reden wolle.

Die zweimaligen Versuche König Ferdinands I., die Juden gänzlich zu vertreiben, seien, so fährt die Hofkanzlei fort, mißglückt. Man habe daher seitdem das Augenmerk mehr auf eine Reduktion als eine völlige Expulsion der Judenschaft gerichtet, weil man erkannt habe, daß eine völlige Abschaffung mit Rücksicht auf vielfache Kameralinteressen ein vergebliches Bemühen sein würde. Die Hofkanzlei habe daher „in der Tat bishero diese völlige Abschaffung sowohl für nicht ratsam als auch für fast unpraktikabel gehalten." Eine solche sei zwar möglich, jedoch nur dann, wenn sie nicht auf einmal erfolge. „Gleichwie bei einem mit Krankheiten sehr und lang behafteten Körper langsame und vorsichtige Kuren erforderlich, so ist es auch bei dem Civil-Körper einer Landschaft beschaffen, welche in allen ihren Teilen von langwierigen Zeiten her, so weit es das Contributionale und Commerciale als Hauptquellen eines rechten Wohlstandes anbetrifft, von der jüdischen Gemeinschaft was hat. Solches lasset sich auf einmal und mit starken remediis ohne Schädlichkeit und Zerrüttung des ganzen Wohlstandes nicht, wohl aber nach und nach wegbringen." Eine notwendige Voraussetzung einer solchen allmählichen Abschaffung sei jedoch die Durchführung einer genauen Konskription der Juden, aus der die Zahl derselben, ihr ständiger Aufenthaltsort, die Familien-, Erwerbs- und Vermögensverhältnisse der Einzelnen ersichtlich wären. Es sei anzunehmen, daß eine solche Konskription binnen 6 Wochen bewirkt und das Ergebnis den Landesstellen in Prag und Brünn zur Verarbeitung in Übersichtstabellen eingesendet werden könnte. Diese an die Hofkanzlei vorzulegenden Tabellen würden dieser sofort die Möglichkeit bieten, „zu dem ersten Grade der Abschaffung zu schreiten, massen solche Tabellae allzeit so viel Licht schon geben werden, um zu erkennen, welche jüdische Familien in dem Lande am unnützlichsten und beschwerlichsten, mithin vor anderen unter einem gewissen termino aus dem Lande zu weisen wären. Zu weiterer Sortier- und Skartierung deren alsdann noch übrig bleibenden unschädlicheren Familien wäre folgends gar nicht zu achten, auch ein ganzes Jahr zu überwarten, inner welchem Jahr dann überflüssig ausgemachet und von der Kommission mit mehrerer Verläßlichkeit ent-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

worfen werden kann, welche Familien noch künftig am wenigsten nützlich, mithin auszuschaffen oder hingegen wegen ihres nutzbaren Handels und Wandels auf längerhin zu dulden wären."

Dergestalt würde man, meint die Hofkanzlei, in wenig Jahren mit der ganzen Judenschaft fertig werden. Bis dahin könnte die geplante Reform der Verwaltung, des Steuer- und Handelswesens durchgeführt werden. „Darvon würde das Land keinen Stoß empfinden, sondern das Decrementum in Judaismo würde per Accrementum des christlichen Surrogati gar wohl dergestalt mit Zeit und Gelegenheit zu kompensieren sein."

Zum Schlusse erst deckt die Hofkanzlei den eigentlichen Zweck ihres Vorschlags auf: Sie bittet die Kaiserin, „die bisher in Böhmen auf dem Land um Prag herum zerstreute Prager Judenschaft jetzigen Winter hindurch in ihre leere Judenstadt wieder einziehen zu lassen. Dann hätte man sie ad conscribendum und hernach auch ad expellendum gleich bei der Hand und das Prager Commerciale, so in ziemlicher Zerrüttung sich befindet, convalescirete pro tempore auf die vorige Art und ergänzete sich besser künftig in Wachstum des christlichen Commercii mittelst nach und nach Abschaffung des jüdischen Personalis."

Dieses zweifellos interessante Dokument ist jedoch, wie der darauf angebrachte Aktenvermerk: „Ist an Ihre Majestät nicht exhibiert worden" bezeugt, ebenfalls nicht in die Hände Maria Theresias gelangt. Die Gründe, weshalb die Hofkanzlei ihre Absicht, von der Kaiserin eine endgültige Entscheidung über das Schicksal der Juden in den böhmischen Erbländern überhaupt und über jenes der Prager Juden im besonderen zu erwirken, wieder fallen ließ, sind aus den Akten nicht ersichtlich. Vielleicht nahm man Abstand davon, weil gerade damals die außenpolitischen Sorgen die Kaiserin wieder stark in Anspruch nahmen, möglich auch, daß man Rücksicht nehmen wollte auf ihren Zustand — sie erwartete damals ihr achtes Kind —, nicht unmöglich auch, daß man einfach die ganze Angelegenheit vorläufig auf sich beruhen lassen und einen günstigeren Moment zur Vorlage des Vorschlags abwarten wollte. Am wahrscheinlichsten ist, daß alle diese Erwägungen mitbestimmend waren, die Dinge in Prag so zu lassen, wie sie waren. Die Juden, welche in die Stadt aufgenommen worden waren, konnten zum Teil in ihren alten Wohnungen, zum Teil in ihrem in Prag wieder errichteten Lazaret, nachdem die Erregung der christlichen Bevölkerung wieder geschwunden war, ruhig hausen. Sie erhielten unter dem Titel von „Krankeninspektoren" wieder ihre Vorsteher, die ihre gemeinsamen Angelegenheiten besorgten und sie vor den Behörden vertraten. Diejenigen, welche keine Aufnahme in die Stadt gefunden hatten, mußten allerdings zusehen, wie sie den Winter auf dem Lande ver-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

brachten. Allein auch ihre Lage scheint sich einigermaßen gebessert zu haben. So gings ohne besondere Klagen und Zwischenfälle bis in den März des Jahres 1746.

Um die Mitte dieses Monats stellte Salomon Koref, der sich schon im vergangenen Sommer die, wenn auch nicht allgemein, namentlich nicht von der unter dem Einflusse der Familie Fränkel stehenden Partei anerkannte, jedoch faktische und auch von den Behörden gebilligte Führerschaft der Judenemigranten errungen hatte und sie auch wegen seiner hervorragenden Eigenschaften verdiente, in einer Versammlung der in Prag befindlichen Juden den Antrag, es möge ein jeder Bemittelte einen Betrag von 15 fl. zur Bestreitung der gemeinsamen Auslagen und Erfordernisse beisteuern. 200 Familienväter erklärten sofort ihre Bereitwilligkeit hiezu. Eine Anzahl anderer jedoch weigerte sich, eine wie immer geartete Abgabe zu zahlen. Die Krankeninspektoren wandten sich darum an die Statthalterei mit der Bitte um die offizielle Erlaubnis, diese Abgabe einheben zu dürfen. Diese wurde ihnen auch auf Befürwortung des Grafen Philipp Kolowrat mit dem Statthalterei-Erlasse vom 29. März unter der Bedingung erteilt, daß die Abgabe nur von notorisch Bemittelten eingehoben werden dürfe, daß die Verwendung der Gelder jeweils von der Ausweisungskommission zu genehmigen und über dieselben genaue Rechnung zu legen sei.

An demselben Tage wandte sich Salomon Koref mit seinen Genossen[8]) an den Grafen Philipp Kolowrat mit der Bitte, die Statthalterei zu veranlassen, der Kaiserin neuerlich die furchtbare Lage der Juden zu schildern und um die Bewilligung des weiteren Aufenthalts für die bereits in Prag befindlichen und um die Erlaubnis der Rückkehr in die Hauptstadt für alle noch auf dem Lande verstreuten Juden anzusuchen. Dieser Bitte entsprach die Statthalterei mit einer erstaunlichen Schnelligkeit. Schon unterm 5. April 1746 ging an die böhmische Hofkanzlei in Wien ein Schreiben ab, in welchem auf die schweren Drangsale hingewiesen wird, denen die Juden in vergangener Zeit ausgesetzt waren, auf die physischen und seelischen Qualen, die sie jetzt erdulden müssen, auf die materiellen Verluste, die sie durch Plünderungen, durch die Ausweisung und auf andere Weise erlitten haben. Es werden eingehend die Nachteile dargestellt, welche die Vertreibung der Juden auch der christlichen Bevölkerung verursacht hat, der Niedergang der Industrie, des Großhandels und des Kreditwesens vor Augen geführt, die fortschreitende Teuerung aller Waren in Prag geschildert, welche sich die wenigen christlichen Kaufleute in unverantwortlicher Weise zu Nutzen machen, während der jüdische Kaufmann sich jederzeit mit einem geringfügigen Profit begnügt habe. Weiter wird den Juden bezeugt, daß sie sich jederzeit, in Krieg und Frieden, opferfreudig in den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Dienst des Staates gestellt, die Heeresausrüstung besorgt und sich willig allen Steuern und Abgaben unterzogen haben. Die jüdischen Krankeninspektoren seien vor den Statthaltern erschienen und hätten mit Tränen in den Augen gebeten, „womit Euer kaiserliche königliche Majestät in mildester Beherzigung der bereits durch so viele Wege ausgestandenen Züchtigung und teils unter freiem Himmel, unter Frost und Kälte, auch Hitz, dann in Scheuern und Stallungen, durch Hunger, Kummer, Furcht und Todesangst erleidenden unausprechlichen Elends sich der Prager Judenschaft erbarmen und von ihnen die dekretierte Emigration allergnädigst aufzuheben geruhen möchten." Unter Hinweis auf die völlig unerträglich gewordene Lage der ausgewiesenen Prager Judenschaft, deren Ruin dem Staate keinen Nutzen bringe, sondern die gänzlich erschöpften Landesfinanzen mit empfindlichem Schaden bedrohe, erklärt es die Statthalterei für ihre Pflicht, Ihre Majestät um eine endgültige Schlußfassung zu bitten, möge sie ausfallen, wie sie wolle.

Auch dieser Hofbericht scheint nicht in die Hände der Kaiserin gelangt zu sein. Wenigstens läßt nichts in den Akten auf das Gegenteil schließen. Er blieb ohne jeglichen Bescheid. Zehn volle Wochen gingen wieder ins Land, ohne daß Wien in der Judenfrage von sich hören ließ. Die Juden, soweit sie in der Stadt saßen, bauten sich langsam und fürsorglich wieder ein Gemeinwesen auf, gingen ihren Geschäften nach, ihre Glaubensgenossen kamen vom Lande täglich in Scharen in die Hauptstadt oder zogen handeltreibend von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt. Man hört von keinen Klagen und Beschwerden in dieser Zeit. Die Behörden haben keinen Anlaß einzuschreiten, weder in der noch jener Richtung. Maria Theresia scheint die Prager Juden ganz vergessen zu haben. Es herrscht völlige Ruhe. Es ist aber die Ruhe vor dem Gewittersturm. Sah die Statthalterei das Ungewitter nicht kommen, trauten die klugen Führer der Judenschaft wirklich dem Landfrieden? Wir wissen es nicht, da Nachrichten aus dieser Zeit gänzlich mangeln. Man darf es wohl füglich bezweifeln. Allein einen Wetterstrahl kaiserlichen Zornes und allerhöchster Ungnade derart verheerender Wirkung, wie er am 25. Juni 1746 auf die Prager Judenschaft hernierderfuhr, hatte kaum jemand erwartet. An diesem Tage überbrachte ein eigener Kurier aus Wien der Statthalterei ein Reskript der Kaiserin vom 20. Juni, welches das von den Prager Juden im Winter schwer errungene kärgliche Maß der Duldung wieder völlig zerstörte und erneutes Leid und neue Enttäuschung schuf.

Das Reskript hatte folgenden Wortlaut: „Maria Theresia. Liebe Getreue! In Sachen der Pragerischen Judenabschaffung müssen Wir anjetzo befremdlich vernehmen, daß gleichwohlen wider Unseren

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

allerhöchsten Verbot in gedachter Stadt Prag seithero verschiedene Juden, um daselbst zu wohnen, eingelassen worden seien. Wir sind dahero bewogen worden, dem dermalen das Militärkommando zu Prag führenden Generalen Grafen von Wallis mitzugeben und den vorherigen Generalen Grafen von Kolowrat zur Rede stellen zu lassen, warumben selbter auf die Befolgung Unserer allerhöchsten Befehle nicht eine bessere Obsicht getragen habe. Indessen bleiben Wir ein für allemal bei unserer vorhin geschöpften allerhöchsten Resolution, aus denen königl. Prager Städten die sammentliche Judenschaft abgeschafftter zu wissen, und lassen es zugleich bei deme bewenden, daß gedachte Prager Judenschaft vermög Unserer allergnädigsten Resolution vom 31. Augusti 1745. sich auf dem Land bis auf erfolgende weitere Verordnung ausbreiten könne. Jedoch wollen Wir von nun an gnädigst und ernstlich hiemit, daß künftighin kein Jud längstens mehr in Unseren königl. Prager Städten als bis letzten Julii dieses Jahres geduldet, sondern solche bis zu solcher Zeit aus denen Prager Städten gänzlich und völlig abgeschaffet, denenselben auch die Wohnung und Aufenthalt in dem ganzen Umkreis von denen Prager Städten auf zwei Stunden weit nirgends, sondern nur in weiteren Gegenden des Landes verstattet, ferner bei Tag zwar ihnen Juden in ihren Vorfallenheiten in die Prager Städte zu kommen, zugelassen, jedoch keineswegs über Nacht daselbst zu verbleiben, unter was Vorwand es auch immer sein möchte, erlaubt sein solle. Wir wollen ingleichen dieses Verbot dahin noch extendiert haben, daß auch gedachte Prager Judenschaft in anderen geschlossenen Oertern unseres Erbkönigreichs Böheimb sich über Nacht nicht aufhalten möge oder denenselben ein Aufenthalt in einer solchen geschlossenen Stadt gegeben werde, als im widrigen, wo ein dergleichen Jud in einem Haus zu Prag oder in anderen geschlossenen Städten aufbehalten oder verstecket worden, der Hausinhaber zu einer Straf von einhundert Dukaten angehalten werden solle, wovon fünfzig Dukaten demjenigen, welcher es andeuten würde, und die andere Hälfte unter die armen Leute auszuteilen, wie Wir dann auch dem General Wallis hiervon das Behörige mitgeben. Wien den 20. Junii 1746."

Diesem Reskripte lag die Abschrift eines allerhöchsten Handschreibens an den Landeskommandierenden in Böhmen Generalfeldzeugmeister Grafen Franz Wenzel von Wallis vom 11. Juni bei, den sie an Stelle des Prager Stadtkommandanten Feldmarschalleutnants Grafen Kajetan von Kolowrat, welchen sie durch den Hofkriegsrat wegen Nichtbefolgung ihrer Befehle zur Verantwortung ziehen und bestrafen lassen wollte, mit dem Auftrage betraute, die Juden aus Prag und über den zweistündigen Umkreis hinausschaffen zu lassen, wozu er im Falle von Widersetzlichkeit außer dem in Prag garnisonierenden Regi-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mente Graf Ogilvy auch die Truppen anderer in Böhmen liegender Regimenter zu verwenden hätte. Für die Durchführung ihres Befehls machte sie den Grafen Wallis persönlich verantwortlich. Als dieser mit der Meldung vom 15. Juni der Kaiserin eine Vorstellung über die Schwierigkeiten der ihm anbefohlenen Aktion zu machen wagte, trug ihm dies die gereizte Antwort Maria Theresias vom 25. Juni ein, daß sie ihren ersten Befehl absolut und ad literam befolgt wissen wolle und daß er für die Anwendung unnachsichtlicher Strenge persönlich haftbar sei.

Die Prager Statthalterei ließ das kaiserliche Reskript vom 20. Juni, in der Hauptstadt und in allen Kreisen unverweilt kundmachen. Nach Wien richtete sie lediglich ein kurzes Antwortschreiben, in welchem sie die Erwartung aussprach, es werde ihr die von ihr verfügte zeitweilige Aufnahme der Juden in die Stadt nicht zur Ungnade gereichen, da sie die Motive ihres Vorgehens wiederholt angezeigt und um die Genehmigung ihrer Anordnungen gebeten habe. Außerdem ersuchte sie um die Belehrung, ob die Ausschaffung aus dem zweistündigen Umkreis von Prag auch für die innerhalb desselben seit altersher ansässigen Juden, zum Beispiel auch für die des Dorfes Lieben Geltung habe. Den Bescheid hierauf erhielt sie mit dem Reskripte vom 12. August, welches die Vertreibung auch dieser Juden bis Ende August anordnete.

Da das Reskript vom 20. Juni den Prager Juden nicht allein den ständigen Aufenthalt, sondern sogar die Übernachtung in einer geschlossenen Landstadt untersagte, ergab sich die Frage, welche Städte als geschlossen zu betrachten seien, ob darunter nur die mit Mauern und Toren versehenen, deren es damals noch 121 gab, oder auch die nur mit Erdwällen umgebenen Städte zu verstehen seien. Auf eine diesfalls am 30. Juni 1746 gestellte Anfrage erhielt die Statthalterei mit dem Hofdekrete vom 14. Juli nachstehendes Verzeichnis der für die Juden als gesperrt zu betrachtenden Landstädte:

Bunzlauer	Kreis:	Nimburg und Melnik,
Königgrätzer	„	Königgrätz,
Chrudimer	„	Chrudim, Pardubitz,
Časlauer	„	Časlau, Kuttenberg, Deutschbrod,
Kouřimer	„	Kouřim, Kosteletz an der Elbe,
Bechiner	„	Budweis, Pilgram, Tabor, Krummau. Wittingau, Neuhaus, Sobieslau,
Prachiner	„	Pisek, Schüttenhofen, Wodňan,
Pilsner	„	Pilsen, Mies, Klattau, Rokitzan, Taus,
Saazer	„	Eger, Elbogen, Saaz, Brüx, Laun, Kaaden, Komotau,
Leitmeritzer	„	Leitmeritz, Aussig,
Berauner	„	Beraun.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Es ergab sich jedoch, daß die Hofkanzlei in dieses Verzeichnis auch Städte wie Kouřim, Tabor, Neuhaus, Pisek, Schüttenhofen, Wodňan, Mies, Klattau, Rokitzan und Laun aufgenommen hatte, in denen Juden schon seit altersher seßhaft waren. Die Statthalterei sah sich darum veranlaßt, auf diesen Umstand aufmerksam zu machen, worauf die Hofkanzlei mit dem Beschlusse vom 12. August die vorgenannten Städte für den Aufenthalt der Prager Emigranten freigab. Außerdem wurde reisenden Juden eine einzige Übernachtung nicht nur in den gesperrten Städten, sondern auch im geschlossenen Prager Umkreis, Kranken sogar ein längerer Aufenthalt gestattet.

Schon bald nach der Kundmachung des neuen Ausweisungsdekrets begannen die Prager Judenemigranten, sowohl die, welche seit dem Winter wieder in der Stadt gewohnt hatten, als auch jene, welche bisher in dem nun verbotenen Gebiete Aufenthalt genommen hatten, ein neues Asyl weiter draußen im Lande ausfindig zu machen. Und seit den ersten Julitagen sah man bereits wieder wie im Jahre zuvor einzelne Judenfamilien wie auch ganze Scharen zu Fuß, schwer bepackt mit ihren Habseligkeiten, oder mit beladenen Wagen die von der Hauptstadt aus nach allen Richtungen führenden Straßen ziehen. Vielleicht nicht ganz so mühselig, wie damals war der neue Auszug. Denn es war Sommer und die Exulanten konnten nötigenfalls auch eine oder die andere Nacht im Freien nächtigen. Allein er war nicht weniger traurig und schmerzlich als der erste. Auch Markus Löwi, der schon genannte jüdische Quartiermeister und Armeelieferant, der seit einem vollen Jahre mit Weib und Kindern, Gesinde und Geschäftsgehilfen unbehelligt in Prag gewohnt hatte, schaffte seine Familie nach Brandeis. Er selbst stellte mit Rücksicht auf die ihm übertragene Verpflichtung, noch 1300 Mann Rekruten auszurüsten, an die Statthalterei die Bitte, ihm bei der Kaiserin im Interesse des allerhöchsten Dienstes die Bewilligung zu weiterem Aufenthalt in Prag zu erwirken. Er berief sich in seinem Gesuche auf seine von dem Höchstkommandierenden Erzherzog Karl und der Kaiserin selbst anerkannten Verdienste, die er sich seit dem bayrisch-französischen Einfall um die Armee durch Lieferung von Ausrüstungsgegenständen, Proviant und Pferden und durch seine umfassende Kundschaftertätigkeit, bei der er nicht selten Leib und Leben einsetzen mußte, erworben habe. Die Statthalterei trug unverweilt auf seine Belassung in Prag an und erwirkte sie auch später. Unterdessen ließ er sich in Brandeis nieder, kehrte aber bald wieder mit seinen Leuten nach Prag zurück.

Schwere Sorgen verursachten den Führern der Exulanten, die sich seit einiger Zeit nicht mehr Krankeninspektoren, sondern Prager jüdische Vorgestellte oder auch Älteste der Juden nannten und denen sich

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nun auch Angehörige der Familie Fränkel und ihres Anhanges zugesellt hatten,[10]) die vielen Krüppel und Kranken in der Stadt, unter welch letzteren sich auch einige blatterkranke Kinder und mehrere Wöchnerinnen befanden. Auch sie sollten bis Ende Juli die Stadt verlassen und vielleicht stundenweit landeinwärts geschafft werden. Salomon Koref und seine Genossen baten darum auf Grund ärztlichen Gutachtens um die Erlaubnis, die transportfähigen Kranken in das ursprünglich in Butowitz, dann in Wolschan, also noch innerhalb des gesperrten Territoriums befindliche jüdische Lazaret schaffen und die übrigen bis zu ihrer Genesung samt ihren Pflegern in Prag lassen zu dürfen.

Maria Theresia bewilligte daraufhin am 13. Juli und zwar nur auf einen Monat die Unterbringung der Kranken in dem jüdischen Lazaret vor der Stadt. Dahin wurde dann eine Anzahl geschafft. Die übrigen gänzlich transportunfähigen Kranken mußten aber in Prag zurückgelassen werden. Am 31. August ordnete die Kaiserin an, auch diese nach Möglichkeit aus Prag und aus dem gesperrten Gebiet hinauszuschaffen. Es waren ihrer jedoch nur noch wenige, die daraufhin in das von Wolschan nach Brandeis verlegte Lazaret gebracht wurden. Die übrigen waren inzwischen durch den Tod erlöst worden.

Über die unfreundliche, ja feindselige Haltung eines großen Teiles der Prager christlichen Bevölkerung den Juden gegenüber vor und während der Räumung der Judenstadt in den ersten Monaten des Jahres 1745 habe ich bereits in meinem eingangs erwähnten Aufsatze berichtet. Im Verlauf des ersten Exiljahres ist, wie wir wissen, in Prag zweimal der Versuch unternommen worden, den Pöbel gegen die Juden aufzuhetzen. Das erstemal geschah es, als denselben im Mai 1745 die Ausweisungsfrist auf unbestimmte Zeit erstreckt worden war, das andere Mal im Dezember desselben Jahres, als einer großen Anzahl der Ausgewiesenen wieder der Aufenthalt in der Stadt ermöglicht wurde. In beiden Fällen erfolgte der Versuch einer Aufreizung der Massen durch im Schutze der Nacht angeschlagene Plakate, beziehungsweise durch Verstreuung von Hetzzetteln in den Gassen der Stadt. Allein nicht nur die entschiedenen Vorbeugungsmaßnahmen der Behörden, sondern auch die fortschreitende Beruhigung in der Bevölkerung selbst ließen — abgesehen von einigen Insulten von geringerer Bedeutung — die dunklen Absichten der im geheimen tätigen Drahtzieher nicht zur Auswirkung kommen. Daß diese vor allem in der Prager Handelskonfraternität, welche sich aus der Vertreibung der Juden besonderen Gewinn versprach und jede, auch die geringste Besserung der Lage derselben mit scheelen Augen verfolgte, zu suchen waren, ist bereits angedeutet worden. Schon während der Durchführung der ersten Vertreibung

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

hatte eine gewisse Ernüchterung in der Bevölkerung Prags platzgegriffen, namentlich in jenen Kreisen, deren Erwerb durch die Abwanderung bedroht erschien. Vor allem waren es die Lebensmittelhändler und die Bierverleger, welche einen jährlichen Verschleißverlust von 6000 Faß Bier fürchteten, die Müller, Bäcker, Gemüsegärtner, Fischer, Seifensieder, dann viele andere Handwerker, welche einen wesentlichen Verdienstrückgang zu befürchten hatten. Als dann im Laufe des ersten Exiljahres der Mangel an allem, was man bisher vom Juden zu kauten bekam, immer fühlbarer, die Absatzmöglichkeit aller Erzeugnisse, die man an ihn verkaufen oder durch ihn vertreiben lassen konnte, immer geringer wurde und eine Teuerung an Lebensmitteln und Gebrauchsartikeln einsetzte, die von Monat zu Monat unerträglicher wurde, ging dem größten Teile der Bevölkerung endlich die klare Erkenntnis auf, daß die völlige Abwanderung der Juden den Ruin einer großen Anzahl bürgerlicher Existenzen im Gefolge haben, die Wohlfahrt der gesamten Bevölkerung beeinträchtigen und die städtischen Finanzen schwer schädigen müsse.

Das Ausweisungsedikt vom 18. Dezember 1744 hatte bei einem nicht geringen Teile der christlichen Bevölkerung Prags Schadenfreude und Genugtuung erweckt. Der neue Vertreibungsbefehl vom 20. Juni 1746 hatte diese Wirkung nicht. Im Gegenteil: die wieder ins Exil wandernden Juden fanden vielfach ungeschminkte Teilnahme an ihrem harten Los und werktätige Hilfeleistung. Sogar der löbliche Rat der Alten Stadt Prag ließ es nicht an Entgegenkommen fehlen, indem er die Beistellung von Fuhrwerken für alte und gebrechliche Juden versprach. Er war nun auch der erste, der — freilich zunächst im Interesse des Stadtsäckels — gegen die neue Vertreibung der Juden aus Prag und vor allem gegen die Verjagung seiner eigenen untertänigen Juden im Dorfe Lieben Stellung nahm. Er tat dies in einer Eingabe an die Statthalterei de praes. 8. Juli 1746, in welcher er ausführlich die Schäden und Verluste schilderte, welche die Alttstadt und ihr Gut Lieben in den letzten Kriegsjahren erlitten hatten. Den durch die Ausweisung der Juden verursachten Entgang an Zinsungen und Gaben bezifferte er mit jährlich 3245 fl. und stellte die Forderung, es möge der Gemeinde dieser Verlust, falls die Kaiserin auf ihrem Willen beharre, anderweitig ersetzt werden. Gleichzeitig stellten sich die christlichen Besitzer der 5 Tandelmarkthäuser mit der Klage ein, daß sie infolge der nunmehrigen völligen Entwertung derselben an den Bettelstab gebracht worden seien, und baten um Rücksichtnahme auf ihre Notlage. Und zuletzt kamen die Vorsteher der exulierten Judenschaft mit der Bitte, den Ausgewiesenen zu Subsistenzmitteln für die neue Verbannung zu verhelfen, da sie ihre Barschaften im vergangenen Jahre

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gänzlich verzehrt hätten. Sie legten eine „Spezifikation, was die Prager jüdischen Emigranten bei ihrem Abzug zurücklassen müssen“ vor, welche nachstehende interessante Angaben enthält:

Grundbücherlich versicherte Schuldforderungen, Wechselforderungen, Ausstände für Waren und Effekten	1,000.000 fl.
360 jüdische Häuser im Werte von	2,300.000 „
der jüdische Gemeindehof mit Waschhaus, Bad und einem fürnehmen Gebäu darinnen . .	15.000 „
Goltzisches Haus	8.000 „
Studierhaus mit angebautem Zimmer . . .	10.000 „
Jüdischer Friedhof, Krankenspital, jüdischer Arrest, ein Gebäude für den Begräbnisverwalter, ein Armenhaus und noch ein anderes anliegendes Haus	120.000 „
Kramstellen und Buden in der Judengasse, Fleischkramstellen nebst Schlachtbank, im ganzen ungefähr 260 à 250 fl.	50.000 „
neun große Schulen oder Synagogen mit den dazu gehörigen Gebäuden, Gewölben, Kammern und Kramstellen in den fünf privilegierten Tandelmarkthäusern	500.000 „
jüdisches Rathaus	20.000 „
bisher unersetzt gebliebene Gelder, welche ihnen während der französischen Okkupation erpreßt wurden	200.000 „
Zusammen . . .	4,523.000 fl.

Mit dem Hofberichte vom 8. Juli 1746 legte die Statthalterei diese drei Gesuche mit dem Bemerken vor, daß sie die Berechtigung der darin vorgebrachten Beschwerden und Bitten voll anerkennen müsse. Allein nicht nur die Altstädter Gemeinde und nicht etwa nur einige Private seien durch die Abschaffung der Juden in Mitleidenschaft gezogen, sondern das ganze Königreich müsse unwiederbringlichen Schaden erleiden. Landesprodukte wie Wolle, Federn, Pottasche, Felle und dergleichen Sachen mehr blieben in immer größerer Menge unverkäuflich, da auch die Landjuden, die bisher durch die Prager Judenschaft mit ausländischem Kredit versehen worden seien, nicht mehr die nötigen Geldmittel aufbringen können. Inzwischen steige die durch die christlichen Kaufleute verursachte Teuerung aller Lebenserfordernisse in geradezu beängstigender Weise. Die Bitte der Prager Altstadt um Schadenersatz sei durchaus berechtigt. Allein nicht minder

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

berechtigt sei die Frage, wie der Verlust wettgemacht werden soll, den das ganze Königreich infolge der Ausweisung der Juden durch den Wegfall von Steuern, Gaben und Gefällen erleide, welche diese bisher getragen haben. Bei den ohnehin schweren Zeiten sei es ganz ausgeschlossen, daß die übrige Bevölkerung auch noch diese Last übernehmen könne.

In ihrem Bemühen, Maria Theresia von ihrem intransigenten Standpunkte in der Judenfrage abzubringen, hatte die Prager Statthalterei wenn nicht die Gesamtheit, so doch die weitaus überwiegende Mehrheit der böhmischen Stände, für welche der Jude als Hauptabnehmer aller landwirtschaftlichen Produkte, als Pächter der Branntweinhäuser und Pottaschehütten u. dgl., als Kredit- und Geldgeber seit jeher ein wichtiger und nicht zu missender Faktor ihres Wohlstandes war, fest hinter sich. Dieser Umstand und nicht etwa humane Erwägungen waren es, welche die Statthalter bewogen, in ihrer Eigenschaft als Repräsentanten der Stände von der Herrscherin immer wieder und immer energischer wenn nicht die Herstellung des alten Zustands, so doch wenigstens eine solche Regelung der Judenfrage zu verlangen, welche die Interessen des Handels und der Gesamtbevölkerung nicht in derart bedrohlichem Maße schädigen würde. Schon am 11. August ging ein neues umfangreiches, mit geschichtlichen Nachweisen und ziffermäßigen Belegen versehenes Elaborat der Statthalterei nach Wien ab, um der Kaiserin die Unhaltbarkeit ihres Standpunktes vor Augen zu führen. Vor allem wird darin mitgeteilt, daß die Judenschaft die Prager Städte mit Ende Juli völlig geräumt habe. Nachdem nun dem Willen Ihrer Majestät in allem Genüge geschehen sei, seien die Statthalter im Gewissen und im Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und Ihrer Majestät verpflichtet, auf die unvermeidliche Schwächung der öffentlichen und unwiederbringliche Schädigung vieler privater Interessen, nicht minder auf die Interruption der Landesverfassung zu verweisen, welche die Ausschaffung der Juden im Gefolge haben müsse. Sie erwähnen sodann die uralte Siedlung der Juden im Lande, zählen die Privilegien auf, die ihnen von den Herrschern Böhmens verliehen worden sind, zitieren insbesondere den von den Ständen des Königreichs im Jahre 1500 den Juden erteilten und von König Wladislaw II. und allen seinen Nachfolgern konfirmierten Schutzbrief, nach welchem sie bei der Krone Böhmen ohne alle Verfolgung und Vertreibung zu ewigen Zeiten geduldet werden sollten. Die Statthalter geben weiter einen ziffermäßigen Überblick über die Leistungen der Juden an Steuern und Giebigkeiten aller Art und heben ihre Opferwilligkeit in Zeiten besonderer Bedrängnis des Landes hervor. Sodann schildern sie eingehend die Verdienste der Juden um die Einführung und Belebung

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der Industrie, um das Handelswesen, namentlich um den Export und Import, der besonders in der Prager Judenschaft außerordentlich tüchtige Vertreter habe, während in der christlichen Kaufmannschaft kaum zwei oder drei vorhanden seien, die den Namen eines mittelmäßigen Kaufmannes verdienen. Überhaupt seien die Juden in einer Reihe von Erwerbszweigen tätig, zu denen die Christen keine oder wenig Neigung zeigen. Es sei gewiß bitter zu beklagen, daß die christlichen Handels- und Gewerbsleute dem Juden im geschäftlichen Erfolg nachstehen. Das komme jedoch davon, daß sie weniger Mühe und Eifer darin aufwenden, daß sie weniger genügsam und sparsam seien als dieser. Insbesondere die Prager Judenschaft sei durch ihre weitverzweigten Kredit- und Handelsbeziehungen dem ganzen Lande nützlich gewesen. Nun müsse sie draußen auf dem Lande untätig ihre Ersparnisse aufzehren. Von den mehr als 10.000 Emigranten seien kaum noch 7000 übrig. Viele seien entweder durch Krankheiten zugrunde gegangen oder ins Ausland abgewandert. Den letzteren dürften wohl die Bemittelten folgen und im Lande bliebe lediglich das arme und unnütze Judenvolk zurück.

Welch ungeheuren Verlust die Abwanderung der Judenschaft dem Konsum in den Prager Städten zufüge, sei aus der beigeschlossenen Aufstellung zu ersehen, die, indem sie nur den gegenwärtigen Stand der Emigranten von 7000 Seelen oder 2000 Familien in Rücksicht ziehe und den Jahresverbrauch pro Person mit 215 fl. 50 kr. ansetze, einen Jahresentgang von 1,510.900 fl. berechne. In ähnlicher Weise werde der Verdienstentgang der christlichen Handwerker und Handelsleute mit 420.682 fl. angegeben, sodaß der Gesamtverlust der Prager Städte jährlich 2,138.279 fl. 20 kr. betragen würde. Man könne daraus ermessen, welch gewaltiger Schaden dem Lande selbst drohe, wenn mit den Prager Juden auch noch alle Landjuden auswandern müßten. Der Handel sei auch auf dem Lande auf einem Tiefpunkte angelangt, der höchste Besorgnis errege. Die Schafwolle z. B. falle von Tag zu Tag im Preise und sei nicht an den Mann zu bringen. Es sei zu befürchten, daß die Güter und Herrschaften im Werte sinken und die infolge der schlechten Zeiten ohnedies stark reduzierte Steuerkraft einen weiteren Rückgang erfahre. Und bevor die Mittel, die man zur Sanierung empfehle, wirksam werden könnten, müßten Land und Leute zugrunde gehen.

Mit demselben guten Rechte, mit dem die Juden einen Schadenersatz für ihre jetzt kaum zum zehnten Teil realisierbaren großen Vermögenswerte, die sie in Prag zurückzulassen gezwungen waren, anstreben, mit dem gleichen Rechte, mit dem die Altstadt Prag einen Ersatz ihres durch die Judenvertreibung verursachten Verlustes an Ge-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

meindeeinkünften beanspruche, dürfe auch die gesamte Bevölkerung des Königreichs verlangen, daß sie nicht über ihre bisherige, nahezu unerträgliche Steuerlast hinaus auch noch zur Tragung des durch die Emigration der Prager Juden entstandenen Ausfalls an Steuern und Gaben, der den 45. Teil aller Steuergelder ausmache, werde verhalten werden. Im Gegenteil sei es hoch an der Zeit, daß endlich einmal die lang schon ersehnte Entlastung des Königreichs in einem der Steuerleistung der übrigen Erbländer, zu deren Gunsten es bisher immer prägraviert worden sei, entsprechendem Maße erfolgen werde. Diesem zweifellos hinreichend deutlichen Winke der böhmischen Stände schloß die Statthalterei die Bitte an, Ihre Majestät wolle die Entscheidung in der Judenfrage nicht mehr länger hinausschieben, damit dem Königreich weiterer Schaden erspart bleibe.

Inzwischen hatte aber Maria Theresia eine Entscheidung getroffen, die trotz scheinbaren Beharrens auf allen bisherigen Verfügungen ihren Rückzug in der Judenfrage einleitete. In ihrem Reskripte vom 4. August, das erst nach Abgang des vorerwähnten Statthaltereiberichtes in Prag eintraf, erklärt sie zunächst: „Nun bleibet es ein für allemal darbei, daß sotane Abschaffung wirklich vollzogen, mithin Unsere diesfällige Resolution in allen und jeden Punctis ad affectum gesetzt werden solle. Weilen Wir aber zu gleicher Zeit allergnädigst gemeint sein, künftighin keinen Juden in Unseren gesamten böhmischen Erblanden mehr zu gedulden, wohingegen wohl vorzusehen ist, daß diese Abschaffung aus gedachten Ländern wegen des zwischen Christen und Juden daselbst so sehr verstrickten Negotii, mithin wegen der diesfalls zu nehmen habenden anderweitigen Einrichtung nicht wohl auf einmal befolget werden könne, so haben Wir einen sechsjährigen Terminum anzuberaumen gefunden, inner welcher Zeit die gesamte Judenschaft nach und nach jährlich in einer gewissen Anzahl reduciert und dergestalten von Jahr zu Jahr aus dem Land abgeschaffet werde, damit bei Verlauf des letzten dieser sechs Jahre in dem Königreiche Böheim kein Jud zu finden sein möge."

Der Ausweisungskommission trug die Kaiserin auf, unverweilt einen Plan auszuarbeiten, nach welchem die beschlossene Reduktion der gesamten Judenschaft in Böhmen binnen sechs Jahren durchgeführt werden könnte.

Die Vorstellungen der Statthalterei wegen des zu befürchtenden Ausfalls beziehungsweise Rückgangs der Steuern, die Bitten des Altstädter Rats und der Besitzer der christlichen Tandelmarkthäuser tat Maria Theresia kurzweg mit dem Versprechen ab, entsprechende Maßnahmen treffen zu wollen. Bezüglich der Bitte der Judenschaft um Realisierung ihrer in Prag zurückgelassenen Vermögenswerte forderte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sie der Ausweisungskommission einen binnen sechs Wochen vorzulegenden näheren Bericht und Vorschlag ab. Gleichzeitig konnte sie es sich aber nicht versagen, den Juden einen neuen Peitschenhieb zu versetzen. Sie sperrte ihnen das Grenzgebiet auf zwei Meilen Entfernung von der Landesgrenze, angeblich um sie an der Einschwärzung von ausländischen Waren zu hindern.

Die Entscheidung der Kaiserin fand bei den Emigranten geteilte Aufnahme. Während der eine Teil der Juden in seinem durch die bisherigen Erfahrungen begreiflichen Pessimismus das neue Dekret für schlimmer als alle bisherigen hielt, da es darauf abziele, ihre Folterqualen nur zu verlängern und sie noch vor dem Abzug infolge fortgesetzter Abschnürung der Erwerbsmöglichkeit auch materiell zu vernichten, war der andere überzeugt, daß in der Festsetzung des sechsjährigen Abschaffungstermins eine Wendung zum Besseren zu erblicken sei und daß Zeit und Umstände Maria Theresia weitere Konzessionen abnötigen werden. Zu den Optimisten gehörten vor allem Salomon Koref mit seinem Anhang, der nicht allein mit kluger Voraussicht, sondern auch auf Grund seiner genauen Kenntnis der Stimmung und der Absichten der maßgebenden Persönlichkeiten bei der Statthalterei und der Hofkanzlei die Lage der Dinge und die Zukunftsmöglichkeiten wesentlich besser zu beurteilen verstand, als jeder andere. Übrigens scheint die Hoffnungsfreudigkeit Korefs und seiner Genossen über den Kleinmut der übrigen bald den Sieg davongetragen zu haben.

Bei der Statthalterei wurde die Entscheidung der Monarchin, an die Stelle der sofortigen Ausschaffung der Juden eine allmähliche Reduktion zu setzen, mit offensichtlicher Befriedigung aufgenommen. Die Statthalter sahen darin, wenn auch keinen großen, so doch immerhin begrüßenswerten Erfolg ihres zielbewußten und geschickt verdeckten Widerstands gegen die radikalen Absichten Maria Theresias, welche sie als undurchführbar und der Wohlfahrt des ihrer Verwaltung und Fürsorge anvertrauten Königreichs als abträglich erachteten. Ihre weitere Haltung läßt erkennen, daß sie entschlossen waren, ihre Bemühungen, die Kaiserin zu weiterer Nachgiebigkeit zu veranlassen, mit gebotener Vorsicht, aber auch mit Festigkeit fortzusetzen. Der tätigen Mithilfe des Oberstkanzlers Harrach waren sie gewiß, war es doch auch seinem Einfluß zu verdanken, daß seinerzeit die Zahl der gesperrten Städte auf 25 reduziert wurde und in das Reskript vom 4. August keine weiteren Schikanen Aufnahme fanden. Auch sie waren der Ansicht: Zeit bringt Rat und Hilfe.

Der Statthalterei lag vor allem daran, den Beginn des sechsjährigen Reduktionstermins so weit als möglich hinauszuschieben. Aus

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

diesem Grunde drängte sie die ihr unterstehende Ausweisungskommission gar nicht, den von der Kaiserin abverlangten Reduktionsplan vorzulegen und das mit 6 Wochen befristete Gutachten, in welcher Weise eine Bonifikation zu Gunsten der durch die Judenausweisung zu Schaden kommenden Steuerträger, ferner eine Entschädigung der Altstädter Gemeinde und der Besitzer der Tandelmarkthäuser und die Liquidierung des jüdischen Besitzes in Prag durchzuführen wäre, auszuarbeiten. Die Ausweisungskommission ließ sich auch reichlich Zeit. Zunächst unternahm sie überhaupt nichts. Erst knapp vor dem Ende der gesetzten Frist, anfangs September, teilte sie der Statthalterei mit, daß sie ohne ziffermäßige Unterlagen außerstande sei, Vorschlag und Gutachten zu erstatten. Demzufolge stellte sie die Bitte, die Statthalterei möge im Wege der Prager Stadthauptmannschaften und der Kreisämter veranlassen, daß ihr von allen Städten und Dominien, wo Juden wohnen, genaue Verzeichnisse der emigrierten Prager Juden und aller Landjuden, ferner bis ins Einzelne gehende tabellarische Aufstellungen über die jüdischen Kontributions-, Schutz- und Pachtgelder, über die Höhe des Konsums aller in Betracht kommenden Artikel und über Art, Umfang und Geldwert des jüdischen Handels zur Verfügung gestellt werden. Die Statthalterei entsprach diesem Ersuchen, indem sie am 5. September die geeigneten Befehle erließ, wobei sie sich aber keineswegs der Überzeugung verschloß, daß die Ausweisungskommission nicht sobald in die Lage kommen werde, auf Grund des einzuholenden statistischen Materials ihrer Aufgabe gerecht zu werden. In diesem Sinne äußerte sie sich auch in ihrem Hofberichte vom gleichen Tage, mit welchem sie zugleich die zur Beschaffung des benötigten statistischen Materials getroffenen Verfügungen bekanntgab.

Wenn Maria Theresia die Absicht hatte, den Juden durch das Verbot des Aufenthalts in der unmittelbaren Nähe Prags den Handelsverkehr mit der Stadt zu unterbinden, so hatte sie sich getäuscht. Eine Erschwerung desselben war zweifelsohne erreicht worden, eine Lahmlegung keineswegs. Bald kamen die Juden wieder wie früher, aber jetzt stundenweit her mit Traglasten zu Fuß und mit beladenen Wagen alltäglich früh mit Ausnahme des Sabbaths in die Stadt, um die auf dem Lande eingehandelten Waren an den Mann zu bringen und am Abend mit in der Stadt erzeugten und für den Vertrieb auf dem Lande bestimmten Artikeln den langen und beschwerlichen Heimweg wieder anzutreten. Die Regierungs- und Stadtbehörden ließen sie ruhig gewähren. Allein die Mitglieder der Handelskonfraternität waren mit dem neueinsetzenden jüdischen Handelsverkehr in der Stadt nicht zufrieden. Da sie auf die Unterstützung einer gegen diesen Handel gerichteten Aktion seitens der genannten Behörden, wie sie wohl wußten, nicht

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

rechnen konnten, gingen sie auf eigene Faust vor und ließen durch ihre Handlungsdiener und geworbene Leute den Juden die hereingebrachten Waren auf der Gasse und sogar in christlichen Lagerräumen, wo dieselben sie häufig einlagerten, gewaltsam wegnehmen. Gegen diesen Unfug schritt die Statthalterei mit dem an den Altstädter Stadthauptmann Grafen von Breda gerichteten Erlasse vom 18. August ein. Allein sie tat dies mit einer gewissen und, wie wir sehen werden, berechtigten Vorsicht, indem sie lediglich feststellte, daß den Kauf- und Handelsleuten nicht die Befugnis eingeräumt sei, „via facti zu prozedieren und sich selbst das Recht zu sprechen." Wenn sich jemand durch den jüdischen Handel beeinträchtigt fühle, so habe er dies gehörigen Orts anzuzeigen und die Entscheidung abzuwarten. Die Handelskonfraternität ließ jedoch diesen Erlaß unbeachtet und es gelang ihr sogar, den Militärkommandanten Grafen Wallis zu gewinnen, der ihr für ihre Judenfängerei militärische Assistenz gewährte. Er fühlte sich jedoch veranlaßt, sein Eingreifen dem Hofkriegsrate zu melden, welcher hinwiederum die böhmische Hofkanzlei auf das angeblich verbotene Treiben der Juden in Prag aufmerksam machte. Dies trug jedoch dem Hofkriegsrate eine scharfe Abfertigung seitens der Hofkanzlei ein, welche ihm mit der Note vom 12. September 1746 bedeutete, sie würde jederzeit Bedenken tragen, sich in Sachen einzumischen, die in sphaeram militarem gehören. Sie müsse darum verlangen, daß auch der Hofkriegsrat beziehungsweise der ihm untergeordnete Kommandant ohne vorher gepflogenes Einvernehmen mit der Hofkanzlei nicht in Angelegenheiten, die wie das jüdische Emigrationswerk und der jüdische Handel in Prag ins Politicum einschlagen, eingreife und gar etwa selbst Ihre Majestät um Interpretation ihrer diesfälligen Resolution ersuche. Der Hofkriegsrat berief sich zwar in seiner Antwort vom 17. September auf den von der Kaiserin dem Grafen Wallis seinerzeit erteilten gemessenen Befehl, den Juden keinen Wucherhandel in Prag zu gestatten, allein die Hofkanzlei lehnte auch weiterhin jede Einmischung in ihre Kompetenz ab. Und als die Emigranten in einem Majestätsgesuche die Befürchtung aussprachen, daß Graf Wallis und die Prager Handelskonfraternität sie vielleicht hindern könnten, den St. Wenceslai-Jahrmarkt in der Prager Altstadt zu besuchen, ließ die Hofkanzlei den Hofkriegsrat mit der Note vom 20. September wissen, daß zufolge der allerhöchsten Entscheidung den Emigranten auch in allen als geschlossen bezeichneten Städten, infolgedessen auch in Prag, der Besuch der Jahrmärkte mit Waren gestattet sei, nur mit dem Unterschied, daß sie in Prag nicht übernachten, in den geschlossenen Orten aber sich während der ganzen Jahrmarktszeit aufhalten und daselbst die Nacht in ordentlichen Wirtshäusern zubringen dürfen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Der Graf Wallis möge daher instruiert werden, daß die Juden an ihrem Rechte nicht zu verkürzen seien. Diesem Ersuchen entsprach der Hofkriegsrat mit einem an den Grafen von Ogilvy als stellvertretenden Kommandierenden in Prag gerichteten Befehle. Allein die Juden scheinen am Wenceslai-Jahrmarkt doch irgendwie behelligt worden zu sein. Denn als der Hradschiner St. Katharina-Jahrmarkt (25. November) herannahte, richteten sie, diesmal an die Statthalterei, die Bitte, ihnen gelegentlich des Besuches dieses und auch aller späteren Jahrmärkte in Prag entsprechenden Schutz zu gewähren. Wenn auf den Märkten Türken, Heiden und alle anderen Nationen ihre Waren auslegen und anbieten dürfen, müsse dies billigerweise auch ihnen ohne jedes Hindernis gestattet sein. Die Statthalterei erließ daraufhin an die gemischte Emigrationskommission die entsprechende Weisung.

Wie die Prager Juden den Herbst und den Winteranfang des Jahres 1746 im Exil zubrachten, ob sie unter ähnlichen menschenunwürdigen Unterkunftsverhältnissen wie im Jahre zuvor litten, ist aus den zur Verfügung stehenden Akten nicht ersichtlich. Da schriftliche Beschwerden in dieser Hinsicht weder seitens der Juden, noch Berichte der Kreisämter, noch auch solche seitens der Statthalterei an die Hofkanzlei vorliegen, ist vielleicht die Annahme zulässig, daß die durch das Reskript vom 20. Juni 1746 herbeigeführte Verteilung der Emigranten auf ein weiter gezogenes Aufenthaltsgebiet einigermaßen bessere Unterkunfts- und Ernährungsverhältnisse zur Folge hatte. Daß aber diese Verhältnisse keineswegs auch nur annähernd befriedigend waren, läßt sich aus dem Umstande schließen, daß auch der Winter 1746/47 den Emigranten mit Krankheiten hart zusetzte. Die Statthalterei berichtete am 29. Dezember nach Wien über die starke Zunahme der Krankheiten unter den Emigranten, worauf sie von der Hofkanzlei am 5. Jänner 1747 den Auftrag erhielt, alle Vorkehrungen gegen eine etwaige Epidemie zu treffen.

Wie sah es nun in der Prager Judenstadt aus, in der alten verlassenen Heimat, an welche die bedauernswerten Exulanten mit Gefühlen weher Trauer und Resignation zurückdachten? Am 21. Juli 1746 hatte die Statthalterei dem Stadthauptmanne Grafen Breda und den Mitgliedern des Stadtrates Krauseneck und Kamberger den Auftrag erteilt, die Obsorge für die nach dem Abzuge der Bewohner gänzlich verödete Judenstadt zu übernehmen. Von der Erlaubnis, sich einen christlichen Haushalter für ihre Häuser zu bestellen, hatten nur ganz wenige Besitzer Gebrauch gemacht. Alle Zugänge der Judenstadt wurden nun bis auf einen einzigen geschlossen, alle Häuser wurden von Soldaten untersucht, ob sich daselbst nicht jemand verborgen halte, und dann ebenfalls versperrt. Ihre Häuser durften die Besitzer, falls sie nach

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Prag kamen, nur auf Grund eines vom Stadthauptmanne ausgestellten Erlaubnisscheins betreten. Zwecks Verhinderung von Brand, Einbruch und Plünderung der Synagogen und der Häuser wurde vom Stadtkommandanten eine militärische Bewachung der Judenstadt organisiert. Allein schon wenige Wochen nach dem Auszug sah es darin traurig aus. Was die Soldaten nicht stahlen, raubten und verwüsteten unter ihrem Schutze andere Eindringlinge. Am 4. Oktober hatte das Sechsmänneramt der Altstadt von der Statthalterei die Weisung erhalten, unter Zuziehung von Bausachverständigen eine Untersuchung und Bewertung aller Gebäude in der Judenstadt vorzunehmen. Die Kommission, bestehend aus den Altstädter Baumeistern Johann Hrdlička, Franz Pree und Mitgliedern des Sechsmänneramtes, fand die Judenstadt in einem derart gesundheits- und sicherheitsgefährlichen Zustande, daß sie sich weigerte, ohne entsprechende Bezahlung und Zubilligung einer monatelangen Frist zur Erstattung ihres Elaborats sich ihrer Aufgabe zu unterziehen. Am 31. Oktober erhielt aber die Kommission den strikten Befehl, ihre Arbeit binnen 14 Tagen durchzuführen. Allein zu einer ordentlichen Untersuchung und Abschätzung der Judenhäuser kam es dennoch nicht. Die Kommission behauptete, viele Häuser seien derart ineinander verbaut, daß man die zu den einzelnen gehörigen Teile nicht festzustellen vermöge. Auch seien sie durch Servitute derart mit einander verbunden, daß zum Beispiel ein einziger Eingang in 4, 5, 6 und sogar 7 solcher Häuser bestehe, daß 2—3 Häuser eine einzige Küche und einen einzigen Sezeß haben. Diese Verwirrung in baulicher und eigentumsrechtlicher Hinsicht, die sich auch durch Einsicht in die Grundbücher keineswegs lösen lasse, sei so unglaublich, daß man sich genötigt gesehen habe, eine Pauschalbewertung aller in der Judenstadt befindlichen Synagogen und Häuser, von welch letzteren die meisten aus Holz gebaut, viele schon dem Verfall nahe, aller Fenster, Türen und Schlösser, Stiegen, ja sogar der Dächer beraubt seien, mit 170.000 fl. anzugeben.

Im Laufe des November 1746 waren von den Kreisämtern die Resultate der am 5. September angeordneten Erhebungen über die Zahl der in den Landstädten und auf den Landgütern wohnhaften Juden und über die durch deren Entfernung zu befürchtenden Schäden und Nachteile eingelangt. Sie waren vielfach derart unvollständig und ungenau, daß die Ausweisungskommission eigentlich nichts Rechtes damit anzufangen wußte. Sie trug sich zwar mit der Absicht, weitere Erhebungen zu veranlassen. Doch kam sie davon in der Folge wieder ab. Am 29. November urgierte Maria Theresia die Vorlage des Reduktionsvorschlags. Um ihre Ungeduld nicht unnötig zu reizen, legte am 12. Dezember die Kommission der Statthalterei, diese wiederum der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
UB
DFG

Hofkanzlei in Wien einen vorläufigen Plan vor, wie die Entfernung aller Juden in Böhmen in der in Aussicht genommenen sechsjährigen Frist durchgeführt werden könnte.

Darnach sollte die Ausschaffung in der Weise erfolgen, daß in jedem Reduktionsjahre der sechste Teil der auf einem Dominium oder in einer Stadt wohnhaften Juden, sowohl der seit früher schon dort angesessenen wie auch der erst zugewanderten Prager Emigranten, von der betreffenden Grundobrigkeit oder dem Stadtmagistrat unter Mitwirkung der bisherigen Prager Judenvorsteher und einiger vertrauenswürdiger Vertreter der Judenschaft nach Familien und Personen so zu konsignieren und festzusetzen wäre, daß die jeweils auszuschaffende Gruppe nicht nur aus armen, sondern auch aus einigen bemittelten Familien bestünde, von denen man annehmen könnte, daß sie ihre armen Glaubensgenossen auf der Fahrt in die Fremde unterstützen würden. Die Konsignation wäre dann dem Praeses der Ausweisungskommission Grafen von Kolowrat zwecks Ausfertigung der Pässe vorzulegen und in Abschriften den Grenzzollämtern mitzuteilen. Diese hätten die Pässe der in ihrer Station eintreffenden Juden nach diesen Listen zu revidieren und dafür zu sorgen, daß tatsächlich alle die Grenze passieren und keiner der Emigranten mit oder ohne Erlaubnis sich in den Grenzdominien festsetze oder gar in seinen früheren Aufenthaltsort zurückkehre.

Diesen Vorschlag wiederholte die Ausweisungskommission in einem der Statthalterei am 3. Jänner 1747 vorgelegten ausführlichen Gutachten .in welchem sie sich mit den Fragen beschäftigte, 1. wie dem durch die Verweisung der Juden schon eingetretenen und noch weiterhin zu befürchtenden Steuerentgang im Königreich zu begegnen, 2. die Altstädter Gemeinde zu entschädigen, 3. den christlichen Besitzern der fünf Tandelmarkthäuser zu helfen wäre und 4. ob und wie den Prager Emigranten mit Rücksicht auf die Entwertung ihres in Prag zurückgelassenen Realitätenbesitzes eine Entschädigung gewährt werden könnte. Zum Punkte 1. führte die Kommission aus, daß die Judenschaft seit jeher nicht allein den 45. Teil aller ordentlichen und außerordentlichen Landeskontributionen, an welchem die Landjuden mit einem Drittel, die Prager Juden mit zwei Dritteln partizipierten, sondern seit 1652 mit Rücksicht auf die Befreiung von der Einquartierung auch noch alljährlich eine Landesabgabe von 12.000 fl. und überdies nicht geringe Beträge an Rekruten- und Remontengeldern, Dona gratuita, Subsidia praesentanea, Kopf- und Vermögenssteuer, Fleischkreuzer und Tabakrelution und anderen derartigen Anlagen geleistet habe. Die Juden seien gute und geschwinde Steuerzahler gewesen und hätten dem Lande im Bedarfsfalle immer mit Vorschüssen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ausgeholfen. Wie der Ersatz für den Entgang an Steuern und Gaben zu beschaffen sei, müßten die maßgebenden Stellen erwägen. Keinesfalls sei daran zu denken, daß die übrige Bevölkerung dafür aufkommen könnte, da ihr Wohlstand durch Krieg, Mißwachs, Viehseuchen und die durch die Judenvertreibung verursachte Zerrüttung des Handels schwer gelitten habe.

Mit nicht geringer Einbuße an Nutzungen müßten im Falle der Vertreibung der Landjuden auch die Grundobrigkeiten rechnen. Nach Maßgabe der gepflogenen Erhebungen, die allerdings an Genauigkeit und Vollständigkeit zu wünschen übrig lassen, würde sich dieser Verlust pro Jahr nachstehend beziffern lassen:

Mietzinse	19.260	fl.
Schutzgelder	21.604	„
Biernutzen	6.278	„
Salznutzen	836	„
Pachtzinse	7.518	„
zusammen	56.496	fl.

Weiter würde der Lebensmittelkonsum auf dem Lande um . . . . . 94.357 fl. sinken.

Der Verdienstentgang der Handwerker und Tagarbeiter würde jährlich . . . . . 51.127 fl. betragen.

Im ganzen wäre der jährliche Verlust bei diesen Einnahmsquellen mit . . . . . 211.683 fl. anzusetzen.

In Erörterung des Punktes 2 weist die Kommission nach, daß die Gemeinde der Prager Altstadt in ihren Einnahmen jährlich um nachstehende Posten geschädigt würde:

Gerichtssporteln und Honorargelder	5.592	fl.
Mietzinse	10.454	„
Einnahmen aus dem Schank- und Kleingewerbe	6.394	„
Kirchenzinsungen von ehemals christl. Häusern	119	„
Bier- und Branntweinnutzen	3.520	„
Grundwasserleitungszins und Meches	605	„
Nutzungen aus dem Handwerk	4.483	„
zusammen	31.174	fl.

Zum Punkte 3 bemerkt die Kommission: die fünf sogenannten Tandelmarkthäuser, welche von ihren derzeitigen christlichen Besitzern um 64.350 fl. erkauft worden sind, haben in den letzten Jahren einen durchschnittlichen Jahresertrag von 4432 fl. abgeworfen. Sie ent-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

halten keine Wohnungen, sondern lediglich Gewölbe, Kammern und ähnliche Räume, die den Juden ausschließlich als Magazine und Verkaufslokalitäten gedient haben. Nach der Abwanderung der Juden sind sie nahezu wertlos geworden und höchstens Brandstellen gleich zu achten. Sie als Wohnungen zu adaptieren, was einem Neubau gleichkäme, hätte aus dem Grunde keinen Zweck, weil in Prag genug leerstehende Wohnungen vorhanden sind. Die von diesen Häusern bisher geleisteten großen Abgaben können von den übrigen Altstädter Angesessenen nicht übernommen werden und müßten ebenso wie die Verluste der Besitzer dem allerhöchsten Ärar zu Last fallen.

Was endlich den 4. Punkt angehe, so habe der tatsächliche grundbücherliche Wert der verlassenen jüdischen Realitäten nicht festgestellt werden können. Die von den Sachverständigen vorgenommene Schätzung laute in Anbetracht des gegenwärtigen elenden Zustandes aller jüdischen Häuser und Synagogen auf lediglich 170.000 fl. Es sei aber anzunehmen, daß bei einem allfälligen Verkauf kaum 60.000 fl. erzielt werden könnten. Übrigens sei auf Käufer gar nicht zu rechnen, da infolge des durch die Emigration der Juden verursachten Niedergangs allen Handels und Wandels sogar eine Reihe christlicher Häuser feilstehe. Bei einem Verkaufe der jüdischen Realitäten weit unter dem Werte würden vor allem die christlichen Hypothekargläubiger eine schwere Einbuße erleiden und müßten ebenso wie die nicht minder geschädigten jüdischen Besitzer eine Entschädigung seitens des Ärars beanspruchen dürfen. Eine etwaige Übernahme der Judenrealitäten durch den Staat in Abschlag der jüdischen Kontributionsreste komme nicht in Frage, da derselbe sich nur eine unrentable Last aufhalsen würde und dabei gerade jene jüdischen Hausbesitzer am meisten zu Schaden kämen, die jederzeit ihrer Steuerpflicht nachgekommen sind und die nicht dazu gezwungen werden können, die Steuerreste ihrer Glaubensgenossen zu zahlen.

Alles im allem genommen, schließt das Kommissionsgutachten, sei festzustellen, daß für alle durch die Ausweisung der Juden verursachten Schäden und Nachteile billigerweise der Staat selbst aufzukommen habe. Da aber für diesen doch nur die gesamte Bevölkerung wieder eintreten müßte, würde die Herstellung des früheren Zustandes das Beste sein, zumal die den Juden von allen früheren Herrschern erteilten und bestätigten Privilegien und Freiheiten an und für sich schon Anlaß genug bieten, Gnade zu üben.

Zu Beginn des Jahres hatte die emigrierte Prager Judenschaft auch an die im Landtage versammelten Stände des Königreichs ein Ansuchen gerichtet, in welchem sie ihre bisherigen furchtbaren Leiden schilderte, auf ihre Verdienste um die Wohlfahrt des Landes und auf den

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der gesamten Bevölkerung durch ihre Vertreibung zugefügten und weiterhin zu befürchtenden Schaden hinwies und die eindringliche Bitte stellte, für sie bei der Monarchin Fürsprache einzulegen. Mit der Note vom 9. Jänner 1747 übermittelte der ständische Ausschuß dieses Gesuch der Statthalterei mit dem Ersuchen, gelegentlich der Erstattung eines diesfälligen Berichts an Ihre Majestät auch diese jüdischen Motiva und angeführten Puncta, soweit sie das Publicum und das ständische Wesen betreffen, zu berücksichtigen.

Diesem Ersuchen entsprach die Statthalterei gelegentlich der unterm 10. Feber 1747 erfolgten Vorlage des Gutachtens der Ausweisungskommission, dem sie die Bittschrift der Juden an die Stände mit dem Bemerken beischloß, daß sie die darin von den Petenten zu ihren Gunsten angeführten Momente ohnehin schon des öfteren eingehend dargelegt und erläutert habe. Die Differenz zwischen dem von den Juden selbst mit nahezu 4 Millionen errechneten Schaden des Landes und der Prager Städte und den von der Kommission niedriger angegebenen Ziffern meinte sie damit erklären zu können, daß die Angaben der Juden vielleicht etwas zu hoch, die der Kommission infolge der von den Kreisämtern und der Prager Altstadt gebotenen mangelhaften Unterlagen zweifellos viel zu niedrig gegriffen seien.

Die Böhmische Hofkanzlei nahm das Gutachten der Prager Ausweisungskommission zum Anlaß, um der Kaiserin in einem Vortrage vom 28. März 1747 neuerdings mit allem Nachdruck vorzustellen, daß sie sich einer zweckmäßigen Regelung der Judenfrage weder entziehen könne noch dürfe. Nicht allein Recht und Billigkeit, Menschlichkeit und christliches Erbarmen sprächen zu Gunsten der Juden, sondern auch schwerwiegende Interessen der böhmischen Erblande, ihrer Stände und der ganzen übrigen Bevölkerung. Krieg, Mißwachs, Teuerung, Niedergang des Handels haben die Wohlfahrt der böhmischen Länder untergraben. Landesmütterliche Einsicht und Fürsorge müsse daher alles ins Werk setzen, um den Ländern wieder zu ihrer einstigen Blüte zu verhelfen. Dazu könne auch die Begnadigung der Juden beitragen. Die Kaiserin möge daher entweder den früheren Zustand wieder herstellen oder wenigstens eine Reduktion der Juden in einem Maße durchführen, welches dem allgemeinen Wohle nicht abträglich wäre. Für einen Gnadenerweis wäre insbesondere die Prager Judenschaft dankbar, die seit ihrer Ausschaffung durch Not, Hunger und Krankheiten schwer gelitten habe. Gerade sie könnte nach allfälliger Abstoßung unnützer und ihr selbst lästiger Elemente dem Lande noch gute Dienste leisten.

An dieser erneuten energischen Vorstellung der böhmischen Hofkanzlei, welche keinen Zweifel darüber übrig ließ, daß namentlich die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

um die Wohlfahrt der böhmischen Länder besorgten Stände eine Änderung des Vorgehens der Kaiserin gegen die Juden dringend verlangen, konnte Maria Theresia nicht achtlos vorübergehen. Allein zu einer, wenn auch nur teilweisen Revision ihrer Ansichten und Pläne in Sachen der Juden war sie noch lange nicht bereit. Zunächst entschloß sie sich nur, in dieser Frage noch einige Männer zu hören, auf deren Urteil sie besonderen Wert legte. Zu diesen gehörte vor allem der damalige österreichische Gesandte in München, Graf Rudolf Chotek. Diesem ließ sie am 22. April 1747 den Vortrag der Hofkanzlei mit dem Ersuchen zukommen, ihr hierüber seine Wohlmeinung zu erstatten. Dem entsprach Graf Chotek mit seinem schriftlichen Gutachten vom 4. Juli 1747. Er erklärt darin unumwunden, daß er auf eine völlige Abschaffung der Juden aus Böhmen und Mähren nicht einzuraten vermöge. „Göttliche, natürliche und weltliche Rechte erfordern es," schreibt er, „daß niemand verdammt werde, wenn er nicht convictus et confessus seie, viel weniger gestatten dieselben, daß propter delictum singulorum ein ganzes Corpus, schuldig oder unschuldig, alt und jung, ja sogar unmündige Kinder, in welche delictum cedere non potest, getroffen werden sollen." Übrigens, führt er weiter aus, sei nicht einmal die Schuld einzelner Juden gerichtlich festgestellt, geschweige denn in legaler Weise ermittelt worden, daß sich die ganze Judenschaft oder auch nur der größere Teil derselben eines solchen Verbrechens schuldig gemacht habe, das eine völlige Vertreibung der Juden rechtfertigen könnte. Und wenn auch die Juden einer der christlichen Religion widrigen und Gott verhaßten Religionsgemeinschaft angehören, so wäre es doch gegen Recht und Billigkeit, sie, die ja doch auch Menschen seien, in den Abgrund des Verderbens zu stürzen, ohne die gegen sie erhobenen Anklagen ordentlich zu untersuchen . Auch dürfe man nicht außeracht lassen, daß sie seit uralter Zeit im Lande ansässig, von den Landesfürsten als Untertanen angenommen, als solche stets angesehen worden und den Ländern Böhmen und Mähren inkorporiert seien. Im übrigen führt Chotek ebenfalls alle jene Gründe gegen die Abschaffung der Juden an, die wir aus allen anderen Berichten und Vorstellungen kennen: die Erfahrungen aus den früheren vergeblichen Ausweisungsversuchen, die ersprießliche Tätigkeit und Leistungsfähigkeit der Juden im Innen- und Außenhandel, ihre besondere Eignung hiezu, Untüchtigkeit, mangelndes Interesse, Profitgier der christlichen Kaufleute und dergleichen. Bezüglich der durch die Judenabschaffung bereits verursachten und weiterhin zu befürchtenden Verluste und Nachteile steht Chotek völlig auf dem Standpunkte der böhmischen Statthalterei und Hofkanzlei und sagt uns in seinen diesfälligen Ausführungen nichts Neues. Zum Schlusse erklärt Chotek: Da eine völlige

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Abschaffung der Juden unmöglich ist, empfehle es sich, zur Beschränkung der Ausbreitung und des Einflusses derselben auf ein der übrigen Bevölkerung erträgliches und nützliches Maß alle im Lande befindlichen Juden mit Rücksicht auf die für das Ansässigkeitsrecht und die Eheschließung noch in Geltung stehenden Bestimmungen einer Überprüfung ihrer Aufenthaltsberechtigung im Lande zu unterwerfen. Diese Aktion würde zweifellos die Möglichkeit bieten, auf Grund der bestehenden Gesetze unnnütze oder gar schädliche Subjekte, die im Laufe der Zeit sich in das Königreich eingeschlichen haben, abschaffen zu können. Wohlverhaltenen Familien gegenüber, die vielleicht ihre Aufenthaltsberechtigung nicht zu erweisen vermöchten, könnte nach Maßgabe der Umstände Rücksicht geübt werden. So würde nicht allein das Land, sondern auch die zurückbehaltene Judenschaft selbst einer drückenden Last entledigt werden, sodaß sie sich ein leichteres Fortkommen als bisher schaffen und ihren Verpflichtungen dem Staate gegenüber entsprechend nachkommen könnte. Das empfohlene Vorgehen könnte man übrigens auch als Strafe für die im letzten Kriege von Juden begangenen Fehltritte gelten lassen. Sollte Ihre Majestät sich mit diesem Maß der Sühne nicht zufrieden stellen wollen, so ließe sich noch in Erwägung ziehen, ob den Juden für ihre fernere Duldung nicht etwa die Entrichtung eines Betrages von einer oder gar mehreren Millionen aufzuerlegen wäre, den sie in erträglichen Raten abzuzahlen hätten.[10a])

Die Lage der Prager Emigranten hatte sich inzwischen in keiner Weise gebessert, sondern eher verschlechtert. Die Zivilbehörden brachten zwar gegen sie die verschiedenen Anordnungen der Kaiserin nicht in dem von ihr gewünschten vollen Maße der Strenge in Anwendung und drückten gern ein Auge zu, wo immer es anging. Allein sie waren vorsichtiger geworden, denn ihr Gebaren wurde von den militärischen Stellen, namentlich von dem nunmehr mit dem Landeskommando betrauten General Fürsten Christian von Lobkowitz, argwöhnisch überwacht. Im Jänner 1747 hatten die Prager Juden ebenso wie in früheren Jahren die Kopfsteuer und die Bewilligungsgebühr für die Einfuhr von Paradeisäpfeln und Palmzweigen, die letztere allerdings in diesem Jahre in dem reduzierten Betrage von nur 2400 fl. zahlen müssen. Wie schwer ihnen dies fiel, daran dachte Maria Theresia nicht. Im Gegenteil fand sie es für gut, die Erwerbsmöglichkeit der Juden noch weiter einzuschränken. Mit dem Reskripte vom 16. Feber 1747 verbot sie ihnen nämlich den Besuch der Prager Jahrmärkte ganz und gar. Es blieb ihnen daher nur der Tagesverkehr mit der Hauptstadt offen, der zwar dem Handelsbetrieb keineswegs dienen sollte, jedoch zu diesem Zwecke ausgiebig ausgenützt wurde, ohne daß die Behörden dagegen ernstlich einschritten.[11]) Während im Dezember 1746 und im Jänner 1747 selten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

mehr als 200—300 Juden täglich in die Stadt gekommen waren, nahm im Feber, welcher einen vorzeitigen Frühling brachte, der Zufluß derart zu, daß täglich durchschnittlich 500 Juden die Stadttore passierten. Um die Waren nicht alltäglich herein und hinausschleppen zu müssen, hatten sich manche Niederlagen in christlichen Häusern eingerichtet. Der immer stärker einsetzende jüdische Handelsbetrieb rief bald wieder die christliche Handelskonfraternität auf den Plan. Anfangs März richtete eine Anzahl christlicher Kaufleute und Gewerbetreibender an den General Fürsten von Lobkowitz die schriftliche Bitte, er möge die Statthalterei veranlassen, das Handelsverbot für die Juden zu erneuern und ihre Niederlagen schließen zu lassen. Gleichzeitig übergaben sie ihm ein Stück Tuch, das einer der Aufpasser der Handelskonfraternität einem Juden auf der Gasse abgenommen hatte. Lobkowitz entsprach dem Ersuchen. Er mußte sich aber von dem Vertreter des erkrankten Oberstburggrafen, Philipp Grafen von Gallas, sagen lassen, daß er durch Entgegennahme der Beschwerdeschrift seine Kompetenz überschritten habe, die sich in Judensachen lediglich auf die Ausschaffung von unbefugt in der Stadt über Nacht verbliebenen Juden beschränke. Gleichzeitig erhielten die Stadthauptleute von der Statthalterei den Befehl, die Beschwerdeführer zu zitieren und ihnen zu bedeuten, daß sie sich nicht wieder beifallen lassen sollen, sich mit solchen Klagen unter Umgehung der ordentlichen Instanz an das Militare zu wenden, sonst müßte man hierwegen zu scharfer Ahndung schreiten. Ihre Klagen über die Beeinträchtigung durch den jüdischen Handel werde man untersuchen und etwa bestehende jüdische Warenniederlagen sperren lassen. Im übrigen mögen sie selbst darüber nachdenken und Vorschläge unterbreiten, wie der Teuerung zu steuern und dem Mangel an den notwendigsten Bedürfnissen in Prag abzuhelfen wäre, wer alle die gebrauchten Sachen, alte Kleider, Schuhe, Strümpfe, Hasenbälge u. dgl. an Stelle der Juden kaufen und weiter verhandeln solle. Endlich mögen sie zur Kenntnis nehmen, daß es nicht geringes Mißfallen errege, daß sie sich weigern, Waren in die Häuser der Herrschaften und anderer Leute zu schicken, und daß sie die Dienstboten mit groben und unanständigen Worten abfertigen.

Die Statthalterei ließ dann tatsächlich einige jüdische Niederlagen visitieren und sperren. Darunter aber mit einer nicht mißzuverstehenden Absicht auch die Monturenmagazine der Militärlieferanten Herz Piseks Witwe und Joachim Krausnitz, die sie aber auf Einschreiten des Rekrutierungskommandos wieder öffnen ließ. Gleichzeitig schritt sie in Wien um die Befugnis ein, den Juden in berücksichtigungswürdigen Fällen die Haltung von Warenniederlagen gestatten zu dürfen. Dieses Ersuchen wurde jedoch mit dem Reskripte vom 27. April mit dem Be-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

deuten abgewiesen, daß die Prager Emigranten sich Warenniederlagen in jenen Städten anlegen können, in denen sie übernachten dürfen.

Mit einem anderen Reskripte vom 20. April drückte Maria Theresia der Statthalterei ihr Befremden aus, daß der Armeelieferant Markus Löwi mit seiner ganzen Familie immer noch in Prag wohne. Die Statthalterei rechtfertigte sich am 25. April mit dem Hinweise darauf, daß es Sache des Militärs sei, nicht nur diesen Juden, sondern auch die anderen Juden hinauszuschaffen, die nach der an den Hofkriegsrat gerichteten und zur Kenntnis der Statthalterei gekommenen Meldung des Fürsten Lobkowitz in einer bis an die 100 gehenden Anzahl angeblich ohne Bewilligung der Zivilbehörden in Prag nächtigen und sich aufhalten. Tatsächlich sei aber, wie erhoben wurde, seit ergangenem Verbot außer dem Markus Löwi, an dessen Aufenthalte lediglich das Militär Interesse habe, kein einziger Jude in der Stadt über Nacht geblieben.

Ein regnerisches und kaltes Frühjahr hatte nicht nur eine starke Beeinträchtigung der Erwerbsmöglichkeit und damit auch eine wesentliche Verschlechterung der Existenzverhältnisse der Prager Emigranten, sondern auch Massenerkrankungen derselben im Gefolge, die nachgerade einen bedenklichen Umfang annahmen. Das jüdische Hospital in Brandeis war bald überfüllt. Die Ausweisungskommission ließ auch das in Wolschan bestandene Lazaret wieder öffnen, allein auch dieses genügte in kurzem nicht mehr dem Bedarf. Viele arme Juden starben in ihren elenden Schlupfwinkeln, nicht wenige fanden den Tod auf freiem Felde. In dieser Zeit höchster Not und Verzweiflung ergriff Salomon Koref mit der ihm eigenen Energie die Initiative zu einer Hilfsaktion, die ihm die Mittel bieten sollte, gänzlich mittellosen Glaubensgenossen ärztliche Behandlung und entsprechende Pflege zu sichern. Er erwirkte sich am 15. Mai 1747 vom Praeses der Ausweisungskommission die Bewilligung, von den Prager Emigranten eine Abgabe für Krankenzwecke in der Höhe einer halben Kopfsteuer einheben zu dürfen, von welcher er sich zumindest 3.000 fl. versprach. Außerdem ließ er sich noch das Recht erteilen, über Gemeindegelder, die noch aus dem Vorjahre vorhanden waren, zur Unterstützung armer Kranken verfügen zu können. Seltsamerweise stießen seine guten Absichten auf Widerstand bei den eigenen Glaubensgenossen, von denen gerade vermögende Leute sich weigerten, den auf sie entfallenden Betrag zu zahlen. Insbesondere die Brüder David und Israel Fränkel lehnten die Aktion Korefs ab. Sie erhoben dagegen sogar Einspruch bei der Statthalterei. Sie wiesen darauf hin, daß Koref gegen die jüdischen Gesetze verstoße, nach welchen einem Einzelnen die Gebarung mit Gemeindegeldern nicht gestattet sei. Er spiele sich in seiner Herrschsucht förmlich als Gebieter

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

und alleiniger Vertreter der Prager Judenschaft auf, die seit der Emigration eigentlich keine Gemeinde bilden dürfe. Eine vom Kouřimer Kreisamte über Weisung der Statthalterei eingeleitete Untersuchung ergab jedoch, daß nach dem Auszuge im März 1745 die Vertreter der Prager Judenschaft, zu welchen die Brüder Fränkel selbst gehörten, Koref mit der Wahrung der gemeinsamen Interessen der Emigranten bei den Behörden und mit der Verwaltung des jüdischen Lazarets betraut hatten. Die Brüder Fränkel erhielten seitens des Kreishauptmannes einen scharfen Verweis und Koref, der das volle Vertrauen des Praeses der Ausweisungskommission Grafen von Kolowrat genoß, erlangte sogar durch dessen Verwendung, daß die Statthalterei sämtliche Kreisämter am 21. Juli anwies, alle in ihrem Bereiche wohnhaften Prager Emigranten zur Leistung der Abgabe binnen 14 Tagen an Koref zu verhalten. Dieser Befehl wurde offenbar nicht allzu streng durchgeführt. Viele Emigranten entzogen sich der Zahlung. Koref sah sich daher genötigt, zwecks Beschaffung der nötigen Mittel für Lazaretbedürfnisse unter Zuziehung von drei ehemaligen Gemeindemitgliedern alles noch in den Prager Synagogen, im Bad und im Rathause befindliche Metall um 450 fl. zu verkaufen. Seine diesfällige Rechnungslegung war nach der Rückkehr der Juden nach Prag noch jahrelang Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen und Bemängelungen seitens seiner Gegner.[12]) Ob mit Recht oder mit Unrecht bleibe dahingestellt. Eines ist gewiß: Undank hat dieser um seine schwergeprüften Glaubensgenossen hochverdiente Mann mehr als genug geerntet.

Anfangs Juli 1747 verbreitete sich, angeblich mit Zutun der Juden selbst, in Prag das Gerücht, die Kaiserin habe ihren Sinn geändert und wolle ihnen gegen Erlag einer großen Summe Geldes die Rückkehr in die Stadt gestatten. Es hieß sogar — vielleicht infolge der von Koref eingeleiteten Krankenkollekte —, daß die Juden schon eifrig daran seien, die nötigen Summen aufzubringen. Noch vor Beginn des Winters würden sie wieder in Prag sein. Das Gerücht entsprach den Tatsachen freilich nicht. Maria Theresias Starrsinn in der Judenfrage war allen gegenteiligen, noch so begründeten Ansichten zum Trotz noch ungebeugt. Allein in ihrem bisherigen scharfen Drängen war ein gewisser Stillstand eingetreten. Besonders auffällig erschien, daß die Kaiserin noch immer zögerte, den Termin festzusetzen, von welchem ab die sechsjährige Reduktionsfrist laufen sollte. Dies gab den Juden und jenen, die sie unterstützten, neue Hoffnung. Noch einmal wallte aber der Zorn Maria Theresias gegen die Juden und die Prager Behörden auf, allein bei weitem nicht mehr so heftig wie früher. Die Ursache war eine bei der Hofkanzlei unmittelbar eingebrachte anonyme Beschwerde von Prager Handelsleuten und Professionisten. Sie beschwerten sich

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

darin neuerdings über den von der Statthalterei nicht nur geduldeten, sondern auch geförderten Handel der Juden in Prag, der ihnen schweren Schaden zufüge, denunzierten die Statthalter und die Hauptleute der der Hauptstadt benachbarten Kreise, daß sie den Emigranten den Aufenthalt im verbotenen Gebiete gestatten und überhaupt die Gebote Ihrer Majestät mißachten. Die Beschwerdeschrift ließ Maria Theresia der Statthalterei in Prag mit dem Reskripte vom 18. September 1747, das in einem vorwurfsvollen, jedoch bei weitem ruhigeren Tone gehalten war, als dies sonst in ähnlichen Fällen geschah, mit dem Befehle zustellen, die anonymen Bittsteller festzustellen, deren Beschwerden zu untersuchen und über das Ergebnis an die Hofkanzlei zu berichten. Daraufhin veranlaßte die Statthalterei im Wege der Stadthauptmannschaften und Magistrate der drei Prager Städte eine Einvernahme aller Kaufleute und Professionisten, ob und in welchem Maße sie sich durch den jüdischen Handel geschädigt fühlen. Die Einvernahme der Altstädter Handelsleute ergab, daß niemand von der an die Kaiserin gerichteten Beschwerdeschrift Kundschaft haben wollte. Die Mehrzahl erklärte, daß sie die Rückehr der Juden wünsche, um weiterem Schaden zu entgehen. Von den Altstädter Professionisten erklärten die Sticker, Handschuhmacher, Sattler, Lohgerber, Perückenmacher, Posamentierer, Bürstenbinder, Weißgerber, Klempner, Kammmacher, Zinngießer, Schwarzfärber, Hutmacher, Stöckelschneider und Flaschner solidarisch, daß sie sich durch die Juden geschädigt fühlen und daß ihnen nicht anders geholfen werden könne, als wenn dieselben nicht allein Prag, sondern das ganze Land räumen müßten. Durch ihren Hausierhandel seien sie ihnen auf dem Lande weit schädlicher als in Prag selbst. Die Bäcker dagegen, die Müller, Bierverleger, Fischhändler, Apotheker, Fleischhacker, Wachszieher, Maler, Gold- und Silberarbeiter; Maurer, Geschmeidler, Schneider, Schuhmacher, Riemer, Strumpfwirker, Zimmerleute, Gürtler, Binder, Barbierer, Glaser, Kleinuhrmacher, Lebzelter, Kürschner, Schlosser, Buchbinder, Tuchscherer, Kaminfeger, Zeugschmiede, Siebmacher, Bader, Schwertfeger, Kartenmaler, Landkutscher, Musikanten, Seiler, Töpfer, Mesolanmacher, Tischler, Drechsler, Hufschmiede, Gelbgießer und Seifensieder gaben allesamt die Versicherung ab, daß sie „sehnlich wünscheten, die Juden wiederum in Prag zu haben, unter welchen Professionisten sich dann auch einige sogar dahin ausgelassen, daß wann die Juden nicht mehr nach Prag gelassen werden sollten, sie mit ihren Landesabgaben nicht fortkommen könnten."

Vom Neustädter Magistrat gelangte an die Statthalterei lediglich eine von allen Zünften unterzeichnete Erklärung, „daß sie wider die Juden sich zu beschweren keine Ursach hätten."

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

Die Handels- und Gewerbsleute der Kleinseite gaben gemeinsam zu Protokoll, daß sie „das quästionierte Memorial weder bei Ihrer Majestät eingereichet, noch davor ehender einige Wissenschaft gehabt hätten.“ Ansonsten sagten die Perückenmacher, die Wachszieher, Zinngießer, Knopfmacher, Kaufleute, Glockengießer, Kürschner, Gerber und Hutmacher aus, „daß sie mit denen Altstädtern wünschen, damit die Juden auch aus dem Lande abgeschafft werden möchten“ und zwar aus dem Grunde, „weil ihnen durch das Hausieren, teils durch Aufkauf und Verführung des zu ihrer Profession benötigten Materialis, welches sie Professionisten dadurch in einem höheren Preis erkaufen müsseten, ein Schaden zugefüget würde.“ Dagegen erklärten die Goldarbeiter, Maler, Fleischhacker, Seifensieder, Händler, Glaser, Schlosser, Drechsler, Riemer und Schmiedemeister, daß sie „das Verlangen tragen, die Juden hinwiederum allhier in Prag zu wissen.“

Außerdem wurden von den Stadthauptleuten die Großkaufleute Zahora, von Lercher, Solnicky, Bramberger, Treutz und der von der Handelskonfraternität angestellte Aufpasser Topiczowsky, in denen man vor allem die Autoren der Beschwerdeschrift vermutete, einvernommen. Aber auch sie leugneten die Urheberschaft ab.

Stark übertrieben erschien die Behauptung der Beschwerdeschrift, daß den Emigranten der Aufenthalt in der gesperrten Zone gestattet werde. Die diesfalls gepflogenen Erhebungen blieben, soweit der Berauner und Kouřimer Kreis in Betracht kamen, völlig ergebnislos. Nur der Rakonitzer Kreishauptmann meldete, daß der ehedem in Roztok wohnhafte Jude Jakob David dorthin zurückkehrt sei. Er habe ihn aber sofort wieder abschaffen lassen. Außerdem wußte er zu berichten, daß dem Vernehmen nach in Smichov und Koschiř in verschiedenen dem Adel und der Geistlichkeit gehörigen Häusern und Gärten von den Besitzern einige Juden geduldet werden. Die Statthalterei ersuchte deshalb den General Fürsten von Lobkowitz, die geeigneten Maßnahmen zur Entfernung der Juden zu treffen, die sich dort etwa verborgen halten sollten.

Das Resultat dieser Erhebungen und Vorkehrungen meldete die Statthalterei der Hofkanzlei mit dem Berichte vom 20. November 1747. Sie gab dabei offen zu, daß hie und da Juden, überrascht von der Nacht oder von einem Unwetter, sich genötigt sahen, in verbotenen Ortschaften zu nächtigen. Dies lasse sich nun einmal nicht verhindern. Auch das leugnete sie nicht, daß jüdische Handelsleute, welche unter dem Vorwand, ausstehende Gelder einmahnen oder einkassieren zu müssen, in die Stadt kommen, diese Gelegenheit benützen, verschiedene Geschäfte zu machen. Von so bedeutendem Umfang, daß er die christ-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

lichen Handelsleute schwer schädigen würde, könne jedoch dieser jüdische Handel nicht sein, denn sonst hätte der von der Kaufmannschaft angestellte Aufpasser Topiczowsky längst schon eine Anzeige erstattet, was jedoch bisher nicht geschehen sei. Die Klagen der Beschwerdeführer, daß in Prag eine arge Teuerung herrsche und daß viele Geschäftsleute zugrunde gegangen seien, bezeichnet die Statthalterei als richtig. An der Teuerung sei aber die Emigration der Juden schuld, die vielen bankerotten Geschäftsleute aber hätten ihr Mißgeschick sich selber zuzuschreiben. Viele von ihnen hätten sich in Geschäfte eingelassen, die sie entweder gar nicht oder nur ungenügend verstünden. Gar manche hätten aus reiner Gewinnsucht zwei bis fünferlei Nahrung getrieben und leichtsinnigerweise Darlehen aufgenommen, die ihre Zahlungsfähigkeit weit überstiegen. Hoch hinauf geschraubte Preise und Unhöflichkeit den Kunden gegenüber hätten dann das übrige getan. In Prag sei es nun so weit gekommen, daß der Adel und die angesehenen Bürger vielfach gar nicht mehr in der Hauptstadt einkaufen, sondern ihren Bedarf durch Vermittlung der Juden zu viel billigeren Preisen in den Landstädten decken. Zum Schlusse stellt die Statthalterei die Bitte, „in Zukunft derlei Supplicata, besonders in dieser jüdischen Angelegenheit, ohne Individualunterschrift nicht anzunehmen."

Wir wissen, daß schon zu Beginn des Winters 1746 der Zustand der Gebäude der verlassenen Judenstadt sehr viel zu wünschen übrig ließ. Im Laufe des Jahres 1747 war er geradezu kläglich geworden. Allüberall schritt der Verfall mit Riesenschritten vorwärts, unterstützt von den zerstörenden Kräften der Natur und beschleunigt durch räuberische Menschenhand. Schon im März war die Altneuschule aller Türen und Fenster, aller Balken und alles übrigen Holzwerks derart beraubt, daß sie einer Ruine glich. Was nicht der Pöbel davontrug, das raubten die Soldaten, welche die Judenstadt bewachen sollten. Nicht immer ging es ohne Unfall ab. Am 28. März stürzte bei der Demolierung einer Stiege im Judenhause „u Kuchinků" ein Knabe ab, der beide Beine brach. Die Raublust und Zerstörungswut der Wachkommanden ging endlich so weit, daß General Lobkowitz sich zu strengem Einschreiten veranlaßt sah. Zum abschreckenden Beispiel ließ er einige ertappte Missetäter öffentlich Spießruten laufen.[13]) Im Herbste des Jahres 1747 riß ein Sturm die Dächer von fünf Häusern in der Zigeunergasse gänzlich herab und anhaltender Regen erweichte das völlig entblößte Mauerwerk dieser Gebäude derart, daß mit ihrem baldigen Einsturz zu rechnen war, durch welchen auch die gegenüberliegenden christlichen Häuser gefährdet erschienen. Auf einen diesbezüglichen Bericht des Altstädter Magistrates ließ die Statthalterei geeignete Schutzvorkehrungen treffen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gleichzeitig brachte sie der Kaiserin den grauenvollen Zustand der Judenstadt zur Kenntnis mit der Bitte um Weisung, was weiter zu geschehen habe, um die Judenstadt vor gänzlichem Verfall zu retten. Darauf erhielt sie mit dem Reskripte vom 7. Dezember 1747 lediglich den Befehl, einen Vorschlag zu erstatten, „was dann mit diesen Häusern eigentlich zu tuen seie." Ein solcher Vorschlag wurde aber nicht mehr erstattet. Denn schon als das kaiserliche Reskript in Prag einlangte, durfte man bei der Statthalterei auf Grund inoffizieller Nachrichten aus Wien mit einigermaßen berechtigtem Optimismus annehmen, daß in nicht gar zu ferner Zeit die Besitzer dieser Häuser selbst in der Lage sein werden, die Fürsorge für ihr Eigentum wieder zu übernehmen. Die Statthalterei wies deshalb die Stadthauptmannschaft und den Magistrat der Altstadt lediglich an, für die allenfalls notwendige Abtragung der baufälligen Objekte Sorge zu tragen und im Einvernehmen mit dem Militärkommando jeder weiteren Plünderung und Zerstörung durch frevelhafte Menschenhand energisch zu wehren.

Den erwähnten inoffiziellen Nachrichten, welche besagten, daß Maria Theresia sich endlich entschlossen habe, im Rahmen der von ihr geplanten Steuerregulierung und Verwaltungsreform in Böhmen auch die Judenfrage einer den Interessen des Staates und der Gesamtbevölkerung entsprechenden Lösung zuzuführen, folgte auf dem Fuße die offizielle Bestätigung nach. Es geschah dies in der Form von zwei vom 21. November 1747 datierten kaiserlichen Reskripten, von denen das eine an die Stände des Königreichs, das andere an die königliche Statthalterei gerichtet war. Es wurde darin zur Kenntnis gebracht, daß die Kaiserin den Präsidenten des königlichen Amtes in Schlesien, Friedrich Wilhelm Grafen von Haugwitz, als bevollmächtigten kaiserlichen Spezialkommissär demnächst nach Prag entsenden werde mit der durch eine besondere Instruktion vorgezeichneten Aufgabe, mit den Ständen des Königreichs und mit den Repräsentanten aller in Betracht kommenden Instanzen über die Einführung eines neuen, die Steuerkraft des Landes in erhöhtem Maße in Anspruch nehmenden Militärkontributionssystems Ratschlag zu pflegen und sich zwecks Berichterstattung und Antragstellung über die Mittel und Wege zu unterrichten, mit welchen die Abstellung der in den Kriegsläufen in Verwaltung, Polizeiwesen und Rechtspflege eingerissenen Gebrechen bewirkt werden könnte. Unter einem wurde die Statthalterei angewiesen, dem Grafen Haugwitz gelegentlich seines Aufenthaltes in Prag alle nötigen Aufschlüsse und Behelfe zur Verfügung zu stellen und überhaupt alles vorzukehren, was zu einer gedeihlichen Lösung seiner Aufgabe zweckdienlich erscheinen würde.[14]

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

An der dem kaiserlichen Kommissär erteilten Instruktion interessieren uns hier lediglich die Fragepunkte 39 und 40, welche er auf Grund der in Prag gewonnenen Informationen zu beantworten hatte. Sie lauten:

„39. Nachdem von Steigerung des Preises der Waren in Prag seit der Abschaffung der Juden vieles zu vernehmen gewesen, so ist sich zu informieren, ob seit der Judenhinwegschaffung aus Prag der Preis derer Waren wirklich gestiegen und was für Anstalten vorzukehren, damit das Publikum von denen christlichen Kaufleuten nicht allzusehr bedrückt werde. Weswegen dann auch zu überlegen,

40. ob unser Dienst und des Königreichs Bestes nicht etwan erfordere, die vermöglicheren jüdischen Familien beizubehalten und in was für einer Zahl und wohin sie außerhalb Prag zu repartieren, wie hoch jede Familie das Jahr zu belegen und wie dann die übrigen auf das fördersambste aus dem Lande gebracht werden könnten."

Wie man aus letzterem Punkte ersieht, war Maria Theresia damals noch keineswegs geneigt, auch nur einen Teil, geschweige denn die ganze Prager Judenschaft nach Prag zurückkehren zu lassen. Allenfalls die bemittelten Familien gedachte sie außerhalb Prags ansässig zu machen, die übrigen wollte sie auf keinen Fall im Lande dulden. Sie sagte es dem Grafen Haugwitz bei einer Audienz auch noch mündlich, daß die Prager Juden sich keiner Hoffnung auf Retablierung hingeben dürfen und daß solchemnach andere Mittel und Wege zu ihrer Unterbringung oder Fortbringung vorzukehren wären. Allein diesfalls machte man sich weder bei der Hofkanzlei noch bei der Prager Statthalterei besondere Sorgen und rechnete mit voller Zuversicht auf eine weitere Nachgiebigkeit der Kaiserin. Denn darüber war man sich hier und dort schon völlig klar, daß die erhöhten Geldforderungen Maria Theresias von den Ständen in Böhmen mit Gegenforderungen würden beantwortet werden müssen, in denen die Judenfrage auch eine Rolle spielen würde.

Die Monate Dezember und Jänner benützte Haugwitz zu Konferenzen mit der böhmischen Hofkanzlei, der Hofkammer und dem Hofkriegsrate. Am 21. Feber 1748 traf er in Prag ein und wurde von den Vertretern der Stände und der Behörden mit der ihm als Spezialgesandten der Königin zustehenden Auszeichnung empfangen. Nach Absolvierung der offiziellen Visiten ging er sofort an die Durchführung seiner Aufgabe. Tag für Tag hielt er Besprechungen ab mit einzelnen Mitgliedern und ganzen Gruppen des Landtages, um die Stände für die Geldforderungen der Kaiserin zu gewinnen und ihre Gegenwünsche und Bedenken anzuhören. Zwischendurch empfing er die Repräsentanten der Behörden zur Entgegennahme zweckdienlicher schriftlicher und mündlicher

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Informationen. Am 9. März erschien bei ihm, einer im Wege der Statthalterei an die Judenausweisungskommission unterm 4. März ergangenen Einladung Folge leistend, der Praeses derselben Graf Philipp Kolowrat selbst, erteilte ihm auf eine Reihe von Fragen die entsprechende Auskunft und übergab ihm eine Abschrift des schon besprochenen Kommissionsgutachtens vom 3. Jänner 1747. Gleichzeitig überreichte er ihm aber auch eine von Salomon Koref eingebrachte, allem Anscheine nach von dem Sekretär der böhmischen Expedition der Statthalterei Ignaz Anton Charwat auf Grund des demselben zur Verfügung stehenden amtlichen Aktenmaterials ausgearbeitete umfangreiche Denkschrift der Prager Judenschaft, welche folgenden Titel trägt: „Gründliche Erläuterungen über die zwischen diesem Erbkönigreich Böheim, dann denen Juden quoad publicum et privatum unterwaltende, gleichsamb unzertrennliche Verknüpfung, dann welchergestalten das kaiser-königliche Aerarium und mit demselben das Universum Regni durch die alleinige Emigration derer Juden aus denen königl. Prager Städten einen unersetzlich großen Verlust erlitten, mithin durch deren gänzliche Abschaffung in noch weit größeren Schaden gesetzet, dabei auch die bisherige Landesverfassung völlig über den Haufen geworfen werden müßte.“[15]) Im wesentlichen ist jedoch diese Denkschrift nichts anderes, als eine stilistisch erweiterte Wiedergabe des Berichtes der Statthalterei an die Hofkanzlei vom 11. August 1746. Der kaiserliche Kommissär hatte jedoch vorher auch schon ein anderes Schriftstück erhalten, welches die völlige Entfernung der Juden aus dem Lande forderte. Es war dies ein von 79 christlichen Handels- und Gewerbsleuten unterschriebenes „Promemoria über die immerfort dauernde Beeinträchtigung im Handel und Wandel von der Prager ausgeschafften Judenschaft und Störung der christlichen Handlung.“ Es wurde darin die Behauptung aufgestellt, daß die Kaiserin hauptsächlich deshalb die Juden ausgewiesen habe, weil sie den christlichen Kaufleuten und Professionisten ein gedeihliches Fortkommen sichern wollte. Den Emigranten wird der Vorwurf gemacht, daß sie seit ihrem Auszug alle ihre Forderungen bei den Christen zur Gänze eingebracht, ihre christlichen Gläubiger aber zu Vergleichen auf 30, 20 ja sogar 10 Prozent genötigt haben. Ihre auch nach der Ausweisung fortgesetzte Handelstätigkeit, namentlich aber der Umstand, daß sie zu Schleuderpreisen verkauften, habe zur Folge gehabt, daß die Christen in Schulden geraten sind und ihre Waren nicht anbringen können. Solange es Juden im Lande geben werde, können keine Fabriken aufkommen, weil immer nur Import getrieben werde. Würden den christlichen Handelsleuten die Prager Judenhäuser um einen ermäßigten Preis gegen dreijährige Zahlungsfrist und unter Zu-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

billigung einer dreijährigen Kontributionsfreiheit übergeben werden, so wäre ihnen die Möglichkeit geboten, an deren Stelle industrielle Betriebe zu errichten und solche derart gewinnbringend zu gestalten, daß der Ausfall des jüdischen Steuerquantums bald wettgemacht würde. Es läßt sich vermuten, daß es dem Grafen Kolowrat unschwer gelungen ist, an der Hand des von ihm beigebrachten Materials und auf Grund seiner genauen Kenntnis der Sachlage die Ausführungen des nicht gerade mit viel Geschick stilisierten und begründeten Promemoria auf das richtige Maß zurückzuführen.

Auf den 21. März 1748 hatte Graf Gallas, welcher an Stelle des im Sommer zuvor verstorbenen Grafen Schaffgotsch die Geschäfte des Oberstburggrafen und Landtagsdirektors führte, eine Versammlung der Stände des Königreichs auf das königliche Schloß zu Prag einberufen, in welcher dieselben die Botschaft der Königin anhören sollten. In überaus zahlreich besuchter feierlicher Sitzung trug der bevollmächtigte Kommissär der Landesfürstin Graf Haugwitz die Postulate derselben den Ständen vor, in welchen einerseits die Erhöhung der Militärprästationen für das nächste Dezennium auf 4,616.156 fl. jährlich und andererseits die Einführung eines neuen Kontributionssystems sowie eine Reihe anderer Reformen in Verwaltung und Rechtspflege verlangt wurde. An der Hand seiner Instruktion und auf Grund der während seines vierwöchigen Aufenthaltes in Prag gesammelten Informationen erörterte er eingehend alle mit den königlichen Postulaten in Zusammenhang stehenden Fragen, darunter auch die der Prager Judenschaft, in welcher er sich mit Zustimmung der Versammlung auf den Standpunkt stellte, daß eine völlige Vertreibung sowohl der Prager als auch der Landesjudenschaft geeignet wäre, die Interessen des Landes und seiner Gesamtbevölkerung auf das empfindlichste zu schädigen. Seine Ausführungen schloß Graf Haugwitz mit der Bitte um Erwägung und Annahme seiner Vorschläge und fügte die Einladung der Königin hinzu, die Herren Stände mögen, sobald die prinzipielle Annahme der Postulate erfolgt sein werde, ihre Vertreter mit entsprechenden Vollmachten ans kaiserliche Hoflager entsenden, wo über alle näheren Modalitäten beraten und beschlossen werden könnte. Einige Tage später kehrte Graf Haugwitz nach Wien zurück.

In den darauf folgenden Beratungen stand die Judenfrage wiederholt zur Diskussion und nahezu einmütige Billigung fand die von Angehörigen aller vier Stände vertretene Ansicht, daß für den Fall der Bewilligung der königlichen Postulate zumindest die Rückkehr der bemittelten und tüchtigen Juden nach Prag gefördert werden musse, da ohne Inanspruchnahme ihrer Steuerkraft an die Beschaffung der gefor-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

derten Geldmittel nicht zu denken sei. Die Stände einigten sich endlich dahin, daß eine Erhöhung der Kontribution auf 4,200.000 fl. bewilligt werden könne, wenn neben anderen Bedingungen auch „die aus dem Königreich ausgebotene Judenschaft sowohl in die Prager Stadt wieder eingesetzt, als auch die Landesjuden noch weiters auf dem Land geduldet werden." Unter Umständen wollten sich die Stände mit der Rückkehr von wenigstens 500—600 der wohlhabendsten Judenfamilien zufrieden stellen. Zu Delegierten für die in Wien in Aussicht genommenen näheren Verhandlungen wählte der geistliche Stand den Erzbischof Moriz Gustav Grafen von Manderscheidt und als dessen Ersatzmann den Domherrn Dr. Andreas Kneissel, der Herrenstand den Landesunterkämmerer und Generallandeskriegskommissär Wenzel Kasimir Freiherrn Netolitzky von Eisenberg, der Ritterstand den Landrechtsbeisitzer und Burggrafen des Königgrätzer Kreises Joseph Joachim Wanczura von Rzehnitz, und die königlichen Städte den Primator der Prager Altstadt Johann Wenzel Weywoda von Stromberg. Am 17. April ließ Maria Theresia die ständischen Delegierten ersuchen, ihre Reise nach Wien sofort anzutreten, damit die Konferenzen noch vor ihrer auf Mitte Mai angesetzten Abreise nach Olmütz, wo sie die im Anmarsch befindlichen russischen Hilfstruppen inspizieren wollte, zum Abschluß gebracht werden können. Verschiedener noch zu erledigender Formalitäten wegen konnten dieselben jedoch erst am 29. April von Prag abreisen. Sie hätten aber noch länger verweilen können. Denn Graf Haugwitz hatte infolge einer Erkrankung seine für die Kaiserin bestimmten, nach Materien getrennten Berichte über die Ergebnisse seiner Verhandlungen in Prag nicht rechtzeitig vollenden können. Die Beratungen mit den Delegierten der böhmischen Stände mußten daher bis Ende Mai verschoben werden.

Den Bericht zu den Punkten 39 und 40 seiner Instruktion, betreffend die böhmische Judenfrage, vermochte jedoch Haugwitz schon am 9. Mai der Kaiserin vorzulegen. Er führt darin zunächst die in dem Promemoria der christlichen Handelsleute und Professionisten enthaltenen Klagen über die jüdische Konkurrenz an, bespricht dann eingehend das Gutachten der Ausweisungskommission vom 3. Jänner 1747, verweist kurz auf die Darlegungen der ihm „anderweitig beigebrachten so intitulierten Erläuterung" Korefs und gibt über das Ergebnis der ihm aufgetragenen Ermittlungen nachfolgenden Bescheid, der es verdient, hier im vollen Wortlaute wiedergegeben zu werden:

„Weilen aber", schreibt Graf Haugwitz, „Euer kaiser-königliche Majestät vigore clementissimae instructionis mir den allergnädigsten Befehl zu erteilen geruhet haben, daß eine Information, ob nach Ab-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schaffung derer Juden der Preis deren Waren zu Prag wirklich gestiegen seie, einholen und allerhöchst Deroselben den alleruntertänigsten Bericht, ob einige jüdische Familien und in was für einer Anzahl außer Prag beibehalten und wie hoch selbte in contribuendo beleget, dann auf was Weise die übrigen außer Landes gebracht werden könnten, erstatten solle, dannenhero habe auch diesem allerhöchsten Befehl nachzuleben und Euer kaiser königlichen Majestät die genuine Beschaffenheit pur allein nach der mir obliegenden Pflicht und Schuldigkeit, mithin ohne dem mindesten Vorurteil hiemit in Untertänigkeit zu eröffnen nicht ermangeln sollen:

Wasmaßen zwar nicht ohne, daß vorhin ein und anderen Pragerischen Handelsleuten und Professionisten durch die Judenschaft eine Verkürzung in ihrer Nahrung möge sein verursacht worden. Es ist aber auch mit denen oballegierten Originaluntersuchungs-Protocollis erwiesen worden, daß diese Beeinträchtigung einen gar geringen Teil der Bürgerschaft betreffe und daß dargegen die mehriste Prager Inwohnere und Professionisten die Zurückkunft deren Juden nachhei Prag sehr sehnlich wünschen, indeme es jedermann und außer denen Handelsleuten fast das ganze Königreich Böheimb contestieret, daß nach Abschaffung der Judenschaft die Waren insgesamt am Preis um ein Namhaftes gestiegen und bei allem deme die Prager Kaufleute blos allein nur Kramere zu nennen und keineswegs imstande wären, ein rechtschaffenes Negotium zu treiben, vielweniger aber eine Fabrique unterhalten zu können. Woraus dann weiter erhellet, daß deren Handelsleuten und Professionisten Beschwerde ganz und gar nicht fundiert, folgsamb umbsoweniger zu attendieren seie, als mittels eines anderwärtigen in materia commerciorum erstattenden Berichts bezeugen werde, daß ein Commercium einen großen Verlag erfordere, dieser aber die Kräften deren Prager Handelsleuten umb ein Weites übersteigen und also an denen Waren sich gar bald ein Abgang äußern, dann andurch dem Publico der größte Schaden und Nachteil erwachsen würde, welches doch zur Zeit, als die Juden noch zu Prag gewesen, niemalen geschehen und jedermann mit denen Waren und anderen Bedürftigkeiten hinlänglich versehen worden ist.

Gleichwie aber Eurer kaiser königliche Majestät den allerhöchsten Entschluß gefasset und selbsten auch mir mündlich allergnädigst zu vernehmen gegeben, als ob zu Retablierung der Judenschaft in Prag keine Hoffnung mehr übrig und solchemnach auf andere Wege und Mittel fürzudenken nötig wäre, also kommete es freilich darauf an, wohin öfters gedachte Judenschaft außer Prag verleget und eingeteilt und wie der übrige Teil außer Landes hinweggebracht werden könnte. Allein

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

wann auch hierzu einige und in specie die Städte Budweis, Pilsen, Czaslau, Kuttenberg, Leutmeritz und andere mehr in Vorschlag gebracht werden wollten, so ist doch ganz sicher und gewiß, daß diese Oerter zu Unterbringung derer Juden bei weitem nicht zureichen und also an deme sein würde, daß entweder neue Wohnhäuser für selbe erbauet oder aber selbst die Christen ihre Häuser denen Juden einräumen und käuflich überlassen oder aber wohl gar mit denenselben in einerlei Behausung zusammen wohnen müßten."

Nachdem er dargelegt, wie wenig wünschenswert es wäre, christliche Häuser auf dem Lande an Juden zu verkaufen, und nachdem er die Gefahren und Unzukömmlichkeiten geschildert, welche sich aus dem Zusammenleben von Christen und Juden für die christliche Bevölkerung in religiöser Hinsicht schon jetzt ergeben haben und in weit höherem Maße späterhin ergeben würden, führt Graf Haugwitz fort:

„So weit nun aber Euer kaiser-königliche Majestät allerhöchste Intention von Einnehmung der Judenschaft in die Stadt Prag bis anhero noch entfernt ist, so viele Beschwerlichkeiten sehen sich in anderen Fällen entgegen, nachdeme obangezeigtermaßen in denen Städten des Landes zu Unterbringung der Judenschaft kein genugsamber Platz übrig, die Erbauung neuer Häuser beschwerlich und die zeitherige Beisammenwohnung derer Juden mit denen Christen allzu gefährlich, auch in Zukunft keinerdings mehr zu gestatten und über dieses noch ganz sicher vorzusehen ist, daß wann es auch eine Möglichkeit wäre, die Judenschaft außer Prag in denen Städten unterzubringen, sodann der ganze Handel und Wandel aus der Stadt Prag auf jene Oerter, wo die Judenschaft befindlich, gezohen und die Klag deren Prager Professionisten noch mehrers vergrößert, diese Hauptstadt selbsten aber, welche doch große Contributiones zu tragen hat, in einen gänzlichen Verfall geraten, ja bei Entgehung des ganzen Commercii auch ihre ganze Würde und Ansehen verlieren, dargegen die Prager Judenstadt sich in einen Steinhaufen verwandeln und weder Euer kaiser-königlichen Majestät einen Nutzen, weder dem Lande für die demselben anheimb gefallene jüdische Contributionsresten einen Regreß verschaffen, umb so weniger aber hievon ein Haus sobald an Jemanden käuflich gelangen würde, als ohnedies fast die Hälfte deren Prager christlichen Häuser subhastieret und feilstehen, diese aber nicht verkaufet, mithin umbso beschwerlicher die an einem entlegenen Teil der Stadt situierte, dann eng und winkelhaft zusammengesetzte jüdische Häuser an Mann gebracht werden könnten."

In Anbetracht aller dieser Umstände sieht sich Graf Haugwitz genötigt, in gleicher Weise, wie dies schon von anderen Seiten gesche-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

hen, der Kaiserin zu empfehlen, ihren bisherigen undurchführbaren Standpunkt aufzugeben und zu gestatten, daß von der emigrierten Prager Judenschaft ungefähr 500—600 bemittelte Familien unter der Bedingung zurückkehren dürfen, daß eine jede die Verpflichtung übernehme, drei bis vier der ärmeren Familien auf ihre Unkosten aus dem Lande zu schaffen. Diese Art und Weise der Ausschaffung hätte nicht allein den Vorteil der Billigkeit für sich, sondern könnte in voller Ruhe und Ordnung durchgeführt werden. Andernfalls sei mit Grund zu befürchten, daß die Judenschaft, zur Verzweifelung getrieben, schwere Ausschreitungen begehen könnte. Sie einfach mit Waffengewalt über die Grenze zu treiben, gehe nicht an, denn dies müßte zu Verwicklungen mit den Nachbarstaaten führen.

Dieser Bericht des Grafen Haugwitz ließ der Kaiserin keinen Zweifel mehr übrig, daß sie sich zu weiterem Nachgeben werde entschließen müssen, wenn anders es ihr gelingen solle, die böhmischen Stände zu den verlangten Geldopfern zu bewegen. Denn es war klar, daß die Stände die Juden nicht allein im Lande zu behalten wünschten, sondern auch auf der Rückkehr der Prager Judenschaft in die Hauptstadt bestehen würden. Sie beschloß daher und sicher nicht leichten Herzens, Schritt für Schritt zurückzuweichen, sich jedoch jeden dieser Schritte durch weitere Opfer sowohl seitens der christlichen Bevölkerung des Königreichs als auch seitens der Juden selbst teuer bezahlen zu lassen. Dies sollte sich bald erweisen.

Am 7. Juni fand unter dem Vorsitze des Oberstkanzlers Grafen Harrach eine Sitzung statt, an welcher alle Delegierten der böhmischen Stände, der Vizekanzler Graf Korzensky, Graf Haugwitz und die Räte der Hofkanzlei Jordan und Kannengießer teilnehmen.[16]) In dieser Sitzung brachte Graf Haugwitz zunächst seinen oberwähnten Bericht über die Judensache zur Kenntnis. Er fand allgemeine Zustimmung. Hierauf teilte er mit, daß die Kaiserin mit Rücksicht auf die in Aussicht stehenden bedeutenden Militärausgaben sich gezwungen sehe, die böhmischen Stände um die Erhöhung der Praestationen pro aerario auf 5,270.488 fl. anzugehen. Die Delegierten erklärten, daß sie unter diesen Umständen die Verhandlungen abbrechen und neue Vollmachten einholen müssen. Sie reisten auch sofort ab und erstatteten am 15. Juni in einer zu diesem Zwecke auf die Prager Burg einberufenen Versammlung der Stände ihren Bericht. Sie erhielten die Vollmacht, dem Wunsche der Kaiserin in dem Maße Rechnung zu tragen, als sie ihre Nachgiebigkeit in der Judenfrage zeige. Am 30. Juni kehrten die Delegierten, nachdem sie zuvor noch die Bitte Korefs, sich der Judenschaft nach Kräften anzunehmen, entgegengenommen hatten, nach Wien

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zurück und überreichten zu Handen Maria Theresias in der Hofkanzlei eine „Remonstration", in welcher sie darauf hinwiesen, daß das angeforderte Kontributionsquantum ohne Zubilligung anderweitiger Erleichterungen fast unerschwinglich sei. Die Stände hätten sich die äußerste Mühe gegeben, solche Erleichterungen ausfindig zu machen, allein „es ist alles Nachdenken und Mühewaltung vergeblich gewesen und das Einzige, so noch übrig bleibete, ist, wann Ihro kaiserl. königliche Majestät, gleich wie die treugehorsambste Stände in ihrer untertänigsten Erklärung ehehin schon darauf angetragen haben, die Juden wiederumb nacher Prag recipiren und die Landesjudenschaft noch fernerhin gedulden und jenes Quantum so ein oder andere Judenschaft jährlich zu kontribuieren hätte, pro sublevamine des Ordinari- Kontribuenten zu füglicher Bestreitung des Domestici, deren Feuer- und Wetter- Damnifikationen und zu anderen derlei dem Ordinari-Kontribuenten aufliegenden Ausgaben mehr zuguten kommen zu lassen, allergnädigst geruhen wollten."[17])

Des weiteren führen die Delegierten nochmals alle jene schon sattsam bekannten Gründe an, welche für die Duldung der Juden in Prag und auf dem Lande sprechen, und um auch Maria Theresias religiöse Bedenken zu zerstreuen, erklären sie mit allem Nachdruck: „Nebst deme ist die Judenschaft jedannoch ein solches Volk, welches von denen meisten Nationen in der Welt toleriert wird, und die heiligen Väter Augustinus, Thomas und Bernardus wollen behaupten, daß deren Juden Geduldung der Ursachen halber nötig und von Gott so disponiert seie, damit sie als Zeugen von dem alten Testament und denen damaligen Prophezeiungen und göttlichen Wunderwerken unter uns Christen bleiben und nicht sonsten etwa das alte mit dem neuen Testament für Fabeln ausgegeben werden möge. Ja selbst der von Frömmigkeit und Religionseifer sehr berühmte Kaiser Ferdinandus secundus, obschon von ihm ein Gelübde gemacht zu sein geglaubet wird, alle Ketzer auszurotten, hat dennoch die Juden nicht allein beibehalten, sondern denenselben noch verschiedene namhafte Privilegia erteilet." Zum Schluße beantragten die Delegierten, die Kaiserin möge gestatten, daß wenigstens ungefähr 600 bemittelte Familien nach Prag zurückkehren, die mit einem angemessenen Steuerquantum zu belegen wären. Zwecks Verhinderung eines allzu zahlreichen Nachwuchses möge innerhalb einer jeden tolerierten Familie nur einem einzigen Sohne die Eheschließung im Inland gestattet werden. Mit der allmählichen Abschaffung der nichtgeduldeten Juden möge die Ausweisungskommission betraut werden.

Die weiteren Verhandlungen ergaben noch mancherlei Schwierigkeiten. Über ihr Steuerpostulat hinaus verlangte nun Maria Theresia

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

noch die Zustimmung der Stände zur Einführung des neuen Militärsystems ab 1. November 1748 und zur Errichtung der „Deputation", eines landesfürstlichen Amtes in Prag, das alle das Finanz-, Steuer-, Münz- und Bergwesen betreffenden Angelegenheiten unabhängig von der Statthalterei in ihrer bisherigen Gestalt, das heißt, ohne jegliche Ingerenz seitens der Stände, besorgen sollte. Als sie dies alles erlangt hatte, gab sie in der Judenfrage nach, jedoch auch jetzt noch in ihrer den Juden gegenüber beliebten Manier, die immer einen Vorbehalt machen und den Stachel der Härte und fortgesetzter Ungnade fühlen lassen mußte. „Nur allein", resolvierte sie am 14. Juli 1748, „weilen so inständigst die Länder es verlangen und ihre äußersten Kräfte anspannen, so will wegen der Juden, aber positive nicht länger als auf 10 Rezeßjahre, wo nachgehends es bei meiner vorigen Resolution sein Bleiben haben solle, accordieren." Darnach sollten also alle Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien auf weitere 10 Jahre geduldet werden und die Prager Juden in die böhmische Hauptstadt zurückkehren dürfen. Weiter verfügte sie, daß anstatt des bisher getragenen 45. Teiles aller Steuern die Juden in Böhmen, Mähren und Schlesien zusammen einen jährlichen Pauschalbetrag von 300.000 fl. zu leisten haben. Sollten sie sich dazu nicht verstehen wollen, so würden sie ohne weiteres abgeschafft und als einfache Kammerknechte behandelt werden, die mit dem Lande nichts zu tun, infolgedessen auch keinerlei Rechte haben sollten.

Die Prager Emigranten verfolgten inzwischen die Wiener Verhandlungen begreiflicherweise in gespanntester Erwartung. Denn nun sollte sich ihr Schicksal endgültig entscheiden. In Brandeis hatte der Landesoberrabbiner Isak Spira im Verein mit den Thoragelehrten Buß- und Bittgebete in den Synagogen angeordnet, damit Gott den harten Sinn der Kaiserin erweiche. Einige Führer der Juden hatten sich nach Wien begeben, um den Gang der Ereignisse aus der Nähe verfolgen und diesfalls ihre Glaubensgenossen daheim rasch und zuverlässig informieren zu können. So kam es, daß das Ergebnis der Verhandlungen in Wien den Emigranten in Brandeis bereits bekannt war, bevor noch Maria Theresia ihre Resolution auf dem Akte der Hofkanzlei niedergeschrieben hatte. Am 7. Juli, zwei Stunden nach Mitternacht brachte eine Stafette aus Wien dem Simon Wedeles in Brandeis die freudige Kunde, der sie sofort noch in der Nacht weitergab. Eigene Boten sorgten für ihre rasche Verbreitung in der ganzen Umgebung. Zwei Tage später langte ein ausführlicher Bericht der Vertreter in Wien ein, in welchem dieselben um Entsendung von Bevollmächtigten ersuchten, damit über die Höhe des den Juden zugedachten Steuerquantums mit den Behörden Verhandlungen gepflogen werden können. An demselben Tage

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

erhielt Salomon Koref vom Grafen Kolowrat die Verständigung über den Erfolg der jüdischen Sache in Wien und zugleich den Rat, die Entsendung von Bevollmächtigten raschestens zu bewirken, da sonst die mährischen und schlesischen Juden bei der Aufteilung der Steuer Vorteile gegenüber den böhmischen Juden erringen könnten. Die Wahl der Delegierten fand noch am gleichen Tage statt. Es gingen aus ihr Salomon Koref und Israel Fränkel hervor, welche mit entsprechenden Vollmachten versehen, am 14. Juli nach Wien abreisten. Ihnen gesellten sich dort noch der Landesjudenschaftsprimator Wolf Bresnitz und der ehemalige Vorsteher der Prager Gemeinde Abraham Preßburg bei, der schon zuvor in Wien im Interesse seiner Glaubensgenossen tätig gewesen war.[18])

Über die Höhe der Steuer war, bevor die böhmischen Delegierten eintrafen, die Entscheidung bereits gefallen. Es blieb daher nur die Entscheidung über die Frage übrig, wie der jährliche Steuerbetrag von 300.000 fl. auf die böhmische, mährische und schlesische Judenschaft aufzuteilen sei. Darüber entspann sich nun zwischen den Delegierten der drei Judenschaften ein scharfer Zwist. Nach dem Schlüssel, nach welchem bisher die Aufteilung der Gebühr für die Bewilligung der Einfuhr von Palmzweigen und Paradeisäpfeln stattgefunden hatte, hätte die böhmische $^{7}/_{12}$, die mährische $^{4}/_{12}$ und die schlesische Judenschaft $^{1}/_{12}$ der neuen Steuer tragen sollen. Dagegen wehrte sich die böhmische Judenschaft energisch mit der Behauptung, daß sie und speziell ihr nach Zahl und wirtschaftlicher Bedeutung wesentlichster Teil, die Prager Judengemeinde, in den letzten Jahren bei weitem mehr Schaden gelitten habe als die Mährer und Schlesier. Auf Antrag einer aus Vertretern der Hofkanzlei, der böhmischen und mährischen Stände bestehenden Kommission entschied die Kaiserin mit dem Reskripte vom 5. August 1748, daß die böhmische Judenschaft in den ersten fünf Rezeßjahren je 211.000 fl., in den weiteren fünf Jahren je 222.000 fl., die mährische in den ersten fünf Jahren abgesehen von den zu entrichtenden Einlaßgeldern in Brünn und Olmütz, jedoch mit Einschluß des an die Hofkanzlei zu zahlenden Toleranzgeldes von 6000 fl. — 87.000 fl., in den weiteren Jahren 76.700 fl., die schlesiche Judenschaft endlich alljährlich 1300 fl. zu leisten habe. An dem böhmischen Quantum sollte die Prager Judenschaft in den ersten fünf Jahren mit je 96.000, in den weiteren Jahren mit je 86.000 fl. beteiligt sein. Mißhelligkeiten und zwar mehr persönlicher Natur gab es übrigens auch unter den böhmischen Judendelegierten selbst. Koref und Fränkel wehrten dem Abraham Preßburger und Abraham Duschenes die Teilnahme an den Verhandlungen, weil sie sich angeblich während des Exils der Prager Judenschaft nicht entsprechend um sie gekümmert hätten.[19])

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Mit einem anderen Reskripte vom gleichen Tage gestattete die Kaisierin auf Bitten der Deputierten der böhmischen Judenschaft, daß 40—50 Juden, jedoch ohne Familien, unverweilt in die Prager Judenstadt eingelassen werden, damit sie darin selbst Wache halten und jeden weiteren Schaden an den Gebäuden verhindern können. Unter einem wurde auch im Wege des Hofkriegsrates das Militärkommando in Prag angewiesen, dieser Judenwache im Falle des Bedarfs Assistenz zu leisten. In der Erwägung jedoch, daß je eher die Juden ihren normalen Handelsbetrieb werden aufnehmen können, desto rascher und ausgiebiger auch wieder ihre Steuergelder fließen werden, ordnete Maria Theresia schon am folgenden Tage weiter an, die ganze Judenschaft „je ehender, je besser wieder einzulassen, damit dieselbe zu Einrichtung ihrer ruinierten Häuser, einfolglich auch zu Treibung ihres Gewerbes die vorläufige Veranstaltung machen, hiedurch aber sich in die Vermögenheit setzen könne, das auf jeden entfallende Praestationsquantum gleich mit oder vor Anfang des nächstkünftigen Militärjahres richtig und punktual abzuführen." Am 23. August folgte ein weiteres Dekret, welches die Erlaubnis, die Juden in die Stadt „je ehender je besser einzulassen", wiederholte und die Statthalterei ermächtigte, sich nicht an eine bestimmte Anzahl von Familien zu binden, sondern nur darauf zu sehen, daß nicht solche Leute Aufnahme finden, die gar keine Steuer zahlen können und ihren eigenen Glaubensgenossen zur Last fallen.

Am 9. August fanden sich in Prag 36 Vertreter der Judenschaft ein, welche in einer zu diesem Zwecke veranstalteten Versammlung beschlossen, auf die Dauer von drei Jahren ein jüdisches Schiedsgericht zur Regelung aller etwa aus den schon früher außerordentlich komplizierten und seit der Emigration noch mehr verwirrten Realbesitzverhältnissen entstehenden Streitigkeiten und strittigen Erbschaftssachen nach in der Verbannung verstorbenen Gemeindemitgliedern zu bilden, um die Verhandlung solcher Angelegenheiten vor christlichen Gerichten zu vermeiden. Wechselprozesse sollten jedoch ausgeschlossen bleiben. Alle jene, welche durch ihre Unterschrift der Vereinbarung über dieses Schiedsgericht beitreten würden, hätten sich seinem Spruche bei einer Geldbuße von 50 Talern zu unterwerfen.[20])

Einige Tage später, am 14. August, zog eine 40 Mann starke Judenschar in Prag ein, welcher vom Stadthauptmann und dem Militärkommando die Wache in der Judenstadt übergeben wurde. Was sie zu bewachen hatte, war eine Ruinenstadt. Einige Häuser lagen in Schutt, andere waren dem Einsturz nahe. Unversehrt war kein einziges Gebäude. Überall klafften leere Tür- und Fensteröffnungen, Türpfosten,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Fensterrahmen, Balken, hölzerne Treppen, Öfen, nahezu alle Eisenbestandteile fehlten. Furchtbar war der Zustand der Synagogen. Am ärgsten hatten die Räuber und Zerstörer in der Altneuschule gehaust. Die dort verborgen gewesenen Bücher waren verschwunden. Der Almemor war gänzlich zerstört, die ihn umgebenden Marmorplatten und alle Eisengitter entwendet, ebenso die Türen der heiligen Lade und die zu ihr führenden Stufen und die Betpulte. Lediglich das steinerne Dach war der Zerstörungswut entgangen. Alles in allem ein Anblick, der tiefste Betrübnis hervorrufen mußte.[21])

Unterdessen schickten sich die Emigranten auf dem Lande zur Heimkehr an. Mit Rücksicht auf den schlechten Bauzustand der Judenhäuser hielt es aber die Statthalterei für angezeigt, keinen Masseneinzug zu gestatten. Am 27. August wurden die ersten Familien und zwar 101, die besonders ausgesucht worden waren, in die Stadt eingelassen. Gleichzeitig bestellte die Statthalterei Abraham Duschenes, Salomon Koref, Samuel Levi und David Fränkel zu provisorischen Gemeindevorstehern und trug ihnen auf, dafür zu sorgen, daß ein jeder in die Stadt einziehende Jude eine auf vorgedrucktem Formular ausgefertigte Konsignation aller Angehörigen seines Hausstandes mitbringe. Diese Verzeichnisse hatte Duschenes zu sammeln und der Ausweisungskommission vorzulegen. Von da an wurden Tag für Tag 30—50 Familien aufgenommen, sodaß um die Mitte September bereits einige hundert Familien wieder in der Heimat waren. Die Heimkehrer begannen, unterstützt von einer Menge christlicher Arbeiter und Handwerker, sofort mit der Herstellung ihrer Häuser und Wohnungen. Schutt und Unrat wurden hinweggeführt, Baumaterial wurde herbeigeschafft und gemauert und gezimmert wurde vom frühen Morgen bis in die Nacht. Am 25. September war der Einzug der Judenschaft im großen und ganzen beendet. An diesem Tage wurde ihr der Tandelmarkt wieder übergeben, welchen einige Tage zuvor die christlichen Handelsleute über behördlichen Befehl geräumt hatten.[22]- Und ebenso wie hier kam auch in der Judenstadt selbst das altgewohnte Leben und Treiben bald wieder in vollen Gang.

Anmerkungen.

[1]) J. Bergl, „Die Ausweisung der Juden aus Prag im Jahre 1744" (Die Juden in Prag, 1926).

[2]) Die vorliegenden Ausführungen beruhen nahezu ganz auf den Amtsakten der Böhm. Hofkanzlei, der Böhm. Statthalterei und der Judenausweisungskommission, welche im Archiv des Ministeriums des Innern in Prag unter den Bezeichnungen: Hofkanzlei IV. T 1 und A. M. — J 4/1 erliegen. Ausnahmen sind an zuständiger Stelle zitiert. Von Druckwerken habe ich vor allem G. Wolfs Aufsatz „Die Vertreibung der Juden aus Böhmen im

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

J. 1744" (Jahrbuch für Geschichte der Juden und des Judentums, 1862), soweit es zweckdienlich erschien, zur Kontrolle benützt. Wertvolle und verläßliche Daten für die letzte Zeit des Exils bot S. H. Lieben, Handschriftliches zur Geschichte der Juden in Prag in den Jahren 1744—1754 (Sonderabdruck aus dem Jahrbuch der jüd. liter. Gesellschaft, 1904). Das in der sonstigen Literatur (vgl. den unter [1]) zitierten Aufsatz) über das jüdische Exil von 1745—48 verstreute Nachrichtenmaterial gewährte im wesentlichen nichts von Belang, worüber ich mich nicht aus den Originalakten hätte ebenso gut informieren können.

[3]) In den Akten besteht kein Anhaltspunkt dafür, daß nach dem 30. Juni 1745 noch Juden ins Ausland abgewandert wären.

[4]) Über die holländische Intervention zu Gunsten der Juden siehe: David Kaufmann, Barthold Dowe Burmania und die Vertreibung der Juden aus Böhmen (Jubelschrift zum 70. Geburtstag des Prof. Dr. H. Graetz, Breslau 1887) S. 299 ff. Über die dänische Intervention: D. Simonsen, Dänemark und die Juden in Prag 1745 (Festschrift Adolf Schwarz zum 70. Geburtstage S. 509 ff; von J. Rokycana ins Tschechische übersetzt im Ceskožidovský kalendář 1928/29, S. 133.) Der Umfang der fremden Interventionen und ihr Einfluß auf das Schicksal der Ausgewiesenen ist noch wenig geklärt. Es wäre zweifellos eine überaus dankbare, wenn auch reichlich mühevolle Aufgabe, in diese Frage endlich volles Licht zu bringen. Soweit die Wiener und Prager Archivakten erkennen lassen, haben diese Interventionen kaum irgendwelchen Einfluß auf die Entschließungen Maria Theresias gehabt. — Herrn Bibliothekar Dr. Jakobowitz danke ich bestens für die mir in dieser Hinsicht gebotenen Literaturnachweise.

[5]) Aus diesem Anlasse ließen die holländischen Judengemeinden eine prächtige Denkmünze prägen. Nach Chr. d'Elvert, Zur Geschichte der Juden in Mähren und Schlesien (Schriften der histor. statist. Sektion, XXX. Bd. S. 192) ist dieselbe zuerst beschrieben und abgebildet in „Schau- und Denkmünzen, welche unter der glorwürdigen Regierung der K. K. Maria Theresia geprägt worden sind", Wien 1785, dann in Voigt, „Beschreibung der böhmischen Münzen" IV. T., Festschrift Adolf Schwarz S. 509 und neuestens im Ceskožidovský kalendář 1928/29, S. 144. Erläuternde Aufsätze darüber im „Hesperus" 1816, S. 270 und 1817, S. 142, Ceskožidovský kalendář 1928/29: Dr. V. Katz, Medaile na vypovězení židů z Prahy roku 1744, S. 143.

[6]) J. C. A. Rohn, Grave principium regiminis... Mariae Theresiae etc. (Handschrift der Universitätsbibliothek in Prag, Sig. VII. A 15) fol. 145.

[7]) Die übrigen Mitglieder der Ausweisungskommission waren: Franz Graf Buquoy, Johann Graf Breda, Franz Leopold Hennet, Franz Ignaz Textor, Joseph von Gamsenfels, Wilhelm von Krauseneck.

[8]) Die Behauptung G. Wolfs, l. c. S. 169, daß von den Juden ein Lösegeld von zwei Millionen verlangt worden sei, entspricht nicht den Tatsachen. Der von ihnen zur Ausrüstung der Landmiliz verlangte Betrag ist mit $\frac{m}{2}$ = 2000 fl. angegeben. Das Mille-Zeichen hat Wolf irrtümlich als Million gelesen.

[9]) Das Schreiben vom 29. März 1746 haben außer Salomon Koref unterzeichnet: Abraham Duschenes, Abraham Preßburg, Löbl Abeles, Arje Fanta, Seelig Thein, Löbl Foges, Sina Fauwers, Sinicha Popper, Zacharias Kassowitz, Amschel Gumpert, Joachim Toderles, David Bischitzky, Wolf Reinach, Moyses Taussik, Fertl Mißleff, Jakob Ausch, Salman Bondi, Abraham Asser.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[10]) Als jüdische Vorgestellte unterzeichnen: Salomon Koref, David Simon Fränkl, Arje Fanta. Effraim Jütteles, Herschl Löbl Wiener, Löbl Kassowitz, Samuel Simles, Mayer Fischl Buntzel.

[10a]) Staatsarchiv Wien, A. K. A. fsc. 25 (mitgeteilt von H. Dr. J. Prokeš).

[11]) Die Angabe G. Wolfs, l. c. S. 205, daß die Juden erst seit dem Beginne des Jahres 1747 einen ausgiebigeren Gebrauch von den Einlaßscheinen in die Stadt gemacht hätten, ist, wie aus den bisherigen Ausführungen ersichtlich ist, irrig.

[12]) S. H. Lieben, Handschriftliches zur Geschichte der Juden in Prag von 1744—1745, SD. S. 16, Anm. und a. O.

[13]) Rohn, l. c., fol. 149 und a. O.

[14]) Die Mission des Grafen Haugwitz und die damit zusammenhängenden Fragen bespricht ausführlich J. Pekař, České katastry 1654—1789, in Č. Č. H. XX, 1914, S. 20 ff.

[15]) S. H. Lieben, l. c., S. 17.

[16]) G. Wolf, l. c., S. 242 und a. O.

[17]) Ebenda, S. 252 ff.

[18]) S. H. Lieben, l. c., S. 19.

[19]) G. Wolf, l. c., S. 219, S. H. Lieben, l. c., S. 20 und a. O.

[20]) S. H. Lieben, l. c., S. 22.

[21]) Ebenda, S. 31 und a. O.

[22]) J. C. A. Rohn, l. c., fol. 149.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Jüdisches Gemeindeleben in Kolin (1763—1768).

Von Dr. Tobias Jakobovits (Prag).

Die nachfolgende Darstellung beruht auf einer Handschrift[1]) der Bibliothek der israelitischen Kultusgemeinde in Prag und auf dem einschlägigen Aktenmaterial in den Archiven des čsl. Ministerium des Innern[2]) und des Nationalmuseums[3]) in Prag. Ich erlaube mir, den Herren Beamten der beiden Archive für ihr freundliches Entgegenkommen meinen besten Dank auszusprechen.

I. Der Gemeindevorstand.

Die Judengemeinde in Kolin ob der Elbe (in den Akten steht ausschließlich Neu-Kollin) war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine der größten unter den Landgemeinden in Böhmen.[4]) Sie zählte an 200 steuerzahlende Gemeindemitglieder, Kontribuenten genannt, daneben gab es nicht wenige, die zur Zahlung von ordentlichen Steuern nicht herangezogen werden konnten. Die Koliner Judengemeinde besaß eine weitgehende Autonomie, sie hatte einen Ortsrabbiner, der gleichzeitig Rabbiner des Kaurimer Kreises war,[5]) die Verwaltung der Gemeinde führte der Vorstand, der auch „Senat" oder „die Ältesten" genannt wurde. Er setzte sich aus neun Mitgliedern zusammen: 1 Primator. 4 Älteste[6]) und 4 Gemeindeälteste.[7]) Die Bezeichnung im Hebräischen für den Gesamtvorstand ist Keziné Kahal (die Vornehmen der Gemeinde). Die Ältesten sind die Roschê Hakahal (die Häupter oder Spitzen der Gemeinde) mit der Ehrenbezeichnung, die nebst dem Rabbititel dem Namen stets vorausgesetzt wurde, Haaluf Wehakozin (der Fürst und der Vornehme), die Gemeindeältesten sind die Tubê Hakahal (die Guten oder Besten der Gemeinde) mit der Ehrenbezeichnung Hakozin (der Vornehme). Diesem äußeren Unterschied in der Bezeichnung der Ältesten und Gemeindeältesten entspricht es auch, daß in jedem Monat ein anderer der Ältesten, einschließlich des Primators, der Reihenfolge nach das Amt eines Monatshalters versah, der den Vorsitz bei allen Sitzungen und Verhandlungen führte und in Allem die Entscheidungen traf, während die Gemeinde-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ältesten nicht berechtigt waren, das Amt eines Monatshalters zu versehen. Die Stellung des Primators kam hauptsächlich nach Außen hin zur Geltung, indem er durch seine Persönlichkeit den Vorstand und die Gemeinde repräsentierte; überdies waren mit der Primator-Stelle verschiedene Ehrenämter verbunden, wie z. B. war er Oberkassier, der das ganze Gemeindegeld in Verwahrung hatte. Innerhalb des Vorstandes jedoch war er den Ältesten nur gleichberechtigt. Ein Gubernialerlaß vom 30./X. 1758 besagt, daß der Primator, ab exemplo der Prager Judenschaft, nicht privative, sondern nur gemeinsam mit den Ältesten Recht sprechen darf, wobei er nur ein einziges Votum habe, nur als Monatshalter ist er befugt nach Anhörung der Meinungen den per maiora zu fassenden Beschluß auszusprechen. Die „Ältesten" mußten in ihrem Amte vom Gubernium in Prag bestätigt werden, ihre Amtsführung unterlag der behördlichen Kontrolle, für die gewissenhafte Ausführung ihrer Obliegenheiten mußten sie sich durch Ablegung eines Eides verpflichten. Die Ältesten übten über alle jüdische Institutionen in der Gemeinde eine Oberaufsicht aus. Ihre Tätigkeit erstreckte sich nicht nur auf finanzielle und religiöse Gebiete, sie hatten auch eine eigene Gerichtsbarkeit über alle internen Personalangelegenheiten mit Ausnahme von Kriminalsachen. Sie verfügten über ein eigenes Gefängnis und konnten auch Freiheitsstrafen verhängen. Zur Durchführung ihrer Anordnungen konnten sie die staatliche Behörde, ja sogar die Militärgewalt in Anspruch nehmen. Berufungen gegen die Entscheidungen des Ältestengerichtes kamen an das Koliner Richteramt als die 2. Instanz, dann an die Appellationskammer in Prag als die 3. Instanz; bei außergerichtlichen Angelegenheiten war das Gubernium als 3. Instanz zuständig.

Nachdem wir die Befugnisse der Ältesten kennen gelernt haben, wollen wir auch ihre Namen kennen lernen.

Rabbiner von Kolin und des Kauř. Kreises war vom Jahre 1747—1781 der in der jüdischen Literatur bekannte Jakob, Sohn des Pinkas Illowy[8]) aus Ung.-Brod.

Primator: Saudek Jakob,[9]) auch Jakob Saudek.

Älteste:

1. David Moses Brodetz oder David Goldschmidt.
2. Rafael Blattau (Platta).
3. Löbl Hersch.
4. Samuel Hersch Levi.[10])

Gemeindeälteste:

1. Löbl Beer.
2. Abraham Jakob Pollaczek oder Košerak.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

3. Fischl Bunzel.

4. Samuel Konitz.[11])

Im Jahre 1766 resignierte Samuel Konitz als Gemeindeältester, für die Stelle schlugen die Ältesten dem Gubernium, wie üblich, drei Personen vor: 1. Bezalel Joseph Saudek, 2. Pinkas Nathan Levi, 3. Selke Dupodle. Das Gubernium bestimmte den Pinkas Nathan Levi[12]) als 4. Gemeindeältesten.

Die Ältesten hatten zwei beeidete Schreiber, die gleichzeitig Schulklopfer waren, Moses Löbl Würzburger und Moses Salomon Flammerschein.[13])

Als Approbant fungierte der vormalige Primator Joseph Joachim Saudek. Er wurde in Anerkennung seiner Dienste, die er 13 Jahre lang als Ältester und Primator der Gemeinde geleistet hatte, am 31. X. 1763 vom Gubernium zum Approbanten ernannt, „da er bei der Renovation (Vorstandswahl) leer ausging".

Die interessanteste Gestalt ist der Primator Saudek Jakob. Als reichster Mannn der Koliner Judenschaft hatte er daselbst großen Einfluß, und als Darlehenskassier genoß er Vertrauen und Ansehen bei den Gemeindemitgliedern. Er war ein Mann von fester Willenskraft, der in seiner Überzeugung sich nicht beirren und aus seiner Stellung nicht leicht verdrängen ließ. Aber seine vielen und weiten Geschäftsreisen, die ihn lange von Kolin fernehielten, daneben auch persönliche Differenzen mit einigen Mitgliedern des Vorstandes beeinträchtigten seine Amtsführung. Zu diesen persönlichen Differenzen kam noch, daß der Vorstand in sozialer und geistiger Hinsicht kein einheitliches Gebilde war; daher gab es oft im Vorstande Meinungsverschiedenheiten und Reibungen, die erst durch das Machtwort des Guberniums geschlichtet, aber nicht aus der Welt geschafft wurden. Ein Beispiel hiefür bietet die Eingabe von Rafael Blattau und Löbl Hersch als Ältesten, Samuel Konitz und Löbl Beer als Gemeindeältesten an das Gubernium vom 2. I. 1764: es möge die Competenz des Primators gemäß dem zitierten Erlasse vom Jahre 1758, ebenso die Competenz der Beisitzer (= Gemeindeältesten), die sich, wie bei der Prager Judenschaft[14]) nur auf die Mitwirkung bei den Entscheidungen in den Gerichtsverhandlungen (in Judizialsachen), keineswegs aber auf die Teilnahme an den Wirtschaftssessionen (-sitzungen) der Gemeinde erstreckt, erneut in der Koliner Gemeinde feststellen. Zur Begründung führen sie an, daß der „vor anderhalbjahren gewählte, unbeliebte und eigensinnige Beisitzer[15]) Samuel Hersch Levi" und der „neuerwählte, ungelehrte, untüchtige, keines Geheimnisses fähigen Fischl Bunzel" im Vorstande Unstimmigkeiten verursachten und die Einhelligkeit untergraben. Fischl Bunzel habe überdies durch „Ausplaudern der gefaßten Sessional-Be-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schlüsse Mißverständnis und Verbitterung unter den Individuen gegen den vorgesetzten Vorstand hervorgerufen." Das Gubernium gab diesem Ansuchen statt,[16]) verwies aber mit Nachdruck darauf, daß „die Oberaufsicht in judicialibus der Appellationskammer allein anberaumt bleibt." Damit sollten die vier Ältesten an die Grenzen ihrer Befugnisse erinnert werden. Die Gemeindeältesten haben sich de facto weiterhin an allen Sitzungen beteiligt, ebenso wie die Unstimmigkeiten mit diesen Personen anderen Platz gemacht haben. Der Approbant Joseph Saudek sah sich wiederum genötigt eine Beschwerde gegen den Gemeindevorstand einzubringen, weil sich dieser weigerte, ihm in die Wirtschaftsgebahrung Einsicht nehmen zu lassen, und die Rechnungen vorzulegen. In der Antwort des Guberniums vom 5. IV. 1764 wurde der Vorstand verpflichtet, den Approbanten über die Verwendung aller Gelder zu unterrichten und ihm die Rechnungen zur Überprüfung vorzulegen. Durch solche Zwistigkeiten innerhalb des Vorstandes wurde die Gemeinde auch in ihrer Wirtschaft geschädigt.

Der Vorstand besaß bis zu Ende seiner Amtszeit trotz der vielfachen Wechselfälle Autorität in seiner Rechtssprechung und bildete bei den Gerichtsverhandlungen eine geschlossene Einheit. Wie die vielen Protokolle des Monathalterbuches[17]) beweisen, wurde das Urteil des Ältestengerichtes von allen Schichten der jüdischen Bevölkerung gerne angerufen. Nur wenige ließen ihre Prozesse durch den Magistrat in Kolin oder über Auftrag des Guberniums durch die Deputierten der Landesjudenschaft entscheiden. Neben Ehe- und Erbschaftsangelegenheiten, Ehrenbeleidigungsklagen und geschäftlichen Streitigkeiten wurde hauptsächlich über Schuldfoderungen verhandelt. Alle Verhandlungen der Ältesten sind unter Angabe des jeweiligen Monatshalters im Monatshalterbuch genau protokolliert und zum größten Teile von den anwesenden Vorstandsmitgliedern unterschrieben worden. Der Monatshalter hat aber auch oft allein Urteile gefällt. Wenn auch die Ältesten in der rabbinischen Wissenschaft bewandert waren, haben sie doch bei einem Prozesse, der ins talmudische Recht einschlug, den Ortsrabbiner zu ihren Verhandlungen zugezogen,[18]) der auch stets das Urteil durch seine Namensunterzeichnung im Monatshalterbuch bekräftigte.

II. Die Kontribution.

Die finanzielle Lage der Judenschaft in Kolin von 1763—1768 gestaltete sich sehr schwierig. Die Wirkungen des siebenjährigen Krieges machten sich fühlbar, der Handel lag darnieder, die Erwerbsmöglichkeit durch Pachtungen (Tabak, Wolle, Wald u. a.) war beschränkt, die Ausgaben aber waren infolge der herrschenden Teuerung gestiegen,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die drückenden Steuern kaum zu erschwingen. Unter solchen Verhältnissen hatte auch der Gemeindevorstand Schwierigkeiten, die großen Summen für die Kontribution hereinzubringen, ganz besonders da noch eine alte Darlehensschuld beglichen werden mußte. Eine gerechte Aufteilung der Lasten und eine ordnungsgemäß durchgeführte Einhebung der Gelder war notwendig. Die Kontributionslast drückte aber nicht die Koliner Juden allein, alle Juden Böhmens hatten schwer zu tragen. Nach der Rückkehr der Juden nach Prag mußten die Juden Böhmens in den ersten 5 Jahren (von 1748 an) 211.000 fl. in den weiteren 222.000 fl. jährlich dem Staate bezahlen.[19]) Von dieser Summe entfielen auf die Juden in Böhmen außerhalb Prag in den Jahren 1765—67 je 122.450 fl., in den Jahren 1768—70 je 122.750 fl., ob die Juden Prags tatsächlich den Restbetrag zahlten, konnte ich nicht eruieren. Die Aufteilung dieser Kontribution auf die Landjuden wurde nach einem von den Delegierten und Beisitzern der Landesjudenschaft, kurz Landesjudenschaft genannt, festgesetzten System durchgeführt. Da die Landesjudenschaft, die mehr als 150 Jahre ein bedeutsamer Faktor der böhmischen Judenheit war, im folgenden öfter erwähnt wird, über diese Institution jedoch in der jüdischen Literatur sehr wenig zu finden ist, seien hier einige Worte eingeschaltet.

Jahrhunderte hindurch waren die Prager Judenältesten die Vertreter der gesamten Judenschaft in Böhmen; erst um die Mitte des 17. Jahrhunderts erfolgte zum Zwecke der Steuereintreibung die Einführung der Delegierten und Beisitzer der Landesjudenschaft. Eine „Polizeiordnung der Landesjudenschaft" vom 2. II. 1659,[20]) die älteste von uns bisher festgestellte Urkunde über die Landesjudenschaft, gibt uns über die Anzahl[21]) und die Befugnisse der Vertreter, sowie über die Entlohnung, das Wahlsystem und über die Steueranlage dieser Organisation Aufschluß. Sie besagt uns, daß sie infolge eines Vergleiches mit der Prager Judenschaft, der bis 1661 geschlossen wurde und dann erneuert werden sollte, zustande gekommen ist. Eine neue Polizeiordnung wurde in Kassowitz am 29. VII. 1669 verfaßt, die im Wesentlichen mit der früheren übereinstimmt. Diese ist in hebräischer und deutscher Sprache vorhanden.[22]) Am 12. IV. 1663 erhielt der Landesdeputierte Jakob Aron[23]) aus Lichtenstadt einen Schutzbrief, wodurch ihm gestattet wurde, ohne Gefährdung seiner Person, auch an Sonn- und christlichen Feiertagen ausschließlich für die Kontribution auf dem Lande Wege zu unternehmen. Ebenso erhält der am 24. IX. 1669 ernannte Seckel Aron Grotte[24]) „Landesjudenschafts Sollicitator (Rechtsvertreter) und Präger Jud" samt seinem Diener am 30. X. 1671 einen Schutzbrief. Am 3. VII. 1673 wurde ein „Patent an die Deputierten und Beysitzer der Landesjudenschaft" für 7 „ordentlich gewählte

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Deputierte" erteilt. 1. Abraham Aron,[25]) Fürstl. Niedersachs. Hofjude und „geschwohrener" Landesdeputierter, 2. Stiasny Süßkind von Jung Bunzel, 3. Elya Rödisch von Münchengraetz, 4. Elias Götzel von Lochowitz, 5. Berl Lazarus von Tabor,[26]) 6. Isak Sekele von Schüttenhofen, 7. Wolf Spin von Raudnitz. Dies sind, soviel bis jetzt bekannt ist, die ersten Vertreter der Landesjudenschaft. Nach den am 16. VI. 1693 in Brandeis verfaßten Statuten der Landesjudenschaft gab es 5 Delegierte, deren erster Primas oder Primator[27]) genannt wurde, der aber „keine mehrere Gewalt noch Praeminenz" als die „nachgehenden" vier hatte, und 5 Beisitzer. Da außer der Repartition die übrigen Gemeinschaftsangelegenheiten durchzuführen waren, die Vertreter aber nicht allezeit nach Prag kommen konnten, wurde ein bezahlter Sollizitator, der ständig in Prag verbleiben sollte, aufgenommen. Für diesen Zweck erwarb die Landesjudenschaft in Prag 1693 ein Zimmer, 1712 ein Teilhaus und 1732 ein ganzes Haus.[28]) Später wählte die Judenschaft in jedem der zwölf Kreise, in die Böhmen eingeteilt war (Kreis Bechin, Beraun, Bunzlau. Chrudim, Časlau, Kauřim, Königgrätz, Leitmeritz, Saaz, Pilsen, Prachin und Rakonitz) in die Landesjudenschaft einen Vertreter, die teils Delegierte, teils Beisitzer waren. Primator zu dieser Zeit war der Deputierte des Pilsner Kreises Falk Lederer. Auf einem Koliner Aktenstück vom 12. II. 1767 sind folgende Vertreter der Landesjudenschaft unterschrieben. Falk Lederer Radnitzer, Wolf Popper Březnitzer, Pinc us Samson Polnauer. Joachim Cantor, Jacob Kohn, David Marcus Horotitz, Jonas Löbl Budweiser, Salomon Altschul Cepper, Herschl Bezno, Nathan Arnstein Wotitzer, Simon Wolf Liebnauer. Am 12. XI. 1767 ist an Stelle des verstorbenen Wolf Popper sein Sohn Joachim Popper unterschrieben. Sollizitator der Landesjudenschaft war Jontof Bunzel[29]) aus Prag, Landschreiber seit 1763 Israel Popper und Landesjüdischer Kassier war Ignatz Finger.

Die Landesjudenschaft hatte ihren Sitz in Prag,[30]) ihre Agenda umfaßte alle das Leben des Einzelnen und der Gemeinden betreffende Angelegenheiten, wie Steuer-, Heirats-, Rechts-, Religions-, Beamten- und Wirtschaftssachen. Diese sind ihr vom Landes-Gubernium in Prag zur Untersuchung, Berichterstattung oder Begutachtung jeweilig zugewiesen worden, die Entscheidung in allen diesen Fragen hat immer nur das Gubernium selbst getroffen. Obwohl das Gubernium eine eigene „in Judensachen allergnädigst aufgestellte Kommission", die sogenannte „Judenkommission", hatte, wurden dennoch alle Judensachen der Landesjudenschaft zur Berichterstattung übergeben, weil die Judenkommission die hebräische Schrift, welche die Juden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

gebrauchten, nicht lesen und auch die Sprache und das Wesen der Juden nicht recht verstehen konnte. Es mutet eigenartig an, wenn in deutschen Gesuchen an das Gubernium, ja sogar an die Kaiserin, der Gemeindevorstand in hebräischer Schrift unterfertigt ist. Die Hauptaufgabe der Landesjudenschaft war die Verteilung der Kontribution durchzuführen, sie erfolgte nach ihrer eigenen „Kontributionsverfassung". Die Kontributionsanlage, die alle drei Jahre erfolgte, wurde stets von gewählten oder durch das Los bestimmte Anlegern (in den Akten steht immer „Anläger") in Berücksichtigung aller gegebenen Wirtschaftmomente festgesetzt. Zuerst bestimmten die Vertreter der Gemeinden in den einzelnen Kreisen je 3 Kreisanleger, diese 36 Kreisanleger nebst den Landesdeputierten und Kreiseinnehmern[31] kamen jedes dritte Jahr in Smichow zusammen, wo auch die Prager Vertreter erschienen. Nachdem die Quote für Prag und für das böhmische Land bestimmt war,[32]) erfolgte die Verteilung der Kontribution auf die einzelnen Kreise. Nun erst konnten die bereits bei den Zusammenkünften erwogenen Kreisanlagen für die einzelnen Gemeinden gemacht werden. Die Kreisanlagen wurden dann dem Gubernium zur Bestätigung vorgelegt, hatten diese die Sanktion erhalten, so stand nichts mehr im Wege, daß auch die Gemeinden ihre Anlage ebenfalls durch Anleger durchführen lassen konnten.

Die Koliner Gemeinde, zum Kaurimer Kreis gehörig, wurde stets vom Kauř. Kreisamt aufgefordert, nach Böhm. Brod drei Vertreter zu schicken,[32]) woselbst 3 Kreisanleger gewählt wurden, die mit Direktiven versehen an der Repartition in Smichow teilnahmen. Die Wahl der drei Vertreter für Böhm. Brod erfolgte in Kolin in der Weise, daß jeder Kontribuent seine Stimme für drei Personen, zumeist aus dem Vorstande, protokollarisch abgab. Wer die meisten Stimmen auf sich vereinigte, war gewählt, manchesmal stimmte der eine oder der andere für sich selbst. Gleichzeitig wurden zwei oder drei Delegierte für Smichow gewählt, die nötigenfalls die Interessen der Koliner Gemeinde bei der Subrepartition vertreten sollten. Nachdem die Kontributionsquote für Kolin bestimmt worden war, wurden stets unter Aufsicht des Koliner Notars Johann Ign. Jindra und seines Adjunkten Josef Kratochwill drei Anleger und zwei Zutreter (Ersatzmänner) durch das Los gewählt, wobei die Ältesten Einfluß übten, wessen Namen von den Kontribuenten in den Lostopf gelegt werden sollte. Nach Ablegung eines Eides wurden die Anleger zur Wahrung des Geheimnisses „nach uralten Brauch" in ein christliches Haus eingesperrt und nahmen die Subrepartition vor.[33]) Die Neuanlage wurde in der Synagoge verlautbart; jedem stand es frei, gegen den ihm bestimmten Anteil eine Beschwerde einzubringen, wobei der Instanzenweg eingehalten werden

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mußte. Manche Koliner wandten sich gleich an die dritte Instanz, was oft eine Strafandrohung zur Folge hatte. Die Festsetzung der Kontributionsquote für die Gemeindemitglieder war nicht nur in Kolin, sondern in ganz Böhmen der Anlaß zu Streitigkeiten. Die Anleger wurden stets beschuldigt, ihre eigenen Interssen und die ihrer Familie und Freunde zu wahren, und wurden oft bedroht. Das Gubernium sah sich deshalb genötigt, für ganz Böhmen am 26. I. 1766 ein Verbot herauszugeben, „damit die Kontributionsanleger nicht beschimpft und geflucht werden sollen."

Tumulte und Schlägereien ereigneten sich in Kolin im Jänner 1765, als die neue Kontributionsverteilung durch die Anleger vorgenommen wurde. Die Aufgabe der Anleger war eine schwere, da von den 11.878 fl., die der ganze Kaur. Kreis zu zahlen hatte, Kolin allein 3790 fl. an Kontribution zahlen sollte, was eine Erhöhung von 704 fl. gegenüber der letzten Kontribution von 1762 bedeutete. Die höhere Steuersumme bedingte auch eine Mehrbelastung jedes Kontribuenten, die bei den mißlichen materiellen Verhältnissen schwer zu tragen war. Die Anleger scheinen mehr die mittleren und niederen als die hohen Kontribuenten zur erhöhten Kontributionsleistung herangezogen zu haben, was durch den „Servus beim koll. jüd. Senat nahmens Simon Levi" vorzeitig bekannt wurde und einen Sturm der Entrüstung zur Folge hatte. Der Koliner Richter und sein Adjunkt standen diesen Unruhen machtlos gegenüber und erbaten sich vom Gubernium Rat, was sie tun sollten. Das Gubernium[35]) erteilte dem Richter wegen Außerachtlassung der gegebenen „Cynosur" (Richtschnur) wiederholt eine Rüge, zumal die Behörde, „von den bedrückten Kontribuenten unzähligemale belästigt wird". Er soll den Kreisdeputierten (Simon Wolf aus Lieben) und den Rabbiner, wenn nötig auch den Časlauer Deputierten (Pinkas Jakob aus Polna) zur Schlichtung heranziehen, sollte dies auch nichts nützen, wären durch die Gemeinde neue Anleger zu wählen. Alle Versuche zur Herbeiführung eines friedlichen Ausgleiches mißlangen, selbst der durch neue Anleger gemachte Entwurf konnte nicht bewirken, „daß den vorgewalteten Unbilligkeiten und Bedrückungen gänzlich abzuhelfen gewesen wäre". Das Kaur. Kreisamt nahm eine Untersuchung vor und stellte die Schuld des Richters und seines Adjunkten fest, „daß sich in der Judenschaft unliebsame Mühseligkeiten und Spaltungen ereignet haben," was den beiden eine weitere Rüge seitens des Guberniums eintrug. Der Ältestendiener Simon Levi wurde vom Gubernium als „der Urheber der Unruhen" mit einem 14tägigen Arrest bestraft und seines Dienstes enthoben.[36]) Vergeblich versuchte der Vorstand in einem Memorandum die Herabsetzung der hohen Kontributionssumme mit Rücksicht auf die schlimme

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Finanzlage der Gemeinde zu erreichen. Die Kreisanleger hätten „dazumal" die Umlage höher genommen, weil einige Koliner Kontribuenten Subkontrahenten der Tabakpachtung waren, was durch die am 1. I. 1765 errichtete kgl. Pachtung aufgehört habe. Vergeblich wiesen sie auf die geringere Verdienstmöglichkeiten der Koliner Juden hin, die durch Verpachtung von Leder, Wolle und Branntwein verursacht werde und ihnen nur mehr der Handel gegen Prag offen stehe. Das Gubernium beharrte auf Bezahlung der vollen Summe. „Sie sollen sich bis zur neuen Umlag begnügen", war der ihnen erteilte Trost. Der Tumult bei der Anlage hatte auch ein gerichtliches Nachspiel, da der Älteste Samuel Levi, wahrscheinlich einer der Anleger, den Ältesten Löbl Hersch und seinen Bruder Simon Levi klagte. Der Streitfall wurde erst durch Verhandlungen bei der Landesjudenschaft in Prag, wo der ganze Koliner Vorstand erscheinen mußte, am 30. X. 1765 in Güte beigelegt. Die hohe Steuerlast hatte für die Gemeinde neben der Steigerung der wirtschaftlichen Not noch andere schwerwiegende Folgen. Die Kontribuenten richteten unzählige Beschwerden an die Behörden, die diese als unnötige Behelligung empfanden, wodurch sie gegen die Koliner Judenschaft voreingenommen wurden und eine erhöhte Aufmerksamkeit der Koliner Finanzgebahrung zuwandten. Die neue Steuerbelastung machte sich auch beim Vorstande fühlbar, der zu Einschränkungen finanzieller Art schritt. Vier schriftliche Bewerbungen um die freigewordene Dienerstelle bei den Ältesten wurden mit der Begründung abgewiesen, „daß die schlechte Lage der Gemeinde die Aufnahme eines Dieners nicht gestattet." Es sollte wie „von alters her" nur ein Diener sein, der als Liberer (Diener bei der Beerdigungsbrüderschaft) ohne besondere Belohnung, gleichzeitig Diener bei den Ältesten, Schulklopfer und Bediensteter bei den Reichen gewesen ist.[37]) Selbst die Protektion des Kreisdeputierten, der in einem Briefe an den Primator vom 21. XI. 1766 „aufs allerhöchste" den Moses Isak als Diener empfiehlt,[38]) konnte zunächst nicht die Aufnahme eines Dieners bewirken. Eine Folge der wirtschaftlichen Misere könnte auch die auf 14 Tage befristete Ausweisung des Moses Jakob Aschkenas, angeblichen Arztes, samt seiner Frau sein. Er war ein Ortsfremder und schien sich „einnisten" zu wollen. Ähnliche Beschränkungen wurden jetzt mehrfach vorgenommen.

III. Kontributionszuschläge.

Neben der ordentlichen Kontribution gab es noch Orts-, Kreis- und Landeszuschläge, um den Ausfall von Kontributionszahlungen in Folge Absterbens, Übersiedlung oder wirtschaftlichen Zusammenbruches von Kontribuenten zu decken und gemeinsame Ausgaben zu bestreiten. Die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Summe der Zuschläge wurde auf jeden Kontributionsgulden gleichmäßig verteilt. Die Ausfälle in einer größeren Gemeinde wurden auf die Kontribuenten der Gemeinde, dagegen die Ausfälle in den Dörfern, wo nur wenige Juden wohnten, wurden auf die Kontribuenten des Kreises aufgeteilt. Kolin als große Gemeinde sollte daher nicht allein die eigenen Zuschläge, sondern auch entsprechend der Kontributionsquote noch ein Drittel der Kreiszuschläge aufbringen. Der Koliner Vorstand bemühte sich, daß die eigenen Abgänge, wie bei den kleineren Ortschaften, zu den Kreisabgängen zugeschlagen werden sollten, was aber rundwegs abgelehnt wurde. Als dann die Gemeinde die Kreiszuschläge für 1766 in der Höhe von 584 fl. zahlen sollte, erklärte der Vorstand in einer Eingabe, diese Summe nicht aufbringen zu können und ersuchte um Befreiung von den Kreiszuschlägen. Dieses Gesuch rief bei allen Behörden großen Unwillen hervor. Die Judenkommission hatte schon vorher die Landesjudenschaft auf diese Absicht der Koliner Juden aufmerksam gemacht mit dem Bemerken, daß „dieses Beginnen mit ruhigem Auge nicht angesehen werden kann."[39]) Die Landesjudenschaft wurde beauftragt, in der Angelegenheit der Zuschläge eine Untersuchung durchzuführen und Bericht zu erstatten. Ein ausführliches Protokoll über die Verhandlungen zwischen dem Kreisdeputierten Simon Wolf und den Ältesten Rafael Blattau und Löbl Hersch ergibt folgendes: Die Koliner Judenschaft hatte die Zahlung der Kreiszuschläge abgelehnt, weil der Stand der Kontribuenten niemals so schlecht gewesen sei und niemals solche Abgänge sich ergeben hätten wie jetzt. Der Zuwachs an Kontribuenten sei gegenüber den Ausfällen gering. Einem Plus von 59 fl. stünde ein Minus von 757 fl. 45 kr. im laufenden Jahr gegenüber.

Ein etwas verzerrtes Bild der Koliner Gemeindeverhältnisse zeigt der Bericht des Kreishauptmannes Simon Wolf,[40]) ebenso wie das Gutachten der Landesjudenschaft. Die Kontributionsverfassung sei so eingerichtet, daß auf alle Verhältnisse einer Gemeinde Bedacht genommen werde. Unter den Kreisanlegern sei in der Regel ein Koliner, an der Kreis-Revidierung und Feststellung der Abgänge habe der Primator Saudek selbst teilgenommen, wie seine Unterschrift bezeugt, von einer Benachteiligung könne daher nicht gesprochen werden. Aber bei der Kontributionseinteilung in Kolin sei die schwere Bürde auf die mittleren und geringeren Kontribuenten gelegt, während die Ältesten und Reichen zu wenig besteuert seien. Der Primator Saudek zahle 400 fl und könnte „vermög seiner starken Negoty" das Doppelte bezahlen. Der Älteste Samuel Riffkes[41]) sollte um 100 fl. mehr bezahlen; Rafael Blattau hält sich auf Kosten der Gemeinde oft unnötiger Weise in Prag auf, er

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sei Spezereihändler, zahle 50 fl., während er doch als Gemeindekassier ein „Salarium" genieße und ein Haus wie wenige in der Gemeinde habe, er sollte 200 fl. bezahlen. Löbl Hersch, 1764 verwitwet, habe eine Witwe, deren Mann reich war, geheiratet und 600 fl. bekommen, er halte sich auch beständig auf Gemeindekosten in Prag auf, lasse sich zu den meisten Streitigkeiten zum Schaden der Gemeinde gebrauchen, er bezahle 6 fl. und sollte 100 bezahlen. In Kolin wollen die Reichen nicht zahlen. Bei einer Untersuchung durch eine Kommission würde sich herausstellen, daß Kolin die ganze Kontribution des Kreises allein bezahlen könnte. Keine Gemeinde habe sich über die Zuschläge beschwert, nur die Koliner Juden, die schon von altersher gewöhnt seien, die Behörden zu behelligen. Sie seien mit ihrem Ansuchen abzuweisen, da man „durch derlei unruhige und zanksüchtige Leute" die Verfassung nicht zerrütten lassen dürfe. Eine Eingabe des Gemeindevorstandes richtet sich gegen den Koliner Richter als Haupturheber aller Machenschaften gegen die Gemeinde.[42]) Die Ursache von vielen Behelligungen der Behörden seitens der Koliner Juden sei in der selbständigen Berichterstattung des Koliner Richters zu suchen, die auch dann erfolge, wenn vom Vorstande, der in Gemeindesachen am besten informiert sei, ein Bericht über die Kontribution abgefordert werde. Beschwerden gegen die vorgeschriebene Steuer würden durch seine Berichte in die Länge gezogen, das beweise ein Fall, den das Kauř. Kreisamt untersucht habe, er sollte da zum Ersatz der Unkosten verurteilt werden. Der Richter setze sich auch hinter dem Rücken des Vorstandes mit den Kontribuenten in Verbindung, verrate ihnen vorzeitig den auf sie entfallenden Teil der Kontribution, was diese gleich benützen, um Beschwerden vorzubringen. Er habe es dann in der Hand, durch seinen Bericht den Betrag zu verkleinern oder zu vergrößern. Bei Besetzungen von Stellen verursache er die Aufnahme von untauglichen Subjekten, wie dies bei der Bediensteten-Stelle geschah. Er habe den Moses Isak vorgeschlagen, obwohl dieser wegen der Dienste, die er bei den Schwerkranken versehe, für den Gemeindedienst nicht in Betracht komme. Durch solche Berichte arbeite er gegen den Vorstand und versuche ihn auch anzuschwärzen. Der Vorstand bitte daher um direkte Zustellung durch das Kauř. Kreisamt unter Ausschaltung des Koliner Richters. Wie vorauszusehen war, war die Antwort des Guberniums vom 12. II. 1767 ablehnend. Die Ältesten mußten wie bisher dem Richter untergeordnet bleiben.

Trotz den vielen Angriffen, die die Koliner Gemeinde durch die Landesjudenschaft und den Koliner Richter erfuhr, sah sich das Gubernium doch veranlaßt, der Landesjudenschaft am 12. II. 1767 mitzuteilen, daß auf Grund des kreisamtlichen Berichtes und nach reiflicher

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Überlegung es unbillig erscheine, der Koliner Gemeinde zu ihren eigenen namhaften Abgängen und Zuschlägen noch die Kreiszuschläge aufzubürden, weshalb sie von diesen befreit werde. Aber am 18. III. schränkte die Judenkommission die Befreiung insoferne ein, als die Koliner Gemeinde verpflichtet sei, die Zuschläge der „casuum fortuitorum" (welche das ganze Land betreffen) per 114 fl. 20 kr. zu bezahlen. Der Rest der Kreiszuschläge per 469 fl. 40 kr. wurde auf alle Kauř. Kreiskontribuenten aufgeteilt. Der Vorstand war von dem „Haß" der Landesjudenschaft, besonders des Kreisdeputierten gegen die Koliner Gemeinde unterrichtet.[43]) In der Befürchtung, daß ihre schwierige Lage bei der neuen Kontributionsanlage nicht berücksichtigt werde und dadurch neue Schwierigkeiten entstehen könnten, beschloß der Vorstand am 15. IV. mit dem Gubernium und der Landesjudenschaft einen Ausgleich anzustreben. Sie boten für die neue Anlage 3400 fl. ohne Zuschläge an. Ein Gubernialdekret an die Landesjudenschaft vom 20. VIII. ordnete an, daß Kolin statt der angebotenen 3400 für 1768 und die folgenden Jahre 3500 fl., ferner die Kreiszuschläge und „casus fortuitos" zu zahlen verpflichtet sei, dagegen sollten ihre eigenen Ausfälle von der Landesjudenschaft übernommen werden.

IV. Anleihen.

Die Koliner Gemeinde hatte neben den Kontributionszahlungen eine alte Darlehensschuld zu tilgen, die sie im Jahre 1755 auf Veranlassung der Regierung aufgenommen hatte.[44]) Damals hatte der Finanzrat Freiherr von Taussainct der Gemeinde aus der kais. Fabrik in Cladrub (Böhmen) Tücher im Werte von 9000 fl. (1 Elle zu 1 fl. 57 kr.[45]) gerechnet) und Eisen aus der Herrschaft von Spirow für 5000 fl. (gemäß den Preisen der Hütten in Zbirow) verkauft. Die Gemeinde hatte sich verpflichtet durch zehn Jahre 1000 fl. jährlich, im 11. und 12. Jahr je 2000 fl. abzuzahlen, dann 5% Zinsen. Die Ware oder deren Erlös stellte die Gemeinde den einzelnen Mitgliedern gegen Hinterlegung eines Pfandes als Darlehen zur Verfügung. Die Abzahlung sollte wöchentlich erfolgen. Die Gemeinde hatte außerdem eine Darlehensschuld von 3700 fl. Es wurde 1755 eine Darlehenskassa errichtet und zur Eintreibung der Schulden drei Darlehenskassiere ernannt. Diese waren Josel Median, der jetzige Primator Saudek Jakob und Enoch Joachim Saudek. Nach dem Tode des letzteren trat sein Bruder Lippmann Joachim Saudek[46]) an dessen Stelle (3. II. 1763). Die Kassiere erlegten beim kgl. Richteramt eine Kaution von 5000 fl., als „Salarium" erhielten sie 1½% des einkassierten Betrages. Diese Darlehenskassa bewährte sich gut. Als sich nun die Wirtschaftslage der Judenschaft

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

zusehends verschlechterte, erschien den Ältesten die Aufnahme einer neuen Anleihe, die sich ihnen unter günstigen Bedingungen bot, als einzige Rettung. Dazu war jedoch die Bewilligung der Behörde erforderlich. Bevor die Koliner Juden von diesem Plane Kenntnis hatten, suchten die Ältesten beim Gubernium um Bewilligung einer Anleihe von 9500 fl. an (18. XII. 1766). In dem Gesuche führten sie an, daß die Regierung schon 1730 der Gemeinde die Bewilligung zur Aufnahme eines Darlehens von 2—4000 fl. erteilt habe. Von dem mit Erlaubnis der Behörde vor 11 Jahren aufgenommenen Darlehen von 14000 fl. hätten sie pünktlich die halbjährlichen Zinsen abgeführt und vom Kapital schon 9500 fl. bezahlt. „Da nun die Gemeinde durch Krieg und verschiedene Gaben in ihrem Vermögen und Nahrungsstand ganz erschöpft ist, so kann sie ohne Erquickung und Unterstützung mit Hilfe eines Kapital-Darlehens nicht weiterkommen." Die Anleihe werde unter den Kontribuenten verteilt, damit sich jeder nach seiner Art helfen und mit dem Verdienste die Gemeindeabgaben entrichten könne", die Gemeinde werde nicht durch neue Schulden beschwert, sondern ihr „zu ihrem ferneren Nahrungstrieb und zur besseren Entrichtung des Landesfürstlichen Contributionalis" verholfen. Das Gesuch wurde der Landesjudenschaft zur Begutachtung vorgelegt, das Gutachten lautete: der Gemeinde sei eine Anleihe von 7000 fl. zu bewilligen, sie müßte jedoch vorher die Bedingungen der Anleihe, deren Zinsen vier Perzent nicht übersteigen dürfen, und die Art der Rückzahlung angeben, und es müßten sich alle Kontribuenten schriftlich mit der Aufnahme des Darlehens einverstanden erklären. Nachdem alle Kontribuenten am 17. III. 1767 ihre Einwilligung zur Anleihe schriftlich abgegeben hatten, versuchte der Koliner Richter und sein Adjunkt vergeblich noch am 20. III. in einem ausführlichen Schriftstücke die Bewilligung zu hintertreiben. Sie wurde jedoch erteilt und das Anlehen gleich bei Josefine von Rubner, geborene Geyer von Ehrenberg, in Prag aufgenommen, gegen die Verpflichtung halbjährlich 4% Zinsen und vom Kapital 1000 fl. jährlich abzustatten.

Die Ältesten gemeinsam mit drei von den Gemeindemitgliedern bestimmten Personen: Elias Wolf Patzowsky (Patzowo, Patzau),[47]) Inspektor der Gemeinde, Feisch Anschel Kirchlap und Samuel Konitz, setzten den Anteil an der Anleihe für jedes Mitglied fest.[48]) Da aber die Anleihe nicht ausreichte, nahm die Gemeinde ein weiteres kurzfristiges Darlehen von 1000 fl. beim Kaurimer Kreissekretär Anton Johann Meier auf.[49]) Nachdem aber der Primator mit Rücksicht auf Rückzahlungen alter Darlehensschulden Vielen größere Summen als ursprünglich festgesetzt worden war, bewilligt hatte, andererseits eine Anzahl von

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Kontribuenten leer ausgegangen war, beschloß der Vorstand, die alten Darlehensschulden unter allen Umständen einzutreiben, eventuell Bodengrund (Felder) und Schulsitze der Säumigen zu versteigern oder sie selbst in Haft zu nehmen, um das einlaufende Geld den Nichtbeteilten geben zu können. Die Darlehenskassiere Josel Median und Lippmann Saudek wurden daher in Abwesenheit des Primators aufgefordert, alle Bücher und Rechnungen vorzulegen. Diese erklärten jedoch, niemals Bücher geführt zu haben, sie hätten halbjährlich bei Ablieferung der einkassierten Beträge dem Oberkassier Saudek Jakob die Rechnungen vorgelegt und sie nachher verbrannt.[50]) Dann erhielten sie den Auftrag, die vorhandenen Rechnungen abzugeben. Unter Vorsitz des Monatshalters Löbl Hersch wurde über die Rückstattung der (durch Abzahlung) freigewordenen Pfänder beraten, die bei den Darlehenskassieren hinterlegt, von diesen aber nicht ausgefolgt worden waren. Es wurde beschlossen, die Pfänder nebst einer Abrechnung, unterschrieben von Rafael Blattau, Löbl Hersch und Abraham Jakob den Eigentümern auszufolgen. Gleichzeitig wurde über die Ernennung neuer Darlehenskassiere verhandelt. Der Primator war der Meinung, daß die alten Darlehenskassiere solange bleiben sollten, als sie nicht vom Gubernium abgesetzt würden. Dagegen wandte sich Rafael Blattau; nach Weisung der Regierung seien für die neue Anleihe Kassiere zu bestellen, die alten wären damit nicht zu betrauen, wenn sie nicht dazu ernannt würden. Er beantragte, die Gemeindeältesten Löbl Beer und Pinkas Nathan zu Interims-Kassieren zu ernennen. Dieser Antrag wurde mit allen Stimmen der Ältesten und Gemeindeältesten mit Ausnahme des Samuel Hersch Levi angenommen. Dieser enthielt sich der Abstimmung als Protest dagegen, daß er an der neuen Anleihe nicht beteiligt worden war. Er war nicht der einzige, viele Beschwerden an die Landesjudenschaft zeigen, wie groß die Unzufriedenheit mit der neuen Anleihe bei den Kontribuenten war.

V. Steuereinnehmer und Steuerpächter.

War schon die Steuer eine schwere Last, so war diese Last durch die Art der Einhebung geradezu unerträglich. Die Steuereinnehmer, die „Randare", waren gefürchtet und verhaßt, sie wollten, um Unkosten zu vermeiden und ihren Gewinn zu sichern, pünktliche Bezahlung, aber die Steuerträger hatten nicht immer das Geld bereit. Die Leiter der Koliner Gemeinde glaubten daher beiden Teilen zu dienen, indem sie womöglich aus dem Vorstande „ehrenhalber" Kassiere ernannten, die eine Entlohnung von 1—1½ Kreuzer vom Gulden und Ersatz der Auslagen erhielten. Die Erfahrung lehrte jedoch, daß die Nachteile dabei

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

größer als die Vorteile waren, da man die „Ehrenkassiere" nicht so leicht kontrollieren konnte und auch ihre Auslagen nicht unbeträchtlich waren. Diese Ehrenkassiere glaubten auch das Recht zu haben, einen Teil des einkassierten Geldes auf kurze Zeit für ihre eigene Zwecke verwenden zu können, was manchmal eine Verzögerung der Ablieferung zur Folge hatte. Als Kassiere werden genannt Markus Skutsch[51]) und Samuel Beer Koweinitz. Rafael Blattau war zuletzt ein Jahr Kassier, er legte aber dieses Amt nieder und ließ durch Ausrufen in der Synagoge die Stelle anbieten. Da sich kein geeigneter Bewerber fand, wurden über seinen Vorschlag die Gemeindeältesten Feisch Bunzel und Pinkas Nathan auf ein halbes Jahr damit betraut,[52]) wobei ihnen der Auftrag erteilt wurde, die Einkassierung strenge zu betreiben und die Rückständigen ohne Weiteres durch Richter und Militär exequieren zu lassen. Alle diese Maßnahmen halfen nichts, es kam nicht das nötige Geld ein, und die Gemeindekassa blieb weiter leer.

Wie entsetzlich die Geldknappheit in Kolin zu dieser Zeit gewesen sein muß, ist aus dem Umstande zu ersehen, daß die „Talmud-Thora", die einzige Schule der Juden, wegen Geldmangel geschlossen werden mußte. Die Gaboim (Vorsteher) resignierten und die Lehrer wollten nicht unterrichten.[53]) Der Gemeindevorstand befaßte sich in seiner Sitzung vom 3. VII. 1767 damit und beschloß, eine Abordnung, bestehend aus Löbl Hersch und Pinkas Nathan zum Rabbiner zu senden, damit er ein Auslese unter den Schülern treffe; nur die begabtesten von ihnen sollten zum Unterrichte zugelassen werden. Gleichzeitig wurde Rafael Blattau und Samuel Levi bevollmächtigt, gemeinsam mit dem Rabbiner, neue Vorsteher zu bestimmen und Vorkehrungen zu treffen, daß der Unterricht wieder aufgenommen werden könne. In Kolin war ein beträchlicher Teil der Juden des Talmuds kundig, einige hatten berühmte Namen als Gelehrte, und die Jugend wurde ganz in diesem Geiste erzogen.[54]) Es war vorauszusehen, daß die Bemühungen des Rabbiners und der beiden Vorstandsmitglieder zur Fortsetzung des Thoraunterrichtes von Erfolg gekrönt sein werden. Wir erfahren auch mit welcher Mühe die Mittel zusammengebracht wurden. Aus den Synagogen-Büchsen und vom „Aufrufen" zur Thoravorlesung am Sabbat kamen gegen 35 fl. jährlich ein, Zins vom Gemeindehaus 13 fl. 30 kr., aus der Verlassenschaft des R. Oser erhielt die Schule jährlich 12 fl., der Gemeindevorstand, der bisher für die Wohnung des Rabbiners und für das bei ihm für die Schule hinterlegte Geld 36 fl. gezahlt hatte, sollte bis zur Besserung der eigenen Finanzen 24 fl. bezahlen, der Zinsenertrag von dem beim Vorstande der Schule vorhandenen Gelde betrug 15 fl. jährlich. Daher

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

waren 100 fl. jährlich gesichert. An Stelle der Vorsteher, die abgedankt hatten (Joachim Ephraim und Abraham Maternowsky) traten Simon Levi, Israel Guttmann,[55]) Saudek Markus Skutsch[56]) und Jesaja Benatek.

Inzwischen war auf Anordnung der Judenkommission eine strenge Kontrolle aller Ausgaben durch das Kaur. Kreisamt erfolgt. Es verlangte über 56 Punkte „Mängel und Bedenken" binnen 4 Wochen Aufklärung. Sie bezog sich meistens auf ungenau angegebene Ausgaben, auf (oft kleinlich aufgefaßte) Überzahlungen, auf nachgelassene Beträge von Hinterbliebenen der Kontribuenten u. a. Aus diesem Schriftstück ist auch zu ersehen, daß die Gemeinde im Jahre 1765 für die „Anwerbung des Grundstückes" zum Friedhof 100 fl. abgezahlt hat. Um die Finanzen der Gemeinde in Ordnung zu bringen, wurde auf Betreiben des Primators beschlossen, die Einkassierung der Kontribution verbunden mit dem Viktual-Perdon (Steuer auf Speisen und Getränke) an Berufskassiere zu verpachten, was auch allsbald öffentlich in der Synagoge verlautbart wurde. Es meldeten sich drei Bewerber.[57]) Der Inspektor Elias Patzowsky schildert in seinem Gesuche die großen Unkosten, die bei der Einkassierung der Kontribution durch „Agio, Botenlohn, Solario, Schreibmaterialien, Geldsäckel und Exekutionskosten" entstehen. Das Erträgnis aus dem Viktual-Perdons sei in der letzten Zeit sehr zurückgegangen; während man früher mit diesem Erträgnis das Gehalt des Rabbiners decken konnte, reiche es jetzt nicht mehr hin. Er beanspruche für die Einkassierung der Kontribution eine Pauschalsumme von 100 fl., wogegen er für den Pacht des Viktual-Perdons 300 fl. jährlich biete, wobei er die Bedingung stelle, daß sich der Pacht auf 2—3 Jahre erstrecken müsse, und die über 10 fl. zahlenden Kontribuenten keine Kupfermünzen, sondern „Silber und Goldsorten" geben müßten. Israel Guttmann machte ein ähnliches Angebot, dagegen verlangte Feisch Kauders nur eine Entlohnung von 70 fl. für das Einkassieren, das der Gemeinde nach seiner Angabe bisher 150 fl. Unkosten verursacht habe, und bot 300 fl. für den Perdon-Pacht. Elias Patzowsky reichte ein zweites Gesuch an das Gubernium ein, in welchem er den Primator angriff, weil er angeblich das Gesuch des aus Prag (1765) eingewanderten und nach Kolin verheirateten Feisch Kauders,[58]) der sein Verwandter sei, weiterbefördert, dagegen seines liegen gelassen habe, obwohl Kauders bei Erhalt des Inkolats sich verpflichtet habe, 15 Jahre hindurch bei der Gemeinde kein Amt und keinen Dienst anzunehmen.

Der Primator der Landesjudenschaft Falk Lederer und der Deputierte des Prachiner Kreises Joachim Popper haben bei der Untersuchung in Kolin am 8. II. 1768, von der noch die Rede sein

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

wird, den Viktual-Perdon gegen 300 fl. Entgelt und die Einkassierung der Kontribution für 40 fl. Jahresgehalt an Salomon Chille (= S. Sohn des Jechiel) und Foges (Josef) Beer Koweinitz vergeben.[58]) Gleichzeitig wurde von ihnen eine Kommission für die Darlehenskassa ernannt: Drei Kassiere Löbl Hersch, Samuel Hersch Lewi und David Isak,[60]) die eine Kaution erlegen mußten; ihnen wurde der bewährte Schreiber Moses Flammerschein beigegeben. Der Primator Saudek Jakob wurde Oberkassier, dem die Kassiere das Geld zu übergeben hatten. Dazu kamen zwei Approbanten Josef Saudek und Elias Patzowsky, ohne deren Unterschrift der Oberkassier kein Geld ausfolgen durfte. Die Kassiere mußten monatlich verrechnen und alles in Büchern eintragen. Zur Hebung der Gemeindeeinnahmen wurde auch auf Veranlassung der Landesjudenschaft ein „Fleisch-Kreutzer und Geflügel-Vieh-Schlachtungs-Pacht" eingeführt und gleich vergeben. Die drei Pächter Salomon (Bezalel) Saudek,[61]) Saudek Markus Skutsch und Israel Guttmann schlossen mit der Gemeinde am 18. II. 1768 auf zwei Jahre den Kontrakt, nach diesem zahlten sie 1380 fl. jährlich in die Gemeindekassa. Um die Einfuhr billigeren Fleisches aus der Fremde zu verhindern, wurde in den Vertrag aufgenommen, daß der Rabbiner mit Unterstützung des Gemeindevorstandes alles rohe oder gekochte Fleisch von außerhalb der Gemeinde geschlachtetem Vieh für alle Juden Kolins verbieten werde. Die für das Schlachten zu entrichtenden Gebühren waren:

für einen ungarischen oder polnischen Ochsen .	4	fl. 15	kr.
für einen böhmischen Ochsen	3	„ 45	„
für einen jungen Ochsen	2	„ 45	„
für ein junges Kalb		20	„
für ein Schaf oder Schöpsen		16	„
für ein Lamm		8	„
für eine Gans oder einen Indian		3	„
für Hahn oder Henne		1	„
Vögel und Tauben waren		frei.	

Dieser Verpachtungskontrakt, der wie alle anderen der Bestätigung des Guberniums bedurfte, war ein neuer Stoff zu Konflikten in der Gemeinde, und zwar zwischen den Pächtern und den Fleischern Samuel Wiener, Jakob Kostelitz und Sanwel Levi-Petschka.

VI. Die Schul-Väter.

In Kolin gab es vier Schul-Väter oder Synagogenvorsteher. Die hebräische Bezeichnung ihrer Amtswürde sagt mehr, sie heißen Gaboé de Mosso (Ortsvorsteher), das entspricht ihrem Wir-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

kungskreise besser, da sie außer der Synagogenverwaltung noch die Armenversorgung und eine gewisse Jurisdiktion hatten. Die ihrem Namen vorausgesetzte Ehrenbezeichnung war nebst dem Rabbititel „Haaluf" (der Fürst). Voraussetzung für dieses Amt war die jüdische Gelehrsamkeit; sie führten auch den Namen „Jurist" und waren als solche vereidigt. Sie hatten für die ordentliche Abhaltung des Gottesdienstes und die ganze damit zusammenhängende Finanzgebarung zu sorgen. Die Armenversorgung betraf hauptsächlich die zahlreichen ortsfremden Armen, die von ihnen mit allem Nötigen versehen wurden. Die erforderlichen Geldmittel wurden durch Abgaben der Kontribuenten, durch freiwillige Spenden und durch Sammlungen aufgebracht. Rechnungen und Bücher mußten die Schulväter gemäß einer Gubernialverordnung dem Rabbiner vorlegen, der sie revidierte und unterfertigte. Die Gerichtsbarkeit der Schulväter war eine freiwillige, sie bezog sich nicht auf Streitsachen, sondern nur auf Urkunden.[62]) Sie hatten das Recht, Kauf-, Pfand- und alle anderen Urkunden auszufertigen und sie durch die beeideten Schreiber in ihre Amtsbücher eintragen zu lassen (zu ingrossieren). Sie konnten über solche Schriftstücke nach jüdischem Rechte urteilen, wenn nötig auch ordentliche Versteigerungen veranstalten und durften in ihrer Jurisdiktion durch nichts gehindert werden. Ihre Pflicht war es, die auf einen Schulsitz als Hypothek aufgenommene Schuld genau spezifiziert (mit Angabe des Betrages, des Namens und Datums) dem Bürgermeister-Amt anzuzeigen, wogegen dieses die Verpflichtung hatte, die Schulväter von den in seinen Büchern eingetragenen Schuldforderungen, die sich auf einen Schulsitz bezogen, zu verständigen.

Die derzeitigen Schulväter waren: David ben Elias Goldes, Abraham b. Bezalel Raudnitz.[63]) Nissan b. Benesch[64]) und Josef b. Jonas. Wie beliebt die Schulväter in der Gemeinde waren, ist daraus ersehen, daß sie, hauptsächlich Nissan Benesch, im Monatshalterbuch sehr häufig als Treuhänder in Pfandangelegenheiten und als Vormund vorkommen. Daß dennoch das Verhältnis zwischen den Schulvätern und einigen Ältesten ein getrübtes war, läßt sich aus dem Umstande erklären, daß die Ältesten sich als übergeordnet ansahen und dies die Schulväter sehr fühlen ließen, während diese ihre Unabhängigkeit wahren wollten. Außerdem gab es zwischen ihnen, wie das folgende zeigt, persönliche Differenzen. Weniger verständlich ist die Spannung zwischen den Schulvätern und dem Rabbiner Jakob Illowy, der ihnen sicherlich nicht als Kontrolor seine Strenge oder als „Vater des Gerichtes" seine Würde fühlen ließ, da alles, was wir von ihm wissen, zeigt, wie sehr er den Frieden liebte und um des Friedens willen auch seine persönlichen Interessen hintansetzte. Viel-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

leicht hat ein Mißverständnis sie auseinander gebracht, vielleicht hat der Rabbiner zusehr für die Ältesten Partei genommen und sich dadurch in Gegensatz zu den Schulvätern gestellt. Wieweit dieser Gegensatz gediehen war, sieht man aus einer Klage, die der Rabbiner am 7. V. 1767 bei den Ältesten gegen die Schulväter wegen eines Guldens erhob, den er auf ihre Rechnung zur Nahrung und Bekleidung eines würdigen Armen ausgelegt, aber nicht ersetzt erhalten hatte.[65]) In der Weigerung der Schulväter den Betrag zu erstatten, erblickten die Ältesten eine beabsichtigte Herabwürdigung des Rabbiners und verurteilen sie zur Zahlung des Guldens aus Eigenem, wobei sie von einer anderen Strafe über Wunsch des Rabbiners absahen. Bald kam es auch zum Konflikte zwischen den Schulvätern und den Ältesten, als diese am 27. V. 1767 beschlossen, die Versteigerung von zwei Schulsitzen des verstorbenen Löb Wolf zur Bezahlung seiner Darlehensschuld vorzunehmen.[66]) Sie wurde auch von ihnen trotz Verwahrung der Schulväter und Verbotes des Bürgermeisters tatsächlich durchgeführt. Den Käufern stellten sie für die Sitze Kaufkontrakte aus und ermächtigten den Monatshalter Rafael Blattau bei Besitzstörung durch die Schulväter eine Strafe über diese zu verhängen. An demselben Tage, es war Freitag, kam es zu einem noch schwereren Konflikte. Um 4 Uhr nachmittags erfuhr der Monatshalter Rafael Blattau, daß die Schulväter die Armen auf der Gasse stehen ließen und an dieselben keine Pletten[67]) verteilten. Blattau forderte im Einverständnisse mit den Ältesten durch ihren Diener die Schulväter auf, wie es sonst üblich sei, die Pletten auszuteilen, oder aber das Kistchen mit den Pletten den Ältesten zu schicken, damit sie sie selbst an die Armen verteilen könnten. Die Schulväter schickten die Pletten an die Ältesten mit der Erklärung: da die Ältesten den Synagogendiener Simon Turnau verhaftet haben — er war trotz dem Verbote der Ältesten mit Buch und Sammelbüchse am Freitag (nach altem Brauche) herumgegangen — betrachten sie (die Schulväter) sich selbst als abgesetzt, solange sie nicht von der Regierung in ihr Amt wieder eingesetzt würden. Die Ältesten hatten aber die Suspendierung der Schulväter nicht beabsichtigt, sie lag auch nicht in ihrer Macht, und gaben schon am darauffolgenden Dienstag das Kistchen mit den Pletten den Schulvätern zurück. Nach einigen Wochen kam es zur öffentlichen Beleidigung des Rabbiners in der Synagoge, was zur Untersuchung seitens der Landesjudenschaft führte. Diese ergriff die Partei des Rabbiners, verwarnte strengstens die Angreifer und verpflichtete sie, dem Rabbiner öffentlich Abbitte zu leisten.

Bald nahten die Feiertage, die in streitsüchtigen Gemeinden oft statt Ruhe und Annehmlichkeit neuen Zank und Hader brachten. Auch

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

in Kolin sollte es nicht anders werden. Der Schulvater Abraham Raudnitz hatte am Versöhnungstage 1767 an Stelle seines verstorbenen Schwiegervaters Markus Skutsch[68]) ehrenhalber das Nëilah-Gebet vorgebetet. Der Rabbiner wollte ihn, obwohl er sein Gegner war, daran nicht hindern, ging aber vor Beginn des Nëilah-Gebetes in eine andere Synagoge.[69]) Damit aber der Rabbiner nicht wieder die Synagoge verlassen müßte, verzichtete Abraham Raudnitz infolge der Vermittlung des Primators auf das Vorbeten des Geschem-Gebetes am Schlußfeste, obwohl es ebenfalls sein Schwiegervater versehen hatte und ihm die Mitwirkung des Chores schon zugesichert worden war. An diesem Tage kam Rafael Blattau zum Rabbiner mit der Frage, ob ihm gestattet sei, eine Thorarolle beim Festzuge in der Synagoge am Thorafreudenfeste zu tragen,[70]) obwohl er sich im Trauerjahre befinde. Der Rabbiner erklärte, das sei nach dem Religionsgesetze erlaubt. Die Ältesten, mit Ausnahme des Primators, erklärten sich damit einverstanden. Da jedoch wegen der Feindschaft zwischen Blattau und den Schulvätern ein Zusammenstoß zu befürchten war, versuchte der Rabbiner und auch die übrigen Ältesten wiederholt, die Schulväter zu bewegen, gemäß der Entscheidung des Rabbiners zu handeln, damit keine Streitigkeiten entstünden. Andererseits bemühte sich der Rabbiner auf Rafael Blattau einzuwirken, von seiner Forderung abzustehen, was dieser aber entschieden ablehnte. Am Abend des Thorafreudenfestes entstand in der Synagoge wirklich ein solcher Tumult, daß die Schulväter genötigt waren, sich zurückzuziehen und dadurch die Thorarollen herrenlos dastanden; nur der Rabbiner nahm sich ihrer an. Der Primator kam dann zum Rabbiner und beschuldigte ihn, diese Streitigkeiten hervorgerufen zu haben, während er (der Primator) an diesem Tage Streitigkeiten verhütet habe. Diesen Vorwurf wies der Rabbiner zurück, er habe nur nach dem Religionsgesetze entschieden. Der Primator äußerte sich zu Rafael Blattau: „der Rabbiner ist Urheber des Zankes und deshalb muß er von hier weg, was immer es auch koste". Der Rabbiner berief am 18. X. 1767 die Ältesten zu sich, schilderte die Vorfälle der letzten Zeit und bat sie, die Gemeindemitglieder zu befragen, ob er während seiner zwanzigjährigen Wirksamkeit in Kolin jemandem ein Unrecht getan oder ihm die gebührende Ehre vorenthalten hätte. Es wurden sogleich die steuerzahlenden Gemeindemitglieder mit Hinzuziehung von auserwählten Einzelpersonen berufen; sie hatten nur Lob für den Rabbiner, er sei ein „Heiliger" riefen sie, und verlangten nachdrücklichst den Schutz seiner Würde. Die Ältesten, in Abwesenheit des Primators, beschlossen, die Schulväter vorzuladen, ihnen Vorhaltungen zu machen und aufzutragen, ihre Bücher und Rechnungen vom Rabbiner und Löbl Hersch revi-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

dieren zu lassen, überdies der Regierung die Einführung einer 5. Schulvaterstelle vorzuschlagen.

Die Verhandlungen zwischen den Ältesten und den Schulvätern haben nicht zur Versöhnung geführt. Die Schulväter haben vielmehr am 22. X. an das Gubernium eine Eingabe gerichtet, worin die Vorfälle mit dem Rabbiner kaum berührt, umso ausführlicher dagegen das Verhalten der Ältesten geschildert wurde.[71]) Wir erfahren daraus, daß die Schulväter seit „uralten Zeiten" das Recht der Jurisdiktion in Schulsachen hatten und wie selbstlos sie bisher ihr Amt ausgeübt haben, sodaß noch nie eine Klage gegen sie erhoben wurde. Trotzdem haben die beiden Ältesten Rafael Blattau und Löbl Hersch[72]) eine „gehässige Feindschaft" gegen sie, jener weil sein Schwager Juda Leipnik[73]) auf ihre pflichtgemäße Anzeige hin von seiner Stelle als Schächter entlassen wurde, dieser weil sein Bruder Simon Levi auf ihr Zutun von seiner Stelle als Gemeindebediensteter enthoben wurde, ja er selbst wurde wegen Aufreizung zu Streitigkeiten von seiner Stelle als 1. Ältester zum letzten degradiert. Diese Feindschaft ließen die Ältesten sie stets fühlen. Rafael Blattau wollte in „seinem Hochmut und vermeintlicher Gewalt den seit etlichen Jahrhunderten" in Kolin üblichen Brauch, daß der Schuldiener jeden Freitag mit den Almosen-Büchsen herumgeht, durch ein Verbot beseitigen. Als der Schuldiener sich an dieses Verbot nicht hielt, wurde er verhaftet, zur Rede gestellt, drohte Blattau auch den Schulvätern mit Verhaftung. Auf die Verteilungsliste zum Herumtragen der Thorarollen am Thorafreudenfeste konnten sie Rafael Blattau wegen seines Trauerjahres nach üblichem „Brauche" nicht aufnehmen, wie dieser „Brauch" zwei Jahre hindurch beim früheren Primator Josef Saudek aus demselben Grunde eingehalten wurde. Die Entscheidung des Rabbiners konnte nicht mehr berücksichtigt werden, da die gemeinsam festgesetzte und unterschriebene Verteilungsliste wegen des Feiertages nicht mehr geändert werden konnte. Die Warnungen Blattaus hielten sie nicht ab, in die Synagoge zu gehen. Als er nicht aufgerufen wurde, schlug er mit der Faust so heftig auf die Gebet-Stelle (Gebetpult), daß er sie zerschlug, gleichzeitig entstand ein großer Lärm, der durch die Familie Blattaus, hauptsächlich aber durch die des Löbl Hersch, die zwar viele Personen, aber „wenig Kontribuenten sind", hervorgerufen wurde. Rafael Blattau verlange Satisfaktion und drohe mit Hintertreibung der Kontributionsanlage bei der Gemeinde.

Wir müssen uns hier vor Augen halten, daß wie bei vielen derartigen Eingaben auch bei dieser der Grundsatz gilt, im Angriff liegt die beste Verteidigung.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Die Judenkommission beauftragte die Landesjudenschaft mit der Untersuchung dieser Angelegenheit. Diese sandte ein Schreiben mit der Abschrift des Memorandums der Schulväter an die Ältesten und forderte beide Parteien auf, zum 30. X. nach Prag zu kommen. Es kam jedoch nicht dazu, da in der Konferenz des Gemeindevorstandes vom 29. X. der Primator einen Versöhnungsversuch unternahm, der ihm auch glückte. Dies wurde sogleich durch einen Sonderboten der Landesjudenschaft mitgeteilt. Die Landesjudenschaft verständigte das Gubernium von der erfolgten Versöhnung beider Parteien und fügte hinzu, daß „das Neu-Kolliner Richteramt den Ältesten bedeuten soll, sich in Verrichtungen der Schulväter und in die von uralter Zeit hergebrachte Ordnung nicht einzumischen". Die Schulväter haben „eine beständige getreue, ehrliche und friedliche Gebahrung bezeugt, ohne jede Belohnung" (12. XI.). Das Gubernium hat in diesem Sinne an den Koliner Richter geschrieben mit dem Zusatze, „auch die Schulväter zu ermahnen, die gebührende Achtung den Ältesten entgegenzubringen". Der Schulväter-Streit war somit endgültig beigelegt.

VII. Die Winkelzusammenkunft.

In der Gemeinde herrschte eine große Unzufriedenheit mit der ganzen Verwaltung der Ältesten. Die drückenden Steuern, der häufige Wechsel der Kassiere, die Leere der Kassen, die bekanntgewordene Kritik der Behörde an der Gemeindewirtschaft und die wiederholten Streitigkeiten häuften immer Zündstoff an, der bei dem kleinsten Anlaß zu explodieren drohte. Nun hatten am 30. I. 1768 einige hochbesteuerte Kontribuenten im Hause des David Isak eine Zusammenkunft, um über die schlechte Finanzwirtschaft zu beraten, da sie vom Ältesten David Goldschmidt selbst gehört hätten, „es wäre bei der Gemeinde ein Verstoß von 1300 fl. vorbeigegangen." An dieser Versammlung nahmen teil: Joseph Joachim (Saudek), Elias Patzowsky, Feiwel Pollatschek, Schwiegersohn des Gemeindeältesten Abraham Pollaczek, Simon und Mühlhauser, David Isak, Moses Isak, Samuel Koweinitz, Joseph Mendel, Joseph Kalhoty und Löbl Blattau. Kaum hatte der 1. Älteste David Goldschmidt im Hause des Schulvaters David Goldes davon erfahren, verständigte er schon durch den Diener Bendet Jonas den Primator. Dieser, seit vier Wochen krank, war über die Verhältnisse in der Gemeinde nicht genau unterrichtet, ließ daher den ersten Ältesten zu sich erbitten. Nebst David Goldschmidt kamen noch Rafael Blattau, Abraham Jakob Pollaczek und Fischl Bunzel zum Primator.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

David Goldschmidts Meinung ging dahin, da eine solche „Winkelzusammenkunft" aufs strengste verboten sei, sei es ihre Pflicht, dieselbe zu stören. Er beantragte daher, daß der Primator als Monatshalter um das Stadtgericht und Militär schicken und „zum gründlichen Beweis" 3—4 Personen in Arrest nehmen lassen solle. Dieser Antrag wurde per maiora zu Beschlusse erhoben. Das Stadtgericht mit Militärassistenz führte richtig drei Personen von den Versammelten ins Gefängnis ab. Diese wurden aber gegen Mitternacht befreit und gingen, ohne nachhause zurückzukehren, direkt nach Prag, um beim Gubernium und bei der Landesjudenschaft gegen die Freiheitsberaubung Klage zu erheben und gleichzeitig der Anklage seitens der Ältesten zuvorzukommen. Diese Anklage ist tatsächlich wegen Zahlungsverweigerung, Friedensstörung und Aufwiegelung erfolgt und wurde von 5 Mitgliedern des Vorstandes unterschrieben. Die Landesjudenschaft erhielt alsbald den Auftrag, die ganze Angelegenheit einer strengen Untersuchung zu unterziehen und darüber einen Bericht zu erstatten. Die Koliner Gemeinde wurde verständigt, daß am 8. II. der Primator der Landesjudenschaft Falk Lederer und der Deputierte Joachim Popper gemeinsam mit dem Koliner Richter die Untersuchung vornehmen werden. Die Kommission begann am 8. Feber ihre Tätigkeit. Durch fünf Tage wurden alle beteiligten Personen mit Ausnahme des nicht erschienenen David Goldschmidt über die Vorfälle bei der Winkelzusammenkunft und auch über die Finanzgebahrung der Gemeinde vernommen. Die Kommission hat aber auch durch die bereits erwähnte Verpachtung des Viktual-Perdons in Verbindung mit der Einkassierung der Steuern, durch Vergebung des Pachtes der Vieh-Schlachtung, und durch Einsetzung einer besonderen Kommission für die Darlehenskassa positive Arbeit geleistet. Zu diesen Einrichtungen wurden einige von den Beteiligten an der Zusammenkunft herangezogen, was für die Stellungsnahme der Untersuchungskommission bezeichnend ist. Das Untersuchungswerk war jedoch noch lange nicht beendet, es sollte in Prag seine Fortsetzung finden. Die Vertreter der Landesjudenschaft beauftragten die diversen Kassiere, ihre Rechnungen abzuschließen und sie ihnen genau präzisiert einzusenden, sie nahmen die vorhandenen Original-Rechnungen und Quittungen, sowie 13 gebundene, die Gemeinde betreffende Bücher nach Prag mit.[74])

Primator Saudek Jakob wußte, daß seine Stellung von dem Ergebnis der Untersuchung abhänge und versuchte diese durch verschiedene Eingaben und Briefe noch zu seinem Gunsten zu wenden.[75]) Am 15. II. legte er der Landesjudenschaft zwei Rechnungen von Rafael Blattau vor, von deren Richtigkeit er nicht ganz überzeugt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

war. Er selbst bezeichnete die Wirtschaft als eine schlechte, sie sei hauptsächlich während seiner Abwesenheit von den Ältesten verursacht worden. Gegen diese könne er nichts ausrichten, da er nur einer gegen acht sei. Die nächste Zusammenkunft soll wegen des bevorstehenden Pessachfestes erst nach dem Pilsner Markt stattfinden. In hebräischen Briefen an die Landesjudenschaft wies er an der Hand von bestimmten Fällen nach, wie schwer sein Stand gegenüber den Ältesten sei. In einer Eingabe vom 2. III. an das Gubernium schilderte er genau den Hergang der Winkelzusammenkunft, die er als solche bezeichnet, da elf Kontribuenten, deren Zahl sich nach ihrer eigenen Angabe auf 20 erhöhen sollte, in später Nachtstunde (um 10 Uhr) eine geheime Beratung abhielten, wobei der Gegenstand dieser Beratung keine Rolle spiele. Vor drei Jahren sei in Prag eine ähnliche Winkelzusammenkunft auf gleicher Weise gesprengt worden. Die Kammerbuchhalterei mit dem Primator Falk Lederer und Joachim Popper von der Landesjudenschaft sollte die nächste Untersuchung in Kolin abhalten, da bei einer Kommissionstagung in Prag die Kosten für alle Personen aus Kolin, die zu erscheinen hätten, so groß sein würde, daß die Kontributionale in Zerrüttung kommen müßte. Gegen diese Ausführungen wendete die Landesjudenschaft in einem Berichte an das Gubernium ein, daß man den Angeklagten weder „in re, noch in facto" eine verbotene Versammlung nachweisen könnte, da sie nur wegen der Unwirtschaft in der Gemeinde beraten hätten, dagegen sei in der in Prag abgehaltenen Winkelzusammenkunft von Einführung einer neuen Kontributionale die Rede gewesen. Besonders scharf wendete sie sich auch gegen David Goldschmidt, von dem sie es als Hauptbeschuldigten sträflich fand, während der Kommissionstagung in Kolin wegzufahren. Der auch schon im Laufe der Untersuchung stark angegriffene Älteste David Goldschmidt ersuchte in einem Schreiben an die Landesjudenschaft um separate Einvernahme, entschuldigte sein Fernbleiben von der Untersuchung mit dringenden Geschäften in Lieben und verwies auf seine 16jährige Tätigkeit im Vorstande, wo er stets als ehrlich und beliebt anerkannt gewesen sei.

Am 23. III. verständigte das Gubernium die Landesjudenschaft, daß sich Primator Saudek Jakob wegen der Untersuchung betreffend die Darlehenskassa in einigen Punkten beschwert und gebeten habe, die früheren Darlehenskassiere in ihr Amt wieder einzusetzen.[6]) „Ihr werdet aber dem dortigen Gemeindevorsteher zu bedeuten haben, daß, wenn jemand entweder von den jüdischen Vorstehern oder Kontribuenten sich mit derlei unbegründeten Behelligungen betreten lassen sollte, selbe allhier allsogleich in Verhaftung genommen und in Eisen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

geschlossen nachhause transportiert wird". Am 13. IV. soll der Koliner Gemeindevorstand und Gemeindevertreter nach Prag kommen.

Die Untersuchung wurde von der Landesjudenschaft am 13. IV. in Prag durchgeführt. Von Kolin waren erschienen: Der Primator, die 4 Ältesten, die 4 Gemeindeältesten, Josel Median und Lippmann Saudek als alte Darlehenskassiere, Josef Joachim Saudek und David Goldes als Approbanten, die beiden beeideten Gemeindeschreiber; Elias Patzowsky und David Isak als Angeklagte, während Samuel Koweinitz wegen Unpäßlichkeit abwesend war (er starb in Kolin während dieser Tagung),[77]) ferner die von der Gemeinde bevollmächtigten Kontribuenten: Löbl Kostelitz, Feiwel Pollatschek, Josef Nachem, Josef Herschl, Markus Isak, überdies die drei Vieh- und Geflügelschlachtungs-Pächter. Insgesamt 25 Personen. Das von der Kommissionssitzung ans Gubernium gesandte Protokoll umfaßt 40 Seiten und enthält im Wesentlichen folgendes. Zuerst wurde das Koliner Protokoll vom 8.—12. II. allen Beteiligten vorgelesen und durch ihre Unterschrift bestätigt. Dann wurde die Frage aufgeworfen, ob die drei von Primator Saudek an das Gubernium gesandten Memoranda den Ältesten und Gemeindeältesten bekannt waren. Aus der Antwort war zu ersehen, daß sie davon nichts wußten. Darin erblickte die Landesjudenschaft einen Versuch des Primators, „das für die Gemeinde so nützliche Untersuchungswerk zu hintertreiben". Die von David Goldschmidt am 15. III. in Prag über die verbotene Versammlung gemachten Aussagen wurden von den Beteiligten in einzelnen Punkten richtiggestellt. Er selbst gab zu, gesagt zu haben: „Rafael Blattau hätte verschiedene Rechnungen unter sich, man könne zu keiner Richtigkeit kommen." Oft habe er (Goldschmidt) in den Sitzungen auch „wegen der üblen Wirtschaft und Unrichtigkeit der Rechnungen geredet, aber vergebens." „Wenn Goldschmidt selbst so urteile, so sei er strafbar, daß er seinen Eid nicht gehalten und die üble Wirtschaft nicht angezeigt habe", meint die Landesjudenschaft. „Und die eine Zusammenkunft hielten, um darüber zu beraten, seien eher zu beloben als zu bestrafen." Die schlechte Wirtschaft komme daher, weil keine ordentlichen Rechnungen, kein Geldausweis vorhanden und eine Kasse mit der anderen vermengt sei. Die Vorlage der verlangten Rechnungen erfolgte erst nach Verlauf von vier Wochen, während sie bei ordentlicher Rechnungsführung in einigen Tagen geschehen könne, weil jede Woche ein anderer Kassier sei, der einkassiere und ausgebe. Auch die Darlehenskassa wurde nicht ordentlich geführt, da kein ordentliches Kassa-Register vorhanden sei. Die neuen Darlehenskassiere wollen die ausgewiesenen Restanten von 1694 fl. 53 kr. zur Einkassierung nicht übernehmen, da sie uneinbringlich seien. Die alten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Darlehenskassiere sollten für die Rückstände haften und in 2—3 Jahren alles einkassieren und verrechnen, sonst sei ihre Kaution verfallen. Die Unwirtschaft in der Koliner Gemeinde ergebe folgende Berechnung: die Gemeinde habe 2000 fl. jährliche Einkünfte und 600 fl. regelmäßige Ausgaben, wenn man selbst diese mit 1000 fl. annehme, hätte der Primator während seiner 6jährigen Amtstätigkeit 6000 fl. ersparen müssen. Neben anderem seien die hohen Diäten zu beanständen, die in Kolin pro Person und Tag 1 fl. 30 kr. betragen, während die Deputierten der Landesjudenschaft trotz Fahrten und Wohnungsauslagen nur 9 fl. wöchentlich bekämen. Bunzlau zahlt nur 45 kr. und andere Gemeinden höchstens 1 fl. pro Tag. Dem Rabbiner wurden 24 fl. 45 kr. als Geschenk gegeben; das sei ungehörig, da keine einzige Gemeinde in Böhmen in solcher Geldnot diese Summe „umsonst verschenken würde". Bei der Abführung von 1000 fl. (für die alte Darlehensschuld) nach Pardubitz wurden die Unkosten mit 13 fl. 15 kr. berechnet, sie hätten mit 6 fl. 15 kr. bestritten werden können, da Pardubitz von Kolin nur 4 Meilen entfernt sei. Besonders scharf wurden die großen Ausgaben für den Sollizitator Jontof Bunzel kritisiert.

Das Urteil des Gubernium in den Koliner Gemeindeangelegenheiten ist gemäß dem Vorschlage der Landesjudenschaft sehr strenge ausgefallen.[78]) Es ging am 4. VIII. 1768 an den Koliner Richter ab. Die Darlehenskassiere Primator Saudek und Median müssen für die außenstehenden Darlehensschulden garantieren. Rafael Blattau habe 838 fl. zu bezahlen, u. zw. 600 fl. für die ausgewiesenen Restanten und 283 fl. für ausgewiesene Schulden. Sein Vermögen ist sofort zu beschlagnahmen. In der Angelegenheit der „Winkelzusammenkunft" sieht das Gubernium als erwiesen an, daß die Ältesten die Angeklagten der Zahlungsverweigerung beschuldigt haben, damit ihre unerlaubte Gebahrung und Eigennützigkeit nicht entdeckt und die gefürchtete Untersuchung verborgen bleibe. Daher werden die 5 Vorstandsmitglieder, welche die Anklage unterschrieben haben, für schuldig befunden und zur Zahlung verurteilt: für die Kommissionskosten (50 fl. 53 kr.), für die Auslagen der 4 unschuldig Angeklagten, für ihre Reise nach Prag, ihre Schäden und ihr Versäumnis (108 fl. 59 kr.), weiters an den zu dieser Untersuchung gebrauchten Aktuar Philipp Weydl für verfaßte und abgeschriebene Schriften (68 fl.) und für den jüdischen Landesschreiber (33 fl.), zusammen 260 fl. 52 kr. Die Verbindung zwischen Perdonspacht und Einkassierung der Kontribution wird nicht gestattet. Es wird die Aufnahme eines christlichen Kassiers mit 100 fl. Gehalt vorgeschlagen. Das Gubernium erklärt die Ausgaben unter strengste Kon-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

trolle zu stellen und setzt zu diesem Zweck folgende Normen fest: Jede Quittung der Gemeindekassa muß von 2 Ältesten und 3 Gemeindeältesten unterschrieben sein; wenn sie über 5 fl. ist, muß sie vom Primator, 2 Ältesten und 2 Gemeindeältesten unterschrieben und mit eigenem Petschaft versehen sein. Jedes halbe Jahr müssen die Rechnungen an die Kammerbuchhalterei eingeschickt werden. Bei Reisen auf Gemeindekosten muß die Vollmacht ins Protokoll eingetragen werden und die Tagesdiäten dürfen 1 fl. nicht übersteigen. Jeder Kontribuent muß ein Kontributionsbüchel haben. Alle Gemeindegelder, mit Ausnahme der von der Darlehenskasse, sollen beim Oberkassier erliegen. Ähnliche Vorschriften werden auch für die Darlehens-Verwaltung gemacht.

„Da alle drei Jahre in jeder Judengemeinde eine Renovation (Wahl) sämtlicher jüdischen Gemeindevorsteher vorgenommen oder selbe allenfalls bestätigt werden, so wird der kgl. Richter und sein Adjunkt gleich bei Empfang dieses zu der neuen Renovation schreiten. Hiebei die sonst gewöhnlichen Formalitäten genau beobachten und hauptsächlich bedacht sein, daß lauter wohlverhaltene Leute, mithin keine, welche weniger als 10 fl. jährlich beitragen, desgleichen in das Los weder dermalige Primator, noch die Ältesten und Gemeindeältesten kommen." Bei jedem Gewählten muß der Richter vermerken, warum derselbe vorgeschlagen wurde oder fernerhin im Amte verbleiben soll. Wer Störungen verursacht, wird aus der Gemeinde oder aus dem Königreiche verwiesen. „Erfahrungsgemäß ist unter allen hierländischen jüdischen Gemeinden die Neu-Kolliner am allerunruhigsten sich betragende, die die Ämter stets behelligt."

VIII. Die Neuwahl.

Die letzte Gerichtsverhandlung der Ältesten, die im Monatshalterbuch mit ihrer Namensunterschrift verzeichnet ist, war am 19. Ab 5528 (2. VIII. 1768). Die Entscheidung des Guberniums hat ihrer Amtstätigkeit ein Ende gesetzt; es folgten die Vorbereitungen zur Neuwahl des Vorstandes. Der abtretende Primator und die Ältesten haben die Namen aller wahlberechtigten Kontribuenten aufgeschrieben und unter Kontrolle des Koliner Richters und seines Adjunkten in den Lostopf gegeben. Natürlich hing trotz der bestimmten Normen viel vom Gutdünken des Primators ab, wer zur Wahl zugelassen wurde. Die Wahl wurde in der Synagoge und in deren Vorhalle vollzogen. Zuerst wurden aus dem Lostopf 5 Wähler und 2 Zutreter (Ersatzmänner) gezogen. Die Zutreter warteten in der Vorhalle, während die 5 Wähler in der Synagoge unter Aufsicht des Richters ihre Beratungen abhielten und ihre Entscheidungen trafen. Im Falle, daß einer der Wähler oder einer seiner nahen Verwand-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ten in die Wahl gezogen wurde, mußte er die Synagoge verlassen und ein Ersatzmann trat an seine Stelle, sodaß die Zahl der 5 Wähler nie überschritten wurde. Die Majorität der Stimmen entschied. Das Interesse über den Wahlausgang war diesmal nicht nur in Kolin, sondern bei allen von den Vorgängen in der Koliner Gemeinde wohlunterrichteten Juden Böhmens groß. Das Resultat der Wahl war für alle eine Sensation. Der von den Behörden kritisierte und verurteilte, von vielen Gemeindemitgliedern verfolgte Saudek Jakob wurde zum Primator wiedergewählt. Nach dem Gesetze und Rechte, ja selbst nach der Entscheidung des Guberniums war er wieder wählbar, bei den Wahlmännern hatte er das Vertrauen, da sie von seiner Ehrlichkeit überzeugt waren; was hätte sie von seiner Wiederwahl zurückhalten sollen? Anders war es bei seinen Gegnern, die bisher alles unternommen hatten und vor keinem Schritte zurückgescheut waren, um ihn zu stürzen. Sie waren über den Ausgang der Wahl empört und bemühten sich, daß die Behörde die Sanktion der Wahl verweigere. Ihnen verdanken wir, daß wir über den Hergang der Wahl genau unterrichtet sind. David Isak und Elias Patzowsky gaben als „Bevollmächtigte der Kolliner Judengemeinde" am 7. IX. 1768 in einer Eingabe an das Gubernium, dessen Kopie sie mit einem gegen Saudek gerichteten Schreiben an die Landesjudenschaft einsandten, eine genaue Darstellung der Vorgänge bei der Wahl.[79]) Zuerst schildern sie in einer Übersicht alle Vorfälle der letzten Monate und „danken auf den Knien" für das ihre Gegner niederschmetternde Urteil, „damit die üble, unordentliche und schädliche Wirtschaft, an der Primator Saudek Jakob wegen seiner Nachläßigkeit Hauptschuld trägt, aufhören sollte. Doch die vorigen Ältesten und Gemeindeältesten sind zwar beiseite gesetzt, allein! leider erbarms Gott, wider alles Vermuten ist der Saudek Jakob wiederum zum Primator erwählt worden." Der Vorgang bei der Wahl war so ungerecht und parteiisch, wie es in „unser und deren Vorfahren Lebenszeiten in Kolin nicht gehört worden, geschweige geschehen ist." Sie fochten diese Wahl in folgenden Punkten als „unordentlich und gesetzwidrig" an:

1. Wurden die Schulväter niemals zur Wahl des Gemeindevorstandes oder anderer Beamten herangezogen, diesmal legte man die Namen aller 4 Schulväter in den „Losungs-Topf" hinein; drei von ihnen kamen richtig als Wähler heraus.

2. „Noch weniger hat man bei einer Renovation dergleichen Individuen, welche bei der Gemeinde durch die Ältesten als bedenkliche oder unfähige Leute aufgeschrieben und annotiert wurden, daß sie zu nichts gebraucht werden sollen, in den Losung-Topf eingelegt, anjetzo aber ist der Feisch Kauders, obschon selber in dem Ältesten-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Conferenz-Buch, wo Saudek selbst unterschrieben steht, vor 4 Jahren sich verpflichtete, 15 Jahre hindurch kein Amt oder Bedienung bei der Gemeinde anzunehmen, sogar gewählt worden." Ebenso seien Josef Nachom, der Bauern-Hosenschneider, und Herschl, Bauern-Hosenschneider dauernd unwählbar, wie sie protokollarisch selbst bestätigten.

3. Seien 5 Wahlmänner u. zw. die drei Schulväter: Nissan Benesch, Abraham Raudnitz und Josef Jonas, überdies Feisch Kauders und Lazar Ephraim[80]) „befreundet" (verwandt) mit Saudek Jakob.

4. Hätten die drei Wähler Feisch Kauders, Josef Nachom und Herschl Hosenschneider in gegenseitiger Übereinstimmung sich selbst als Gemeindeälteste gewählt.

5. Isak Blowitz[81]) im 3. Grad mit Saudek verwandt, hätten sie zum ersten Ältesten gemacht, damit sein Schwiegervater Josef Saudek, der sehr verdienstvolle vormalige Primator, wegen dieser Verwandtschaft nicht zum Primator gewählt werden könne.

6. Sei Josel Median, der beste Freund und gewesener Gesellschafter des Saudek Jakob, als zweiter Ältester gewählt worden.

7. Bei der Wahl des Primators hätten Feisch Kauders, Lazar Kohn und die beiden Hosenschneider, die von den 3 Schulvätern aus Parteirücksichten gewählt wurden, ihre 4 Stimmen auf Saudek Jakob vereinigt, was hätte da das verneinende Votum des als Zutreter berufenen Simon Levi ausrichten können.

8. Hätte Saudek Jakob bei der Wahl mit dem Richter „in Schul" geredet.

Dem Gesuche ist folgendes „Schema" beigegeben. „Schema der zu Kollin vorgenommenen Renovation deren jüdischen Ämtern.

1. Benennung deren Wähler:

Abraham Raudnitz,[82]) Schulvater, dessen Eheweib leiblich Geschwister-Kind mit Primator Saudek.

Joseph Jonas, auch Schulvater, welcher selbst mit Saudek Jakob seinem Weibe[83]) leiblich Geschwister-Kind.

Feisch Kauders 1. beider Frauen[84]) in 2. Grad befreundet, 2. vor 4 Jahren annotiert, daß etc.

Josef (Nachom) Hosenschneider darf zeitlebens kein Amt bekleiden.

Herschl Hosenschneider, dergleichen zu keinem Amt tauglich.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Zwei Zutreter:

Nissan Benesch, Schul-Vater und Schwager[85] von Saudek Jakob.

Lazar Ephraim im 2. Grad befreundet.

2. Benennung deren Erwählte:

Saudek Jakob, Primator.

Isak Blowitz, 1. Ältester und Schwiegersohn des vorigen Primators Joseph Saudek.

Joseph Median,[86]) 2. Ältester, der gewesene Gesellschafter und alter Darlehenskassier mit Saudek Jakob.

Abraham Mattersdorf (Martinowes), als 3. Ältester.

Lazar Kohn (Katz), der ungelehrte Bandelmacher.

Gemeindeälteste:

Joseph (Nachom), Bauern-Hosenschneider.

Feisch Kauders.

Herschl, Bauern-Hosenschneider.

Joseph Hersch Hineles."

Die Gesuchsteller schilderten dann das Unglück der Gemeinde, das entstehen müßte, wenn dieser dem Saudek ergebene Vorstand die behördliche Bestätigung erlangen möchte; diese könnte auch nicht erfolgen, „da Blutsverwandte in öffentlichen Judizialämtern nicht zusammen sein dürfen".

Wir konnten nicht feststellen, ob das Gubernium die Durchführung der Wahl als ein Parteiwerk des Saudek Jakob ansah, oder die Person Saudeks die Ursache war, daß die Bestätigung zur Wahl nicht erteilt wurde. Wir wissen nur, daß der Kauř. Kreishauptmann am 8. X. 1768 die Landesjudenschaft davon verständigte, daß er selbst am 10. X. in Kolin die Untersuchung wegen der Wahl vornehmen werde und er erbat sich den Primator Falk Lederer und Joachim Popper für den 11. und 12. X. dahin, damit sie dort nötigenfalls eingreifen können. Es kam tatsächlich zur Neuwahl. Saudek Jakob selbst ist nicht wieder Primator geworden, dagegen bestand der neue Vorstand aus seinen nächsten Verwandten, die zum Teile bereits früher gewählt waren.

Unsere Ausführungen, die wir auf die Amtszeit des Primators Saudek Jakob begrenzt haben, sind zu Ende. Der Vollständigkeit halber wollen wir jedoch den neugewählten Vorstand anführen. Dieser setzte sich folgend zusammen:

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Primator: Abraham Raudnitz.

Älteste:

1. Nissan Benesch.
2. Abraham Martinowes (Mattersdorf.[87])
3. Feisch Anschel Kirchlap.[88])
4. Lazar Kohn.

Gemeindeälteste:

1. Josef Nachom.[89])
2. Gerson David.
3. Feisch Kauders.
4. Josef Hersch.[90])

Dieser neue Vorstand hielt laut dem Monatshalterbuch am 13. Cheschwan (25. X.) 1768 seine erste Gerichtsverhandlung ab. Aber auch der neue Vorstand hat die finanziellen Verhältnisse der Koliner Judenschaft nicht besser gestalten können. Er hatte mit denselben Schwierigkeiten bei Einkassierung der Kontribution, bei Aufteilung der Zuschläge, in der Beschaffung von Darlehen u. a. zu kämpfen als der frühere Vorstand. Ja nach einem Gesuche an die Kaiserin im Jahre 1772 waren die darauffolgenden noch viel schlimmer. Dieser Umstand läßt den Schluß zu, daß auch der Primator Saudek Jakob und alle seine Mitarbeiter im Vorstande im Großen und Ganzen ihrer Pflicht nachgekommen sind. De Zeitverhältnisse, persönliche Angriffe und Feindschaften verschärft durch Parteizwistigkeiten waren jedoch stärker als sie selbst.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Anmerkungen.

[1]) Monatshalterbuch Nr. V. der Neu-Kolliner Judengemeinde (= M.-B.) aus den Jahren 1766—1778. Größe: 34 × 22. Umfang: 232 Blatt, vollbeschrieben, schöne hebräische Kursivschrift, teils in hebräischer, teils in jüdisch-deutscher Sprache. In den 708 Nummern sind die Protokolle der Gerichtsverhandlungen und Sitzungen des Gemeindevorstandes niedergeschrieben und mit ihrer eigenen Namensunterschrift versehen. Diese Protokolle wurden nur von den beiden „geschwohrenen" Schreibern eingetragen. Dieses Manuskript gelangte aus dem Besitze des sel. Dr. Markus Fischer durch Vermittlung des Herrn Oberrabbiner Dr. H. Brody in den Besitz der Bibliothek.

[2]) Nová man. J $^{7}/_{70}$; Camerale R $^{7}/_{1}$, $^{7}/_{4}$, $^{7}/_{5}$, $^{7}/_{13}$, $^{7}/_{14}$, $^{7}/_{17}$, $^{7}/_{25}$.

[3]) Aktenstücke der Landesjudenschaft Be, Bm, By 1—112, Bu. (Über den Inhalt an jüdischen Akten der beiden Archive gibt Archivar Dr. Josef Bergl in „Encyklopaedia Judaica", Berlin 1929, III. Bd., S. 260 f. Aufschluß).

[4]) Über das Alter und die Größe der Koliner Gemeinde unterrichtet: Popper Moritz, Zur Geschichte der Juden in Kolin im 14. Jahrhundert (Monatsschrift f. G. u. W. d. J. 38. Jg., S. 219 f.); Stein A., Die Geschichte der Juden in Böhmen, Brünn 1904, S. 39 f; ebenso die ausgezeichnete Familiengeschichte von Dr. Gottlieb Stein, Familie Schidlow, Prag 1925; Feder Richard, Kolinští Židé. (Kalendář česko-židovský 1927/28, S. 197 f).

[5]) Der Koliner Gemeinde-Rabbiner Michel Juda erhielt am 23. III. 1739 zugleich die Kaurimer Kreisrabbiner-Stelle (Repertorium aller Aktenstücke der alten jüd. Landesregistratur, D b 40, im Archiv der Prager isr. Kultusgemeinde). Am 20. V. 1759 wurde dem Kauř. Kreisrabbiner ein freiwilliger Beitrag aller Kreiskontribuenten per 1 kr. von jedem steuerbaren Gulden bewilligt (ebenda Nr. 48). Im 19. Jahrhundert war Lieben (K. R. Salomon Winter 1779—1858), dann Karolinenthal (K. R. Jacob Haller st. 1890) Sitz des Kauř. Kreisrabbinates.

[6]) In Anlehnung an „die Ältesten der Kinder Israel", wie z. B. Exod. III. 16.

[7]) In den Akten steht „gemein" oder „gemeind Eltester".

[8]) Siehe: The Jewish Encyclopedia, New-York-London 1901, Vol. VI, S. 561; Illoway Henry, The controversial letters... of the late Rabbi Bernhard Illowy, Ph. D. Berlin 1914, S. 13.

[9]) Er ist 1720 als Sohn des Jakob (geb. 1690) und der Judith (Gitl) Saudek geboren und starb am 1. IV. 1790. Die Familie Saudek war schon vor 1618 in Kolin ansässig. In den weiteren Ausführungen ist bezüglich der Namen zu beachten, daß in der Regel der erste Name den Sohn, der zweite den Vater bezeichnet: daher Saudek Jakob, d. h. Saudek Sohn des Jakob. In der Unterschrift fügt er, wie alle anderen, noch hinzu: aus Kollin.

[10]) Er nahm 1787 den Namen Blumberger an, starb 1790 in seinem 73. Lebensjahre. Seine Grabschrift rühmt von ihm, daß er 20 Jahre Vorsteher der Gemeinde war. (Er wurde 1778 zum zweitenmal als Ältester gewählt.)

[11]) Ging 1770 in den Fluten der Elbe unter. (Im Buche der Beerdigungsbrüderschaft in Kolin, aus dem ich durch die Freundlichkeit des Herrn

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Prof. Dr. S. H. Lieben einige Sterbedaten entnehmen konnte; ein Teil dieser Daten ist aus dem M.-B. und den drei Familiantenbüchern von Kolin im Archiv d. M. d. I. entnommen). Seine Frau Deborah, die ihm nach wenigen Wochen in den Tod folgte, war die Schwester seines Amtsnachfolgers Pinkas Nathan Levi. (M.-B. Nr. 293.)

[12]) Er war ein Bruder des aus Kolin stammenden Samuel b. Nathan Levi, Verfasser des Machzith ha-Schekel (1724—1806), und ist unter den Initialen R. P. (Rabbi Pinkas), die im Briefe des Nathan Schidlow an Samuel Kell Levi den Bruder (des letzteren) bezeichnen (Stein Gottlieb a. a. O. S. 29) gemeint. Im Familiantenbuch von Kolin (Archiv M. d. I.), Blatt 136, heißt er Schindelka Adam sonst Pinkas Nathan; er starb am 25. VIII. 1806. Sein Sohn Aron Schindelka (1788—1846) heiratete Rosel, Tochter des Samuel Petschek. (ebenda; Vrgl. auch Stein Gottlieb a. a. O. S. 49 f). Seine Mutter Béle (Barbara) und sein Bruder Benjamin Levi werden im M.-B. oft erwähnt. (M.-B. Nr. 274, 286.)

[13]) Siehe Stein Gottlieb a. a. O. S. 24. und 26. Würzburger leote von 1696—1788: Flammerschein von 1710—88.

[14]) Wörtlich darüber: „...in Absicht des bei der Prager Judenschaft von unerdenklichen Jahren her gebräuchliche Observanz, die Beisitzer lediglich zum Judiciale in Punkto Debiti, keineswegs aber zu denen Privat-Sessionen bei der Prager jüdischen Instanz applicieret werden, folglich ab Exemplo der Prager Judenschaft die Neu-Kolliner jüdischen Assessores eben kein mehreres Beisitz-Recht außer in Judizial-Sachen haben." (Archiv des Ministeriums des Innern [= A. M. J.] Cam. R $^{7}/_{4}$ Nr. 3 f.)

[15]) Ist bald zum Ältesten vorgerückt.

[16]) Der Wortlaut des Gubernialerlasses vom 17. I. 1764 über die als Muster dienenden Prager Gepflogenheit ist: „...Die Prager jüdische Observanz hingegen sich dergestalt verhaltet, daß zu den in Gemeindeangelegenheiten haltenden privat Sessionen niehmals ein Beisitzer gezogen, wohl aber zu Sessionen, worinnen Judicial-Sachen tractiert werden, mit dererselben Zuziehung gepflogen werden."

[17]) Vrgl. die erste Anmerkung.

[18]) Primator Saudek Jakob als Monatshalter erklärte z. B., laut M.-B. Nr. 104, bei einer strittigen Schuldforderung: da die Sache in Din Thora (biblisch-talmudisches Recht) einschlägt, der Rabbiner aber gegenwärtig verreist sei, wird die Austragung des Prozesses bis zu seiner Heimkehr verschoben.

[19]) Scherer J. im Österreich. Staatswörterbuch unter voce Juden (Böhmen), II. Bd. S. 318.

[20]) Sie ist von Simon Leipen „Landt Jüdischer Schreiber" geschrieben und von Josef Levi Ausch (Hock-Kaufmann, Die Familien Prags, Preßburg 1892 [= H.-K.] S. 7), Isak Tabor, Moyses Abraham Leitomischl, Löb Jechiel Michel Levito, Schmul Meier Weil unterschrieben.

Die hier angeführten Akten befinden sich im Archiv d. M. J.

[21]) Zwei Älteste Landdeputierte (Rosche Medinoh = Häupter oder Spitzen des Landes), fünf gemeine Landdeputierte (Tube Medinoh = die Besten des Landes) und drei Beisitzer, „welche Raittungsrevidierer sein sollen" (Roé Cheschbonim = Revidenten).

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
UB
DFG

[22]) Als erster ist darauf Rabby Moyses ben Mayer von Kolin unterschrieben.

[23]) Freudenthal Max, Leipziger Meßgäste in Monatsschrift a. a. O. 45. Jg., S. 491 erwähnt ihn als Meßgast v. J. 1668; er dürfte der Bruder des späteren Primators Abraham Aron von Lichtenstadt gewesen sein.

[24]) War 47 Jahre für die Landjuden tätig, starb 1686. (H. K. S. 72.)

[25]) Über den langwierigen Verleumdungsprozeß von 1793 gegen ihn siehe: Repertorium a. a. O., Lg und Grunwald M., Samuel Oppenheimer und sein Kreis, Wien u. Leipzig 1913. S. 331 f. Am 14. XII. 1701 wurde er von Kaiser Leopold „wieder in sein voriges Officium als Landesprimas eingesetzt" (Repertorium a. a. O.). War 1683 in Leipzig. Freudenthal a. a. O. S. 491.

[26]) Über seine Anklagen gegen Abraham Aron und seine Verurteilung in Repertorium Hc u. Lg und Grunwald a. a. O., S. 332 f.; in Leipzig 1678. Freudenthal a. a. O. S. 504.

[27]) Als Primatoren der Landesjudenschaft sind uns bekannt: 1. Der bereits erwähnte Abraham Aron Lichtenstadt. 2. Isak Sacerdot Kollin wird 3. XII. 1702 zum Pr. ernannt. 1710 wird er noch als Landes- und Kolliner Pr. bezeichnet; er starb am 26. II. 1713. 3. Wolf Levi aus Sahr wurde am 18. XII. 1713 als Pr. erwählt und bestätigt. (In der 1724 erfolgten Consignation der Juden Böhmens wird bei der Gemeinde Königsberg, Saazer Kreis, erwähnt: „Joachim Levi von Sahr in Böhmen gebürtig, dessen Vater 20 Jahre Landesdeputierter und Primator gewesen ist.") 4. Meyerle Benjamin Prestitz wird am 27. VII. 1718 Vice Pr. (Vrgl. Grunwald, a. a. O. S. 335). 5. Hirschl Kalmus Lichtenstadt wird 9. III. 1712 Beisitzer, 27. VII. 1718 Deputierter, 11. III. 1723 Pr., erhält am 10. XI. 1730 für seine durch 19 Jahre geleisteten Dienste eine „Erkenntlichkeit" von 1500 fl., er unternimmt wiederholt in seiner Eigenschaft als Pr. Reisen nach Wien, er versah das Amt bis zu seinem Tode 1743. (Vrgl. Grunwald a. a. O., S. 338.). 6. Wolf Popper aus Březnitz wird 16. VI. 1730 Beisitzer, 13. III. 1732 Deputierter, 23. X. 1743 Pr., starb 1767. (Vrgl. Krauß Samuel, Joachim Edler von Popper, Wien 1926, S. 15 f.) Gegen Ende seines Lebens hat er das Amt eines Pr. nicht mehr ausgeübt, was seine Unterschrift vom 12. II. 1767 beweist, die nach der seines zwar noch nicht definitiv ernannten Amtsnachfolgers 7. Falk Lederer aus Radnitz erfolgte. Dieser wurde 24. IV. 1749 Pilsner Kontributionseinnehmer, 20. IV. 1761 Beisitzer, 20. VII. 1767 Pr., gleichzeitig erfolgte die Ernennung 8. Joachim Popper zum Deputierten an Stelle seines verstorbenen Vaters, er wurde am 20. IX. 1770 Vice Pr. (statt des zurückgetretenen Falk Lederers), 24. IV. 1772 Pr. bis 12. V. 1792, er starb 1795. Die angeführten Daten sind hauptsächlich aus dem Repertorium a. a. O. entnommen.

[28]) Repertorium a. a. O. Jg.

[29]) Wurde am 14. II. 1766 ernannt, am 6. XII. 1768 wegen Umtriebe seines Amtes entsetzt und 1776 aus dem Lande verwiesen.

[30]) Die Deputierten mußten sich da ausschließlich den Amtsangelegenheiten widmen, wie dies aus folgendem Erlaß vom 11. V. 1767 hervorgeht: „Joachim Popper möchte auf Verlangen und Bitten des Prager Juden Bezalel Sobotka von hier ab auf das Land geschaft werden, da er samt den Domestiken in Prag zum großen Nachteil der hiesigen armen Judengemeinde verschiedene Negoty treibt." (Akten d. L.-J. im Archiv d. Nm., Cc 68.)

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

[31]) Der Kauř. Kreiseinnehmer war Jakob Samuel Kostelitz, der der Koliner Gemeinde wiederholt mit Exekution drohte.

[32]) Es dürfte einen Schlüssel für die Aufteilung zwischen Prag und Land gegeben haben, der mir nicht bekannt ist.

[33]) M.-B. Nr. 61 u. a.

[34]) Archiv d. M. d. J. Cam. R $^{7}/_{1}$ Nr. 5 f.

[35]) Für den Oberstburggraf unterschrieb zumeist Anton Franz Hochhaus, für die Judenkommission Franz Christian Damm.

[36]) Diese Dienstentlassung erfolgte erst nach fast 2 Jahren, vermutlich aus anderen Gründen. (M.-B. Nr. 32.)

[37]) M.-B. Nr. 31. Der damalige Liberer war Jakob ben Israel.

[38]) Ebenda Nr. 32.

[39]) Am 28. IX. 1766. Aktenstücke d. L. J. im Archiv des Nationalmuseums By Nr. 85.

[40]) Als Primator der Gemeinde Lieben wurde er am 25. IV. 1766 zum Beisitzer gewählt, 1770 wurde er wegen Unterschlagungen von seinem Amte enthoben und übersiedelte dann nach Wien. (Repertorium a. a. O. Bk 106).

[41]) Samuel Hersch Levi wird so als der Mann der Riffke (Rebecka—Rhele) genannt.

[42]) Am 23. I. 1767. Archiv M. d. J. Cam. R $^{7}/_{13}$ Nr. 2 f.

[43]) M.-B. Nr. 59.

[44]) Archiv M. d. J. Cam. R $^{7}/_{10}$.

[45]) Ein Gulden hatte 60 Kreuzer.

[46]) Enoch (1708—1763), Josef (geb. 1710) und Lippmann (geb. 1712) waren Söhne des Joachim (1684—1761) und der Breindl Saudek. (Einige Familien- und Geburtsangaben sind aus „Poznamenam tiech židůw kteřy w Kral Miestie Novem Kolýnie nad Labem se wynachazegy" von 1724 im A. d. M. d. I. entnommen).

[47]) Starb 1772. Seine Familie nahm den Namen Nagel an. Pinkas Nathan Levi heiratete als Witwer 1773 seine Tochter Reik (Rosaria) (M.-B. Nr. 384, 472).

[48]) Ebenda Nr. 60.

[49]) Ebenda Nr. 79.

[50]) Ebenda Nr. 64u. 88.

[51]) Starb 1767. Wird von Stein Gottlieb a. a. O. S. 18 f erwähnt.

[52]) M.-B. Nr. 63. (26. IV. 1767.)

[53]) Über die Talmud-Thora: M.-B. Nr. 88 und 108.

[54]) Der aus Kolin gebürtige Feiwel (Philipp) Plaut (1818—1895), gewesener Rabbiner in Velké Šurany (Slowakei) schildert in der Vorrede zu seinem 11bändigen Werke Likute Chawer ben Chaim (Preßburg 1878) die jüdischen Verhältnisse in Kolin, wie sie noch im 19. Jahrhundert gewesen sind. Nach dieser Schilderung gab es damals über 400 jüdische Familienväter, von denen viele des Talmuds kundig waren und mehrere Stunden täglich Talmud und Mischnajoth gemeinsam lernten. Die Kinder wurden schon im Alter von drei Jahren im Beten (Lesen) unterrichtet und alle Väter ließen ihre Kinder im Talmud unterweisen.

[55]) Er wurde 1772 zum Ältesten gewählt. Plaut wurde sein Familienname. Der in Anm. [34]) erwähnte Feiwel Plaut war sein Urenkel.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[56]) Über einen Prozeß wegen eines Hauses, den er gemeinsam mit seinem Schwiegersohne Beer, Sohn des Rabbiners Jakob Illowy und mit seinem Schwager Abraham Raudnitz gegen seinen Bruder Eisig Markus Skutsch und Israel Konitz geführt hat, siehe: Stein Gottlieb a. a. O., S. 17 f. und M.-B. Nr. 620; er starb 1790.

[57]) Akten der L. J. i. Archiv d. Nm., By 8—13/92.

[58]) Er heiratete Rösl, Tochter des David Chlumnitz; 1778 übersiedelte er nach St. Gotthard in Ungarn (Eisenburger Komitat), wo er beim Tabakwesen angestellt war.

[59]) Akten d. L. J. im Archiv d. Nm. By 16/92. F. Koweinitz wurde 1779 als Gemeindeältester gewählt; er starb 1800.

[60]) Wurde 1779 zum ersten Ältesten in den Gemeindevorstand und zum Oberinspektor der Koliner jüdischen Schneiderzunft gewählt. Er nahm den Familiennamen Hitz an und starb 1802.

[61]) Starb 1806 in Pest (Familiantenbuch von Neu-Kollin im Archiv d. M. d. J.)

[62]) Archiv M. d. J. Cam. 7/14.

[63]) Über seinen Prozeß: M.-B. Nr. 620; Stein Gottlieb a. a. O. S. 17 f.

[64]) Nahm infolge der Josefinischen Gesetzgebung den Namen Nathan Schidlow an; lebte 1727—1805, ebenda S. 17 f.

[65]) M.-B. Nr. 68.

[66]) Ebenda Nr. 71—73.

[67]) (Billet) Anweisung zu einer Familie, bei der ein Armer die Sabbatmahlzeiten bekam.

[68]) Sarl, Frau des Abraham Raudnitz, war die Tochter des Markus Skutsch.

[69]) M.-B. Nr. 109—111.

[70]) Die Mitglieder des Gemeindevorstandes und alle, die in der Gemeinde ein Ehrenamt versahen, hatten Anspruch auf diese Ehrenbezeugung.

[71]) Archiv M. d. J. Cam. R 7/14.

[72]) Wurde 1779 zum Primator der Koliner Gemeinde gewählt; starb 1785.

[73]) War 1761 Gemeindeältester.

[74]) Unter den Akten der Land.-Jud. im Nat.-Mum. befinden sich diese Rechnungen, zumeist in hebr. Sprache, jedoch kein einziges Buch von der Koliner Gemeinde.

[75]) Aktenstücke der L.-J. im Archiv d. N. M. By 25—31/92. Rafael S. d. Gutmann Blattau hieß später Freund; er starb am 22. VI. 1792 in seinem 73. Lebensjahre. Sein Sohn Gutmann Freund (starb 1799) wird von Stein Gottlieb a. a. O., S. 26 erwähnt.

[76]) Ebenda By 87.

[77]) Während der Abwesenheit des Gemeindevorstandes haben die Schulväter das Amt der Ältesten versehen; sie versiegelten die Zimmer des verstorbenen Samuel Koweinitz und nahmen die nacheinander erfolgten Ansprüche der Gläubigen auf dessen Vermögen an. (M.-B. Nr. 155.)

[78]) Ebenda By 97.

[79]) Ebenda By 36/92.

[80]) Seine Frau hieß Sarah; er nahm den Familiennamen Karpner an. Wird erwähnt von Stein Gottlieb a. a. O. S. 25 u. 338.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[81]) War 1778 Rabbiner in Kanitz, später in Hotzenplotz (Flesch H., Geschichte der Juden in Kanitz in: Die Juden ... Mährens ..., Brünn 1929, S. 269 und 277 Anm. 45 und wurde am 27. X. 1785 als Caslauer Kreisrabbiner bestätigt (Repertorium a. a. O. Db 72). Seine Frau Chaie Sarah war die Tochter des Josef Joachim Saudek, eines Cousins des Primators Saudek Jakob Saudek.

[82]) Hendel (1704—1771), die Mutter seiner Frau Sarl, Frau des Markus Skutsch war die Schwester der drei Brüder Joachim, Baruch und Jakob (Vater des Primators) Saudek. Er nahm den Namen Sachsel an und starb am 19. II. 1813.

[83]) Saudek Jakobs Frau hieß Rösl.

[84]) Kauders Frau war Rösl, Tochter des David Chlumnitz.

[85]) Sarah (1725—1812), Frau des Nissan Benesch, war die Tochter Jakob Saudeks und die Schwester Saudek Jakobs, siehe: Stein Gottlieb a. a. O., S. 39.

[86]) Später hieß er Schickler. Seine Söhne David und Michael: ebenda: S. 76. Starb 1789.

[87]) Übersiedelte 1772 nach Kosteletz.

[88]) Starb 1777. Seine Familie hieß nachher Friedländer.

[89]) Lebte von 1718—1771.

[90]) Sein Familienname war später Mandelik.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
DFG

Die Ramschak Chronik

von S. H. Lieben (Prag).

Vorwort.

Seit meiner Jugend habe ich überall nach der Wallersteinischen oder Ramschak-Chronik gefahndet, die mir nach den Zitaten bei Schottky „Prag, wie es war und wie es ist", bei M. W. Jeiteles „Sikaron lejom acharon" und bei Podiebrad „Altertümer der Prager Josefstadt" viel Bedeutsames zur Geschichte meiner Vaterstadt, des jüdischen Prag, zu enthalten schien, wenn auch manches auf den ersten Blick Unglaubliche. Ungefähr im Jahre 1910 fand ich unter den vielen, wertvollen Archivalien, die der seither verstorbene Präsident der israel. Kultusgemeinde Dr. Arnold Rosenbacher aus dem Nachlasse David Podiebrad's erworben hatte und deren Durchsicht er mir mit freundlicher Bereitwilligkeit gestattete, drei Bändchen, in denen ich die Quelle sämtlicher Zitate aus der Wallersteinschen oder Ramschak-Chronik erkannte. Und merkwürdige Fügung. Ich, der ich nie die Absicht hatte, diese Handschrift zu veröffentlichen, tue dies jetzt auf Veranlassung von Prof. Steinherz, während Jeiteles, Schottky, Wehli, Podiebrad die diese Veröffentlichung in Aussicht stellten, davon Abstand genommen haben.

Ich habe meine Arbeit angordnet nach zwei Punkten, erstens die Ramschak-Chronik in der Literatur zweitens die Handschrift der Ramschak-Chronik. Im Anhange gebe ich ein vollständiges Inhaltsverzeichnis der Chronik, die ich dem Beispiele Podiebrads folgend, die Ramschak-Chronik nenne.

Prag, im Jänner 1929.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

A. Die Ramschak-Chronik in der Literatur.

I. Im Lichte der Autoren.
II. Die Zitate aus der Chronik.
III. Ergebnisse.

I. Was die Autoren über die Chronik sagen.

Peter Beer in „Geschichte aller religiösen Sekten der Juden I. S. 335: „Eine uralte Prager Chronik." Moses Wolf Jeiteles in der Vorerinnerung zu seinem „Sikaron lejom acharon" I.: Nicht minder habe ich mehrere Artikel, der noch nie in Druck erschienenen, teils rabbinisch, teils jüdisch-deutsch abgefaßten Wallersteinischen Judenchronik zum Behufe dieses Werkes benützt. Herr Markus Fischer, dem ein fast vollständiges Exemplar dieser ebenso seltenen als merkwürdigen Chronik zu Gebote gestanden, hat die Güte gehabt, die mir für die gegenwärtige Sammlung geeigneten Artikel, daraus ausziehen zu lassen und nachdem er sich der sehr mühsamen Arbeit, sie treu, ja wörtlich ins Reindeutsche zu übertragen, unterzogen hatte, mir auch gestattet, sie in dem vorliegenden Werke gehörigen Orts aufzunehmen.

Julius Max Schottky in seinem „Prag, wie es war und wie es ist" I, S. 313: ..aber die erträglicheren Geschichtswerke dieser Art, z. B. die Wallersteinische Judenchronik reichen nicht so weit hinauf und die späteren sind ebenfalls größtenteils nur geistlose Compilationen." Dazu in Anmerkung: „Die unter dem Namen der Wallersteinischen Judenchronik bei den böhmischen Juden ziemlich allgemein geschätzten Annalen sind nie im Druck erschienen und scheinen daher auch nur sehr wenigen Geschichtsschreibern bekannt zu sein. Nichts destoweniger aber dürfen sie in mehr als einer Rücksicht die Beachtung des Altertumsfreundes, und in noch höherem Grade, die Aufmerksamkeit des Forschers der vaterländischen Geschichte verdienen. Der Hauptinhalt dieser Chronik besteht zwar nur in Gegenständen, welche die Juden in Böhmen und in den an das letztere grenzenden Provinzen betreffen; dessen ungeachtet aber finden sich unter den darin angeführten Daten

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

eine Menge von Dingen, die auch für die christlichen Bewohner dieses weitläufigen Königreiches vom höchsten Interesse seyn dürften; indem darin nicht Weniges aus den Zeiten des unseligen Hussitenkrieges etc. etc. vorkommt, das sich schwerlich in einem andern die Geschichte Böhmens betreffenden Werke findet. Die Sprache darin ist die sogenannte talmudisch-rabbinische, mit Ausnahme der Verordnungen der Landes- und Ortsbehörden, welche letztere im jüdisch-deutschen Idiome erscheinen. (Bemerkung, welche der Verfasser Herrn Markus Fischer zu verdanken hat)."

S. 362 „Ihre (der Wallensteinschen Chronik) merkwürdigsten Artikel wurden von Herrn Marcus Fischer aus dem Hebräischen übersetzt und sollen von dem Verfasser dieses Werkes dem Publikum übergeben werden."

Ernst Wehli in Ben Chananjah 1861. Nr. 11, S. 93: „ . . . Ich bin in der Lage, aus einem die Geschichte der Prager Gemeinde betreffenden Manuskripte Auszüge zu machen, und dieselben den Lesern d. Bl. vorzulegen. Das Manuskript, das den sel. Steueramts-Sekretär Markus Fischer zum Verfasser hat und mir von dessen Neffen, dem Kassa-Offizial Herrn Wolf Winer mitgeteilt wurde, besteht aus drei Büchern. Die darin enthaltenen Daten Gemeinde- und Rabbinats-Dekrete, die in der Regel gemeinschaftlich unterschrieben sind, — scheinen aus dem Hebräischen übersetzt zu sein. Chronologische Bestimmungen fehlen ganz; jedes Faktum ist mit einer Nummer bezeichnet. Ich werde daher diese Analekten nicht nach ihrer Reihenfolge mitteilen, sondern nach Maßgabe des Interesses, das sie einzuflößen geeignet sind, auf einander folgen lassen."

David J. Podiebrad in der Vorrede zur 3. Auflage der „Altertümer der Prager Josefstadt", Prag 1870: „Die Eine (Handschrift) enthält zwar incorrecte, jedoch wertvolle von einem Literaten Markus Fischer gemachte Auszüge aus der im 17. Jahrhundert niedergeschriebenen „Rabbi Moses Ramschak'schen Chronik der Prager Judengemeinde." Die Mangelhaftigkeit der Handschrift machte es dem Verfasser nur möglich, einzelne Bestandteile nach genauer Prüfung und sorgfältiger Vergleichung mit sicheren historischen Daten zu verwerten.

A. Ki. (Rabiner Dr. Alexander Kisch) in The jewsh Encyclopedia V S. 401 unter dem Stichworte Marcus Fischer: Er (Marcus Fischer) übersetzte die sogenannte „Wallerstein Chronik" aus dem Tschechischen ins Deutsche, eine Handschrift, die in Prag bis vor 50 Jahren bekannt war, seither aber verschwunden ist, sie enthält eine Geschichte der Juden in Prag zur Zeit der Hussiten. Die Übersetzung ist leider nicht erschienen; sie soll im Besitze des Historikers G. Wolf in Wien sein.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

II. Was aus der Chronik zitiert wird.

Peter Beer in „Geschichte ... aller religiösen Sekten der Juden ..." Prag 1822 I, S. 335. „Eine uralte Prager Chronik erzählt: Als einst König Wladislav IV. die Judenvorsteher bei einer Audienz, über die Anzahl ihrer Armen befragte, und sie ihm diese Zahl bestimmt angaben, fragte er sie, woher sie solches mit Gewißheit thun können. Darauf antworteten sie: daß sie zu dem Osterfeste an die Armen eine gewisse Anzahl Tikten (ein altböhmisches Maß oder Gewicht) Reis vertheillen und darnach die Zahl der Armen berechnen."

Moses Wolf Jeiteles zitiert in seinem Sikaron lejom acharon folgende Stellen: An den Religioslehrer — more zedek — in Sobieslau: Höchst tadelnswert finden wir Euer Benehmen, rücksichtlich der von Euch erlassenen Anordnung, nach welcher die kürzlich dort verstorbene . . ., weil sie einmal eine Jugendsünde begangen, außerhalb des Friedhofes begraben werden mußte. Höchlich mißbilligen wir diese Verfügung, sowie wir unsere Unzufriedenheit Euch darüber zu erkennen geben. Wo findet Ihr dergleichen in unseren Gesetzbüchern vorgeschrieben? Wo eine solche Strafe über eine Schuld verhängt, woran fast immer der Mann weit mehr Antheil hat als das Weib, und daher mehr jenem als diesem zur Last gelegt werden muß? Ihr habt daher entweder keine Kenntnis des Gesetzes, oder es haben, wie wir nicht mit Ungrund vermuten, andere Rücksichten Euch zu dieser Schlußfassung bestimmt. In beiden Fällen verdient Ihr Verweis der stärksten Art. Sollen die ehelichen Nachkommen dieser Frau . . ., die, mit Ausnahme des einzigen in ihrem sechzehnten Jahre begangenen Fehltritts, stets ein tadelloses Leben führte, die Schande der Mutter ewig vor Augen haben? Und soll dieser Makel ihnen ewig gegenwärtig sein? Bestrebt Euch Eintracht und Friede in Euerer kleinen Gemeinde zu erhalten, und laßt es Euch künftighin nicht mehr einfallen, solche oder ähnliche Beschlüsse, um einer Partei zu gefallen. zu erlassen; indem, wir sagens Euch, gewiß alsdann jene nicht ungeahndet bleiben werden. Von dem Prager Beth din Ijar (S. 47.)

Es hat sich seit einiger Zeit leider nicht wenigemal ereignet, daß die Toten einen oder mehrere Tage nach ihrer Beerdigung zur Nachtzeit ausgegraben, gräßlich verstümmelt, und entfernt vom Friedhofe, ja manchmal garnicht wieder gefunden wurden. Die Veranlassung solcher Schändlichkeiten und Greuel kann kein anderer sein, als, daß die den Toten mitgegebenen Kleider hie und da mit Silber und Gold bordiert werden. Es wird daher jedermann auf das Strengste verboten, irgend etwas dergleichen an den Sterbekleidern anzubringen, und wenn es schon früher daran befindlich gewesen sein sollte, es unbedenklich wieder

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

davon abzunehmen. Auch ist zu diesen Sterbekleidern keine feine, sondern blos eine gewöhnliche und sogenannte Klosterleinwand zu gebrauchen, und haben sämtliche die Beerdigung der Toten besorgenden Personen beiderlei Geschlechts auf die Befolgung dieser Vorschrift sorgfältig zu wachen. Tewes 299. Band 7. Blatt 33. (S. 49.)

21. Kislew 311. Es ist nach Stimmenmehrheit beschlossen worden, daß niemandem eine Leichenrede gehalten werde, bevor nicht die Anzeige davon an den bestehenden Ausschuß der fünfzehn Familienväter geschehen, und dieser die Erlaubnis schriftlich dazu erteilt hat. Ist aber einer der Ausschußmänner mit dem Verstorbenen in irgend einem Grade verwandt oder verschwägert, so hat in diesem Falle an dessen Stelle wie gewöhnlich einer der Ersatzmänner zu diesem Behufe einzutreten. Aus den Gemeinde Statutenbüchern Numero 14 Blatt 81. (S. 55.)

Vorigen Mittwoch, 13. Siwan 447 starb und wurde beerdigt der würdige, seiner Gemeinde ewig unvergeßliche Josef Minz s. A. der Rabbi Hirsch hielt dabei eine sehr rührende Leichenrede, welche, die Verdienste des Verblichenen gehörig würdigend, seinen seltenen Tugenden ganz angemessen war. Die Augen aller Zuhörer schwammen in Tränen. Es mochte aber vielleicht auch keiner darunter gewesen sein, der diesem Edlen nicht irgend eine Wohltat zu verdanken hatte. Tags darauf erhielten die hiesigen Vorsteher eine Zuschrift von dem hochmögenden und hochgnädigen Edelherren Waldegg des Inhalts: daß er gestern abend von dem Hajekischen Garten aus der Beisetzung eines Juden zugesehen, und wahrgnommen habe, wie sehr der Leichenredner und die Zuhörer geweint, woraus er entnehme, daß der Verstorbene ein Mann von vielen Verdiensten gewesen sein müsse. Er ersuche daher, ihm den Namen und Charakter desselben mitzuteilen, und ihm auch zugleich eine Abschrift der Leichenrede zukommen zu lassen. Zu diesem Ende wurde eine sorgfältige Sichtung und eine ganz deutsche Bearbeitung derselben vorgenommen, und zwar durch den Vorsteher Rabbi Jesaia Jeruschalmi und die zwei Gemeindemitglieder Rabbi Chajim Sohn des Rabbi Elia und R. Mosche Zarfati. Sodann wurde sie sehr sauber auf Pergament geschrieben, und durch erwähnten Vorsteher Rabbi Jesaia und seinen Kollegen Rabbi Nessanel Levi dem oben erwähnten hochmögenden Edelherrn ehrerbietigst eigenhändig überreicht. Dieser nahm die Abschrift sehr wohlgefällig auf, und ließ einige Tage nachher dem Vorsteher sagen, daß er selbe sehr zweckmäßig und beifallswert gefunden. Zugleich übersendete er auch 4 Goldstücke mit dem Beisatze, daß wenn der Leichenredner deren nicht bedürfe, sie unter den Armen der Gemeinde zu verteilen wären.

Gemeindebuch Num. 9 Blatt 173 (S. 55):

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Vor unseren Augen hat sich ein Ereignis zugetragen, daß jedem zur Lehre und warnendem Beispiele dienen mag, und zugleich den Beweis liefert, wie ratsam es sei, nicht leichtsinnig über Dinge zu scherzen, die schon an und für sich ehrwürdig, noch dazu, ihrer Natur nach, begründete Ansprüche auf Schonung und zarte Behandlung haben.

Da ein Teil der Mauer des hiesigen großen Friedhofes eingestürzt war, so wurde der . . . beordert während der Bauzeit daselbst bei Nacht zu wachen. Dieser, ein äußerst roher und leichtfertiger Mensch, erlaubte sich, auf die oft an ihn gerichtete Frage: „Ob ihn dort wohl manchmal Furcht anwandle" jedesmal die ungebührlichsten und unschicklichsten Ausdrücke, und redete dabei immer von den Toten in einem Tone, der noch mehr als ungeziemend und unanständig zu nennen war. Als er hierauf wie gewöhnlich zur Nachtzeit daselbst war, wurde er, auf einem Leichensteine sitzend plötzlich vom Tode überwältigt: Er schlief eine kurze Zeit, aber als er erwachte, fand er sich an beiden Augen erblindet. Jahr . . . (S. 67.)

Einen Beweis von der höchst toleranten Denkungsart der höchsten böhmischen Regierung schon in den uralten Zeiten und der ehrfurchtsvollen Achtung der Gesetze und Gebräuche aller Konfessionen, liefert folgendes Decret de dato 12. August 1513: „Auf das wiederholte untertänigste Bitten der Juden, und in Rücksicht, daß auch unsere getreuen und vielverdienten Erzbischöfe und Bischöfe deren gehorsamstes Ansuchen weder als unbillig noch als unzulässig begutachtet haben, ordnen wir inmit an und befehlen, daß die Mauern der Begräbnisplätze der Juden, nicht, wie es oft geschieht, niedergerissen, die darauf befindlichen Grabsteine nicht zerstört, die Gräber nicht aufgewühlt werden sollen, und daß überhaupt alles zu unterlassen sei, was die Toten mißhandelt und den Lebenden ärgerlich sein muß; gleich wie es die Juden urkundlich und tatsächlich dargethan, daß ähnliche Verordnungen von früher von den Päpsten Innocenz IV. anno 1251 und Pius II. anno 1462 erlassen wurden. Es soll daher den Juden gestattet sein, allenthalben, wo sie jetzt Gottesacker haben, diese auch in der Folge beizuhalten, sie mit Mauern von jeder Höhe zu umgeben, auch daselbst zur Nachtzeit Wächter hinzustellen; und haben die Eigentümer der Gründe, welche um diese Gottesacker herumliegen, oder unmittelbar daran grenzen, sie bei allem diesen ungestört und auch das Vieh nicht mehr zur Weide hineintreiben zu lassen. Ingleichen soll fernerhin der Richtplatz (Ort der Hinrichtung) nicht mehr dort sein, so wie auch der Durchgang durch dieselben nicht mehr unbedingt gestattet zu sein braucht usw. (S. 67.)

Schottky in seinem „Prag, wie es war und wie es ist": Eine alte Prager Chronik erzählt: Als einst König Wladislaw die Juden-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

vorsteher bei einer Audienz über die Anzahl ihrer Armen befragte, und sie ihm diese Zahl bestimmt angaben, fragte er sie, woher sie solches mit Gewißheit tun könnten; darauf antworteten sie: daß sie zu dem Osterfeste eine gewisse Anzahl Tikten (ein altböhmisches Maß oder Gewicht) Reis verteilten und darnach die Zahl der Armen berechneten". (S. 319.)

(Beers Geschichte der religiösen Sekten der Juden Band I. Seite 335.) Das bei M. W. Jeiteles zitierte Dekret de dato 12. August 1513 ganz. Der bei Jeiteles fehlende Teil lautet: Andererseits haben wieder die Juden dasjenige zu entrichten, was ihnen bis jetzt für die Gestattung ihrer Gottesäcker zu erlegen vorgeschrieben ist; ferner soll ihnen nur zur Nachtzeit erlaubt sein, ihre Todten dahin zu bringen, welches überdies nie Sonntagsnacht geschehen darf; ferner soll, wie dies bei ihnen gebräuchlich ist, niemand mit einer brennenden Kerze vom schwarzem Wachse der Leichenbahre vorausschreiten und keiner mit der Kopfbedeckung der Verstorbenen oder mit einem Buche vor der Leiche gehen. Nicht minder sollen, wenn mehrere Leichen zu gleicher Zeit zu begraben sind, sie nicht zu verschiedenen malen, sondern immer zu gleicher Zeit dahin gebracht werden." (S. 359.)

Daß sich früherhin in den Prager Synagogen, besonders in der Spitalssynagoge, Glasmalereien befanden, erhellt aus der Wallersteinschen Chronik, worin bemerkt wird: ein hochgeachteter Edelmann habe ihre Vorsteher wiederholt ersucht, ihm jene gemalten Glasfenster gegen hinlängliche Entschädigung zukommen zu lassen. Man erfüllte seinen Wunsch und der Empfänger ließ jetzt außerdem noch die beiden baufälligen Stiegen der Synagoge wieder herstellen."

Ernst Wehli in Ben Chananjah 1861, S. 93: Nr. 94. Die Altneu-Synagoge. Vorigen Dienstag schickte der sehr hochansehnliche und sehr verehrliche Edelherr N. N. zu dem Gemeindevorsteher Samuel Will und ließ ihm sagen, er habe gehört, daß er (Will) im Besitze einer sehr alten jüdischen Chronik sei, die in vieler Hinsicht sehr merkwürdig sein soll; er ließe ihn daher ersuchen, ihm dieselbe auf einige Zeit zu leihen um sie mit Hilfe eines Fachkenners durchgehen zu können. Nachdem nun der genannte Vorsteher Samuel Will die Chronik mit Zuziehung einiger verständiger Personen durchgegangen war, und nichts Anstößiges darin gefunden hatte, schickte er dieselbe dem obgenannten Edelherrn. Mir Samuel ben Jesaias hakohen, Schreib. dieses[1]) ist zwar diese Chronik nie zu Gesichte gekommen, und es ist möglich, daß der Strom der sturmbewegten Zeiten auch sie verschlungen habe. Allein nach der Versicherung meines sel. Schwiegervaters R. Moses Ram-

[1]) vielleicht auch Schreiber aller 3 Bücher.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

schak,[2]) Friede mit ihm, der mehrere Bruchstücke davon gesehen hat, soll dieselbe viel Interessantes enthalten haben, wie er sich denn auch in seinem vorgerückten Alter mancher Einzelheit daraus erinnerte, die er uns mitzuteilen pflegte! So erzählte er von der Pest, die vor ungefähr 180[3]) hier gewütet, und fast sämtliche Individuen aller drei[4]) hierortigen Gemeinden hingerafft hat. Nach dieser gräßlichen Seuche soll obiger Anführung gemäß, die Anzahl der Juden in hiesiger Stadt so zusammengeschmolzen sein, daß dieselben, da auch Befürchtungen anderer Art hinzukamen, einmütig beschlossen, die sämtlichen jenseits der Moldau, so wie auch die unweit des Wischehrad gelegenen und von ihnen gehabten Häuser zu verlassen, und sich sämtlich nach dem diesseits des Wassers gelegenen Judenviertel zurückzuziehen, was umso leichter geschehen konnte, als zu der Aufnahme ihrer äußerst kleinen Anzahl jetzt Raum genug vorhanden war. Auch erzählte er von dem Brande, der im Jahre[5]) hier ausbrach und nebst Anderm fast die ganze Judenstadt in Asche legte, indem außer der Altneu-Synagoge, die im Jahre 931[6]) durch Samuel Misrachi (den Morgenländer) erbaut wurde,

[2]) D. W. scheint eine Abbreviatur zu sein, und ist als Familienname in Prag heimisch; die Familie Flekeles schreibt sich Ramschak.

[3]) Hier fehlt das Wort „Jahr." Wenn solches suppliert wird, so war die Pest 180 Jahre vor dem Schreiber Sam. b. Jesaj hakohen. Ist aber das jüdischchronologische Datum 180 zu verstehen, so müßte die Pest in das Jahr 1420 d. gew. Ztr. gesetzt werden. (Erstere Auffassung erscheint mir wahrscheinlicher, da David Gans die Pest nicht erwähnt. Die Spezialgeschichte der Stadt Prag könnte hier leicht Aufschluß geben. Red.)

[4]) Daß in Prag in früheren Zeiten drei Judengemeinden waren, kommt in den Analakten öfter vor, nämlich: eine rechts der Moldau, eine links derselben und eine auf dem Wischehrad. Die Schiffer der Moldau waren Juden, und ein noch erhaltener Rabbinatserlaß bestimmt die Stunde, wann dieselben Freitags ihre Arbeit einzustellen haben. (Ich bitte um die Mitteilung dieses Aktenstückes. Red.)

[5]) Die Jahreszahl fehlt. (Wahrscheinlich ist die Feuersbrunst vor 1689 gemeint, welche in der Karpfengasse ausbrach und so furchtbar in Prag wütete; siehe Schudts Denkw. VI 6, § 3. Red.)

[6]) 931—1171 der gew. Ztr. Ein scharfes Auge sieht noch heutzutage der Türe gegenüber an der Wand der Synagoge die Worte angeschrieben:

שמע ישראל ה' אלהינו ה' אחד

wahrscheinlich ist durch Punkte über einzelne Buchstaben die Jahreszahl der Erbauung angegeben. Dürfte ich eine Vermutung wagen, so würde ich hier nicht 931, sondern 951 lesen, welche Zahl dem Zahlenwerte von שמע ישראל gleichkommt. (Die Erbauung hätte mithin 1191 stattgefunden. Ist diese Vermutung unseres verehrten Freundes richtig, so müßten die 1181 aus Prag vertriebenen Juden innerhalb eines Jahrzehntes wieder zurückgekehrt sein. Übrigens haben die böhm. Juden zur Belohnung für ihre, den Christen gegen die Juden geleisteten Dienste schon 995 die Erlaubnis erhalten, eine Synagoge zu bauen.)

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

nur ungefähr noch zehn Häuser von den Flammen verschont geblieben. Ingleichen erzählte er aus der Chronik von der tätigen Mithilfe, welche die Juden zu verschiedenen Malen unseren Landesregenten, Gott erhalte sie, gegen die Feinde, geleistet haben, sowie auch von den grausamen und fast beispiellosen Verfolgungen, welche unser Volk in den Jahren 812—852 und 856—1096 erlitten haben, was Alles in der Chronik sehr umständlich und genau beschrieben gewesen ist.[7])

Derselbe in Ben Chananja 1861 S. 237: In meiner in diesem Blatte bereits besprochenen kleinen Chronik*) kommt ein Regierungsdekret vor, worin die Frage ventiliert wird, ob ein Mitglied der sefardischen Gemeinde Gemeindevorsteher werden dürfe.

Podiebrad in seinen Altertümern zitiert folgende Stellen: . . . so erzählen die noch vorhandenen Rechte der Ramsch.-Chronik Nr. 41 ganz umständlich, eine in Prag von der Geistlichkeit unter militärischer Assistenz vollzogene Beschlagnahme aller bei Juden vorhanden gewesenen Papiere, Pergamente, Bücher und Schriften, in welche unter anderen wertvollen Vermächtnissen auch die an seltenen Werken und Handschriften reichen zwei Bibliotheken, die des Landesnotars Rabbi Samuel sowie Doktors Rabbi Gedalia mit einbezogen wurden. (S. 27.)

Ramschaksche Chron. 42 beklagt das Unglück, welches sich im Eisenhammer zu Oberamberg (?) zutrug, wobei 9 Judenarbeiter verbrannten. (S. 127.)

Daselbst 126: Im kgl. Münzamte zu Prag wurden die jüdischen Arbeiter erst aus Anlaß des allgemeinen Judenausweisungsediktes entlassen. (S. 127.)

Daselbst 133: Bildhauer Samuel Jomtof Vigales (im 15. Jahrh.) stand bei dem kunstliebenden Adel in solchem Ansehen, daß selten bei hohen Personen seine Erzeugnisse fehlten und die Arbeit seines Meisels bald mit Silber aufgewogen wurde. (S. 127.)

Daselbst 86: Das Rabbinat zu Prag verordnet im 14. Jahrh., daß die jüdischen Moldauschiffer schon nach dem Vespergebete am Sabbatvorabende ihr Geschäft einstellen, und solches an diejenigen christlichen Stellvertreter zu übergeben haben, die für sie am Sabbat und Feiertagen eintreten. (S. 127.)

[7]) Über die Verfolgung von 1096 Wieners Emek habacha S. 159. Amn. 54. Die Verfolgung 1052 (eigentlich 1053) finde ich in hebr. Quellen nicht erwähnt; in Hajecks böhmischer Chronik ist von derselben die Rede. S. Herrmanns Gesch. S. 20, Anm. 2.

*) Ich bin jetzt in der Lage über die kleine Chronik näheren Aufschluß zu geben, wenn die Red. d. Bl. den Raum dazu gestattet. (Ich bitte Sie sehr angelegentlich um diesen Aufschluß und um die Forts. der Mitteilungen aus der höchst interessanten Chronik. Red.)

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Daselbst 10: Von nun an sind bei strenger Ahndung und unter keinem Vorwande Juden als Maurer bei Erbauung oder Ausbesserung von Kirchen oder Kapellen zuzulassen, jedoch dürfen sie Handlangerdienste dabei verrichten.

Daselbst 26 (soll heißen 134) im 15. Jahrh.: Es ist schon früher unerläßlich befunden worden, Euch Juden die Ausübung der Handwerke samt und sonders zu verbieten. Obwohl von dieser schon lange bestehenden Anordnung nicht abgegangen werden kann, so war weder bei deren Erlaß noch jetzt gemeint, daß ihr nicht dasjenige verfertigen dürft, was ihr für Mitglieder Eueres Glaubens brauchet, sondern es ist darunter zu verstehen, daß ihr nicht für Christen arbeiten, bauen, zimmern, schmieden, nähen oder was sonst immer Namen haben mag, sollet. Ihr dürfet also für Euch und Eueres Gleichen nähen, gärben, Brod backen, Bier brauen, schmieden, Fleisch hauen, weben, zimmern, bauen, hämmern oder wie sonst heißt oder Namen hat. Es haben Euere Ältesten dafür zu haften, daß keiner, die von Euch verfertigten Sachen an Christen verkaufe, in welchem Falle das durch Eure Hände zu Stande gebrachte nicht nur weggenommen, sondern noch überdies unnachsichtlich mit der Strafe belegt werden soll, womit solches bis jetzt verpönt gewesen. (S. 128.)

Daselbst 9: Die Juden empfanden diese Verurteilung zum Müßiggange sehr schmerzlich und gaben ihrem Schmerzgefühle in der Audienz beim Könige Ausdruck.

König: Wie viel Arme sind unter Euch?

Vorst.: Seitdem Ausübung und Betreibung der Handwerke uns vollends untersagt ist, mehren sich diese gleichsam zusehend. (Sehr glaublich.)

Der König lenkte das Gespräch auf einen anderen Gegenstand. (S. 128.)

Mit dieser Auffassung stimmen viele Daten der Ram.-Chronik, die wiederholt einer prächtigen Spitalssynagoge Erwähnung thun, welche ihren Namen von (Spittel — neu Schillingsgasse) dem Wohnsitze der deutschen und deutschjüdischen Einwanderer entlehnte. (S. 131.)

Ramsch.-Chron. Nr. 94: Im Jahre 1473 wütete die Pest in allen Stadtteilen Prags, schonte weder Alter noch Geschlecht. Alle Familien hatten zahlreiche Verluste zu beweinen, und manche waren bis auf das letzte Glied ausgestorben. Von 7 Gemeindevorstehern erlagen 5 der Seuche. Drei Vierteile der Bevölkerung wurden von der Seuche hingerafft, Leichen blieben, wegen Mangels an Totengräbern, wochenlang unbeerdigt. Nachdem die Pest verschwunden war, zählte manche Synagoge kaum 20 Männer, die vordem zahlreichen Gemeinden schmolzen zu einem geringen Häuflein zusammen. Hierwegen und wegen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

anderer hiezugekommenen Befürchtungen wurde von sämmtlichen Gemeinden Prags der Beschluß gefast und zwar von der Gemeinde jenseits des Stromes, wie von der unweit des Wyschehrads, sich mit der Gemeinde diesseits des Stromes (Altstadt) zu vereinigen, welches um so leichter ausführbar war, als nach den Verheerungen, welche die Seuche anrichtete, hier Raum genug für alle wurde. (S. 132.)

Rams.-Schronik Nr. 40: Unsere Stadt (im Jahre unleserlich) war vom Feinde, die schon einige entfernte Außenwerke genommen hatte, hart bedrängt, mußte neue Bollwerke, neue Wälle aufrichten; weil aber jede Zufuhr abgeschnitten war, fehlte es am Material. Viele alte Häuser wurden abgebrochen, die gewonnenen Stoffe aber reichten dennoch nicht aus; so erfolgte die von der Notlage abgedrungene Verordnung, die Grabsteine aller hier befindlichen drei jüdischen Friedhöfe zum Baue der Wasserschanze unverzüglich zu verwenden. Die drohende Feindesgefahr machte jede Schonung, jede Rücksicht auf Altertum, Kunst oder Verdienst unmöglich; und so mußten wir selbst Hand anlegen, mußten die Gräber unserer Väter aufwühlen, die tausendjährigen, kostbaren Denkmäler der Vorzeit, teuer allen hiesigen Einwohnern, teuer dem ganzen Lande, dem Machtgebote der Not opfern. So ging auch das herrliche, kunstvolle Mausoleum des Jehuda Sohn des Josef Halewy, dieses mit dem Vertrauen des Monarchen beehrten und vom ganzen Lande hochgeehrten Herrn, dann des seiner Gelehrsamkeit, Tugend und Frömmigkeit halber berühmten Rabbi Samuel Carcasson verloren. Ach, wir finden die Ruhestätten unserer Väter nicht mehr, können mit unseren Tränen nicht mehr ihre stillen Gräber benetzen, nicht bei ihrer Asche unser kummerbeladenes Herz erleichtern. (S. 113.)

Nr. 9 der Ramsch.-Chronik berichtet weitläufig über eine Audienz der Prager Judenvorsteher bei einem böhmischen Könige. Wir vermögen weder Namen des Audienzgebers noch Datum zu ermitteln. Die oft geäußerte Meinung, daß es König Vladislav II. gewesen sei, stimmt nicht mit den Umständen, die über die Familie des Königs daselbst angeführt werden. Wir entnehmen dieser Erzählung bloß die von dem Vorstande vorgebrachte Entschuldigung, daß derselbe darum von dem Monarchen nicht vollzählig erscheinen konnte, weil mehrere Vorstandsglieder, die ausschließlich tschechisch sprachen, sich an dieser, in deutscher Sprache geführten Audienz, nicht beteiligen konnten. Dieses Factum datiert jedenfalls in der Zeit, als in Prag noch nach Nationalitäten gesonderte italienische, (levantinische) deutsche und tschechische Judengmeinden bestanden. Man erkennt in den dort genannten Vorstehern: Josef Neapolis, Abraham Josef Padua, Samuel Jerusalem die Vertreter der levantinisch-italienischen, in Joachim Minkes den der deutschen Gemeinde; weswegen die auffallende Nichtvertretung der

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

tschechischen Judengemeinde ausdrücklich entschuldigt werden konnte (S. 133).

Ramsch.-Chronik Nr. 22: Wir befinden unseren Glaubensbrüdern, bei gegenwärtigen Zuständen ernstlich ans Herz legen zu müssen, alle Religionsgespräche mit Nichtisraeliten aufs sorgfältigste zu meiden, und, hiezu aufgefordert, solche so schnell als möglich abzubrechen, weil hierdurch nicht nur nichts Gutes gefördert, sondern vielmehr Ansichten verletzt werden, welches Feindseligkeiten zur Folge hat. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß ihr unserer Ermahnung geneigtes Ohr leihen werdet. (S. 136.)

Ramsch.-Chronik Nr. 118 (aus dem fünfzehnten Jahrh.): Wir vernehmen, und mit Leidwesen müssen wir es sagen, daß einige von uns sich so weit vergessen, Teil an Zwistigkeiten zu nehmen, die sie gar nichts angehen, und worin zu reden sie gar nicht berufen sind; daß weiteres welche durch verletzende Lieder Parteistellung offenbaren. Wir vermahnen diejenigen, die sich beim Absingen der Lieder: Laßt um den Altar uns sammeln etc., Ein demütig Ja zu Allem schütteln etc., Wer Mut hat und die Nacht nicht fürchtet etc., beteiligten. Wer unsere Mahnung befolgt, den erreiche Gottes Gnade und Segen! (S. 136.)

Ramsch.-Chronik konstatiert, daß eine Judengemeinde Böhmens, die mit ihren christlichen Mitbürgern sich am Kampfe gegen die Taboriten beteiligte, von letzteren ganz aufgerieben wurde. S. 136.)

Ramsch.-Chronik Nr. 126: Auf diese Verbannung beziehen sich die Verse, die da zitiert sind. (S. 140.)

Ramsch.-Chronik 128: Samuel Buda Aschkenas wird auf allerhöchsten Befehl des Königs zum ersten Münzamtsvorsteher ernannt. (S. 148.)

Daselbst 130: Se. Majestät der König, dessen Herablassung nur der Größe Ihrer Weisheit und Ihres Ruhmes gleichkömmt, geruheten die Vermählungsfeier der Rebbeka, Tochter des Münzamtsvorstehers Samuel Buda mit allerh. Ihrer Gegenwart, in Begleitung des ganzen, aus 64 Personen bestehenden Hofrates, zu beglücken, und daselbst nahe vier Stunden zu verweilen. Se. Maj. schienen sehr zufrieden und vergnügt das Fest verlassen zu haben. (S. 118.)

Ramsch.-Chronik Nr. 94 (veröffentlicht von Ernst Wehli in der Zeitschrift Ben-Chananja 1861, Nr. 11) meldet, daß die Altneuschule i. J. 1171, nach einer in Prag ausgebrochenen Feuerbrunst, bei welcher nur 11 Judenhäuser verschont blieben, von Samuel Misrachi gebaut wurde. (S. 151.)

Ramsch.-Chronik Nr. 44 erzählen als ein freudiges Ereignis für die Prager Judenschaft, daß das seit sieben Viertel Jahren bestandene Verbot der Orgel, durch die Gnade des Königs behoben, die Orgel der

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Altneuschule am Tempelweihfest Chanuka wieder in Tätigkeit gesetzt, hingegen die der (unleserlich) Synagoge, wegen erlittener Schadhaftigkeit, nicht mehr ausgebessert werden konnte.

Ramsch.-Chronik 45: Gleichwohl finden wir schon im J. 1441 portugiesische oder lusitanische Juden als abgesonderte Colonie in Prag, gegen deren Vorsteherwahl die böhmische wie deutsche Judenschaft bei der Regierung darum Protest einlegte, weil der Gewählte, als Portugiese keiner der beiden Landessprachen vollkommen mächtig war. (S. 155.)

Ramsch.-Chronik Nr. 9 finden wir ebenso in etwas späterer Zeit, unter den 11 jüdischen Vorstehern, deren Ausschuß sich dem böhmischen Könige vorstellte, die Namen Josef Neapolis, Abraham Paduensis, welche als Vertreter der jüdischen Colonisten italienischer Nationalität erschienen waren. (S. 155.)

Ramsch.-Chronik Nr. 68 weiß von einem kostbaren Vorhange, Geschenk des Rabbi Mordechai Speier aus Worms vom Jahre 1227, dessen reiche Ausstattung, die Bewunderung des Königs Vladislaus bei seinem Besuche dieser Synagoge zu Pfingsten 1448 erregte. (S. 156.)

III. Ergebnisse.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich Folgendes: 1822 wird unsere Chronik noch gewissermaßen anonym zitiert, — Peter Beer nennt sie eine „uralte Prager Chronik", — von 1828 als Wallersteinsche Judenchronik, bis sie dann seit 1870 von Podiebrad den Namen „Rabbi Moses Ramschak'sche Chronik der Prager Judengemeinde" erhält.

Nach Jeiteles ist die ursprüngliche Sprache der Chronik, aus der Fischer sie übersetzt hat, teils die jüdisch-deutsche, teils die rabbinische; genauer bezeichnet Schottky (nach Fischers Mitteilungen) die Chronik als in der talmudisch-rabbinischen Sprache verfaßt, mit Ausnahme der Verordnungen der Landes- und Ortsbehörden, welche in jüdisch-deutschem Idiom erscheinen. Wehli wieder erscheint die Chronik aus dem Hebräischen übersetzt, während Podiebrad in seiner Handschrift die von einem Literaten Markus Fischer gemachten Auszüge der Chronik sieht, Kisch läßt das Original gar tschechisch abgefaßt sein. Aber darin sind alle einig, daß Markus Fischer der Übersetzer der Chronik und damit wohl der Autor der Handschrift ist, einig auch darin, daß sie außer dem Exemplare Fischers kein anderes erwähnen.

Beobachtenswert ist auch die steigende Wertschätzung der Chronik, 1822 noch eine uralte Prager Chronik, ist sie 1828 bei Jeiteles eine ebenso seltene als merkwürdige Chronik und im selben Jahre für Schottky bereits „bei den böhmischen Juden ziemlich allgemein

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

geschätzte Annalen"; es hat den Anschein, als habe Beer, der ja historisches Interesse hatte, nie etwas von der Wallerstein-Chronik gehört, wie auch Jeiteles seine Unkenntnis durch ihre Seltenheit zu entschuldigen sucht, was ja um so notwendiger ist, als Jeiteles in allen Zweigen der jüdischen Literatur wohl bewandert war. Schottky, der von jüdischer Geschichte, soweit sie in hebräischen oder jüdischen Werken niedergelegt war, nichts wußte, gilt sie als bei den Juden ziemlich allgemein geschätzt; immerhin scheint es ein kurzer Weg von der Anonymität 1822 bis zur ziemlich allgemeinen Schätzung 1828.

Sämtlichen Schriftstellern der ersten Zeit (wohl auch Beer) wurden die zitierten Stellen von Fischer selbst mitgeteilt; erst die nach seinem Tode schreibenden (Wehli, Podiebrad) haben die Chronik selbst eingesehen. Sonderbar ist auch die Art der Mitteilung durch Fischer.

Das bei Beer gebrachte Stück muß Schottky nach Beer zitieren, Fischer hat es ihm nicht mitgeteilt. Den kaiserlichen Erlaß von 1513 über den Schutz der Friedhöfe zitiert Jeiteles nicht ganz, obwohl gerade die Sätze, die er mit einem usw. verdeckt, außerordentlich interessant sind, und über Unsitten bei Leichenbegängnissen sprechen, die Jeiteles, den Mann, der sein ganzes Leben im Dienste der Beerdigungsbrüderschaft verbrachte, nicht gleichgiltig sein konnten; es ist dies um so sonderbarer, als Schottky diese Sätze mitveröffentlicht. Ebenso sonderbar ist es, daß Schottky, der zum Beweise dafür, daß die Juden frühzeitig Orgeln besaßen, die Beschreibung des „Aufzuges" von 1716 verwendet, die Stelle der Chronik, in welcher die synagogiale Verwendung der Orgel erwähnt wird, nicht kennt, von Fischer nicht erhalten hat. Daß Podiebrad die Chronik auch nicht immer sorgfältig zitiert, sie gerne etwas konkretisiert, zeige folgendes Beispiel. Nr. 41 erzählt von einer Bücherkonfiskation, bei der auch die Bibliothek R. Samuel L. S. und des Arztes R. Gedalja geraubt wurden. Aus R. Samuel L. S. macht Podiebrad flugs einen Landesnotar, wohl, weil im 17. Jahrh. die Buchstaben L. S. die Abkürzung für Landsofer bilden, wobei aber Landsofer später viel häufiger als Familienname wie als Berufsbezeichnung gilt. Aber jedenfalls ist der „Landesnotar" pompöser, eindrucksvoller. Das Stück Nr. 41 ist undatiert, Podiebrad weiß sich zu helfen, er schreibt in der Handschrift mit Bleistift hinzu, dieser Rabbi Gedalja starb 247 der kl. Z. (1487); Grabstein am alten Friedhofe. Der Grabstein eines Arztes R. Gedalja aus d. J. 1487 ist wirklich in Galed (Nr. 6) veröffentlicht, aber die Identität ist doch sehr unsicher. Auch Lesefehler finden sich bei Podiebrad, während das ebenfalls nicht datierte Stück Nr. 42 von einem Unglücke im Eisenhammer des Oser Amberg berichtet, macht Podiebrad daraus einen Eisenhammer in Oberamberg.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Fühlt man sich versucht, bei der oben dargelegten rasch erworbenen Popularität unserer Chronik, die Hand eines geschickten Regisseurs zu vermuten, so wird diese Hand noch greifbarer, wenn man die Zitate sachlich nach ihrem Inhalte prüft. Die von Fischer den älteren Autoren gewissermaßen in die Feder diktierten Zitate, dienen scheinbar zwei Zwecken, erstens der Konstruktion einer Geschichte der alten Judengemeinde Prag, zweitens dem Nachweise, daß vieles, was dem damaligen Zeitgeiste der Aufklärung wünschens- und erstrebenswert ist, auch in alter Zeit schon bestanden hat. Ein geradezu typisches Beispiel ist die von Beer und Schottky erwähnte Verteilung von Reis an die Armen am Pessah. Das westfälische Konsistorium hatte nämlich 1814 im Interesse der Armen bei der herrschenden Teuerung den Genuß von Reis am Pessach gestattet, war aber damit auf den schärfsten Widerstand der Frommen gestoßen. Der Streit zog sich noch lange hin und hat auch eine eigene Literatur hervorgerufen. Da kam die uralte Prager Chronik als erwünschter einwandfreier Zeuge! Man wollte bessere Ordnung, größere Feierlichkeit der Begräbnisse, auch hier fanden sich alte Zeugen, wie einst Leichenrede und Leichenbegräbnis selbst den Edelherren gefallen habe, wie man in alter Zeit brennende schwarze Kerzen oder ein Buch dem Sarge vorangetragen (Zitate bei Jeiteles, Schottky); die Juden sollten sich Kunst und Handwerk widmen, auch dafür gabs Zeugen aus alter Zeit (Zitat bei Schottky). Dem Zwecke der Konstruktion der Geschichte der Prager Judengemeinde dienen die fremdländischen Namen der Gemeindevorsteher, die Erwähnung der Spitalssynagoge, des Prager großen Friedhofes (Zitate bei Jeiteles und Schottky). Auch die von Wehli und Podiebrad frei gewählten Zitate fallen aus diesem Rahmen nicht heraus, auch sie fanden am erwähnenswertesten Stücke in der Richtung der von Fischer ihren Vorgängern vermittelten Zitate. So dienen von den 18 Stellen der Ramschak-Chronik bei Podiebrad 7 der Konstruktion der Geschichte der Prager Gemeinde und ihrer Topographie, 5 der Darlegung des Verhältnisses zwischen Juden und Hussiten, 6 dem Nachweis von Kunst und Handwerk in alter Zeit bei Juden, 1 dem Nachweise der Orgel in der Synagoge.

B. Die Handschrift der Ramschak-Chronik.

I. Formales.
II. Sachliches.
III. Inhaltsverzeichnis.

I. Formales.

Die Handschrift, die vorher vollkommen unbekannt war, ist seit ihrem ersten Auftauchen genau nachzuweisen. Aus dem Besitze Mar-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

kus Fischers, der sie angefertigt hat, kam sie nach seinem Tode in den Besitz seines Neffen Wolf Winers, von dem sie Ernst Wehli, wohl leihweise erhalten hat. Nach dem Tode Ernst Wehlis dürfte sie an David Podiebrad gekommen sei, der sie kurz vor der Ausgabe der 3. Auflage seiner Altertümer 1870 erhalten hat. Aus dem Nachlasse Podiebrads kaufte sie mit einer Fülle anderer Archivalien Dr. Arnold Rosenbacher, der sie dem Archive der israel. Kultusgemeinde Prag widmete.

Die Handschrift führt den Titel: Historische, antiquarische, kirchliche, legislative und administrative Merkwürdigkeiten, die Juden in Böhmen betreffend. Von — —. 1. Bändchen. Am Schlusse des 1. Bändchens ist ein angefangenes Inhaltsverzeichnis, das nur 9 Nummern indiziert.

Die Handschrift besteht aus drei kleinen Oktavbänden in Papier. Nur der erste Band hat ein Titelblatt. Jedes der 3 Bändchen zählt 50 Stücke und zwar ist die Numerierung fortlaufend, so daß das 1. Bändchen Nr. 1—50, das zweite Nr. 51—100, das dritte Nr. 101—150 enthält. Die Sprache ist die hochdeutsche, die Schrift die jüdisch-deutsche Kursivschrift. Die drei Bändchen bestehen aus Lagen von je 2 Blättern, indem immer ein Quartblatt gefaltet wurde. Von den meisten Lagen ist nur 1 oder 2 Seiten beschrieben, die übrigen leergelassen, in einzelnen Fällen sind auch 3 oder 4 Seiten beschrieben, bei ganz wenigen umfangreichen Stücken sind mehrere gefaltete Quartblätter in einander gelegt. Die Handschrift weist viele Korrekturen auf, zumeist werden einzelne Worte durch andere ersetzt. An Stelle von Personen- und Ortsnamen stehen meistens Punkte und Striche, wobei ab und zu am Rande eine Bemerkung hinzugefügt: „Im Original steht", worauf einige zusammenhanglose hebräische Buchstaben folgen. Die Genauigkeit des Abschreibers oder Übersetzers wird auch bewiesen durch Bemerkungen, wie „da dieses Wort nicht den Finalbuchstaben m hatte, so möchte hier ein oder mehrere Worte stehen" (wobei logisch sich nur das Fehlen eines oder mehreren Buchstaben erschließen läßt). Bei mehreren Bezeichnungen für Kleider oder Möbel, die sonst absolut nicht nachzuweisen sind, werden Fragezeichen gesetzt. An einzelnen Stellen wird bemerkt, daß das Original unleserlich, oder daß eine Anzahl von Zeilen hier unleserlich sind. Wohl auch zur Hebung des archaistischen Charakters des Originals, aus dem die Handschrift übersetzt sein soll, dient die Bemerkung: Im Original steht: „un alle drei seinen jewest vun moviert Keßev", was heißt das moviertes Silber? Hier erhebt sich ein Widerspruch, da ja Fischer selbst Schottky mitgeteilt hat, daß das Original in talmudisch-rabbinischer Sprache abgefaßt ist. Die Jahreszahlen fehlen bei mehr als ⅔

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

der Stücke, von den 150 Stücken sind nur 43 datiert, und auch diese Jahreszahlen sind zum Teile an den Rand geschrieben. Datierungen folgender Art bilden die Regel: Am 16. Tischri dieses Jahres, heute am 23. Elul, den Supplikanten in . . ., der portugiesisch-lusitanische Jude N. N., der fromme gelehrte N. N., die Mühle zwischen — und —. An vereinzelten Stellen finden sich auch Anmerkungen von späterer Hand (Podiebrad), auf einer Seite sogar eine Haushaltungsrechnung. Auf den Innenseiten der Deckel und den Vorsatzblättern sind mehrfach Nr. aufgeschrieben, z. T. mit der Überschrift Schottky, also wohl die Nr. der Stücke, die Fischer Schottky mitgeteilt hat oder mitteilen wollte, es scheint sich daraus zu ergeben, daß die Zählung geändert wurde, da die eine als neu bezeichnet wird. Zu dem Formalen gehört auch die eigentümliche Erwähnung, der Herrscher und Behörden, die zumeist mit mehrdeutigen Namen erwähnt werden, wie der Landesregent, Herrscher, Regent, Fürst, Resident, Landesherr, die Behorde, die hohe Behörde, die hohe weltliche und kirchliche Behörde. Ein Kapitel für sich bilden die Wiedergaben aus den Gemeindebüchern bei Nr. 11, 16, 19, 29, 45, 59, 88, 112, 114, 146. Hier werden Ereignisse und Verordnungen nach den Gemeindebüchern zitiert, die aber genauer betrachtet, ganz sonderbare Aufeinanderfolgen dieser Gemeindebücher ergeben.

Es werden nämlich erwähnt Gemeindestatutenbuch Nr. 11 aus d. J. 1271, Nr. 13 aus d. J. 1593. Nr. 13 aus d. J. 1641, Nr. 14 aus d. J. 1551, Nr. 19 aus d. J. 1602, weiters das Gemeindebuch Nr. 7 aus d. J. 1539, das Gemeindebuch Nr. 7 aus d. J. 1687. Zu dieser sonderbaren Aufeinanderfolge kommt noch die merkwürdige Auswahl, die oft wichtigere Ereignisse und Verordnungen nicht nach den Gemeindebüchern zitiert, während z. B. eine Verordnung, die sich ausdrücklich nicht auf Prag bezieht, aus den Gemeindebüchern gebracht wird.

Über die Entstehung des Buches ist darin nur der von Wehli veröffentlichte Bericht enthalten, daß der Schreiber Samuel, Sohn des Jesaias hakohen von seinem Schwiegervater Moses Ramschak, der Bruchstücke einer alten Chronik gesehen hat, manches daraus erfahren habe.

Daß Markus Fischer sich als den Übersetzer ausgab, ist hinlänglich bezeugt, daß das vorliegende Manuskript das Fischers ist, erhellt daraus, daß auf der Rückseite eines der gefalteten Blätter folgender Text enthalten ist: Predigt, gehalten in der Klaus-Synagoge am 12. May 1820, bey der Feyer der, durch die glorreichen Waffen Sr. k. k. Majestät, Franz I. in Italien wieder hergestellten Ruhe, von Eleasar Fleckeles, erstem Oberjuristen der prager Israelitengemeinde.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Aus dem Hebräischen übersetzt.

Das ist der Titel der von Fischer übersetzten Predigt Eleasar Fleckeles (vgl. Lieben, R. Eleasar Fleckeles, S. 3), damit ist aber auch die Zeit der Niederschrift der Chronik gegeben, frühestens 1820.

Die 43 datierten Stücke verteilen sich auf folgende Jahre:

1271	1504	1592	1641
1329	1512	1601	1641
1390	1513	1602	1650
1391	1519	1603	1664
1417	1529	1603	1680
1441	1539	1603	1687
1473	1547	1613	1704
1479	1551	1623	1731
1481	1553	1632	1743
1497	1554	1633	
1498	1557	1634	
	1561		

Sachliches.

Einer Prüfung des Inhaltes unserer Chronik stellen sich vor allem Schwierigkeiten entgegen, weil die Jahreszahlen äußerst spärlich, die Personen und Ortsnamen noch spärlicher angegeben sind. Wir wollen es versuchen, an der Hand einzelner Stücke zu zeigen, daß unsere Chronik ein Werk späterer Zeit ist, daß sie entstanden sein mag zur Zeit ihres Auftauchens, etwa um 1820. Die Beweisführung soll in der Richtung erfolgen, daß die innere oder äußere Unhaltbarkeit einzelner Stücke nachgewiesen wird und im Anschluß davon die Frage nach dem Zwecke einer solchen Fälschung beantwortet werden.

Nr. 1 berichtet von einem Brande am Freitag abends des Chanukafestes 1417, der an mehreren Stellen zugleich begonnen hatte. Es verbrannten dabei das Rathaus der spanischen und das der deutschen Juden, die Althof-, die spanische-, die Vorsteher-, die Goldschmieds- und die Spitalssynagoge. Dieser Bericht hat soviel an Unwahrscheinlichkeiten, daß man ihn glatt als erfunden bezeichnen kann. Ein jüdisches Rathaus und noch dazu eines der spanischen und eines der deutschen Juden sind völlig unbekannt, desgleichen all die angeführten Synagogen, von denen nur die „Althof" an die Altschul erinnert. Die Erinnerung an eine der Baulichkeiten hätte sich doch irgendwie erhalten müssen. Ganz unglaublich ist auch die Anwesenheit einer so großen Zahl spanischer Juden in Prag i. J. 1417, zu einer Zeit, wo sie nicht im mindesten an Auswanderung nach so fernen Ländern dachten. Nicht minder auffällig ist es, daß ein so großer Brand, der eine Nacht und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

einen Tag gewütet und 38 Menschenopfer gefordert hat, von den Chronisten nicht wenigstens erwähnt wird.

Nr. 8. In diesem Jahre waren an vielen Orten Judenverfolgungen. Am stärksten wurden heimgesucht die Städte .... die Flecken .... In Prag stellten die Edelherren des Landes Wachen für die Juden auf.

1. Im Judenviertel diesseits des Stromes
   a) in dem Hause des Herrn Pinkas Borges unweit des Spitals;
   b) auf dem Badeplatz;
   c) bei der alten Synagoge zwischen dem Teiche und der Armenbäckerei.
2. Im Judenviertel jenseits des Stromes
   a) im Hause des Herrn Bunem auf dem Fleischmarkte;
   b) im Hause der Wechslerin Sibilla.
3. Im Judenviertel am Berge
   a) beim Schmied;
   b) beim kleineren Mauthause.

An diesem Berichte ist vor allem merkwürdig die Ungenauigkeit, mit der das Jahr, die Namen der meist heimgesuchten Orte weggelassen werden, während die Wachplätze innerhalb der nur bedrohten Judenstadt so genau angegeben werden. Gleichzeitiger Bestand von drei Judenvierteln wird nur in dieser Chronik erwähnt, es ist ganz ausgeschlossen, daß sie überhaupt bestanden, geschweige denn in so großer Ausdehnung. Im Übrigen weist schon der Name Borges in so früher Zeit auf die Fälschung hin.

Nr. 9. Ein dithyrambischer Bericht über eine Audienz bei der „geheiligten Person unseres angebeteten Monarchen." Aus dem Frage- und Antwortspiel seien hervorgehoben. Auf die Frage des Königs, warum von 11 Vorstehern nur 5 erschienen seien, antworten die Vorsteher, einer sei verreist, zwei verstehen nur böhmisch, die übrigen seien anderweitig verhindert. Die Seelenanzahl geben sie mit 23—25.000 an, weil am Laubhüttenfest 240 Granatäpfel ausgeteilt wurden, und immer ungefähr 100 einen benützen. Die Zahl der Armen wird dadurch festgestellt, daß am Osterfest jeder Arme 2 Tisas Reis bekommt, und 13.000 Tisas Reis verteilt wurden.

Angefügt ist die Bemerkung, daß König Wladislaw 1497 in Prag war und der Audienzgeber ist.

Zu bemerken ist vor allem, daß die Beteiligung der Juden beim Empfang Wladislaws von anderen Chronisten verzeichnet wird, die Audienz aber nicht. Weiters ist sonderbar, daß gerade das Fehlen zweier nur böhmisch sprechender Juden motiviert wird, während die anderen 4 fehlenden eben verreist oder verhindert sind. Weiters ist es unmöglich, daß eine so allgemein verbreitete, in die Praxis so ein-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

schneidende Sitte, am Pessach Reis als erlaubtes Genußmittel anzusehen, so ganz in Vergessenheit geraten konnte. Die Berechnung der Seelenzahl nach den Granatäpfeln ist geradezu widersinnig, da jeder Jude sich bemühte, einen eigenen Ethrog zu haben. (Bekanntlich mußten die Juden, als Maria Theresia eine Ethrogsteuer einführen wollte, erst Zeugnisse beibringen, daß nicht jeder einen Ethrog haben müsse, vgl. Lieben in Monatschr. 1903, S. 721.)

Nr. 16 wird die Verordnung des Landesoberrabbiners v. J. 1271 erwähnt, ein krasser Anachronismus, da eine solche Organisation erst viel, viel später möglich erscheint.

Nr. 30 wird unterm 18. September 1554 eine Beschwerde des Brünner Oberrabbiners erwähnt, obwohl seit 1451 kein Jude in Brünn wohnen durfte.

Nr. 94 ist die von Wehli in Ben Chananja veröffentlichte Beschreibung der alten Chronik und ihre Bruchstücke. Hier ist auffällig, daß eine ältere Chronik schon die drei Judengemeinden sich vereinigen läßt, hier ist besonders auffällig, daß die Altneuschul so genau beschrieben wird, daß sie von 931 Jahren durch Samuel Misrachi erbaut wurde, wähend das Jahr der Brandkatastrophe nicht erwähnt wird.

Nr. 15 enthält eine Verordnung des Rabbinats gegen den Genuß von Rotwein am Pessach aus d. J. 1390 mit Bezug auf die im Vorjahre, also 1389, erfolgten großen Judenverfolgungen in verschiedenen Orten Deutschlands und der Schweiz. Ist es glaublich, daß das Rabbinat in Prag an den großen Judenpogrom von 1389 nach ein paar Monaten so ganz vergessen hatte, daß es auf Verfolgungen in fernen Ländern hinweisen mußte?

Nr. 33 enthält ein überschwengliches Lob auf die Buchdruckerkunst, die eben in Prag durch R. Salomo Barotti als Geldgeber und die Herren Schütz und Dohmer als Sachverständige eingeführt wurde, deren erste Frucht ein Pergamentdruck der Fragen und Antworten des hochseligen Rabbi Jona ist. Wir sind zu gut unterrichtet über die ersten hebr. Buchdrucker Prags, um nicht diese Nachricht sowohl bezüglich der Drucker als auch des Druckwerkes als plumpe Fälschung zu erkennen.

Nr. 126 schildert beweglich eine Judenausweisung 1329, die anderswo absolut nicht verzeichnet ist; diese Ausweisung ist um so unwahrscheinlicher, als sie bis 1333 angedauert haben soll und andererseits die Judenverfolgungen in Böhmen 1338, die aus Anlaß der Beschuldigung der Hostienschändung in Kourim ausbrachen, historisch verzeichnet sind.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Dieser Beispiele ließen sich viele anführen; doch sie genügen wohl zur Feststellung, daß die Berichte erfunden sind, die Chronik also eine Kompilation frei erfundener Berichte ist.

Es bleibt noch übrig festzustellen, welchem Zwecke diese Fälschung dienen sollte, wer ein Interesse an derselben hatte. Wie ich schon oben gelegentlich der Auswahl der Zitate bemerkt habe, dienen diese hauptsächlich der Konstruktion der Geschichte der Prager Gemeinde und der Unterstützung der Forderungen des Zeitgeistes; selbst Podiebrad, der frei aus der Handschrift wählen konnte, fand das Mitteilenswerte in dieser Richtung. Und tatsächlich, wenn man das Inhaltsverzeichnis durchgeht, so findet man eine ganze Reihe von Stücken, die nur der Geschichtsklitterung dienen. Hier werden — oft auch in gesucht beiläufiger und nebensächlicher Weise — wichtige historische Ereignisse und topographische Einzelheiten mitgeteilt. Man vergleiche die historischen und topographischen Kenntnisse, die uns die zitierten Nr. 1, 8, 45, 94 bieten; hier erfahren wir von den drei Judengemeinden, drei Friedhöfen, 2 Rathäusern einer Anzahl von Gassen, Synagogen und Baulichkeiten, darunter sogar einem Armenbackhause. So nebenbei wird uns Erbauer- und Erbauungsjahr der Altneuschul angegeben. Diese vier Stücke reichen fast zu einer wohl fundierten Geschichte der Prager Gemeinde, dazu kommen noch eine Reihe anderer, die über die innere Verwaltung Aufschluß geben, so daß es wirklich nicht schwer fällt nach der Ramschak-Chronik eine Geschichte der Prager Juden zu schreiben. Für die Leichtgläubigen — und leider sind alle früherer Benützer, allzu leichtgläubig gewesen — war der eine Zweck, dem die Chronik dienen sollte, Feststellung der Geschichte der Prager Gemeinde erreicht.

Der andere Zweck, dem Zeitgeiste der Aufklärung und den damit bedingten Reformbestrebungen innerhalb der Judenheit zu dienen, danken eine noch größere Zahl von Stücken ihre Entstehung. Es war schon oben die Rede davon, wie die Stelle über den Reisgenuß am Passach einem willkürlichen Beschlusse des westfälischen Konsistoriums zu Hilfe kommt, mehrere der weihevolleren Gestaltung der Leichenbegängnisse, mehrere der Bekämpfung des Vorurteiles als wären Juden nie Künstler oder Handwerker gewesen. Diese Beispiele lassen sich noch vermehren. In den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrh. kam die Trauung in der Synagoge (anstelle der bis dahin im Freien, zumeist im Synagogenhof stattgefundenen) auf; diese Neuerung wurde von den Verfechtern der Tradition bekämpft. Nr. 30 unserer Chronik erfindet 1554 — zu einer Zeit, wo schon über 100 Jahre keine Juden in Brünn wohnen durften — eigens einen Brünner Oberrabbiner um die Trauungen in der Synagoge für so alte Zeit zu bezeugen. Ein innerhalb der Judenheit seit alters zwiespältig beurteilter Brauch ist das

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

sogenannte „Kaporesschlagen“ am Rüsttage des Versöhnungstages; Nr. 37 der Chronik tritt als Kronzeuge dagegen auf. Bei dem Bestreben den jüdischen Gottesdienst zu verkirchlichen, ihn ganz der Art des christlichen Kultus anzugleichen, wurde begreiflicherweise der Brauch, am Versöhnungstage in den linnenen Sterbekleidern — Kittel und Häubel — beim Gottesdienste zu erscheinen, mißliebig; und wirklich bietet Nr. 36 unserer Chronik den Beweis, daß man schon in alter Zeit gegen das Anlegen der Sterbekleider beim Gottesdienst am Versöhnungstage aufgetreten war. Dem stets wachsenden Heimats- und Vaterlandsgefühl der Aufklärer war die Sehnsucht nach dem heiligen Lande zuwider, und wirklich finden wir in Nr. 19, 27, 50 Nachrichten mit gleicher Tendenz. Zum Zwecke der Erhöhung des Patriotismus wird die Geschichte geradezu ins Gegenteil verfälscht, so tragen die Juden den gelben Fleck zu ihrem Schutze (Nr. 4), die Gemeindevorsteher verbieten den jüdischen Ärzten die Behandlung christlicher Kranken (Nr. 51), den Hebammen die Geurtshilfe bei Nichtjüdinnen (Nr. 129). Auch die Forderungen der neuen Zeit in wirtschaftlicher Beziehung, finden in der Chronik schon Vorbilder, so stellt Nr. 18 einen Tarif für Gastwirte dar, verbietet Nr. 47 das „Vorschlagen“ seitens der Kaufleute und Nr. 146 enthält in geradezu verblüffender Weise einen undatierten, aber in alte Zeit verlegten Versuch einer Feuerversicherung. Ich will mich nicht mit den Stücken beschäftigen, die für Reformen in der Administrative und Organisation Belege aus alter Zeit bringen, sie können leicht aus dem Inhaltsverzeichnisse herausgefunden werden. Die bisherigen Feststellungen genügen, Entstehungszeit und Tendenz unserer Chronik festzustellen. Die Ramschak-Chronik ist entstanden in dem ersten Viertel des 19. Jahrhunderts zum Zwecke, eine Geschichte der Judengemeinde Prags zu konstruieren und den Forderungen des sogenannten Zeitgeistes zum Durchbruche zu verhelfen.

Wer hat nun dieses tendenziöse Machwerk verfertigt?

Mit Sicherheit wird sich das wohl nicht feststellen lassen. Aber alle äußeren Merkmale sprechen dafür, daß derjenige, der zuerst die Aufmerksamkeit darauf lenkt, der sie eingestandenermaßen ins Deutsche übersetzt hat, der das Original benützt hat, es aber niemanden sehen ließ, daß Markus Fischer der Verfasser ist. Diese äußeren Merkmale finden in der Persönlichkeit Fischers mancherlei Stütze. Er ist in Wien 1787 geboren, als Sohn des dortigen Rabbiners Moses Fischer, ein Enkel des bedeutendsten Talmudisten seiner Zeit, des Rabbi Meir Fischels Bumsla, des Vorsitzenden des Prager Rabbinatskollegiums, er war ein Schöngeist, ebenso bewandert in der zeitgenössischen deutschen Lite-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

ratur als in der hebräischen, bei den Frommen beliebt als Enkel seines großen Ahnen und allgemein gebildeter Hebraist, bei den Jüngern der Aufklärung nicht minder. Er hat eine Zahl kleinerer Schriften verfaßt. 1812 erschien „Koroth schenoth kedem", die Anfänge der römischen Geschichte mit einer sehr warmen Approbation Eleasar Fleckeles. 1813 erschienen „Epigramme und kleine Gedichte", die er im Alter von 16—17 Jahren verfaßt hat, im selben Jahre erscheint „Geist des Judentums", frei bearbeitet nach dem hebräischen (des El. Fleckeles), 1814 veröffentlicht er ein „Historisches Taschenb. für Israeliten und Israelitinnen auf d. J. 1814" mit Aufsätzen über die Juden in der Barbarei, Uriel Akosta usw. Im Anhange verspricht er eine Fortsetzung seiner Koroth schenoth kedem, wenn sich 300 Pränumeranten finden, zum Preise per 1 fl. W.-W. pro Band. Im selben Jahre erscheint „Ein Wort über die heutigen Juden." 1817 erscheint unter dem Titel „Tolddoth Jeschurun" eine Geschichte der Juden in Mauretanien, die eine für die damalige Zeit außerordentlich reiche Literatur kritisch verarbeitet. 1820 gibt er unter dem Titel „Memorabilien menschlicher Leiden", drei historische Anekdoten heraus, die bereits einzeln in verschiedenen Zeitschriften erschienen waren. 1821 erscheint seine deutsche Übersetzung der patriotischen Predigt Eleasar Fleckeles, 1823 das erste (einzige) Bändchen seines „Archivs für Gegenstände des Mosaismus, seine Bekenner betreffend."

Aus diesen Veröffentlichungen sieht man, daß Fischer ein historisch außerordentlich interessierter Mann war. Er mußte es wohl schwer empfinden, daß gerade die Geschichte seiner Vaterstadt in so tiefes Dunkel gehüllt war. Gewiß waren ihm die betreffenden Stellen bei Cosmas und Hajek, gewiß die alte Formel „Mezigradi" bekannt, die er vielleicht mit seinem Nachfahren Podiebrad für Wyschehrad hielt, jedenfalls aber für einen dritten Siedlungsort der Juden. Dazu kam, daß während die Prager Juden seiner Zeit ausschließlich deutsch sprachen, noch die Tradition von dem sefardischen Ritus der Altschul, die von den Juden für älter als die Altneuschul angesehen wurde, bestand, des weiteren sich noch bis tief ins 19. Jahrh. Reste tschechischen Sprachgebrauchs der Prager Juden in ihrem öffentlichen Leben erhalten hatten. Aus diesen Elementen mag sich Fischer die Geschichte der Prager jüdischen Gemeinde rekonstruiert haben, drei Gemeinden nach Sprache und Landsmannschaft geschieden, in verschiedenen Stadtteilen. Diese ihm wohl feststehenden Tatsachen wollte er erhärten, indem er ihnen in seiner Chronik den geschichtlichen Zeugen beschaffte.

Fischer war aber auch ein Mann der Aufklärung, er nennt sich frei von Vorurteil und Aberglauben (ein Wort über die heutigen Ju-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

den); er sagt von sich: „Ich rede nicht zu dem zelotisch-fanatischen Haufen, nicht zu den Modephilosophen oder gemeinen Gelichter meiner Glaubensgenossen, denn bei diesen Rassen ist Hopfen und Malz verloren, sondern zu denen, denen es um wahre Bildung und Kultur zu tun ist, die wirklich die Veredlung ihrer Nation wünschen, denen die Vorwärtsbestrebung derselben wirklich am Herzen liegt.“ Man sieht, Fischer ist der rechte Mann der Aufklärungsperiode, man versteht, daß ihm die Chronik auch dazu dienen sollte, für das, was er Fortschritt und Kultur nannte, Zeugnis aus alter Zeit abzulegen. Ich glaube also, alles spricht dafür, daß Fischer die Ramschakchronik selbst erdichtet hat.

Im Anfange wohl zögernd, das Zitat bei Beer scheint längere Zeit allein geblieben zu sein, wohlerwägend, welche Belastung er der Leichtgläubigkeit derer, denen er Stellen daraus mitteilte, zumuten konnte. Darum teilt er Schottky die 2. Hälfte eines Erlasses zu (s. oben), deren Mitteilung den klugen und gelehrten M. W. Jeiteles stutzig gemacht hätte, und deren Veröffentlichung vielleicht Jeiteles davon abhielt, im 2. Teile seines Sikaron lejom acharon seinem Versprechen gemäß weitere Stellen aus der Chronik zu publizieren. Vielleicht hatte Fischer auch die Absicht, die Chronik später wieder verschwinden zu lassen, denn von 1828 bis zu seinem Tode 1858 hat er nichts mehr daraus veröffentlicht. Die Fälschung Fischers ist unentschuldbar, aber sie ist erklärlich, wenn wir bedenken, daß sie in die Zeit fällt, in der auch Hanka seine große Fälschung beging, die Königinhofer Handschrift.

III. Inhaltsverzeichnis.

Nr. 1. Brand in Prag, Freitag nachts des Festes Chanukah 1417.

Nr. 2. Bericht von Reisenden aus fernen Landen über ein neu erfundenes Kriegswerkzeug, schwarze brennbare Erde (Schießpulver).

Nr. 3. Ein Knabe wird beschuldigt, ein Kreuz umgeworfen zu haben. Dem Scheiterhaufen entgeht er nur durch Übertritt zum Christentum. Von Gewissensbissen ergriffen, flüchtete er in ein fernes Land, wo er sich zum Judentum bekennt. Nach einigen Jahren kehrt er von Sehnsucht getrieben, zu den Eltern zurück, lebt inzwischen in ihrem Hause. Gelegentlich einer Feuerbrunst muß er das Elternhaus verlassen, wird erkannt und entflieht. Die Eltern werden statt seiner zum Feuertode verurteilt. Da meldet sich die Zeugin, die ihn der Lästerung des Kreuzes beschuldigt hatte, zieht ihre Anschuldigung zurück; doch hat er sich des Verbrechens schuldig gemacht vom Christentum abgefallen zu sein, die höhere weltliche und geistliche Behörde erkennt aber, da der Übertritt nicht freiwillig, sondern angesichts der angedrohten Verbrennung erfolgt sei, so sei er nicht rechtsgiltig.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nr. 4. Die Juden werden beschuldigt, eine Hungersnot veranlaßt zu haben; der Kaiser verbietet bei Androhung schwerer Strafe, ihnen nahezutreten. Zum besonderen Schutze sollen die Juden immer einen gelben Knopf oder eine gelbe Schnur — die Farbe des Regenten — an den Kleidern tragen.

Nr. 5. Zwei türkische Juden, die Gaben für Hebron sammelten, wurden als Spione nach grausamen Foltern hingerichtet.

Nr. 6. Ein Goldschmied hatte in Zeiten der Verfolgung (1391) das Judentum verlassen, war dann verschwunden. Seine beiden Brüder und die Schwester wurden unter dem Verdachte, ihn ermordet zu haben, verhaftet, die Brüder hingerichtet, die Schwester mit langer Kerkerstrafe bestraft. Nach Jahren kam ein Brief des Vermißten aus Saloniki, daß er dort wieder als Jude lebe, darauf wurde die Schwester entlassen.

Nr. 7. Der Arzt Rafael heilt die Prinzessin Sofie, die dritte Tochter des Königs, die von allen Ärzten aufgegeben war und erhält die Erlaubnis, nach Art der christlichen Ärzte einen Degen tragen zu dürfen.

Nr. 8. In diesem Jahre werden die Juden an vielen Orten verfolgt, in Prag werden sie von den Edelherren des Landes geschützt. Es wurden 7 Wachen aus je 10 Mann bestehend in den drei Judenvierteln aufgestellt.

Nr. 9. Bericht über eine Audienz beim Monarchen, bei der fünf von den 11 Vorstehern erschienen, freundlich empfangen und einer langen Unterredung gewürdigt werden. Der Bericht trägt die Unterschrift der fünf Vorsteher. Am Schlusse ist hinzugefügt: „N. B. König Wladislaw war 1497 in Prag, dieser war der Audienzgeber."

Nr. 10. Verbot der Behörde, Juden als Maurer bei Bauten von Kirchen und Kapellen zu verwenden; dagegen dürfen die Juden dabei Handlangerdienste leisten.

Unterm Strich ist eine Anmerkung beigefügt, in der auf die Notiz des Cosmas hingewiesen wird, nach welcher der Jude Podiwin als Erbauer der Burg Podiwin bezeichnet wird.

Nr. 11. Mit Zuziehung der Assessoren der Obergeistlichen und 23 Dirigenten (Gabaim) und zu diesem Zwecke eigens ausgeschossenen 15 Gemeindemitglieder, werden Verfügungen getroffen über Einhebung und Rechnungslegung der jüdischen Kommunalabgaben in den sämtlichen dasigen Stadtvierteln sowohl diesseits als jenseits des Stromes.

Eingetragen am 26. Siwan 5401 in das Buch Numero 13 der Gemeindestatuten, Abschnitt 703.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nr. 12. Ein Ochse, den der Jude Josef in — an den dortigen Müller verkauft hat, war am Sabbat nicht zu bewegen, den Stall zu verlassen. während er sonst die ganze Woche hindurch willig arbeitete.

Nr. 13. Am 16. Tischri dieses Jahres befahlen die Geistlichen der Stadt Brünn, daß kein Christ von Juden Bücher abschreiben lasse, da mehrere jüdische Abschreiber durch Zusätze und Veränderungen den Sinn entstellt und sich so sträflichen Vergehungen gegen die christliche Kirche schuldig gemacht haben.

Nr. 14. Auf Befehl der hohen Behörde von 26. Tewes dürfen Juden nicht mehr christliche Kalender verfertigen und verkaufen, da sie eigennütziger Weise die christlichen Feiertage falsch angesetzt haben.

Nr. 15. Bekanntmachung des Prager israelitischen Konsistoriums (Bethdin) vom 18. Adar 5150. Mit Rücksicht auf die Katastrophen, die an den letztverflossenen Ostern die Juden in Deutschland und der Schweiz getroffen, sollen die Juden an den Ostertagen keinen roten Wein genießen, das christliche Gesinde bei den Zeremonien der ersten Osterabende anwesend sein lassen. Vorher war schon den jüdischen Weinhändlern verboten worden, überhaupt mit Rotwein zu handeln.

Nr. 16. Strenger Erlaß der Vorsteher des Landesrabbinates und des Rabbinats gegen heimliche Beerdigungen in Kellern, Höfen und Gärten vom Rüsttage des Versöhnungstages 1271 mit besonderen Sanktionen gegen Josef Fleischhacker, der seine 14jährige Tochter Rebeka kürzlich vor fast 10 Monaten heimlich in seinem Garten beerdigt hat.

Nr. 17. Bekanntmachung der Gemeindevorsteher und des Konsistoriums, Männer- und Frauenbäder dürfen nicht in einem Hause, auch nicht in zwei benachbarten sein. Für das rituelle Frauenbad darf keine Gebür eingehoben werden, die Eigentümer oder Mieter der Frauenbäder sollen aus der Gemeindekassa einen Pauschalbetrag erhalten.

Nr. 18. Um die Übervorteilung der Gäste zu verhindern, werden den Gastwirten bestimmte Tarife vorgeschrieben, sie aber gleichzeitig von den bisherigen Abgaben an die Gemeindekassa befreit.

Nr. 19. Einschränkung der Auswanderung nach dem heiligen Lande auf höchsten 2 Familien jährlich wegen der Gefahren der Reise und der schlechten Verhältnisse dort. Unter den sich Meldenden sollen zwei für das laufende, zwei für das künftige, zwei für das nächstfolgende Jahr ausgelost werden; die Befugnis ist nicht übertragbar. Aus dem Gemeindestatutenbuche Num. 13., Seite 167.

Prag 5401.

Nr. 20. Bisher durften in jeder großen Synagoge 5 den Ehrennamen Raw führen, in der ganzen Gemeinde nur 40; bei dieser Gesamtzahl hat es unabänderlich zu bleiben, doch soll für die Verteilung auf

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

die einzelnen Synagogen eine andere Norm geschaffen werden. Vom Prager israelitischen Konsistorium. — Beth din — 5321.

Nr. 21. Die Entscheidung der Prager Rabbinatsbehörden, daß ein einmal des Meineids überwiesener namens Josef Salomon nicht als Zeuge zugelassen wird, wird gebilligt.

Nr. 22. Mit Bezug auf die traurigen neuerlichst stattgehabten Vorfälle sollen die Juden allen Disputationen und Religionsgesprächen mit Andersgläubigen, die ja auch völlig zwecklos sind, aus dem Wege gehen.

Nr. 23. Um die Abzugssteuern nicht zahlen zu müssen, geben mehrere das Land verlassende jüdische Familienväter an, daß sie nach dem heiligen Lande auswandern; darum sollen von jetzt ab auch die nach dem heiligen Lande Auswandernden die Abzugssteuern zahlen.

Nr. 24. Jüdische Ärzte dürfen Christen nur dann behandeln, wenn der Christ vorher bei der Behörde schriftlich eingeschritten ist; nur wenn kein christlicher Arzt in der Nähe ist, darf einstweilen der jüdische behandeln. Jüdische Wundärzte dürfen aber äußere Verletzungen ausnahmslos behandeln.

Bekanntmachung vom 13. Majus 1613.

Nr. 25. Strenger Erlaß gegen Hehlerei und Ankauf gestohlener oder verdächtiger Sachen und dringende Mahnung zur Vorsicht beim Ankauf von Unbekannten.

Nr. 26. Viele Juden übertreten auf dem Lande und in den Städten das seit urdenklichen Zeiten bestehende Verbot, das Tischler-, Maurer-, Schmiede-, Posamentierhandwerk zu betreiben; es wird ihnen bei Androhung der Landesverweisung neuerdings verboten, sie sollen sich mit dem Handel und dem Pfandleihen befassen, dürfen auch Granaten und andere Steine schleifen und das Schiffer- und Fuhrwerkergewerbe wie bisher ausüben. Für ihre Glaubensgenossen dürfen sie alles Erforderliche auch weiterhin verfertigen.

Nr. 27. Bericht über die Entdeckung Amerikas.

Nr. 28. Josef Moses aus ... perg wird in den Bann gelegt, weil er lehrt, daß die Erde sich drehe. 1557.

Nr. 29. Jeder Weinhändler, der etwas zur Verbesserung des Geschmackes oder der Farbe dem Weine beisetzen will, muß sich vorher bei einem Arzte über die Unschädlichkeit des Mittels vergewissern. Statutenbuch 19 der Prager Israelitengemeinde, Abschnitt 133. 1602.

Nr. 30. Die Beschwerde des Brünner Oberrabbiners gegen den Rabbiner in Horn, der öfters Trauungen in der Synagoge, nicht unter freiem Himmel vorgenommen, wird zurückgewiesen.

Nr. 31. Belehrungen über die Vorsichtsmaßregeln zur Verhinderung der Ansteckung bei der jetzt wütenden Pest.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nr. 32. Bericht über das unbezweiflich schnelle Wachstum der Barthaare des hier anwesend gewesenen Moses Models aus Sobieslau.

Nr. 33. Bericht über die Gründung einer hebräischen Buchdruckerei in Prag durch Rabbi Salomo Barotti, der das Geld dazu hergab unter Mitwirkung der Kunstverständigen Herren Schütz und Dohmer. Das erste Buch, das gedruckt wurde, sind die Fragen und Antworten des hochseligen Rabbi Jona; am ersten Tage wurden 60 Pergamentblätter des Werkes fertiggestellt.

Nr. 34. Viele aus Ungarn stammende Juden tragen trotz mehrfacher Mahnungen immer noch die türkische Tracht. Sie werden aufgefordert, binnen 14 Tagen sie abzulegen bei sonstiger Verhaftung, zumal bei dem jetzigen Kriege unseres Regenten mit der Pforte Mißdeutungen entstehen könnten, wie jüngst, wo nur durch den Schutz der Behörden die verderblichen Folgen für die Gemeinde unterblieben.

Nr. 35. Verordnung gegen den Unfug auch verheirateter Personen beiderlei Geschlechtes, am Sabbat und an Festtagen sich außerhalb der Stadt oder in entlegenen Straßen zu Tanz, Musik und Saufgelagen zahlreich zu versammeln.

Prager Rabbinatbehörde, den 12. Tewes.

Nr. 36. An die Synagogsvorsteher in Linz. Vorhaltungen, daß sie den ehrwürdigen Greis Nathan Chalfan aus Aquileja bei Ofen am letzten Versöhnungstage, weil er im Sterbekleid erschien, nicht zur Thora aufrufen wollten. Sie sollen auch ihrem Religionsvorsteher — more zedek —, der bei dieser Gelegenheit nach Recht und Billigkeit handelte, Abbitte tun.

Nr. 37. Gegen den Aberglauben, besonders bei Krankheiten ein Tier, Vogel oder Fisch zu nehmen und darüber eine Bannungsformel zu sprechen, die endet mit den Worten: sei geweiht dem Tode anstatt meines Sohnes N. N.

Von seiten der Rabbinatsbehörde 1592.

Nr. 38. Mahnung besonders an die Frauen, die jüdischen Dienstboten menschlich zu behandeln, da dies ja auch Nichtjuden gegenüber geboten ist. 26. Elul.

Nr. 39. Gegen Tierquälerei und zweckloses Töten von Tieren.

Nr. 40. Bericht über die Wegnahme der tausendjährigen Monumente der drei hiesigen Friedhöfe anläßlich einer Belagerung, darunter des Mausoleums des mit dem Vertrauen des Regenten beehrten Juda Sohn des Josef halevi, des hochgelehrten Rabbi Samuel Carcasson.

Nr. 41. Beschreibung eines Bücherraubes. Am Versöhnungstage besetzten Geistliche und Bewaffnete alle Synagogen und Judenwohnungen, nehmen alle hebräischen Bücher weg, sprengen die Kästen in den Unterrichtshallen — bote midrasch — und nehmen selbst die Bücher

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mit förmlichen Genehmigungs- und Zulassungszeichen, viele Handschriften, auch die kostbare Büchersammlung des frommen Rabbi Samuel L. S. und des hochgelehrten Rabbi und Doctors — Arzt — Gedalia. Die Bücher konnten trotz der sehr vielen mitgebrachten Wagen nicht an einem Tage weggeführt werden.

Am Rande steht: „Dieser R. Gedalia starb 5247. Grabstein des alten Friedhofes."

Nr. 42. Im Eisenhammer des Oser Amberg in .... fanden neun der jüdischen Arbeiter in den Gluten den Tod.

Nr. 43. Ein Teil der Mauer des hiesigen großen Gottesackers war eingestürzt, darum wurde N. N. beordert, während der Bauzeit dort bei Nacht zu wachen. Er benahm sich dabei sehr unziemlich und erblindete plötzlich.

1632.

Nr. 44. Seit beinahe sieben Viertel Jahren ist das Orgelspiel in der Synagoge verboten gewesen. Durch die Gnade des Königs ist es am 1. Chanukatage in der Altneusynagoge wieder erlaubt worden, die in der ..... Synagoge befindliche Orgel war mittlerweile unbrauchbar geworden.

Nr. 45. Der mitten unter der deutsch-böhmischen Judenschaft hier wohnende portugiesisch-lusitanische Jude N. N. wird trotzdem er von dieser Judenschaft gewählt wurde, von den Vorstehern nicht zum Vorsteheramt zugelassen, weil er weder der böhmischen noch der deutschen Sprache kundig ist. Über seine Beschwerde wird entschieden, daß der Gemeinde zusteht zu wählen, wen sie will, umsomehr als N. N. etwas deutsch kann und ihm zur Pflicht gemacht worden, eine oder die andere Landessprache zu lernen.

Anno 1441. Seite 113.

Nr. 46. Erzählung, wie einer einen Faden mit Ohrenschmalz bestrich und ihn dann anzündete.

Nr. 47. Die Kaufleute sollen nicht mehr überhalten — vorschlagen. Es darf niemand für eine Ware mehr als ein Sechstel über den Preis fordern, zu dem er sie wirklich losschlagen kann.

Nr. 48. An den Religionslehrer — more zedek — in Sobieslau, Zurechtweisung, weil er eine Frau, die in ihrer Jugend einen Fehltritt begangen hatte, abseits begraben ließ.

Von der Prager Rabbinalbehörde. 11. Ijar 1650.

Nr. 49. Wiederholung des vielfältig erlassenen Verbotes, am Purim Masken zu tragen, die bei Nichtjuden Anstoß erregen könnten, besonders solche von Individuen aus gewissen Ständen oder gar Standespersonen bei Androhung der schon früher hierauf gesetzten Strafen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nr. 50. Die Judenschaftsältesten haben mit Recht den Supplikanten ....., die in das gelobte Land gezogen waren und ihren Wohnsitz aufgegeben hatten, die Wiederansiedlung in N., ihrem früheren Wohnorte verweigert. Aus besonderer Gnade wird ihnen diese bewilligt, doch soll in Zukunft kein nach dem gelobten Lande Ziehender sich in seinem früheren Wohnsitz oder in einer Ortschaft unseres Reiches niederlassen dürfen.

Nr. 51. Mit Bezug auf die Auftritte beim Tode des jungen Geistlichen N. N., der sich von einem jüdischen Arzte hatte behandeln lassen, wird den jüd. Ärzten nahegelegt, Nichtjuden nicht zu behandeln.

1603. Von den Gemeindevorstehern.

Nr. 52. Erlaß der Rabbinatsbehörde gegen die häufige Anwendung des Bannes seitens der Religionsweiser auf dem Lande — more zedek. 1479.

Nr. 53. Scharfer Erlaß gegen das ketzerische Buch „megale rasia" eines gewissen Joseph, das von jedem, der es zufällig bekommt, abzuliefern ist, damit es verbrannt werde.

Nr. 54. Verordnung gegen Anwendung von falschem Maß und Gewicht seitens einiger Kaufleute. Von den Gemeindebehörden und Rabbinalbehörden der Prager Israelitengemeinde. 508.

Nr. 55. N. N. aus dem Priesterstamme war während seiner langen Abwesenheit von Böhmen von Judentum abgefallen, dann in seine Vaterstadt N. zurückgekehrt, wo er wieder als Jude lebte. Während er am ersten Osterfesttage vor der Thoralade den Segen erteilte, fiel er tot nieder. Erst mehrere Jahre später hörte man von seiner Religionsveränderung.

Nr. 56. Erlaß der unterzeichneten Gemeindevorsteher, Beisitzer und Ausschußmänner. Kein Jude soll bei sonstiger Geld- oder Leibesstrafe an den bevorstehenden Osterfeiertagen die auf die Buß- und Trauertage der Christen fallen, außer dem Hause in Feiertagskleidern erscheinen.

Nr. 57. Wegen der vielen entstellenden Druckfehler wird angeordnet, daß vor jedem Drucke der betreffende Korrektor den Gemeindegeschworenen zu nennen ist und sein Name dem Buch immer vor- oder nachgedruckt werden muß.

Nr. 58. Es ist unklug, Christen am Versöhnungstage nicht in die Synagoge zu lassen, da es die bestehenden Vorurteile noch verstärkt. Darum wurden die Vorsteher angewiesen, keinem Christen oder Christin am Versöhnungstage zu irgend einer Zeit den Eintritt in die Synagoge zu verwehren. Kahal und Bethdin.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nr. 59. Bei dem Begräbnis des am 13. Siwan 447 verstorbenen Josef Mainz, hielt der Rabbi Hirsch eine rührende Leichenrede. Am nächsten Tage erhielten die Vorsteher eine Zuschrift des Edelherren Waldegg, er habe gestern abend von dem Hajekischen Garten der Beisetzung zugesehen, die Tränen des Leichenredners und der Zuhörer bemerkt. Er bitte ihm den Namen und Charakter des Verstorbenen mitzuteilen und eine Abschrift der Leichenrede zu senden. Seinem Wunsche gemäß wurde ihm die deutsch bearbeitete, auf Pergament geschriebene Leichenrede von den namentlich angeführten Vorstehern übereicht. Der Edelherr fand die Rede sehr zweckmäßig und sendete dem Leichenredner vier Goltstücke.

Pinkas hakehilla Num. 9, Blatt 173.

Nr. 60. Der 26jährige N. N., der eine Christin geheiratet hatte, wurde zum Feuertode verurteilt und da er es verschmähte, die Taufe zu nehmen, auch verbrannt.

Nr. 61. Der Rabbiner in N. hatte eine Christin mit dem — — aus — — getraut, die mittlerweile geflüchtet sind. Er wird freigesprochen, da die Christin sich durch falsche Urkunden als Jüdin ausgegeben hatte.

Nr. 62. In N. wurde am Kolnidre Abend das Bethaus in die Luft gesprengt, wobei 80 Personen getötet wurden.

Nr. 63. Gegen Disputationen und Religionsgespräche mit Nichtjuden über die dermaligen hierlands herrschenden religiösen Zwistigkeiten.

Nr. 64. Es wurde eine Kommission von 10 Personen eingesetzt zur Prüfung und Begutachtung sämtlicher hebräischer Bücher, bestehend aus 5 Christen und 5 Juden, die zum Teil namentlich angeführt wurden.

Nr. 65. Sämtliche Bier-, Wein- und Branntweinschenken dürfen, um Unanständigkeiten zu begegnen, nur männliches Bedienungspersonal haben.

Von Kahal und Bethdin.

Nr. 66. Der zum Synagogsvorsteher gewählte N. N., soll sofort seine Stelle antreten, da der Vorwurf, er habe einen Juden bei dem christlichen Tribunale belangt, nicht stichhältig sei, und den Gemeindevorstehern, Richtern und Rabbinern darum der schärfste Verweis zu erteilen, daß sie ihn am Amtsantritte hindern.

Nr. 67. Ein Jude Josef, der sich getauft hatte, bestand darauf, daß der Thoraladenvorhang, den er gespendet hatte, wie ursprünglich bei der Schenkung bedungen, verwendet werde. Die Synagogsvorsteher verweigerten es, darauf wird im Prozeßwege dem Täufling recht gegeben, der Vorhang aber wurde gestohlen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Nr. 68. Bericht über den Besuch des vielgeliebten Regenten in der hiesigen Altsynagoge am 2. Pfingsfeiertage 1498. Er bewunderte den 271 Jahre alten Tabernakelvorhang.

Nr. 69. Klagebrief über die Konfiskation sämtlicher jüdischer Bücher am Versöhnungstage mit der Bitte um Hilfe. Vom Gemeindevorstand und Konsistorium.

Nr. 70. Antwortbrief unterzeichnet „die Vorsteher des Gesetzes, die Ältesten der Gemeinde Konstantinopel" (ohne Namen) vom 15. des Trostmonates. Anfrage, ob für die Bücher, die ihr jetzt erhaltet, Bürgschaft ist.

Nr. 71. Antwortbrief aus Rom, in dem darauf hingewiesen wird, das man Israel in Saloniki seiner Habseligkeiten, seines Grundeigentums und seiner Handelsschiffe, in Famagusta seiner Weiber und Töchter in Perugia seiner Kinder und Säuglinge beraubt habe, um sie zu taufen. Bücher können sie nicht schicken, weil man es ihnen übel auslegen würde, sie schicken aber hinlänglich Geld für solche.

Nr. 72. Antwortbrief aus Worms, man könne nur ein kleines Scherflein beisteuern, da die Gemeinde kaum vierthalb Hundert Familien zählt, von denen über ⅔ arm oder unbemittelt sind.

Nr. 73. Antwortbrief an die „hochachtbaren und vielgeliebten Kollegen und Standesgenossen". Es ist unmöglich zu helfen, da unsere Begierung mit der Eurigen in vielfacher Beziehung steht und wir damit unsere Sicherheit aufs Spiel setzen würden.

Nr. 74. Antwortbrief mit Klagen über das allseitige Drangsal Israels. Man sendet Bücher durch Freunde in der näher gelegenen Stadt ***, da man die Transportkosten spare und die Absender in *** nichts zu fürchten haben. Die Bücher sollen abgehen, bis die Mitteilung komme, daß dies ungefährdet geschehen könne.

Nr. 75. Antwortbrief, die Kunde von dem Unglücke ist dem Briefe vorangeeilt. Man hat in der Stadt und Umgebung Bücher gesammelt. Anfrage, ob sie frei geschickt werden können.

Darunter steht: Rom Bud.
Stambul Wien.
Worm Speier.
Venedig.

Nr. 76. Die am letzten Versöhnungstage uns entzogenen Bücher, werden nicht zurückgegeben, dagegen wurde ein Verzeichnis der erlaubten und verbotenen Bücher angelegt, von dem jedes Gemeinde mitglied ein Verzeichnis erhält. Neue Bücher oder uns unbekannte müssen uns sogleich zur Prüfung vorgelegt werden.

Kahal und Bethdin.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nr. 77. Alle Inschriften der Grabsteine sollen in genauer Abschrift in ein Buch eingetragen werden. Wer sich nicht nach der Abschrift richtet, dessen Grabstein soll unkenntlich gemacht werden.

Nr. 78. Joachim Mendel und seine Brüder haben zufolge Vermächtnisses ihres Vaters jährlich durch 25 Jahre eine bestimmte Summe für die Erhaltung der Synagoge zu zahlen. Joachim Mendel hat sich taufen lassen, man kann ihm den ferneren Beitrag nicht zumuten, andererseits auch nicht den drei Brüdern auferlegen, soodern die Synagoge muß auf die 11 Jahre darauf verzichten, falls die Brüder den Beitrag des Getauften nicht freiwillig übernehmen.

Nr. 79. — — hat sich getauft, auf sein Verlangen mußten in — unweit — seine beiden auf dem jüdischen Gottesacker bestatteten Kinder ausgegraben und ihm zur Verfügung gestellt werden.

Nr. 80. Der Bitte der diesstädtischen Rabbiner — Assessoren — Dajanin — um Befreiung von der Anwesenheit bei der Steuerrepartition wird stattgegeben, da sie kein Gehalt haben, sondern von der Mildtätigkeit der Glaubensgenossen leben und daher in den Verdacht der Begünstigung kämen.

Bekanntmachung der Behörde. 1680.

Nr. 81. Die nach Rom gesendeten Deputierten der polnischen Judenschaft kamen auf der Rückreise durch Prag. Sie wurden von mehreren Kardinälen, auch vom Papst — allerdings durch einen Vorhang getrennt — empfangen und setzten die Aufhebung des Befehls durch, das alle Juden Sonn- und Feiertagspredigten in den Kirchen anhören mußten. Dabei hat ihnen auch die Verwendung mehrerer Regenten geholfen.

Nr. 82. Bezüglich des Verbotes der Ehescheidung des N. N. hat es bei der Entscheidung der Prager Religionsbehörde unabänderlich zu bleiben, da derselbe im Laufe von neun Jahren sich mehrmals hat scheiden lassen, ohne Grund seitens seiner Gatinnen, also erwiesenermaßen aus unlauteren Absichten, umsomehr als bei den Juden eine geschiedene Frau nicht so leicht heiratet.

Nr. 83. Heute am 23. Elul starb der gelehrte R. Elieser an den Verleztungen, die ihm ein Buchbinder beigebracht, weil er gesagt hatte, da er kein Schweinefleisch genieße, wolle er auch ein Buch nicht in Schweineleder gebunden haben.

Nr. 84. Obwohl es gebräuchlich ist, daß Juden ihre Rechtsstreitigkeiten vor ein Judengericht bringen, so bleibt es ihnen doch unbenommen, bei gegenseitigen Übereinkommen ihre Sache, soweit es keine Religionssache ist — bei den christlichen Behörden anhängig zu machen, ohne daß einer aus ihrer Nation sich mißbilligend darüber äußern dürfte.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nr. 85. Um die unaufhörlichen Streitigkeiten zwischen Vorstehern und Rabbinern zu beenden, sollen diese nach dem Beispiele anderer Judengemeinden eine Anzahl unparteiischer Gemeindemitglieder bestimmen und eine Ordnung festsetzen lassen, uns aber mit dergleichen Vorstellungen verschonen.

Erlaß der Behörde.

Nr. 86. Über Anordnung der Rabbiner der hiesigen Gemeinde, sollen sämtliche, die Überfuhr besorgenden Schiffer am Freitag- und Feiertagsvorabend, spätestens ¼ Stunde nach Beginn des Minchagebetes in den Synagogen ihre Schiffe verlassen. Sie sind verpflichtet, sich in diesen Abendstunden, ebenso wie an den Sabbaten und Feiertagen durch Nichtjuden vertreten zu lassen.

Nr. 87. N. N. hat sich von seiner tadellosen Frau Rebeka scheiden lassen, die die Verpflichtung übernahm, die beiden Kinder zu erhalten. Nun ist Rebeka mittellos gestorben, ihre Eltern und Verwandten verarmt. Es ist daher der Spruch der Rabbinen billig, daß der Vater die Kinder zu ernähren hat. Doch ist zu bedenken, ob es nicht ratsamer ist, die Kinder, statt sie ihrem pflichtvergessenen Vater zu übergeben, anderswo unterzubringen und von der Gemeinde oder Privaten den Unterhalt zahlen zu lassen.

Nr. 88. Wegen wiederholt vorgefallener Leichenschändungen wird es jedermann strengstens verboten, Tote in mit Gold oder Silber bordierten Gewändern zu bestatten; es darf nur eine grobe, sogenannte Klosterleinwand verwendet werden.

Band 7, Blatt 33. 5299.

Nr. 89. Die Anordnung der Gemeindevorsteher, daß die Synagogenvorsteher jährlich ihre Einnahms- und Ausgabsbücher vorlegen sollen, ist berechtigt; doch haben die Gemeindevorsteher sich nur auf die Prüfung der Rechnungslegung zu beschränken.

Nr. 90. Der fromme und gelehrte N. N. ging vorigen Freitag wie gewöhnlich, seinen Geschäften nach, kehrte nicht mehr zurück.

Nr. 91. Die Kirche zu — war des Nachts entweiht worden. Ein Kürschner sagte aus, er habe mehrere Juden dort versammelt gesehen, von denen er nur den Berl aus dem Nachbardorfe erkenne, dieser gestand auf der Folter und nannte auch seine Mitschuldigen, die alle auch auf der Folter standhaft blieben, obwohl 2 dabei starben; die 8 übrigen waren schon 2 Jahre im Kerker, als der Kürschner auf dem Totenbette seine Beschuldigung wiederrief.

Nr. 92. Am 14. Elul 1664 wurde die Uhr auf dem großen Turm auf 12 Stunden umgeändert.

Darunter steht: Nach Schaller zu berichtigen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nr. 93. 1473 Bericht über die verheerende Pest, gegen die alle Mittel zwecklos sind. Nicht einmal Amulette — Kameoth — wirken. Von den 7 Gemeindevorstehern starben 5, manche Familie ist ganz ausgestorben, in mancher Synagoge nur 20 Mitglieder übriggeblieben.

Nr. 94. Ein Edelherr N. N. schickt zu den Gemeindevorsteher Samuel Will, er möge ihm die sehr alte Judenchronik auf einige Zeit leihen. Nachdem dieser einige vielleicht Anstoß erregende Stellen beseitigt hatte, schickte er sie dem Edelherren. Ich Schreiber dss. Samuel ben Jesaia hakohen, habe diese Chronik nie gesehen, aber mein Schwiegervater Mosche Ramschak hat Bruchstücke davon gesehen, sie enthält viel Interessantes, so von der fürchterlichen Pest vor ca. 180, Vereinigung der 3 Prager Judengemeinde, Brand der Judenstadt, Gründung der Altneuschul, die Waffenhilfe der Juden an die Landesregenten, die Verfolgungen 1052—1096.

Nr. 95. 1601. Unter den aus dem gelobten Lande gekommenen Sammlern der gewöhnlichen milden Beiträge, war auch ein schwarzer Jude; man konnte aber nicht dahinter kommen, ob es im Negerlande Juden gibt, oder ob vielleicht der Vater des Negers das Judentum angenommen habe.

Nr. 96. Grabsteine wurden zu Schanzbauten verwendet; die Nachkommen des Gelehrten N. N. retteten seinen Grabstein und ließen ihn in der Vorhalle der alten Synagoge einmauern. Das jüdische Konsistorium — Beth Din — forderte die Vorsteher der Synagoge auf, diesen Stein entfernen zu lassen, da auch Mißbräuche entflehen können. 1623.

Nr. 97. Ein getaufter Jude (Naftali Kinspurg aus Budweis) wurde vermißt; die Juden werden beschuldigt, die sämtlichen dortigen Gemeindevorsteher (drei) werden lange gefangen gehalten und gefoltert, bis mehrere gefangene Räuber gestehen den Exjuden bei N. (S. K. R. Z.) ermordet zu haben.

Nr. 98. Beim Graben eines Graben wurde ein Holzbehältnis mit 13 Thorarollen prächtig geschmückt, davon 3 ganz unversehrt, gefunden. Sie wurden zugunsten des Friedhofes verkauft. Wahrscheinlich stammten sie aus der Zeit einer Verbannung. 413.

Nr. 99. Der Sohn eines berüchtigten Denunzianten führt Prozeß wegen der entehrenden Aufschrift auf dem Grabsteine seines Vaters; am Erfolg hindert ihn seine Unwissenheit. 491.

Nr. 100. Es wird angeordnet, daß zwei der wegen Steuerrückständen versiegelten Synagogen wieder eröffnet wurden, da alle ihre Besucher die Steuern gezahlt haben.

Nr. 101. Zufolge hoher Verordnung müssen alle Fenster von Judenhäusern gegenüber Kirchen zugemauert werden.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nr. 102. Gestern nachts ... Tamus 11 h wurde ein herrlicher Regenbogen gesehen.

Nr. 103. Sämtliche Verordnungen der Gemeindeältesten und Rabbinatsbehörde sind von den Synagogsvorstehern chronologisch geordnet, aufzubewahren und auf Verlangen jedermann in ihrem Beisein davon Kenntnis nehmen zu lassen, um Beirrungen und z. T. absichtlichen Verdrehungen zu begegnen.

Kahal und Beth Din.

Nr. 104. Verordnung hohen Orts, daß vom 1. Tischri 363 auch solche, die keinen Grundbesitz haben, Steuern zahlen sollen, sobald sie der dazu eingesetzte Ausschuß mit 5 Stimmen dafür geeignet erklärt, falls sie sich nicht durch einen förmlichen Eid davon befreien.

Nr. 105. Erlaß der böhm. Kammer vom 12. August 1513 zum Schutze der jüdischen Friedhöfe. Verschiedene Bestimmungen über die Leichenbegängnisse, es dürfen weder brennende Kerzen von schwarzem Wachse, noch die Kopfbedeckung des Verstorbenen oder ein Buch der Leichenbahre vorangetragen werden.

Nr. 106. Die Juden in Amberg wurden unter dem Vorwande christliche Heiligentümer entweiht zu haben, zu Hunderten getötet und ausgeraubt. Wenige flüchteten nach Prag, wo sie bei Christen Erbarmen fanden. Dank dem edlen Geistlichen Thomas von S. R. K. J. wurden ihnen 13 christliche Häuser zugewiesen.

Nr. 107. Die Vorsteher der Spitalssynagoge überlassen 1519 dem Edelherrn Kajetan von Hohenfridigen die gemalten Glasfenster der Synagoge, außer der Bezahlung, läßt der Edelherr auch die beiden baufälligen Treppen herrichten..

Nr. 108. Bei der vor 8 Jahren stattgefundenen Verwendung von Grabsteinen zu Schanzzwecken, haben viele sich in den Besitz der Grabsteine ihre Verwandten gesetzt; dieselben sollen unverzüglich zurückgestellt werden, da sie am gehörigen Orte kostenlos aufgestellt werden.

Nr. 109. Gegen den Mißbrauch, daß Leute bei Lebzeiten eine Grabstätte kaufen, dann aber bei ihrem Tode durch ihren geänderten Lebenswandel nicht würdig sind, an diesen erwählten Stellen bestattet zu werden; darum darf niemandem mehr bei Lebzeiten eine Grabstätte verkauft werden. Denen, die schon Grabstätten gekauft haben, sei das Geld zurückzuerstatten. 1512.

Nr. 110. Mit Rücksicht auf die vielfach vorkommenden Kindszwangstaufen und Entführungen wird besondere Vorsicht und Aufsicht für die Kinder empfohlen. 1481.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gemeindevorsteher und Rabbinatsbehörde.

Nr. 111. Die am Versöhnungstag gebeteten Stellen: lemakosenu aruchas mosor haaleh; doresch domim oßom jiskor; rabas sowoh loh nafschenu bus hasonim haben viel Mißgeschick gebracht, darum sollen sie in keiner Synagoge und Betstube verrichtet werden und sind in den Gebetbüchern unleserlich zu machen.

Nr. 112. Der Gebrauch, nach dem zu einer Hochzeit sämtliche Gemeindevorsteher einzuladen sind, ist derzeit nicht mehr entsprechend und führt zu Mißhelligkeiten. Darum hat die Rabbinalbehörde über Ersuchen der Gemeindevorsteher bestimmt, daß in Zukunft nur eine allgemeine Einladung in der Synagoge durch den Synagogsdiener erfolgen dürfe u. zw. am sogenannten Reigensabbat, das ist am Sabbat vor der Hochzeit.

Aus den Büchern Nr. 11, Blatt 93, Seite 1.

Nr. 113. Ein ehemaliger Geistlicher hatte geheiratet. Als er mit seiner Frau in der Teinkirche war, erregte dies großes Ärgernis, er wurde verfolgt, floh in die nahe Judenstadt, wo es zu Schlägereien und Exzessen kam, deren Opfer die Juden wurden, die man beschuldigte, dem Geistlichen Vorschub zu leisten. 1529.

Nr. 114. Es wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, daß niemandem eine Leichenrede gehalten werde, ohne Genehmigung des Ausschusses der Fünfzehn Gemeindemitglieder.

Aus den Gemeindebüchern Num. 14, Blatt 81. 21. Kislew 311.

Nr. 115. Beschreibung des Rückzuges der Hussiten von ihrem Feldzuge gegen Meißen und Thüringen und ihrer reichen Beute.

Nr. 116. Die Juden in — verteidigen mit den Christen gemeinsam die Stadt; bei der Eroberung durch die Taboriten werden alle Juden getötet, über 60, nur zwei Abwesende waren entkommen.

Nr. 117. Bericht über einen Schuldenerlaß.

Nr. 118. Die Juden sollen nicht teilnehmen an den Zwistigkeiten der Anderen, ganz besonders nicht, wie es jüngst geschah, öffentlich Lieder singen, wie „Wer Mut hat und die Nacht nicht fürchtet", „Ein demütiges Ja zu allem schütteln", „Laß um den Altar uns sammeln". 1547.

Nr. 119. Samuel Lebel aus N. erhält für seinen Rat, bei Erstürmung von Festungen bedeckte Sturmleitern zu verwenden, über Verwendung des Chefs der k. k. Heere eine bedeutende Belohnung und für sich und seine Erben auf ewige Zeiten das Recht Grundbesitz zu erwerben.

Nr. 120. Noch keine vier Jahre sind verflossen, seitdem die hiesigen Gefilde mit dem Blut Israels getränkt wurden. Und schon wieder

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

neues Unheil; man verlangt unerschwingliche Summen. Von den österreichischen Juden Hilfe unmöglich, da sie selbst in ähnlicher Lage sind. Die Vorsteher werden eingekerkert, Geschäfte gesperrt, Synagogen und Frauenbäder geschlossen. Endlich bewilligt man Termine, so daß die Juden hoffen, mit Hilfe ihrer auswärtigen Brüder die Summen zahlen zu können.

Nr. 121. Gestern wurden die Siegel von der hebräischen Buchdruckerei, die wegen Druckes anstößiger Schriften fast dritthalb Jahre gesperrt gewesen war, abgenommen.

Nr. 122. Es ist den gefertigten Gemeindevorstehern mitgeteilt worden, daß Bücher, die den seit Jahrhunderten bestehenden Lehren der Andersgläubigen zuwider sind, von jüdischen Buchhändlern verkauft werden, u. zw. um so geringen Preis, daß ersichtlich ist, daß man sie ihnen nur übergeben hat, um sie allgemein zu verbreiten. Es wird daher verboten, Schriften zu verkaufen, bevor ein bewährter und stimmberechtigter christlicher Geistlicher, der notorisch jenen Neuerungen nicht zugetan ist, sie geprüft hat.

„NB. Da der Druck damals noch nicht war, so muß hier bloß von M. S. die Rede sein."

Nr. 123. Gegen das oft verbotene Außerlandschaffen inländischer Münzen.

Nr. 124. Die Gemeindevorsteher mit Zuziehung der fünfzehn Ausschußmänner verbieten allen Weibern und Mädchen das Tragen seidener Strunkas.

Nr. 125. Zur Vermeidung von Unzulässigkeiten haben die Gemeindevorsteher beschlossen, daß kein Vorsteher eine Beschneidung vornehmen dürfe — außer bei seinem Sohne, Enkel und Schwester- oder Bruderkind und in der Synagoge nicht am Neujahr Schofar blasen dürfe.

Nr. 126. Der 5. Ijar 5089 war für die Juden Prags und des ganzen Landes ein Trauertag, da an diesem Tage das Edikt verlautbart wurde, sie müßten alle binnen 3 Monaten das Land verlassen. 14 Tage vor Ablauf der Frist wurden die Vorsteher aller 3 Judenviertel vorgerufen, ihnen das Verbannungsdekret nochmals verlesen, ebenso auf dem Lande. Nur wer die Taufe nehme, könne bleiben. Tags darauf wurden die jüdischen Arbeiter aus der königlichen Münze entlassen; alles, was man nicht mitnehmen konnte, wurde verkauft zu Spottpreisen. Thorarollen, Bücher, heilige Geräte wurden vergraben, auf den beiden Gottesackern Abschied genommen. Unterwegs starben viele; es kam auch zu räuberischen Überfällen, einem solchen fielen der gelehrte Rabbi Simon Kollin und sein Schwiegersohn im Walde bei Neudörfel... zum Opfer. 11 Wochen konnten sie keine Sabbatlichter anzünden, nicht ein-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

mal am Tischobeaw die Thoravorlesungen hören. Erst in Kigow nach 2 Monaten hörten sie wieder die Thoravorlesung. Die 38 Familien waren auf 160 Personen zusammengeschmolzen. Nach 4 Monaten langten sie in Schernobil an, wo sie nicht die versprochene gute Aufnahme fanden, weil sie nicht die erwarteten Schätze mitgebracht hatten. Nach 3 Jahren wurde die Verbannung widerrufen. Viele zogen zurück, auch ich und die Meinigen. Am Vortage des Neumondes Marcheschwan 1334 kamen wir zurück. Die Rückreise dauerte nur 2 Monate.

Nr. 127. Die Vorsteher der Prager und der Landesjudenschaft verbieten erbeutete Sachen von den Taboriten-Separatisten zu kaufen, sich bei ihnen aufzuhalten oder sie auf ihren Zügen zu begleiten.

Nr. 128. Der Kunsterfahrene Samuel Buda wird auf allerhöchsten Befehl zum obersten Dirigenten der Münze ernannt; er ist der erste Jude, der dieses Amt bekleidet.

Nr. 129. Jüdische Hebammen sollen, wegen der daraus entstehen könnenden Folgen, womöglich Christinnen nicht beistehen.

Nr. 130. Besuch seiner Majestät bei dem Hochzeitsmahl des Münzmeisters Samuel Aschkenasi mit einem Gefolge von 64 Personen, wo er 4 Stunden verblieb. Daran schließt ein 14zeiliges Gedicht ganz nach dem Vers und der Reimart des Originals.

Nr. 131. Reimerei in 17 Strophen; jede Strophe à 4 Zeilen, von denen 1 und 2, 3 und 4 reimen. Es behandelt die Tat eines Wüstlings, der Lea, die Tochter Simons, weil er sich nicht ihrer bemächtigten konnte, mit ihrem ganzen Hause verbrannte, wobei auch ihre Eltern und Geschwister den Tod in den Flammen fanden.

Nr. 132. Seine Majestät, der Landesregent, wohnte Montag mit 15 Personen des Hofstaates einer Beschneidung in der Synagoge bei und war sichtlich verstimmt über die Schmerzen des Kindes, macht ihm aber ein Geschenk.

Nr. 134. In hohem Alter verschied der Künstler Samuel Sohn des Jomtob Vigeles, der als Autodidakt ein großer Künstler geworden. Die Säulen- und Tabernakelverzierungen der Spitalssynagoge stammen von ihm. Er bildete den Tempel Salomos aus einem Marmorblock, von ihm stammt das auf dem kleinen Gottesacker befindliche Grabmal des Rabbi Samuel aus Kandia. Hätte er allen Arbeits-Anträgen jeder Art stattgegeben, so hätte man seine Kunstwerke mit Silber aufgewogen. 264.

Nr. 134. Das Verbot, Handwerke zu betreiben, bezieht sich nur auf Arbeit für Christen, für Juden dürfen die jüdischen Handwerker alles verfertigen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Nr. 135. Alle, die Bier, Meth, Branntwein ausschänken, haben ihre Lokale um 3 Uhr (neun Uhr) nach Hinausheißung der Gäste zu schließen.

Nr. 136. Einzelne Bier- und Methwirte lassen trotz mannigfacher Verbote ihre Gäste Würfel, Delanka's Roller u. dgl. spielen. Wegen der Verwerflichkeit dieser Spiele werden die Wirte — unter Androhung des unauflöslichen Bannes — aufgefordert, dagegen einzuschreiten. Ebenso werden alle Hausgenossen und Nachbarn aufgefordert, solche Spiele zur Anzeige zu bringen.

Kahal und Beth din.

Nr. 137. Es sollen die Synagogen zur Nachtzeit nicht mehr von einem Menschen bewacht werden. Die Vorsteher sämtlicher Synagogen werden angewiesen, entweder wenigstens zwei Personen dazu anzustellen oder eiserne Gitter oder Sitraten anbringen zu lassen.

Jahr 313.

Nr. 138. Warnung vor Betrügern, die sich als Judenneophyten — Gerim — ausgaben, das ganze Land bettelnd durchziehen und trotz förmlichen Beschneidungszertifikaten, Übertrittsurkunden und dem Deckmantel der Anhänglichkeit an das Judentum oft auf einer Stufe stehen mit denen, die die Religion renegierten.

Jahr 296.

Nr. 139. Alle Rabbiner und Vorsteher sollen die sich als Judenneophyten Ausgebenden, die im Lande bettelnd herumreisen, anweisen, sofort in das Ausland, aus dem sie gekommen, zurückzukehren, widrigenfalls sie der Landesbehörde angezeigt werden. Prager Rabbinalbehörde.

Nr. 140. Um Plackereien und Geldbeeinflussungen zu begegnen, ist zwischen uns Prager Rabbinatsbehörde — Beth din und den von der Landesjudenschaft eigens zur Abstellung dieser Mißbräuche hieher gesendeten Abgeordneten folgendes Übereinkommen angenommen worden bezüglich der Beschneider. Es folgen 12 Punkte, deren wesentlichste besagen, daß sechs Beschneider gegen ein jährliches Gehalt von 12 fl. 30 kr. angestellt werden und jährlichen Bezug von 2 Paar Schuhen; diese müssen stets bereit sein, im Umkreise von 10 Meilen eine Beschneidung vorzunehmen und dürfen für jede Beschneidung außer $2\frac{1}{2}$ Groschen und einem Weggelde von $\frac{1}{2}$ Groschen per Meile, einem Taggelde von $1\frac{1}{4}$ Groschen für jeden dort zugebrachten Tag nichts fordern. Die Beschneider haben Anspruch nach 9 Jahren zurückzutreten und erhalten eine Abfertigung von 25 fl. oder aber eine Erhöhung des Jahresgehaltes auf 15 fl., wenn sie weiter tätig sein wollen. Der Vertrag gilt nur für die Juden innerhalb 10 Meilen von Prag, doch sind auch die nicht gezwungen, einen dieser 6 angestellten Beschnei-

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

der zu nehmen. Der Vertrag gilt vom 1. Kislew ab 18 Jahre bis Ende 1603.

Nr. 141. Dienstag Nacht vom 11. auf 12. Elul brach ein großer Brand aus, der sechs Tage lang dauerte, nur durch starke Regengüsse gelöscht wurde. Die Einwohner von 3 Dörfern konnten nur ihr Leben retten. Auch das Eisenwerk des N. N. ging ganz zugrunde. Die folgenden 5½ Zeilen des Abschnittes sind ganz unleserlich.

Nr. 142. Es soll den Juden auch weiter erlaubt sein, Holzhandel zu treiben, doch dürfen sie keine Lagerplätze außerhalb der Judenstadt besitzen oder pachten. Sie müssen auf ihren Lagerplätzen genau die Vorschriften einhalten und dürfen an Sonn- und Feiertagen auch von Juden nicht Holz spalten oder sägen lassen. 1704.

Nr. 143. Der Tod Wallensteins wird bejubelt und bedauert, daß die von ihm geraubten Schätze nicht auffindbar sind. 1634.

Nr. 144. Schilderung der Ankunft der aus Spanien vertriebenen Juden am Festtage ... in erbärmlichem Zustande.

Nr. 145. Dringende Warnung in der Mühle zwischen — und —, wo Getränke ausgeschenkt und Reisende beherbergt werden, zu übernachten. Gemeindevorsteher.

Nr. 146. Um den häufig durch Brände heimgesuchten Bewohnern von Dörfern und Landesstädten zu helfen — Prag ist von der Vereinbarung ausgeschlossen, — ist von den Landesausschußmännern beschlossen worden, von jedem Familienvater monatlich 3 kr. einzuheben, aus diesen Geldern sind dann den Abbrändlern Unterstützungen zu gewähren. Jedes neu zu erbauende Haus muß mindestens 50 Schritte von jedem anderen entfernt sein. Gemeindebücher Nr. 17, Seite 421.

Nr. 147. Jüdische Fuhrleute müssen die Reisenden, wenn bedungen wurde, daß der Sabbat keine Verzögerung verursachen dürfe, auch am Sabbat fahren, Verordnung der Staatsbehörden.

Nr. 148. Lob der Treue eines Hofjuden N. N., der die vorzüglichsten Kunstschätze der Krone vor den Schweden in seinem Hause in dem Dorfe ... gerettet hat. Durch einen Schloßbediensteten verraten, wurde ihm auf der Folter das Geheimnis des Versteckes erpreßt, er selbst starb; das Schiff, das die geraubten Gegenstände nach Schweden bringen sollte, ging unter.

Nr. 149. Pflichtvergessene Synagogsdiener eignen sich die Wachslichter, welche Einzelne den Synagogen schenken, an. Darum sollen von nun ab die Kerzen in Behältern von durchbrochener Arbeit aufbewahrt werden, ein Muster davon ist bei N. N., Vorbeter der Spitals-Synagoge, einzusehen.

Nr. 150. Die Judenvorsteher haben darauf zu achten, daß alle zur Beiwohnung der Predigt in der Spiritgewkirche verpflichteten Juden jederzeit persönlich erscheinen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Das Testament des Jakob Hirsch Bi(a)ch Feilbogen.

Heinrich Flesch, Dolni Kounice.

Das Testament, welches ich hiermit der Öffentlichkeit übergebe, ist die letzte Willensäußerung eines gottgläubigen Mannes, der bei dem Niederschreiben desselben sich als vor Gottes Richterstuhl stehend betrachtet. Die irdischen Güter, über welche er zu verfügen, sind gering, aber das was ihm im Leben teuer war, das Studium des Gotteswortes, will er von seinen Kindern fortgesetzt wissen, die Träger seines Namens sollen, wenn auch nichts anderes, so doch die Erben seiner Tugenden sein, das fortsetzen, was er begonnen.

Das Testament, welches im Kassabuch der Zedaka (Armenkassa) in hebräischer Sprache verzeichnet, lautet in deutscher Übersetzung: „Copie des Testamentes des Verfassers des Werkes „Chaschrat Majim",[1]) das ist unser Herr Lehrer der Gaon[2]) und vielgerühmte Fromme, der treue Hirte seiner Gemeinde durch 45 Jahre, von seinem Einzuge bis zu seinem Tode, der Rabbiner[3]) Jakob Zebi[4]) Bi(a)ch[5]) Feilbogen." „Dies ist der Tag den Gott erschaffen hat, frohlocken und freuen will ich mich an demselben. Gelobt sei Er, der mich vom Tage meiner Geburt, Montag, 5. Tamus des Jahres 511 (= 28. Juni 1751), bisher leben ließ und erhalten. Möge Er gewillt sein, meine Tage und Jahre zu vermehren. Doch mein Herz zittert, denn woran sollte ich erkennen, ob ich Gunst finde in seinen Augen, daß es also geschieht. Ich bin alt geworden, kenne nicht den Tag meines Todes, darum zittere ich und fürchte, ich bin ja nackt von (= arm an) Verdiensten und womit soll ich zu meinem Schöpfer zurückkehren und ihn versöhnen, gegen den ich mich durch 75 Jahre vergangen! Ein weiter Weg (liegt vor mir) und ein schmaler Beutel (= geringe Wegzehrung)! Wie soll ich meine Seele aus dem Bedrängnis retten, zur Zeit, da man mich wegen meiner Taten richten wird! Doch mein Trost beruht in denen, die aus meinen Lenden hervorgingen und die ich hinterlasse. Sie sind allesamt gottesfürchtig und untadelig, üben was recht und gut in den Augen Gottes und der Menschen, sie werden mich leiten, mich an den Ort meines Gefallens,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg, Frankfurt am Main

an den Ort meiner Ruhe bringen; ihr Verdienst wird mich beschützen. Darum gebe ich ihnen bekannt, was sie thun sollen. Das erste ist:

1. An meinen Sohn den Rabbiner[6]) Josef,[7]) sein Licht leuchte,[8]) stelle ich die Bitte, daß er im Jahre des Absterbens die sechs Mischnaordnungen „lerne“[9]) und am Schlusse des Trauerjahres, am ersten Jahrzeitstage bringe er den Traktat Ukzin (letzter Traktat der 6. Ordnung) zum Abschlusse. Nach jedem „Lernen“[10]) bete er das „Jehi razaun“[11]) für das Seelenheil des Verstorbenen, wie es vorgeschrieben. An jedem Sabbatausgange nach der Habdala[12]) im Laufe des Trauerjahres soll er ein Torawort (gelehrte Abhandlung, deren Autor er ist), mit welchem mich Gott begnadete, citieren, es sei welcher Art immer, bemerke aber dabei ausdrücklich: Dieses gelehrte Wort hat meinen Vater Jakob Zebi, geboren (= der Sohn) von Chana zum Verfasser, seine Seele sei verbunden mit dem Bunde ewigen Lebens.[13]) Dann lerne er 7 Mischnot, die mit den Buchstaben meines Namens beginnen. „J“, „Jesch nochlin“ im Traktate Baba Batra; „A(jin“), „Al basikin“ im Traktate Berachot; „K“, „Kowru es hames“ in demselben Traktate; „B“, Berasche Chadaschim“ Schluß des Traktates Moed Katan; „Z“, „Zebi schenichnat“, Traktat Sabbat; „B“, „Ben he he“, Traktat Abot; „J“, „Jom echad“, Traktat Chulin. Dann spreche er: „Er ist gnädig, verzeihe der Sünde“[14]) der Seele meines Vaters Jakob Zebi, durch das Verdienst des Mischnalernens, deren Anfangsbuchstaben den Buchstaben seines Namens entsprechen, sei seine Seele verbunden mit dem Bunde ewigen Lebens.[15]) Mein Sohn[16]) Jizchak Simon bete an jedem Sabbatausgange während des ganzen Trauerjahres entsprechend den Buchstaben meines Namens, die gleichen Buchstaben im „Achtvers“ des Psalmbuches[17]) (Kap. 119). Mein gelehrter Sohn[18]) Mose Löb, sein Licht leuchte,[19]) thue gleich einem seiner Brüder, je nachdem es seine freie Zeit erlaubt. Alle sollen nachher ausdrücklich sagen: „Er ist gnädig, verzeihe der Sünde“ der Seele meines Vaters etc., hernach sollen sie Psalm 91 bis zum Schlusse beten. Meine übrigen Kinder (Töchter) mögen — wie schön und gut wäre dies — wenn sie an jedem Sabbatausgange irgend ein gutes Werk, meiner Seele zum Verdienste, üben könnten. Gebieten kann ich ihnen dieses nicht, stehen sie ja unter der Botmäßigkeit ihrer Ehemänner, allein ich vertraue auf deren Güte und hoffe, daß sie es ihnen nicht verbieten werden.

2. Bei meinem Begräbnisse sollen 4 fl. 44 kr. (1 fl. Conventionsmünze = 60 kr.), dem Zahlenwerte meines Namens Jakob Zebi = 284 entsprechend, an jüdische Arme verteilt werden. Die Verteilung werde nach der Reihenfolge der Buchstaben meines Namens 10, 70, 100, 2, 90, 2, 10 vollzogen und bei jeder einzelnen Verteilung werde bemerkt: „Zur Versöhnung des Verstorbenen für den Buchstaben X seines Namens.“

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

3. Meine Frau[20]) und meine Kinder[21]) dürfen meinen Leichnam nur in einer Entfernung von vier Ellen von der Bahre begleiten, nur zwecks Einreißung des Kleides (Keria) dürfen sie sich der Bahre nähern. Dies gebiete ich ihnen und sie werden meinem Gebote Folge geben.

4. Ich weiß bestimmt, daß alle meine Kinder, es seien Söhne oder Töchter, alle sind sie oben (bei Gott) beliebt und unten (bei den Menschen) angenehm, Vertrauensmänner, gottesfürchtig und untadelig, geschweige, daß sie ihre Augen an Geld hängen, welches nicht ihr Eigentum. Allein es geschieht so häufig, daß Söhne und Töchter die Gattin des Vaters beneiden. So vernahm ich auch aus dem Munde meiner Gattin der Rabbinerin Frau Tölzl,[22]) daß sie Angst habe, es könnten ihr meine Kinder nach meinem Ableben vorenthalten, was sie ins Haus (bei ihrer Verheiratung) gebracht. Um sie nun zu beruhigen, mache ich es meinen Kindern zur bindenden Pflicht und gebiete ihnen, daß sie ihr von den Schmuckgegenständen, Hausgeräten, welche sie mitgebracht, nichts nehmen, desgleichen sind die Kleider, welche sie während der Zeit unseres Zusammenseins angeschafft, ihr Eigentum. Ich beschwöre aber auch meine Frau, die Rabbinerin, daß sie nicht ihr Auge hängt an dem, was nicht ihr Eigentum, weder Faden noch Schuhriemen,[23]) nichts eigene sie sich an aus meinem Nachlasse. Nur was ihr zugeschrieben, laut Verschreibung, die in ihren Händen, laut welcher sie 200 fl. Wiener Währung zu fordern, die ihr gegen Quittung zu erfolgen, ferner alles Bewegliche, welches ihr Eigentum, sowie die Kleidungsstücke, welche sie ins Haus mitgebracht, oder bei mir angeschafft, davon darf ihr nichts genommen werden. Der Rest meines Nachlasses ist Eigentum meiner Kinder, wie ich diesen in dem gesonderten Testamentsbriefe aufgeteilt, welchen ich in deutscher Sprache abgefaßt und mit meiner Unterschrift versehen. Um so mehr aber verbiete ich fremden Menschen, ohne Wissen und Erlaubnis einer meiner Erben, irgend etwas aus meinem Hause zu nehmen, selbst in der Form einer Entlehnung nicht, es könnte leicht in deren Händen vergessen bleiben.

5. Ich bitte die Kassiere (Vorstände) des heiligen Vereines[24]) mich neben meiner ersten Frau Schöndl,[25]) das Andenken der Frommen zum Segen,[26]) zu begraben. Wenn ihnen auch dieser Platz für mich nicht geeignet erscheinet, zumal dieser nahe dem allgemeinen Wege (der zu den Gräbern führt), jedoch der Wille des Menschen ist seine höchste Ehre und meine Ehrung sei hintangesetzt, zumal es mich dünkt, daß dort jungfräulicher (bisher noch unbenutzter) Boden.

6. Noch Eines will ich den genannten Vorständen zu Gehör bringen (ans Herz legen). Es ist alter und bis jetzt erlaubter Brauch, daß an jedem Rüsttage des Neumondstages des Monates Nissan, die Mitglieder des heiligen Vereines den Friedhof besuchen, um dort eine Moralpredigt

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

aus dem Munde des Predigers anzuhören, dieser folgt die Verrichtung eines Gebetes. In meinen Augen ist diese Einführung nicht richtig, muß man doch bei der Abhaltung dieser Rede sehr vorsichtig sein, darf ja auf dem Friedhofe nur vom Tode und der Vergänglichkeit gesprochen werden,[27]) wie in dem Gebete der Brüderschaft für ein solches Vergehen um Verzeihung gebetet wird. Ich selbst war stets bestrebt, nie von andern Dingen als vom Tode zu sprechen. Ich weiß aber nicht, wer nach mir kommen und ob er auch darauf achten wird. Darum möchte ich vorschlagen, daß die Predigt in der Zeremonienhalle[28]) abgehalten werde, bevor die Beerdigungsbrüderschaft den Friedhof betritt, nach derselben sollen sie die Gräber besuchen und alsdann das oben erwähnte Gebet verrichten. Wohl hatte ich bei Lebzeiten schon die Absicht, diese Einrichtung zu treffen, allein mein Zeuge im Verborgenen weiß, daß ich gefürchtet, man könnte mich der Beleidigung meiner Amtsvorgänger zeihen, das Andenken der Frommen zum Segen, wodurch es leicht zu Streitigkeiten hätte kommen können; der Verständige wird es verstehen. Mögen sie meine Anregung dem Gaon,[29]) dem Landesrabbiner und andern ausgezeichneten Rabbinern zur Begutachtung vorlegen; alle werden sagen, Wahrheit hat diesen Mann erfaßt, gut hat er gesprochen und darauf stütze ich mich.

7. Auf noch Eines richtet sich mein Augenmerk, den Vornehmen Mitgliedern der Brüderschaft will ich zu Herzen reden und ich hebe an und spreche: Achtet auf meine Worte! Seit Jahren traget ihr die Redensart auf der Zunge, es sei mein Herz nicht vollständig mit euch. Fern sei es von euch solche Worte im Munde zu führen. Dem ist nicht so! Lieb seit ihr in meinen Augen, gesegnet von Gott, weil ihr Liebe übet gegen Lebende und Verstorbene. Doch gerecht war mein Zorn, weil ihr nicht gehört auf meine Stimme und auf jene gehört, die euch verleitet mein Gebot zu übertreten. Seit Jahren habe ich beim Frühgottesdienst[30]) den Aufruf[31]) Acharon[32]) verboten, im Notfalle nur dürfe man davon Gebrauch machen. Ihr aber habet dies ohne zwingenden Grund gethan, um den Mehrerlös aus dem Verkaufe für das alljährliche Brudermahl zu verwenden. Wozu diese Torheit? Warum lasset ihr euch von händelsüchtigen Leuten verleiten, um das Verbot eures Lehrers zu übertreten? Nun ist ja das Vergangene vorüber, ich verzeihe, möge auch Gott Gutes geben, verzeihen, vergeben! Doch die Zuknuft ist noch vor euch, leget meine Entscheidung den großen Lehrern vor, jene wissen, was auch ich weiß, werden euch lehren, was gut und recht und zu thun, wie ich gelehrt.

8. Die Mitglieder der Beerdigungsbrüderschaft verwarne ich und verbiete allen, beim Waschen[33]), oder bei der Beschäftigung mit meiner Leiche, sowie den Trägern der Bahre, daß sie Profangespräche führen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Wie schön (löblich) wäre es, wenn alle, die mit meiner Leiche in Berührung kommen, sich vorher in einem Tauchbade,[34]) oder durch Übergießen von 9 Maß[35]) Wasser reinigen.

9. Ich bitte die Bewohner dieser Stadt insgesamt und jeden Einzelnen besonders, den Verein[36]) „Krankenpflege" zu erhalten, verbiete euch und allen, die nach euch kommen, diesen Verein aufzulösen. Es soll der Besitzstand dieses Vereines nicht vermindert werden, darf nicht in andere Vereine aufgehen, sein Name bleibe ewig bestehen, denn das ist mein Teil und Erbe. Ich habe ihn gepflegt, in die Höhe gebracht mit Hilfe Gottes, habe mit Hilfe redlicher frommer Männer Stützsäulen errichtet; Gott sei mit ihnen, ihren Nachkommen und künftigen Geschlechtern.

10. Und nun bitte ich alle Bewohner dieser Stadt, wenn ich irgend jemanden, es sei Mann oder Frau, Jüngling oder Greis nahe getreten, so mögen sie mir aus ganzem Herzen verzeihen, so wie ich allen, die mich gekränkt, beleidigt, verzeihe. Und nun sind wir frei von dieser Sünde, sie gleich mir, ob es sich handle um Kränkung durch Worte, oder durch eine pekuniäre Benachteiligung.

11. Ich lege meinen Kindern besonders ans Herz, betreff meines Nachlasses keinen wie immer gearteten Streit herbeizuführen. Vielmehr sollen alle bereit sein, mein deutsch geschriebenes Testament in allen seinen Teilen zu erfüllen und hoch zu halten. Ich habe alles reiflich erwogen, es ist alles gut und löblich. Jedem einzelnen falle die Erbschaft, eine Stunde vor dem Tode, als Geschenk[37]) zu. Selbst wenn der Eine oder Andere glauben könnte, er sei im Nachteile, ich hätte ihm gegenüber nicht recht gehandelt, so soll er es mir verzeihen! Wisset ihr doch alle, wie ich euch Zeit meines Erdenwallens mit allen mir verfügbaren Mitteln treu zur Seite stand und mein Auge nicht von euch abgewandt. Möget ihr mir übers Grab hinaus Liebe erweisen und durch Bande der Liebe und Brüderlichkeit mit einander verbunden sein.

12. Die Gemeindevorstände, die zur Zeit meines Ablebens amtieren, bitte ich, unmittelbar nach Eintritt meines Todes „mein ganzes Vermögen in die Sperr zu nehmen", d. h. an alles Siegel zu legen, bis meine zwei ältern Söhne der Rabbiner Josef und sein Bruder Simon kommen. „Diese sollen nach Ablauf der 30 Trauertage das Erbe verteilen, auch selbes Mal den Grabstein stellen.[38]) Je früher sie den Grabstein errichten lassen, desto besser wäre es. Sie sollen mit der Errichtung des Grabsteines nicht bis Ablauf des Trauerjahres warten, wie es Brauch bei den Bewohnern dieser Stadt; an diesem Brauche finde ich keinen Gefallen.

13. Ferner bitte ich die Gemeindevorstände, die zur Zeit meines Ablebens wirken, daß sie dieses Testament buchstabengetreu dem Pinax

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

der Gemeinde einverleiben sollen. — Die Trauerredner bitte ich, bei meinem Leichenbegängnisse keine Lobreden zu halten, sie mögen vielmehr darauf hinweisen, daß mein Augenmerk nicht auf das Geld gerichtet war, daß ich manch gute Einrichtung zum Heile der Gemeinde getroffen, um mich vor den schweren und bitteren Anklagen vor Gottes Richterstuhl, die ich fürchte, zu schützen. Die geehrten Männer, die sich mit meiner Leiche beschäftigen, sollen den Zettel, der bei meinem Sterbekleidern liegt, ins Grab legen. Die Armen und Elenden dieser Stadt wissen ja, was ich ihnen geleistet, wie ich die Besitzenden zur Hilfeleistung angeregt, in Fällen da ich nichts aus meiner Tasche leisten konnte. Wird ja doch gesagt: Größer das Verdienst dessen, der zum Geben veranlaßt, als desjenigen der nur selbst gibt. Dieser Umstand wird das göttliche Erbarmen für mich erregen. Diese Worte schrieb bei klarem Verstande, heute am Dienstag, zweiten Tag Chanuka 586 der kleinen Zeitrechnung[39]) (6. Dezember 1825), Jakob Hirsch (Biach) Feilbogen, amtiert hier in Steiniz[40]) und dem Bezirke."

Das Licht Gottes erlosch, die reine Seele stieg gen Himmel, er verließ die Herde seiner Hut am Dienstag 9. Tebet 592 (13. Dezember 1831). Wir aber irrten umher gleich Schafe ohne Hirten, riefen aus betrübter Seele, wo ist unser Lehrer, wer wird unsere Wege ebnen, wer wird uns schützen! Gott tröste uns! Als wir suchten, fanden wir im letzten Willen, welchen er seinen Kindern geboten, daß er auch von uns Herz und Auge nicht abgewandt, uns und unseren Nachkommen nach uns die Pfade ebnen, den rechten Weg zeigen will. Darum haben wir ausgerufen: Unser Vater, unser Vater, Streitwagen Israels,[41]) wir sind bereit deinen Worten zu gehorchen. Was du uns und unseren Nachkommen geboten, wollen wir getreulich beobachten . Fern sei es von uns, auch ein Wort nur davon unbeachtet zu Boden fallen zu lassen.

Es wird beschlossen, der Anregung Punkt 6 Folge zu geben, und in Hinkunft die Bußpredigt am Rüsttage des Neumondstages Nissan in der Zeremonienhalle abhalten zu lassen. — Im Einvernehmen mit dem Sohne des Verstorbenen, dem Rabbiner von Meseritsch wird Punkt 7 des Testamentes dahin modificirt, daß der Erlös vom Verkaufe des achten Aufrufes beim Frühgebete, zur Erhaltung des ewigen Lichtes in der Synagoge verwendet werden soll. Betreff Punkt 9 wurde beschlossen, für den Fortbestand des Vereines „Krankenpflege" eifrig zu sorgen, alljährlich am 7. Tage des Monates Adar[42]) eine Predigt abhalten zu lassen und die Wahl des Vorstandes vorzunehmen. Am 7. Adar des Jahres 1832 hielt der Sohn des Verstorbenen, der Oberrabbiner und Lehrhausvorsteher[43]) von Meseritsch, eine Trauerrede,[44]) alsdann wurde die Neuwahl der Kassiere des Vereines „Krankenpflege" vollzogen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Diese Beschlüsse wurden am Ausgange des Sabbat gefaßt, der dem Sonntage zum Wochenabschnitte Wajakhel zuneiget, im Jahre 592 (18. Adar = 19. Feber 1832).

Zum Schlusse sei mir über den Verfasser des vorstehenden Testamentes folgende Bemerkung gestattet: Jakob Zebi Feilbogen war Nikolsburger Herkunft. Sein Vater Mose Löb Biach war Rabbinatsassessor in Nikolsburg.[47]) Jakob Zebi F., Schwiegersohn des Neu Raussnitzer und spätern Holleschauer Rabbiners Josef Freistadt,[48]) lebte nach seiner Hochzeit im Hause des Schwiegervaters in Holleschau und folgte später einem Rufe der Gemeinde Ung. Ostra als Rabbiner, wo er bis an sein Lebensende segensreich wirkte. Sein Sohn Josef F. wirkte in verschiedenen Gemeinden Mährens und zuletzt als Rabbiner in Holleschau.[49]) Einer seiner Nachkommen, ein Wiener Handelsschul-Professor, erregte vor einigen Jahren in der Basilika zu Rom (während der Charwoche) Aufsehen, trat später zur katholischen Kirche über. Ein zweiter Sohn des Nikolsburger Rabbinatsassessors Moses Löb, Josef, Rabbinatsassessor in Boskowitz,[50]) seine Nachkommen tragen den Familiennamen „Biach" und sind zum größten Teile vom Judentume abgefallen.

Anmerkungen.

[1]) Predigtsammlung, 2 Teile, Wien 1825; siehe Benjacob Ozar ha-Sepharim, S. 203, Nr. 877.

[2]) Gaon. Excellentia, Titel für Gelehrte, welche die 60 Traktate beherrschen; der Zahlenwert des Wortes Gaon = 60, siehe Asulai Ch. J. D., Schem ha-Gedolim I, Schgw. Gaon.

[3]) Vor dem Namen die Titulatur mhrr = moronn haraw reb = unser Lehrer der Rabbi; Titel für Rabbiner aber auch für Gelehrte mit rabbinischer Befähigung, siehe Wachstein B., die Inschriften des alten Judenfriedhofes in Wien, I., S. XXXVII. In Mähren der (Reb Reb) doppelte Reb Titel genannt, siehe Polizeiordnung für die mähr. Judenschaft, bei Müller W., Beiträge zur Gesch. d. mähr. Judenschaft S. 89; Deutsch G., aus Urgroßvaters Tagen, in Monatsschr. für liberales Judent. 1920, S. 75. Ein anderer Titel ist hrr = haraw reb, für den Grad eines Chaber, in Mähren der Reb Titel genannt, siehe Müller l. c. S. 89.

[4]) Der deutsche Rufname für den hebr. Vornamen Zebi ist Hirsch. Dieser Vorname ist aus dem biblischen Namen Naftali, mit Bezug auf Gen. 49_{21} „Naftali ist eine flüchtige Hindin (Hirschkuh)" hervorgegangen. Hirsch mhd. Hirz, Judendeutsch Harz, später Herz. Über die deutschen und čechischen Familiennamen, welche aus diesem Vornamen entstanden, vergl. Flesch H., jüd. Vornamen als Familiennamen, jüd. Fam. Forschung II, S. 110.

[5]) . . = Abbreviaturzeichen. Über Familienname Biach vergl. Flesch H., Abbreviaturen als Familiennamen, jüd. Fam. Forsch. II, 4 S. 189.

[6]) Vor Namen, Titel Mhrr, s. o. n. 3.

[7]) Josef Feilbogen war einer der Examinatoren des Loschitzer Rabbiners Abraham Neuda, welchem der mähr. Landesrabbiner Nachum Trebitsch die Autorisation verweigerte; über diesen Streit vergl. Wiener Blätter

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

64 und 65, J. 1851; Weiss J. H., Sichraunausai (Lebenserinerungen) S. 48.

[8]) Nerau jair, Euphemie für Lebende, siehe Zunz, zur Gesch. und Literatur S. 455.

[9]) Die Niederschrift der ältesten Halacha (Norm) wird Mischna (von schana = lernen), deren Kommentar Gemara (gamar = lernen) und beide zusammen Talmud (lamad = lernen) genannt, deshalb wird für Mischna- oder Talmudstudium der Ausdruck „lernen" gebraucht. Das Mischnalesen für das Seelenheil der Verstorbenen beruht auf Buchstabenparität. Die Buchstaben M Sch n H bedeuten M(i)sch n(a)h und in anderer Reihenfolge bedeuten dieselben Buchstaben n sch m h (N(e)sch(a)m(a)h Seele.

[10]) = Lesen.

[11]) Das Gebet für das Seelenheil der Verstorbenen nach dem Mischnalesen beginnt mit den Worten: jehi razaun (= Möge es dein Wille sein).

[12]) Unterscheidung. Nach Eintritt der Nacht wird in einer Segensformel die Unterscheidung zwischen Heilig und Profan, zwischen Sabbat und Werktag ausgesprochen.

[13]) Hebräisch: „Nafschau tehe zerura bizraur hachajim", Euphemie für Verstorbene, siehe Zunz, l. c. S. 457.

[14]) Psalm. $^{78}{}_{38}$.

[15]) Siehe oben n 13.

[16]) Titel hrr = haraw reb. s. o. n 3.

[17]) Psalm 119 ist alphabetisch geordnet. Je 8 Verse beginnen mit einem der 22 Buchstaben des Alphabetes.

[18]) Titel Mhrr, s. o. n 3.

[19]) S. o. n 8.

[20]) So wie in der Synagoge strenge Scheidung der Geschlechter vorgeschrieben, so sollen Frauen auch bei andern öffentlichen Anlässen von den Männern strenge geschieden sein. Nach Sohar, Abschnitt Wajakhel, könnte dies leicht mit Gefahren verbunden sein, vergl. Tur Jore dea 359, das. Bet Josef und Jore dea 359 Abs. 2, das. Sifse Kohen.

[21]) Nach kabbalistischer Anschauung irren die aus Pollutionen geschaffenen Lebewesen im Weltenraum umher, damit sich diese unsichtbaren Wesen der Bahre nicht nähern, sollen auch die leiblichen Kinder dem Sarge in einiger Entfernung folgen; vergl. Gebetsammlung Likute Zebi, das an Festtagen beim Mussafgebete, während der Vorbeter Umipne chatoenu recitirt, zu verrichtenden Gebetes.

[22]) Tölzl, Telzl, aus dolce = Tolze, Verkf. Tolzel, Telzel. Sie war die 2. Gattin des Jakob Gleiwitz-Klein, der am 8. Mai 1810 als Rabbiner von Austerlitz gestorben; vergl. über denselben Flesch H., in Hickls jüd. Volkskalender 1924/5 S. 36 ff; ders. in Jahrb. für jüd. Volkskunde 1924/5 S. 594 ff. Am 25. Oktober 1815 verlangt Tölzl von der Gemeinde Austerlitz die leihweise Überlassung des Toravorhanges, welchen sie der Gemeinde gespendet, dieser sollte in Ostrau bei ihrer Trauung als Trauhimmel Verwendung finden, s. Hickls jüd. Volkskal. l. c. S. 42.

[23]) Gen. $^{14}{}_{23}$.

[24]) Hebr. Chewra Kadischa.

[25]) Schöndl war die Tochter des Josef Freistadt, vergl. über denselben Flesch H. in Jahrb. der jüd. literar. Gesellschaft XVIII S. 38; siehe Einleitung Chaschrat Majim.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[26]) Hebr. secher Zadik liwracha, Provb. 10_7. Euphemie für Verstorbene, siehe Zunz l. c. S. 456.

[27]) Anlehnend an Provb. 17_5 „Wer den Armen verspottet, schmäht seinen Schöpfer", wird unter anderem auch das Lesen aus der Tora angesichts Verstorbener verboten; vergl. Talm. Trakt. Berachot 18a; Schulchan Aruch Orach Chajim 45, Absch. 1; 71 Absch. 7: Schulchan Aruch Jore dea 368, Abs. 1 u. a. a. St.

[28]) Hebr. Ziduk-hadin-Häuschen, wird aber auch Hazur-tomim-Häuschen genannt. Vor dem Begräbnisse wird von den Leidtragenden und der Trauergemeinde ein Gebet verrichtet, welches mit dem Worte Hazur tomim (Deut. 32_4) beginnt. Der Inhalt des Gebetes ist eine Lobpreisung der göttlichen Gerechtigkeit = Ziduk-hadin, deshalb ist die hebräische Bezeichnung für den Raum, in welchem dieses Gebet verrichtet wird, Ziduk-hadin oder Hazur tomim Häuschen.

[29]) Siehe o. n 2.

[30]) Hebr. Haschkama. Frühaufstehen, der später beginnende Gottesdienst wird Schacharit genannt.

[31]) Hebr. Alija, hinaufgegen. Der Aufruf zur Tora heißt „ola latora" zur Tora hinaufgehen. Das Vorbeterpult steht in einer Vertiefung, zum Vorlesen aus der Tora steigt man zum Almemor empor; Traktat Berachot 34a; Schulchan aruch orach Chajim 63, 16.

[32]) Nach recipirter Norm wird am Sabbat beim Früh- resp. Vormittagsgottesdienst der Wochenabschnitt verlesen und es müssen 7 erwachsene Personen zur Tora gerufen werden. Das Aufrufen zur Tora wird als Synagogenehre noch heute in vielen Gemeinden an den Meistbietenden verkauft. Im Bedarfsfalle wird eine achte Person als Acharon = Letzter zur Tora gerufen (in vielen Gemeinden wird im Bedarfsfalle auch eine noch größere Anzahl von Personen zur Tora gerufen); vergl. Traktat Megila 21a; Schulchan Aruch Orach Chajim 282, Abs. 1; Jahrb. für jüd. Volkskunde 1924/25, S. 442.

[33]) Leichenwaschung, hebr. Tahara = Reinigung.

[34]) Hebr. Mikwa.

[35]) Hebr. Kab, Hohlmaß.

[36]) Hebr. Bikur Cholim = Besuch Kranker.

[37]) Die Schenkung eine Stunde vor dem Tode wird als Schenkung eines Schwerkranken betrachtet, die ohne weiterer Amtshandlung in den Besitz des Beschenkten übergeht. Jede andere Schenkung muß nach jüdischem Rechte durch einen Besitztitel erworben werden; vergl. Schulchan Aruch Choschen Mischpat 241, Abs. 1, 250, Abs. 1.

[38]) Wörtlich.

[39]) Die große Zeitrechnung zählt die Jahre der jüdischen Weltära, d. h. die Jahre seit der Weltschöpfung, bei der kleinen Zeitrechnung werden die Jahrtausende weggelassen.

[40]) Den Namen der Stadt, Ung. Ostra, č. Uh. Ostroh, kennt das jüdische Schrifttum nicht . In ältester Zeit war der Name der Stadt Stanicz. Die Juden jener Zeit, deren Umganssprache das Judendeutsch war, waren der Ansicht, daß Stanicz Judendeutsch, (weil ei = a, Bein = Ban, klein = klan) und in der Schriftsprache Steiniz, daher der Städtename Steiniz im hebr. Schrifttum, siehe Trautenberger, die Chronik der Landeshauptstadt Brünn II, S. 92; Flesch, die Einwanderung der Juden in Mähren, in Vergang. und

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Gegenw. der Juden und Judengem. in Mähren, S. 2 (unter der Presse); ders. Jahrb. d. jüd. literar. Gesellsch. XIX S. 21 (hebr.).

41) Könige II $^{2}_{12}$.

42) Todestag Mose.

43) Hebr. ab bet din weresch metibta.

44) Hebr. Hesped.

45) Gabbaim.

46) Die Tage der Woche werden nach dem Wochenabschnitte gezählt, der an dem den Werktagen folgenden Sabbat verlesen wird.

47) Siehe Einleitung Chaschrat Majim.

48) Siehe o. n 23.

49) Siehe o. n 7.

50) Todtenprotokoll Boskowitz.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Die Megillat Eba

in Seligmann Kischs Übersetzung.

Eingeleitet und neu veröffentlicht
von
Guido Kisch.

I.

Bibliographische und biographische Vorbemerkungen.

Auf den folgenden Blättern soll eine vor achtzig Jahren in Prag entstandene deutsche Übersetzung des hebräischen Textes der bekannten „Leidensrolle" Megillat Eba, die der unter dem Namen Tosafot Jomtob berühmt gewordene Rabbi Jomtob Lipmann ha-Levi Heller (1579—1654) für seine Nachkommen niedergeschrieben hatte, von neuem zur Veröffentlichung gelangen. Ein solches Unternehmen bedarf eines einleitenden Wortes der Rechtfertigung. Denn es kann weder dem Zwecke dienen, den in der rabbinischen Literatur besonders durch den großen Mischnakommentar „Tosafot Jomtob" unsterblichen Namen dieses großen „Gaons" und seine Lebensgeschichte erst zum Gegenstande historischer Untersuchung erheben zu wollen, noch auch das Ziel verfolgen, das biographische Denkmal, das er sich in seiner „Rolle der Feindseligkeit" (Megillat Eba) selbst gesetzt hat, weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Beides wäre ein müßiges Unterfangen.

Denn längst schon hat die Persönlichkeit Lipmann Hellers über den Kreis der allein an rabbinischer Gelehrsamkeit Interessierten hinaus die Aufmerksamkeit der jüdisch-historischen Forschung auf sich gezogen. Die Megillat Eba mit der lebendigen Schilderung seiner bewegten Lebensschicksale aus seinem eigenen Munde ist als wichtiger Quellenbeitrag zur Geschichte und Kulturgeschichte der Juden in Prag und Wien während der ersten Hälfte des XVII. Jahrhunderts ebenfalls seit sehr langer Zeit schon erkannt. In der neueren nichthebräischen wissenschaftlichen Literatur hat zuerst Leopold Zunz in seiner

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

„Literaturgeschichte der synagogalen Poesie" (Berlin 1865, S. 426 f.) einen kurzen biographischen Abriß über Lipmann Heller gebracht. Ferner hat David Kaufmann mit seiner bekannten Gründlichkeit in dem Werke: „Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien und Niederösterreich, ihre Vorgeschichte (1625—1670) und ihre Opfer" (Wien 1889, S. 15 ff., 19 ff.) die Verfolgungen und Prozesse zur Darstellung gebracht, die sich gegen Lipmann Heller richteten. Seine Persönlichkeit ist auch von Alexander Kisch in der Schrift: „Die Prager Judenstadt während der Schlacht am Weißen Berge" (Frankfurt am Main, ohne Jahr, S. 6 ff.) erwähnt. The Jewish Encyclopedia enthält im VI. Bande (New York und London 1904, S. 341 ff.) einen ausführlichen biographischen Artikel, der am Ende auch das bis dahin erschienene Schrifttum über Lipmann Heller verzeichnet. Unter den von Alfred Landau und Bernhard Wachstein seither herausgegebenen „Jüdischen Privatbriefen aus dem Jahre 1619" (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Juden in Deutsch-Österreich, III. Band, Wien und Leipzig 1911, S. 49 ff.) befindet sich auch ein interessantes Schreiben Lipmann Hellers an seine Verschwägerte Edel, Witwe des Salomon Malkes, das die Herausgeber mit wertvollen biographischen Anmerkungen versehen haben. Unter dem Titel: „Zum Prozeß des Lipman Heller" hat ferner Arthur Zacharias Schwarz in der Festskrift i Anledning af Professor David Simonsens 70-aarige fodselsdag (Kopenhagen 1923, S. 206 ff.) das im Auftrage des Kaisers Ferdinand II. an Sebastian Tengnagel, „beider Rechte Doctor, der Römischen Kaiserlichen Majestät Rat, Bibliothecarius und Stadtanwalt" gerichtete Reskript mit der gegen Heller erhobenen Beschuldigung der Gotteslästerung und mit der Ernennung Tengnagels zum kaiserlichen Kommissar in dieser Angelegenheit veröffentlicht. Daselbst sind auch aus dem in der Wiener Nationalbibliothek befindlichen Prozeßexemplare des Werkes „Maadane melek we-lehem hamudot" die beanstandeten Stellen mitgeteilt. Neuerdings hat sich schließlich Käthe Spiegel in ihrer Abhandlung: „Die Prager Juden zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges" („Die Juden in Prag"; Bilder aus ihrer tausendjährigen Geschichte; Festgabe der Loge Praga des Ordens B'nai B'rith zum Gedenktage ihres 25jährigen Bestandes, herausgegeben von Samuel Steinherz; Prag 1927, S. 143 ff.) mit der interessanten Gestalt des großen Rabbis eingehender beschäftigt. Auch populär geschriebene und für weitere Kreise berechnete Darstellungen haben sich der sagenumwobenen Gestalt Lipmann Hellers öfter bemächtigt. Unter diesen verdient besondere Hervorhebung der Vortrag von H. Ehrentreu: „Der Prager Oberrabbiner Lipmann Heller", veröffentlicht in der Festschrift aus Anlaß der vierzigjährigen Gründungsfeier des Vereines zur

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Förderung und Verbreitung der Wissenschaft des Judentums Afike Jehuda in Prag (Prag 1909, S. 5—33). Er stellt die bisher ausführlichste literarische Würdigung Lipmann Hellers auf Grund seiner Werke dar und versucht, aus diesen ein Bild seines Lebens und Wirkens in der Prager jüdischen Gemeinde zu zeichnen.

Fußen die wissenschaftlichen und belletristischen Abhandlungen über Lipmann Heller zumeist schon auf Hellers Selbstdarstellung seiner Lebensgeschicke und Leidensgeschichte in der Megillat Eba, so war diese „Leidensrolle" selbst, wie sie David Kaufmann nennt, frühzeitig schon in vielen handschriftlichen Fassungen verbreitet worden. Eine Anzahl von diesen dürfte sich bis auf die Gegenwart erhalten haben und zum Teile noch in Privatbesitz befinden.[1]) Moritz Steinschneider hat zuerst in seinem Catalogus librorum hebraeorum in Bibliotheca Bodleiana (Berlin 1852—1860, S. 1409 f.) zwei gedruckte Ausgaben der Megillat Eba (Breslau 1837 und Wien 1851) nebst Literaturnotizen erwähnt. Diese eigenen Angaben, sowie die von J. A. Benjakob[2]) (in Oṣar has-sefarim; Wilna 1880, S. 292, Nr. 432 und 433) sind dann in Steinschneiders Werke: „Die Geschichtsliteratur der Juden in Druckwerken und Handschriften: I. Bibliographie der hebräischen Schriften" (Frankfurt am Main 1905, S. 118 f., § 163) richtiggestellt und vervollständigt worden. Die gedruckten Ausgaben, unter denen auch jüdisch-deutsche und deutsche Bearbeitungen und Übersetzungen der Megillat Eba erwähnt sind, werden von Steinschneider zum größten Teile angeführt, jedoch ohne wortgetreue Wiedergabe des Titels nur mit den Namen der Herausgeber und Übersetzer, nach Druckorten und Jahren bezeichnet. Danach scheint die in der Wilnaer Ausgabe von 1880 auf S. 61 und im Abdruck Munkácz 1897 auf S. 20b erwähnte Ausgabe Breslau 1818 (5578) nicht zu existieren. Auch eine angeblich noch ältere Ausgabe (Sklow um 1790) hat Steinschneider nicht gesehen. Der älteste Druck dürfte somit die Ausgabe mit Anmerkungen von Moses Körner (Moses ben Elieser Phöbus aus Zlotowa) und mit deutscher Übersetzung von Josua Höschel Miro sein, die 1836/1837 in Breslau erschienen ist. Ich gebe weiter unten ihren hebräischen, in der Ausgabe selbst nicht ins Deutsche übertragenen Titel wortgetreu wieder und füge eine deutsche Übersetzung bei. Vorher hatte M. Jost den wesentlichen Inhalt der Megillat Eba nach einem hebräischen Manuskript in der Zeitschrift „Sulamith" (VII. Jahrgang, Heft 9, Dessau 1828, S. 141 ff.) deutsch wiedergegeben. Und nahezu gleichzeitig ist im Herbst 1837 in Lemberg eine hebräische Ausgabe erschienen.

Daß im Jahre 1849 eine deutsche Übersetzung der Megillat Eba von Seligmann Kisch in Prag bei M. J. Landau veröffentlicht

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

worden war, ist allen Bibliographen entgangen und scheint auch sonst bisher völlig unbekannt geblieben zu sein. Auch Steinschneider weiß von der Existenz dieser Übersetzung nichts. Wohl nirgendwo ist sie verzeichnet. Meine Anfrage, ob sich vielleicht ein Exemplar in der Stadtbibliothek zu Frankfurt am Main befinde, wurde von dem Bibliothekar Herrn Professor Dr. Aron Freimann wie folgt beantwortet: „Eine Übersetzung von Seligmann Kisch, Prag 1849, ist hier nicht vorhanden, ich habe sie nie gesehen und kann sie bibliographisch nicht nachweisen." Diese Bemerkung aus dem Munde eines der hervorragendsten Kenner des jüdischen Schrifttums und Verwalters des reichen jüdischen Bücherschatzes der Frankfurter Stadtbibliothek veranlaßte mich, eine Neuveröffentlichung dieser sonach verschollenen und sämtlichen Bibliographen unbekannt gebliebenen Übersetzung ins Auge zu fassen. Denn im Herbste 1927 war es mir anläßlich anderweitiger wissenschaftlicher Nachforschungen geglückt, ein Exemplar dieser seltenen Schrift in der Bibliothek der jüdischen Gemeinde zu Berlin zu entdecken. Die von mir angestellten weiteren Erhebungen bestätigten, daß es sich um ein Stück von höchster Seltenheit handelt. Die sonst namentlich an alten Prager Drucken reichen Bibliotheken zu Oxford (Bodleyanische Bibliothek) und Prag (Universitätsbibliothek und Bibliothek der jüdischen Gemeinde) besitzen kein Exemplar. Auch in anderen bedeutenden jüdischen und nichtjüdischen, privaten und öffentlichen Büchersammlungen des In- und Auslandes, die ich befragte,[3]) befindet sich kein solches, nach Ausweis ihrer gedruckten Kataloge auch nicht einmal in der Bibliothek des Britischen Museums. Allein die Hamburger Staats- und Universitätsbibliothek hat ein einziges weiteres Exemplar der seltenen Schrift unter der Signatur Q II 13 b 8° aufzuweisen.

So stellt Seligmann Kischs Übersetzung der Megillat Eba, von der somit bisher nur zwei erhalten gebliebene Exemplare von mir ermittelt werden konnten, buchgeschichtlich eine große Rarität dar. Der verehrte Herausgeber des vorliegenden Werkes hat daher, meiner Meinung und Anregung zustimmend, mit mir diese Schrift nicht unwert gehalten, im ersten Bande des Jahrbuches der Gesellschaft für die Geschichte der Juden in der Tschechoslowakischen Republik in ihrem Wortlaute von neuem zu veröffentlichen. Der Inhalt dieser sonst in Prag nie gedruckten Megillat Eba dürfte gerade hier auch achtzig Jahre nach dem ersten Erscheinen der Übersetzung wohl noch und von neuem Interesse finden.

Seligmann Kischs Übersetzung gelangt aus der Ausgabe von 1849 im folgenden wortgetreu neuerlich zum Abdruck. Auf Änderungen und Ergänzungen jedweder Art wurde verzichtet. Nur die Interpunktionen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
UB
DFG

mußten dem Sinne entsprechend an vielen Stellen des Textes berichtigt oder neu eingefügt werden. Man wird einige Anmerkungen aus der Körner-Miroschen und anderen Ausgaben der Megillat Eba entnehmen können. Der Übersetzer Seligmann Kisch ist von der Miroschen Übertragung, die ihm wohl unbekannt gewesen ist, durchaus unabhängig. Er übersetzt selbständig und scheint auf einem anderen hebräischen Originaltexte zu fußen, als der Körner-Miroschen Ausgabe zugrunde liegt. Freilich zeigt ein auch nur flüchtiger Vergleich der beiden Übersetzungen schon, daß Miros Übertragung nicht nur ausführlicher, sprachlich gewandter und gefälliger ist, sondern auch vielfach den Sinn des hebräischen Originales treffender wiedergibt und klarer zum Ausdrucke bringt. Die Ursache dafür wird wohl nur zum Teil in dem Zwecke gefunden werden dürfen, welchen Seligmann Kisch mit seiner Übersetzung verfolgte, in der Absicht, die Megillat Eba in deutscher Sprache weiteren Kreisen zu vermitteln, weil unter diesen die Kenntnis des Hebräischen auch in der altberühmten Gemeinde Prag um die Mitte des XIX. Jahrhunderts schon stark abgenommen hatte. In der hebräischen Abteilung des Titelblattes seiner Schrift führt Seligmann Kisch in hebräischer Sprache aus: „Megillath Ebah, übersetzt aus der heiligen Sprache in die deutsche Sprache gemäß dem Verse: ‚So sprich zum Hause Jakob' [Exodus 19, 3]; damit sind die Frauen gemeint, zu denen mit gelinden Worten gesprochen werden soll, [Mechilta], damit man umso geläufiger lesen kann."

Außer dem buchgeschichtlich bemerkenswürdigen Seltenheitswert, dem allgemein wissenschaftlichen und dem Prager lokalhistorischen Interesse besitzt Seligmann Kischs Übersetzung der Megillat Eba für den Schreiber dieser Zeilen aber noch eine weitere, nämlich familiengeschichtliche Bedeutung. Der Übersetzer entstammt der gegen Mitte des XVII. Jahrhunderts aus dem westböhmischen, im ehemaligen Elbogener Kreise gelegenen Städtchen Kiesch, jetzt Chiesch genannt, nach Prag eingewanderten und dann daselbst durch fast drei Jahrhunderte ansässigen Familie Kisch. Auf dem deutschen Titelblatt der Übersetzung bezeichnet der Übersetzer R. Lipmann Heller als seinen „Urgroßvater", sich selbst als „Nachkommen des Herrn Verfassers". Bisher ist es leider nicht gelungen, den Nachweis dieser Abstammung zu führen und den Familienzusammenhang des Übersetzers mit dem Verfasser der Megillat Eba genealogisch einwandfrei zu ergründen. Auch sonst ließ sich über seine Person nur sehr wenig mit Bestimmtheit ermitteln.[4]) Seligmann Kisch war als ältester Sohn des Benjamin und der Esther Kisch, deren Mädchenname nicht festzustellen war, 1782 in Prag geboren, woselbst er am 18. August 1863 starb und auf dem Wolschaner jüdischen Friedhofe begraben ist. Er war mit Esther Selkes

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

verheiratet und hinterließ keine Nachkommen; sein einziges Kind Benjamin starb im Geburtsjahre 1817. Seligmann Kischs Großvater R. Elia Kisch war Schammes des berühmten Prager Oberrabbiners Ezechiel Landau. Auch der Enkel gehörte diesem damals noch gelehrten Berufe an und bezeichnet sich auf dem hebräischen Titelblatte der Übersetzung als „Schammes in der Hochsynagoge".

II.

Übersicht über die Drucke der Megillat Eba.[3])

1.

Breslau 1836—1837.

Verleger: Hirsch Sulzbach.

Hebräischer Text, herausgegeben mit Anmerkungen von Moses ben Elieser Phöbus Körner aus Zlotowa; mit deutscher Übersetzung von Josua Höschel Miro.

Hebräischer Titel:

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

מ ג ל ת א י ב ה

מהגאון הנודע בשמו

ה ו ס פ ו ת י ו ם ט ו ב

על משניות ככל הש"ס,העולין תשע מאות עשרים וסלשה פרקים.והסימן ואהב צויתה פקודיך לשמר מאד.

מגלה זו פקר וצוה לצאצאיו וצאצאי צאצאיו עד עולם,לקראה בר"ח שמרבין בו בשמחה,ולעשות אותו יום משתה ושמחה להלל להודות לבורא העולם בחסדו,על חסדיו אשר הפליא לעזרו מכל התלאה אשר מצאתהו,וביום ההוא עלה עד גרם המעלות

ואנכי נצר משרשיו,רחש לבי דבר טוב,להטיב להמשתוקקים וכוספים לקראה ומסבה שאביא בהקדמה,הבאתיה תחת מכבש הדפוס. בצפיתי צפיתי וחכיתי שימצא הקורא מרגוע וישמע חכב ויוסיף לקח ומוסר השכל

החלותי יום א' ט"ב מנחם שנת ויראו ישבי קצות מאותיך וגו'(תהלים ס"ה ט')וכליתיה בין כסה לעשור שנת אשרי אדם בטח בך לפ"ק

ב ר ס ל ו י א

נדפס אצל הירש זולצבאך

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Deutsche Übersetzung (in der Ausgabe selbst nicht enthalten):

„Rolle der Feindseligkeit von dem Gaon, der unter dem Namen bekannt ist Tosefot Jomtob zu den Mischnajot im ganzen Talmud, insgesamt 923 Abschnitten. Und das Zeichen sei: „Und du hast geboten (WE-ATTA ZIWWITHA), fleißig zu halten deine Befehle." [Ps. 119, 4.]

Diese Rolle befahl er eindringlichst seinen Nachkommen und den Nachkommen seiner Nachkommen für alle Zeiten zu lesen am Ersten des Monats, an dem man die Fröhlichkeit erhöht [Adar], und ihn zum Tage fröhlicher Gastereien zu machen, zu danken dem, der die Welt durch seine Gnade geschaffen hat, für seine Wohltaten, daß er ihn so wunderbar aus all der Mühsal gerettet hat, die ihn traf und die an jenem Tage den höchsten Grad erreicht hatte.

Und ich ein Sproß aus seinen Wurzeln, mein Herz ist bewegt zu einer guten Sache, Gutes zu erweisen denjenigen, die verlangen und begehren, sie zu lesen. Ich habe sie aus einem Grunde, den ich in der Einleitung anführen werde, unter die Presse des Druckes gebracht.

Ich sehe wohl und hoffe, daß der Leser Befriedigung finden und der Weise aufmerken, Belehrung annehmen und Einsicht gewinnen wird.

Ich habe begonnen am Sonntag, den 17. Menachem Ab des Jahres: „Und es fürchten sich die Bewohner der äußersten Enden (KEZOTH) [5596] vor deinen Zeichen" [Ps. 65, 9.], und ich vollendete sie zwischen Kese und ʿAsor des Jahres: „Heil dem Menschen, der auf dich vertraut" (ASCHRE ADAM BOTEAH BACH) [Ps. 84, 13.], [5597]."

2.

Lemberg 1837.[6])

Verlegerin: Chawe Großman.

Herausgegeben von Lämmel Schränzel.

Nur hebräischer Text, dem nach Angabe des ebenfalls nur hebräischen Titelblattes (nur am Ende desselben steht in deutschen Buchstaben: „Sepher Megilath Ebah; Lemberg; gedruckt bei Chawe Großman; 7. September 1837") noch ein Buch „Orhoth hajjim" von Rabbenu Ascher angefügt sein soll; in der (nicht defekten) Ausgabe der Wiener Nationalbibliothek ist dieses jedoch nicht enthalten.

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Hebräischer Titel:

ספר

מ ג י ל ה א י ב ה

מהמחבר הגאון בעל תוי"ט בו יספור הנס שעשה
לו הש"ת שהיה בסכנת מות משונאי שקר ומברך
לכל קורא נעים אשר בצרתו לו צר יעמוד לו
שינצל מכל צר

הובא לבית הדפוס ע"י נכדו הרב המופלג וכו
מהור"ר שמואל מרדכי מתושבי עיר ק"פ אשר
העתיק המחברת מגילת איבה בקריית קראקא אות
באות מגוף הכתב של הגאון הנ"ל ע"י מהור"ר
יוסף דיינא מק"ק בריסק דליטא (וע"י הרבני
הנגיד מהור"ר לעמיל שרענציל משגיח בענין
הדפוס)

לעמבערג

בדפוס של האשה הגבירה הצנועה מרת חיה אשת
הרבני המנוח מהור"ר נפתלי הירץ גרוישמאן
זצ"ל.

בשנה הקצ"ז לפ"ק

Deutsche Übersetzung:

Buch der Rolle der Feindseligkeit von dem Gaon, dem Verfasser der Tosefot Jomtob.

Darin wird das Wunder erzählt, das ihm der Ewige, gepriesen sei er, getan hat, als er in Lebensgefahr gebracht war durch die, die ihn grundlos angefeindet haben; und er wünscht jedem lieben Leser, der an seinem Unglück teilnimmt, daß es ihm hoch angerechnet werde und er von jeder Not gerettet wird.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

In Druck gebracht durch seinen Enkel den großen Rabbiner Schemuel Mordechai von den Bewohnern der Stadt K. P., der das Heft der Rolle der Feindseligkeit in der Stadt Krakau Buchstabe für Buchstabe abgeschrieben hat von der Handschrift des oben genannten Gaon selbst durch Joseph Dajjana aus der Stadt Brest in Litauen; (herausgegeben durch Herrn Lämmel Schränzel). Lemberg im Drucke der Frau Chawa Großman.

3.

Prag 1849.[7])

Verlag: M. J. Landau.

Hebräisches und deutsches Titelblatt; die Ausgabe selbst enthält jedoch nur einen deutschen Text in der Übersetzung von Seligmann Kisch.

מ ג ל ת א י ב ה

למורי זקיני

הגאון הגדול עטרת הפארה ישראל

בעל הוספות י"ט סג"ל זלל"ה

נעתקת מלשון הקודש ללשון אשכנז ע"ד כה

תאמר לבית יעקב אלו נשים בלשון רכה למען

ירוץ הקורא בו

מאתי

ז ע ל י ג ק י ש

שמש בב"הכנ גבוה

פ ר א ג

שנת ת"ר"ט לפ"ק

דרוק פון משה הלוי לנדא

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Deutscher Titel:

„Megilath Ebah, verfaßt von meinem Ururgroßvater, ausgezeichnet in den meisten Fächern der Gelehrsamkeit, Herrn Lippmann Heller, bekannt unter dem Namen Tosepoth Jomtob. Übersetzt aus dem Hebräischen von einem des Herrn Verfassers Nachkommen, Seligmann Kisch. Prag 1849. Buchdruckerei des M. J. Landau."

4.

Wien 1851.

Verlag: M. E. Löwy in Pest.
Nur hebräischer Text.
Titelblatt:

כום ישועות

הנקרא

מגלת אבה

מהגאון מו"ה יום טוב ליפמאן העליר זצ"ל בעל

המחבר תוספות יום טוב

בה מספר כל התלאות והצרות אשר מצאתהו. ופקד

וצוה לזרעו אחריו עד ביאת הגואל להזכיר

הנס בחברת מרעים בראשון לחדש אדר שמרבין

בו בשמחה ולעשות אותו יום משתה ושמחה על

התסדים אשר הפליא ה' לעזרו

נדפס עתה פעם ראשון

מכתב יד יקר נמצא בגנזי אוצר ספרי המחבר

אשר היה גנוז אצל אחד מיוצאי חלציו

והוספנו עליה קיצור הולדתו וביאור קצר

למלות קשות וזרות הנמצאות בה

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Deutsche Übersetzung (nicht in der Ausgabe):

„Kelch des Heiles, genannt Rolle der Feindseligkeit, von dem Gaon Jomtob Lipmann Heller s. A., Verfasser der Tosefot Jomtob.

Darin erzählt er die Mühsal und Leiden, die ihn trafen. Er befahl eindringlichst seiner Nachkommenschaft, bis zum Eintreffen des Erlösers zu gedenken des Wunders in Gesellschaft von Freunden am Ersten des Monats Adar, an dem man die Fröhlichkeit erhöht, und ihn zum Tage fröhlicher Gastereien zu machen für die Gnaden, daß ihn Gott so wunderbar gerettet hat.

Gedruckt zum ersten Male nach einer kostbaren Handschrift, die sich gefunden hatte in der Bibliothek des Verfassers, aus dem Besitze eines seiner Nachkommen.

Wir haben eine kurze Biographie und eine kurze Erklärung der darin vorhandenen schwierigen und fremden Wörter hinzugefügt.

Wien 1851. Gedruckt bei Adalbert dela Torre."

4 a.

Wien 1851.

Verlag: M. E. Löwy in Pest.

Hebräischer Text wie in Nr. 4, jedoch mit Hinzufügung einer Verkürzung der deutschen Übersetzung von Miro (Nr. 1).

Hebräischer Titel, ähnlich wie in Nr. 4, mit kleiner Abweichung.

Die Übersetzung lautet:

„Rolle der Feindseligkeit vom Gaon Jomtob Lipmann Heller s. A., Verfasser der Tosefot Jomtob.

Darin erzählt er die Mühsal und Leiden, die ihn getroffen haben vom Jahre 5389 bis zum Jahre 5404.

Er befahl eindringlichst seiner Nachkommenschaft, zu gedenken des Wunders am Ersten des Monats Adar in jedem Jahre und ihn zu machen zum Tage fröhlicher Gastereien und zu danken und zu preisen den Herrn.

Gedruckt nach einer kostbaren Handschrift, die sich gefunden hatte in der Bibliothek des Verfassers, die verborgen gewesen war bei einem angesehenen Mitgliede seiner Familie.

Wir haben eine kurze Biographie und eine deutsche Übersetzung hinzugefügt, damit man sie geläufig lesen kann.

Wien 1851. Gedruckt bei Adalbert dela Torre."

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Deutscher Titel:

„Biographische Skizzen des berühmten Rabbiners R. Lipmann Heller, genannt Tosephot Jomtow, übersetzt ins Deutsche. Enthaltend die Erzählung seiner außerordentlichen Erlebnisse in den Jahren 1629—1644. Als Promemoria für seine Nachkommen geschrieben. Wien 1851. Gedruckt bei Adalbert dela Torre."

4 b.

Wien 1862.

Verlag: Adalbert della Torre.[8])

Unveränderte Neuauflage von Nr. 4 a, jedoch mit Weglassung des deutschen Titelblattes.

5.

Wilna 1864.

Hebräischer Text mit jüdisch-deutscher Übersetzung und Zusätzen.[9])

Hebräischer Titel:

ספרי מהגאון בעל המחבר תוספות יום טוב

6.

Warschau 1870.

Verlag: Jizchak Ratherr.

Hebräischer Text, angeblich nach einer Handschrift.

Der hebräische Titel lautet in Übersetzung:

„Buch der Rolle der Feindseligkeit von unserem großen Lehrer, dem Meister Israels, berühmt von einem Ende der Welt bis zum anderen, Jomtob Lipmann, Verfasser der Tosefot Jomtob.

Darin wird das Wunder erzählt, das ihm der Ewige, gepriesen sei er, getan hat, als er in Lebensgefahr gebracht war durch die, die ihn grundlos angefeindet haben; und er wünscht jedem lieben Leser, der an seinem Unglück teilnimmt, daß es ihm hoch angerechnet werde und er von jeder Not gerettet wird.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Dieses Heft ist Buchstabe für Buchstabe abgeschrieben worden von der Handschrift des oben genannten Gaon selbst, die in der Stadt Krakau abgefaßt worden ist.

Warschau, im Jahre 5630."

7.

Wilna 1880.

„Druck und Verlag seines Enkels neunter Generation Abraham Zwi, Sohn des Rabbi Nachum Elijahu s. A. Katzenellenbeugen. 5640."

Hebräischer Text mit Fortsetzung eines Fälschers, angeblich eines Sohnes Lipmann Hellers.

Der hebräische Text der Titelblätter übereinstimmend mit dem der Ausgabe Warschau 1870 (Nr. 6), jedoch mit einem Zusatz, den ich in deutscher Übersetzung folgen lasse: „Sie wurde jetzt von neuem gedruckt nach dem Wiener Druck [Nr. 4], der hergestellt wurde nach der Handschrift des Verfassers selbst und von allen Fehlern, die bis jetzt darin gewesen sind, verbessert wurde. Und es wurde darin noch Vieles hinzugefügt seitens des Sohnes des Gaon und Verfassers Rabbi Schemuel s. A."[10])

Außerdem Zusatz auf dem Titelblatte in russischer Sprache und Schrift: „Megillat Eba. Eine Episode aus dem Leben Jomtob Lipmanns, von der Warschauer Ausgabe des Jahres 1870 mit Zusätzen."

8.

Munkácz a) 1895 und b) 1897.[11])

Verlag von Mosche Herschkowitsch.

Druck von Blayer und Kohn.

Hebräischer Text.

Der hebräische Text auch des Titelblattes stimmt überein mit der Ausgabe Wilna 1880 (Nr. 7), auf die er sich selbst bezieht.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

III.

Wortlaut der Megillath Ebah in der Übersetzung von Seligmann Kisch.

Am Dienstag den 4. des Monats Tamus 5389 wandte sich das Glück von mir um, wie ein Rad, das Unglück trat an dessen Stelle und verfolgte mich. Wenn ich Alles schreiben wollte, wie es mir ergangen ist, so ist alles Papier nicht genug; daher will ich nur Alles in kurzem erzählen, damit daß meine Kinder und die Kindeskinder meiner Nachkommen, bis der Erlöser kommen wird, daran gedenken sollen und sich ein Beispiel nehmen, und merken, daß Gott das Glück auf verschiedene Art umkehren kann: aber nicht denken soll, daß das Glück ewig währt, und sich nicht einst ändern könne, wie unsere Weisen geschrieben haben: אל תתיאש מן חפורענות, das heißt, glaube nicht, daß du dem Unglück ausweichen kannst, wenn es vom Ewigen bestimmt ist. Auch wenn der Mensch auf dem höchsten Gipfel des Glückes steht, darf er dies nicht glauben.

Ich wohnte durch 28 Jahre in der Stadt Prag in meinem eigenen sehr bequemen Hause, ruhig und zufrieden, ich hatte mit Hilfe Gottes viel Barschaft, Wirtschaft, Silber und Gold, auch viele Bücher; ich wurde zum Oberjuristen daselbst erwählt, hatte viele einheimische und fremde Schüler, die ich täglich unterrichtete, und von welchen ich vielen auf meine eigenen Kosten, Unterstützung und Kost gab. Alle meine Zimmer waren voll der Studierenden. Der Ewige teilte mir auch das Glück zu, daß ich viele Werke verfaßte, nämlich eine Erklärung über בחינות עולם, und ein Werk צורת הבית, welches eine Erklärung über den Bau des Tempels ist, dergleichen ein Werk טוב טעם Erklärung auf das Buch בדקי, die ich noch nicht in den Druck gegeben habe. Diese drei Bücher habe ich in meiner Jugend verfaßt. Hernach hat mir Gott geholfen, daß ich verfaßt habe das Werk תוספות יום טוב auf alle sechs Teile משניות, dann das Werk מעדני מלך auf רבינו אשר. Ich wurde aber von den jüdischen Einwohnern Prags ohne mein Verschulden verfolgt. Gott, gelobt sei er, ist mein Zeuge, daß ich Niemanden in meinem Leben beleidiget, noch die zu mir kommenden Parteien vors Gericht, falsch gerichtet hätte. Zwar tröstete ich mich mit den Gedanken, daß es auch dem König David seligen Andenkens, mit dem ich mich zwar nicht vergleiche, nicht besser ging, er hatte trotz seiner Frömmigkeit und Rechtschaffenheit Feinde in Menge.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main

Im Jahre 5385 im Monate Sivan, wurde ich zum Oberrabbiner in Nikolsburg in Mähren erwählt; im selben Jahre im Monate Adar wurde ich zum Oberrabbiner in Wien in Österreich erwählt. Zu meiner Zeit hatte der damalige Kaiser Erlaubnis erstattet, daß die dort zerstreuten Juden in der Vorstadt, eigene Häuser und eine Synagoge bauen durften, ich machte ihnen viele Einrichtungen und war gottlob sehr beliebt bei ihnen.

Im Jahre 5387 wurde ich wieder als Oberrabbiner nach Prag berufen; obwohl die Wiener mir viel Zulage versprochen hatten, so konnte ich doch nicht meiner Begierde widerstehen, die Stadt, wo ich meine Jugendjahre zugebracht hatte, wieder zu sehen; ich reiste also von Wien in zahlreicher Begleitung von den angesehensten Männern, und mit großen Geschenken belastet, ab. Und die angesehensten Männer Prags kamen mir eine Strecke Weges entgegen, ich langte in Prag im Monate Nissan desselben Jahres an. Ich verfaßte daselbst noch zwei Bücher, nämlich ארבעה טורים auf und מלבושי יום טוב לחם חמודות. Dieses Alles erzähle ich nicht, um mich damit zu prahlen, sondern anzuzeigen, daß, so wie ich stufenweise aufwärts stieg, ich auf einmal herabgestürzt wurde, wie es den Israeliten in Jerusalem erging, השליך משמים ארץ תפארת ישראל, das heißt: Er warf Israels Stolz von Himmelshöhe in tiefen Abgrund hin. So ging es leider mir! Gott sei gedankt und gelobt für Alles.

Zur selben Zeit brach ein Krieg aus, der zehn Jahre lang gedauert hatte. Die Studenten zu Prag nämlich widersetzten sich dem damaligen böhmischen König Matthias und dem Kaiser Ferdinand. Sobald der König Matthias mit dem Tode abging, erwählten die Parteien den Pfalzgrafen zum König, der Kaiser Ferdinand überzog Böhmen mit 90.000 Mann, eroberte Prag, jagte den neuen König vom Throne. Durch diesen Krieg nahm die Nahrung ab, die Teurung nahm überhand, die Juden mußten viel Kriegssteuer geben, und da ihr Vermögen nicht hinreichend war, so mußte man Geld aufnehmen gegen Interessen, dadurch entstanden große Streitigkeiten, die besten Freunde wurden Feinde; je mehr ich mir Mühe gab, die Parteien gütlich zu vereinigen, so blieb alles fruchtlos, sogar gegen meine eigene Person hatten sich einige verschworen. Der weise König Salomon sagte וכסה קלון עורם, d. h. der Kluge verbirgt den Verdruß innerlich, darum eben mag ich diejenigen Personen nicht nennen, die sich an mir vergriffen; ich meinerseits verzeihe es ihnen, Gott möge ihnen diese Sünde auch verzeihen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Am Montag den 4. Tamus 5389 gegen Abend, wie man eben in die Synagoge hätte gehen sollen, kam jemand zu mir und sagte, daß der קיסר שופט (so nannte man damals die Staatsperson in Prag, den Sekretär des Oberstburggrafen) ihn gefragt hätte, ob er vor den Rabbiner vorkommen könnte, er hätte mit ihm von wichtigen Dingen zu sprechen, so gab er ihm zur Antwort: „Wenn Ihro Gnaden wünschen, so wird der Rabbiner zu Ihnen kommen.“ Er sagte aber: „Nein, ich will zu ihm hingehen.“ Ich war sehr erschrocken, ging in die Synagoge und führte mit mir nach Hause die Herren Vorsteher, aus Vorsorge, daß, im Falle ich arretiert werden sollte, so könnten sie für mich gutsprechen. Indem kam der קיסר שופט gefahren und stieg ab bei einem Juden, der mir gegenüber wohnte, blieb ungefähr eine Stunde dort, und als es recht finster ward, kam er zu mir. Da er mich sehr in Ehren hielt, ließ er sich anmelden, ob er vortreten kann; bei mir saßen die Herren Vorsteher, wir bejaheten es. Bei seinem Eintritte reichte er einem jeden von uns die Hand und sprach: „Wenn Ihr was zu reden habt, so will ich indessen abtreten;“ wir verneinten es. Er nahm sich selbst einen leerstehenden Stuhl, setzte sich zu uns und sprach lange mit uns von verschiedenen Neuigkeiten. Dann sagte er zu mir, ob ich wollte mit ihm in ein besonderes Zimmer gehen, er hätte etwas heimlich mit mir zu sprechen. Ich ging mit ihm in mein Studierzimmer, er setzte sich zu mir, und sagte, daß es ihm sehr leid wäre, mich so sehr in Schrecken und Furcht zu setzen; der Kaiser habe an den Prager Oberstburggrafen geschrieben, er möchte mich gleich arretieren lassen, fesseln und gut bewacht nach Wien schicken. Dann sagte er, ich soll mit ihm in seiner Karosse zum Herrn Bas-Schewa fahren; ich lehnte es aber ab, weil ich fürchtete, er möchte mich gleich in Arrest führen, sondern sagte, ich werde zu Fuß hingehen. Mir zu Ehren ging er auch zu Fuß und die Herren Vorsteher mit. Als wir zum Herrn Bas-Schewa kamen, wollte er nicht anders als zu meiner Linken sitzen. Nachher sagte er zum Herrn Bas-Schewa, er möchte mit ihm in ein besonderes Zimmer gehen. Daselbst sagte er zu ihm, daß der Kaiser befohlen hat, den Rabbiner unversäumt und unverhört nach Wien zu schicken, im Falle er sich weigern sollte, ihn gefesselt und gut bewacht dahin zu schicken; „daher hat mich der Oberstburggraf um ihn geschickt, ihn zu ihm zu bringen, und dort sind die Fesseln in Bereitschaft, um ihn noch heute Nacht nach Wien zu schicken, ich will es aber dem Herrn Rabbiner nicht so deutlich sagen, er möchte zu sehr erschrecken, und ich liebe ihn zu sehr.“ Über diese Nachricht erschrack der Herr Bas-Schewa sehr, und bat den Herrn קיסר שופט, er möchte sich nicht übereilen, er will zwei Vorsteher zum Oberstburggrafen schicken, und ihn ersuchen lassen, er

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

möchte dem Rabbiner nicht so schimpflich begegnen; der קיסר שופט war zufrieden und sagte, er wolle die ganze Nacht hier bleiben, bis sie mit Antwort zurückkommen. Also wurden abgeschickt R. David Luria und H. Heni Weisels. Der Oberstburggraf wohnte auf der Kleinseite, er schlief schon und das Haus war gesperrt; sie klopften so lange bis ihnen der Kammerdiener öffnete, sie baten ihn inständig, den Herrn zu wecken, sie haben sehr notwendig mit ihm zu sprechen; er nahm ein brennendes Licht, ging vor dem Bette des Herrn hin und her, bis er erwachte, dann sagte er ihm, daß die Herren Vorsteher der Judengemeinde da wären, und vorgeben, sie hätten nötig, mit ihm zu sprechen; er ließ sie vorkommen. Bei ihrem Eintritte fielen sie auf ihr Knie, baten flehentlich, er möchte dem unterstehen, daß man den Rabbiner nicht gefesselt nach Wien führen soll, es wäre den Judengemeinden in allen Ländern eine große Schande, und die Feinde möchten sich freuen und denken, wer weiß was er begangen hat, und dem Kaiser wäre selbst nicht lieb dabei, daß seine Untertanen auf diese Art beleidigt werden sollten, er soll ihn frei nach seinem Gefallen ohne Bedeckung nach Wien reisen lassen, sie sind Bürge für ihn, daß er zur bestimmten Zeit in Wien eintreffen wird, und vor welcher Instanz es sei, sich stellen wird. Der Oberstburggraf befahl seinem Kammerdiener, den Vorstehern den Brief des Kaisers zu zeigen, und ihnen befehlen, den Tag nachher um Antwort zu kommen, und diese Nacht müssen sie für den Rabbiner haften, daß er nicht entfliehe. Die Vorsteher kamen zurück und brachten dem קיסר שופט Antwort; er reichte einem jeden von uns die Hand, tröstete mich mit den Worten: „Es wird schon besser werden," und fuhr nach Hause. Tags darauf gingen die Vorsteher mit dem קיסר שופט zum Oberstburggrafen und mußten die Kaution legen, mit Gut und Leben dafür stehen, daß der Rabbiner binnen sechs Tagen in Wien eintreffen und vor dem Kanzler stehen wird.

Am Dienstag den 5. Tamus reiste ich mit R. Heni nach Wien ab, wir langten daselbst den Sonntag nachher, den 10. Tamus an. Wir gingen gleich zum Kanzler, trafen ihn aber nicht zu Hause an. Tags darauf haben wir uns gestellt, er redete mich im Namen des Kaisers sehr hart an wegen der zwei Bücher, die ich verfaßt habe מעדני מלך und לחם חמודות auf den רבינו אשר, daß ich darin gegen den christlichen Glauben geschrieben hätte. Ich verteidigte mich und sagte, daß sowohl der Talmud, als alle nachher verfaßten Bücher bloß eine nähere und deutliche Erklärung der mosaischen Gesetze seien, und was darin von den fremden Nationen vorkömmt, beziehet sich bloß auf die

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Heiden und Götzenbilder [!], nicht aber auf die Christen, unter denen wir wohnen. Die mich verläumdeten, sprengten aber aus, daß ich verhaftet wurde, weil ich das Buch מעדני מלך nannte, welches aber nicht wahr ist, sie wollten bloß ihren Fehler bemänteln. Der Kanzler bedeutete mir im Namen des Kaisers, daß ich in meinem Quartier bleiben sollte und bei Leibesstrafe nicht entweichen soll, es werde eine Kommission angesetzt, die im Namen des Kaisers über meine Sache urteilen wird.

Am Sonntag den 17. Tamus kam der Richter zu mir im Namen des Kanzlers nebst zwei Polizeimännern, mich in Arrest zu führen, dahin wo die zum Tode Verurteilten sitzen. Durch großes Bitten ließ er mich allein gehen und die Polizeimänner mir von ferne dahin nachfolgen, und verboten wurde, daß kein Jude mich besuchen oder durch ein Fenster mit mir sprechen soll. Die angesehensten Männer der Juden begleiteten mich dahin, die Arrestanten selbst trösteten und bedienten mich nach ihren Kräften. Tags darauf wurde mir ein besonderes Zimmer gegeben und Erlaubnis erteilt, daß Leute zu mir kommen durften. Am Dienstag Abend wurde ich zu einem anderen Profoßen abgeholt, der in der Gasse wohnte, wo die Juden die Gewölber hatten, und daselbst hatte ich alle mögliche Hilfeleistung vom Profoßen und öftere Besuche von den Juden.

Am Donnerstag den 20. Tamus hatte sich die Kommission gesetzt und ich wurde vorgerufen, sie fragten mich, warum ich in der Vorrede so sehr den Talmud gerühmt habe, welchen der Pabst vor mehreren Jahren öffentlich verbrennen ließ, und alle Monarchen sind schuldig ihm zu gehorchen. Ich antwortete: „Ich habe den Talmud, der eine Erklärung der mosaischen Gesetze ist, nur meiner Nation angerühmt, dem sie nachfolgen müssen.“ Dann legten sie mir dieselben Fragen vor, wie der Kanzler, und ich beantwortete sie ebenso wie ihm, dann wurde ich wieder zum Hofprofoßen geführt.

Am Donnerstag 26. Tamus wurde mir das Urteil vom Kaiser folgenden Inhalts zugeschickt: „Von Seiten der Kommission wäre ich des Todes schuldig; allein weil der Kaiser gnädig und barmherzig ist, so schenkt er mir das Leben, dagegen soll ich zur Strafe 12.000 Reichstaler gleich bar erlegen, und die benannten Bücher sollen kassiert werden.“ Ich verfaßte eine Bittschrift, worin ich fußfällig für die Gnade dankte, und bat, mich ferner zu begnädigen, da es mir so wenig möglich ist, die Summe zu erlegen, als wenn man mir sagte, ich soll lebendig in Himmel hinaufsteigen. Man wollte mir aber nicht glauben, weil mich die Verläumder als einen reichen Mann angaben.

Am Samstag 28. Tamus sind meine Fürsprecher zum Kanzler gegangen, und er sagte ihnen des Kaisers Urteil, daß wenn der

UB Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

Rabbiner sich zu dieser Strafe nicht bequemen will, so wird man ihn in den ersten Arrest zurückführen, von da aus auf drei öffentliche Orte in Wien führen und auf den bloßen Körper schlagen; dies soll ihm auch in Prag widerfahren, welches für die ganze Judengemeinde nicht wenig Schande sein wird. Die Fürsprecher fielen ihm zu Fuß und sprachen: „Der Kaiser wird keine Unmöglichkeit verlangen." Der Kanzler sagte, man hat mir gesagt, er wäre sehr reich, und diese Summe ist der fünfte Teil seines Vermögens; sie sagten: „Euer Gnaden sind mit Lügen berichtet worden." Der Kanzler bestellte sie auf den anderen Morgen und sagte, er wird mit dem Kaiser darüber sprechen. Tags darauf gingen sie wieder hin, so schwur er, daß der Kaiser schon Befehl geben wollte, die Strafe an ihm zu vollziehen, wenn er nicht fußfällig gebeten hätte: „folglich", sagte er, „wollet ihr auf 10.000 Reichstaler eingehen, so werde ich sehen, den Kaiser dazu zu bequemen, wo aber nicht, so wird die Strafe an ihm ohne Verzug vollzogen werden; ohnehin sind die Juden auch in anderen Ländern verpflichtet, für einen s o l c h e n Mann einen Beitrag zu leisten." Die Fürsprecher antworteten: „Wir sind vermög unserer Gesetze verbunden, jeden Menschen von so einer Züchtigung zu befreien zu suchen, jedoch nur wenn es unsere Vermögensumstände erlauben."

Endlich wurde mir berichtet, daß der Kaiser zu 10.000 Reichstalern eingewilligt hat: ich bat, mir diese Summe in Terminenzahlungen einzuteilen, denn auf einmal kann ich diese Summe unmöglich entrichten. Nach einigen Wochen bekam ich im Gefängnisse den Bescheid, daß ich 2000 fl. gleich, dann nach sechs Wochen 1000 fl., nach sieben Wochen 1000 fl., und dann alle Vierteljahre 1000 fl. zahlen muß, bis die ganze Summe bezahlt sein wird.

Gott gedenke zum Guten dem Herrn Vorsteher R. Jakob Bas-Schewa, der mir den ersten Termin mit einem Wechsel von 2000 fl. geschickt hat, die Vornehmen der Stadt Wien steuerten mir 700 fl. bei, dann mein מחותן R. Chanoch hat mir geschickt 150 fl., und andere vornehme Männer von Wien leisteten für mich Bürgschaft auf 6075 fl. Der Prager Vorsteher R. Heni, der mit mir von Prag nach Wien gezogen ist und mein מחותן R. Wolf Salwis leisteten Bürgschaft auf die übrigen 6075 fl. Da meine Verläumder, die Frevler, sahen, daß ihr Anschlag auf mein Leben fehlgeschlagen ist, so suchten sie durch einen angesehenen Mann in Prag beim Kaiser es dahin zu bringen, daß man mir die Rabbinerstelle zu Prag abnehme, und brachten es zu Stande, als ich noch im Gefängnisse war.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Am Dienstag 19. Tamus bekam ich diesen schrecklichen Bericht, der mir ärger war als alles bisher Widerfahrene; ich wurde zwar vom Arreste befreiet, die Bürgschaft für mich wurde angenommen, aber ich stand da vom Vermögen ganz entblößt, ohne Einkünfte, der Welt zur Schande. Dank sei dem Ewigen, der mir Kraft und Standhaftigkeit gab, dies alles auszuhalten. Es wurde mir auch erlaubt, meine verfaßten Bücher zu verkaufen, nur einige Wörter darin, die Bezug hatten auf Nichtjuden umzuändern. Ich reiste nach Prag zurück und erfuhr daselbst. woher mir das zugekommen und wer daran Schuld war.

Am Donnerstag 3. Tischri 5390 ging ich zu demselben großen Mann, der beim Kaiser bewerkstelligt hatte, mir die Rabbinerstelle abzunehmen, und klagte ihm meine gegenwärtige Not und bat ihn, gütigst mir diese Stelle wieder zu verschaffen. Er antwortete, die mir auferlegte Geldstrafe war ihm ganz zuwider, aber in Betreff der Rabbinerstelle war er selbst einstimmig, weil ich mich vor dem Fürsten von Lichtenstein, Statthalter zu Prag, berühmt habe, ihn in einer Religionsdisputation besiegt zu haben. Ich bewies ihm aber, daß, als ich als Rabbiner von Wien nach Prag reiste, der Fürst Lichtenstein schon längst tot war. Er sah meine Rechtschaffenheit ein, sprach aber, daß er mir wegen der Rabbinerstelle zu Prag nicht helfen kann, sein Haus steht mir frei zu jeder Zeit, wann ich kommen will, er wird mir andere Nahrungsmittel an Hand geben; ich aber antwortete, daß ich nichts anderes gelernt habe als dieses Amt zu bekleiden. So sagte er zu mir: „Es sind mehrere Städte im Kaisertume, wo Juden sind, so werde ich euch dort zu einer Rabbinerstelle behilflich sein;" so antwortete ich, vermög meinen jetzigen Ausgaben könnte ich nirgends die Einkünfte haben; er sagte: „Geduldet Euch, es wird schon alles besser werden." Ich wurde aber vor Ärgernis und Sorgen am Tage vor dem Versöhnungsfeste krank und mußte drei Wochen lang im Bett bleiben.

Nun meine lieben Kinder! Da ich nachgesucht habe in meinen Schriften, fand ich darin eine Geschichte von einem großen mächtigen Mann, der auch ein Weiser im Gesetze und in anderen Wissenschaften war; er war auch Einer von den מנהיגים, die zu befehlen und zu gebieten haben in den drei Kreisen Polens, sein Name war R. Pinchas Halewi von der Familie Horwiz in Prag, dieser erzählte: „Einmal war ein kaiserlicher Befehl in Prag, daß man am 5. Tamus alle Bücher der Juden verbrennen soll, also habe ich den Gelehrten derselben Zeit einen Fasttag auferlegt, und die Sache genau nachgesucht und nachgeforscht, ob der Befehl vom Himmel ausgegangen ist; da hat man mir im Traume diese Worte geantwortet: "זאת חקת התורה כתרגומו". Und diese סדרה ging in derselben Woche; also haben die Weisen den Traum

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg Frankfurt am Main DFG

erklärt, es ist wie der תרגום macht דא גזרת אורייתא, das ist ein Zeichen auf die Bücher, daß ich habe ziehen müssen von Prag nach Wien, um sie zu verbrennen. Ich weiß wohl, daß die עיקר גזרה war nur auf damalige Zeit, aber meine Bücher können auch damit gemeint sein, wie der פסוק sagt: אחת דבר אלהים שתים זו שמעתי, daß ich wegen der Bücher Nachmittag 17. Tamus ins Gefängnis gekommen bin, und Nachmittag 27. Ab wieder herausgekommen.

גם מספר ארבעים יום דאם ישראל זינד בנזיפה געועזען מהש"י.

Deswegen, weil es mir so ergangen ist, so befehle ich euch und auch mir und meinen Kindern und Kindeskindern, sowohl Söhnen als Töchtern, auch Eidamen und Schwiegertöchtern, bis auf ewige Zeiten, am 5. Tamus einen Fasttag zu halten bis Abend nach dem Abendgebete; (das ist der Tag, an welchem ich nach Wien zur Kommission reiste); weil aber der Tag zu lang ist, so wollte ich sie nicht mit einem ganzen Tag beschweren, sondern nur einen halben Tag, und wenn der Tag auf Samstag fällt, sollen sie am Sonntage nachher fasten. Ich wollte auch einen Freudentag am Tage meiner Befreiung aus dem Gefängnisse veranstalten; allein aber weil ich noch in Verlegenheit war, man hatte mir alles Vermögen abgenommen, und ich für die Zukunft besorgt war, was ich unternehmen soll, wäre es keine vollkommene Freude gewesen; daher verschob ich dieses Freudenfest bis auf den Tag, da mich Gott wieder in mein Amt einsetzen wird.

Am 1. Schewat hat mich R. Abraham der Sohn von R. Jakob Bas-Schewa besucht, mir auch ein Geschenk gemacht mit 100 fl., und gesagt, daß der Kaiser mir Erlaubnis erteilt, in anderen Städten seines Königreiches, überall wo Juden sind, die Rabbinerstelle bekleiden zu dürfen.

Wegen der Geldstrafe mußte ich alles verkaufen, was ich an beweglichen und unbeweglichen Gütern hatte. Von Wien aus wurde an den hiesigen קיסר שופט geschrieben, das Geld von mir einzutreiben. er erkundigte sich nach mir, was mein Tun ist, wo ich die Zahlung hernehme, so hat ihm ein Jude alles gesagt, er kam zu mir, ich klagte ihm alles mit tränenden Augen, er fühlte Mitleiden, versprach alles Mögliche für mich zu tun, und hielt auch Wort. Zum letzten Termin haben mir die Prager Vorsteher mit 250 fl. geholfen, und haben mir angetragen, ihnen פרשת שלח לך in der Meiselschule eine Predigt zu halten.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Im Monate Tamus 5391 bin ich mit der Geldstrafe von 10.000 Reichstalern fertig geworden. Tags darauf bin ich mit meinem Weib und meinem jüngsten Sohne הבחור החתן אברהם auf die Hochzeit nach Lublin gefahren. Er hat geheiratet die Tochter von ריחיאל בן הרופא ר' שלמה ז"ל, Eidam des R. Mosche Lifers von Brissek in Lithauen. Nach der Hochzeit hatte mein Weib nach Prag reisen müssen, um meine drei Töchter abzuholen: als sie aber nach Wien kam, hatte indes der Feind Prag erobert, so hatte sie müssen in Wien bei meinem Sohne R. Ahron bleiben.

Im Jahre 5392 vor Neujahr haben die Vorsteher von Groß-Nemrub in Russisch-Polen Leute an mich geschickt, daß sie mich nebst הגאון אב"ד מו"ה יעקב in der Stadt Lublin als Rabbiner aufnehmen wollen. und haben mir eine Predigt zu halten geboten auf שבת שובה; sie hat ihnen sehr wohl gefallen und mich sehr berühmt gemacht. Dienstag nachher habe ich ihnen wieder eine Predigt gehalten, die ebensogut ausgefallen ist; dann bin ich mit meinem Sohn R. Samuel nebst seinem Weib בת הגאון מו"ה אברשקי mit allen seinen Hausleuten nach Nemrub gefahren und daselbst in der Mitte des Monats Cheschwan mit großer Ehre angelangt.

Am Tage vor dem Wochenfeste hat der Kaiser die Stadt Prag wieder zurück erobert, und mein Weib ist mit meinem Sohne R. Samuel nach Prag gereist, haben daselbst meine Tochter Dobrisch mit dem Sohne des R. Jakob Bas-Schewa verheiratet.

Am 22. Ellul 5393 kam mein Weib wieder zu mir. Die Reise kostete sehr viel, weil die kaiserlichen Länder mit feindlichen Truppen voll waren.

In den Pessachfesttagen 5394 haben mich die Vorsteher noch auf drei Jahre aufgenommen.

Am 1. Ijar kam zu mir ein Bote von der Stadt Lodomir, der ersten von den vier Städten im Woliner Lande, und nahmen mich auf drei Jahre zum Rabbiner. Ich reiste zu ihnen am Ende des Monats und wurde von ihnen in Ehren aufgenommen. Im selben Jahre schickten auch die Vorsteher der Stadt Premislau zwei angesehene Männer zu mir und boten mir die Rabbinerstelle auf drei Jahre an: ich bestrebte mich sehr, die Gesetze, welche meine Vorgänger gemacht hatten, nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern sie noch mehr zu befestigen; denn so wie es in den letzten Jahren des zweiten Tempels ging, daß sich Leute die Hohepriesterstelle kauften, die nicht würdig dazu waren, ebenso ging es in diesen Ländern, daß sich Leute bei der hohen Stelle um die Rabbinerstelle bewarben, die diesem Amte gar nicht genug gewachsen

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

waren; daher versammelten wir uns aufs Neue, ich und meine Mitkollegen, die anderen würdigen Rabbiner, machten Einschränkungen, legten in Bann und Fluch nicht nur jene Unwürdigen, die sich um diese Stelle bewerben, sondern auch jene, die solche Leute ohne Untersuchung und vorhergegangene Prüfung aufnehmen werden. Durch dieses Verfahren zog ich mir viele Feinde zu, die immer darauf bedacht waren, mich von meiner Stelle zu stoßen; da sie aber sahen, daß mich die Vorsteher von Lodomir noch vor Beendigung der drei Jahre wieder auf drei Jahre aufnahmen, folglich konnten mir die Feinde von dieser Seite nicht schaden, so schickten sie eine ununterfertigte Schrift an die Herrschaft und baten darin, daß sie sich an den Fürsten ihrentwegen verwenden soll, daß ich abgesetzt werde. Der Fürst pflegte jährlich einmal nach Lodomir zu kommen; da ging der Befehl von ihm voraus dahin, daß ich ja daselbst bei seiner Ankunft nicht zu finden sein soll. Ich reiste also eilend ab zu meinem Enkel R. Michel Kaz, der Rabbi in Tursk war. Der Fürst kam nach Lodomir, von da reiste er nach Warschau. Am Montage 5. Tamus reiste ich wieder nach Lodomir zurück. Denselben Tag habe ich meinen Nachkommen zum halben Fasttage bestimmt. Am Montag 3. Ab starb meine Tochter Dobrisch.

Indessen schrieben die Vorsteher der anderen drei Städte an die Vorsteher von Lodomir, daß sie sich meiner annehmen und den Unwillen des Fürsten gegen mich abzuwenden suchen sollen; ich erfuhr indes, daß der Fürst wieder von Warschau nach Lodomir kommen wird. Ich war darüber sehr unruhig, und da sich just traf, daß mein Enkel R. Nassan סג"ל heiraten sollte, da reiste ich mit ihm zur Hochzeit nach Helum. Vor meiner Abreise noch hatte sich ein würdiger Mann, Namens Rabbi Mordechai Schames meiner angenommen und mit der Herrschaft meinetwegen gesprochen, so daß dieselbe wieder gut gesinnt gegen mich wurde. Dann redete ich mit einem braven Manne von den Vorstehern, und bat ihn, mit diesem R. Mordechai zum Fürsten selbst zu reisen, ihm meine Unschuld an den Tag zu legen, damit er seinen Befehl aufhebe. Als ich von der Hochzeit meines Enkels zurückkam und aus Furcht entweder zu meinem Enkel nach Tursk oder zu meinem Sohne R. Abraham, Rabbiner in Sulika, reisen wollte, als ich nach Klein-Dubna kam, so fragten sie mich, ob ich nicht R. Mordechai getroffen habe. Da antwortete ich: „Nein!“ Sie berichteten mir, daß er mir mit einer frohen Nachricht entgegengereist sei, und er habe eine unterzeichnete und versiegelte Zustellung vom Fürsten an mich, daß ich glücklich nach Lodomir zurückreisen und mein Amt wie bisher verwalten soll. Unterwegs erfuhr R. Mordechai,

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main
UB
DFG

daß ich nach Klein-Dubna gereist bin, er kam auch dahin und brachte mir die frohe Nachricht mit Dankgebet gegen den Allerhöchsten, der mir seine große Gnade nicht entzogen hat. Tags darauf reiste ich nach Lodomir zurück. Vierzehn Tage nachher kam der Fürst mit seinem Sohne auch dahin, mich in meinem Amte zu bestätigen.

Am Laubhüttenfeste 5404 erhielt ich einen Rabbinatsbrief von Krakau; mein Schwiegersohn R. Hirsch und meine Tochter Rebekka schickten mir einen Wagen. Am Tage nach dem Laubhüttenfeste reiste ich mit meiner Frau und meinen Hausleuten nach Krakau und wir kamen daselbst den 21. Cheschwan glücklich an.

Am 1. des Monats Adar kamen auch die angesehensten Männer vom ganzen Kreise daselbst an und hielten eine Zusammenkunft im Zimmer über die Altschule, nahmen mich auf zum Oberrabbiner nach allen Rechten. Sie schickten in der Nacht drei der höchsten Schuldiener und einen Diener von den Vorstehern mit Fackeln, um mich abzuholen. Bei meinem Eintritte ins Sammelzimmer standen sie alle von ihren Sitzen auf, wünschten mir Glück und kündigten mir an, daß sie mich nach vorgeschriebenem Rechte zum Oberrabbiner einstimmig erwählt haben. Ich hielt eine kurze Rede, dankte dem Ewigen, daß er mich wieder in meine vorige Würde eingesetzt hat, und ihnen dankte ich für meine Aufnahme. —

Nun dachte ich, ist es Zeit, daß ich meinen Nachkommen auch einen Freudentag wegen meiner vormaligen Befreiung und meiner gegenwärtigen Wiedereinsetzung in meine vorige Würde bestimmen soll. Da diese Wiedereinsetzung am 1. des Monats Adar geschah und dieser Monat schon von Hamans Zeiten zur Freude bestimmt ist, so habe ich auch die Nacht vor dem 2. Neumondstage des Monates Adar, und wenn ein Schaltjahr ist, die Nacht vor dem 2. Neumondstage des Monats Adar Scheni, für alle meine Nachkommen, sowohl Söhne als Töchter, auch Enkel von Geschlecht zu Geschlecht bestimmt zum ewigen Andenken, bis es dem Ewigen gefallen wird, wieder uns zu erlösen und nach Jerusalem zurückzuführen, welches bald geschehen soll. Amen.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Anmerkungen.

[1]) Nach freundlicher Mitteilung des Herrn Seminardozenten Dr. J. Rabin in Breslau besitzt Herr Rabbiner Dr. Schick in Karlovac (Tschechoslowakei) ein solches handschriftliches Exemplar.

[2]) Vgl. auch William Zeitlin, „Kirjath sefer", Bibliotheca hebraica post-Mendelssohniana: Leipzig 1891—1895, S. 241.

[3]) Genannt seien nur die Preußische Staatsbibliothek in Berlin, die Nationalbibliothek in Wien und die Universitätsbibliothek zu Leipzig; ferner die Bibliothek des jüdisch-theologischen Seminars in Breslau.

[4]) Die folgenden Lebensdaten Seligmann Kischs verdanke ich meinem Bruder Herrn Professor Dr. med. Bruno Kisch in Köln, der seit Jahren mit familiengeschichtlichen Forschungen befaßt ist.

[5]) Dem freundlichen Entgegenkommen des Direktors der jüdischen Abteilung der Stadtbibliothek zu Frankfurt am Main, Herrn Professor Dr. A. Freimann verdanke ich die Möglichkeit der Benützung der sämtlichen nachstehend aufgezählten Ausgaben der Megillat Eba, welche mir zur Einsicht an die Universitätsbibliothek nach Halle übersendet worden sind, ausgenommen die unter Nr. 2, 3, 5 und 8 a erwähnten Drucke. Bei der Durcharbeitung der hebräischen Texte und Anmerkungen hat mich in dankenswerter Weise Herr Dr. Mojssej Woskin-Nahartabi, Lektor für rabbinische Literatur und Sprache an der Universität Halle unterstützt.

[6]) Diese Ausgabe, die Steinschneider unbekannt geblieben, aber von David Kaufmann, Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien, S. 20, Anmerkung 3 von S. 19 erwähnt und benützt worden ist, scheint sehr selten zu sein. Ein Exemplar besitzt meines Wissens nur die Nationalbibliothek in Wien (Signatur 29.820—B), deren Generaldirektion mir die Benützung in entgegenkommender Weise ermöglicht hat. Von dieser Ausgabe sind die Drucke Warschau 1870 (Nr. 6) und Wilna 1880 (Nr. 7) abhängig.

[7]) Je ein Exemplar dieses Druckes befindet sich nur in der Bibliothek der jüdischen Gemeinde zu Berlin und in der Staats- und Universitätsbibliothek in Hamburg.

[8]) Von dieser Ausgabe erschien ein anastatischer Neudruck mit vorgeklebtem Titelblatt in deutscher Sprache folgenden Wortlautes: „R. Jomtob Lipmann Hellers (Tosphot Jomtob) Selbstbiographie. Geschichte der erlittenen Verfolgungen und Gefangenschaft. Hebräischer Text nebst deutscher Übersetzung. Berlin [ohne Jahr], Verlag Louis Lamm; Philadelphia. Julius H. Greenstone."

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

[9]) Die einzige Ausgabe, die ich nicht erhalten und daher nicht einsehen konnte. Ein Exemplar befindet sich nur in der Bibliothek des Britischen Museums; vgl. Catalogue of the Hebrew Books in the Library of the British Museum; London 1867, S. 785; auch Steinschneider, S. 118, § 163, von wo die Angaben des Textes entnommen sind.

[10]) Über die Fälschung vgl. Kaufmann, Die letzte Vertreibung der Juden aus Wien, S. 20, Anmerkung 2; Steinschneider, S. 118, § 163; Arthur Zacharias Schwarz, Zum Prozeß des Lipmann Heller; Festskrift af David Simonsen, S. 210; Ehrentreu, Der Prager Oberrabbiner Lipmann Heller, S. 31 f.

[11]) Die beiden mir vorliegenden Ausgaben von 1895 und 1897 stimmen überein. Der Ausgabe von 1895 ist auf Blatt 20 bis 21 eine Wiedergabe der Erzählung über Rabbi Bustanai aus dem Seder ha-dorot angehängt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Mitteilungen der Gesellschaft für Geschichte der Juden in der Čechoslovakischen Republik (Prag II., Růžová 5.)

Auszug aus den Statuten.

§ 2. **Zweck** der Gesellschaft ist, die Geschichte der Juden in der Čechoslovakischen Republik wissenschaftlich zu erforschen, die Kenntnis dieser Geschichte zu verbreiten und ihre Quellen zu sammeln und herauszugeben, ferner Forscher zu fördern und Wettbewerbe auszuschreiben. (§ 15.) Diesem Vereinszwecke darf das Vermögen der Gesellschaft in keinem Falle entfremdet werden.

§ 3. Die **Mittel** zur Erreichung des Zweckes der Gesellschaft sind:

a) die Veröffentlichung selbständiger wissenschaftlicher Arbeiten;
b) Anlegung einer Bücherei und eines Archives;
c) Förderung von Forschern auf dem im § 2 bezeichneten Gebiete durch Bewilligung von Stipendien und Subventionen für wissenschaftliche Reisen und Druckkosten;
d) Abhaltung von Vorträgen;
e) Ausschreiben von Wettbewerben für die einschlägigen historischen Arbeiten (§ 15).

§ 4. Die **Geldmittel** erwirbt die Gesellschaft durch die Beiträge ihrer Mitglieder und durch Spenden.

§ 5. Die **Mitglieder** der Gesellschaft sind:

a) Ehrenmitglieder,
b) stiftende,
c) ordentliche.

§ 6. **Ehrenmitglieder** wählt die Hauptversammlung. Als **stiftendes Mitglied** kann vom Vorstande aufgenommen werden, wer der Gesellschaft einen einmaligen Beitrag von mindestens Kč 5.000·— widmet. Dieser Betrag kann auch in Jahresraten von Kč 1.000·— erlegt werden. **Ordentliche Mitglieder** werden vom Vorstande aufgenommen.

§ 7. Der **Jahresbeitrag** der ordentlichen Mitglieder beträgt Kč 20·—.

§ 11. Zur Leitung der Gesellschaft und zur Ausführung der von der Hauptversammlung gefaßten Beschlüsse wählt Letztere aus der Mitte der Mitglieder (§ 5) mit dreijähriger Amtsdauer einen **Vorstand.**

§ 12. Der Vorstand wählt für seine Amtsdauer den Obmann, den Schriftführer, den Kassier, den Archivar, den Bibliothekar und deren Stellvertreter. Er beschließt über alle Gegenstände, welche nicht ausdrücklich der Hauptversammlung oder dem Redaktionskomite vorbehalten sind.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Der Vorstand setzt alljährlich spätestens im Monate November die Höhe jenes Betrages fest, welcher für das folgende Vereinsjahr dem Redaktionskomite für die im § 15 vorgesehenen Zwecke zur Verfügung gestellt wird.

§ 15. Die Arbeiten, welche auf die Pflege der Wissenschaft der Geschichte der Juden in der Čechoslovakischen Republik sowie auf die Publikation und Förderung von Arbeiten auf diesem Gebiete gerichtet sind, besorgt ausschließlich ein **Redaktionskomite** mit einer Funktionsdauer von 3 Jahren. Dasselbe besteht mindestens aus 4 und höchstens aus 6 Mitgliedern. Auch der Gesellschaft nicht angehörige Personen können in das Redaktionskomite berufen werden. In den Vorstand der Gesellschaft können auch Mitglieder dieses Redaktionskomites gewählt werden, wenn sie Mitglieder der Gesellschaft sind.

Die Ernennung des Redaktionskomites und seine Ergänzung auf mindestens 4 und höchstens 6 Mitglieder obliegt der Großloge für den Čechoslovakischen Staat X. J. O. B. B. in Prag. Das Redaktionskomite hat der Großloge die erforderlichen Anträge vorzulegen.

Dem Redaktionskomite ist insbesondere vorbehalten, in Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern mit einfacher Stimmenmehrheit über nachstehende Angelegenheiten Beschluß zu fassen:

a) die Historiker auszuwählen, welchen es wissenschaftliche Arbeiten übertragen will, sowie die Themen und das Honorar zu bestimmen;

b) Wettbewerbe für historische Arbeiten auszuschreiben und die Preise festzusetzen;

c) die eingelaufenen Arbeiten zu zensurieren und über ihre Veröffentlichung zu entscheiden;

d) zu beschließen, welche Forscher zu fördern sind und in welcher Weise dies geschehen soll;

e) die Veranstaltung wissenschaftlicher Vorträge;

f) die allfällige Herausgabe einer Zeitschrift.

Die administrative und finanzielle Durchführung der unter c), e) und f) bezeichneten Beschlüsse des Redaktionskomites obliegt dem Vorstande, vorbehaltlich der Genehmigung der Hauptversammlung.

§ 20. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft verfügt die letzte Hauptversammlung über das gesamte Vermögen der Gesellschaft unter Wahrung seiner Bestimmung für die im § 2 bezeichneten Zwecke. Kommt ein solcher Beschluß aus welchem Grunde immer nicht zustande, so geht das Vermögen der Gesellschaft an denjenigen Verein über, welchen die Großloge für den Čechoslovakischen Staat X. J. O. B. B. bestimmt.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Mitglieder des Vorstandes.

Brody Heinrich Dr., Oberrabbiner, Prag V., Jachymova 3.
Eisner Rudolf Dr., Advokat, Prag V., Meislova 19.
Engländer Oskar Dr., Universitätsprofessor, Prag XII., Manesova 66.
Feith Michael Dr., Ob. Magistrats-Rat i. R., Brünn, Legionärstraße 37.
Glaser Alfred, Fabrikant, Prag II., Na Florenci 15 (Kassier-Stellvertreter).
Hirsch Isidor Dr., Universitäts-Lektor, Prag X., Vítkova 20 (Archivar).
Horner Egon Dr., Advokat, Prag-Smichov, Na Doubkové 4 (Schriftführer).

Hutter Max Dr., Advokat, Pilsen, Náměstí Republiky 29.
Kleiner Kamill Dr., Direktor, Prag VII., Veletržní 57.
Kohn Heinr. Dr., Advokat, Prag II., Národní tř. 24 (Bibliothekar-Stellv.).
Lilling Adolf, Direktor, Prag XII., Ve Pštrosce 6.

Popper Josef Dr., Arzt, Prag I., Dlouhá tř. 18 (Obmann-Stellvertreter).
Rindler Hugo Dr., Advokat, Beneschau (Archivar-Stellvertreter).
Rufeisen Josef Dr., Advokat, Mähr.-Ostrau, Anderkagasse 1.
Rychnovsky Ernst Dr., Redakteur, Prag VII., Ul. Janovského 1251.
Starkenstein Emil Dr., Universitäts-Professor, Prag II., Ječná 43 (Schriftführer-Stellvertreter).

Stein August Dr., Magistrats-R. i. R., Prag I. Ul. u Obecního dvora 7.
Stein Gottlieb Dr., Industrieller, Prag II., Bolzanova 1 (Kassier).
Stein Otto Dr., Universitäts-Dozent, Prag VII., Sochařská 313.
Stein Viktor Dr., Advokat, Bratislava, Tolstojova ul. 5.
Steinherz Samuel Dr., Universitäts-Professor i. R., Prag II., Jungmannova 14 (Obmann).

Thieberger Friedrich Dr., Professor, Prag I., Kaprová 13.
Wiesmeyer Emil Dr., Regierungs-Rat i. R., Prag XII., Nerudova 18 (Bibliothekar).

Winternitz M. Dr., Universitäts-Professor, Prag II., Opatovická 8 .

Mitglieder des Schiedsgerichtes.

Baracs Ludwig Dr., Advokat, Bratislava, Huterergasse 4.
Haim Emil Dr., Primarius, Budweis, Besední tř. 32.
Löwy Hugo Dr., Advokat, Saaz, Dr. Haßmanngasse 779.
Rosenbaum Heinrich Dr., Advokat, Prag II., Václavské nám. 66.
Schleißner Wilhelm Dr., Advokat, Prag II., Jindřišská 25.
Schnürmacher Wilhelm Dr., Advokat, Reichenberg, Altstädterplatz 15.
Wolf Isidor Dr., Advokat, Troppau, Olmützerstraße 7.
Ziegler Ignatz Dr., Rabbiner, Karlsbad, Parkstraße, „Haus Wettin."

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

Rechnungsprüfer.

Pick Friedrich Karl Dr., Oberfinanzrat, Prag-Letná, Čechova 20.
Rix Karl Dr., Advokat, Prag II., Jindřišská 25 (Ersatzmann).
Schmolka Paul, Ingenieur, Prag XII., Kopernikova 794.

Mitglieder des Redaktionskomitees.

(Siehe Seite III.)

Gottlieb-Bondy-Stiftung.

Die Herren Miloš, Vladimír und Karel Bondy haben zur Errichtung einer Gottlieb-Bondy-Stiftung den Betrag von 10.000 Kč gewidmet.

Stiftende Mitglieder mit dem statutenmäßigen Betrage von Kč 5000.—.

Herr Dr. Julius und Frau Bertha Petschek.
Herr Alfred Glaser.
Großloge für den čechoslovakischen Staat X. I. O. B. B., Prag.
Loge „Union", Pilsen.
Loge „Bohemia", Prag.
Loge „Karlsbad", Karlsbad.
Loge „Philantropia", Reichenberg.
Loge „Moravia", Brünn.
Loge „Silesia", Troppau.
Loge „Praga", Prag.
Loge „Allianz", Böhm. Budweis.
Loge „Freundschaft", Teplitz.
Loge „Veritas", Saaz.
Loge „Fides", Bratislava.
Loge „Ostravia", Mähr. Ostrau.
Loge „Humanitas", Prag.
Oberster Rat der jüdischen Kultusgemeinde-Verbände in Böhmen, Mähren und Schlesien in Prag.
Israelitische Kultusgemeinde in Prag.
Israelitische Kultusgemeinde in Saaz.
Israelitische Kultusgemeinde in Karlsbad.
Israelitische Kultusgemeinde in Pilsen.
Israelitische Kultusgemeinde in Trautenau.
Kongreß-Isr. Religions-Gemeinde in Bratislava.

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main

INHALTSVERZEICHNIS.

	Seite
Vorwort	V—VII
Steinherz Samuel: Kreuzfahrer und Juden in Prag (1096)	1— 32
Nettl Paul: Alte und neue jüdische Musiker	33— 40
Prokeš Jaroslav: Der Antisemitismus der Behörden und das Prager Ghetto in nachweißenbergischer Zeit. Aus dem Tschechischen ins Deutsche übersetzt von Blaschka Anton	41—262
Bergl Josef: Das Exil der Prager Judenschaft von 1745 bis 1748	263—331
Jacobovits Tobias: Jüdisches Gemeindeleben in Kolin (1763 bis 1768)	332—368
Lieben Salomo Hugo: Die Ramschak-Chronik	369—409
Flesch Heinrich: Das Testament des Jacob Hirsch Biach Feilbogen	410—419
Kisch Guido: Die Megillat Eba in Seligmann Kischs Übersetzung	421—447
Mitteilungen	449—452

Universitätsbibliothek Johann Christian Senckenberg
Frankfurt am Main